HELMUT SCHRÖCKE

KRIEGS URSACHEN KRIEGS SCHULD



Verlag für ganzheitliche Forschung

DRLV Deutscher Rechts- und Lebensschutz-Verband

Geschäftsstelle: 25884 Viöl, Postfach 1
Postbank Hamburg, BLZ 20010020, Nr. 9641-208
Spark. Nordfriesland, BLZ 21750000, Nr. 13000203
Fax: 04843-1087

DRLV - 25884 Viöl/Nordfriesland, Postfach 1

Betrifft: **Sonderausgabe des Buches von Prof. Dr. Helmut Schröcke: Kriegsursachen - Kriegsschuld**

im September 2000

Sehr geehrter Empfänger dieses Buches,

Sie halten ein Werk in Händen, das den neuesten Wissensstand hinsichtlich der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg behandelt. Es werden auch die wichtigsten, in das Geschehen verwickelten Hintergrundmächte dargestellt. Darüber hinaus ist das Buch von einem Historiker gegengelesen worden, der über erhebliche juristische Kenntnisse und Erfahrungen im publizistischen Bereich verfügt, was heutzutage bei Büchern, die von der herrschenden Lehrmeinung abweichen, leider erforderlich ist. Obendrein besitzt das Buch ein Vorwort, dessen Inhalt nicht nur brisant ist, sondern das Buch „unangreifbar" macht.

Da die Erarbeitung des Buches viel Mühe bereitete und der Inhaber des Verlags, Roland Bohlinger, seit einiger Zeit sehr krank ist, bittet der Verband, mit der Überweisung der Kosten des Buches auch noch eine Solidaritätsspende zu verbinden. Diese Spende soll helfen, die Fortsetzung der schriftstellerischen und verlegerischen Tätigkeit von Roland Bohlinger zu sichern, die durch seine, hauptsächlich durch eine Vergiftung verursachte Erkrankung gefährdet ist.

Zugleich bitten wir um Verbreitung des Buches, vor allem unter jungen Menschen. Was unser Volk braucht, ist vor allem Wahrheit in wesentlichen Dingen. Ohne Erkenntnis gibt es keine Lösung von Problemen, keine Befreiung.

Zur Förderung der Verbreitung des Buches bieten wir Staffelpreise an:

1 Stück: 35 DM – 3 Stück: 70 DM – 5 Stück: 100 DM – 10 Stück: 170 DM
20 Stück: 300 DM – 50 Stück: 600 DM – 100 Stück: 1100 DM.

Die Bestellung richten Sie bitte an die Geschäftsstelle des DRLV oder direkt an den Verlag.

Mit freundlichen Grüßen

W. Reinhard H. Bauer Karin Ahlers

Dipl. Phys. W. Reinhard | Prof. Dr. H. Bauer | Dipl. Philos. Karin Ahlers

Helmut Schröcke

Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges

Zusammenfassung des Wissensstandes

Kein Volk versinkt,
das an sich selber glaubt;
auch ich sah Sterne hell aus Nächten steigen.
Einst kommt der Tag,
da steht der Baum belaubt,
und freies Volk wohnt unter seinen Zweigen.

Friedrich der Große

Verlag für ganzheitliche Forschung

Reihe *Kriegsursachenforschung*
Band 14

2001
5. überarbeitete und ergänzte Auflage

Herstellung und Auslieferung: Verlagsauslieferung Dietrich Bohlinger
Freie Republik Uhlenhof
Postanschrift: D-25884 Viöl/Nordfriesland, Postfach 1
Druck: Druckerei Reinhard Ascher, CZ-70100 Ostrava 1
Gesetzt nach alter Rechtschreibung

ISBN 3-932878-08-6

Einbandgestaltung: Prof. Dr. Helmut Schröcke
nach einem Holzschnitt von Rudolf Warnecke, Merchingen



Gewidmet

den deutschen Soldaten
die mit einem Heldentum ohnegleichen den Angriff des Bolschewismus
abwehrten und das halbe Europa vor der größten Gefahr bewahrten,
die Europa je aus dem Osten bedrohte.

Nach einer Kohlezeichnung von Rudolf Warnecke

Der Holocaustbefehl Jahwehs, auszuführen von den Auserwählten an den Nichtauserwählten

„Aufreißt Jahweh die Erde, macht sie wüst und leer, kehrt das unterste zu oberst und zerstreut seine Bewohner ... Geleert, geplündert wird die Erde. Jahweh hat es befohlen!

Hintrauernd stirbt die Erde, der Ackerboden schwindet und verdirbt, die Führer der Erdenvölker sinken dahin. Entartet ist die Erde unter ihren Bewohnern, sie übertreten das Gesetz und ändern die Gebote. Sie brechen den ewigen Bund mit Jahweh. Darum frißt der Fluch die Erde. Und schuld daran sind die, die darin wohnen. Und daher verdorren sie bis auf einen kleinen Rest.

Der Most verschwindet, der Weinstock verschmachtet, alle, die von Herzen fröhlich waren, seufzen ...In Trümmern liegt die leere Stadt, jeder Zugang zu den Häusern ist versperrt. Man klagt und weint auf den Gassen, versiegt ist jeder Freudenquell, aller Frohsinn verließ das Land. Nur wüste Plätze sind der Stadt verblieben, und alle Tore sind zerschlagen.

So geht es allen Völkern der Erde ... Doch die Frommen (also die Jahweh-Anhänger; d. Red.) *erheben ihre Stimme. Sie jubeln und jauchzen vom Meere her über die Größe Jahwehs: 'Darum preist Jahweh, den Gott Israels, in Morgenland und auf den Inseln des Meeres.' Und vom Saume der Erde her hört man Lobgesänge: 'Den Frommen wird Herrlichkeit zuteil!' Die anderen aber klagen: 'Elend mir! Elend mir! Wehe mir! Räuber rauben, ja immerfort räuberisch rauben die Räuber!'*

Ja über euch, Bewohner der Erde, die ihr nicht fromm seid, kommt Schrekken, Grube und Strick. *Und ob einer entflöhe vor dem Geschrei des Schrekkens, so fällt er doch in die Grube, und wer aus der Grube sich erhebt, der fängt sich in Garn. Denn die Fenster des Himmels sind aufgetan, und die Grundfesten der Erde erbeben. Und es zerbricht, zerbirst die Erde, die Erde zerspringt, zersplittert, die Erde wankt und schwankt! Hin und her taumelt die Erde wie ein Trunkener ... Selbst der Mond und die Sonne werden beschämt dastehen, wenn Jahweh der Herr der Heerscharen in voller Herrlichkeit die Königsherrschaft antritt auf dem Berge Zion und zu Jerusalem. "*

Altes Testament, Jesaia, Kap. 24, Vers 1-23

5. Mose (7/16):

„Alle Völker aber, die Jahweh, dein Gott dir preisgibt, sollst du vertilgen, *ohne mitleidig auf sie zu blicken, und ihre Götter sollst du nicht verehren; denn das wäre fiir dich ein Fallstrick. "*

5. Mose (20/10-16):

„ Wenn du vor eine Stadt ziehst, sie zu bestreiten, so sollst du ihr den Frieden anbieten.

Antwortet sie dir friedlich und tut dir auf, so soll all das Volk, das darin gefunden wird, ***dir zinsbar und Untertan sein.***

Will sie aber nicht friedlich mit dir handeln und will mit dir kriegen, so belagere sie. Und wenn sie der Herr, dein Gott, dir in die Hand gibt, so ***sollst du alles, was männlich darin ist, mit des Schwertes Schärfe schlagen.***

Allein die Weiber, die Kinder und das Vieh und alles, was in der Stadt ist, und allen Raub sollst du unter dich austeilen und sollst essen von der Ausbeute deiner Feinde, die dir der Herr, dein Gott, gegeben hat.

Also sollst du ***allen*** *Städten tun, die* ***sehr ferne von dir liegen*** *und nicht von den Städten dieser Völker hier sind.*

Aber in den Städten dieser Völker, die dir der Herr, dein Gott, zum Erbe geben wird, sollst du nichts leben lassen, was Odem hat"

Jeremias (30/11)

„ Denn ich bin bei dir, spricht der Herr, daß ich dir helfe. ***Denn ich will mit allen Heiden ein Ende machen, dahin ich dich zerstreut habe;*** *aber mit dir will ich nicht ein Ende machen. "*

Jesaia (34/1-3)

„Kommt herzu, ihr Heiden, und höret; ihr Völker, merkt auf! Die Erde höre zu und was darinnen ist, der Weltkreis samt seinem Gewächs!

Denn der Herr ist zornig über ***alle Heiden*** *und grimmig über all ihr Heer.* ***Er wird sie verbannen und zum Schlachten überantworten.***

Und ihre Erschlagenen werden hingeworfen werden, daß der Gestank von ihren Leichnamen aufgehen wird und die Berge von ihrem Blut fließen."

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

In unserem Staat sind durch das Grundgesetz die *Freiheit der Forschung und Lehre* garantiert. Doch es gibt *Einschränkungen,* gesetzliche und nur zu oft auch ungesetzliche. In dem von Rolf-Josef Eibicht herausgegebenen Buch *Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten,* das 1997 in meinem Verlag erschienen ist und für das ich selbst einige Beiträge verfaßt hatte, wurden zahlreiche Einschränkungen behandelt, die man durchaus als Unterdrückung und Verfolgung unerwünschter Meinungen und ihrer Träger bezeichnen kann. Das Buch wurde dann selbst Gegenstand von Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen. Die bedeutsamste Maßnahme war das Bemühen der Regierung, das Buch indizieren zu lassen. Eine Indizierung kommt praktisch einem Verbot nahe. Aber das Bemühen scheiterte.

Über die verschiedenen Aktionen gegen das Buch informiert eine Schrift[1]. Sie ist für dieses Buch von Bedeutung, denn die Regierung stützte sich bei ihrem Indizierungsantrag vor allem auf die Behauptung, in dem Werk von Eibicht würde *die „deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg geleugnet".* Nun, in dem Buch von Schröcke wird nicht die „deutsche Alleinschuld" *geleugnet,* aber sie wird *verneint.* Das ist zwar keineswegs dasselbe, aber derzeit vorherrschende Kreise werden das sicherlich behaupten, um gegen dieses Buch vorgehen zu können. Leugnen heißt, die Wahrheit wissen, sie aber bewußt abstreiten. *Verneinen* heißt hingegen, eine bestimmte Sicht oder Behauptung nicht als zutreffend anerkennen, und für einen Wissenschaftler heißt das obendrein, daß er dafür - wie die Juristen sagen - *hinreichende Gründe* hat und vorweisen kann.

Die Arbeit von Schröcke weist hinreichende Gründe in großer Fülle auf. Trotzdem ist es wichtig, aus meiner Stellungnahme zum Indizierungsantrag der Regierung gegen das Buch von Eibicht die wesentlichen Stellen zu zitieren. Es heißt in der Stellungnahme[2]:

„1. Stand der Wissenschaft und Rechtsprechung

1.1. Es ist Stand der Wissenschaft, daß ein **komplexes politisches Geschehen** (wie z. B. Entstehung und Ablauf eines Weltkrieges) **nicht monokausal erklärt werden kann** und daß sich daher eine Alleinschuldfrage wissenschaftlich nicht ernsthaft stellt.

1.2. Es ist **Stand der Wissenschaft,** daß die **monokausale Erklärung**

---

[1] Roland Bohlinger: *Erfolgreiche Abwehr - Das Scheitern des Kampfes gegen das Buch: Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten,* Viöl 1999, 2. Aufl.

[2] a.a.O., S. 18 ff.

oder eine Alleinschuldbehauptung eines komplexen politischen Geschehens z.B.: „Die Juden sind schuld an unserem Unglück", „Die Kapitalisten sind schuld am Elend der Menschheit", „Der Einfluß des Saturn ist verantwortlich für die große Wirtschaftskrise " *kennzeichnend ist **für verfolgungswahnhafte Bewußtseinsinhalte und Argumentationsstrukturen.***

Dementsprechend ist es auch **Stand der Wissenschaft,** daß Behauptungen wie: *„Die Juden sind schuld ... "* oder *„Die Nazis sind schuld ... ",* um damit die *Verantwortung* oder die *Schuld* für ein komplexes negatives Geschehen oder gar aller Übel einer Epoche einer *bestimmten Person oder einer Gruppe anzulasten,* politikwissenschaftlich als das **Bestehen einer Verschwörungstheorie** und psychiatrisch als das **Bestehen eines Verfolgungswahns** diagnostiziert zu werden pflegt.

1.3. Zugleich ist es **Stand der Wissenschaft,** daß beim Vorliegen verfolgungswahnbedingter Bewußtseinsinhalte und Argumentationsstrukturen die Ursachenbezeichnung oder die Benennung des Schuldigen im gegenseitigen Vergleich **große strukturelle Ähnlichkeiten** aufweist und daher letztlich austauschbar ist, wie das besonders deutlich wird am Beispiel: *„Die Juden sind allein schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges"* (nazistische Wahnversion) und *„Die Deutschen (oder die Nazis) sind allein schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges "* (postnazistische Wahnversion).

1.4. Es ist **Stand der Wissenschaft,** daß die **Leugnung** oder **gravierende Verharmlosung von Schuld oder Mitschuld** an einem Verbrechen oder **die Verschiebung von Schuld oder Mitschuld** auf Andere, soweit es sich hierbei um Schuld oder Mitschuld der eigenen Person oder Gruppe handelt, zum Wesen der **Entwicklung und Manifestierung verfolgungswahnhafter Denk- und Verhaltensstrukturen** gehört.

1.5. Es ist Stand der Wissenschaft, daß es während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Verbrechen des Massen- und Völkermordes auf Seiten der verschiedenen kriegführenden Mächte gegeben hat, wofür symbolhaft, aber mit unterschiedlichem Gewicht und Umfang, die Namen Katyn, Auschwitz, Dresden, Hiroshima stehen, wobei die seriöse Wissenschaft zurecht die Verbrechen, die mit diesen Symbolen verknüpft sind, nicht zum Anlaß einer Schuld- oder Gewichtsrelativierung oder gar Schuldverrechnung nimmt.

Ebenso ist es aber auch **Stand der Wissenschaft,** daß es **nach der Niederlage** des Dritten Reiches noch **jahrelang Verfolgungsmaßnahmen gegeben hat, die allein für die Deutschen zu mehr als 9, eventuell bis 11 Millionen Toten** [3] geführt hat (Opfer von Massenmorden in Lagern, bei Vertreibungen,

[3] Nachträgliche Anmerkung: diese Tatsache ist natürlich ein zentrales Motiv für die Behauptung der deutschen Alleinschuld. Ja, erst von daher wird richtig klar, weshalb die

Zwangsarbeit, Gefangenschaft, Vergewaltigungen, Abtreibungen, Aushungern einschließlich Verhungern von Kindern im Mutterleib oder nach der Geburt).

1.6. Es ist **Stand der geltenden Rechtsprechung,** daß die **Bestreitung der Alleinschuld Hitlers/des Nationalsozialismus**[4] für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs **nicht rechtswidrig** ist, sondern im Bereich der Bandbreite der Meinungsfreiheit liegt, die durch Artikel 5 GG geschützt ist. Das gilt erst recht, wenn die Bestreitung im Bereich von wissenschaftlicher Forschung und Lehre erfolgt.

1.7. Es ist Stand der geltenden Rechtsprechung, daß Urteile und Verwaltungsakte begründet sein müssen. Eine Begründung ist dann gegeben, wenn sie (a) die Existenz von Tatsachen nachweist, (b) das tatsächliche Vorliegen einer den Fall betreffenden gesetzlichen Norm dargelegt und (c) auf der Grundlage der Beweisführung a+b durch logische Schlußfolgerung das Vorliegen einer Gesetzesverletzung beweist.

Die bloße Wiedergabe von Zitaten und die anschließende Behauptung einer Gesetzesverletzung genügen eindeutig nicht.

2. Zur Begründung des Indizierungsantrags

2.1. Behauptete *„Leugnung der Kriegsschuld"*

2.1.1. In der sogenannten Begründung des Indizierungsantrags wird zunächst erwähnt, daß das Buch 68 Einzelbeiträge im Rahmen von 5 Themenbereichen umfaßt. Nachdem die Themenbereiche genannt werden, heißt es: *„ Das Buch leugnet, wie die nachfolgenden Zitate belegen, die deutsche Kriegsschuld und verharmlost bzw. rechtfertigt die Verbrechen des NS-Regimes "*. Sodann werden unter der Überschrift *„Leugnung der Kriegsschuld"* insgesamt 7 Zitate aus dem Buch gebracht.

Anschließend wird aber nirgendwo Schritt für Schritt dargelegt, was und aufgrund welcher logischen Schlußfolgerungen mit diesen Zitaten bewiesen werden soll. Damit fehlt diesem Teil des Antrags bereits rein formal die Begründetheit.

2.1.2. Allem Anschein nach wollte der im Namen des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* handelnde Antragsteller darlegen, *„das Buch leugnet... die deutsche Kriegsschuld"*.

---

deutsche Alleinschuld für die Täter psychologisch und politisch so wichtig und deren Bestreitung unbedingt verfolgt und diffamiert werden muß: ***es sollen damit die eigenen schweren Verbrechen rechtfertigt oder verharmlost werden.***

[4] Und erst recht natürlich Deutschlands. Nachträgliche Anmerkung.

2.1.2.1. Zunächst einmal: ein Buch kann nicht *leugnen*. Leugnen können nur die Autoren eines Buches. Ich denke, das ist unbestreitbar. Die bereits hier sichtbar werdende Verworrenheit des Argumentierens waltete aber auch sonst bei der Abfassung und Begründung des Indizierungsantrags.

2.1.2.2. Da wäre zunächst der Begriff *leugnen* als solcher.

Der Begriff *leugnen* besagt, daß derjenige, auf den dieses Wort angewandt wird, *um die Wahrheit weiß, diese aber bewußt abstreitet.* Diese Begriffsklärung entspricht der Herkunft des Wortes *leugnen* aus dem Wortstamm *lügen* (germ. *laugno,* ahd. *lougna,* nach: Friedrich Kluge, *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache,* 21. Aufl., Berlin 1975, S. 438). Wenn man den Begriff *leugnen* so, wie hier, interpretiert (und ich denke, eine andere Art der Interpretation ist nicht möglich), dann wäre die Voraussetzung für die Nachweisbarkeit einer Gesetzesverletzung, daß dem Betreffenden das *absichtliche Abstreiten der Wahrheit wider besseres Wissen* nachgewiesen wird, also der *Vorsatz* des Abstreitenwollens, die Tatsache des *Abstreitens,* die Tatsache, daß es sich um die *Wahrheit* handelt, die abgestritten wird, und schließlich die Tatsache, daß dies *wider besseres Wissen* erfolgt. In meinem Kommentar zur Neufassung des §130 StGB habe ich dargelegt:

> *„Falls dem so ist, wäre gegen eine Bestrafung angesichts der Schwere des Verbrechens* [hier bezogen auf Leugnung von Massen- und Völkermord], *das wider besseres Wissen abgestritten wird, nichts einzuwenden. Im Gegenteil, sie wäre ein rechtlicher Fortschritt. Anders ist das aber, wenn es sich nicht um ein Abstreiten der Wahrheit handelt, sondern um wissenschaftliche Untersuchungen oder juristische Verteidigungsmaßnahmen, die zu Ergebnissen gelangen, die von der offiziell als gültig angesehenen Lehrmeinung abweichen, indem sie z. B. besagen, daß irgendwelche behaupteten Verbrechen in Wirklichkeit nicht stattgefunden haben.*
>
> *Es geht hier also letzten Endes um eine klare Abgrenzung, und zwar*
>
> *- einserseits zwischen dem Bereich Freiheit von Forschung, Lehre, Kunst, Berichterstattung, Rechts- und Ehrenschutz*
>
> *- und andererseits dem Bereich vorsätzliches Abstreiten von Verbrechen des Massen- und Völkermords wider besseres Wissen. "*

Der Verfasser der Antragsbegründung hat nicht dargelegt, inwiefern die in der Antragsbegründung zitierten Autoren *„ leugnen ",* also *die Wahrheit kennen und diese vorsätzlich abstreiten,* oder ob sie nur eine andere, auf emsthafte Weise erworbene Auffassung als der Antragsteller haben, was in den Bereich berechtigten Andersmeinens fällt, oder gar eine wissenschaftlich begründete andere Auffassung haben, die gesetzlich nicht nur berechtigt, sondern so-

gar ausdrücklich geschützt ist. (Näheres zu diesem Unterschied zwischen berechtigt *und* gesetzlich geschützt *in meiner Schrift:* Das 'berechtigte Interesse ' bei Nichtigkeitsfeststellungsklagen gegen atomrechtliche Genehmigungen, *Struckum 1984, S. 18 ff.)*

Damit ist der Antrag aus einem sehr gewichtigen Grund nicht begründet.

2.1.2.3. Darüber hinaus ist nicht klar, was mit der Formulierung *„deutsche Kriegsschuld"* gemeint sein soll.

Die Formulierung ist zusammengesetzt aus drei Worten: „Deutsch", „Krieg" und „Schuld".

Nimmt man die Formulierung „deutsche Kriegsschuld" wörtlich, dann ist es die Kriegsschuld „der Deutschen". Aber was ist das? Ist damit eine Schuld *aller* Deutschen gemeint? Wörtlich genommen, ist *genau das* anzunehmen. Das aber wäre eine Wiederaufwärmung des weltanschaulich, moralisch, rechtlich und wissenschaftlich längst überwundenen „Kollektivschuld"-Vorwurfs. Das Interessante an diesem Vorwurf ist aber nicht nur die offensichtliche Haltlosigkeit des Vorwurfs. Interessant, vor allem im vorliegenden Fall, ist das, was er über denjenigen aussagt, der ihn erhebt und der daran irgendwelche rechtlichen und anderen Folgen knüpft. **Wer ein ganzes Volk („die" Deutschen) einer Tat für schuldig erklärt, vertritt eine paranoide Verschwörungstheorie,** die mit der nazistischen Verschwörungstheorie („die" Juden sind schuld) oder jener der Bolschewiken („die" Kapitalisten sind schuld) oder der mittelalterlichen Kirche („die" Ketzer bzw. der Teufel, mit dem sie im Bunde stehen, sind schuld) konform geht und als **wesentlicher Bestandteil einer totalitären Denk- und Verhaltensweise nutzbar ist** und nur zu häufig auch zur Konditionierung der Massen und zur Verfolgung Andersdenkender genutzt wird. Zugleich ist eine solche Verschwörungstheorie **typisch für Verschiebung und Verdrängung eigener Schuld,** z. B. der Mitschuld am gleichen Verbrechen, oder der Mitschuld an der Vertuschung der tatsächlichen Verantwortung an dem Verbrechen usw. Zu dieser Thematik gibt es eine umfangreiche, z. T. recht seriöse Literatur, was aber offensichtlich nicht verhindert, daß solcher Unsinn weiterlebt.

Was könnte *entgegen dem Wortlaut* vielleicht noch gemeint sein mit der „deutschen Kriegsschuld"? Ist damit vielleicht eine *deutsche Mitschuld am Kriege* gemeint oder eine *Mitschuld bestimmter deutscher Kreise an der Entstehung und weiteren Entwicklung des Krieges?* Eine solche Interpretation wäre jedoch durch den Wortlaut keineswegs gedeckt.

Was folgt daraus? Die gebrauchte Formulierung ist nicht verwendbar, entweder, weil sie Bestandteil einer menschenverachtenden Verschwörungstheorie ist und als wesentlicher Bestandteil einer totalitären Denk- und Verhaltensstruktur genutzt werden kann und im vorliegenden Fall möglicherweise auch

genau so genutzt werden soll, oder weil sie wegen Unklarheit oder Verworrenheit unbrauchbar ist.

Im übrigen ist es offensichtlich, daß nur die zuletzt genannte Ansicht dem Stand der Wissenschaft entspricht. Auffassungen zu vertreten, die dem Stand der Wissenschaft entsprechen, ist jedoch zulässig und gesetzlich sogar ausdrücklich geschützt. Nichts anderes geschieht in den wiedergegebenen Zitaten. **Nicht zulässig und nicht gesetzlich geschützt sind jedoch staatliche Gewaltmaßnahmen, wie z. B. eine Indizierung, die sich auf offensichtlich falsche Gründe stützt,** wie z. B. die Behauptung einer deutschen Alleinkriegsschuld, obwohl diese Behauptung **unbestreitbar in den Bereich der Entwicklung und Manifestierung verfolgungswahnhafter Denk- und Verhaltensstrukturen gehört und geeignet ist, einen wesentlichen Bestandteil für totalitäre Strukturen abzugeben** (siehe Ziffer 1.2. bis 1.4.).

2.1.2.4. Es ist natürlich zu fragen, ob der Verfasser des Indizierungsantrags tatsächlich nur zu verworrenen Denk- und Rechtsauffassungen fähig ist, oder ob diese Verworrenheit nicht vielmehr der Nebel ist, durch den er seine rechtswidrige Konterbande schmuggeln will. Ich denke, der wahre Geist, der hinter dem Indizierungsantrag steht, kommt zunächst einmal in der Zitierung folgender Stelle aus einem meiner Aufsätze zum Ausdruck:

„ Und schon gar nicht sollten wir nach den wahren Ursachen fragen, wir sollen schweigen von der Mit-, ja Hauptverantwortung der vor 1933 herrschenden Kreise, aus denen die heute herrschenden weitgehend hervorgingen, sei es die Mitverantwortung für Versailles und die Zerstörung der Weimarer Republik, sei es die Mitverantwortung für die Verdummung des Volkes, für die Unterstützung der Machtergreifung Hitlers und schließlich für den Ausbruch des Krieges!"

Ja, edler Held im demokratischen Gewand, hier scheint nun allzudeutlich die Robe des Inquisitors hindurch! Wo ist in diesen Worten irgendetwas gesagt, das auch nur entfernt als Leugnung der Kriegsschuld, ja selbst einer deutschen Alleinkriegsschuld gedeutet bis gedeutelt werden könnte? Es geht um die *Mitverantwortung* an der Entstehung des Krieges. Was ist daran auszusetzen? Will der Held wahrhaftig behaupten, niemand außer den Deutschen oder den Nazis hätte in den Jahren und Jahrzehnten vor dem Kriegsausbruch politisch irgendetwas getan, gehandelt, verantwortet? Waren das alles mit der Milch der Unschuld großgezogene Lämmchen? Keiner außer den Deutschen trug Schuld an dem verbrecherischen Charakter des sogenannten Versailler Diktats, an der dadurch verursachten Ausplünderung und Verelendung der Deutschen, an der Inflation, der Weltwirtschaftskrise, den Währungs- und Goldstandardmanipulationen? Wäre auch ohne diese Veraussetzungen Hitler zur

Macht gelangt? Und wäre Hitler auch zur Macht gelangt ohne seine vielen Geldgeber? Wer finanzierte denn den Aufbau und die Unterhaltung seiner NSDAP, seiner SA-Armee, seiner Propaganda? Wie ich im Rahmen meiner Forschungen feststellte, kostete ihn dies jedes Jahr zwischen 200 und 300 Millionen Mark. Durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aus deutscher Hand bekam er aber kaum ein Sechstel zusammen. Wer finanzierte den Rest? Waren da nicht die römisch-katholische Kirche und zahlreiche internationale, oft jüdische Konzerne und Banken, hatte nicht sogar Stalin seine Finger in der deutschen Pfeffersuppe? Und wie kam es dann, daß Hitler die Macht überreicht wurde, obwohl er bei seiner letzten, nach demokratischen Spielregeln noch gültigen Wahl, der im Winter 1932, schon einen deutlichen Rückgang der Wählerstimmen erlitt? Er bekam damals nur etwa 27 % aller Wählerstimmen[5]. Wie das? Waren es nicht „die Deutschen", also 100 %, die damals Hitler wählten, und damit natürlich auch zu 100 % Krieg und Judenmord? Oder wer verschaffte ihm die Macht, wenn es tatsächlich doch nur etwa 27 % waren, die obendrein nicht Krieg und Judenmord, sondern Arbeit und Brot wählten? War es vielleicht eine Art unterbewußter Magie aller Deutschen, die lediglich zur Tarnung nur 27 % der Stimmen für Hitler abgeben ließ, ihn dann aber flugs in den Sattel hob? Oder waren es vielleicht die sogenannten demokratischen Parteien, die Unschuldslämmchen, und die hinter diesen stehenden Kreise, natürlich auch nur Unschuldslämmchen, etwa Herr von Papen, der Geheimkämmerer des Papstes, und hinter ihm der Vatikan, daneben dann die Loge, das jüdische Bankhaus Schröder usf.? Und wer stimmte für das Ermächtigungsgesetz, wer anerkannte Hitler durch das Reichskonkordat? Und war es nicht so, daß nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, die Kirchen, die sich zuvor noch halb im Hintergrund gehalten hatten, nun ganz auf die Seite Hitlers traten? Soll ich zitieren? Oder einfach fortfahren? Also da ist z. B. noch die Frage: Wer schuf die Voraussetzungen zum Krieg, den polnischen Korridor? Wer trieb die meisten Deutschen aus Posen, Westpreußen, Oberschlesien aus, fast 2 Millionen? Dabei kam es zu ungezählten Gewalttaten, zu ersten Konzentrationslagern in Mitteleuropa, auch zu Morden, lange vor Kriegsausbruch 1939. Jetzt hält die NATO es für gerechtfertigt, ebenfalls wegen Vertreibungsverbrechen und ethnischer Säuberungen einen Krieg zu beginnen, und alle sog. demokratischen Parteien stimmen zu. Wie das? Wurden sie alle zu Nazis? Und dann: Wer schürte 1939 die Emotionen, gab den Polen eine Blankovollmacht? Und warum wird so getan, als wäre der Beginn des Krieges nur von deutscher Seite ausgegangen? War da nicht noch etwas? War da nicht auch noch Stalin in Polen einmarschiert? Und wer machte dann aus dem deutsch-russisch-polnischen Krieg einen Weltkrieg? Waren da nicht irgend-

[5] Unter Berücksichtigung des Anteils der ungültigen Stimmen.

wo die englische und die französische Regierung und dann noch die amerikanische und einige dutzend andere Regierungen beteiligt?

Klar, hier nachzubohren, das gehört verfolgt. Was ist Wahrheit? Wertloser Dreck? Sie ans Licht zu ziehen, ist Verschmutzung, das gehört ausgetilgt? Stille hat zu herrschen, Friedhofsstille, auch dann, wenn die Schande der verordneten Lügenhaftigkeit die Spatzen von den Dächern pfeifen? So ist das eben, wenn sich totalitäre Strukturen durchsetzen? Verzeihung, sie müssen sich nicht durchsetzen, sie sind bei uns und um uns herum seit langem heimisch, nicht erst seit Hitler und Ulbricht. Mal virulieren sie mehr, mal weniger. Aber alle trieben und treiben es im Namen des Volkes. Und immer, wie es im Lied so schön heißt: „*... bis alles in Scherben fällt. "*

Nichts aber ist so widerlich, als die Heuchelei derer, die im Namen der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie zu verhindern versuchen, daß diese richtig zum Leben erwacht. Da ziehe ich die Diktatoren vor, die sich wenigstens offen zu ihren perversen Neigungen bekennen, die nicht von Indizierung reden, sondern offen von Zensur, von Denkverbot, von Geistesknebelung. In einer französichen Studie heißt es, daß in der Bundesrepublik inzwischen (1997) mehr Menschen wegen „Meinungsstraftaten" verfolgt wurden, als in den letzten Jahren der DDR. Und ist es nicht schon wieder so weit, daß ausländische Regierungen beginnen, unser Land öffentlich zu rügen wegen der dort stattfindenden Gesinnungsverfolgungen?"

Unser politisches Klima ist für Kritik und Gegenkritik wenig offen. Wir leben unter der Vorherrschaft imperialistischer Mächte. Die Deutschen leben obendrein noch immer in der Zeit des Nachkriegs. Es ist hier nicht der Ort, das näher auszuführen und zu belegen. Wer Augen hat zu sehen, sieht es. Auf jeden Fall gilt: jede vernünftige Lösung setzt eine offene Erforschung und Diskussion voraus. Abgesehen von den Rechts-, Freiheits- und Anstandsprinzipien, die heutzutage im Meinungsstreit allzuoft verletzt werden, ist es für die positive Weiterentwicklung des einzelnen Menschen sowie seiner Gemeinschaften unabdingbar, daß wichtige geschichtswissenschaftliche Bücher und Schriften für die Forschung und Archivierung zugänglich sind.[6]

---

[6] Oder sie müssen wieder zugänglich gemacht werden, darunter jene, die im Rahmen der umfangreichen Bibliothekssäuberungen in den Jahren ab 1945 weitgehend ausgesondert und vernichtet worden sind. Es wurden anscheinend fast zehnmal so viele Titel beseitigt als bei den Säuberungen im Dritten Reich - geht man von den offiziellen Listen der auszusondernden und dann vernichteten Literatur aus. Später reisten jahrzehntelang Aufkäufer durchs Land und kauften in Antiquariaten unerwünschte Literatur auf, die dann meist nach Israel verbracht und dort verbrannt wurde. Wegen dieser Aussonderung und Vernichtung ist es notwendig, daß wenigstens von den wichtigsten Titeln Nachdrukke erscheinen. Das ist eines der Ziele meines Verlags.

Dem *Historiker* geht es um die Erforschung und Beschreibung von mehr oder weniger komplexen Vorgängen in der Vergangenheit. Er steht zunächst immer wieder vor der Frage, ob eine Quelle echt ist, und wenn das der Fall ist, was sie aussagt. Denn auch eine echte Quelle kann Halbwahres oder gar Falsches aussagen. Das quellenkritische Vorgehen gehört zu den elementarsten Anforderungen an ihn als Wissenschaftler. Darüber hinaus hat er aber nicht nur quellenkritisch vorzugehen. Er muß verschiedene Quellen in ihren Zusammenhängen sehen und auswerten. Er muß bei Bedarf neue Quellen erschließen. Er muß die Entwicklungen und Wirkungen der geschichtegestaltenden Kräfte anhand der Quellen ebenso wie anhand philosophischer, psychologischer und naturgesetzlicher Grunderkenntnisse, allgemeiner historischer Erfahrungen u. a. m. erkennen. Er muß Urteile fällen, Lehren ziehen. Hierbei steht er immer wieder vor dem Problem, daß über ein und denselben Geschichtsabschnitt von verschiedener Seite unterschiedlich, unvollständig, widersprüchlich oder gar unwahr berichtet und geurteilt wird. Was soll er tun? Soll er das verschweigen? Soll er darüber nachdenken und weitere Forschungen anstellen? Soll er die Widersprüche und Mängel offenlegen, sich kritisch dazu äußern? Soll er nur über bestimmte Ausschnitte des Geschehens berichten, über Wesentliches oder Unwesentliches, über Vorder- oder auch Hintergründiges, über Zusammenhänge, Ursachen, Folgen? Wo sind da die Grenzen? Und vor allem: soll er sich anpassen an politisch erwünschte Meinungen und herrschende Gesetze oder soll er sich ohne irgendeine Rücksichtnahme mutig zur Wahrheit bekennen? Wie die Geschichte der Geschichtswissenschaft zeigt, gibt es in der Geschichtsforschung einen ständigen Fluß der Revision, der Änderung, Erweiterung und Vertiefung, aber auch der Verflachung, Unterdrückung, Verdrängung und Verfälschung. Die meisten der heutigen Meinungsbildner wollen das nicht so ohne weiteres hinnehmen. Sie möchten die Geschichtsschreibung in ihrem Sinne festschreiben. Sie möchten sie an die Kette legen, ihr Scheuklappen, Nasen- und Zungenring verpassen.

Soll ein Fluß nicht fließen, kann man ein Strafgesetz beschließen, das ihm das Fließen verbietet. Dann fließt er drumherum. Man kann den Fluß auch stauen. Dann tritt er irgendwann über die Ufer. Oder systematisch austrocknen. Dann gibt es vor Ort eine Dürre und andernorts Unwetter. Oder einfach negieren. Aber dann fällt man eines Tages versehentlich in den Fluß und ertrinkt darin.

Soll die Geschichtswissenschaft das bleiben, was sie sein soll, nämlich ein Instrument zur Erforschung vergangener Wirklichkeit und ein Lehrmeister für die Zukunft mithilfe der Erkenntnis wichtiger Wahrheiten, dann darf sie nicht unter irgendein Ausrichtungsdiktat gestellt werden, dürfen ihr Dokumente nicht vorenthalten, Archive nicht verschlossen, offene Diskussionen nicht ver-

wehrt werden. Sie verkommt sonst zur Unwissenschaft, zum Verführer durch Irrtum, zur Krücke von Wahn, Engstirnigkeit und Liederlichkeit. Nun, das ist eigentlich logisch. Doch was gilt die Logik, wenn es um Interessen, Ängste oder Feigheit, schlechte Gewohnheiten oder ideologische Trunksucht geht! Aber gerade dagegen wehre ich mich, als Historiker und als Mensch, dem die Wahrheit aus Liebe zur Wahrheit und als Mittel gegen Irrtum, Wahn und menschliches Leid, aber auch die Mündigkeit der eigenen Person und die seiner Mitmenschen am Herzen liegt, und hiergegen wehrt sich auch der Autor!

Jeder gute Autor ist nicht nur Fachmann auf seinem speziellen Gebiet, hier also ein Historiker, sondern irgendwie auch Philosoph. Den *Philosophen* beschäftigt zunächst die Frage nach dem Sinn des Lebens und der Schöpfung, nach den Gesetzen der Natur und der menschlichen Seele. Hierbei stößt er auch auf die Frage nach den geschichtegestaltenden Kräften. Und da ein echter Philosoph immer auch ein Ethiker ist, fragt er auch danach, wie negative Kräfte abgebaut werden können, wie ein antiimperialistisches, freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratisches, kulturvolles, soziales, ökologisch- und gesundheitorientiertes Gemeinschaftsleben innerhalb eines Volkes und Staates und zwischen den Völkern und Staaten gefordert werden kann. Ihn interessiert die Vergangenheit nur, um aus ihr grundsätzliche Erkenntnisse über gut und böse, richtig und falsch zu gewinnen, und um Hilfen zu entwickeln, damit die Zukunft lebenswerter, gerechter, freier und kulturvoller gestaltet werden kann.

Der *Verlag für ganzheitliche Forschung* wird vor allem von geschichtswissenschaftlichen, philosophischen und ethischen Bestrebungen, wie sie vorstehend umrissen wurden, geleitet. Er distanziert sich von jeder rassistischen, hetzerischen oder einseitigen Darstellung. Vor allem ist für ihn aber folgendes maßgebend:

Die Arbeit von Schröcke beschäftigt sich mit Aspekten geschichtlicher Entwicklungen. Hierbei werden die zum Zweiten Weltkrieg treibenden Kräfte innerhalb und außerhalb Deutschlands behandelt, darunter auch die Freimaurerei, die Hochfinanz und bestimmte, dem Mosaismus anhängende Kreise. Heutzutage wird die Thematisierung der Rolle dieser Kreise gern verdächtigt. Soweit die kritische Thematisierung in sachlicher Form geschieht, ist sie jedoch durchaus berechtigt.

Ich bin ebenso wie der Autor dieses Buches ein Gegner von jeglichem Extremismus, Rassismus und Imperialismus. Ich halte die *Freimaurerei* für eine nach Artikel 9 II GG verbotene verfassungs- und strafgesetzwidrige imperialistische Vereinigung. Ich habe das auch schon mehrfach unwidersprochen, auch in einer öffentlichen Konfrontation mit dem Schleswig-Holsteinischen

Landtag, nachgewiesen.[7] Dazu kommt: die Freimaurerei wurzelt im Mosaismus. Den *Mosaismus* halte ich für die rechtsextremste, rassistischste und imperialistischste Bewegung von Bedeutung, die es derzeit „im Westen" gibt. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach Art. 9 II GG. und § 220a StGB ist auch diese Bewegung als eine verfassungs- und strafgesetzwidrige Vereinigung einzustufen. Und auch in diesem Fall habe ich dazu einiges unwidersprochen veröffentlicht [8]. Es ist hier nicht der Ort,

[7] Siehe: Roland Bohlinger, *Verfassungshüter oder Tyrannenknechte? - Verfassungsschützer im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe,* Teil 1 und 2, Viöl 1994/5. Roland Bohlinger, *Antiimperialistische Sprengsätze in der Holocaust-Debatte,* Viöl 1998. Roland Bohlinger, *Ist die Freimaurerei eine nach Artikel 9 II GG verbotene Vereinigung?,* Viöl 1999, 2. Auflage. Hermann Ahlwardt, *Mehr Licht!,* Wobbenbüll 1980. Rene d'Argile, *Geheimnisse um die Ursachen des II. Weltkrieges,* Struckum 1982. Klaus Besser, *Forschungen über die geheime Leitung der Revolution von 1848,* Viöl 1997. Roland Bohlinger (Hg.), *Nietzsches Erkrankung und die überstaatlichen Mächte,* Viöl 1996. Erich Ehlers, *Freimaurer arbeiten fiir Roosevelt,* Viöl 1993. Georg H. J. Erler, *Der Einfluß überstaatlicher Mächte auf die Kriegs- und Völkerbundpolitik Woodrow Wilsons,* Viöl 1996. Kurt Fervers, *Berliner Salons - Die Geschichte einer großen Verschwörung,* Struckum 1989. Walter Frank (Hg.), *Forschungen über das Judentum,* 8 Bde., Viöl 1996. Walter Freund, *B'nai B'rith-Judentum und Weltpolitik,* Struckum 1990. Gerhard Gieren, *Der freimaurerische Kriegsverrat 1806,* Viöl 1995. Heinz Gürtler, *Deutsche Freimaurer im Dienste napoleonischer Politik,* Struckum 1988. Friedrich Hasselbacher, *Entlarvte Freimaurerei,* 3 Bände, Viöl 1993. Friedrich Hasselbacher, *Volksverrat der Feldlogen im Weltkriege,* Viöl 1995. Karl Heise, *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg,* Struckum 1991, 5. Auflage. Walter Löhde, *Das päpstliche Rom und das deutsche Reich,* Struckum 1991. Walter Löhde, *Ein Kaiserschwindel der 'hohen ' Politik,* Struckum 1988. Erich Ludendorff, *Wie der Weltkrieg 1914 gemacht wurde,* Viöl 1998. Erich Ludendorff, *Die Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse,* Viöl 1998. Erich Ludendorff, *Die überstaatlichen Mächte im letzten Jahr des Weltkrieges,* Viöl 1999. Mathilde Ludendorff, *Der ungesühnte Frevel an Luther, Lessing, Mozart und Schiller,* Viöl 1998. Mathilde Ludendorff, *Hinter den Kulissen des Bismarckreiches,* Viöl 1999. Felix Franz Egon Lützeler, *Hinter den Kulissen der Weltgeschichte,* 3 Bände, Struckum 1985. L. Graf Moltke, *Die Tragödie an der Marne,* Viöl 1992. Eustace Mullins/Roland Bohlinger, *Die Bankierverschwörung,* Struckum 1982, 3. Auflage. Ivan Muzic, *Die Freimaurerei in Frankreich und Jugoslawien,* Viöl, in Vorbereitung. Ludwig Pauler, *Geheimschlüssel zur Weltpolitik,* Viöl 1993. Hans Riegelmann, *Die europäischen Dynastien in ihrem Verhältnis zur Freimaurerei,* Struckum 1985. Adolf Rossberg, *Freimaurerei und Politik im Zeitalter der Französischen Revolution,* Struckum 1984. Hans Schick, *Das ältere Rosenkreuzertum,* Viöl 1998, 4. Auflage. *Weltkampf - Die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart,* 10 Bände, Viöl 1998. Friedrich Wichtl/Robert Schneider, *Weltfreimaurerei - Weltrevolution - Weltrepublik,* Mit einem Anhang von Roland Bohlinger, Viöl 1999, 17. Auflage.

[8] Siehe u.a.: Siehe: Roland Bohlinger, *Verfassungshüter oder Tyrannenknechte? - Verfassungsschützer im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe,* Teil 1 und 2, Viöl 1994/5. Roland Bohlinger, *Antiimperialistische Sprengsätze in der Holocaust-Debatte,* Viöl 1998. Anhang von Roland Bohlinger in Friedrich Wichtl/Robert Schneider, *Weltfrei-maurerei - Weltrevolution - Weltrepublik,* Viöl 1999, 17. Auflage. Siehe außerdem die vorige Anmerkung.

das zu wiederholen. Wichtig ist nur folgendes (was für manchen Leser zunächst gar nicht zum Thema zu gehören scheint, tatsächlich aber den Kern betrifft, wie im Verlauf meiner Ausführungen leicht erkennbar wird):

Für die *Bibelgläubigen* - also für einen erheblichen Teil der Menschheit, darunter sind politisch, wirtschaftlich und medial führende, im vorliegenden Buch teilweise behandelte Kreise - besitzt der sogenannte *Jakobsegen,* ausgesprochen im Alten Testament, und zwar im 1. Buch Moses, Kapitel 27, eine *zentrale*, ja *richtungsweisende* Bedeutung. Neben diesem Jakobsegen steht in unmittelbarem Zusammenhang der sogenannte *Esausegen.* Aus *jahwistischer* Sicht, also aus der Sicht der Lehre des Jahwismus, der Lehre Jahwehs, der Lehre des Gottes der Bibelgläubigen, ist der Verfasser dieser Zeilen und Inhaber des *Verlags für ganzheitliche Forschung* ein führender Vertreter des *„Esausegen-Konzepts".* Das ist von ganz erheblicher Bedeutung:

> Nach der Lehre des Jahwismus hat sich Jakob durch List den *Erstgeburtssegen* seines Vaters Isaak, den sogenannten *Jakobsegen,* der eigentlich seinem Bruder Esau zustand, erschlichen und dadurch den Anspruch auf Macht über Esau, auf imperialistische Macht über „den Anderen", erlangt. Esau war dadurch dazu verurteilt, fortan seinem Bruder Jakob zu dienen. Andererseits bekam Esau von seinem Vater Isaak im Rahmen einer anderen Segenerteilung das *Recht zugesprochen,* eines Tages *das Joch seines Bruders Jakob* vom Hals zu reißen, *um auch Herr zu sein.*

JAKOB steht im engeren Sinne für die *mosaischgläubigen Juden* und im weiteren Sinne für alle den mosaisch Gläubigen hinzugefügten, ethnisch dem Judentum nicht angehörenden *Bibelgläubigen.* ESAU steht hingegen für die „Anderen", im engeren Sinne für alle nicht mosaisch Gläubigen, im weiteren Sinne für alle nicht bibelgläubigen Nichtjuden. Hierbei gilt für alle Bibelgläubigen, insbesondere für die mosaisch Gläubigen, daß sich sowohl im *Jakobsegen* als auch im *Esausegen* der ZENTRALE, DIE GESCHICHTE DER MENSCHHEIT BESTIMMENDE WILLE IHRES GOTTES JAHWEH äußert. Wer möchte da behaupten, daß diese Tatsache nicht von größtem Einfluß auf die Richtung des politischen Denkens, Wollens und Handelns der Bibelgläubigen ist? Beschäftigen wir uns daher noch etwas weiter damit:

Der ESAUSEGEN beinhaltet nicht, daß Esau lediglich das Joch seines Bruders abreißen und dann vielleicht zur Abwechslung Jakob unters Joch beugen darf, sondern er enthält viel mehr. Die Verwirklichung des Esausegens soll nämlich etwas wesentlich anderes, etwas neues herbeiführen: FREIHEIT, GLEICHBERECHTIGUNG UND FRIEDEN FÜR BEIDE BRÜDER BZW. DEREN NACH-

KOMMEN, BEIDE „GRUPPEN" SOLLEN NUN HERREN SEIN, HERREN IHRER SELBST, AUSGESTATTET MIT GLEICHEN RECHTEN UND PFLICHTEN UND SOMIT WIRKLICH FREI UND OHNE JOCH. Nur in diesem Sinne, d. h. im Dienst des Ziels der *Gleichberechtigung* und *freien Selbstbestimmung* und gegenseitigen *Achtung und Rechtswahrung* für *alle*, ist es auch möglich, daß Esau die Folgen heilen kann, die Jakob mit dem Beschreiten des von ihm eingeschlagenen Wegs erzeugte, den man in richtiger Ausdeutung dieser Symbolgeschichte als imperialistischen Weg bezeichnen kann. Gewalt darf Esau hierbei nicht anwenden, außer natürlich in Fällen unmittelbarer Notwehr. Denn durch einen Weg der Gewalt würde er sich nur auf den bisherigen Weg Jakobs begeben, der zumindest als Irrweg, unter ethischen Gesichtspunkten als verbrecherischer Weg, anzusehen ist. Das heißt: AUCH IN DER BIBEL, DER IDEOLOGISCHEN HAUPTQUELLE DER MOSAISTISCHEN UND CHRISTLICHEN PRIESTERKASTEN, WIRD DER WEG JAKOBS ZUMINDEST ALS IRRWEG GEWERTET, DENN SONST ENTHIELTE DER ESAUSEGEN NICHT DIE VERHEISSUNG, DAß DEREINST DIE FOLGEN DES JAKOBSEGENS, ALSO DIE AUF BETRUG UND UNTERJOCHUNG GEGRÜNDETEN FOLGEN, ÜBERWUNDEN WÜRDEN. Das bedeutet aber zugleich, daß das „Esausegen-Konzept" nicht nur das - an sich selbstverständliche, aber auch vom Jahwismus ausdrücklich anerkannte - *Recht auf Selbstbefreiung* Esaus enthält, sondern auch die *Pflicht*, Jakob zu *helfen*, den Weg der Befreiung und ethischen Läuterung und damit der Erlösung mitzugehen. DAS EINE GEHT NICHT OHNE DAS ANDERE, WEDER WELTANSCHAULICH NOCH MORALISCH NOCH POLITISCH. Das bedeutet aber auch, daß Jakob, nachdem begonnen wurde, das „Esausegen-Konzept" zu verwirklichen, ESAU NICHT IN SEINEM BEMÜHEN UM HEILUNG HINDERN DARF, will er im Rahmen des von seiner Religion bestimmten Konzepts bleiben und der Erlösung, nämlich der eigenen Befreiung vom falschen Konzept, teilhaftig werden. Oder mit anderen Worten: Es erfolgt aus bibelgläubiger, insbesondere mosaistischer Sicht das Hervortreten des *messianischen Konzepts* aus dem Raum *des Glaubens und der Hoffnung auf etwas Zukünftiges* in den Raum der *aktuellen Politik.* Aus dieser Sicht wäre eine Behinderung oder gar Verhinderung dieses Hervortretens gleichbedeutend mit einem grundsätzlichen Bruch des Bundes mit Jahweh und die Verhinderung der Ankunft des Messias. Das aber würde, auch wieder nach jahwistischer Lehre, die Verfluchung und Vernichtung durch Jahweh nach sich ziehen. DARAUS FOLGT, DAß ES FÜR DIE BIBELGLÄUBIGEN IM WILLEN JAHWEHS LIEGT, DAß SICH DER ESAUSEGEN ALS DER LETZTLICH STÄRKERE SEGEN ERWEIST. Und zugleich heißt das, daß derjenige, der den *„Esausegen mobilisiert"*, wie das einmal in der *Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung* hieß, nach dem Willen Jahwehs UNANGETASTET BLEIBEN MUß - solange er als Esau auftritt, sich also an die Regeln hält, nämlich ohne Gewalt, ohne

Lüge und ohne Hetze für die allgemeine Befreiung und Gleichberechtigung wirkt.

Den meisten Menschen ist dieser Sachverhalt unbekannt, obwohl er von größter Bedeutung ist. Die Führer der Religionen, die sich auf die Bibel stützen, nähren diese Unkenntnis. Warum, liegt auf der Hand. Eine offene Diskussion über den „Esausegen" würde die imperialen Bestrebungen der Priesterkasten dieser Religionen stören, sie im religiösen Kern infragestellen und so eine antiimperialistische Weiterentwicklung fordern.

Eine Verwirklichung des „Esausegen-Konzepts" steht - im Gegensatz zu vielen anderen Inhalten der Bibel - *im Einklang mit der Weltanschauung des Verfassers dieser Zeilen.* Diese Weltanschauung fußt vor allem auf den philosophischen Erkenntnissen von Mathilde Ludendorff, daneben auf denen von Nicolai Hartmann, Friedrich Schiller, Wilhelm von Humboldt und anderen Vertretern des „deutschen Idealismus", außerdem auf Erkenntnissen aus Geschichts- und Naturwissenschaft, Psychologie und Verhaltenslehre.

Beim Streben nach Erfüllung dessen, was einerseits im Esausegen für die *Bibelgläubigen* eindeutig VON GOTT JAHWEH SELBST KONZIPIERT ist und andererseits nach der *Weltanschauung des Verfassers* als MORALISCHE UND POLITISCHE GRUNDNORM anzusehen ist, steht der Verfasser in einem *Recht* und in einer *Pflicht.* Nach seiner Weltanschauung führt die Beschreitung des imperialistischen Weges in letzter Konsequenz zum Untergang des menschlichen Lebens in seiner positiven Form, nämlich in jener Form, die vor allem durch das Streben nach Freiheit, Güte, Würde, Liebe, Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit gekennzeichnet ist. Für diese Weltanschauung gibt es *keinerlei Recht* auf Beschreitung des falschen Wegs: des imperialistischen Wegs, des Wegs der Manipulation, Kontrolle und Ausbeutung des Menschen, des Wegs zur Errichtung einer Gewalt- und Willkürherrschaft. Für sie gibt es nur ein Recht auf Befreiung vom falschen Weg, ein Recht, das zugleich sich als Pflicht darstellt, als Pflicht, eine freiheitlich-volksherrschaftliche, leben-, frieden-, umweit- und heimatschützende Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, die als Schutzgebiet für den Einzelnen und die Gruppe, aber auch als Hort dient, in der die ethnische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Höherentwicklung zu gedeihen vermag.[9]

Es ist klar, daß eine Befreiung, die nicht gewaltsam erfolgen und daher nur auf geistigem Gebiet vorangetrieben und sicher gegründet werden kann, hauptsächlich mit den Mitteln des Vorbilds, der Einsicht, der Hilfe zur Selbst-

---

[9] Näheres hierzu steht vor allem in meinem *Gutachten zur Frage der Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage fiir ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Gemeinschaftsleben,* Viöl 1995 und in der Schrift *Antiimperialistische Sprengsätze in der Holocaust-Debatte,* Viöl 1998, 2. Auflage.

erkenntnis und zum Erkennen des Wesentlichen, der Aufklärung, der Erziehung, der Kultur sowie der Mobilisierung des Stolzes und des Selbsterhaltungs-, Freiheits-, Rechts-, Wahrheits- und Schönheitswillens herbeigeführt werden muß und auch nur so herbeigeführt werden kann. In diesem Rahmen kommt der geschichtswissenschaftlichen Forschung, Dokumentation und Publizistik eine herausragende Bedeutung zu. Hierbei müssen Forschung, Lehre und Publizistik *frei* sein, auch dazu frei, wesentliche Dokumentationen und Argumentationen in den Forschungs- und Publikationsfluß einleiten zu dürfen, die vom Zeitgeist nicht gern gesehen sind oder aber nicht durchgängig frei sind von Mängeln. Aber welche geistige Arbeit ist frei von Mängeln! Diese Freiheit ist grundgesetzlich verbürgt, das wurde in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 11.1.1994 nochmals ausdrücklich hervorgehoben. Jedenfalls gilt: Wenn dem Menschen zugebilligt wird, daß er fähig ist, als mündiger Bürger in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat zu leben, muß ihm auch die Freiheit der Entscheidung über das, was er für richtig oder falsch ansieht oder ansehen möchte, und zwar einschließlich einer Entscheidung für das tatsächlich Falsche, zugebilligt werden, und das ist ihm sogar unabhängig von der Erwartung zuzubilligen, daß viele Menschen diese Freiheit gar nicht mißbrauchen und aus praktischer Vernunft auch nicht mißbrauchen wollen, sondern positiv und kritisch nutzen - was am ehesten dann gewährleistet ist, wenn es eine offene Diskussion der verschiedenen Standpunkte gibt. Das aber ist nur möglich bei voller Freiheit der Forschung und Lehre.

Roland Bohlinger

NE QUID FALSI AUDEAT, NE QUID VERI NON AUDEAT DICERE SCIENTIA

über dem Auditorium Maximum der Münchener Universität

Einleitung

Zur Beantwortung ursachenbezogener Fragen nach der Gestalt Deutschlands in seinen jetzigen Grenzen, seinem Rechtsstande und seiner außenpolitischen Einordnung sowie nach seiner innenpolitischen Ordnung und nach der inneren, geistigen Verfassung seines deutschen Staatsvolkes kann man - abgesehen vom letzten Punkt - getrost die Zeit nach 1945 übergehen und sich auf die Betrachtung der Ereignisse bis zum 8.5.1945 beschränken. Man braucht aber auch hier nicht nach dem Ablauf des letzten Krieges zu fragen, denn daß dieses gewaltigste Nibelungendrama unserer Geschichte so enden mußte, wie es geschah, war mit dem Kriegseintritt der beiden Supermächte 1941, den USA und der UdSSR, im Westen wie im Osten klar. Man muß vielmehr fragen: Wie kam es zu den ersten Schüssen im Osten, die, vorwegnehmend, nicht am 1.9.1939 und nicht von deutscher Seite fielen? Und wie kam es zu dem deutschen Präventivschlag im Osten am 22.6.1941 und zum Kriegseintritt der USA?

Es kann heute kein ernsthafter Zweifel daran bestehen, daß der Zweite Weltkrieg bereits mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges im Keime angelegt war. Beide Weltkriege zeigen in drei Punkten bemerkenswerte Übereinstimmungen:

1. Beidemal sah es das Deutsche Reich als seine vordringliche Aufgabe an, den Einkreisungsring der gleichen Mächte zu sprengen. Das gelang vor dem Ersten Weltkrieg nicht, wohl aber, allerdings nur aufgeschoben, unmittelbar vor dem Zweiten.
2. Das Kriegsziel der Alliierten bestand sowohl 1914 wie 1939 vor allem in der Zerstörung des Deutschen Reiches und der möglichst gründlichen Schwächung der Volkskraft der Deutschen, wozu vor allem die biologische, weltanschauliche, kulturelle, rechtliche, wirtschaftliche und militärische Enthauptung gehörte, insbesondere die Vernichtung des wachsenden Identitätsbewußtseins der Deutschen, das durch die Wiederentdeckung der heute humanbiologisch als richtig erkannten Bedeutung von Völkern in

der deutschen Romantik gestärkt worden war und zunehmend politischen Ausdruck fand, etwa im *Hambacher Fest* 1832 und in der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt 1848/49 und das in die Betonung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und alle Völker der Erde mündete. [10] Dem wurde zunächst vor allem die Behauptung, die Deutschen strebten nach der Weltherrschaft, entgegengestellt, wie sie neben dem Prinzip der englischen Politik der *„balance of power"* in der bekannten Denkschrift Croves (Beamter im *Foreign Office)* von 1907 verankert wurde und für die gegen Deutschland gerichtete Politik über den Ersten Weltkrieg hinaus offiziell maßgebend geblieben ist.

3. Beide Kriege endeten mit der Niederlage Deutschlands und der Zuweisung der Alleinschuld an Deutschland durch die Siegermächte.

Man muß zunächst fragen: Wie kam es zum 9.11.1918? Allerdings sind die Voraussetzungen zur Beantwortung einer für die innere, geistige Verfassung des deutschen Staatsvolkes sehr entscheidenden Fragestellung, wie der nach dem Verhältnis von Kriegsursachen und Kriegsschuld, heute gänzlich andere als sie es schon wenige Jahre nach 1918 waren.

Zahlreiche Forschungen, darunter jene, die von der Reichsregierung veranlaßt worden waren, aber auch die von Prof. H. Barnes und anderen im Ausland, hatten die Haltlosigkeit der Alleinschuldzuweisung nach Artikel 231 des Versailler Vertrages ergeben. Schließlich widerrief Reichspräsident v. Hindenburg bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals am 18.9.1927 die in Versailles von den Vertretern Deutschlands unterzeichnete Schuldzuweisung.

Nach 1945 ging eine totale Besetzung durch die feindlichen Mächte einher mit einer ebenso totalen Mediensteuerung durch die Sieger, die Deutschland, besonders über das IMT Nürnberg, die Alleinschuld an beiden Weltkriegen als „offenkundig" zugewiesen hatten. Inzwischen haben sich weltpolitische Entwicklungen vollzogen, die Einfluß auf das Verhältnis ehemaliger Siegermächte zu Deutschland haben. In den USA sind z. B. das Rockefellerzentrum in New York und wichtige Medienkonzerne von Japanern gekauft worden, die *Chase-Manhattan-Bank,* Hausbank der Rockefellers und eine der tragenden Banken der *Federal Reserve Bank,* mußte zur Zeit des von der Rockefellergruppe eingefädelten Golfkrieges vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, und nicht wenige Banken der Wallstreet-Hochfinanz haben inzwischen

---

[10] Anm.: Die Farben Schwarz-Rot-Gold von 1832 und 1848, die gesamtdeutschen, also großdeutschen Farben, *„ Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt"* werden beim Innewerden ihrer Bedeutung durch die herrschenden Politiker wohl bald verboten sein. Der erste Vers des Deutschlandliedes gilt ja bereits als „rechtsradikal", und die ihn singen, werden verfolgt.

Beteiligungen arabischer Ölfürsten, die ihren Einfluß geltend machen. Auf der anderen Seite zerfielen die UdSSR und mit ihr einige weitere polyethnische Staaten. Völker, die sich ihres Selbstbestimmungsrechtes - wie die Kroaten, Slowenen und Slowaken, die seit 1919 in den Völkergefängnissen Jugoslawien und Tschechoslowakei gefangen waren - bewußt geblieben waren, mußten entgegen aller großmachtpolitischen Erwartungen in die Eigenständigkeit entlassen werden, ebenso entstanden die Ukraine, Weißrußland und die baltischen Staaten z. T. wieder.

Die Bundesregierung Deutschlands hat gleichzeitig mit der sogenannten Wiedervereinigung und der Wiedererlangung von Teilen der Souveränität am 3.10.1990 die praktische Weitergeltung der zentralen Bestimmungen des *Überleitungsvertrages* vom 26.5.1952 zugesichert, der sie zur Wahrung der Unantastbarkeit aller Rechtssetzungen, Urteilsfindungen und Verwaltungsakte der Besatzungsmächte, also auch der Urteile des IMT Nürnberg, verpflichtet. Damit sind der kritischen Hinterfragung der 31jährigen Geschichte Deutschlands über die beiden Weltkriege hinweg nach wie vor Grenzen gesetzt, die eigentlich mit der offiziell behaupteten Zuerkennung der vollen Souveränität aufgehoben werden müßten. Statt dessen sind die Grenzen im Laufe der letzten Jahrzehnte durch deutsche Gesetze immer enger gezogen worden.

Für die historische Forschung gilt, sofern sie sich dem Prinzip unparteilicher Wissenschaftlichkeit verpflichtet zeigt, und sofern sie sich von vornherein jeder politisch gemeinten Diktion und Interpretation der zu untersuchenden geschichtlichen Vorgänge enthält, diese Einschränkung nicht, will sie nicht zur Unwissenschaft verkommen.

Obwohl im Grundgesetz nicht nur die Freiheit der Wissenschaft, sondern auch die Freiheit der Meinungen garantiert ist, *„ eine Zensur findet nicht statt"*, und im Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 11.1.1994 das nochmals festgestellt wurde, wird die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Zeit von 1933 bis 1945 zunehmend einseitig behindert und gesetzlich eingeengt. Die Ursachen und Zusammenhänge dieser Entwicklung sind aber noch 50 Jahre nach Kriegsende im Ausgang des Krieges und den Zielen der Sieger begründet (siehe Kap. 17.3, Anhang A26).

Wie durch die heutige Meinungsmanipulation zunehmend die historische Wahrheit verfälscht wird, ergibt sich aus einem Vergleich der Rede des Bundespräsidenten Carstens am 19.2.1976 vor dem Bundestag mit heute vorherrschenden Stimmen, wie sie in Kap. 23 zitiert werden:

„ Sie erwecken hier den Eindruck durch alle Ihre Redner, als wenn das Leid, das schwere tragische Leid, welches in den vergangenen vierzig Jahren über das polnische Volk gekommen ist, ausschließlich auf deutsche Schuld und deutsche Ursachen zurückzuführen ist. Dies, meine Damen und Herren, ist eben eine falsche und verfälschte Darstellung der deutschen Geschichte,

gegen die sich die Deutschen mehr und mehr zur Wehr setzen, weil sie endlich genug davon haben, immer von neuem hören zu müssen, daß sie an dem Leid in der Welt und insbesondere an dem Leid des polnischen Volkes die alleinige Schuld trügen."

Auch die Ehrenerklärung Adenauers für die Deutsche Wehrmacht vor dem Deutschen Bundestag am 3.12.1952 wäre heute unvorstellbar und hätte ein weltweites schrilles Echo zur Folge, ganz abgesehen von heutigen Schmutzkübeln wie der Reemtsma-Heer-Ausstellung. Damals hatte diese Erklärung Adenauers eine solche von Eisenhower zur Seite. Adenauer erklärte am 3.12.1952: *„ Wir möchten heute und vor diesem Hohen Hause im Namen der Regierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, zu Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, daß der gute Ruf und die großen Leistungen des deutschen Soldaten in unserem Volke noch lebendig geblieben sind und auch bleiben werden. Es muß auch gemeinsame Aufgabe sein, und ich bin sicher, wir werden sie lösen, die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen* (B. Steidle 2, 1955, S. 328). Diese Ehrenerklärung wurde am 17.12.1952 auch auf die Waffen-SS ausgedehnt (siehe Anhang 25).

Eine Untersuchung der Frage nach Kriegsursachen und daraus unmittelbar folgend nach Kriegsschuld hat sich vor allem mit dem weltpolitischen Szenarium zu befassen, das sich zwischen dem Ende des Ersten und dem Eintritt der Großmächte in den Zweiten Weltkrieg vorfindet. Die Einflüsse der wichtigsten Personen dieses Szenariums müssen mit Gewichten versehen werden, die sich zusammensetzen aus der geopolitischen Lage ihrer Länder, der Größe dieser Länder, ihren Einwohnerzahlen und ihrem Rohstoff- und Wirtschaftspotential. Demnach sind die größten Gewichte Wilson, Roosevelt und Stalin zuzuteilen. Den Engländern kommt nur das Gewicht einer Mittelmacht zu, denn England war wirtschaftlich, ähnlich wie 1916, so auch 1940 zu schwach, es benötigte dringend Kredite der Wallstreet, um schlagkräftig weiterkämpfen zu können. Das Deutsche Reich war auf Grund seiner Mittellage stets gefährdet, zählte trotz seiner 80 Millionen Einwohner zu den Habenichtsen und besaß nur die Einsatzbereitschaft, das geistige Potential und den Widerstandswillen seines Volkes.

Es sind nicht nur die verantwortlichen Personen, Regierungen und Gruppierungen zu betrachten, die Einfluß auf das Geschehen nahmen, sondern es muß auch nach den Hintergrundmächten, deren Interessen und den Mitteln und Werkzeugen gefragt werden, von denen die Akteure gesteuert oder beeinflußt wurden. Es ist weiterhin nach den geistigen Wurzeln zu fragen. All das wird hier jedoch nur insoweit geschehen, wie es sich an Quellenbelegen aufzeigen läßt.

Die Lage der Zeitgeschichtsforschung macht heute den Eindruck, als sei sie noch immer weitgehend durch das ideologisch vorgeprägte und „volkspädagogisch" (G. Mann) motivierte Meinungsdiktat der Sieger von 1945 gekennzeichnet. Opportune Meinungen mit unbewiesenen Pauschalverurteilungen werden ohne ausreichende oder mit nur sehr mangelhaften Kenntnissen und Auswertungen von Quellen vertreten. Die Alleinschuldzuweisung für den Zweiten Weltkrieg wird von den meisten beamteten deutschen Fachhistorikern nicht in Frage gestellt, ebensowenig von dem von der Bundesregierung eingerichteten *Institut für Zeitgeschichte* in München und dem *Militärhistorischen Forschungsinstitut* in Freiburg und anderen. Die Arbeit ausländischer Historiker, soweit diese als „Revisionisten" gelten, wird häufig behindert, sogar durch die Bundesregierungen. So wurde z. B. der bekannte Historiker David Irving mit Rede- und Einreiseverbot belegt. Fünfzig Jahre nach dem 22.6.1941 bestimmen Auffassungen zum Krieg gegen die UdSSR die Diskussion, die spätestens durch jüngste Forschungen in Rußland nach dem Zerfall der UdSSR völlig widerlegt wurden. Dies gilt auch für den in der politischen Diskussion sichtbar werdenden Kenntnisstand der Zeitgeschichte von Politikern aller Parteien einschließlich der Grünen und der PDS. F. J. Strauß (F. J. Strauß 1984) hat uns in seinen ab Herbst 1987 auf Band gesprochenen Erinnerungen Kenntnisse vorgehalten, die von den erlaubten Meinungen abweichen. Er sagte immerhin in einer Rede am 28.4.1985: *„ Tief erblickende Historiker und Politiker erkannten schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, daß die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als eine zusammenhängende Epoche in der europäischen Geschichte zu betrachten sei. In zwei gewaltigen Kriegen hatte sich Europa, einst Mittelpunkt und Machtzentrum der Welt, bis zur Erschöpfung verblutet. Was am 1. August 1914 begann und am 8. Mai 1945 endete, ist nichts weiter anderes als der furchtbare Prozeß europäischer Selbstzerstörung."* Schon damit ist einer deutschen Alleinschuld widersprochen. Das *Cannae der Zeitgeschichte* (E. Topitsch 1990) bezieht sich noch immer auf die Verhinderung der Wahrheitsfindung und nicht, wie von Topitsch gemeint, auf den Durchbruch der Wahrheit. Auf die Auseinandersetzung mit Autoren wie Hildebrand, Hillgruber, Fest, Graml, Jakobsen, Hofer u. a. m., welche das Geschichtsbild der Sieger vertreten, kann hier verzichtet werden, dazu sei auf Werke z. B. von M. Klüver oder Maier-Dorn verwiesen.

Über die Meinungsdiktatur in Rußland vor und nach dem Zusammenbruch der UdSSR, wo die Behinderung historischer Forschung mit der Beschimpfung als Faschist einhergeht, berichtet Suworow (V. Suworow 1994, S. 309 f.): *„ Tausende von Historikern schreiben Bücher und Dissertationen über den Krieg, aber niemand erübrigt die Zeit, sich für die Fakten zu interessieren ... Unsere Historiker finden nur, was man auch finden darf."* Demgegenüber entsprechen die Unterrichtungen der Öffentlichkeit durch die Reichsregierung

z. B. mit *Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges*, Auswärtiges Amt 1939 und 1940 (siehe auch die Ausführungen von Prof. Berber in Kap. 15) völlig der historischen Wahrheit, soweit sie damals bekannt war.

Nachdem wichtige Akten der westlichen Sieger bis in das nächste Jahrhundert gesperrt sind, sind neue Erkenntnisse vor allem durch die Öffnung der russischen Archive zu erwarten, besonders aber nach Rückgabe der noch immer zurückgehaltenen Teile der deutschen Archive. Deren vollständige Rückgabe wäre eigentlich mit der Zuerkennung der Souveränität der Bundesrepublik am 3.10.1990 selbstverständlich gewesen. Aber weder von den derzeitigen Besitzern noch von den Regierungen der Bundesrepublik wurden dahingehende Absichten geäußert, noch gar Schritte unternommen. Das spricht Bände. Das Wissen von der historischen Wahrheit ist jedoch die Voraussetzung für eine geistig-seelische Gesundung unseres Volkes und aller übrigen Völker Europas, sowie für die tatsachenorientierte Einschätzung der eigenen Lage und für Zukunftsentscheidungen auf der Grundlage zutreffender Lehren aus der Vergangenheit.

Im Unterschied zu vielen bisherigen Abhandlungen über die Kriegsursachen und die Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges werden hier nicht Ausführlichkeit oder gar breite Vollständigkeit angestrebt, sondern im wesentlichen nur die hoch zu gewichtenden Quellenbelege in ihrem zeitlichen Zusammenhang und ohne moralisierende Bewertungen vorgestellt und die Ergebnisse zusammengefaßt. Gelegentliche Vergleiche der Weimarer Republik mit der Bundesrepublik liegen, sofern sie den Zeitgeist betreffen, in der Natur der Sache.

Wahrheiten lassen sich im übrigen nur eine Zeitlang vertuschen, wie es ein deutsches Sprichwort sagt: „Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sunnen." Möglichst objektive historische Kenntnisse zu erhalten, ist nach einem unserer größten Historiker, Ranke, nur möglich, wenn die Vorgänge aus ihrer Zeit heraus verstanden und nicht mit der heutigen Elle gemessen werden, da die heute geltenden Wert- und Beurteilungsmaßstäbe dem so häufig zitierten *„Bewußtseins- und Wertewandel"* unterliegen.

Letztlich gilt, was Ranke in der Vorrede zu seiner *Deutschen Geschichte im Zeichen der Reformation* 1839 sagt:

„Denn die Wahrheit kann nur eine sein. "

1 Zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges: W. Wilson

Am Beispiel Wilsons, dessen Eingreifen den Ersten Weltkrieg entschied, kann dargestellt werden, wie ein US-Präsident als Werkzeug - ähnlich wie dann wieder F. D. Roosevelt - den zur Großmacht gewordenen Hintergrundmächten der Wallstreet-Hochfinanz diente.

Nachdem die Bankhäuser Morgan, Belmont und Rothschild 1893 dem US-Staat gegen Staatsschuldverschreibungen für 65 Millionen Dollar Gold verkauft hatten, wurden mit ihrem Gelde die Präsidenten der USA „gemacht", so 1905 Th. Roosevelt, 1909 Taft und 1912 Wilson, nachdem dieser 1910 Gouverneur von New Jersey geworden war. Die Wahl Wilsons wurde von Paul Warburg, Jacob Schiff, Henry Morgenthau, Bernard Baruch und Samuel Untermeyer finanziert (E. Mullins und R. Bohlinger 1987, S. 41). Die gleichen Namen begegnen uns bei der Finanzierung Trotzkys vor seiner Reise nach Leningrad 1917, als Berater Wilsons, bei der Finanzierung zur Wahl von Roosevelt, als Berater Roosevelts, im Bericht von Graf Potocky an seine Regierung vom 12.1.1939 sowie z. T. als Finanzierer von Stalins erstem Fünf-Jahresplan und schließlich wieder am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Von den gleichen Leuten wurde mit Wilson das *Federal-Reserve-Gesetz* 1913 im Kongreß durchgebracht zur Errichtung der *Federal Reserve Bank* als Staatsbank der USA, die völlig im Besitz der Hochfinanz ist und die Finanzierung des Ersten Weltkrieges ermöglichte.

Nach dem Besuch von Lord Reading (al. Rufus Isaacs) 1915 beim Bankhaus Morgan in New York sorgte dieses bis 1917 für Anleihen von insgesamt 1,3 Milliarden Dollar an England. Die Kriegslieferungen der USA wurden anfangs mit Gold und dann mit US-Wertpapieren bezahlt. Bis 1917 kamen so von 4 Milliarden Dollar Anleihen 3 wieder nach den USA zurück. Das Bankhaus Morgan verdiente mit dem Monopol der Vermittlung der Kriegslieferungsaufträge.

Die zionistischen Organisationen in den USA unter Brandeis standen auf der alliierten Seite, u. a., weil sie auf eine Niederlage der Türkei und die Gewinnung von Palästina hofften. Chaim Weizmann erlangte dafür die Unterstützung der Rothschilds in London und Paris. Die Unterstützung durch die Großbanken der USA, von Morgan, Rockefeiler, Kuhn und Loeb, von Schiff und Kahn war ebenso hergestellt.

Das Weltfreimaurertum unterstützte Wilson und die Gedanken seiner 14 Punkte - sie wurden auf dem Freimaurerkongreß 1917 in Paris vorgedacht. Zum Schluß dieses Kongresses wurde an Wilson die Botschaft gerichtet: „*Er* [der Kongreß] *erklärt, daß die ewigen Grundsätze der Freimaurerei völlig übereinstimmen mit denen, die durch den Herrn Präsidenten Wilson zur Ver-*

teidigung der Zivilisation und der Freiheit der Völker aufgestellt worden sind" (G. Erler 1996, S. 27).

Zur Neuwahl von Wilson 1916 wirkten Kreise des Weltzionismus, der Hochfinanz und der Freimaurerei zusammen. Mit dem Betrug an den Amerikanern *„He kept us out of war"* gewann er den Wahlkampf, trat am 4.3.1917 sein Amt an und veranlaßte den Kongreß am 6.4.1917 zur Kriegserklärung an die Mittelmächte. Mit den Vertretern der Hochfinanz und Kriegsindustrie besetzte er die Posten der Kriegswirtschaft, der wichtigste Vertreter war Bernard Baruch. Brandeis wurde zum Richter am obersten Gericht berufen.

Die Sitzungsperiode des Kongresses wurde am 10.1.1918 mit dem Gebet eröffnet: *„Allmächtiger Gott ... Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen gegen eine der gemeinsten, übelsten, gierigsten, geilsten, blutdürstigsten, sündhaftesten und habgierigsten aller Nationen, die jemals das Buch der Geschichte geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genügend Tränen gepreßt hat, um einen Ozean zu füllen ... "* (H. Knütter, *Europa ja - aber was wird aus Deutschland?* Tübingen 1998, S. 182).

Zu den Sachverständigen, die Wilson zur Vorbereitung der Friedenskonferenzen mit nach Paris nahm, gehörte Baruch neben anderen Vertretern der Hochfinanz. Die im Versailler Diktat festgelegten Forderungen nach praktisch unerfüllbaren Reparationszahlungen, die in der Folgezeit zur weitgehenden Ausplünderung und wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands führten, wurden dort geboren, auch der Gedanke des *Völkerbundes* und der *Vereinigten Staaten von Europa* (verwirklicht von Kohl mit Maastricht).

Aber bereits während der Verhandlungen der Alliierten zum Versailler Diktat war Wilson ein kranker Mann. Er starb 1924 an Paralyse (G. Erler 1938/1996).

2 Innere und äußere Ursachen der Niederlage von 1918

Das nach den Kriegserklärungen von 1914 angestrebte Ziel, den in den Jahren davor immer enger gezogenen Einkreisungsring der feindlichen Mächte militärisch zu sprengen, konnte Deutschland im Westen überhaupt nicht und im Osten erst 1917'erreichen, als es bereits zu spät war. Nach dem *„ Wunder an der Marne"* 1914 war der Krieg offensiv im Westen nicht mehr zu gewinnen. Die letzte Ursache der Niederlage war der Kriegseintritt der USA.

Die Marneschlacht hatte den Alliierten im Kriegsjahr 1916 nur einen Geländegewinn von 12 km Tiefe auf 40 km Breite gebracht, aber rund 1 Million

Tote gefordert - 400 000 Deutsche und 600 000 Engländer und Franzosen. Mit Bezug auf einen Friedensappell Präsident Wilsons schlug die Reichsregierung deshalb am 12.12.1916 vorbedingungslose Delegiertengespräche der Kriegführenden auf neutralem Boden vor, um den Krieg zu beenden. Die deutschen Vorschläge, auf die die New-Yorker Börse mit heftigen Kursstürzen reagiert hatte, wurden mit der Antwort vom 30.12.1916 abgelehnt. Am gleichen Tag richteten die Alliierten an Wilson eine Note, in der sie zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument Deutschland die Schuld am Ausbruch des Krieges zuwiesen: *„Eine geschichtliche Tatsache steht gegenwärtig fest, nämlich der Angriffswille Deutschlands und Österreich-Ungarns, um ihre Vorherrschaft in Europa und ihre wirtschaftliche Herrschaft über die Welt zu sichern"* (W. Haverbeck 1989, S. 211). Die alleinige und ausschließliche Kriegsschuldzuweisung sollte unter dem Begriff der „Kriegsschuldlüge des Versailler Diktats", verankert im Art. 231 des Versailler Vertrages - auf den noch einzugehen sein wird - in den Nachkriegsjahren zu verhängnisvoller politischer Bedeutung gelangen.

Daß Wilsons oben erwähnter Friedensappell ebenso nur ein Teil seiner Wahlkampagne war wie seine Absichtserklärung vom 4.1.1917: *„Es wird keinen Krieg geben. Amerika beabsichtigt nicht, sich in diesen Krieg verwikkeln zu lassen ... "* (H. Barnes, *Die Entstehung des Weltkrieges*, Leipzig 1928, zit. nach Haverbeck 1989), wurde der deutschen Reichsregierung sehr bald deutlich. Denn bereits am 3.2.1917, nach der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1.2.1917, brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und erklärten am 6.4.1917 den Krieg.

Als das Deutsche Reich den Friedensvertrag mit der selbständigen Ukraine am 10.2.1918 und von Brest-Litowsk am 3.3.1918 schloß, legte es faktisch die Grundlage für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Finnlands, Polens, Weißrußlands, Ukraine und der drei baltischen Staaten. Die Bedeutung dieses Friedensschlusses liegt nicht zuletzt darin, daß die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes von Volksgruppen oder ganzen Völkern zum damaligen Zeitpunkt noch keineswegs ein allgemein anerkanntes völkerrechtliches Prinzip darstellte. Wilson, dessen Berater Brandeis, Frankfurter und Baruch später auch für F. D. Roosevelt tätig waren und dessen Einstellung als Hochgradfreimaurer die probolschewistische Haltung von F. D. Roosevelt in vieler Hinsicht vorwegnimmt, scheint dieses Beispiel eines maßvollen Friedensschlusses sehr ungelegen gekommen zu sein. Er trat am 8.1.1918 mit einer Rede vor den Kongreß, in der er in 14 Punkten die Bedingungen für einen Friedensschluß mit Deutschland proklamierte. Diese 14-Punkte-Proklamation war unter das Prinzip des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung gestellt. Dieses Prinzip betonte er in der Zeit bis zum Ende des Krieges immer nachdrücklicher. Dabei erweckte er den Eindruck, daß dieses Prinzip im Falle einer Frie-

denslösung auch gegenüber Deutschland selbst gelte. Die Proklamation schließt mit den Worten: „*Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Programm, das sie gefährdet ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu sperren ...".* Sie soll der Einfall eines Werbefachmannes gewesen sein, der meinte, die Deutschen würden sich vielleicht ergeben, wenn man ihnen milde Waffenstillstandsbedingungen anbietet (W. Haverbeck 1989, S. 217). Neben den Forderungen nach Räumung der besetzten Gebiete, nach streng ethnischen Grenzen zu Italien - nach Tolmein sollten jedoch die Südtiroler als Italiener gelten -, nach freier Entfaltung der Völker Österreich-Ungarns und nach voller Selbständigkeit Polens enthielt die Proklamation aber auch die Forderung nach Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich, wobei sie nur auf *„das Unrecht, das Frankreich 1871 ... angetan wurde ",* verwies, und schloß damit von vornherein aus, dort eine Volksbefragung durchzuführen. Hier, wo sich die Gebietsforderung im Interesse Frankreichs gegen das Deutsche Reich richtete, war aber bereits keine Rede mehr von Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen Deutschen.

Am 11.2.1918 erklärte Wilson vor dem Kongreß: *„Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen geben"* (W. Haverbeck 1989, S. 222). Am 27.9.1918 formulierte Wilson diese Grundsätze nochmals. Das war die - so ahnungslos geglaubte - Grundlage der ersten deutschen Note an Wilson vom 3.10.1918.

Den wahrscheinlich verhängnisvollsten Einfluß auf den weiteren Kriegsverlauf hatte die schon ein Jahr nach Kriegsausbruch einsetzende systematische Zersetzung des Widerstandswillens der deutschen Arbeiterschaft durch die Linksparteien und hier besonders durch die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführte USP, die sich 1917 von der SPD abgespalten hatte, aber auch durch die SPD selbst. Schon 1915 hatten sich bei einer Fraktionssitzung der SPD 23 von 100 Reichstagsabgeordneten gegen die Bewilligung von weiteren Kriegskrediten ausgesprochen. Seit einem internationalen Sozialistentreffen, das im gleichen Jahr in der Schweiz stattfand, wurde die Propagierung der internationalen Solidarität der Arbeitermassen bei der Organisation von Straßendemonstrationen und Streiks gegen den Krieg in den Vordergrund gestellt. Vor allem in den Rüstungsbetrieben wurden revolutionäre Obleute eingesetzt, die Kernzellen der geplanten Revolution bildeten. Sie bedienten sich der Losungen Lenins und übernahmen die bolschewistische Agitation. Nach seiner Fahrt aus dem Schweizer Exil durch Deutschland über Schweden nach St. Petersburg war es Lenin gelungen, in Rußland seine Revolution zu entfachen. Er wurde dabei von deutscher Seite, vor allem aber von der Wallstreet-Hochfinanz finanziell unterstützt (siehe Kap. 17).

In den Spartakusbriefen und in Unmengen von Flugblättern wurden die

deutschen Arbeiter und Soldaten aufgefordert, dem Beispiel der russischen Oktoberrevolution zu folgen. Auf Betreiben des Spartakus waren in Versorgungsbetrieben des Heeres schon am 6.4.1917 erste Streiks ausgebrochen, in Berlin mit 200 000 Teilnehmern, im August meuterten erstmals Matrosen der Flotte. Die erste große Demonstration fand mit 2 000 Teilnehmern am 18.11.1917 in Berlin statt. Ende 1917 breiteten sich auch die ersten größeren Streiks in kriegswichtigen Großbetrieben wie der Gute-Hoffnung-Hütte in Neuoberhausen mit 7 000, der Maschinenfabrik Thyssen in Mülheim mit 2 000, den Daimler Motorenwerken in Berlin mit 2 600 und der Berliner Maschinenfabrik A.G. mit 4 000 Teilnehmern aus. Der *Vorwärts* der SPD bekundete am 15.11.1917,, *Solidarität mit den russischen Genossen "* und forderte einen Verständigungsfrieden auf der Grundlage der bolschewistischen Vorschläge.

Als im Januar 1918 nach Beginn der deutsch-sowjetischen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk die deutschen Forderungen nach staatlicher Verselbständigung von Finnland und Polen sowie der drei baltischen Staaten, Weißrußlands und der Ukraine bekannt wurden - die sich wie die Vorwegnahme des erst heute nach dem Zerfall der UdSSR zur Geltung gebrachten Selbstbestimmungsrechtes dieser Völker lesen -, rief der Spartakusbund überall zum politischen Streik auf: *„Die Herrschaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen in Deutschland gilt es zu brechen, wenn wir dem Völkermord ein Ende machen wollen ... das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie* [sind] *zum Stillstand"* zu bringen (W. Nimtz 1965, S. 27). Schon einige Tage vor dem Ausbrechen des Streiks wurde dieser im Ausland durch Maueranschläge zur Kenntnis gebracht. Am 14.1. begannen heftige Streiks in Österreich, und am 18.1. rief der Spartakusbund den allgemeinen Massenstreik unter der Parole: *„Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!"* aus (W. Nimtz 1965, S. 29). In Berlin streikten ab 28.1. anfangs 400 000 und zuletzt 500 000 Arbeiter und bildeten den Großberliner Arbeiterrat. Das Ausbrechen des Streiks wurde in London durch Extrablätter mit der Überschrift „Der Zusammenbruch der Mittelmächte" bekanntgegeben. In der Streikleitung saßen von der SPD Ebert, Scheidemann und Braun und von der USP Haase, Dittmann und Ledebour - alles Reichstagsabgeordnete. Sie verwirklichten den Beschluß der *Zimmerwalder Internationalen* in Stockholm über den Generalstreik. **Dieser Streik war nach dem § 89 StrGB glatter Landesverrat,** was in einer Verhandlung 1924 gegen Ebert vom Gericht bestätigt wurde (G. Zarnow 1933, 2000, S. 68). Vor allem der Streik der Munitionsarbeiter breitete sich weiter aus und erfaßte schließlich mehr als eine Million Menschen in ganz Deutschland. In Berlin-Moabit kam es zu Straßenkämpfen mit der Polizei, ehe der Streik am 3.2. beendet wurde.

Vom Frühjahr 1918 an wurde die Agitation im Heer und in der Marine verstärkt, die zum Zerfall der Disziplin im Heimatheer führte.

Im oberschlesischen Bergbau streikten vom 26.6. bis 24.7. 20 000 Arbeiter. Bis zur Revolution rissen die Streiks im Ruhrgebiet nicht mehr ab. Auch im sächsischen Steinkohlebergbau wurde gestreikt (W. Nimtz 1965).

Bereits am 20.10., also noch im Kriege, schrieb der *Vorwärts:* ***„Deutschland soll, das ist unser fester Wille als Sozialisten, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben."*** Doch bereits am 23.2.1915 hatte der Redakteur Ströbel vom *Vorwärts* geschrieben: *„Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde. "* Und schon 1912 fand im Gebäude des *Vorwärts* eine Sitzung statt, auf der die Ämter nach Beseitigung des Kaiserreiches in der Revolutionsregierung verteilt wurden, dabei wurden Namen niedergelegt wie Ebert, Scheidemann, E. Barth, P. Hirsch, O. Braun, K. Eisner (G. Müller 1994, S. 243). Am 30.10. forderten unabhängige Sozialdemokraten in einer Versammlung in München die Abdankung des Kaisers.

Während die massive alliierte, vor allem vom britischen Pressezaren Sir William Northcliffe (al. Harmsworth, al. Stern. S. Heise 1991, S. 400 u. a.) vom Westen aus gesteuerte Propaganda von deutschen Linksintellektuellen in der Schweiz und in Holland unterstützt wurde, war mit der Errichtung der sowjetischen Botschaft Ende 1917 direkt in Berlin eine bolschewistische Propagandazentrale entstanden, aus der auch Geldströme für die Vorbereitung der Revolution flossen. Reichstagsabgeordnete der USP wie Haase, der im August 1914 im Reichstag erklärt hatte *„ Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich ",* Cohn, Breitscheid u. a. trafen sich dort, und Breitscheid und Borchardt erhielten in der Botschaft eigene Arbeitsräume.

„Das Geld für die deutsche Revolution floß aus drei Quellen: 1. aus bestimmten jüdischen Kreisen in Deutschland selbst, 2. aus dem Propagandafonds der Entente, 3. aus dem Staatssäckel der russischen Bolschewiki. Das Geld aus den jüdischen Kreisen [um Geheimrat Witting, Präsident der Nationalbank] *ging zum Teil durch die Hände von Haase und Dittmann* [Reichstagsabgeordnete der USP]" (*Tägliche Rundschau,* 4.3.1919, G. Zarnow 1933, S. 41). Der russische Botschafter Joffee bestätigte, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten der USP und Staatssekretär der Revolutionsregierung Cohn am 4.11.1918 in der Nacht seiner Ausweisung 730.000,- RM und einen Fonds von 10 Millionen Rubel zur Förderung der Revolution übergeben zu haben (G. Zarnow 1933, S. 140).

Rathenau, Mitglied im Führungsgremium der SPD und Hochgradfreimaurer, der nach seinen eigenen Worten sein Leben lang auf die Revolution hingearbeitet hatte - und gleichzeitig hohe Funktionen in der Kriegswirtschaft innehatte - sagte über Ludendorff: *„ Es ist uns noch im letzten Augenblick gelungen, alle Schuld auf Ludendorff zu werfen",* der dann auch am 26.10.1918

entlassen wurde. Diese Entlassung war eine der Voraussetzungen zum Gelingen der Revolution.

Wie die Revolution gemacht wurde, bekannte die *Tägliche Rundschau,* das Organ der USP, am 15.12.1918: *„ Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar d.J. haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet... Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt, die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich aber wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich aber sicher vollzogen "* (H. Splittgerber 1996, S. 6). In einer Denkschrift der SPD hieß es: *„Die deutsche Revolution ... ist... um 5 Jahre zu spät gekommen. Ihr nicht früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld, der wir deutschen Sozialdemokraten uns anklagen müssen" (Vorwärts*, 24.7.1920).

Die Revolution brach in München bereits am 7.11.1918 aus. Sie wurde geführt von Schwabinger Linksintellektuellen der USP und den Spartakisten Kurt Eisner alias Salomon Kosmanowski, Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer, Felix Ferchenbach, Sonja Lerch und anderen. Nach einer auf die Auslösung der kommunistischen Revolution zielenden Rede Eisners zogen Demonstranten in Haufen vor die Kasernen, und Soldaten hißten rote Fahnen. Eisner selbst liquidierte vom 25.9. bis zum 16.10.1918 Schecks in Höhe von insgesamt 164.727.628,54 RM (G. Franz-Willing 1974, S. 30). Die Herkunft dieser Gelder blieb bis heute ungeklärt.

Es handelte sich um etwa 3000 Schecks, deren Auszahlung in kurzer Zeit nur nach vorher erstelltem Plan erfolgt sein konnte. Es wird vermutet, daß dieses Geld über den in München und Murnau privatisierenden Bruder James Loeb aus dem Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. stammen könnte, dessen Seniorchef Jacob Schiff gerade kurz vorher die russische Revolution maßgeblich finanzierte (siehe Kap. 17 b; G. Franz-Willing 1999, S. 50, 58).

In Berlin übermittelte am Vormittag des 9.11. der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden, Freimaurer und Jesuitenfreund, ohne Kenntnis des Kaisers der Öffentlichkeit folgende Erklärung: *„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amt, bis die ... mit der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler ... vorzuschlagen ...".* Scheidemann, bis dahin Staatssekretär, eilte zum Reichstag und rief von der Freitreppe, 20 Schritt vom Denkmal Bismarcks entfernt, in die demonstrierenden Massen: *„Das Deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt - es lebe die Republik! "* (W. Beumelburg 1995).

Der französische Nachrichtenoffizier P. Desgranges, der beim Januarstreik in Berlin weilte, meldete am 10.11. nach Paris: *„Die deutsche Revolution ist in dem Augenblick ausgebrochen, den wir vorausgesehen hatten ... Diese Revolution geht von Leuten aus, die wir kennen "* (G. Zarnow, 1933 b, S. 98).

Am 7.4.1919 wurde von Toller, Mühsam und Landauer in München die Räterepublik ausgerufen. Nach 5 Tagen wurde die Räterepublik durch eine Republik nach russischem Muster unter dem Diktat der russischen Emigranten Lewien, Levine-Nissen und Axelrod abgelöst. Die Bayerische Volkspartei erklärte am 9.4.1919: *„Die Bayerische Volkspartei hält aus innerer Überzeugung fest an allen politischen Freiheiten, derer sich das bayerische Volk erfreut. Aber sie lehnt jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, daß endlich einmal die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat ...* " (G. Franz-Willing 1974, S. 43). Nach der Ermordung von 10 Geiseln durch Spartakisten am 30.4.1919 wurde München unter heftigen Kämpfen, die vom 1. bis 3.5.1919 dauerten, durch die Reichswehr im Zusammenwirken mit den Freikorps Epp und Oberland sowie der Marinebrigade Erhardt unter dem Oberbefehl des Reichswehrministers Noske befreit.[11]

In einer Predigt während des Katholikentages 1922 in München sagte Kardinal Faulhaber, die Weimarer Republik sei durch Meineid und Hochverrat zustandegekommen (F. J. Strauß, *Die Erinnerungen,* 1989). Der bayerische Innenminister Schweyer antwortete am 17.7.1923 im Landtag auf eine Anfrage der SPD mit folgender grundsätzlicher Stellungnahme: ***„Die Revolution 1918 war bekanntlich keine aus den Tiefen des Volkes geborene Erscheinung. Sie wurde vielmehr von einer Handvoll Menschen gemacht... Die Revolution von 1918 war nicht nur ein strafrechtliches, sondern vielmehr ein moralisches Verbrechen am deutschen Volk ..."*** (G. Franz-Willing 1977, S. 167). Am 19.7.1923 erklärte Schweyer im Landtag zur landesverräterischen Haltung der Linkspresse: *„Das Ausland nimmt höhnisch und befriedigt von solchen Auslassungen Notiz, die blinder Fanatismus ... ihm in die Hand spielt"* (G. Franz-Willing 1977, S. 167).

Der bayerische Oberstlandesgerichtsrat Pöhner erklärte am 27.2.1924 beim Hitler-Ludendorff-Prozeß: *„Diese Verbrecherregierungen, die seit 5 Jahren über dem deutschen Volk sind, haben keine verbindliche Kraft..."* Die Revolution von 1918 bezeichnete er als *„ Verbrechen nicht nur des Hoch- und Landesverrats sondern des Volksverrats ..."* (G. Franz-Willing 1977, S. 166 f.). Der englische Korrespondent der *Neuen Züricher Zeitung* schrieb dort am 1.12.1918: ***„Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine An-***

[11] Ehemalige Offiziere reihten sich in die Kampfgruppen ein, ein Oberst fiel am M.G.

sieht in das Wort zusammengefaßt werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung erdolcht" (,Süddeutsche Monatshefte 21, 1924, H. 8). Dieser „Dolchstoß" in den Rücken des deutschen Volkes und der deutschen Front wurde systematisch von Spartakusbund und USP mit ihren Führern, die zum großen Teil nicht einmal Deutsche waren, schon ab 1915 vorbereitet. Heute wird diese Tatsache von den politischen Parteien einschließlich der CDU und vielen ihrer Politiker als rechtsradikale Erfindung, als „Dolchstoßlegende", hingestellt. Tatsächlich waren es die unabhängigen Sozialisten, die sich mit dem Wort vom„Dolchstoß" als Verursacher des Zusammenbruchs der Front feierten und ihn erstmals in einer ihrer Wahlversammlungen verwendeten: *„Der Dolchstoß von hinten gegen die deutsche Front war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats" (,Süddeutsche Monatshefte 21,* 1924, H. 8, o. N., S. 128).

Obwohl es einen nationalen Flügel in der Sozialdemokratie gab, konnten sich die Internationalisten durchsetzen. So wurde der „Dolchstoß" durch langdauernde Beeinflussung durch Freimaurer vorbereitet (siehe Kap. 17.1). Die Revolution lebte vor allem von der Hoffnung, von den sozialistischen Brüdern der Feinde besser behandelt zu werden als die Monarchie. Die heimkehrenden Truppen wurden von der SPD begrüßt mit: *„ Seid willkommen tapfre Streiter, Gott und Wilson helfen weiter"* (H. Fish 1982, S. 149). Das wurde, wie die Erklärungen und Reden nach Bekanntwerden des Vertragstextes zeigen (siehe folgendes Kap.), zu einer gewaltigen Enttäuschung. Doch von diesem Internationalismus sind sie heute noch nicht geheilt.

Der Spartakusbund ging in der KPD auf, die am 30.12.1918 unter Mithilfe von Karl Radek (alias Sobelsohn), Mitglied des Politbüros der KPdSU, gegründet wurde. Vorsitzender der KPD wurde Emst Thälmann. Er kam als Insasse mit Sonderrechten (z. B. Ausgangserlaubnis in Zivil) im KZ Buchenwald im Zweiten Weltkrieg vermutlich bei einem Bombenangriff der Alliierten ums Leben. [12]

In Österreich bot der von Ende November 1916 an regierende Kaiser Karl Frankreich einen Sonderfrieden und dabei Elsaß-Lothringen zur Abtretung an. Der Bruder der Kaiserin Zita, Sixtus von Bourbon, überbrachte dieses Angebot, das aber in der Konferenz mit Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten am 19.4.1917 abgelehnt wurde, weil Italien auf den im Geheimvertrag von 1915 für seinen Abfall vom Dreibund zugesagten Abtretungen von Tirol südlich des Brenners, Triest und Istrien bestand und Kaiser Karl nicht einmal das italienische Trentino an Italien abtreten wollte.

Am 12.4.1917 verfaßten Kaiser Karl und sein Außenminister Graf Czemin eine äußerst pessimistische Denkschrift über die innere Lage der k.u.k.-Monar-

---

[12] Anm.: Die Bestätigung dieses Angriffs am 24.8.1944 mit dem Tod von Thälmann liegt mir von einem Augenzeugen vor. Der Verfasser.

chie, die wahrscheinlich von Zita selbst dem nach Wien eingeladenen Erzberger am 23.4. zugesteckt wurde. Zita hat auch die im Herbst 1917 siegreiche Offensive an der Piave stoppen lassen, ehe Italien zusammenbrechen konnte. Nachdem Erzberger die ihm zugesteckte Denkschrift dem Hauptausschuß des Reichstages vorgelegt hatte, führte das zum Sturz des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg am 14.7. Schließlich machte er sie dem Parteivorstand seiner Partei, dem Zentrum, am 25.7. bekannt. Dazu schrieb die *Times* am 30.7.1919: *„Der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte ist etwa im Juli 1917 dem englischen Ministerrat zugegangen ... Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen "* (G. Zarnow 1936, 2000).

3 Der Waffenstillstand und das Diktat von Versailles

Nach dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 an der Westfront und der Gegenoffensive der Alliierten legte Ludendorff am 29.9.1918 sowohl die militärische wie die innere Lage unbeschönigt im Kronrat dar und drängte auf einen sofortigen Waffenstillstand.

Die Reichsregierung erklärte sich in ihrer ersten Note vom 3.10.1918 an Wilson bereit, auf der Basis der 14 Punkte einen Waffenstillstand abzuschließen. In seiner Antwort vom 8.10. widersprach Wilson dem nicht, stellte aber die Forderung nach Räumung der besetzten Gebiete. Auch dieser Punkt wurde in der zweiten deutschen Note vom 12.10. anerkannt. Mit der 3. Note Wilsons vom 23.10. wurde jedoch sichtbar, daß zu den Kriegszielen der Gegner - deren Handlungen mehr und mehr von der eigenen, aus dem Hintergrund gesteuerten Kriegspropaganda bestimmt und von dem übermächtigen Einfluß ihrer Presse gelenkt wurden, so sagte der ehemalige englische Premierminister Lloyd George in den 30er Jahren: *„ Wenn wir 1919 das gewußt hätten, was wir heute wissen, wäre alles ganz anders gekommen "* -, an erster Stelle die alte Grundsatzforderung der Weltfreimaurer nach Beseitigung der Monarchien in Deutschland und Österreich gehörte, und der von Wilson proklamierte Begriff des Selbstbestimmungsrechtes gerade eben diese Forderung unausgesprochen einschloß: ***„ Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben"*** (Amtliche Urkunden ... 1924). Das war eindeutig.

Darauf gab bereits am 24.10. die Oberste Heeresleitung folgende Weisung an die Truppen:

„ . . . Die Antwort Wilsons (vom 23.10.) fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar ... Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen " (E. Ludendorff 1926).

Infolge der vierten Note Wilsons vom 5.11.: ***„Die alliierten Regierungen ... erklären ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8.1.1918 ... niedergelegt sind ..."*** (Amtliche Urkunden ... 1924), entschloß sich die letzte kaiserliche Regierung, die Waffenstillstandskommission zu entsenden und überreichte ihrerseits eine entsprechende Note. Im Zusammenhang mit der deutschen Antwort kommt der Note Wilsons die völkerrechtliche Bedeutung eines Vorfriedensvertrages zu, dessen Rahmenbedingungen durch Wilsons 14-Punkte-Proklamation gegeben waren. Ebenso unzweifelhaft ist aber, daß die dann gestellten Waffenstillstandsbedingungen in ihrer Härte eine erhebliche Verletzung, wenn nicht gar einen glatten Bruch dieses Vorfriedensvertrages darstellten. Staatssekretär Haußmann notierte in diesem Zusammenhang am 8.11.: *„ Scheidemann treibt Erpressungspolitik in dem Augenblick, wo Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet werden"* (G. Zarnow 1933, S. 116). Trotz allem konnte die deutsche Seite nichts anderes als immer noch davon überzeugt sein, daß die Alliierten das seit 1917 von Wilson in zahlreichen Reden proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch dem Volk Deutschlands in seiner Gesamtheit zubilligen würden. Allerdings hatte bereits am 26.10.1918 Stresemann an Ludendorff geschrieben: *„Ich habe das größte Mißtrauen gegen Wilson und glaube, daß er uns von Konzession zu Konzession weiter locken will, bis wir uns bedingungslos ergeben und dann dem Zugriff der Entente ausgesetzt sind ... Schon jetzt bieten meiner Meinung nach Wilsons 14 Punkte die Möglichkeit des Verlustes von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Posen und Teilen von Westpreußen und dazu eine nach oben gar nicht limitierte Summe von Entschädigungen "* (G. Franz-Willing 1975, S. 15).

Hinter dem Rücken der Obersten Heeresleitung, die einen anderen nominiert hatte, war Erzberger zum Führer der Waffenstillstandskommission ernannt worden.

Am 9.11. traf in Compiegne die Nachricht von der Revolution im Deutschen Reich ein. Die Waffenstillstandsbedingungen mußten dann ohne Verhandlungen angenommen werden. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß die unangemessene Härte der Deutschland auferlegten Bedingungen nur deshalb hingenommen werden mußte, weil der deutschen Seite infolge dieser Entwicklung die Handlungsfähigkeit genommen war.

Für dieses Verhängnis mit allen seinen politischen Spätfolgen tragen die Linksparteien, die die Revolution vorbereitet und durchgeführt hat-

ten und sich dabei von außen ideologisch und finanziell unterstützen ließen, die volle Verantwortung.

Die in den heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen der Folgejahre aufgekommenen Bezeichnungen wie „Novemberverbrecher" oder „Dolchstoß in den Rücken des Deutschen Volkes", verübt vom „5. Stande des intellektuellen Proletariats der radikalen Intellektuellen", aber auch „Diktatfrieden" und viele weitere, die im sogenannten „Dolchstoßprozeß" von München 1925 Unberechtigte Meinungsäußerungen befunden wurden, gaben das damalige Urteil deutscher Historiker und der Mehrheit der Deutschen wieder.

„Niemand in den feindlichen Ländern hat für möglich gehalten, daß die entehrenden Bedingungen des Waffenstillstandes angenommen werden würden. Die man bis dahin verachtet hatte, Drückeberger, Deserteure und Verbrecher ... hatten mit einem Male die Führung. Leute, die nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, tauchten auf... **[Es]** *kam eine Zeit, in der Unterdrückung des Nationalgefühls und Unterwürfigkeit unter die Feinde Voraussetzung für die Bekleidung höchster Staatsämter war. Verrat wurde Staatsreligion" (Süddeutsche Monatshefte 21,* 1924, H. 8, S. 124 f.).

Das deutsche Heer hatte nicht kapituliert. Der Waffenstillstandsvertrag wurde für nur 36 Tage abgeschlossen und mußte mehrmals, im Februar 1919 auf unbestimmte Zeit, verlängert werden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß er von den Alliierten innerhalb von drei Tagen gekündigt werden konnte. Damit waren die Friedensverhandlungen von vornherein schwer belastet.

Am 7.5.1919 wurden die „Friedensbedingungen" der deutschen Delegation in Versailles übergeben. Der deutsche Delegationsführer Graf Brockdorff-Rantzau erwiderte sitzend: *„ Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen: ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. "* Die deutsche und österreichische Delegation wurden in Quartiere eingewiesen, die mit Stacheldraht umzäumt waren und die sie nicht verlassen durften.

Nach Übergabe des Textes des Versailler Diktates urteilte Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau: *„... daß ... der Vertrag in schroffstem Widerspruch mit der vereinbarten Grundlage für einen dauerhaften Rechtsfrieden steht Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfes entspricht den vereinbarten Bedingungen, und der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutscher Gebiete und die Unterdrückung deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Die Verwirklichung dieses Vertragswerkes würde für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten"* (H. Diwald 1979, S. 243).

Nach Bekanntwerden des Vertragstextes fand am 12.5.1919 im Auditorium Maximum der Berliner Universität vor einem Kolossalgemälde, das Fichte in einer seiner Reden an die deutsche Nation zeigt, eine Protestkundgebung der Regierung Scheidemann statt. Reichskanzler Scheidemann (SPD) sagte (siehe Anhang Al): *„... Unser Volk am Leben zu erhalten, ist unsere Pflicht* ***... Dieser schauerlichste und mörderischste Hexenhammer darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden"*** (Stürmischer Beifall) „... ***Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar."*** Das Protokoll verzeichnet: Minutenlanger brausender Beifall - die Versammlung erhebt sich - erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen. Scheidemann fuhr fort: ***„Dieser Vertrag ist so unannehmbar ... Weg mit diesem Mordplan*** *... eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles. "* Im Namen der Länder des Deutschen Reiches erklärte nach Scheidemann der preußische Staatsminister Hirsch: *„Sie haben uns im Herbst vorigen Jahres feierlich einen Rechtsfrieden versprochen. Auf dieses Versprechen hin legten wir die Waffen nieder ... Sie wollen uns für alle Zeit aus der Reihe der Kulturstaaten streichen ... Demgegenüber erklären wir, die Vertreter der deutschen Freistaaten vor aller Welt: Lieber tot als Sklav!"* (W. Haverbeck 1989, S. 232 f.). Da die Regierung Scheidemann nicht zu einer Unterschrift bereit war, trat sie zurück. Diejenigen, die an der Niederlage und deren Folgen mitschuldig waren, besaßen noch das Ehrgefühl, das Friedensdiktat empört abzulehnen. Bei der Annahme des 2+4-Vertrages vom 3.10.1990 wurden die Gebietsabtretungen vom Bundestag beklatscht.

Erzberger (Zentrum) war im Kaiserreich zuletzt Leiter der deutschen Reichspropagandastelle, er war für die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, er war für die Auslieferung der sog. „Kriegsverbrecher", er war der Finanzminister der neuen Regierung und Jesuit, er war der entschiedenste Vertreter der bedingungslosen Unterzeichnung des Versailler Diktates. Er wurde 1921 von zwei ehemaligen Offizieren erschossen.

Vor der Unterzeichnung des Versailler Diktates ereignete sich folgendes: Marschall Foch, der seit dem Waffenstillstand Mainz, Koblenz und Köln militärisch besetzt hielt, erhielt am 20.6.1919 von seiner Regierung den Befehl, weiter in das Deutsche Reich einzumarschieren, wenn nicht bis zum 23.6. die Annahme des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung erfolgt sei. Die deutsche Regierung antwortete am 22.6.: ***„Die Regierung ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung*** [der Kriegsverbrecher] ***nach Art. 227-230 zu übernehmen"*** (H. Herda 1995, S. 153). Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Situation eine gänzlich andere. Die Verfolgung von „Kriegsverbrechern" hat in der Bundesrepublik noch 50 Jahre nach Kriegsende nicht ihr Ende gefunden.

Nach Drohungen von Clemenceau und dem Rücktritt des Reichsaußenministers Graf Brockdorff-Rantzau erklärte die Reichsregierung am 23.6.: *„Die Regierung der Deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung gesehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die ... den Zweck verfolgen, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt die Regierung der Deutschen Republik, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen*"(G. Franz-Willing 1979, S. 55).

Am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages schloß Frankreich mit England und den USA einen militärischen Beistandspakt, der sich dem Text nach gegen Verletzungen der entmilitarisierten Zone längs der französischen Westgrenze durch das Deutsche Reich richtete. De facto war das der Beginn einer erneuten Einkreisung, weitergeführt 1921 und 1936 durch den Abschluß von Beistandspakten mit Polen und der UdSSR.

Der Friedensvertrag wurde auf den Tag genau fünf Jahre nach dem Mord von Sarajewo unterzeichnet.(!) Bis zu diesem Zeitpunkt wurde auf französisches Verlangen hin die Blockade aufrecht erhalten, die so noch durch Hunger 800 000 Todesopfer forderte. Dieses Vorgehen, das nach der Konvention gegen Völkermord von 1948, also nach heutigem internationalen Recht, ein Verbrechen darstellt, nahm die deutsche Bevölkerung als ein weiteres Zeichen dafür, daß es den Alliierten um die Durchsetzung imperialistischer Ziele und die Befriedigung von Rache und nicht um die Errichtung einer dauerhaften Friedensordnung ging.

Daß das Diktat von Versailles aus Sicht der Sieger bereits damals den Ausgang des nächsten Krieges gegen Deutschland in sich barg, geht aus einer zynischen Äußerung Clemenceaus hervor, die er drei Wochen nach der Unterzeichnung des Diktates anläßlich einer offiziellen Ansprache vor französischen Offiziersanwärtern tat: *„Meine jungen Freunde, seien Sie unbesorgt um ihre berufliche Zukunft. Der Friede, den wir soeben geschlossen haben, garantiert Ihnen zehn Jahre des Konflikts in Europa. "*

Die Voraussetzung des von der Reichsregierung 1918 geschlossenen Waffenstillstandes waren die Anerkennung der von Präsident Wilson proklamierten 14 Punkte, die die Bedeutung eines Vorfriedensvertrages hatte, und das Vertrauen auf die Achtung des Selbstbestimmungsrechts durch die Alliierten auch gegenüber Deutschland und seinen Verbündeten. Daß dieses von Wilson

so hervorgehobene Prinzip aber in allererster Linie das Mittel zur Zerstörung vor allem der Österreichischen und dann der Deutschen Monarchie war, war nun offensichtlich. Nicht auf Dauer hinnehmbar war aber, daß in fast allen abgetrennten Gebieten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nicht nur mißachtet, sondern in das Gegenteil, in ihre Unterdrückung, umgekehrt wurde. In der Tschechoslowakei hätte diese Unterdrückung 1938 beinahe zum Kriege geführt (siehe Kap. 6), und in Polen diente sie, neben anderem planmäßig benutzt, als Auslöser des Krieges 1939 (siehe Kap. 10). Aber auch über alle sonstigen Auslandsdeutschen brachen nach 1918 Unterdrückungswellen herein. Nach faschistischen Überfällen auf einen Trachtenumzug am 22.4.1921 im annektierten Südtirol sagte Mussolini in der folgenden Parlamentsdebatte dazu: *„In Italien gibt es mehrere 100 000 Faschisten, die bereit sind, Südtirol eher zu zerstören und zu verwüsten als die Trikolore, die auf der Vetta d'Italia weht, einziehen zu lassen. Wenn die Deutschen verprügelt und zerstampft werden müssen, um Vernunft anzunehmen, wohlan, wir sind bereit"* (O. Scrinzi 1994).

In dem gesamten Versailler Vertragswerk besitzt der Art. 231 zentrale Bedeutung. Ihm war durch einen Propagandafeldzug ohnegleichen der Boden bereitet worden, der sich gegen Deutschland, seine Staatsform und Repräsentanten sowie das Deutsche Volk selbst richtete und die Weltöffentlichkeit gegen alles Deutsche aufbringen mußte. Dieser Beeinflussung waren schließlich die Völker und Politiker völlig unterworfen. Eine Gegenpropaganda gab es praktisch nicht. Die Folgen dieser Entwicklung wirken bis in die heutige Zeit hinein fort.

Der Artikel 231 besagt: ***„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und alle seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."***

Dieser Artikel setzt die alleinige Schuld am Kriege fest. Bis heute liegt aber keine völkerrechtliche Definition von „Angriffskrieg" vor.

Im Diktat von Versailles wurde die Forderung nach Auslieferung und Bestrafung der „Kriegsverbrecher" erhoben und mit Art. 227 auch die Auslieferung des Kaisers *„wegen höchster Verstöße gegenüber sittlichem Bewußtsein und der Gültigkeit von Verträgen ",* aber die holländische Regierung lehnte die Auslieferung des Kaisers ab und die Reichsregierung (der Linksrevolution!) bewies das Ehrgefühl, die „Kriegsverbrecher" nicht auszuliefern. Demgegenüber werden in der BRD noch ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende „Kriegsverbrecher" gesucht und (gemäß dem Willen der Sieger) abgeurteilt.

Mit dem Versailler Diktat war zwar der Krieg beendet, die Errichtung einer dauerhaften, gerechten Friedenlösung lag jedoch überhaupt nicht im Interesse der Siegermächte.

Diese Grundlegung des Friedensvertragsschlusses von Versailles, daß sich der Sieger zum Richter macht und den Besiegten zur Anerkennung der Alleinschuld mit unbegrenzter Haftung zwingt, ist seitdem üblich geworden.

So gesehen ist allein dieser Artikel Beweis genug, daß sich das deutsche Volk einem Gegner gegenüber sah, der willens und fest entschlossen war, sich des Ertrages seiner Wirtschaftskraft auf lange Zeit zu bemächtigen und es nicht nur in seiner Staatsform, der konstitutionellen Monarchie, sondern überhaupt in seiner Selbstbehauptung und **-Verwirklichung** als Volk im Kern zu treffen.

Das Versailler Diktat enthielt einen Revisionsparagraphen, der für Revisionen die Einstimmigkeit der Signatarmächte erforderte, der somit für die deutschen Revisionsforderungen der absolute Hohn war.

Ein Vergleich der humanen und den Besiegten schonenden Friedensbedingungen nach den Kriegen von 1812-15, 1866 und 1870-71, als es noch keine Haager Landkriegsordnung von 1907 und kein Völkerrecht gab, das das Selbstbestimmungsrecht der Völker enthielt, mit den haßerfüllten und erniedrigenden Formen des Waffenstillstandes bei Compiegne und der Vertragsunterzeichnung in Versailles, ist außerordentlich aufschlußreich. Nicht anders 1945. In Lille aber nahm 1940 ein deutscher Generalfeldmarschall den Vorbeimarsch der besiegten Franzosen unter ihren Waffen ab. Eine Ehrenkompanie der SS-Leibstandarte präsentierte, als in Compiegne der Wagen zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes betreten wurde. Der Waffenstillstandsvertrag beginnt: *„Frankreich ist nach einem heroischen Widerstand besiegt worden.* ***Deutschland beabsichtigt daher nicht, den Waffenstillstandsbedingungen den Charakter von Schmähungen gegenüber einem so tapferen Gegner zu geben*** ..." (O. Meissner 1950, S. 544). Frankreich wurde nichts dem Versailler Diktat Entsprechendes aufgezwungen. Es gab keine Kriegsverbrecherprozesse. Der äußerst ritterlichen Art, in der die französische Kapitulation von Compiegne im Juni 1940 stattfand, steht die schmachvolle Verhaftung der Reichsregierung Dönitz am 23.5.1945 gegenüber. [13]

---

[13] Anmerkung des Verlegers: Der bekannte serbische Oppositionsführer Vuk Draskovic nannte nach dem Kosovokrieg 1999 Hitlers Wehrmacht einen würdigen, ehrlichen Feind, während die NATO verlogen, erbärmlich und feige sei und dem Land in 36 Tagen mehr Unglück gebracht habe als Hitler in 4 Jahren Okkupation. Aus einem Interview des *Spiegel*.
„Draskovic: *'Die Nato hat unserem Land in 36 Tagen mehr Unglück gebracht als Hitlers Armee in vierjähriger Okkupation.'*

Die Folgen des Diktates waren die Zerstörung der Wirtschaftskraft des Reiches durch die ungeheuren Reparationsleistungen, die erst 1988 ihr Ende hätten finden sollen, die Inflation 1922/23, an der u. a. F. D. Roosevelt mit eigens von ihm dazu gegründeten Gesellschaften verdiente (A. Sutton 1990, S. 49 f.), die beispiellose innere Zersetzung des deutschen Volkes und die äußere Diskriminierung des Deutschen Reiches. H. Diwald (Vorwort zu H. Wellems 1989) schreibt dazu: *„Etliche deutsche Historiker, die sich im Dienste der Selbsterniedrigung wohler fühlten, als im Dienste der Sachlichkeit, bezeichneten später* [nach 1945, der Verf.] *den Versailler Schuldartikel als Belanglosigkeit: die Erregung darüber zeuge von einer kindischen Empfindlichkeit. Die Sieger des Ersten Weltkrieges sahen das anders. Am 3.3.1921 erklärte der britische Premierminister Lloyd George:* ***'Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend; sie ist das Fundament, auf dem der Bau von Versailles errichtet wurde. Wenn dieses abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag zerstört'"***

Die linken Gruppierungen, deren Rolle bei der inneren Zerstörung des Staatswesens führend war, begannen nur zu bald damit, dem Schulddiktat der Sieger in ihrem Haß gegen jede deutsche nationalstaatliche Ordnung zu folgen, und zum Ansatzpunkt wurde der von Preußen siegreich geführte Krieg von 1870/71. Die SPD, für die bis heute internationale vor eigenen nationalen Interessen gehen, vertrat bereits auf dem internationalen Sozialistenkongreß vom 31.7. bis 5.8.1920 die Auffassung: *„Das Bismarckdeutschland hat... den Weltfrieden auf das schwerste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 mit Gewalt annektiert hat"*, eine Argumentationslinie, die den vorausgegangenen Raub Elsaß-Lothringens durch Frankreich verschweigt, auf die inzwischen aber alle etablierten Parteien der Bundesrepublik eingeschwenkt sind - man vergleiche nur mit heutigen Verlautbarungen von Politikern der Grünen, der PDS sowie der CDU, der FDP und der SPD. Wie Deutschfeindlichkeit bis heute fortwirkt, zeigt eine der Entwicklungen nach 1990 - nach jener kleinstdeutschen Wiedervereinigung von 1990, die den Widerstand seitens des

Spiegel: *'Sie wollen doch wohl nicht die Nato mit Hitlers Wehrmacht in eins setzen?'* Draskovic: *'Unser Volk stellt merkwürdige Gedankenspiele an. Wir erinnern uns an einige deutsche Generäle und an den deutschen Feind, und wir begreifen, daß ein würdiger Feind immer ein halber Freund ist. Die Zahl der Opfer im Kampf gegen Hitler war natürlich größer als heute. Aber diese Serben fielen heldenhaft, wir sahen den Gegner vor Augen. Der jetzige Feind ist verlogen, erbärmlich, feige und im Vergleich zu dem deutschen Generalfeldmarschall Mackensen ein elender Wicht. Mackensen ließ sofort nach der Einnahme Belgrads ein Denkmal errichten mit der Inschrift: Dem großen serbischen Feind. Wer sind diese Feiglinge jetzt, die ein Land vom Himmel aus zerstören, ein Volk der kollektiven Rache unterziehen und es vernichten wollen?'"* (Zit. aus: *Der Spiegel,* 18/1999.)

französischen Präsidenten Mitterand und der englischen Premierministerin Thatcher erfuhr, und die allen Erwartungen von SPD und Deutschlands Linksintellektuellen zuwiderlief, denen die Idee nationaler Einheit seit jeher suspekt war. Schon zu Wilsons Kriegszielen gehörte die Entmachtung der *„Junkerklasse "*, die ein Träger des preußischen Staates war. Das wurde besonders gründlich von der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1949 über Enteignungen bis zur Ausrottung hin durchgeführt. Die amtierende Bundesregierung erkannte nicht nur diese Enteignungen im Einigungsvertrag vom 15.6.1990 ohne Not an, am 3.10.1990 eignete sie sich selbst das damals durch Stalin und seine Vasallen enteignete Eigentum an und begann es zu verkaufen, und das ausgerechnet vermittels einer Gesellschaft, der sie den Namen *Treuhand* gab. Einen Dieb und Hehler zugleich darf man sie nicht nennen, denn das BVerfG hat das mit Urteil vom 23.4.1991 für rechtens erkannt - sich so aber auch dem Vorwurf ausgesetzt, nicht **Völkerrechts-** und verfassungskonform entschieden zu haben.

Tatsache jedenfalls ist, daß es nach 1945 keine Bundesregierung je unternahm, die totalen Alleinschuldzuweisungen an beiden Weltkriegen objektiv zu prüfen. Im Gegenteil, mit der Unterzeichnung des Überleitungsvertrages vom 26.5.1952 wurden sie de facto vorbehaltlos anerkannt und mit Note vom 28.9.1990 wurde die Geltung des Überleitungsvertrages auf die neuen Bundesländer ausgedehnt.

Die deutsche Reichsregierung hingegen setzte bald nach Ende des Ersten Weltkrieges eine Kommission von Historikern ein, die insbesondere den Art. 231 auf seinen Wahrheitsgehalt hin zu prüfen hatte. Sie kam zu dem eindeutigen Schluß, daß dieser Artikel nicht der geschichtlichen Wahrheit entspricht, und setzte damit die Geschichtsrevision in Gang. Seitdem ist es berechtigt, von einer *Kriegsschuldlüge* zu sprechen. Als dieses Ergebnis der Untersuchung zweifelsfrei feststand, widerrief Reichspräsident v. Hindenburg die Schuldzuweisung nach Art. 231 des Versailler Vertrages am 18.9.1927 anläßlich der Einweihung des Tannenbergdenkmals.

Besondere Verdienste an der Widerlegung der Kriegsschuldlüge der Alliierten erwarb sich Prof. H. Barnes aus den USA, der nach 1945 auch zu der ähnlich gelagerten Kriegsschuldfrage des Zweiten Weltkrieges Stellung nahm und auch hier von einer *Kriegsschuldlüge* sprach (siehe Kap. 23). Zur Weimarer Zeit glichen seine Vortragsreisen durch Deutschland Triumphzügen. 1926 sandte ihm der Reichspräsident v. Hindenburg, weil selbst erkrankt, einen Adjutanten zur Begrüßung. Er sprach u. a. unter Vorsitz Seiner Magnifizenz im Auditorium Maximum der Universität München, in das sich 4 000 bis 5 000 Menschen hineingedrängt hatten. 15 000 bis 20 000 konnten keinen Einlaß erhalten (H. Barnes 1968). Um ihn zu hören, kam jeder zehnte Münchener!

Barnes berichtet von einem Gespräch mit dem ehemaligen Kaiser Wilhelm II., das er mit ihm 1927 in Doorn führte und bei dem die Rede auch auf die Frage nach den Kriegsursachen kam: „ ***Wenn der Kaiser auch erfreut darüber war, daß ich ihm nicht die Schuld für den Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 gab, teilte er doch keineswegs meine Auffassung, die Hauptverantwortlichen seien Rußland und Frankreich. Er hielt für die Schuldigen an 1914 die internationalen Juden und Freimaurer, die, wie er behauptete, sich die Zerstörung der Nationalstaaten und des Christentums zum Ziele gesetzt hätten. Sie hätten sich erst Eduard VII. und sodann Sir Edward Grey als Werkzeuge bedient"*** (H. Barnes 1968, S. 38). Ähnlich urteilte auch Ludendorff.

Prof. D. Hoggan, ebenfalls aus den USA, trug wie Barnes Entscheidendes zur Entkräftung der Kriegsschuldzuweisung am Zweiten Weltkrieg bei, besonders mit seinem großen Werk *Der erzwungene Krieg* (D. Hoggan 1976). Ihm wurde in der Bundesrepublik keine öffentliche Anerkennung zuteil, im Gegenteil. Bei einer Vortragsreise 1964 wurde er öffentlich so angepöbelt, daß er über ein Kapitel seines 1984 erschienenen Buches schrieb: „ *Nie wieder Bundesrepublik!"* Er sah sich zu der Feststellung veranlaßt: *„Die USA-Umerzieher und ihre deutsch-jüdischen Gehilfen hatten ganze Arbeit geleistet. "* Hoggan hatte 1943 sein erstes Lehramt am Red College der Harvard University aus Protest gegen Roosevelts Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands auf der Konferenz von Casablanca niedergelegt. Damit waren der Verlust seiner Rückstellung vom Wehrdienst und 11 Monate Zwangsarbeit in Konzentrationslagern für politisch Andersdenkende verbunden (D. Hoggan 1984, S. 249).

Das Kriegsziel der Alliierten bestand 1914 und 1939 in der Zerstörung des Deutschen Reiches, der Vernichtung der Volkskraft und jenes Identitätsbewußtseins der Deutschen, das sich auf „ *die im Volke immer tiefere Wurzel schlagende Idee eines deutschen Einheitsstaats und die eine solche unterstützende Politik Preußens" (Kleiner Brockhaus,* Leipzig 1862) gründete. Unter den ehemaligen „Mitteldeutschen" mehren sich heute die Stimmen, die davon sprechen, daß sie, von Gorbatschow freigegeben, nur das russische Joch mit dem der westlichen Sieger vertauscht hätten. Das Kriegsziel Wilsons - 75 Jahre später durch eine „ *deutsche "* Regierung zu Ende geführt?

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine bedeutende Entwicklung des Völkerrechtes ein, die die Regierungen der Weimarer Republik wie ein göttliches Geschenk für die deutschen Rechtspositionen empfunden hätten. Es hat aber keine der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland je in Betracht gezogen, das heute bestehende Völkerrecht auf die mit dem Ende des Ersten und des Zweiten Weltkrieges durch die Siegermächte erfolgten Setzungen anzuwenden. Das ist für einen Staat, der sich einer vollen Souveränität erfreuen soll, ungewöhnlich.

Deshalb ist es angebracht, den Blick auf die heutige Rechtslage zu richten. Dabei ergibt sich für den Historiker das Ergebnis:

Die Friedensverträge von 1919 und insbesondere der Vertrag von Versailles sind nach der Konvention über das Recht der Verträge von Wien 1969 nicht mehr gültig. Art. 52 dieses Vertrages bestimmt, daß Verträge, die unter Zwang abgeschlossen wurden, ungültig sind. Dazu gehört auch, daß Zwang gegen einen Staat, nicht nur gegen Personen, völkerrechtlich verboten ist. Art. 64 bestimmt, daß ein früherer Vertrag vom Tage der Gültigkeit einer neuen Norm des zwingenden Völkerrechts an ungültig wird, wenn er einer neuen Norm widerspricht. Das Selbstbestimmungsrecht wurde *ius cogens,* zwingendes Völkerrecht, das innerstaatlichen Gesetzen übergeordnet ist. Daß die Verträge von 1919 unter massivstem Zwang abgeschlossen werden mußten, haben alle Parteien der Weimarer Republik wiederholt festgestellt. Ebenso gibt es hierzu eine Fülle von Beweisen aus deutschen Regierungsverlautbarungen. Sogar viele ausländische Politiker haben sich dementsprechend geäußert. **Obendrein widersprechen die Verträge von Versailles und St. Germain dem Selbstbestimmungsrecht und sind auch aus diesem Grunde nach Art. 64 ungültig.** Sie sind weiterhin nichtig, da seit der Wiener Vertragsrechtkonvention von 1969 jede Gebietsveränderung von der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung abhängig ist, die, wie zum Beispiel aus den Ostgebieten, nach heutiger Rechtsauffassung völkerrechtswidrig vertrieben und nicht befragt wurde. Andererseits wurden 1919 polyethnische Staaten wie die Tschechoslowakei und Jugoslawien ebenso unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes künstlich gebildet, die in neuester Zeit unter dem Freiheitswillen ihrer Völker zusammengebrochen sind.

Die ab 1919 von Deutschland abgetrennten Gebiete haben nach heutiger anerkannter Rechtsauffassung den Rechtsstatus von widerrechtlichen Annexionen und die mit Duldung und Förderung der Annexions- und Besatzungsmächte nach 1919 in diese Gebiete eingewanderten Polen, Tschechen, Franzosen, Italiener u. a. m. haben dort keine völkerrechtlich begründeten Heimatrechte.

Die Grenzen des Deutschen Reiches von 1918 vor den Gebietsannexionen in Folge der Verträge von Versailles und St. Germain und nach Anschluß des Sudetenlandes an Deutsch-Österreich und dessen Anschluß an das Deutsche Reich sind die völkerrechtlich gültigen Grenzen. Insoweit die alliierten Verträge bis und nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges Verträge zu Lasten Dritter und deshalb nichtig sind, sind diese Grenzen weiterhin die völkerrechtlich gültigen.

Da der Vertragstext bereits fertig formuliert der deutschen Delegation vorgelegt wurde und mit dem Ultimatum vom 20.6. die Annahme erzwungen wurde, ist der Versailler Vertrag, ebenso wie der von St. Ger-

main, als ein Vertrag zu Lasten Dritter von Anfang an nichtig und ein Bruch des Vorfriedensvertrages vom 5.11.1918.

Alles das machten die Bundesregierungen nicht zum Gegenstand einer völkerrechtlichen Prüfung.

Stark vereinfacht ausgedrückt ist die Urteilsfindung des IMT Nürnberg mit dem Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 von der Bundesrepublik Deutschland als verbindlicher Leitfaden für die Rechtsprechung in all den Rechtsfragen anerkannt worden, die Rechtssetzungen der Alliierten in Zusammenhang mit der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg betreffen. Im Grundgesetz heißt es dementsprechend im Art. 139: *„Die zur Befreiung der Deutschen von Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt. "* Da das Grundgesetz jedoch keine Verfassung darstellt, die vom ganzen Volk beschlossen wurde und beschlossen sein muß, hängen diese Verträge rechtlich nach wie vor in der Luft: sie sind letztlich nichtig, da Ausfluß von völkerrechtswidrigen Besatzungsmaßnahmen.

Nach Kriegsende 1918 wurde die Landkarte Osteuropas durch die Sieger gänzlich umgestaltet. Aus der Konkursmasse der K.-U.K.-Monarchie und des Deutschen Reiches wurden angeblich im Namen des Selbstbestimmungsrechtes polyethnische Staaten jeweils unter dem Diktat eines staatstragenden Volkes wie Polen, Tschechoslowakei (unter Tschechen), Jugoslawien (unter Serben) und Rumänien errichtet, in die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes eine Reihe von Volksgruppen hineingepreßt wurden. Die Antwort gab am 4.11.1918 der tschechische Minister Aloys Rasin: *„Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Phrase. - Jetzt aber, da die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt"* (H. Übelacker 1997, S. 21).

Die ethnische Zusammensetzung Polens nach dem Ersten Weltkrieg war (F. Pelzer, *Polen, eine geographische Landeskunde,* Darmstadt 1991):

	1921	1931
Gesamtbevölkerung	27,2 Mill.	33,4 Mill. (1935)
Polen	69,2 %	68,9 %
Ruthenen	14,3	13,8
Juden	7,8	7,8
Deutsche	3,9	2,3
Weißruthenen	3,9	3,1
Litauer	0,3	0,3
Tschechen	0,1	0,1
Russen	0,2	0,4

Östlich der *Curzonlinie* lebten 1939 11,84 Mill., davon 4,3 Mill. Polen.

Die ethnische Zusammensetzung der Tschechoslowakei war nach der Volkszählung von 1921 (R. Eibicht, *Die Sudetendeutschen und ihre Heimat,* Wesseling 1991):

Gesamtbevölkerung	13,4 Mill.
Tschechen	50,0 %
Slowaken	23,1
Deutsche	14,9
Ungarn	5,2
Ruthenen	3,7
Juden	2,2
Polen	0,7

Die ethnische Zusammensetzung Jugoslawiens war nach der Volkszählung von 1921 (*Osteuropa Handbuch Jugoslawien,* Graz 1954):

Gesamtbevölkerung	11,98 Mill.
Serbokroaten	74,4 %
Slowenen	8,5
Slowaken	1,0
Deutsche	4,2
Ungarn	3,9
Rumänen und Walachen	2,0
Albaner	3,7
Türken	1,3
andere je unter	1,0

Mit Hilfe des Deutschen Reiches konnten die Deutschen aus der Tschechei am 3.10.1938 ihre Freiheit erhalten. Am 13./14.3.1939 konnten sich die Slowaken daraus selbst befreien. Im Wiener Schiedsspruch von 1940 wurden die Ungarn aus Rumänien befreit und die deutschen Volksgruppen auf dem Balkan erhielten Autonomiestatute. Diese wurden in den zwischenstaatlichen Verträgen dazu bereits damals Volksgruppenrechte genannt. Heute gibt es international nichts Vergleichbares. In der EU gibt es immer noch keine vergleichbaren Minderheitenrechte für Basken, Bretonen, Elsässer oder Deutsche. Keine deutsche Regierung außer der unter Adenauer brachte es fertig, sich des Schutzes verfolgter Deutscher anzunehmen (z. B. im Fall Priebke).

Weil die Sieger von 1945 die gleichen Verbrechen gegen das Selbstbestimmungsrecht vollbrachten und die gleichen polyethnischen Staaten neu errichteten, hatte das nach Zerfall der UdSSR die Befreiungsversuche der gleichen Völker zur Folge. Im Balkankrieg versuchten die Sieger von 1945, die Befreiungen der Slowenen, Kroaten und Bosnier zu verhindern und lösten, da 1945

von den Siegern anfangs mindestens gebilligt, ähnlich grausame ethnische Vertreibungen wie nach 1945 aus.

Hier wird deutlich, wie aus Fortpflanzung alten Unrechtes neue Verbrechen entstehen, aber auch, wie Völkerbefreiungen gelangen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, vorauszusagen, daß auch das Euro-Völkergefängnis und die Eurodiktatur - zuwege gebracht von den gleichen Hintergrundmächten, die 1914 und 1939 wirksam waren, der langjährige Kommissionspräsident der EG Delors ist Hochgradfreimaurer - nicht von Dauer sein werden.

Wenige Tage vor dem angeblichen Inkrafttreten der Souveränität der Bundesrepublik am 3.10.1990 wurde von der Regierung Kohl-Genscher das Fortbestehen der Rechte, Entscheidungen und Maßnahmen der westlichen Siegermächte als bindende Grundlage des Staates durch eine Note am 27728.9.1990 anerkannt: ***„Die Regierung der Bundesrepublik erklärt, daß sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegenwärtigen DDR und in Berlin nicht umgangen werden "*** (W. Fiedler 1991, siehe Anhang A26 u. A27). Diese Erklärung wurde der deutschen Öffentlichkeit von den Medien vorenthalten. Da damit auch das *Londoner Statut* vom 8.8.1945, das die Grundlage fiir die Kriegsverbrecherprozesse bildete und eine Kritik an den Verträgen von 1919 von vornherein ausschloß, als weiterhin gültig anerkannt wird, soll damit auch die - historisch längst widerlegte - Kriegsschuldaussage des Art. 231 des Versailler Diktates als weiterhin rechtsgültig angesehen werden.

Insbesondere ist die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg damit anerkannt. Andererseits sind die meisten der irgendwie im Kriegszusammenhang stehenden Verträge der Siegermächte von 1945 noch nicht juristisch abgeschlossen worden, ebenso sind die Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung in ihren Bezügen auf das Deutsche Reich im wesentlichen noch in Kraft. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik nicht im Besitz einer Menge erbeuteter deutscher Archive ist, die sie rechtens verwalten müßte - allerdings hat bisher auch keine Bundesregierung energische Schritte unternommen, um sie zu ihren Händen zu erhalten. Die heutige Völkerrechtslage schließt aber ein, daß Völkerrechtsbrüche der Alliierten bis zu den Kriegsbeendigungserklärungen der Westmächte 1951 und der UdSSR 1955 unverjährbare Kriegsverbrechen darstellen.

4 Die Außen- und Innenpolitik der Weimarer Republik

Die Regierungen der Weimarer Republik *„ waren zu keiner Zeit eine Marionettenregierung in den Händen fremder Besatzungsmächte. Auch war die Verfassung der Weimarer Republik ausschließlich von deutschen Staatsbürgern geschaffen, und nicht, wie das sogenannte Bonner Grundgesetz, von Ausländern"* (H. Barnes 1968, S. 44). Barnes spielt hier auf Tatsachen wie die an, daß zu den maßgeblichen Verfassern des Grundgesetzes beispielsweise C. J. Friedrich in seiner Eigenschaft als Politologe der Harvard Universität gehörte, ein Emigrant, der Agent des US-Geheimdienstes war (D. Hoggan 1984, S. 89).

Der Unterschied in der Nachkriegssituation zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik wird an einer Rede des späteren Reichspräsidenten Ebert sofort deutlich, die er an die heimkehrenden Soldaten richtete: *„Rede des Volksbeauftragten Ebert beim feierlichen Einzug der Berliner Truppen am* ***10.12.1918: ... Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden ... Ihr habt die Heimat vor feindlichem Einfall geschützt ... Erhobenen Hauptes dürft ihr zurückkehren. Nie haben Menschen größeres geleistet und erlitten als ihr. Im Namen des Deutschen Volkes tiefinnigen Dank*** *und noch einmal herzlichen Willkommensgruß in der Heimat"* (Flugblattsammlung Staatsbibliothek München). Kein deutscher Minister hätte nach 1945 eine solche Ansprache halten können.

In den Verfassungen, die nach den Revolutionen von 1919 verabschiedet wurden, hieß es in Österreich: ***„Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik"*** und in der Weimarer Verfassung: ***„Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat... Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimmen."*** Der Anschluß wurde von den Siegern unter Ausschluß des Selbstbestimmungsrechtes mit den Diktaten von Versailles und Saint Germain verhindert. Der Versuch, eine Zollunion zwischen beiden Staaten zu errichten, scheiterte vor allem am Widerstand Frankreichs. Eine Klage dagegen wurde vom *Internationalen Gerichtshof* in Den Haag 1931 abgewiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam hinzu, daß sich die von den Siegermächten zugelassene Presse und der Rundfunk sowohl in der Bundesrepublik als auch in Österreich verpflichtet sahen, die Vorstellung einer gemeinsamen Staatlichkeit auf dem Boden eines gemeinsamen Volks- und Geschichtsbewußtsein gar nicht erst wieder entstehen zu lassen.

Die heutigen Farben der BRD schwarz-rot-gold wurden in Erinnerung an die gleichen Farben der gesamtdeutschen Nationalversammlung von 1848 und die der Weimarer Republik gewählt. Diese wurden 1919 von der Nationalver-

Sammlung ganz bewußt als großdeutsche Farben unter Einschluß Österreichs festgesetzt.

Die Weimarer Republik sah sich von Beginn an vor praktisch unlösbare wirtschaftliche Probleme gestellt, die zwangsläufig die innere Stabilität gefährden mußten. Die Blockade wurde nach dem Waffenstillstand von 1918 fortgesetzt, etwa 800 000 Deutsche, nach einigen Autoren fast 2 Millionen, starben noch nach Kriegsende den Hungertod. Spekulanten- und Schiebertum machten sich breit. Zu einem besonderen Problem wuchs sich das massenhafte Einströmen von Ostjuden aus, die bald in den Besitz deutscher Namen und deutscher Pässe gelangten. Dieser vor allem von der SPD-Regierung des Landes Preußen (A. Miller 1928) begünstigte Zustrom wurde von großen Teilen der deutschen Bevölkerung als Überfremdung und wirtschaftliche Belastung empfunden. In Wien gab es nach der Volkszählung von 1923 201 513 Glaubensjuden, davon waren nur 77 260 in Wien und 7 967 im übrigen Österreich geboren, aber 116 286 im Ausland (A. Gerlach 1939, S. 9).

Dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen wurde 1920 gemeldet: *„Die von den in der Provinz stationierten Grenzpolizei-Stellen im Frühjahr dieses Jahres ausgeübte Ausländerkontrolle hat z. B. für den Regierungsbezirk Königsberg ergeben, daß im Februar 3 807 eingewanderte Ostjuden anwesend waren. Die Zahl stieg im März auf 6 068, im April auf 6 854. Bemerkt werden muß, daß durch die russische Offensive im Sommer der Flüchtlingsstrom erheblich zugenommen hat, so daß es nicht zu hoch bemessen sein dürfte, daß die heutige Zählung die 5-fache Ziffer ergibt, so daß man allein im Regierungsbezirk Königsberg mit rund 30 000 Ostjuden rechnen darf. Die Danziger Dampfer bringen Tag für Tag eine große Anzahl Ostjuden herein. Die Zahl der über die grüne Grenze einwandernden Flüchtlinge ist nicht annähernd abzuschätzen "* (A. Miller 1928, S. 39). Der Reichsminister des Inneren nahm am 20.7.1920 dazu Stellung: *„ ... Die Zahl der Wohnungssuchenden wächst ständig. Allein in Berlin suchen etwa 80000 Haushaltungen Wohnungen ... Der Flüchtlingszustrom wächst. In den letzten Wochen sind viele Tausende deutscher Beamten und Staatsarbeiter aus den an Polen abgetretenen Gebieten ausgewiesen worden. Die vertriebenen Deutschen sind gezwungen, zum Teil in Güterwagen, Baracken oder anderen unzulänglichen Unterkunfts-Gelegenheiten zu wohnen. Unter diesen Umständen erregt es bei der Bevölkerung steigenden Unwillen, daß viele Tausende fremdstämmiger Ausländer Wohnraum innehaben ... In meinem Schreiben vom 31. Mai 1920 habe ich eingehend dargelegt, daß der Erlaß des vormaligen* [preußischen] *Herrn Ministers des Inneren vom 1.11.1919 auf dem Gebiet der Fremdenpolizei ein Sonderrecht zugunsten der Ostjuden geschaffen und damit die ostjüdische Einwanderung mittelbar begünstigt, ihre Bekämpfung erschwert hat. Der Erlaß des jetzigen Ministers des Inneren vom 1.6.1920 ... beläßt es dabei, daß*

den Ostjuden besondere Vorzugsrechte auf dem Gebiet der Fremdenpolizei gewährt werden ..." (A. Miller 1928, S. 32). Nach W. Rathenau: *„Inmitten deutschen Lebens ein abgesondert fremdartiger Menschenstamm... auf märkischem Sand eine asiatische Horde"* (H. Splittgerber 1960, S. 8).

In Berlin kam es Anfang November 1923 zu großen Hungerkrawallen und Geschäftsplünderungen. Die Münchener *Neueste Nachrichten* berichtete dazu am 6.11.1923: *„Die Plünderungen in Berlin. Galizier hatten vor den Zahlungsstellen der Erwerbslosenfürsorge Aufstellung genommen und versucht, die eben ausgestellten wertbeständigen Zahlungsmittel gegen Papiergeld umzuwechseln, wobei sie weit geringere Beträge in Papiermark boten, als der Umrechnungskurs beträgt. Die erregte Menge wandte sich nun gegen jüdisch aussehende Passanten und jüdische Geschäfte "* (G. Franz-Willing 1975, S. 194).

Die Reaktionen verantwortlicher deutscher Politiker auf die sog. Verträge von 1919 in den zwanziger Jahren zeigen immer wieder, daß sich nicht nur die auferlegten Reparationszahlungen als unverhältnismäßig und für die Volkswirtschaft als existenzbedrohend, sondern vor allem die Abtrennung deutscher Gebiete als ein nicht zu rechtfertigendes Unrecht angesehen wurde, dem sich Deutschland nicht auf Dauer fügen dürfe. Reichsaußenminister Stresemann. erklärte am 18.5.1925 im Reichstag: *„Es gibt niemand in Deutschland, der anerkennen könnte, daß die im flagranten Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene Grenze im Osten eine für immer unabänderliche Tatsache sei. Es kann deshalb jür Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schlösse."* An den Kronprinzen schrieb er am 7.9.1925: *„Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen in Oberschlesien "* (U. Walendy 1965, S. 135).

Wie die deutschen Politiker war sich die deutsche Bevölkerung wohl dessen bewußt, einen Krieg verloren zu haben, an dessen Zustandekommen Deutschland ohne Schuld war; und die unnötige Härte der Sieger wurde zunehmend als Unrecht und Willkür empfunden, gegen das man sich zur Wehr setzen müsse. So ist es kein Wunder, daß ein damals noch ziemlich unbekannter Hitler nach Bekanntgabe der Festlegung der vom Deutschen Reich zu zahlenden Reparationen in Höhe von 226 Milliarden Goldmark den Zirkus Krone in München innerhalb von 14 Tagen ab dem 3.2.1921 dreimal mit je 6 500 Zuhörern füllen konnte.

„ Hitler begriff früher als irgendeiner, daß nicht nur Deutschland, sondern die ganze abendländische Menschheit bedroht ist, wenn der überall fortgeschrittenen biologischen, moralischen, intellektuellen und materiellen Zersetzung kein Riegel vorgeschoben wird" (H. Grimm 1975, S. 155). Bei einem

Besuch von Hans Grimm sagte Hitler 1928 zu diesem: *„Ich weiß, daß jemand gegenüber dieser Not hervortreten muß. Ich habe nach diesem Manne gesucht. Ich habe ihn nirgends entdecken können, da habe ich mich aufgerafft, die Vorarbeiten zu tun, nur die dringende Vorarbeit, denn daß ich 's nicht bin, das weiß ich wiederum "* (H. Grimm, *Mehr nationale Würde, mehr Wahrheit,* Lippoldsberg 1975, S. 80).

Unter dem nichtigen Vorwand, daß Reparationsleistungen verzögert worden seien, besetzte Frankreich am 11.1.1923 mit einer ca. 40 000 Mann starken Besatzungsarmee das Ruhrgebiet und nahm die Produktion der Schwerindustrie in Beschlag. In den Kruppwerken wurden 13 Arbeiter erschossen. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes trat geschlossen in den passiven Widerstand und in den Generalstreik, der bis in den September 1923 hinein durchgehalten werden konnte. Die deutsche Regierung stand diesem Bruch des Versailler Vertrages machtlos gegenüber. Die französische Regierung lehnte jede Verhandlung ab. Es sollte aber noch schlimmer kommen. Mit Unterstützung der französischen Besatzungsmacht entstanden Separatistenregierungen im Rheinland und in der Pfalz, die am erbitterten Widerstand der allein auf sich gestellten Bevölkerung im Rheinland am 28.11.1923 und in der Pfalz am 12.2.1924 scheiterten. An diesem Tage stürmte die Bevölkerung von Pirmasens unter dem Klang der Sturmglocken das Bezirksamt, das von der Separatistenregierung besetzt war, zündete es an, erschlug die Separatisten, die flüchten wollten, mit Knüppeln und warf die Leichen in das Feuer (F. Grimm 1931, S. 121). Etwa 100 Separatisten wurden regelrecht erschlagen. Reichskanzler Stresemann erklärte am 25.10.: ***„Die französische und belgische Unterstützung der Separatisten ist ein Wortbruch allerschlimmster Art gegenüber den feierlichen Versicherungen des Versailler Vertrages. Uns droht das immer weitergreifende Gespenst der Erwerbslosigkeit, der Teuerung, des Währungsverfalls. Die Schuld füllt einzig Frankreich zur Last; die Mittel, die Frankreich gegen Deutschland anwendet, sind gegen Gesetz, Vertrag und Recht"*** (G. Franz-Willing, II, 1975, S. 281).

An Reparationsleistungen war nach dem Versailler Diktat erstmals 1921 die Zahlung von 1 Milliarde Mark fällig. Diese Zahlungen waren in Goldmark zu leisten. Die deutsche Regierung konnte diese Forderung nur erfüllen, wenn sie an ausländischen Börsen Devisen gegen Papiermark erwarb. Die Folge war, daß der Wert der Papiermark ins Bodenlose sank. Die Schwäche der Mark war ursächlich bedingt durch die schlechte Wirtschaftslage, vor allem aber durch die wirtschaftlichen Folgen des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet und den fast gänzlichen Stillstand der dort konzentrierten Schwerindustrie. Die Unterstützungszahlungen an die streikende Bevölkerung überstiegen die Finanzkraft des Reiches, und der passive Widerstand mußte am 26.9.1923 aufgegeben werden. In ihrem Aufruf führte die Reichs-

regierang am 26.9. aus: „Über 180000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden ... Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet, mehr als 100 Volksgenossen haben ihr Leben dahingehen müssen ... Hunderte schmachten noch in Gefängnissen ***..."(G. Franz-Willing 1975, S. 119).***

Die Abwertung der Mark wurde durch internationale Spekulationen ausgenützt. Ausländer strömten herein, die Devisen boten und alles Wertbeständige aufkauften. Wirtschaftszusammenbrüche, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verlust der Sparguthaben, eine nationale Verarmung und Verelendung größten Ausmaßes waren die Folge. Bei der Einführung der Rentenmark am 16.11.1923 - eine Meisterleistung des Währungskommissars Dr. H. Schacht - entsprach 1 Billion Papiermark = 1 Goldmark. Eingeführt wurde die Rentenmark ohne Golddeckung, die Ursache der damaligen Wirtschaftsgesundung. Vergleichbar war m. E. die Reichsmark ab 1933, die ebenfalls ohne Golddeckung auskam. Erst mit dem Youngplan wurde 1928 die Annahme der Golddeckung erzwungen.

Durch die gleichzeitigen separatistischen Bestrebungen im Rheinland und der bayerischen Regierung gegen das Reich sowie die Putschabsichten von Ludendorff und Hitler gegen Separatismus und Marxismus drohte das Reich zu zerfallen. Es wurde gerettet durch das Zusammenwirken des Reichskanzlers Stresemann und des Reichswehrministers und Chefs der obersten Heeresleitung General von Seeckt, dem mit dem Ausnahmezustand am 8.11.1923 die vollziehende Gewalt im Reich und der Oberbefehl über die Reichswehr übertragen wurde. Dies hatte das Scheitern sowohl des bayerischen Separatismus wie des Ludendorff-Hitler-Putsches am 9.11.1923 zur Folge. Die Reichswehr, deren Offiziere und Mannschaften wie die Bevölkerung innerlich weitgehend auf Seiten der Putschisten standen, handelte gemäß ihres Eides nach dem Befehl zur Niederschlagung des Putsches. Dieser hätte im Falle des Erfolgs mit der geplanten Kündigung des Versailler Diktates durch eine nationale Regierung nur weitere militärische Maßnahmen der Franzosen gegen das Reich zur Folge gehabt und seinen Bestand herausgefordert. Bereits auf den Plan des bayerischen Generalstaatskommissars von Kahr, sich vom marxistisch beherrschten Berlin zu lösen und die Verselbständigung Bayerns unter Mithilfe Frankreichs anzustreben, reagierten die Franzosen mit der Absicht der weiteren Besetzung des Reiches bis zum Main (G. Franz-Willing 1977).

Am 23.11.1923 wurde die Regierung Stresemann von der SPD durch einen Mißtrauensantrag im Reichstag gestürzt. Doch die Einheit des Reiches war gerettet und blieb erhalten.

Am 28.4. hatte die Reparationskommission die deutschen Reparationen auf insgesamt 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, was nach heutigem Wert mehr als 1,3 Billionen entspricht.

Die deutschen Reparationsleistungen wurden im *Dawesplan* am 29.8.1924 auf 2,5 Milliarden Goldmark jährlich festgesetzt. Da diese Zahlungen nur mit einer gut funktionierenden Wirtschaft zu erbringen waren, wurde die Räumung des Ruhrgebietes zur zwingenden Notwendigkeit. Das wurde zwar mit dem *Dawesplan* beschlossen, aber erst 1930 endete die Besetzung. Im Rahmen des *Dawesplanes* wurden die *Reichsbank* und die *Reichsbahn* privatisiert und diese sowie die *Bank für deutsche Industrieobligationen* mit Kommissaren der Sieger besetzt. Der *Dawesplan* nahm Deutschland, das mit dem Versailler Diktat bereits die Gebiets- und Wehrhoheit verloren hatte, auch noch die Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrshoheit. Aber auch dieser Plan bestimmte weder die Höhe der Reparationen insgesamt, noch setzte er eine endgültige Frist für die Dauer der Zahlungen. Der ehemalige Kriegspremier Lloyd George führte am 7.10.1928 aus: *„Die gesamte Dokumentation, die uns gewisse Personen unserer Alliierten zugespielt haben, war erlogen und erschwindelt. Wir haben in Versailles auf Grund von Fälschungen entschieden"* (E.-O. Remer 1989, S. 117).

Nach Abschluß des *Locarno-Vertrages* 1925, der die nochmalige ausdrückliche Anerkennung des Versailler Diktates zur Voraussetzung hatte, wurde die erste Zone des Ruhrgebietes geräumt. Als weitere Folge des *Locarno-Vertrages* wurde Deutschland in den Völkerbund und in dessen ständigen Rat aufgenommen. Die Kontrollkommission der Sieger zur Überwachung der Abrüstung wurde zurückgezogen. Mit dem 1928 geschlossenen *Kellogg-Pakt* wurden Kriege generell als Mittel zur Lösung von Streitigkeiten geächtet. Keine Großmacht hielt sich daran. Vom IMT aber wurden Todesurteile mit der Begründung gefällt, daß Deutschland den *Kellogg-Pakt* gebrochen habe. Berücksichtigt wurden dabei weder die 1939 von Deutschland und Italien angebotenen Verhandlungen, die die Alliierten zurückgewiesen hatten, noch die Kriegserklärungen der Alliierten selbst.

Als sich 1928 bei noch einigermaßen funktionierender Wirtschaft zeigte, daß der *Dawesplan* nicht erfüllbar war, wurde er durch den *Youngplan* (Young war Angehöriger des Bankhauses Morgan in New York) ersetzt, der bis zum Jahr 1988 jährliche Zahlungen von 2,05 Milliarden, davon aber nur noch 0,7 Milliarden Mark in Devisen vorsah. Militärische Sanktionen bei Nichterfüllung wurden von da an ausgeschlossen. Doch schon 1931 war das Reich zahlungsunfähig. Die Gegenleistung war, trotz des Widerstandes Frankreichs, die völlige Räumung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, deren Besetzung am 30.6.1930 beendet wurde. Der Verfasser entsinnt sich, daß damals alle Kirchenglocken im Reich eine Stunde lang läuteten - ganz anders als bei der kleinstdeutschen Wiedervereinigung am 3.10.1990, wo sich die Kirchen einem Dankgeläut verweigerten. Am 20.7.1930 fand unter dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Koblenz eine große Befreiungsfeier statt.

Am „schwarzen Freitag", dem 24.10.1929, wurde durch planmäßig vorbereitete Spekulationen an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ausgelöst, die für Deutschland die allerschwersten Folgen hatte. Als nach dem Rücktritt der Regierung Müller im März 1930 keine parlamentarische Mehrheitsregierung mehr gebildet werden konnte, setzte der Reichspräsident aufgrund der Reichsverfassung ein nur ihm verantwortliches Präsidialkabinett mit Reichskanzler Brüning an der Spitze ein, das mit Notverordnungen regierte. Die Parteiendemokratie wurde also nicht erst von Hitler als Reichskanzler beseitigt, sondern schon vor ihm völlig legal mit den Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Weimarer Verfassung *„zur Sicherung von Finanzen und Wirtschaft"*, da es auf parlamentarischem Wege nicht möglich gewesen wäre, den finanziellen Zusammenbruch und den Staatsbankrott zu vermeiden (O. Meissner 1950, S. 200).

Als nun auch der *Youngplan* nicht mehr erfüllt werden konnte, wurde auf der Konferenz von Lausanne am 16.6.1932 das Ende der Reparationszahlungen beschlossen. Mit einer deutschen Restzahlung von 3 Milliarden Goldmark bemühte sich der Reichskanzler von Papen auch um die Streichung des Art. 231 des Versailler Vertrages, scheiterte jedoch am Widerstand Frankreichs.

Auf der Abrüstungskonferenz in Genf 1932 setzte wiederum Frankreich dem zentralen Anliegen der Konferenz, der allgemeinen Abrüstung der Großmächte, großen Widerstand entgegen und verweigerte zunächst die vom Reich geforderte Gleichbehandlung Deutschlands, die Deutschland schließlich doch in der Genfer 5-Mächte-Vereinbarung vom 12.12.1932 zunächst als reine Absichtserklärung zugestanden wurde.

Nach dem Vertrag von Lausanne 1932 mit dem Ende der Reparationen war die 5-Mächte-Vereinbarung von Genf die Grundlage, auf der die Revisionspolitik Hitlers ab 1933 aufbauen konnte. Mit ihr waren wichtige Teile des Versailler Diktates außer Kraft gesetzt und durch für Deutschland annehmbarere Vereinbarungen abgelöst worden. Daran ändert auch nichts, daß die Siegermächte es bis zum Kriegsausbruch nicht mehr dazu kommen ließen, daß diese Absichtserklärungen in konkrete Politik umgesetzt werden konnten. Daß sich die Alliierten mit den Siegerstatuten von 1945 und dem Spruch des Nürnberger Militärtribunals wieder auf den ursprünglichen Boden des Versailler Diktates stellten und damit eben diese Vereinbarungen als unwirksam betrachteten, mußte sie dem Verdacht der Rechts- und Geschichtsverfälschung zuungunsten des Verlierers aussetzen. Diesem Sachverhalt hat aber bisher keine Bundesregierung ihre Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Weltwirtschaftskrise hatte schließlich im Deutschen Reich Millionen von Kurzarbeitern sowie mehr als 6 Millionen Arbeitslose zur Folge, wovon ein großer Teil ausgesteuert war, d. h. keine Unterstützung erhielt und von den

Familienangehörigen unterhalten werden mußte. Nach den Kriegsanstrengungen und der Inflation, die das Volk erschöpft hatten, griff nun eine heute unvorstellbare Verelendung breitester Schichten um sich.

In dieser Zeit wuchs die NSDAP sehr rasch zu einer großen Partei heran. An ihrem Anfang steht das bekannte Hitler-Zitat: *„Und ich beschloß, Politiker zu werden."* Das Programm der NSDAP zeigte mit den beiden ersten Punkten, daß die Revision des Versailler Diktates als die wichtigste Aufgabe der Partei angesehen wurde:

„1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des Deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain."

Zur Finanzierung der Partei in den Anfangsjahren sagte Max Amann, Geschäftsführer der Partei und des Eher-Verlages (*Völkischer Beobachter),* beim Prozeß nach dem Putsch vom 9.11.1923 aus: *„Die Finanzierung der Partei geschah hauptsächlich durch Betreibung von Mitgliedsbeiträgen .... der Opfermut der Mitglieder unserer nationalen Freiheitsbewegungen war so groß, daß Parteigenossen, die selbst nicht über Vermögen verfügten, silberne Leuchter, Trauringe aus Gold, alte Familienerbstücke aus Silber zur Verfügung stellten"* (G. Franz-Willing 1974, S. 295).

Das nächstwichtigste Ziel der NSDAP war es, die marxistisch-kommunistischen Organisationen zu zerschlagen, deren Griff nach der Macht vom Weimarer Staat anscheinend nicht mehr aufzuhalten war, und den marxistischen Klassenkampf zu beenden. Dieser Kampf wurde unter das Schlagwort *Volksgemeinschaft* gestellt. Aber das war keine Erfindung der NSDAP, sondern wurde bereits in der *Burschenschaft* und im *Wandervogel* vor 1914 zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes benutzt. Wie sicher sich die bolschewistisch geprägte Linke ihres Sieges wähnte, wurde deutlich, als am 30.8.1932 die kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin als Alterspräsidentin in ihrer Eröffnungsrede des Reichstages die Hoffnung aussprach, an dieser Stelle bald den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands eröffnen zu können. Der Auffassung der Nationalsozialisten nach hatte das gesamte bürgerliche Lager den totalen Machtanspruch der Kommunisten völlig unterschätzt und bei der geistigen und politischen Überwindung dieses international organisierten politischen Feindes bereits im Kaiserreich versagt, womit sich die bürgerlichen Parteien an dessen Untergang in hohem Maße mitschuldig gemacht hatten.

Bereits Anfang 1919 hatte die KPD nach russischem Vorbild und mit russischer Hilfe an verschiedenen Stellen des Reiches Revolutionen angezettelt, die von der Reichswehr niedergekämpft werden mußten, allein jene vom März in Berlin mit etwa 1 200 Toten. Bei der Niederwerfung des Spartakistenauf-

standes wurden am 14.01. in Berlin zwei der herausragendsten und militantesten Führer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gefangen genommen und ohne Verfahren erschossen. Die von den deutschen Kommunisten tatsächlich ausgehende Gefahr wird in einem Brief Stalins deutlich, der am 10.10.1923 in der *Roten Fahne* abgedruckt wurde: ***„Die kommende Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und Amerika eine größere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg des deutschen Proletariats wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution aus Moskau nach Berlin versetzen."*** Diese Revolution, von der Stalin hier spricht und die man in Sowjetrußland allgemein erwartete, wurde vor allem durch die *Komintern* vorbereitet, die u. a. besondere Kaderorganisationen der Roten Armee aufstellen ließ.

Von November 1918 bis Ende 1923 fanden mehr als 20 kommunistische Revolten und Aufstände statt, die alle von der Reichswehr und den Freikorps niedergeschlagen wurden. Die wichtigsten nach 1918 waren:

Januar 1919 in Berlin	mit	156 Toten
März 1919 in Berlin	mit	1200 Toten
April 1919 in München	mit	715 Toten
März 1920 im Ruhrgebiet und im Vogtland	mit	3 000 Toten
Herbst 1923 in Hamburg und in Mitteldeutschland	mit	108 Toten.

Daß der Kapp-Putsch 1920 in Berlin und der Putsch von Hitler und Ludendorff am 9.11.1923 eine ungleich geringere Gefahr für den deutschen Staat darstellten als die kommunistische Revolution und jeweils nicht mehr als 20 Tote (G. Franz-Willing 1975) forderten, wird heute häufig übersehen.

Es kämpften die alten Soldaten in den Freikorps in Berlin, Sachsen und Bayern gegen den roten Terror, am Annaberg in Schlesien gegen Poleneinfälle sowie außerhalb des Reichs in den baltischen Staaten und in Finnland gegen den Bolschewismus. Im Inneren kämpfte neben Reichswehr und Polizei die SA, die sich anfangs aus alten Soldaten rekrutierte, gegen den Herrschaftsanspruch des Marxismus. Dieser Kampf gegen die kommunistische Herrschaft auf den Straßen, die ja zum inneren Zusammenbruch des Kaiserreichs geführt hatte, war unerbittlich und wurde nur durch große Zähigkeit, Opferbereitschaft und großen Idealismus gewonnen. Die bürgerlichen Parteien standen bar jeden Willens zum Handeln abseits.

Dazu aus einem Brief von Rudolf Heß vom 15.4.1927: „... *Man vergesse gefälligst die Vorfalle bei dem stets nur ganz kurzen Aufflackern des Bolschewismus bei uns nicht; den zwischen Pferden zerissenen Fliegerhauptmann in Hamburg, die Geißelerschießungen in München ... Erst dieser Tage wurden einem unserer Kameraden vor dem Abschlachten mit Glasscherben die Au-*

gen ausgeschnitten. Aber davon liest man natürlich in den Zeitungen nichts! Es handelt sich ja nur um uns, die wir neuerdings ja ohnehin durchschnittlich zwei Tote im Monat haben und ein paar Schwerverletzte ... Das Bürgertum hat im Kampf gegen die volkszersetzenden Kräfte restlos versagt ...Es könnte selbst daran zugrunde gehen - wie in Rußland ... Tausende und Zehntausende unter uns opfern ihr Letztes in einem bitterernsten Kampf für die ganze Nation, sie geben ihren letzten Groschen, opfern ihre Nächte, sind bereit, zu Krüppeln geschlagen zu werden, alle Augenblicke sehen sie ein neues Todesopfer ..." (R.-Hess-Gesellsch., *Dokumentation* Nr. 5). Der SA standen mindestens zwei paramilitärische Organisationen der Linken gegenüber, das Reichsbanner und der Rotfrontkämpferbund, der 1928 130 000 Mann stark war und von Ernst Thälmann geführt wurde. Praktisch herrschte ein permanenter Bürgerkrieg, wobei die SA bedeutend höhere eigene Verluste als die andere Seite hatte (bis 1933 etwa 40 000 Verletzte und 400 Tote). Der Höhepunkt dieses Bürgerkrieges war der Blutsonntag von Altona am 17.7.1932. Es fand ein polizeilich genehmigter Aufmarsch auf vorgezeichnetem Marschweg unter Polizeischutz statt. Der Marschweg wurde bekannt und die Roten postierten Heckenschützen auf den Dächern. Die SA und die HJ waren unbewaffnet.[14] Es gab mindestens 18 Tote und mehr als 100 Verletzte. Die wahre Zahl der Opfer ist bis heute nicht bekannt, da die Roten ihre Verluste heimlich beiseite schafften. Die Polizei mußte jedes Haus einzeln stürmen. Nach einer Statistik des Preußischen Innenministeriums vom 5.8.1932 gab es vom 1.6. bis 20.7.1932 in Preußen außer Berlin 322 politische Terrorakte mit 72 Toten und 497 Schwerverletzten; Angreifer waren in 203 Fällen Angehörige der KPD, in 75 Fällen Angehörige der NSDAP und in 21 Fällen Angehörige des Reichsbanners (H. Bernhardt 1988, S. 76). Eine der unmittelbaren Folgen dieser Auseinandersetzungen war, daß die NSDAP bei der Reichstagswahl am 31.7.1932 von den 608 Sitzen des Reichstages 230 gegenüber 107 zur Wahl von 1930 erreichte.

1932 urteilte Theodor Heuß, Professor an der Deutschen Hochschule für Politik, Reichstagsabgeordneter und ab 1949 erster Bundespräsident der Bundesrepublik über Hitler: *„Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München sondern Versailles* (S. 55). *...Er* [Hitler] *war in der Nacht vom 8. zum 9. November* [1923] *eine deutsche Gestalt geworden ... Und niemand kann der Unverdrossenheit des Mannes die Anerkennung versagen, der, von der Festung entlassen, sorgfältig, zäh, bewußt aus den Scherben ein neues Gefäß zu fügen unternahm und verstand* (S. 5). ... *Wie muß es um die-*

---

[14] Anm.: *„In der alten Kampf-SA hatten wir eine hervorragende Disziplin. Jede Verteidigungswaffe war uns streng verboten. Geschult wurden wir nur in der Abwehr von Messerangriffen mit bloßen Händen "* (Persönl. Mitt. eines SA-Mitgliedes).

sen Staat bestellt sein, der in den Worten eines Redners Gefahr wittert! ... Jeden Pazifisten, jeden Kommunisten ließ man reden, Ausländer darunter, denen Takt und Geschmack fehlten - aber für diesen einen Mann, dessen lautere Beweggründe nicht in Frage gestellt waren, gab es offenbar die Grundrechte der Verfassung nicht (S. 12). ... *Natürlich würde man Hitlers Leistung nicht völlig gerecht, wollte man in ihm nur den großen, unermüdlichen Organisator sehen. Er hat auch Seelen in Bewegung gesetzt und einen zu Opfern und Hingabe bereiten Enthusiasmus an sein Auftreten gefesselt* (S. 119). ... *Seit es die SA gab, Aufzüge, Umzüge, von frischen, jungen Menschen in guter Haltung, war die Sorge, ein Erbe Eisners oder Levines könne wiederkehren, ziemlich gebannt* (S. 8). ... *Das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung, und das ist vielleicht ihre seelisch stärkste Seite, liegt darin, daß sie Klassen- und Standesscheidungen, Berufs- und Bildungsgegensätze in ihrem großen Rhythmus überwinden konnte* (S. 58). ... *Hier handelt es sich ...um die Abwendung von der materialistischen Weltanschauung schlechthin. Man will schon einen Sozialismus, aber ... einen anderen sittlich, religiös, national bestimmten* (S. 79). ... *Der Marxismus erscheint dann als die (jüdische) Erfindung, die mit ihrer mechanistischen Grundauffassung den Weg des Kapitalismus nur erleichtert und dabei das Proletariat, indem es in die Isolierung des Klassenkampfes eingekapselt wurde, von dem gemeinsamen Volksbewußtsein getrennt habe* (S. 76). ... *Man spürt mit guten Gründen die geistesgeschichtlich gleiche Wurzel der kapitalistischen und marxistischen Entfaltung"* (S. 80; Th. Heuß 1932).

Dieser erstaunliche sozial-revolutionäre Impuls, der zu jener Zeit von der nationalsozialistischen Bewegung ausging, wird uns von zwei weiteren deutschen Persönlichkeiten bestätigt, die man sich gegensätzlicher kaum denken kann: von dem ehemaligen kaiserlichen General E. Ludendorff und dem bürgerlichen Schriftsteller Thomas Mann. Thomas Mann vermerkt:

„Man soll nicht vergessen, und sich nicht ausreden lassen, daß der Nationalsozialismus eine enthusiastische, funkensprühende Revolution, eine Volksbewegung mit einer ungeheuren seelischen Investierung von Glauben und Begeisterung war" (Th. Mann, *Tagebucheintragung* vom 17.7.1944).

Während des Prozesses zum Putsch vom 9.11.1923 führte Ludendorff in seiner Verteidigungsrede am 19.2.1924 aus: *„Ich lernte dann Herrn Hitler kennen, wie er noch nicht der bekannte Mann war. Ich beobachtete in stillen Aussprachen sein Wachsen. Er verstand es, der völkischen Bewegung den Inhalt zu geben, den das Volk instinktiv begriff: hier ist etwas Sittlich-Hohes, von dem Rettung kommen kann"* (E. Ludendorff 1937, 1996, Viöl, S. 130). Ab 1925 begann Ludendorff allerdings, sein Urteil über Hitler zu revidieren, nach 1929 verurteilte er Hitler aufs schärfste, in verschiedenen Schriften und zahllosen Aufsätzen seiner Zeitung *Volkswarte*.

Zu der Behauptung der Finanzierung Hitlers durch Sidney Warburg wurde 1949 vom Chef des Hauses Warburg klargestellt, daß es einen Sidney Warburg nicht gab und es sich um Fälschungen handelte. Auch bei dem Treffen bei Freiherrn von Schröder am 4.1.1932 wurde über Hitlers Finanzierung nicht gesprochen (F. v. Papen 1952, S. 257 f.). „*Schröder, Thyssen und andere mögen Beiträge* [zu den Lippe-Wahlen] *gezahlt haben, obwohl es völlig unglaubwürdig erscheint, daß dabei der Betrag von 200 Millionen RM eingekommen sei"* (v. Papen, 1952, S. 257 f.).

Die Wahl des Reichspräsidenten 1932 brachte im 2. Wahlgang die Entscheidung für Hindenburg. Das Wahlergebnis (Stimmen des 1. Wahlganges in Klammern):

v. Hindenburg	19,35 (18,65) Mio.
Hitler	13,41 (11,33) Mio.
Thälmann	3,70 (5,97) Mio.

Das Wahlergebnis zeigte, neben der weitgehenden Zustimmung, auf die Hitler inzwischen stieß, auch die nicht zu unterschätzende Gefahr, die von den durch Thälmann geführten Kommunisten ausging.

Da der Zentrums-Politiker Brüning eine Erweiterung seiner Regierung um Abgeordnete der NSDAP, die inzwischen die stärkste Partei geworden war, ausschloß, trat das Kabinett Brüning am 31.5.1932 geschlossen zurück. Danach berief v. Hindenburg erst v. Papen zum Reichskanzler, dem bald das Kabinett v. Schleicher folgte, der jedoch auch bald wieder das Vertrauen des Reichspräsidenten verlor. Unter der Parole „ *Berlin bleibt rot"* fanden Mitte Januar 1933 gewaltige Aufmärsche der Sozialdemokraten und der Kommunisten statt. Nach Mitteilung von Zeitzeugen standen im Januar 1933 60 000 gut ausgebildete Kommunisten und 100 000 Mann der Eisernen Front für eine Revolution bereit. Es gelang v. Papen, Hindenburgs Zustimmung zu einer Regierung mit Kanzler Hitler, Vizekanzler v. Papen und nur zwei weiteren Ministern aus der NSDAP als letzte legale Möglichkeit der Regierungsbildung zu erlangen. Noch früh am 30.1.1933 versuchte Schleicher diesen Plan mit dem Angebot an Hitler, Hindenburg zu verhaften, zu durchkreuzen. Hitler antwortete, er könne seine Regierung nicht mit einem Militärputsch beginnen und benachrichtigte sofort den Reichspräsidenten. Dieser ernannte am 30.1.1933 nach den Vorschlägen v. Papens Hitler zum Reichskanzler (G. Krogmann 1976).

Lord Rothermere, ein britischer Zeitungskönig, jüdischer Herkunft und Bruder von Lord Northcliffe, mit dem er während des Ersten Weltkrieges maßgebend an der Pressehetze gegen Deutschland beteiligt war, beurteilte den völlig legalen Regierungswechsel am 30.1.1933 aus zeitlichem Abstand: „ *Von allen historischen Wandlungen unserer Zeit war dieser Umsturz Deutschlands unter Hitler der rascheste, vollständigste und bedeutsamste. Das deutsche Volk*

ist von der Stimmung eines Kreuzzuges beseelt ...Es wäre fruchtlos und ungerecht, diese Wiedergeburt des deutschen Geistes zu beklagen ... Für Deutschland ist es eine Gunst des Schicksals, seinen Führer gefunden zu haben, der alle jungen Kräfte des Landes zusammenzuschließen vermag " (Berliner Tageblatt, 10.7.1933).

5 Die Zerstörung der Wertordnung nach den Weltkriegen

Vor mehr als 20 Jahren beklagte der Dichter Franz von Unruh: *„Ich klage um Deutschland, weil es seine Herkunft vergißt, um jenes Deutschland, wo ein Wort noch ein Wort, Recht Recht, Treue Treue, Verrat Verrat war, wo Korruption und Opportunismus verächtlich war. Wo Pflicht höher stand als Genuß. Ich klage nicht um ein erträumtes, nie dagewesenes Land, sondern ein Miterlebtes, was im Kaiserreich, der Weimarer Republik und trotz allem im Dritten Reich und danach noch vorhanden war und erst jetzt, Jahr um Jahr entschwindet."*

Bismarck hielt den Abgeordneten der SPD bereits 1878 in seiner Reichstagsrede zum Sozialistengesetz prophetisch vor: *„ Wenn Sie den Leuten bisher glänzende Versprechungen machen, mit Hohn und Spott alles, was ihnen heilig gewesen ist, als eine Lüge darstellen, den Glauben an Gott, den Glauben an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, an Familie, Besitz, Vererbung alles dessen, was sie erwerben, wenn Sie ihnen das alles nehmen ..., daß er schließlich mit Faust spricht: Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben ... Was bleibt denn einem solchen Menschen übrig als die wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen ... Wenn wir unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren wollen, dann verliert jede Gesellschaft ihren Wert"* (G. Franz-Willing 1991, S. 11).

Was Bismarck vorausgeahnt hatte, trat mit der zunehmenden Ausbreitung liberalistischer und marxistischer Strömungen ein. Der ethische Kodex der vorwilhelminischen Zeit wurde ausgehöhlt, der Lächerlichkeit preisgegeben und aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. Die Zerstörung der Gesellschaft wurde zum Programm: ***„So besteht die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt: was war, muß weg. Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiet***

der Kapitalismus, auf dem politisch-geistigen die Demokratie" (Nahum Goldmann 1915). Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, sieht sich auf der internationalen Sozialistenkonferenz 1921 in der Niederlage von 1918 ideologisch bestätigt: *„Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt" {Protokolle d. Intern. Sozialistenkonf. Wien 1921,* A. Gerlach 1939, S. 24, 25). Aus anderen wie Viktor Adler, Psychiater, über 30 Jahre erster Vorsitzender der österreichischen sozialdemokratischen Partei, spricht der blanke Haß: Das Habsburgerreich *„werde auf dem Schindanger der Weltgeschichte verrecken" (.Der Sozialdemokrat,* Wien 14, 1932, Nr. 6, S. 6). Und dieser Haß richtet sich wie bei dem österreichischen sozialdemokratischen Parteitheoretiker Josef Strasser letztlich gegen alles Deutsche: „ ***Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen"*** (J. Strasser, *Arbeiter und Nation,* Reichenberg 1912, S. 46 u. 60). Die gleiche Geisteshaltung beherrschte die deutsche Sozialdemokratie, z. B. äußerte der Reichstagsabgeordnete A. Crispien: *„ Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt. Unser Vaterland ist die Erde, das Proletariat"* (H. Bernhardt 1988, S. 53).

Während nach Kriegsende die große Masse des deutschen Volkes, das Rathenau vernichtet sehen wollte, hungerte, blühte in Deutschland ein Literatentum auf, das sich antimilitaristisch gab und die soldatischen wie die nationalen Tugenden verächtlich machte, dabei aber die Auflösung jeder Ordnung im Sinn hatte und das Bild einer von sittlicher Enthemmung und krassem Materialismus geprägten Gesellschaft zeichnete.

„Einer der erfolgreichsten Literaten dieser Zeit schrieb in einem, den Müttern gewidmeten Gedicht: 'Schiebt eure feisten Bäuche über Gräber hin und kalbt'" (H. Splittgerber 1960, S. 10), und Kurt Tucholski schrieb *„Das Land, das ich angeblich verrate, ist nicht mein Land, dieser Staat ist nicht mein Staat, diese Rechtsordnung ist nicht meine Rechtsordnung" (Hammer Nr. 597, 1927).*

In der Weimarer Republik bildete sich ein Nährboden für Schieber- und Spekulantentum, wie es bis dahin in Deutschland unvorstellbar gewesen war. Dessen Verfilzung mit der Politik und hier vor allem mit den Linksparteien führte zu einem Skandal nach dem anderen. Da waren die kurz nach 1918 aus dem Osten eingewanderten Brüder Sklarek. Sie gründeten eine Firma, erhielten das Liefermonopol für Textilien an die Stadt Berlin und statteten das Reichsbanner mit Uniformen aus. Als die Brüder Sklarek im September 1929 verhaftet wurden, lagen der Berliner Stadtbank fingierte Rechnungen in Höhe von 18 Millionen RM vor. Es stellte sich heraus, daß die Sklareks den Berli-

ner Oberbürgermeister bestochen hatten. Er erhielt ein Disziplinarverfahren und wurde entlassen.

Ein anderer, weithin bekannter Skandal entwickelte sich um die Person des Judko Barmat, Sohn eines Rabbiners aus Petrikow, der von zwei Spitzenfunktionären der SPD, Otto Wels und Hermann Müller, im Mai 1919 aus Holland nach Berlin geholt worden war. Barmat hatte zu erkennen gegeben, daß er Einfluß auf die Friedensverhandlungen von Versailles habe. In Berlin verdiente er hervorragend als Inflationsschieber und am Verkauf von Heeresgut, nachdem es ihm gelungen war, den Reichspostminister Dr. Höfle, der deshalb am Tage der Verhaftung von Barmat, am 31.12.1924, Selbstmord beging, den Reichskanzler a.D. Bauer und den Berliner Polizeipräsidenten zu bestechen. Unterstützung durch einflußreiche Parlamentarier öffnete ihm das Tor zu Kreditgeschäften, bei denen er die Preußische Staatsbank und andere Banken um 39 Millionen Goldmark (heute ca. 500 Mill. DM) betrog. Die von der SPD gestellte Preußische Staatsregierung vermochte den Prozeß bis ins Jahr 1927 zu verschleppen, und diese drei Jahre reichten aus, um jene beiden aufrechten Staatsanwälte aus dem Staatsdienst zu entfernen, von denen die Voruntersuchungen geführt worden waren. Barmat wurde schließlich am 30.3.1928 nach 199 Verhandlungstagen von Landgerichtsdirektor Neumann *„wegen aktiver Bestechung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 11 Monaten verurteilt, wovon 5 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt sind. Im übrigen wird er freigesprochen "* (G. Zarnow 1930, S. 65).

Die *Schlesische Zeitung* schrieb dazu am 2.7.1926: ***„Es gibt heute Verbrechen gegen die Allgemeinheit, deren Ahndung sich mit Rücksicht auf die ziffernmäßig stärkste Partei der Sozialdemokratie verbietet... Wir sind hier an einem Punkt neudeutscher Rechtspflege angelangt, den der Laie gewiß nie wo anders als in einem tiefen Sumpf suchen würde ... wohl aber interessieren die Fäden, die zwischen ihm*** [Barmat] ***und den Genossen in hohen und höchsten Staatsstellungen hin und her gegangen sind."*** In den großen Städten konnten regelrechte Verbrechervereine entstehen. Der Verfall der Rechtsordnung war nicht mehr übersehbar.

Derartige Zustände wurden erst in den letzten 10 bis 15 Jahren in der BRD wieder erreicht mit Parteispendenaffären (Herkunft der Gelder aus dem Ausland?), Entgegennahme von Vergünstigungen durch höchste Politiker im Amt, Verschleuderung von Industriebetrieben an das Ausland mit Entgegennahme von Schmiergeldern in Höhe von vielen Millionen von DM und anschließenden systematischen Aktenvernichtungen im Bundeskanzleramt dazu.

Die Revolution von 1918 hatte Verhältnisse eingeleitet, die heute gern als die *„goldenen 20er Jahre"* angesehen werden, aber eine der Ursachen, wenn nicht sogar die Hauptursache dafür waren, daß die Weimarer Republik von immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung abgelehnt wurde und scheiter-

te. Sie waren zweifellos auch die Hauptursache dafür, daß die mit dem Friedensdiktat übergestülpte Demokratie nach westlichem Muster von immer mehr Bürgern für untauglich gehalten wurde, die großen nationalen Aufgaben zu meistern, und so waren sie letztlich auch die Hauptursache dafür, daß die reale Gefahr einer kommunistischen Diktatur entstehen konnte. Hitler wurde gewählt, weil er als *„Herkules das Ausmisten des Augiasstalles"* versprach (G. Zamow 1930, S. 69). Die freiwillige Selbstauflösung der Parteien nach 1933 war ein Zeichen dafür, daß keine Alternative mehr gesehen wurde.

„Das Ausmisten des Augiasstalles" hat in wenigen Jahren nach dem Machtantritt Hitlers dann auch tatsächlich zu einem völligen Umschwung der Verhältnisse geführt: die Kriminalität war zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Bundesrepublik auf ein Minimum gesunken - 1938 gab es etwa 355 000 Verbrechen und 468 Morde, 1996 hingegen 7 000 000 und 3 928 -, Abtreibung wie Prostitution gab es praktisch kaum noch und an Mafia, Drogenhandel und Drogenmißbrauch war nicht zu denken. Nach einem Besuch Deutschlands und Adolf Hitlers beschrieb der ehemalige Kriegspremier Lloyd George seinen Eindruck am 17.9.1936 im Daily Express: *„Mit Recht hat Hitler in Nürnberg erklärt, seine Bewegung habe in 4 Jahren ein neues Deutschland geschaffen. Es ist nicht mehr das Deutschland des 1. Jahrzehnts nach dem Kriege, gebrochen, mutlos und niedergebeugt in Sorge und Ohnmacht. Es ist jetzt voller Hoffnung und Vertrauen, voll eines neuen Gefühls der Entschlossenheit, sein eigenes Leben ohne jede Einmischung fremder Einflüsse zu führen. Zum ersten Male nach dem Kriege herrscht ein allgemeines Gefühl der Sicherheit. Die Menschen sind fröhlicher. Über das ganze Land verbreitet sich die Stimmung allgemeiner Freude. Es ist ein glücklicheres Deutschland. Überall habe ich das gesehen, und Engländer, die ich während meiner Reise traf und Deutschland gut kannten, waren von dem Wandel sehr beeindruckt. Dieses Wunder hat ein Mann vollbracht... Eine magnetische, dynamische Persönlichkeit mit einer ehrlichen Absicht... An seiner Popularität, vor allem unter der deutschen Jugend besteht kein Zweifel ...Es ist die Verehrung eines Nationalhelden, der sein Volk aus völliger Hoffnungslosigkeit und Erniedrigung gerettet hat."*

Daß der Nationalsozialismus die inneren Verhältnisse Deutschlands autoritär prägte, darf über dem positiven äußeren Bild, das Lloyd George hier im Jahr der Olympiade zeichnete, nicht vergessen werden, aber anders waren die Verhältnisse damals wohl nicht zu ändern. Das wurde vom größten Teil der Deutschen so gesehen - anders sind die Wahlergebnisse nicht erklärbar.

Die scharfe Trennung zwischen dem Dienst am Staat als Minister, Beamter und Abgeordneter einerseits und privater Geschäftstätigkeit andererseits ist seit dem Bestehen der Bundesrepublik aufgehoben. Heute sind die Hälfte der Bundestagsabgeordneten Aufsichtsratsmitglieder mit zusätzlichem fettem Ein-

kommen. Die Bestechung von Abgeordneten ist seit 1953 nicht mehr strafbar. Die Abgeordneten setzen ihre Bezüge selbst fest. Die vielen offenkundigen Fälle von Amtsmißbrauch zugunsten der eigenen Schatullen (Lafontaine, Lambsdorff, Möllemann, Süßmuth, Schwaetzer u. v. a. m.) veranlaßten Hoggan schon vor mehr als einem Jahrzehnt zu der Feststellung: *„Der skandalöse Zustand politischer Demoralisierung in fast ganz Westdeutschland und der nahezu vollständige Verlust von Anstand und Sauberkeit hat sich in den letzten drei Jahrzehnten noch um ein Vielfaches verschlimmert"* (D. Hoggan 1984, S. 99).

Die Anzeichen nehmen zu, daß die Sitten heute wieder auf eine beängstigende Art und Weise verkommen. Die Kultusministerin von Niedersachsen, Frau Schuchardt (SPD), ließ 1991 in Hannover ein Denkmal für den dort 1925 hingerichteten Massenmörder Haarmann errichten (*Nation und Europa* 42, 1992, H. 2) („ *Warte, warte noch ein Weilchen, dann kommt Haarmann auch zu Dir ...* "). Daß ein bereits wegen einiger schwerer Verbrechen Verurteilter mit *„Lieber Hugo ..."* angeredet wird, besagt in der Unterwelt nichts, steht derjenige jedoch unter Mordverdacht und schreibt ihm so der Fraktionsvorsitzende der SPD im saarländischen Landtag, dann ist das zumindest befremdlich. Nimmt zudem der saarländische Ministerpräsident Oscar Lafontaine einen von dessen Komplizen zum Leibwächter *(Münchener Merkur,* 18.1.93), so erhebt sich schon die Frage, wie sich das mit den damals erklärten Neigungen Lafontaines verträgt, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Aber das, so sagte uns Björn Engholm, damals Bundesvorsitzender der SPD, dürfe man nicht so *„kleinkariert" (Münchener Merkur,* 19.1.93) sehen. Schließlich sei die Bundesrepublik ein Rechtsstaat - und noch dazu der freieste, den es je auf deutschem Boden gab. So wendet sich die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) in einer Situation, wo die Belastung der Bevölkerung durch das um sich greifende Scheinasylantentum immer spürbarer wird (Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, *FAZ* v. 2.11.1988: *„Ich kann nicht einsehen, warum Ausländer, die in der Bundesrepublik wohnen, arbeiten und sich integrieren, ... eine Gefahr für uns bedeuten sollen ... Für ein Land in der Mitte Europas ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance. Deshalb müssen wir unser Land offen halten für Ausländer ...* "), gegen Einschränkungen des Asylgrundrechtes und fordert Steuervorteile für homosexuelle Paare *(Münchener Merkur,* 8.7.1991). Offensichtlich hat dann die Erkenntnis, daß solche Neigungen bei der Jugend erst einmal durch genaue Anleitung herausgebildet werden müssen, den Mainzer Sozialminister U. Galle (SPD) veranlaßt, eine Aufklärungsschrift für Schüler unter dem Titel *Let's talk about Sex* erstellen zu lassen, die das Erfordernis der Aids-Verhütung mit den Möglichkeiten einer instruktiven Zusammenstellung extremer sexueller Praktiken verbindet. Was tut es da, wenn diese von den Eltern als obszön und pervers

empfunden werden: *„Die Eltern sollen ruhig aufschreien ... Schwulsein ist schön ..." (MAZ,* 31.12.1993). Schließlich war gerade erst die Ehe durch den amtierenden Familiensenator von Berlin, Th. Krüger (SPD), neu definiert worden: *„Ehe für Homosexuelle. Es gibt keinen Grund, Lesben und Schwule zu hindern, die Rechte und Pflichten von Ehepartnern zu übernehmen " {Münchener Merkur,* 4.4.1992). Hier wird endgültig die traditionelle Vorstellung von Familie zerstört, die im Kind das höchste Ziel sieht, und für die Fortexistenz unseres Volkes unverzichtbar ist.

Auch die Abkehr vom Schuldprinzip im Scheidungsrecht zugunsten des Zerrüttungsprinzips war liberalistischer *„Fortschritt"* mit Emporschnellen der Scheidungsraten, ist familienzerstörend und volkszerstörend und hat zur Folge, daß die Scheidungsrichter nicht mehr die Familie als Halt und Vermittler positiver Werte betrachten. Daß sich unsere Politiker dieser Problematik nicht bewußt sind, zeigen ihre vielen Zweit-, Dritt- und sogar Viertfrauen (im Dritten Reich als *„bevölkerungspolitische Blindgänger"* vom Volksmund genannt).

Wenn dann andererseits Abtreibung mit mehr als 250 000 Fällen pro Jahr, wie sie u. a. von der Familienberatungsorganisation *Pro Familia* (diese Organisation wird von der *Rockefeller Foundation* sowie von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich mit 15 Millionen DM gefordert, laut *Der Schlesier,* 27.1.1989) unterstützt wird, maßgeblich an dem seit Ende der sechziger Jahre dramatisch zunehmenden Geburtenrückgang beteiligt ist, muß man von Autogenozid und Autoethnozid sprechen. Dazu M. Stange (M. Stange, *Der stumme Schrei,* München 1992): *„Es ekelt mich an, mit welcher Gelassenheit die Bonzen in Bonn jeden Tag dem Töten von Kindern zusehen, nur weil sie um ihre Diäten nach der nächsten Wahl fürchten. Es widert mich an, mit welcher Verlogenheit Journalisten das Geschäft mit dem Kindertod vorbereiten. "* Der bayerische Rundfunk stellte am 14.3.1986 die polemische, aber doch von tiefer Sorge erfüllte Frage: Sterben die Deutschen aus? Frau Renate Schmidt (SPD) antwortete darauf: *„Die Frage, die Sie hier stellen, das ist für mich eine, die ich an allerletzte Stelle setze, weil dieses ist mir, also wie sie hier gestellt ist, verhältnismäßig wurscht."*

Das gängige Wort, mit dem man heute tiefgreifende Veränderungen auf allen Feldern der Kultur beschreibt, ist *„ Wertewandel".* Wenn ein Kunstprofessor die Kreuzigung von Schweinen malt, ist das seine Sache. Wird er aber zum Akademiedirektor berufen, ist das eine Folge des Wertewandels. Daß ein Mann mit seinem Kot herumwirft, war bisher unüblich. Wird das jedoch als Schauspiel auf einer großen Bühne inszeniert, war das bisher eine Schweinerei. In dieser Hinsicht bisher das Höchste bot der *„Aktionskünstler"* Nitsch in seinem *„Festival"* von 1998, bei dem dieser nach Spitzwegmanier mit Zipfelmütze und Pfeife zwischen nackten Mädchen spazierenging, die mit noch dampfenden Eingeweiden frisch geschlachteter Schweine behängt waren. Die Krone

der Verkommenheit war jedoch, daß eine als seriös angesehene Zeitung wie ***Die Welt*** es fertigbrachte, von Nitschs ***„Kunst"*** ernsthaft durch einen bischöflich katholischen Museumsdirektor berichten zu lassen. - Im Dritten Reich blieb die Öffentlichkeit von Derartigem verschont. -

Die Revolutionäre von 1968 zogen mit Adorno- und Marcuse-Spruchbändern durch die Straßen und kopulierten dabei. Als die bayerische Landesregierung vergeblich versuchte, derartige Demonstrationen zu verhindern, setzte sie sich ins Unrecht, indem sie sich gegen den „Fortschritt" des Wertewandels stellte.

In der Entwicklung der Weimarer Republik und der Bundesrepublik fällt vor allem die Gemeinsamkeit ins Auge, daß es in beiden Republiken die sexuelle Enthemmung in allen denkbaren Spielarten ist, die unter dem gleichen scheinheiligen Vorwand der Befreiung des Individuums von konventionellen Zwängen auftritt, aber nichts anderes darstellt als die äußerlich sichtbare Begleiterscheinung innerer Zerstörungsprozesse. Die Revolutionäre von 1918 erhoben sofort Forderungen nach Freigabe von Abtreibung, Empfängnisverhütung, Prostitution, Ehescheidung und Homosexualität. Am 10.11.1918 fand vor dem Reichstag eine Riesenkundgebung der Revolution statt, auf der als Hauptredner Magnus Hirschfeld auftrat, der als exponierter Vorkämpfer der Homosexualität galt. Er gründete 1919 ein Institut für Sexualforschung, rief die ersten Sexgesellschaften ins Leben und trat bereits damals für die rechtliche Gleichstellung von Ehe und homosexuellen Partnerschaften ein.

Die unbestreitbare Tatsache, daß die kulturpolitischen Schichtungen und Bewegungen oberhalb der Masse der Bevölkerung - sichtbar werdend in dem, was man die öffentliche Meinung nennt - von einer Schicht von Linksintellektuellen verwaltet, manipuliert und gesteuert werden, deren Einfluß auf den inneren Zustand der Gesellschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, legt die Frage nach ihren geistigen Orientierungen und ihrer Steuerung nahe, denen Linksintellektuelle damals wie heute folgen und folgten. Marx hatte im kommunistischen Manifest das Ziel formuliert, die bestehenden Ordnungen zu zerstören: „... ***Die Aufhebung der Familie ... die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg ... Wir heben die trautesten Verhältnisse auf, in dem wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen ... Die Arbeiter haben kein Vaterland ... Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral..."*** (K. Marx 1969, S. 66 f.). In einem Interview, das er ***La Liberte*** am 28.9.1920 in Paris gab, zeigte sich Walter Rathenau von der zukünftigen Rolle der Linksintellektuellen als geistige Träger einer proletarischen Diktatur in Deutschland völlig überzeugt: „ ***die bolschewistische Idee ist durchaus lebensfähig ... Der Bolschewismus wird bei uns methodisch und organisiert sein, wie es das Kaisertum war. Jeder wird dort an seinem Platz stehen. Die Intellektuellen werden dabei die glü-***

hendsten Verfechter und sie werden es sein, die den Zukunftsstaat erbauen " *(F. Hasselbacher, III, 1941, S. 27).*

Gemeint ist hier der Typ des Linksintellektuellen, wie er die öffentliche Szene damals wie heute dominiert und wie ihn die Dichterin Gertrud Bäumer 1924 beschrieb: ***„Über dem furchtbaren inneren Kampf unseres vertrauenslosen, verzweifelten Volkes liegt wie eine unreine Wolke diese unechte, verantwortungslose, schwülstige Geistigkeit der 'Intellektuellen Sie schrekken vor keinem Radikalismus zurück, weil sie den Alltagsweg der Ideale nie durchgemacht haben; sie sind die Helden der unbedingten Forderung, weil die moralische Entrüstung ihnen Genuß ist Heute gibt es keinenübleren und zugleich bezeichnenderen Typus als diesen 'Intellektuellen den die Vergangenheit nicht kannte. "***

Als die marxistischen Leitbilder mit der Revolution von 1989 in der DDR zusammenbrachen, wurde die fragwürdige Rolle sichtbar, die die Linksintellektuellen in der Bundesrepublik gespielt hatten. Die Kritik setzte daran an, daß sie nicht beteiligt waren, und wurde von R. Zitelmann auf den Punkt gebracht: *„Die deutschen Intellektuellen teilen zwar den Hang zum Internationalismus mit denen anderer Länder — sie pflegen aber als Spezialität zugleich eine ihnen eigene Abscheu, die vor der eigenen Nation ... Ein Gutteil des Raumes der hoch- und halbintellektuellen Medien ist gefüllt mit dem Thema:* ***Wir mögen unser Volk nicht Unser Volk ist blöd und faschistoid"*** (Rezens. von P. Noak, *Deutschland, deine Intellektuellen, FAZ,* 15.7.1991, S. 12). So bleibt letztendlich doch wahr, was Heinrich Böll, mit Staatspreisen bedachter Dichter, Nobelpreisträger für Literatur, als Horizont der deutschen Linksintellektuellen sah: „... ***es bleibt nur das Eine, zersetzen, zersetzen, zersetzen. Zersetzen ist hier die einzige mögliche Form der Revolution "*** (Ulsamer 1987, S. 153).

In der geistigen Orientierung der Intellektuellen kommt der neomarxistischen Richtung besondere Bedeutung zu, die Mitte der zwanziger Jahre mit der sogenannten *Frankfurter Schule* entstand, in den sechziger Jahren stark an Bedeutung gewann und immer noch den Ton der Medien bestimmt. Mit dem „Marsch durch die Institutionen" ihrer Träger wird die Breitenwirkung immer größer und zeigt heute Auswirkungen auch in linken Schlagseiten von Gerichtsurteilen. Im Rahmen ihrer Theorien gelten Begriffe wie Ehe, Familie, Heimat, Vaterland als ebenso reaktionär wie Ehre, Treue, Liebe, Gehorsam, Ehrlichkeit (C. Franz-Willing 1991, S. 42 ff.). Reste positiver Ethik gelten heute als „Sekundärtugenden".

Vor dem Krieg trat die *Frankfurter Schule* öffentlich nur wenig in Erscheinung, mußte 1933 emigrieren und erhielt Lehrstühle an der Columbiauniversität. Ihr Zentrum, das *Institut für Sozialforschung,* hatte aber weitverzweigte Verbindungen zu linksliberalen und antifaschistischen bürgerlichen Kreisen bis hin zu marxistisch-revolutionären Gruppierungen, was nach dem Krieg

und der von der US-Besatzungsmacht in die Wege geleiteten Rückkehr ihrer führenden Köpfe aus den USA bei der Besetzung der wichtigsten Posten in den Lizenzzeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten eine Rolle spielte. Sie wurde offiziell anerkannt und wandte sich zunehmend der Zeitdiagnose zu, ihre Popularität - die weithin von den Medien manipuliert und vorgetäuscht ist - wuchs bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein an. Vor allem sie hat die ideologischen Grundlagen für die Studentenbewegung dieser Jahre geliefert, deren revolutionäres Idol Marcuse war.

In den öffentlich-rechtlichen Medien als auch der Rechtsprechung wie den Universitäten haben sich heute diese Linksintellektuellen eingenistet, die einst auszogen, die Grundlagen der staatlichen Ordnung zu zerstören. Die Folgen sind überall zu spüren.

Die Herausbildung der *Frankfurter Schule* beginnt schon 1922 mit dem Zusammenschluß einer Gruppe Linksintellektueller zur „ *ersten marxistischen Arbeitswoche"*. Diese Gruppe, zu der auch der spätere Meisterspion Stalins an der Deutschen Botschaft in Tokio, Richard Sorge, gehörte, stand der psychoanalytischen Bewegung Sigmund Freuds nahe, zu dessen damaligen Schülern Austromarxisten wie G. Eckstein, Max und Friedrich Adler (F. Adler hatte 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgk ermordet), Otto Sauer (führend in der ÖSP), Hilferding (SPD) u. a. gehörten. Freuds Theorien gelten heute als weitgehend überholt (Eysenck, *Sigmund Freud, Niedergang und Ende der Psychoanalyse*, München 1985), seine Ideen wirken aber sowohl im freudistisch-biologisierenden Anthropologismus Marcuses wie in der pragmatisch-psychoanalytischen Wissenssoziologie von Habermas fort.

Begründer und langjähriges Haupt der *Frankfurter Schule* war Max Horkheimer, der im Jahre 1930 die Leitung des 1923 an der Universität Frankfurt gegründeten *Frankfurter Instituts für Sozialforschung* übernahm, an dem Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno, F. Pollock, L. Löwenthal, Erich Fromm u. a. mitarbeiteten.

In den dreißiger Jahren entstand die „kritische Theorie", nach der es nicht möglich ist, positive Werte zu entwickeln. Ähnlich wie K. Marx formulierten sie: *„ Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die zentrale reaktionäre Keimzelle die Familie sei"* (C. v. Schrenck-Notzing 1986, S. 118). Nach den von der *Frankfurter Schule* gesteuerten Revolten von 1968 und ihren geistigen Produkten lassen sich inhaltliche Verbindungslinien finden: Altes Testament-Talmud-Frankfurter Schule-68er-Revolten-ethische Verkommenheiten-derzeitige Entscheidungen in der Justiz bis zum Bundesverfassungsgericht. Auf einer Tagung des *American Jewish Congress* im Mai 1944 wurde Horkheimer mit der Leitung einer neuen Abteilung dieser Organisation für wissenschaftliche Forschung beauftragt, die sich besonders mit der kommenden Umerziehung des deutschen Volkes zu befassen hatte.

Jürgen Habermas, der letzte noch lebende Vertreter der *Frankfurter Schule,* bekannte sich im sogenannten *„Historikerstreit"* 1986/87 offen zu seiner ideologischen Beheimatung: *„Ich bin ein Produkt der re-education ...* ***Wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzige verläßliche Basis unserer Bindungen an den Westen"*** (R. Kosiek 1988, S. 69 u. 73).

Die ethischen Verkommenheiten, die sich nach 1918 und seit 1945 auf allen Gebieten ausgebreitet haben und mit der Umerziehung, ersonnen von den Hintergrundmächten, ausgeführt von den Besatzungsmächten und weitergeführt von deutschen Handlangern, sind die Folge der in den westlichen Demokratien herrschenden Ideologien des Liberalismus. Diese entstanden als Zwillingsbrüder des Marxismus aus der westlichen Aufklärung und sind in ähnlicher Weise wie der Marxismus wissenschaftlich falsch. Marxismus, Sozialismus und Kapitalismus sind nur scheinbar Gegensätze. Sie haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung, die genau besehen aber nur eine Scheinaufklärung ist. ***„Die massengesellschaftlichen Systeme des Kommunismus und Kapitalismus sind identisch, verankert in den Dogmen der Aufklärung eines ideologischen Liberalismus, in der seelischen Entwurzelung der Völker. Ethnozid beginnt mit dem Mischmasch der Nationalkulturen "*** (Solschenizyn).

Die größten Denker des 19. Jahrhunderts waren keine Vertreter dieser Richtungen. *„ Sie standen jenen Richtungen nahe, die man sich angewöhnt hat, unter dem Namen 'Faschismus' abzuheften* (Pankraz, *Junge Freiheit,* 20.10.2000), *„ wie den größten Lyriker Ezra Pound (dazu Weinheber), die größten Dichter Knut Hamsun und Gerhard Hauptmann, den größten Philosophen Martin Heidegger (dazu Nietzsche) und den größten Staatsrechtler Carl Schmitt"* (Pankraz, s. oben).

Ohne Kommentar soll hier Chruschtschow zitiert werden: *„Nicht der Mensch zählt, sondern der Dollar ... Kapitalbedarf und Profit stehen dort im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, nicht Menschen. Die herrschenden Schichten schildern den sogenannten American Way of Life als Modell für die 'Freie Welt'. Aber was für eine Freiheit ist das? Es ist die Freiheit auszubeuten ... die Freiheit zu verhungern, die Freiheit, arbeitslos zu werden ... — das bedeutet Freiheit für den Monopolkapitalismus, die arbeitenden Menschen zu unterdrücken, die Leute mit dem Zwei-Parteien-System an der Nase herumzuführen und ihren Partnern in den militärischen Blöcken den eigenen Willen aufzuzwingen. Eine solche Gesellschaft bereitet den Nährboden für Kriege "* (Chruschtschow 1992, S. 475). Chruschtschow im Juni 1960 bei einer Rede vor der UNO: *„Sie werden uns infolge ihrer sittlichen Verkommenheit wie eine reife Pflaume in den Schoß fallen. "*

Der Liberalismus beruht auf der durch Ethologie und Humanbiologie wi-

derlegten Milieutheorie mit einem falschen Freiheitsbegriff, mit Hemmungslosigkeit, Bindungslosigkeit und extremem Individualismus. Diese zersetzenden unwissenschaftlichen und humanwissenschaftlich falschen Ideologien stehen im Gegensatz zur deutschen Klassik, der deutschen Romantik und dem deutschen Idealismus, die deshalb aus den Schulen verschwanden. Sie liefern durch Abschaffung von Grenzen und Staaten die Völker der unbeschränkten Ausbeutung durch die internationale Hochfinanz aus, die an Kriegen so herrlich verdient, aber kein Interesse hat, bei immer weiter fortschreitender Rationalisierung für sinnvolle Beschäftigung der Menschen zu sorgen. Unter dem Stichwort „ *Globalisierung"* werden die Arbeitsplätze zur Gewinnmaximierung in Billiglohnländer verlagert, unter dem Stichwort „freier Markt" wird die Produktion und die Natur immer mehr dem Spekulanten- und Ausbeutertum ausgeliefert, und unter dem Stichwort „Privatisierung" wird Staats-, also Gemeinbesitz, der internationalen Hochfinanz ausgeliefert. Der in Deutschland bisher hochgeachtete Grundsatz aus dem Programm des südtiroler Bauernkriegsführers Michael Gaismair „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" wird in sein Gegenteil verkehrt. Der Maastrichtvertrag, der die europäischen Staaten dem Liberalismus und damit der Ausbeutung der internationalen Hochfinanz wieder Schritte näher bringt, soll bei den *Bilderbergern* erfunden worden sein, einem der Ausführungsorgane der Hochfinanz.

In diesem Kapitel wurden nur ausschnittweise die Äußerungen, Auswirkungen und zersetzenden Einflüsse dieser Ideologien angeführt. Die Verursacher, Nutznießer und Einpeitscher werden in Kap. 17 gekennzeichnet.

6 Deutschland und Mitteleuropa von 1933 bis 1938

Der Reichstag war nicht mehr arbeitsfähig. Hitler bat den Reichspräsidenten um Neuwahlen, die am 5.3.1933 stattfanden. Unmittelbar zuvor, am 27.2., steckte der holländische kommunistische Landstreicher Van der Lübbe, der inzwischen als Einzeltäter erkannt wurde, den Reichstag in Brand. Polizeiliche Ermittlungen hatten Hinweise auf geplante kommunistische Aufstände ergeben, ein direkter Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand wurde aber nie nachgewiesen. Umgekehrt verdächtigten die Kommunisten bis heute die SA, aber auch dieser Verdacht erwies sich als unbegründet. Bei einer Durchsuchung des Zentralsitzes der KPD im Liebknechthaus fand man eine Liste mit den Namen von Politikern, die bei einer kommunistischen Revolution liquidiert werden sollten (F. v. Papen 1952, S. 303). Der Kampf auf der Straße tobte weiter,

Aufrufe zum Generalstreik und zum offenen Kampf mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats wurden massenhaft verteilt, Plakate geklebt und Losungen auf die Hauswände gemalt. Ernst Thälmann sprach im Berliner Sportpalast und dieser Mann, auf dem die Hoffnungen der Weltrevolution ruhten, beschuldigte die Nationalsozialisten: *„Hitler, das bedeutet Krieg!"*. Das Ergebnis der Wahl, immerhin fielen 341 von 647 Sitzen des Reichstages an die NSDAP und die Deutschnationalen, bestätigte, daß ***„die Mehrzahl des deutschen Volkes in einer starken autoritären Staatsführung*** [die bis dahin nicht bestand, d. Verf.] ***die einzige Möglichkeit sah, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden"*** (O. Meissner 1950, S. 280). Bereits am 30.1.1933 hatten von Papen und Staatssekretär O. Meissner der Reichsregierung Vorschläge für ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt. Dieses *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat* wurde vom Reichstag am 23.3.1933 mit weit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, nur die SPD stimmte dagegen. Auch der erste Präsident der BRD, Prof. Heuß, stimmte zu. Das Gesetz übertrug die Zuständigkeit der Gesetzgebung für 4 Jahre neben dem Reichstag auf die Reichsregierung. Abgesehen von den Rechten des Reichspräsidenten und dem Bestehen von Reichstag und Reichsrat konnte die Reichsregierung von nun an Gesetze erlassen, und dies auch, wenn diese von der Verfassung abwichen.

Der Großteil der internationalen Presse reagierte unverhältnismäßig scharf auf den Regierungsantritt Hitlers und wandte sich nun voll gegen das Reich. Die damals auflagenstärkste Zeitung der Welt, der *Daily Express,* veröffentlichte am 24.3.1933 eine jüdische Kriegserklärung: ***„Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg ...*** *14 Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen ... in einem heiligen Krieg ... Ganz Israel in der gesamten Welt schließt sich zusammen, um den Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Deutschland zu erklären* ***...In Europa und Amerika sind Pläne zu einem Gegenschlag gegen das hitlerische Deutschland gereift"*** (Siehe Anhang A4; G. Franz-Willing 1991, S. 32). Die Veröffentlichung war von S. Untermeyer (vgl. Kap. 17.3) veranlaßt worden. Der wirtschaftliche Boykott wurde am Samstag, den 1.4.1933, mit einem Boykott der jüdischen Geschäfte von 10.00 bis 13.00 Uhr im Reich beantwortet.

Bereits im gleichen Jahr erfolgte durch Untermeyer als Präsident der *World Jewish Economic Federation* die zweite Kriegserklärung mit einem Aufruf zum *„Heiligen Krieg gegen Deutschland"*, am 5.8.1933 in einem Radiovortrag und am 7.8.1933 in der *New York Times* (H. Splittgerber 1996, S. 18). Am 8.9.1933 kam eine weitere Kriegserklärung durch den Präsidenten der *Jewish Agency,* Chaim Weizmann. Zahlreiche weitere jüdische Kriegserklärungen werden in dem Buch von H. Stern *Jüdische Kriegserklärungen*, München 1999 zitiert.

Das jüdisch geleitete *Berliner Tageblatt* schrieb am 1.4.1933: „*Deutschland wird von einer ungeheuren Schmutzwelle umbrandet...* " (H. Splittgerber 1996, S. 20). Es wurden die schlimmsten Greuelgeschichten von Massenmorden u. a. mehr verbreitet. Die Mehrheit der jüdischen Führer in Deutschland wandte sich gegen diese Greuelpropaganda. Zur gleichen Zeit bemühte man sich im Deutschen Reich um die geregelte Auswanderung der Juden. Am 7.8.1933 wurde mit der *Jewish Agency* das *Haavara-Abkommen* geschlossen, das bis Ende 1937 80 000 Juden unter Mitnahme von Vermögen die Auswanderung nach Israel ermöglichte. Ansiedlungsleiter wurden im Deutschen Reich ausgebildet.

Zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz im März 1933 legte der englische Premierminister MacDonald Vorschläge vor, die für Deutschland ein Landheer in der gleichen Größe wie für Polen, also begrenzt auf 200 000 Mann, vorsahen. Für die deutsche Delegation mußten solche Vorschläge unannehmbar sein. Ungeachtet dessen lehnte Hitler diese Vorschläge nicht ab, sondern führte sie in seiner Regierungserklärung am 17.3.1933 auf den für Deutschland entscheidenden Gleichbehandlungsgrundsatz zurück: „*Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird ... Ferner wird die Deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf andere Staaten Anwendung findet"* (M. Domarus 1988, S. 276). Diese Erklärung wurde vom Reichstag einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD, gebilligt.

Am 17.5.1933 begründete Hitler seine Revisionspolitik vor dem Reichstag: „*... Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als ... eine Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten vorzunehmen ...Je klarer durch diese Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen decken, um so mehr mußten damit eine große Reihe von künftigen Konfliktsmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden ... weil durch sie der Welt die Grundlagen für einen wirklichen Frieden gegeben worden wären ...* [Nach 1945 verfuhren die Sieger noch wesentlich schlimmer als 1919.] *... Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen ... Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsform ... "* (M. Domarus 1988, S. 272).

Infolge der ablehnenden Haltung Frankreichs vertagte sich die Abrüstungskonferenz. Ein mittlerweile von Mussolini gemachter Vorschlag für einen Viererpakt, um wichtige Entscheidungen wie über die Abrüstung und die Revision des Versailler Diktates dem Völkerbund zu entziehen und unter sich zu regeln, wurde auf französischen Einwand stark verwässert. Der Viererpakt wurde zwar am 7.6.1933 abgeschlossen, aber nicht mehr ratifiziert. Nach dem Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz am 14.10.1933 machte MacDonald Vorschläge, die für Deutschland weit hinter denen der Frühjahrskonferenz zurückblieben. Daraufhin erklärte die Reichsregierung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Eine Volksabstimmung erbrachte 92 % Zustimmung für die Regierungspolitik.

Deutschland versuchte am 18.12.1933 ein weiteres Mal, zu einer annehmbaren Regelung mit den Westmächten zu gelangen, und bot in einem Memorandum die Begrenzung des Heeres auf 300 000 Mann an. Auch dieser Vorschlag verfiel der Ablehnung durch Frankreich. Nach verschiedenen englischen Bemühungen scheiterte die Abrüstungskonferenz endgültig, als sich die Franzosen mit einer Note vom 17.4.1934 weigerten, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen. Das Scheitern der Konferenz hatte sofort Beschlüsse zur Aufrüstung zur Folge, in den USA zur Vergrößerung der Flotte um 360 000 BRT, in England zum Aufbau von 42 Luftgeschwadern, in Polen zur Einführung der Wehrdienstpflicht. Lloyd George kommentierte diese Entwicklung in einer Unterhausrede am 29.11.1934 mit den bitteren Worten: *„Die Signatarmächte des Versailler Vertrages versprachen den Deutschen feierlich, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung voran gehe. Vierzehn Jahre hat Deutschland nun auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet* ***... Können wir uns dann wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden?"***

Unmittelbar nach dem Abschluß des Versailler Vertrages hatte Frankreich damit begonnen, das militärische Bündnissystem der kleinen Entente aufzubauen. In diese begonnene erneute Einkreisung Deutschlands wurde am 9.1.1934 durch den auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossenen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt, der sich ausdrücklich auf den *Kellogg-Pakt* von 1928 bezog, eine wichtige Bresche geschlagen. Polen hatte sich zu diesem Vertrag erst bereitgefunden, nachdem es in Paris abschlägig beschieden worden war, als es um französischen Beistand bei der Führung eines Präventivkrieges gegen Deutschland nachsuchte. Deutschland verzichtete mit diesem Vertrag auf die Revision der mit dem Versailler Diktat diktierten Gebietsabtretungen - was eine indirekte Anerkennung der polnischen Westgrenze bedeutete - und auf die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen, eine Entscheidung, die kein Politiker der Weimarer Republik jemals erwogen hatte und

ernsthaft hätte erwägen können.

Hier sei auf ein nicht unmittelbar mit dem Thema dieses Buches zusammenhängendes Ereignis eingegangen, den Röhm-Putsch von 1934, über den jeder Autor anders schreibt. Der US-Botschafter Dodd, mit v. Papen befreundet, berichtete am 25.7.1934 an Außenminister Hull: „... *Röhm beschloß, sich dieses vom Himmel gefallene Geld* [vom Kronprinz der SA geschenkt] *zunutze zu machen, um Pläne seiner Revolte zu fördern. Agenten der Geheimen Staatspolizei entdeckten das Komplott und ... wandten sich an Papen, der diese Gelegenheit, Röhms radikale Bestrebungen zu vereiteln, willkommen hieß ... Papen sammelte das gesamte Material über die Verschwörung ... und zeigte es Hindenburg. Der Präsident ... ließ Hitler zu sich kommen und stellte ihm ein Ultimatum: entweder unterdrückte Hitler sofort die geplante Revolte, oder Hindenburg tat es selber ... Hitler ... erlitt einen Nervenzusammenbruch und ... befahl die Erschießungen des 30. Juni"* (C. Tansill 1957, S. 324).

Am 2.7. sandte Hindenburg von Neudeck aus folgendes Telegramm an Hitler: *„Nach den mir vorgelegten Berichten stelle ich fest, daß Sie durch Ihr entschlossenes Vorgehen und Ihr mutiges persönliches Eingreifen alle hochverräterischen Umtriebe im Keime erstickt haben. Sie haben das Deutsche Volk aus einer großen Gefahr errettet. Ich spreche Ihnen meinen Dank aus "* (O. Meissner 1950, S. 369). Papen genoß bis zuletzt das Vertrauen Hitlers. Nur das, was die Weltpresse daraus machte, und was bis heute auch in unserer Presse verbreitet wurde, lautet völlig anders.

Am 2.8.1934 starb Hindenburg. Das Kabinett beschloß die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Dazu wurde zur Billigung eine Volksabstimmung vorgesehen. *„Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichkanzleramtes an sich mit den früheren Funktionen des Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Tief durchdrungen von der Überzeugung, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie* [den Innenminister], *den Beschluß des Kabinetts ... unverzüglich dem deutschen Volk zur freien Abstimmung vorlegen zu lassen "* (M. Domarus 1, 1988, S. 431). Die Abstimmung am 18.8.1934 erbrachte 89,9 % Zustimmung.

Nach dem Tode Pilsudskis am 12.5.1935 setzten noch im gleichen Jahr englische Bemühungen ein, die die ursprünglich positive Einstellung Polens zum deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 zu verändern begannen. Rydz Smigly, der Nachfolger von Marschall Josef Pilsudski, war seit jeher einseitig auf ein Zusammengehen mit Frankreich festgelegt, und Oberst Beck, den Pilsudski 1932 zum Außenminister gemacht hatte, vollzog diese Schwenkung nach der Rheinlandbesetzung im März 1936 mit.

Noch am Tage der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes, am 7.3.1936, überreichte der polnische Außenminister Beck dem französischen Botschafter eine Note mit der Erklärung, Polen werde Deutschland angreifen, wenn Frankreich bereit sei, nach Westdeutschland einzumarschieren (D. Hoggan 1976, S. 63).

Am 14.2.1935 hatte Hitler vorgeschlagen, die Verhandlungen über Sicherheits- und Rüstungsfragen mit England und Frankreich fortzusetzen. Im Jahr 1934 hatte die Tschechoslowakei die Wehrdienstzeit auf zwei Jahre erhöht. Aber erst eine von England am 1.3. beschlossene weitere Aufrüstung und die am 6.3. von Frankreich beschlossene Erhöhung der Wehrdienstzeit von ein auf zwei Jahre waren in Deutschland Anlaß zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit einjähriger Dienstzeit vom 16.3.1935. Die Westmächte bezeichneten die Verkündung der Wehrpflicht als einseitigen Bruch des Versailler Vertrages durch Deutschland und beschuldigten das Reich, den Abbruch der vorgeschlagenen Verhandlungen zu wollen. Daß die vorangegangenen Maßnahmen Frankreichs und auch Englands, die sich im Versailler Vertrag feierlich zur Abrüstung verpflichtet und den Deutschen erst 1932 Gleichbehandlung zugesichert hatten, bereits den Bruch des Vertrages bedeuteten, wird bis heute heruntergespielt. Im Grunde hatten die Signatarmächte damit, daß sie die Abrüstungsverpflichtungen umgingen, den Versailler Vertrag als Friedensvertrag selbst ad absurdum geführt. Was blieb, war das Diktat, das es für Deutschland aufzuheben galt.

Im Jahr darauf gelang es nach Verhandlungen des Sonderbotschafters v. Ribbentrop, mit England Übereinkunft über ein Flottenabkommen zu erzielen. Der am 18.5.1935 geschlossene Vertrag legte die Höchststärke der deutschen Flotte mit 35 % der englischen fest. Mit diesem Abkommen wurde das Versailler Diktat in einem wesentlichen Punkt revidiert. Damit waren auch die Vorwürfe, die deutsche Aufrüstung würde einen Bruch des Versailler Vertrages darstellen, gegenstandslos geworden.

Am 2.5.1935 schloß Frankreich mit Rußland einen Beistandsvertrag ab, der militärische Eingriffe ohne vorherige Konsultation des Völkerbundes vorsah und nur gegen Deutschland gerichtet sein konnte. Zwei Wochen später schlossen Rußland und die Tschechoslowakei einen ebensolchen Vertrag ab, und sofort wurden dort 25 große Flugplätze geplant, die so lagen, daß Berlin, Mittel- und Süddeutschland in den Wirkungsbereich sowjetischer Bomber gerieten. In diesem Zusammenhang wurden Planungen bekannt, daß im Kriegsfalle von Frankreich aus unter Nutzung der bis zum Rhein reichenden entmilitarisierten Zone sofort nach Böhmen durchgestoßen werden sollte. - Die darin liegenden Gefahren wurden im März 1939 durch die Besetzung der Tschechei nach dem *Hitler-Hacha- Vertrag* gebannt. - Diese Verträge konnten als Bruch des *Locarno-Paktes* angesehen werden, in dem sich die Mächte verpflichtet hatten, alle

Friedensverletzungen vor den Völkerbund zu bringen. Hitler hatte noch vor der Ratifizierungsdebatte im französischen Parlament im Februar 1936 in einem Interview mit einem französischen Journalisten seine Friedensbemühungen betont. Auf die Frage, ob man ihm diese glauben dürfe, denn in Hitlers *Mein Kampf* könne man es anders lesen, antwortete Hitler: *„Als ich dieses Buch schrieb, war ich im Gefängnis. Es war die Zeit, als die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Es war im Augenblick der größten Spannungen zwischen unseren beiden Ländern ... Ja, wir waren Feinde und ich stand zu meinem Lande, wie es sich gehört ... Aber Sie wollen, daß ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller, der eine neue Bearbeitung seiner Werke herausgibt. Ich bin aber kein Schriftsteller. Ich bin Politiker, meine Korrekturen nehme ich in meiner Außenpolitik vor, die auf Verständigung mit Frankreich abgestellt ist"* (P. Kleist 1952, S. 143). Die Veröffentlichung dieses Interviews wurde bis nach der Ratifizierung des Vertrages am 27.2.1936 verzögert.

Die Argumentation, Hitler hätte alle seine späteren Pläne und Zielsetzungen bereits vollständig in seinem Buch *Mein Kampf* offengelegt, zieht sich bis heute nicht nur durch in- und ausländische Presseveröffentlichungen, sondern findet sich auch in der wissenschaftlichen Publizistik wieder. Sie erweist sich zumindestens in dem Punkt als äußerst problematisch, als die spätere Politik Hitlers von ihrer Verursachung her nicht auf den realen politischen Handlungsraum zurückgeführt werden, in dem diese Politik stattfand, sondern einem Programm zugeschrieben werden, das von Hitler bereits in *Mein Kampf* formuliert worden sei. Die Weltpresse und beamtete deutsche Historiker behaupten bis heute, daß der Begriff *„Lebensraum ",* so wie ihn Hitler in *Mein Kampf* verwendet, die Vorgabe für Eroberungskriege im Osten gewesen sei, möglicherweise wurde auch das umstrittene *Hoßbachprotokoll* zu der Ansprache Hitlers am 5.11.1937 (siehe Kap. 21) in diesem Sinne gefälscht. Nach Reichsaußenminister v. Neurath soll der Begriff *„Lebensraum "* für Hitler vor allem *„Mittel für Lebensunterhalt, Rohstoffe usw., aber nicht Eroberung neuer Gebiete "* bedeutet haben (Henderson an *Foreign Office* am 2.3.1938, in: D. Kunert 1984, S. 228, 267). Das Wort *Lebensraum* muß vor allem im Hinblick auf die Annexionen der Provinzen Posen und Westpreußen durch das Versailler Diktat gesehen werden, die als landwirtschaftliche Überschußgebiete und infolge ihrer dünnen Besiedlung als Siedlungsgebiete Bedeutung hatten.

Die Bedeutung von *Mein Kampf* als Handlungsvorschrift wird sicher überschätzt. *„Nur bei weitschweifender Phantasie kann 'Mein Kampf' als Leitfaden für Hitlers spätere ... Entscheidungen und Handlungen dienen ... Weit davon entfernt, sich auf doktrinäre ... Prinzipien festzulegen ... ließ sich Hitler ... nur von einem Wegweiser leiten, ... seine Revisionspolitik zu realisieren. An alle seine Handlungen legte er diesen Maßstab an "* (D. Kunert 1986, S.

67). Schon eher hat sich Hitler an den Grundsatz gehalten: *„Nützt es unserem Volk jetzt oder in der Zukunft, oder wird es ihm von Schaden sein? ... Das Ziel einer deutschen Außenpolitik von heute hat die Vorbereitung zur Wiedererringung der Freiheit von morgen zu sein "* (Hitler, *Mein Kampf* 840. Aufl., S. 687).

Die Politik Hitlers wurde von der Mehrheit der Deutschen getragen. Nachdem er 1936 Deutschland besucht hatte, schrieb Sefton Delmer (später Leiter der Kriegspropaganda Englands im Zweiten Weltkrieg, danach führendes Mitglied im israelischen Geheimdienst): *„Deutschland war im Jahre 1936 ein blühendes, glückliches Land. Auf seinem Antlitz lag das Strahlen einer verliebten Frau. Und die Deutschen waren verliebt - verliebt in Hitler. Sie beteten seine feste, rücksichtslose Herrschaft an ... Und sie hatten auch allerhand Grund zur Dankbarkeit. Hitler hatte die Arbeitslosigkeit bezwungen und ihnen eine neue wirtschaftliche Blüte gebracht. Er hatte seinen Deutschen ein neues Bewußtsein ihrer nationalen Kraft und ihrer nationalen Aufgabe vermittelt. "*

Auch der ehemalige britische Kriegspremier Lloyd George äußerte sich nach einem Besuch Hitlers am 4.9.1936 im *Daily Express* ähnlich: *„Es ist nicht mehr das Deutschland des ersten Jahrzehnts nach dem Kriege, gebrochen, mutlos und niedergebeugt in Sorge und Ohnmacht. Es ist jetzt voller Hoffnung und Vertrauen, voll eines neuen Gefühls der Entschlossenheit, sein eigenes Leben ohne jede Einmischung fremder Einflüsse zu fuhren ... Dieses Wunder hat ein Mann vollbracht"* (H. Bernhardt 1988, S. 188).

Noch im Jahre 1938, ehe er von bestimmter Seite finanzielle Hilfe zur Tilgung seiner immerwährenden Schulden erhielt, schrieb Churchill in einem Offenen Brief an Hitler in der *Times* am 7.11.1938: *„Sollte England in ein nationales Unglück geraten, das dem Unglück Deutschlands von 1918 vergleichbar ist, so werde ich Gott bitten, uns einen Mann zu senden von Ihrer Kraft des Willens und des Geistes"* (H. Splittgerber 1996, S. 25).

Der *Locarno-Pakt* war aus deutscher Sicht mit dem bereits erwähnten französisch-russischen Vertrag erloschen. Mit dieser Begründung wurde die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes am 7.3.1936 durch deutsche Truppen in der symbolischen Stärke von drei Bataillonen besetzt. Gleichzeitig machte Hitler eine Reihe von Vorschlägen u. a. für Nichtangriffspakte mit Österreich und der Tschechoslowakei, die abgelehnt wurden, für sonstige Verträge unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung und für den Wiedereintritt in den Völkerbund. Während in Deutschland eine Volksabstimmung über diese Politik 98 % Zustimmung erbrachte, verstärkte die Presse der westlichen Großmächte ihre Angriffe auf Deutschland und unternahm dabei alles nur Mögliche, um eigenes Unrecht und die eigenen Vertragsbrüche aus dem Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu verdrängen. Wiederum wurden die Deutschen als diejenigen

hingestellt, die ohne jede Rechtsgrundlage Vertragsbruch um Vertragsbruch begingen.

Dem setzte Hitler einen umfassenden Friedensplan entgegen, den er in einem Memorandum vom 31.3.1936 in den Grundzügen umriß. Er enthielt Vorschläge zu allgemeinen Rüstungsbeschränkungen und besonderen militärischen Beschränkungen an der Westgrenze wieder unter der Voraussetzung der Gleichbehandlung, sodann zum Verbot des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung und zu Verboten schwerster Angriffswaffen sowie zur Unterlassung verständigungsfeindlicher und friedensgefährdender Pressehetze. Verhandlungen darüber kamen nicht mehr in Gang, die massive Pressepropaganda mit ihrer Zielrichtung, Furcht vor Deutschland zu wecken und Mißtrauen zu säen, trug daran ein gerüttelt Maß Schuld.

Im Jahre 1932 waren die Bemühungen des Reichskanzlers von Papen, den Art. 231 des Versailler Vertrages zu streichen, am Widerstand Frankreichs gescheitert. Nachdem von der Reichsregierung veranlaßte Untersuchungen die Haltlosigkeit der alleinigen Kriegsschuldzuweisung ergeben hatten, war es Reichspräsident v. Hindenburg gewesen, der diese als deutsches Staatsoberhaupt bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals am 18.9.1927 erstmals öffentlich zurückwies. In seiner Reichstagsrede vom 30.1.1937 widerrief Hitler endgültig die bei der Unterzeichnung erzwungene Anerkennung des Art. 231 des Versailler Vertrages. Einsprüche der Westmächte erfolgten nicht.

Sofort nach dem Dienstantritt Chamberlains als Premierminister wurde im Sommer 1937 ein großes Aufrüstungsprogramm beschlossen, das infolge des deutsch-britischen Flottenabkommens die Luftrüstung in den Vordergrund stellte (A. v. Ribbentrop 1963, S. 73). Schon zu dieser Zeit, also noch vor den Gebietsveränderungen, hatte sich England entschieden, wie an den Anweisungen Chamberlains zum Dienstbeginn seines persönlichen Botschafters Henderson in Berlin sichtbar wird: „ ... *doch wesentlich sei, daß die britische Wiederaufrüstung unnachsichtig verfolgt werde, weil der Hitler-Regierung gegenüber kein anderes Argument zähle als das der Macht*" (A. v. Ribbentrop 1967, S. 18). Bereits am 6.6.1934 hatte er in sein Tagebuch notiert: „ *Wir können uns nicht auf Feindseligkeiten mit Japan und Deutschland gleichzeitig vorbereiten, das Letzte ist das Problem, auf das wir uns konzentrieren müssen* " (K. Feiling 1946, S. 253). Während das abgerüstete Deutschland, das keine Luftwaffe und keine Panzer besaß, einen Nachholbedarf für seine Sicherheit hatte, dachten die Sieger nicht daran, ihren mit dem Versailler Vertrag übernommenen Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, und nutzten die Deutschland zugestandene militärische Gleichberechtigung zur eigenen Aufrüstung.

In einer Versammlung sagte Hitler 1935 zur Aufrüstung der Sieger von 1918: „*Eine mittlere Granate kostet 3.500 Mark. Ein kleines Eigenheim für*

eine Arbeiterfamilie kostet auch 3.500 Mark. Wenn ich aufrüste, brauche ich mindestens 10 Millionen Granaten. Sie werden dann in den Arsenalen liegen, und niemand wird mir dafür dankbar sein. Wenn ich aber 10 Millionen Arbeiterwohnungen baue, werde ich mir den Dank des Großteils meines Volkes sichern. Wie sollte ich da nicht wünschen, daß die anderen abrüsten, um mir die Aufrüstung zu ersparen? Aber inmitten eines bis an die Zähne bewaffneten Europas kann Deutschland nicht unbewaffnet bleiben " *(O. Abetz, Köln 1951).*

Um der mit dem französisch-russischen Pakt drohenden Einkreisung entgegentreten zu können, wurde am 25.11.1936 mit Japan *der Antikominternpakt* geschlossen, dem Italien 1937 beitrat.

Halifax besuchte als Lordsiegelbewahrer am 19.11.1937 Hitler und sagte im Namen der englischen Regierung, daß Änderungen in Europa wahrscheinlich seien, dazu gehörten: *„Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden ",* dabei bezeichnete er Deutschland als Bollwerk gegen den Bolschewismus (A. v. Ribbentrop 1967, S. 22). Das bedeutete die englische Zustimmung zur Revision der 1919 festgelegten Grenzen, nachdem die Kündigung der Kriegsschuldlüge des Art. 231 hingenommen sowie das Ende der Reparationen und die militärische Gleichbehandlung Deutschlands beschlossen worden waren. Die Revision hätte also auf friedlichem Wege zu Ende gebracht werden können - möchte man meinen.

Um zu erkunden, *„wie die Chancen, noch zu einer Verständigung zu kommen ",* stehen, wurde v. Ribbentrop als Botschafter nach London geschickt. In seinem Londoner Abschlußbericht vom 2.1.1938, der gefälscht beim IMT Nürnberg vorgelegt wurde und dessen einer Teil verloren sein soll, faßte v. Ribbentrop zusammen:

„ 1. England ist mit seinen Rüstungen im Rückstand, daher spielt es auf Zeitgewinn.

2. England glaubt, daß bei Wettlauf mit Deutschland die Zeit für England arbeitet...

3. Halifax-Besuch ist daher als Erkundungs- und Verschleierungsmanöver anzusehen ...

4. England und sein Premierminister sehen m. E. nach dem Halifaxbesuch keine ihnen erscheinende Basis einer Einigung mit Deutschland ... Chamberlain hat nun Vansittart, unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner an eine Stelle berufen, an der er in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann ... Heute glaube ich nicht mehr an die Verständigung, England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen" (A. v. Ribbentrop 1963, S. 125).

Dieser Abschlußbericht gab den Ausschlag für die Ernennung v. Ribbentrops zum Reichsaußenminister im Februar 1938.

Diese, wie es sich dann bestätigte, richtigen Erkenntnisse v. Ribbentrops sind möglicherweise bei den schnellen Reaktionen Hitlers von Einfluß gewesen, als sich die drei Probleme Österreich, Sudetenland und Resttschechei ohne deutsches Verschulden zuspitzten.

Eine Folge der Diktate von Versailles und St. Germain war, daß die bereits 1918 und 1919 von Nationalversammlung und Regierung beschlossene Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verhindert wurde und sich selbst die Errichtung einer Zollunion, auch nach Anruf des *Internationalen Gerichtshofes* in Den Haag im Jahre 1931, als nicht durchsetzbar erwies. Folgerichtig mußte einer der nächsten Schritte zur Revision dieser Diktate darin bestehen, eine zwischenstaatliche Regelung zwischen Österreich und Deutschland herbeizuführen, die dem in den Verfassungen beider Republiken verankerten Vereinigungsauftrag ***„Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik" - „Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat"*** möglichst nahekommen würde.

Österreichs innenpolitische Situation war inzwischen immer schwieriger geworden. Vor der Dollfuß- und Schuschnigg-Diktatur waren bereits 40 000 Österreicher nach Deutschland geflüchtet, und Dollfuß war ermordet worden. Revolten und Aufstände hatten schon mehrere tausend Tote gekostet, und die Lager für politisch Inhaftierte füllten sich nicht nur mit Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, sondern auch mit Angehörigen der anderen verbotenen Parteien. Vor diesem Hintergrund trafen sich nach Vorgesprächen, die der deutsche Botschafter in Wien, von Papen, geführt hatte, Schuschnigg und Hitler am 12.2.1938 in Berchtesgaden und schlossen ein Übereinkommen zur Befriedung der gegenseitigen Beziehungen mit folgenden Hauptpunkten: der parteilose Seyß-Inquart wird in die Regierung aufgenommen, Nationalsozialisten erhalten die Möglichkeit der Mitarbeit in der Vaterländischen Front, eine allgemeine Amnestie wird erlassen und Deutschland enthält sich jeder Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten. Über eine staatliche Vereinigung und die Wiederzulassung der NSDAP wurde nicht gesprochen. Noch am 6.3. erklärte Schuschnigg über den Rundfunk: *„ Unser Land ist ein deutsches Land, das Bekenntnis zur deutschen Schicksalsgemeinschaft geht niemanden in Österreich schwer über die Lippen.* ***Die deutsche Nation ist aber kein Verein, in den man eintreten und aus dem man austreten kann ... sondern eine Schicksalsgemeinschaft mit einer historisch gewachsenen, am völkischen Charakter seiner Zugehörigkeit zu der heiligen blutgetränkten Heimaterde bestimmten inneren Organisation und Sendung"*** *{Aula* 2/1996, S. 27).

Während Hitler noch in der Reichstagsrede am 20.2. erfreut von der Befriedungsaktion sprach, sah sich Schuschnigg starkem französischen und englischen Druck ausgesetzt, und die Presse sprach vom *„ Ultimatum von Berchtesgaden"*. Schuschnigg mußte sich zum Kurswechsel entschließen und ordnete überhastet am 9.3. für den 12.3. eine Volksabstimmung an, zu der es nicht einmal Wählerlisten gab. Nachdem ein dringlicher Vorschlag des Ministers Seyß-Inquart, die Abstimmung zu verschieben, von Schuschnigg abgelehnt worden war, begannen sich die Ereignisse zu überstürzen. Daß diese Entwicklung nicht vom Deutschen Reich geplant war, sieht man schon daran, daß sich der deutsche Sondergesandte und gerade ernannte Außenminister von Ribbentrop bei seinen Abschiedsbesuchen in London befand. Zudem mußte mit innerösterreichischen bürgerkriegsähnlichen Zuständen gerechnet werden, denn Schuschnigg hatte Verbindung mit bisher verbotenen linken Organisationen aufgenommen, an die auch Waffen ausgegeben wurden. Übrigens spielte die erklärte Absicht Frankreichs, militärisch einzugreifen - unterstrichen durch den Ausspruch des Oberbefehlshabers Gamelin: *„ Die Tschechoslowakei mit ihren 700 000 Mann hätte uns kaum im Stich gelassen "* - nicht nur bei der Kehrtwendung Schuschniggs eine entscheidende Rolle. Sie hatte einen mindestens ebenso großen Einfluß auf den Entschluß Hitlers zum Einmarsch der Wehrmacht. Als Hitler am Abend des 10.3. die Generäle kommen ließ, stellte sich heraus, daß für einen Eingriff in Österreich keinerlei Planungen vorlagen. Trotzdem wurde die Bereitstellung der Truppen sofort befohlen.

Noch am 11.3. hielt Hitler daran fest, das Österreichproblem mit Schuschnigg auf dem Verhandlungswege zu regeln. Das österreichische Außenministerium hatte auf seine Hilferufe an Paris und London die Antwort erhalten, England und Frankreich würden sich nur dann zu einem Krieg - zu dem Sowjetrußland sofort bereit sei - entschließen, wenn sich Italien beteiligen würde. Am 11.3. empfahl der nach Wien gesandte deutsche Staatssekretär Keppler dem österreichischen Bundespräsidenten, Schuschnigg zu entlassen und Seyß-Inquart mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen (O. Meissner 1950, S. 450). Nach Telefonaten von Göring mit Wien trat dann am Nachmittag des 11.3. die Regierung Schuschnigg bis auf Seyß-Inquart zurück. Am gleichen Tag brachen in der Steiermark und in Kärnten nationalsozialistische Revolutionen aus, die noch am 11.3. unblutig und ohne auf Widerstand zu treffen, zur Besetzung der Landesregierungen führten. Seyß-Inquart billigte um 21.45 Uhr ein Telegramm Kepplers nach Berlin mit der Bitte um baldige Entsendung deutscher Truppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Göring hatte den Einmarschbefehl für den 12.3. schon um 21.00 Uhr gegeben. Bereits bei der Ernennung Seyß-Inquarts zum Nachfolger Schuschniggs durch den Bundespräsidenten um 21.00 Uhr trugen die Regierungsbeamten Haken-

kreuzbinden.[15]

Der Einmarsch selbst, für den als wichtigstes Operationsziel die Besetzung der Grenze zur Tschechoslowakei befohlen wurde, mußte völlig improvisiert werden und fand z. T. ohne Mitführung von Munition statt. Am 14.3. teilte Benesch dem englischen General Spears zwar mit, daß ihm die Russen am Vortage Hilfe durch mindestens 1 000 Flugzeugen zugesagt hatten und daß seine Flugplätze bereit wären, sie aufzunehmen (D. Irving 1990, S. 94), militärische Gegenmaßnahmen des Auslandes blieben jedoch aus, weil die italienische Regierung nicht bereit war, dem französischen Ersuchen auf Vereinbarung einer gemeinsamen Aktion zu folgen, und in Paris am 10.3.1938 eine Regierungskrise ausbrach.

Der Einmarsch der deutschen Truppen war von orkanartigen Begeisterungsstürmen der österreichischen Bevölkerung begleitet, die meisten Straßen waren bereits mit Hakenkreuzfahnen geschmückt, und die Menge brach immer wieder in den Ruf *„ ein Volk, ein Reich, ein Führer"* aus. Hitler entschloß sich offensichtlich erst am 12.3. in Linz zur sofortigen Vereinigung Österreichs mit dem Reich. Am Vorabend hatte er den Innenminister Frick noch beauftragt, juristische Möglichkeiten einer Personalunion der Staatsoberhäupter beider Staaten zu finden (H. Sündermann 1970, S. 180). Nachdem die deutschen Truppen wieder zurückgenommen worden waren, fand am 10.4. die Volksabstimmung über die Vereinigung statt, mit der die Österreicher endlich ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen konnten, die mehr als 99 % Zustimmung fand. Nicht nur Kardinal Innitzer und der erste Kanzler Österreichs 1918, der Sozialdemokrat Karl Renner, forderten auf, mit Ja zu stimmen. Allen voran die französische Presse bezeichnete den Anschluß Österreichs sofort als erneuten Bruch der Verträge von Versailles und St. Germain. Das IMT Nürnberg ging noch wesentlich weiter und bewertete den Anschluß als *„vorgeplante Angriffsmaßnahme ... zur Förderung ... von Angriffskriegen "*, womit die Handhabe gegeben war, Seyß-Inquart zum Tode zu verurteilen.

Die in der neueren europäischen Geschichte beispiellose Begeisterung wiederholte sich bei der Eingliederung des Sudetenlandes im Herbst 1938 und der Stadt Danzig im September 1939. Erst 50 Jahre später kam es zu einer ähnlichen, um mit Habermas zu sprechen *singulären* Manifestation des Volkswillens, als die Bevölkerung der DDR am 9.11.1989 mit dem Ruf„ *Wir sind das Volk, wir sind ein Volk"* ihrem Willen zur Wiedervereinigung des geteilten Deutschland Ausdruck verlieh.

---

[15] Anm.: Für den Ablauf der entscheidenden Stunden des 11.3. in Berlin werden von den Beteiligten O. Meissner 1950, F. v. Papen 1952 und Sündermann 1964 abweichende Darstellungen gegeben.

Eine weitere Revision der Verträge von 1919 bahnte sich inzwischen in der Tschechoslowakei an. Die Deutschen waren 1918 und 1919 gewaltsam in diesen Staat gezwungen worden, obwohl sie sich unter Anwendung ihres Selbstbestimmungsrechtes für den Anschluß an Österreich ausgesprochen hatten. Die Tschechei unterdrückte die Sudetendeutschen mittels Enteignung von Grundbesitz, durch Maßnahmen gegen ihre Schulen, ihre kulturellen Einrichtungen sowie ihre Industrie und siedelte planmäßig Tschechen in bisher rein deutschsprachigem Gebiet an. Bezeichnend ist, daß die Sudetendeutschen einen Bevölkerungsanteil von 3,2 Millionen an den 13,6 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei hatten, aber einen Anteil von 500 000 Arbeitslosen an den 800 000 des Gesamtstaates stellten.

Die Entwicklung begann sich zu überstürzen, nachdem die Tschechen 1936 ein Staatsverteidigungsgesetz erlassen hatten, das die Verfassung praktisch außer Kraft setzte und in den Grenzzonen, den Wohngebieten der Deutschen, einen ständigen Ausnahmezustand schuf. Im Jahre 1935 war die *Sudetendeutsche Partei* gegründet worden. Ihr Führer Henlein forderte im April 1938 für die Sudetendeutsche Volksgruppe Autonomie innerhalb des tschechischen Staates. Während eines Besuches Henleins in Berlin am 28.3.1938 hatte sich Hitler sehr zurückgehalten und betont, es sei nicht Aufgabe der Reichsregierung, ihm - Henlein - Anregungen zu geben, welche Forderungen gegenüber der tschechischen Regierung zu stellen seien.

Mit Bezug auf Meldungen über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen an den tschechischen Grenzen befahl Benesch am 20.5.1938 eine Teilmobilisierung. Diese Meldungen waren von den Tschechen frei erfunden worden, auf ihre Verbreitung durch den deutschen Widerstand und die sog. Maikrise wird im Kapitel 12 zurückzukommen sein. Zu dieser Zeit hielten sich im Rahmen der tschechischen Bündnisverträge mit Frankreich und der UdSSR sowjetische Generalstäbler sowie Geschwader der sowjetischen Luftwaffe in der Tschechei auf (H. Barnes 1961). Die sowjetische Regierung war bereit, ihre Truppen auf ein tschechisches Hilfeersuchen hin durch Polen und Rumänien - auch ohne Zustimmung dieser Staaten - marschieren zu lassen. Der französische Militärattache muß über diese Sachlage informiert gewesen sein, denn er nahm an den wöchentlichen Militärbesprechungen in Prag teil.

Schon Mitte Mai 1938 - ehe Hitler irgendwelche Forderungen bezüglich der Sudetendeutschen gestellt hatte - brachte die *New York Times* eine Meldung, daß es nach Chamberlain der beste Weg sei, die sudetendeutschen Gebiete vom tschechischen Staat loszutrennen und dem Deutschen Reich einzuverleiben.

Hitler erteilte am 21.5.1938 eine Weisung, die besagte, daß *„es nicht seine Absicht sei, in der nächsten Zeit gegen die Tschechoslowakei vorzugehen "* (U. Walendy 1965, S. 95).

Die Weltpresse kommentierte diese Haltung überwiegend so, daß Hitler vor den Forderungen der Westmächte zurückgewichen sei. Am 30.5. unterzeichnete Hitler dann die für den Fall des Zweifrontenkrieges am 24.6.1937 erlassene Weisung *„ Grün "* mit folgendem Zusatz: *„ Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen ",* den man als Reaktion auf die noch zu behandelnden militärischen Beistandspakte zwischen Frankreich, der Sowjetunion und der hochgerüsteten Tschechoslowakei ansehen kann. Dieser Zusatz zur Weisung *„ Grün "* wird von vielen Autoren als Beweis für deutsche Angriffsabsichten in der Herbstkrise angeführt. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß ein solcher Entschluß bei der Herbstkrise eine Rolle spielte, da sich Hitler am 12.9. und am 15.9. verpflichtete, von militärischen Aktionen gegen die Tschechei abzusehen, und diese Verpflichtungen auch einhielt.

In seiner Rede auf dem Reichsparteitag in Nürnberg am 12.9. führte Hitler mit Bezug auf die Deutschen in der Tschechoslowakei aus: *„... Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt ... aber ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der 3 ^{l}A Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an dessen Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt ... Ich bin keineswegs gewillt, hier im Herzen Deutschlands durch die Tüchtigkeit anderer Staatsmänner ein zweites Palästina entstehen zu lassen. Die armen Araber sind wehrlos und vielleicht verlassen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen"* (M. Domarus 1988, S. 904).

Infolge der tschechischen Teilmobilisierung flohen zunächst vor allem wehrdienstpflichtige Deutsche in das Reich. Dort wurde aus ihnen ein Freikorps gebildet.

Die englische Regierung erteilte Lord Runciman den Auftrag zur Erkundung der Verhältnisse in der Tschechei. Anfänglich vertrat Henlein gegenüber Runciman noch die Forderung nach Autonomie. Runciman regte Henlein an, Hitler aufzusuchen, was am 2.9. geschah. Erst nachdem sich die Lage durch Verhängung des Standrechtes, Versammlungsverbot und Massenverhaftungen von Deutschen verschärft hatte, erklärte Henlein in seinem Aufruf am 15.9. *„ Wir wollen heim ins Reich. "* Daraufhin wurde am 16.9. die *Sudetendeutsche Partei* verboten. Insgesamt wurden etwa 20 000 verhaftete Sudetendeutsche in tschechische Lager eingewiesen. Einen Teil dieser Verschärfungen hatte Lord Runciman noch in der Tschechei miterlebt, ehe er am 14.9. den Abschlußbericht seiner Mission vorlegte, in dem es hieß: *„Für mich ist selbstverständlich, daß ... die Grenzbezirke, in denen die Sudetendeutschen die klare Mehrheit haben, sofort das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht erhalten sollten. Wenn, wie ich glaube, Gebietsabtretungen unvermeidlich sind, so*

sollten sie rasch und ohne überflüssiges Zögern durchgeführt werden " (E. Kern 1988, S. 155). Schon am 3.6. war in der *Times* ein bemerkenswerter Artikel von Churchill erschienen, der die Anregung erhielt, *„ ... die Tschechoslowakei zu einem homogeneren Staat zu machen durch die Abtretung ... des sudetendeutschen Grenzgebietes ... "* (U. Walendy 1966, S. 76). Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes war nach englischer Ansicht gleichbedeutend mit Gebietsabtretung.

Am 15.9.1938 sandte Benesch Minister Necas zu den Westmächten mit dem Angebot der Teilabtretung von 4 000 bis 6 000 Quadratkilometer Land und der Forderung nach Umsiedlung von 1,5 Millionen bis 2 Millionen Deutschen in das Reich.

Mit Kenntnis des Berichtes von Runciman flog Chamberlain am 15.9. nach München, um Hitler in Berchtesgaden zu treffen. Bei dieser Konferenz sicherte Hitler Chamberlain zu, *„keinen Befehl zur Ingangsetzung des militärischen Apparats zu erlassen"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 150), wenn das Selbstbestimmungsrecht auf die Sudetendeutschen angewandt würde. Am 19.8. griff der *Jüdische Weltkongreß* mit einem Schreiben an Chamberlain ein: *„Es ist unsere Pflicht, Sie von der zunehmenden Sorge zu unterrichten, die Millionen von Juden angesichts der deutschen Bemühungen, weitere, von Juden besiedelte Gebiete zu erwerben, haben."* Später gab Chamberlain zu, daß während dieser Zeit: *„die Juden starken Druck auf mich ausübten, um mich von jeder Abmachung mit dem Führer abzubringen "* (beide Zitate in: P. Rassinier 1990, S. 188). Nach Rücksprache Chamberlains mit Daladier forderte die englisch-französische Note vom 19.8. an Benesch die Abtretung der mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete. Die tschechische Regierung stimmte am 21.9. mit Vorbehalten zu. Mit dieser Zusage flog Chamberlain einen Tag später zur Fortsetzung der Gespräche wieder ohne seinen Außenminister nach Godesberg. Dort drängte Hitler auf eine Volksabstimmung, was von Chamberlain jedoch abgelehnt wurde. Mit Hinweis auf die laufende Verschärfung der Lage durch die Tschechen forderte Hitler weiterhin die deutsche Besetzung der abzutretenden Gebiete bis zum 1.10. Er sicherte aber erneut zu, daß er nur eine friedliche Lösung wünsche und daß er keine militärischen Maßnahmen ergreifen werde. Während der Verhandlungen traf die Meldung ein, daß 12 Deutsche standrechtlich erschossen worden waren. Am 23.9. um 16.00 Uhr riet Halifax der tschechischen Regierung zur Generalmobilmachung. Während Chamberlain zur gleichen Zeit brieflich Hitler bat, während der Verhandlungen militärisch nichts zu unternehmen, telefonierte er mit dem englischen Botschafter Newton in Prag, den er Benesch mitteilen ließ, daß dieser die Generalmobilmachung verkünden könne. Chamberlain hoffte, damit dem deutschen Widerstand das Signal zum Umsturz gegeben zu haben. Kurz nach Fortsetzung der Besprechungen traf um 22.30 Uhr die Nachricht von der tschechischen Gene-

ralmobilmachung ein. Auf die Frage Chamberlains, ob diese Maßnahme Hitler zu Gegenmaßnahmen zwingen würde, antwortete Hitler *„Nein, natürlich nicht"*, er würde sich an seine Zusage halten, während der Verhandlungen die Tschechoslowakei nicht anzugreifen (A. v. Ribbentrop 1967, S. 168 f.). Danach wurde ein deutsches Memorandum übergeben und erläutert. Es enthielt die Forderung nach Übergabe der von deutschen Mehrheiten bewohnten Gebiete am 1.10. ohne Abstimmung, was bereits ein Zugeständnis war, und verlangte eine Volksabstimmung in den restlichen in Frage kommenden Gebieten. Das Memorandum enthielt aber auch die erneute Zusicherung, keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen. Nach Rückkehr Chamberlains bezeichnete das englische Kabinett diese Forderungen am 24.9. als unannehmbar und moblilisierte zunächst die englische Flotte. Es ist bekannt, daß die vom deutschen Widerstand getroffenen Vorbereitungen, die bei dem für sicher gehaltenen Kriegsausbruch zum Sturz Hitlers führen sollten und auf die im Kapitel 12 genauer einzugehen sein wird, bei den britischen Planungen Berücksichtigung fanden. Der vom Widerstand bereits für den 13.9. und dann für den 27.9. vorgesehene Putsch mit dem Ziel der Verhaftung Hitlers kam nicht zur Ausführung, weil Hitler entgegen den Voraussagen nicht militärisch gegen die Tschechei vorging und der erwartete Krieg ausblieb. Zum ersten Termin lag bereits die Zusage Chamberlains für einen Besuch bei Hitler vor, und der zweite fiel mit dem Telefonat Mussolinis über die Viererkonferenz zusammen.

Benesch lehnte das deutsche Memorandum ab. Nachdem in den letzten zehn Tagen etwa 214 000 Deutsche vor dem tschechischen Terror in das Reich geflüchtet waren, legte Hitler in seiner Rede am 26.9. im Sportpalast in Berlin seine Zugeständnisse bei den Verhandlungen mit Chamberlain in allen Punkten dar und forderte erneut zum 1.10. die Ausführung der bereits zwischen London und Prag beschlossenen Gebietsabtretung. Am 27.9. ließ die Prager Regierung 20 000 Deutsche als Geiseln verhaften.

Inzwischen hatte es ein Telefonat von Mussolini gegeben, der eine Konferenz der europäischen großen Vier für den 29.9. in München vorschlug. Der Vorschlag wurde angenommen. Auf der Konferenz wurde aber nur beschlossen, was bereits am 15.9. und 21.9.1938 zwischen Prag, London und Paris vereinbart worden war. Die Präambel lautete: ***„Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung ... übereingekommen*** ..."(H. Rönnefarth 1979, S. 155).

In Art. 2 wurde ohne das Deutsche Reich beschlossen: *„Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebietes bis zum 10. Oktober vollzogen sein wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehenden Einrichtungen ... "* Die *Times* schrieb am 3.10., der Mün-

chener Vertrag ist *„die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschböhmen, 20 Jahre später, aber hoffentlich nicht zu spät".*

Hitler ließ seine Forderung nach einer Volksabstimmung in dem Moment fallen, als sie von England und Frankreich endgültig abgelehnt wurde. Die schrittweise Räumung wurde für den Zeitraum vom 1. bis 10.10. festgelegt. Die deutsche Garantie für die Resttschechei sollte festgeschrieben werden, sobald sich diese aus ihren Militärbündnissen gelöst hatte. Der Vorwurf der westlichen Welt, Hitler habe später seine Münchener Garantieversprechen gebrochen, ist unrichtig, da eine Garantie letztlich auch von den Westmächten und Italien nicht ausgesprochen wurde und die Tschechei sich nicht aus ihren Militärbündnissen gelöst hatte (A. v. Ribbentrop 1967, S. 209).

Die Konferenz von München war die letzte, in der europäische Staatsmänner allein zusammensaßen. Sie war der Beweis, daß es in Europa möglich war, durch Verhandlungen die Versailler Verbrechen zu revidieren. Bei der Volksabstimmung über den Anschluß des Sudetenlandes am 4.12.1938 stimmten dort mit besonderem Stimmzettel von den Tschechen, die für das Reich optiert hatten, 118 206 mit Ja und 24 455 mit Nein (Bundesarchiv Koblenz R 43 11/1368, Vorläufige Ergebnisse der Reichstagswahl am 4.12.1938).

Diese friedliche Lösung war nur deshalb möglich, weil Chamberlain die englischen Rüstungen für einen Krieg gegen Deutschland für noch nicht ausreichend ansah; er schrieb: *„ ... den Krieg mit Deutschland zu beginnen. Daran konnten wir nicht denken, solange wir keine vernünftige Aussicht hatten, es in einer vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen und ich sehe keine solche Aussicht. Deshalb habe ich jeden Gedanken aufgegeben, der Tschechoslowakei Garantien zu geben ... "* (K. Feiling 1946, S. 347).

Kurz nach dem *Münchener Abkommen* sagte Chamberlain zu Daladier in einem abgehörten Telefongespräch: *„Er habe den Vertrag und die Friedens- und Freundschaftserklärungen nur deshalb unterschrieben, um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen "* (E.-O. Remer 1989, S. 216). Das reiht sich würdig vor Stalins Vertragsbruch am 23.8.1939, er habe Hitler überlistet (Kap. 15).

Ende 1938 war Chamberlain unter dem Druck der Weltpresse nach der Reichskristallnacht, den Falschmeldungen des Widerstandes und Hilfszusagen Roosevelts weiter von einer unabhängigen Politik des *appeasement* (Beruhigung) zurückgewichen. Roosevelt hatte am 14.11.1938 die Mittel für eine riesige Luftwaffe gefordert und erklärte am 31.1.1939, daß die Grenzen der USA am Rhein liegen.

Gleichzeitig mit der Billigung des *Münchener Abkommens* am 5.10. durch Großbritannien wurde vom Unterhaus ein gewaltiges Rüstungsprogramm angenommen, das den Bau von 1 000 Flugzeugen noch 1938, von 8 000 weiteren 1939 sowie die Verdoppelung des Wehretats auf 800 Millionen Pfund vorsah. Churchill sprach von einer Niederlage erster Ordnung.

Ihrer unzweifelhaften außenpolitischen Folgen halber soll hier noch eine bis heute weitgehend im Dunkel gebliebene Kette von Vorfällen erwähnt werden. Am 7.11.1938 hatte ein gewisser Herrschel Grynszpan in Paris einen deutschen Diplomaten angeschossen, der am 9.11. starb. Der vorbestrafte, aus Frankreich ausgewiesene und illegal dort lebende Grynszpan erhielt unmittelbar nach seiner Festnahme einen Anwalt der *LICA* (Liga international contre l'antisemitism), die ab Januar 1933 über große Gelder verfügte. Ein maßgebender Mitarbeiter der *LICA,* B. Lecache, schrieb bereits am 9.11. in *Le droit de vivre,* Paris: *„ Grünspan, Du bist freigesprochen: Sache der 'Jüdischen Weltliga ' ist es, die moralische und wirtschaftliche Blockade des Hitler-Deutschlands, den Boykott gegen die Henker zu organisieren. Sache der 'Jüdischen Weltliga' ist es, alle Grünspans der Welt, Juden, Neger, Mohamedaner und Christen zu verteidigen. Unsere Sache ist es, unversöhnliche Feinde Deutschlands und Italiens zu sein ... Unsere Sache ist es, Deutschland, dem Staatsfeind Nr. 1, erbarmungslos den Krieg zu erklären. "* In der gleichen Zeitung schrieb Lecache am 18.11.1938: *„Es ist unsere Sache, die moralische und wirtschaftliche Blockade Deutschlands zu organisieren und diese Nation zu vierteilen* ***...Es ist unsere Sache, endlich einen Krieg ohne Gnade zu erwirken."*** Doch schon 1932 schrieb Lecache ***„Deutschland ist unser Staatsfeind Nr. 1. Es ist unsere Sache, ihm erbarmungslos den Krieg zu erklären" (I.*** Weckert 1981).

Die nach Grynszpans Mordtat in Deutschland folgenden Ausschreitungen, vor allem an Synagogen in deutschen Städten verübte Brandstiftungen, wurden von der Weltpresse auf der Stelle zur Verschärfung des Propagandafeldzuges gegen Deutschland ausgenutzt und hatten eine wesentliche Verschlechterung des diplomatischen Klimas zur Folge. Ohne daß ein unmittelbarer Zusammenhang nachweislich ist, wurde danach praktisch jede Verhandlung mit dem Deutschen Reich zu Fall gebracht. Die Schüsse hatten eine ähnliche Bedeutung wie die von Sarajevo 1914. Die Pogrome waren nicht von der Parteiführung und nicht von Staatsstellen veranlaßt, auch von Goebbels nicht. Die obersten Persönlichkeiten des Staates und der NSDAP, die in München am 9.11.1938 zur Feier des 9.11.1923 versammelt waren, reagierten auf die während der Feier eintreffenden Katastrophenmeldungen eindeutig. Von den Gauleitern und den Führungsspitzen der SA wurden sofort Gegenbefehle gegeben. Hitler: *„ ... dieser Wahnsinn ... "* und Goebbels nach der Rückkehr nach Berlin zum Polizeipräsidenten Graf Helldorf: *„ Sooo kann man das Judenproblem nicht lösen. So nicht... Unsere Leute haben ein Dutzend Juden totgeschlagen, aber für dieses Dutzend müssen wir vielleicht einmal mit einer Million deutscher Soldaten bezahlen"* (I. Weckert 1981).

Der Beauftragte des IMT Nürnberg gab hierzu zu Protokoll: *„ Betr. Judenfrage ... bezeuge ich, daß mir 26 674 Erklärungen zur Bearbeitung ... von ehe-*

maligen Politische Leitern aus den Internierungslagern ... vorgelegen haben. In diesen Erklärungen haben die Politischen Leiter versichert, daß innerhalb der NSDAP und des Kreises der Politischen Leiter weder öffentlich noch geheim die Anwendung von Gewaltmaßnahmen gegen Juden /Pogrome/propagiert worden sei und sie selbst an Ausschreitungen gegen Juden, insbesondere in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 nicht beteiligt waren" (IMT Nürnberg Bd. 52, S. 348).

Demgegenüber ist es interessant, daß *zw „Reichskristallnacht"* beim IMT Nürnberg folgende gefälschten Dokumente vorgelegt wurden: Fernschreiben Müller vom 9.11., Bericht Heydrichs an Göring vom 11.11., Fernschreiben von Heydrich vom 10.11. und die Erklärungen von Schallermeyer vor dem IMT. Bei sehr spärlichen Prozessen nach dem Kriege in der Bundesrepublik - Kriegs **Verbrecherprozesse** gab es deshalb nicht (!) - ergaben sich Verdachtsmomente, daß sowohl der auslösende Mord als auch die auf ihn folgenden Pogrome von außerhalb des Reiches veranlaßt worden waren (I. Weckert 1981).

7 Polen bis 1933

962 wurde in den Quellen zum ersten Male mit Dago I. ein Wikingergeschlecht genannt, das bei Oslo beheimatet war, kurz vorher die Herrschaft über den ostvandalischen Stamm der Polanen errungen hatte und seit Dago I. bis zum Aussterben 1370 fast nur deutsche Reichsfürstentöchter heiratete. Deshalb wird die Sprache des Hofes bald deutsch gewesen sein. Die Daglinger waren das europäische Fürstengeschlecht mit der nächsten Verwandtschaft zu deutschen Kaisern. Nach den Polanen wurde ihr Reich später Polen genannt. Es gehörte im Mittelalter in wechselnder Bindung zum Deutschen Reich und zu dessen Kulturraum. Alle Städte Polens waren deutsche Gründungen nach Magdeburger Recht und hatten bis in das späte Mittelalter oft nur deutsche Einwohner. Kaiser Otto III. versuchte den Daglinger Boleslav I. zum Mitregenten zu erheben. Um das Jahr 1000 wurde mit der Vergrößerung des Reiches der Daglinger der Sudetenkamm erreicht. Vorher war Schlesien im Besitz der böhmischen Herzöge, die seit 929 dem deutschen König lehenspflichtig waren. Schlesien gehörte also schon vor Entstehung des Daglinger Reichs zum Deutschen Reich und wurde zwischen 1000 und 1163 zeitweise vom böhmischen Herzog Bretislav wiedererobert. Ein Seitenzweig der Daglinger erhielt 1138 bei der Teilung ihres Reiches Schlesien, und 1163 wurden die Söhne Wladislaw des Vertriebenen durch Barbarossa gemeinsam als Regenten in Schlesien eingesetzt. Heinrich IV. aus dieser Linie empfing 1278 sein Herzog-

tum von Rudolf von Habsburg als Lehen. Schlesien hat also nur mit der Unterbrechung von 1000 bis 1163 stets zum Deutschen Reich gehört. Auch die schlesischen Daglinger hatten fast nur deutsche Frauen und waren keine *„polnischen Piasten "*. Daß sich daraus polnischerseits keine Besitzansprüche auf Schlesien als *„ urpolnisches "* Land ableiten lassen, bedarf keines weiteren Wortes. Ähnlich ist die Lage in Mecklenburg und Pommern, deren Fürsten 1167 bzw. 1182 Mitglieder des Deutschen Reiches wurden.

Die polnischen Gebietsforderungen gründen sich historisch vor allem auf die als wissenschaftlich-authentisch geltende Ausgabe der lateinischen Abschriften der verschollenen *Chronik des Helmold von Bosau* (f 1178), in der für die Bewohner östlich des Deutschen Reiches „slafi" steht, obwohl die verschollene Urschrift mit großer Wahrscheinlichkeit die Bezeichnung „sclavi" verwandte. Daß die Übersetzung von „sclavi" mit „Slawen" im heutigen ethnischen Verständnis falsch ist, ist längst erwiesen. Richtig ist die Identität *„sclavi sunt vandali"* von Albertus Krantzius (t 1517), Rektor der Universität Rostock und Mitglied des Führungsstabes der Hanse (H. Schröcke 1996). Die Sprache der Ostvandalen wurde z. B. vom Chronisten Karls des Großen, Einhard (*Vita Carolina*, Kap. 15) als *„paene similes"*, als „sehr ähnlich" [der seinen] bezeichnet. Die Gebietsforderungen nach der Stalin-Oder-Neiße-Linie wurden erstmals im Panslawistenkongreß 1848 erhoben und aufgrund der hannoverschen Wendlande (Wenden = Winden = Winidi = Vandali) vom Panslawistenkongreß 1884 in Agram bis in Gebiete westlich der Elbe, also einschließlich der gesamten DDR, ausgedehnt, obwohl die Wenden Nachkommen der Ostvandalen sind (H. Schröcke 1996).

Die deutschfeindlichen Einflüsse in Polen gingen von Anfang an vor allem von der katholischen Kirche aus und waren erstmalig beim Erzbischof Jakob II. von Gnesen (1282-1324) nachweisbar. Dann erfolgte u. a. 1535 das Verbot für Deutsche zur Teilnahme an dem Gottesdienst in der Krakauer Marienkirche, die von der deutschen Gemeinde erbaut worden war und für die Veit Stoß 1485 seinen großen Marienaltar geschaffen hatte. Der unselige Einfluß der katholischen Kirche reicht bis in die allerjüngste Vergangenheit. Kardinal Wyschinski sagte 1965: ***„Mit der Wiedergewinnung der polnischen Westgebiete, mit der Vernichtung des preußischen Staates und der Zerschlagung des Deutschen Reiches hat die Gegenreformation ihr Ziel erreicht"*** (H.-J. Evert 1975, S. 119).

Nach den drei polnischen Teilungen 1772, 1793 und 1795, in denen Preußen das Ermland, Danzig, Westpreußen und die Provinz Posen erhielt, bestand der Staat Polen von 1795 bis 1916 nicht, bevor er vom Deutschen Reich und Österreich wieder gegründet wurde. Von den von Preußen in den drei Teilungen erworbenen Gebieten waren das Ermland und Danzig rein deutsch besiedelt. In Westpreußen wohnten nach der Volkszählung von 1910 65 % Deut-

sehe und in der Provinz Posen 42 %, zumeist in einem Streifen im Westen. 1795 kamen vor allem in der Provinz Posen 450 000 Polen unter preußische Herrschaft.

Der Regentschaftsrat des von Österreich und dem Deutschen Reich 1916 wiedergegründeten polnischen Königreichs übertrug am 14.11.1918 als letzte Amtshandlung die Regierungsgewalt Pilsudski, während in Paris das polnische Nationalkomitee unter Roman Dmowski den Kombattantenstatus der Entente erhalten hatte. Von Dmowski wurde 1913 der Friedenskonferenz eine Denkschrift vorgelegt, in der Posen, Westpreußen, Danzig, Oberschlesien und Teile von Ostpreußen und Niederschlesien als *„urpolnisches Land"* für den polnischen Staat gefordert wurden.

1921 fanden Abstimmungen statt, in denen in Teilen Ostpreußens mit 97,9 %, in Teilen von Westpreußen mit 92,4 %, in Teilen von Niederschlesien mit 97,6 % und in Oberschlesien mit 62,0 % für den Verbleib im Deutschen Reich gestimmt wurde. Das Abstimmungsgebiet Oberschlesien wurde von alliierten Truppen besetzt. Der von der Warschauer Regierung bestellte Abstimmungskommissar Korfanty ließ polnische Freischärler vor der Abstimmung nach Oberschlesien einrücken, die die deutsche Bevölkerung in brutaler Weise tyrannisierten, ohne daß die alliierte Besatzungsmacht dagegen einschritt. Außerhalb des Besatzungsgebietes wurden diese Freischärler am 21.5.1921 am Annaberg vom Selbstschutz Oberschlesiens aus den Freikorps *Oberland, von Heydebreck, Roßbach* und der *Breslauer Studentenformation* geschlagen und aus Schlesien vertrieben. Trotz des eindeutigen Abstimmungsergebnisses wurde am 20.10.1921 der größte und nach Industrie und Bodenschätzen wichtigste Teil Oberschlesiens von den Siegern Polen übereignet. Insgesamt wurden von Polen nach heutigem Völkerrecht 256 000 Quadratkilometer annektiert. Lloyd George, der britische Premierminister kommentierte die polnischen Gebietsforderungen auf der Versailler Konferenz am 26.3.1919 mit den Worten: *„ Der Vorschlag der polnischen Regierung, durch eine neue Grenzziehung im Osten über 2 Millionen Deutsche unter polnische Verwaltung, d. h. unter die Verwaltung eines Volkes zu stellen, das in der Geschichte gezeigt hat, daß es sich nicht einmal selber regieren kann, ein solcher Vorschlag muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen "* (A. Schickel 1984, S. 169).

Der Präsident der Versailler Friedenskonferenz, Clemenceau, richtete am 24.6.1919 an Polen eine Note, in der es hieß: *„Die Sicherung und Aufrechterhaltung des Friedens im ostmitteleuropäischen Bereich mit einem international garantierten Minderheitenschutz müsse Vorrang beanspruchen. "* Der Minderheitenschutz war eine Voraussetzung zur völkerrechtlichen Anerkennung Polens. Aber in dieser Hinsicht tat sich gar nichts, auch nicht vom Völkerbund. 1934 kündigte Polen den Minderheitenschutzvertrag. 1937 konnte

zwischen dem Deutschen Reich und Polen ein neuer Minderheitenschutzvertrag geschlossen werden, den Polen jedoch auch mißachtete.

Ein britischer Historiker bemerkte ironisch zur polnischen Politik 1919-1939: *„Polen betreibt eine Politik wie ein Kanarienvogel, der sich beständig aber vergeblich bemüht, zwei Katzen zu verschlingen "* (in: S. Sharp, *Poland - white Eagle on a red field).*

Ohne jede Rücksichtnahme auf ethnische Belange und das Selbstbestimmungsrecht nichtpolnischer Volksgruppen träumten die polnische Führung und das polnische Volk von einer Großmacht Polen zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Von diesem völlig irrationalen Nationalismus hebt sich der gesunde Nationalismus des Bismarckreiches, von dem sich die Politiker der heutigen staatstragenden deutschen Parteien nur zu beflissen distanzieren (Bundespräsident Roman Herzog: *„Da gibt es ein paar Träumer, die Deutschland auf Bismarck-Kurs bringen wollen." Focus* 19/1994), entschieden ab.

Zur Eroberung der Ukraine fiel Pilsudski 1920 in Rußland ein. Er kam bis Kiew, dann trieb ihn die russische Gegenoffensive bis kurz vor Warschau zurück und nur der französische General Weygand wendete das Schlimmste ab. Aber im Frieden von Riga 1921 behielt Polen östlich der Curzon-Linie, die 1919 vom englischen Außenminister Curzon als polnische Ostgrenze vorgeschlagen worden war und Gebiete mit ethnischer Vorherrschaft von Polen von denen mit russischer - einschließlich ukrainischer - Vorherrschaft trennte, einen 250 km breiten Streifen mit 11 Millionen Menschen, von denen nur zwei Millionen Polen waren.

Die Curzon-Linie wurde 1939 nach dem Sieg über Polen der deutsch-russischen Demarkationslinie zugrundegelegt und später der jetzigen polnisch-russischen Grenze. Die Sowjetunion hat sich 1945 also nur Gebiete angeeignet, die ihr zu Recht gehörten. Die dann nach Polen aus den Gebieten östlich davon umgesiedelten 2,5 Millionen Polen dienen den deutschen Medien und Politikern bis heute dazu, die Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten, die ein Vielfaches dieser 2,5 Millionen Polen ausmachen, zu rechtfertigen. Die völkerrechtlich nicht legitimierten Annexionen von Gebieten des Deutschen Reiches mußten von der Bundesrepublik vorbehaltlos anerkannt werden, und die Vertreibungen der Deutschen, die Völkerrechtsverbrechen sind, wurden von dem ehemaligen deutschen Bundespräsidenten R. v. Weizsäcker als *„ erzwungene Wanderungen "* beschönigt. Die Bundesrepublik als Teilrechtsnachfolger eines formalrechtlich weiterbestehenden Völkerrechtssubjektes *Deutsches Reich* ist allerdings, das sei hier angemerkt, nicht befugt, über die Gebiete des Deutschen Reiches zu verfügen, die außerhalb der mit Siegerstatut festgesetzten Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland liegen. **Der Rechtsanspruch der Vertriebenen auf ihr Eigentum und ihr Land ist unverjährbar (UNO-Konvention v. 17.11.1968) und unverzichtbar** (4. **Kon-**

vention v. Genf 1949, Art. 8). Eine völlig andere und hier nicht zu stellende Frage ist die nach der realpolitischen Verwirklichung einer solchen Rechtslage.

In der Weimarer Republik bestand über alle Parteien hinweg die einhellige Forderung nach bedingungsloser Rückgabe der annektierten Ostgebiete. Einer der entschiedensten Vertreter dieser Forderungen war der Reichsaußenminister Stresemann (siehe Kap. 4). Er schrieb an den deutschen Botschafter in London am 19.4.1926: *„Zu einer Zwischenlösung irgendwelcher Art dürfen wir es unter keinen Umständen kommen lassen ... Dahin gehört z. B. eine Regelung, die dem Korridor Autonomie verleiht, sei es zusammen mit Danzig, sei es auf andere Weise"* (A. Schickel 1984, S. 192). Bevor er sich auf den bedingungslosen Krieg gegen Deutschland eingestellt hatte, beurteilte Churchill die Lage im gleichem Sinn und führte am 24.11.1925 vor dem Unterhaus aus: ***„ Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Frage nicht gelöst wird, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen"*** (U. Walendy 1965, S. 137).

Der polnische Chauvinismus verstieg sich bis zu Präventivkriegsabsichten im Winter 1932/33, die nur auf dringendes Abraten Englands hin nicht ausgeführt wurden. Solche Absichten bestanden 1936 wieder und mündeten mit Hilfe der Garantie Englands 1939 in den langersehnten Marsch nach Berlin, wie es der polnische Rundfunk in der Nacht vom 1. zum 2.9.1939 verkündete.

8 Der Genozid an den Deutschen in Polen

Der im oberschlesischen Abstimmungsgebiet von der polnischen Regierung eingesetzte Abstimmungskommissar Korfanty stellte bewaffnete polnische Freiwilligenverbände auf, die die deutsche Bevölkerung tyrannisierten. Die alliierten Besatzungstruppen unternahmen jedoch nichts gegen die polnischen Freischärler. Auch gegen den von Korfanty am 3.5.1921 angezettelten Aufruhr, der den bisherigen Terror gegen die Deutschschlesier an Härte und Grausamkeit noch weit übertraf - bereits damals gab es Morde an Deutschen -, unternahm die alliierte Kontrollkommission nichts. Und doch stimmten am 20.3.1921 62 % der Oberschlesier für Deutschland ab (A. Schickel 1984).

Im Gefolge der Verträge nach Kriegsschluß 1918 schloß Polen mit den Al-

liierten am 28.6.1919 einen Minoritätenschutzvertrag ab, in dem es sich verpflichtete, *„... allen Einwohnern ohne Unterschiede der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewährleisten "*, ebenso stand es in der polnischen Verfassung (A. Schickel 1984, S. 183). Für den Minderheitenschutz auf zwischenstaatlicher Ebene war der Völkerbund zuständig. Der Völkerbund kümmerte sich kaum um die Belange deutscher Minderheiten, noch nicht einmal 4,5 % aller von Deutschland eingereichten Fälle zwischen 1920 und 1930 wurden bearbeitet. Die restlichen 95,6 % wurden zurückgewiesen oder einfach nicht erledigt. Außenminister Stresemann kritisierte dieses Vorgehen auf der Konferenz von Lugano am 17.10.1930: *„ ... während der Völkerbund allen Appellen und Darlegungen gegenüber taub ist ..."* und am 14.12.1931: *„Das Ziel polnischer Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten auf dem Papier und in Wirklichkeit"* (U. Walendy 1965, S. 157).

Die minderheitenfeindlichen Maßnahmen der polnischen Regierung begannen sofort mit der Annexion der deutschen Ostgebiete nach Kriegsende 1918 und erstreckten sich auf alle Lebensbereiche wie deutsche kulturelle Einrichtungen, Schulen und Bildungsstätten, bäuerlichen Grundbesitz und Industrieunternehmen sowie Vereine, Genossenschaften usw. und steigerten sich bis Kriegsbeginn kontinuierlich. Sie wurden von terroristischen Maßnahmen polnischer Vereine begleitet, die schon vor 1933 zu Todesopfern führten. Ein Gesetz zur Bodenreform gestattete zunächst die Enteignung von Großgrundbesitz. Die Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe zielten aber von Anfang an nicht nur auf Enteignung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, sondern auch des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes. Allein 1924 wurden 500 000 ha enteignet (U. Walendy 1965, S. 153), bis 1939 insgesamt 750 000 ha. Im Jahr 1939 betrugen die enteigneten Flächen in den Woiwodschaften Posen 12 165 ha, in Pommerellen 11 334 ha und in Schlesien 3 317 ha. Nach einem Grenzzonengesetz durften Deutsche in einem 30 km breiten Grenzstreifen kein Land mehr besitzen. Das betraf fast ganz Westpreußen. Von den 1925 vorhandenen 657 deutschen Schulen blieben bis 1938/39 nur 185 übrig. Deutsche Schüler wurden zwangsweise in polnische Schulen eingewiesen, deutsche Lehrer verloren ihre Stellungen und ihre Lehrbefugnisse. Für den Terror gegen deutsche Einrichtungen soll hier nur das Beispiel der *Bromberger Deutschen Rundschau* angeführt werden: *„ Von 1920-1939 hatte diese Zeitung 872 Strafverfahren. Die Schriftleiter wurden insgesamt zu 5 Jahren, 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis sowie 24.000 Zloty Geld- und 38.000 Zloty Gerichtsstrafen verurteilt. 546 Mal unterlag diese deutsche Zeitung der Beschlagnahme. Gesamtverlust: ungefähr 7.000.000 Zloty. Keiner Volksdeutschen Zeitung in Polen blieb ein ähnliches Schicksal erspart"* (R. Trenkel 1979).

Diese Umstände zwangen zur Auswanderung. Bis 1923 hatten bereits 500 000 Deutsche Polen gezwungen und freiwillig verlassen, bis 1939 waren es 1,5 Millionen.

Bereits 1919 besaß Polen die ersten Konzentrationslager Europas und hatte 16 000 Deutsche als Staatsfeinde inhaftiert (H. Splittgerber 1989, S. 33). Am 17.6.1934, also nach Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages, beschloß die polnische Regierung wiederum die Errichtung von Konzentrationslagern und ab 1945 wieder mit noch ungezählten Opfern.

Während die Reichsregierung bis 1933 vergeblich alles ihr Mögliche gegen die Verfolgung der Deutschen unternahm, gelang es Hitler nach 1933, mit dem polnischen Präsidenten Pilsudski zu einem Übereinkommen und zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zu gelangen. Er stellte die Revisionspolitik und die Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen ein und gab die Anweisung an die Presse, nichts Nachteiliges über Polen zu berichten, so wurde die polnische Teilmobilisierung vom März 1939 in der deutschen Presse völlig heruntergespielt. Nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes kündigte die polnische Regierung im September 1934 den Minderheitenschutzvertrag und führte die Entdeutschungen auch nach einer deutsch-polnischen Erklärung zum Minderheitenschutz vom 5.11.1937 unvermindert weiter. Kurz vor und nach der englischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 steigerte sich der polnische Terror nochmals.

Das mögen nur einige wenige Beispiele belegen: Der deutsche Botschafter in Warschau berichtete am 16.10.1935 an das Auswärtige Amt: „... *Es wird notwendig sein, daß sich die deutsche Öffentlichkeit mehr als das in letzter Zeit der Fall war, mit dem Schicksal der deutschen Minderheit in Polen befaßt. ... Der Kampf [* der Polen] *geht vielmehr auf der ganzen Linie weiter ... Das Ziel ..., nämlich die völlige Polonisierung ... wird auch heute noch mit aller Konsequenz verfolgt. Das Verständigungsabkommen hat das Tempo vielleicht sogar noch beschleunigt... Heute hat die deutsche Minderheit in Polen das Gefühl, vom Deutschen Reich im Stich gelassen zu werden; aber auch die Polen glauben, sich in ihrem Vorgehen gegen die deutsche Minderheit kaum noch Beschränkungen auferlegen zu brauchen, da sie mangels jeder Reaktion in der deutschen Presse den Eindruck erhalten müssen, daß alle Übergriffe von der deutschen öffentlichen Meinung widerspruchslos hingenommen werden. "* Der deutsche Generalkonsul in Thorn am 25.2.1938 an das Auswärtige Amt: *„Die Stimmung unter den Deutschen ist infolgedessen hoffnungslos und verzweifelt. Sie sind enttäuscht, daß die deutsche Presse keine Notiz von ihrem Leid nimmt ... Die Deutschen sehen mit Grauen und mit dem Gefühl absoluten Verlassenseins ihrem Untergang entgegen."* Der deutsche Generalkonsul in Danzig am 13.4.1939 an das Auswärtige Amt: „... *sind ... polnische zugereiste Banden auf Kraftwagen herumgefahren, die die deutsche Bevöl-*

kerung tätlich angriffen, in die deutschen Gehöfte eindrangen und die Wohnungseinrichtungen zerschlugen. Die deutsche Bevölkerung ist hierdurch zum Teil derartig verängstigt, daß sie bereits den wertvollen Teil ihrer Habe vergraben hat, sich tagsüber nicht mehr auf Straßen und Felder wagt und die Nächte aus Angst vor Überfällen außerhalb der Gehöfte in irgendwelchen Verstecken verbringt" (H. Bernhardt 1988, zit. in: N. v. Preradovich 1989, S. 24 ff.).

Bis Mitte August waren im Jahre 1939 bereits 76 000 Deutsche ins Reich geflüchtet. Mehr als 50 000 waren verhaftet oder befanden sich auf Verschleppungsmärschen. Schon lange vor Kriegsbeginn waren schwarze Listen angelegt worden, sowohl regierungsseitig als auch durch polnische Vereine, nach denen verhaftet wurde. Das deutsche Weißbuch Nr. 2, *Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges,* Berlin 1939, stellte fest: *„ ... Am 6.5.1939 meldet Generalkonsul Kattowitz 200 Terrorfalle, am 19.5. weitere 100 allein aus Oberschlesien. Kein Deutscher ist seines Lebens und seines Eigentums mehr sicher ... Die englische Regierung wird durch die deutsche Botschaft über die friedensgefährliche Entwicklung auf dem laufenden gehalten, ohne daß etwas geschieht. Mitte Mai steigert sich die Hetze zu Deutschenpogromen, bei denen Tausende von Deutschen wie Freiwild gejagt werden ... Lodz meldete am 7.5.: Die Bedrohung der Volksdeutschen mit Totschlag, Folterungen usw. sind zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden ... Immer mehr stellt sich heraus, daß die Behörden selbst die Träger des Liquidationsprozesses sind ... Das Deutschtum in Galizien steht vor der Vernichtung ... "* (H. Bernhardt 1988).

Im Sommer 1939 wurden bereits vor dem 1.9. 3 500 Deutsche ermordet (F. Becker 1991, S. 13), nach v. Richthofen 8 000 (H. Splittgerber 1989, S. 43) und nach dem 1.9. etwa 20 000 (v. Richthofen, *Ostpreußenblatt* 1978, S. 48). Nach Kriegsbeginn wurden etwa 5 000 **Volksdeutsche** Soldaten in der polnischen Armee ermordet (*Inf. Dienst,* Viöl 1998, Nr. 17, 0987). Die Exzesse steigerten sich bis zum Blutsonntag in Bromberg am 1.9.1939 mit 5 800 Ermordeten. Eine Zeugin berichtete: ***„In Bromberg ist nachweislich von den Kanzeln verkündet worden, daß die Tötung von Deutschen keine Sünde, sondern im voraus vergeben sei"*** (Brief des Generalsuperintendant P. Blau, Posen, an Prof. D. A. Keller v. 17.10.1939, E. Löser, o. Datum). ***„Die Mordwaffen dazu wurden von katholischen Geistlichen in einer Kirche ausgegeben"*** (E. Löser, Brief an Dr. Czaja v. 12.3.1990).

Die *Deutsche Rundschau* in Bromberg meldete zum 12.9.1939: *„Das Verhör der an der Bartholomäusnacht in Bromberg beteiligten Verhafteten hat ergeben, daß die jeder Beschreibung spottenden Grausamkeiten von zwei britischen Agenten des Secret Service planmäßig vorbereitet und durchgeführt wurden "* (Faksimileabdruck U. Walendy 1989).

Insgesamt hatte die deutsche Volksgruppe vor und nach Kriegsbeginn mindestens 58 000 Ermordete, davon 3 000 bis 4 000 vor Kriegsbeginn, zu beklagen, von denen 12 857 namentlich identifiziert werden konnten. Das war die sechsfache Anzahl aller deutschen Gefallenen im Polenfeldzug.

Die Gesamtheit des polnischen Vorgehens gegen die deutsche Minderheit erfüllt faktisch den Tatbestand des Völkermordes nach der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes v. 9.12.1948, nach dem bereits die Beeinträchtigung der ethnischen Identität von Angehörigen ethnischer Minderheiten allein durch Maßnahmen gegen die Verwendung ihrer Sprache ein Verbrechen darstellt. Völkermord ist ein unverjährbares Verbrechen. Veranlaßt wurden diese Verbrechen durch eine verantwortungslose polnische Politik, die von den Siegern von 1918 geduldet, wenn nicht sogar gefördert wurde. Der für den Minderheitenschutz zuständige Völkerbund unternahm nichts gegen diese Verbrechen.

Im Deutschen Reich gab es nicht eine Vergeltungsmaßnahme an der zahlenmäßig kleinen polnischen Volksgruppe. England als Garantiemacht der polnischen Westgrenze unternahm, obwohl laufend von der Reichsregierung unterrichtet, trotz mehrfacher Warnungen des englischen Gesandten nichts gegen den Genozid und die zuletzt schon kriegsähnlichen, von Polen provozierten Zustände an der Grenze. Der Verdacht liegt nahe, daß die polnischen Verbrechen mit voller Absicht benutzt oder sogar veranlaßt wurden, um einen Krieg auszulösen.

9 Die Tschechenkrise 1939

Nach dem *Münchener Abkommen* von 1938 betrachteten sich die Tschechen immer noch als Freunde der UdSSR und Frankreichs, und die gegen das Reich gerichteten Militärbündnisse mit Frankreich und der UdSSR mit dem jederzeitigen Landerecht für die Luftwaffe dieser Staaten in der Tschechei sowie die starke tschechische Armee bestanden fort. Berlin war damals von Prag in 37 Flugminuten erreichbar.

Die Krise kündigte sich dadurch an, daß die Prager Regierung Maßnahmen gegen die 1938 gewonnene Autonomie sowohl der Karpato-Ukraine (Ruthenien) als auch der Slowakei einleitete.

Am 12.2.1939 kam der Slowakenführer Tuka aus eigenem Entschluß nach Berlin und sagte dort: *„ Ein weiteres Zusammenleben von Tschechen und Slowaken sei unmöglich "* (U. Walendy 1965, S. 118). Am 6.3. verstärkte Prag die militärische Präsenz in Ruthenien und löste die autonome ruthenische Regie-

rung auf. Am 10.3. geschah das gleiche in Preßburg. Die Regierung Tiso wurde abgesetzt. Tiso sandte einen Hilferuf nach Berlin, der von der deutschen Presse abgedruckt wurde. Am 12.3. kam es zu Straßenkämpfen zwischen Slowaken und tschechischem Militär. Am gleichen Tage kam Tiso nach Berlin und wurde von Hitler empfangen. Tiso trug Hitler die Bitte vor, die Slowakei, die sich völlig vom tschechischen Staat lösen werde, unter den Schutz des Reiches zu nehmen. Hitler antwortete ausweichend, er überließe es den Slowaken selbst, erst die Entscheidung über ihre staatliche Selbständigkeit zu treffen (O. Meissner 1950, S. 475). Bereits am 14.3. fuhr deutsches Militär durch die Slowakei, um Mährisch-Ostrau vor der drohenden Besetzung durch Polen zu bewahren. Am gleichen Tage begann Ungarn nach einem Ultimatum vom 13.3., das nicht vom Deutschen Reich veranlaßt worden war, Ruthenien zu besetzen.

Am 14.3. früh erklärte der slowakische Landtag die Unabhängigkeit. Der britische Botschafter in Berlin Henderson rief daraufhin den Prager Außenminister Chvalkovski an, er solle nach Berlin kommen und die Lage mit Hitler besprechen (Hoggan 1976, S. 336). Nach anderer Darstellung fragte der tschechische Außenminister Chvalkovski bei Hitler an, ob er Hacha zu einem Besuch empfangen wolle (A. v. Ribbentrop 1963, S. 302). **Hacha fuhr also freiwillig nach Berlin.** Um 16.00 Uhr verließ der tschechische Staatspräsident Hacha mit seinem Außenminister im Sonderzug Prag. Auf dem Wege vom Bahnhof zu seinem Hotel Adlon in Berlin berichtete Hacha dem ihn begleitenden Staatssekretär Meissner *„in aufgeregter Gesprächigkeit ..., daß er angesichts der unhaltbar gewordenen Situation in seiner Heimat zu dem Entschluß gekommen sei, den Führer und Reichskanzler um Hilfe und Schutz anzugehen, und daß er hoffe, bei ihm Bereitwilligkeit zu einer gemeinsamen politischen Arbeit zu finden"* (O. Meissner 1950, S. 476). In seinem Einleitungsprolog bei den Verhandlungen sagte Hacha: *„Er habe seit langem den Wunsch gehabt, den Mann kennenzulernen, dessen wunderbare Ideen er oft gelesen und verfolgt habe. Im übrigen sei ihm das ganze* [Masaryk- und Benesch-] *System so fremd gewesen, daß er sich gleich nach dem Umschwung* [Okt. 1938] *die Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschechoslowakei ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein ... "* (U. Walendy 1965, S. 127). Er habe um diesen Empfang nachgesucht, um sein Land dem Schutz des Reiches zu unterstellen und das Schicksal seines Volkes in die Hände des deutschen Führers zu legen. Die Besprechung verlief in Ruhe und korrekten Formen (O. Meissner 1950, S. 476). Vor Unterzeichnung des Vertrages telefonierte er mit seinem Prager Kabinett und erhielt von dort Zustimmung. Bei der Reise war die Tochter Hachas zugegen, die später bei Verhören in den USA aussagte, ihr Vater sei nicht unter Druck gesetzt worden (D. Hoggan 1976, S. 337). Hacha wurden vorher und nachher die protokollarischen Ehren eines souveränen Staatsoberhauptes

erwiesen. Bei Ankunft in der Reichskanzlei schritt er unter den Klängen des Präsentiermarsches die Ehrenkompanie der Leibstandarte ab.

Daß die Reichsregierung von der Entwicklung völlig überrascht worden war und diese nicht planmäßig herbeigeführt hatte, geht schon daraus hervor, daß Göring sich im Urlaub auf San Remo befand, und daß der Wortlaut des Abkommens, abgesehen von der Schutzerklärung, völlig nichtssagend ist. Hitler ließ das Zimmer im Adlon, das die Tochter Hachas bewohnte, mit gelben Rosen schmücken. Am 15.3. wurde um 03.55 Uhr das Abkommen unterzeichnet und kurz darauf begann der Einmarsch der deutschen Truppen, der ohne Zwischenfälle verlief.

Der Zerfall der Tschechoslowakei mit der Gründung der selbständigen Slowakei wurde von den Siegern von 1945 zunichte gemacht durch die Wiedergründung der Tschechoslowakei. Doch die Slowaken konnten mehr als 50 Jahre danach ihr Selbstbestimmungsrecht erneut durchsetzen. Auch hier benötigte die Revision der Verbrechen der Sieger von 1918 mehr als 70 Jahre.

Die volle Kriegsstärke der tschechischen Armee, wie sie damals in die Einkreisungsbündnisse um das Reich einbezogen war, betrug 44 Divisionen. Nach der Generalmobilmachung im September 1938 waren 35 Divisionen voll einsatzfähig. Nach der Besetzung im März 1939 wurden sichergestellt: 1 582 Flugzeuge, 469 Panzer, 2 175 Geschütze, 561 Flakgeschütze, 785 Minenwerfer, 43 876 Maschinengewehre, 1 900 000 Gewehre (H. Splittgerber 1989).

Im Art. I über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren vom 16.3.1939 heißt es: *„Die von den deutschen Truppen besetzten Landesteile der ehemaligen Tschechoslowakei gehören von jetzt ab zum Gebiet des Großdeutschen Reiches und treten als 'Protektorat Böhmen und Mähren ' unter dessen Schutz"* (M. Domarus 1988, S. 1099). Gemäß der völkerrechtlichen Definition stellt ein Protektorat ein weiterhin souveränes Völkerrechtssubjekt dar, das nur Teile seiner Souveränität an eine Schutzmacht abgetreten hat. Dazu steht dieser Art. I insofern formal im Widerspruch, als das Protektorat Böhmen und Mähren als zum Gebiet des Deutschen Reiches gehörend bezeichnet wurde. Andererseits behielt das Protektorat die Souveränität darin, daß es ein eigenes Staatsoberhaupt und eine eigene Regierung hatte, durch einen Gesandten in Berlin vertreten war, über eine eigene Währung verfügte und selbständig Außenwirtschaftsverträge abschloß und nur die Außen- und Verteidigungspolitik an das Reich abgetreten hatte.

Ein internes Memorandum des *Foreign Office* beantwortete die gestellte Frage, ob Prag sich einer Zersetzung des zusammengesetzten (composite) Staates von innen oder einer geplanten Zerstörung von außen durch Deutschland gegenübergestellt sah, eindeutig. Es sei den Tschechen nicht gelungen, die Slowaken zu gewinnen. Der tschechische Außenminister Chvalkovski habe erklärt, daß es keinen Beweis dafür gebe, daß es eine auf die Auflösung des

tschechischen Staates durch das Deutsche Reich oder die deutschen Minderheiten gerichtete Propaganda gegeben hätte.

Noch vor Hachas Ankunft in Berlin telegrafierte Halifax, nachdem es eine Anfrage an ihn durch v. Weizsäcker gegeben hatte, an Henderson, er möge *„sobald als möglich"* der deutschen Regierung folgende Botschaft übermitteln: *„Seiner Majestät Regierung hegt keinen Wunsch, sich unnötigerweise in Angelegenheiten einzumischen, an denen vielleicht andere Regierungen unmittelbarer interessiert sind als dieses Land"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 244). Chamberlain erklärte am 15.3., der nicht lebensfähige Staat sei völlig auseinandergebrochen. Der *Hitler-Hacha-Vertrag* stelle keinen Bruch des *Münchener Abkommens* dar und die Britische Regierung sei nicht mehr an ihre Verpflichtungen gegenüber der Resttschechei gebunden.

Aber zwei Tage darauf kam auf Druck Roosevelts die Kehrtwendung Englands mit einer Rede Chamberlains in Birmingham und es setzte eine von den USA ausgehende massive Pressekampagne gegen Deutschland ein. Die USA-Regierung verurteilte in einer scharfen Erklärung den deutsch-tschechischen Vertrag *„als die zeitweise Auslöschung der Freiheiten eines freien und unabhängigen Volkes"* (Bavendamm 1983, S. 513). Der gleiche Wortlaut tönt uns noch heute überall entgegen. Sogar die Vertriebenen haben diese deutschfeindliche Propaganda übernommen.

Am 27.4.1939 bildete Staatspräsident Hacha ein neues tschechisches Kabinett, das außer dem Außen- und dem Verteidigungsministerium alle Ressorts umfaßte. Der Reichsprotektor von Neurath machte daraufhin seinen Antrittsbesuch bei Hacha und nicht umgekehrt. Ende Juni schloß die tschechische Republik mit Norwegen und Dänemark Handelsverträge ab. Am 31.6. wurde vom Deutschen Reich mit der Tschechischen Republik ein Abkommen geschlossen, das der Republik eine eigene Streitmacht von 7 000 Mann beließ. Dieses Abkommen kam infolge des Kriegsbeginns nicht mehr zur Ausführung.

Daß die gewählte Lösung nicht das letzte Wort der Reichsregierung war, geht aus Hendersons Brief an Strang, den Leiter der Zentralabteilung im *Foreign Office*, vom 16.8.1939 deutlich hervor: *„Hitlers Hinweis, daß das Protektorat f ü r d e n A u g e n b l i c k* [gesperrt von Henderson] *eine Notwendigkeit ist, ist einer Erinnerung wert. Ich habe einigen Grund zu glauben, daß er mit dieser Lösung vom 15. März nicht zufrieden ist und erkennt, daß er einen Fehler gemacht hat"* (U. Walendy 1965, S. 131).

Der englische Historiker P. H. Nicoll urteilte: ***„Es muß hervorgehoben werden, daß Hitler Böhmen und Mähren nicht annektierte. Er schuf lediglich ein Protektorat, das den dort lebenden Völkern eine weitgehende Autonomie beließ ... Niemand ... wird behaupten dürfen, daß Hitler willkürlich und mit brutaler Gewalt Besitz von der tschechischen Republik ergriffen habe. Beide Parteien des zerrütteten und von Feindschaft gespaltenen Staates***

gingen Hitler um Schutz an, jede gegen die andere ... Nicht eine tschechische Hand erhob sich und nicht ein Schuß erfolgte gegen den sogenannten Aggressor und Eindringling. Ist es nicht seltsam, ... daß kein einziger Hilferuf an eine andere Macht gegen den deutschen Feind erging?" (U. Walendy 1965, S. 130).

Das Rüstungswerk *Skoda* bei Pilsen besaß bei 30 000 Arbeitern einen Werksschutz von nur 137 Mann, von denen wiederum nur 30 Deutsche waren. Daß bis Ende 1944 keine Sabotagefälle vorkamen, läßt den Schluß zu, daß die tschechischen Arbeiter nicht unzufrieden waren.[16]

10 Europa 1939 bis zum Kriegsbeginn

Im August 1938 leitete England seine Politik der Unterstützung Polens mit einem Besuch von Duff Cooper, dem ersten Lord der Admiralität, in Warschau ein, dem die Unterrichtung Polens durch Halifax folgte, daß England Polen in der Danzigfrage gegen das Reich unterstützen werde.

Schon 1939 schrieb Lord Vansittart, Staatssekretär im *Foreign Office*, an den holländischen Außenminister Kleffens: *„Deutschland muß unbedingt zerschlagen werden. Die Bolschewisierung Deutschlands ist ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen"* (F. Becker, *Huttenbriefe* 21, 1993, Heft 3).

Zwischen Deutschland und Polen standen Verhandlungen zur Regelung von Straßenbaufragen an. Diesen Anlaß nutzte v. Ribbentrop, um dem polnischen Botschafter Lipski am 24.10.1938 Vorschläge der Reichsregierung zur *„Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte zwischen Deutschland und Polen "* vorzulegen. Er sagte, das wären Vorschläge ähnlich dem deutschen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Südtirol. Sie enthielten im wesentlichen folgende Punkte:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig ist deutsch, ist immer deutsch gewesen und werde immer deutsch bleiben.
2. Durch den Korridor soll eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt werden.
3. Polen soll im Danziger Gebiet eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen erhalten.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.

[16] Anm.: Ab Herbst 1944 wurde zum Schutze der Mährischen Pforte und von Olmütz ein riesiger Panzergraben gebaut mit 15 000 tschechischen Freiwilligen, *„die morgens singend zur Arbeit marschierten "* (persönl. Mitt. eines Tatzeugen).

5. Die beiden Nationen erkennen ihre gemeinsamen Grenzen an, gegebenenfalls könne man zu einer Garantie der Territorien kommen.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird auf 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen eine Konsultativklausel in den Vertrag ein.

Demgegenüber, daß in der Weimarer Republik ausnahmslos alle Regierungen und alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten stets die bedingungslose Rückgabe der 1919 im Osten annektierten Gebiete gefordert hatten, waren das in der Tat außerordentlich maßvolle Vorschläge.

Der polnische Botschafter antwortete ausweichend.

Bei Gesprächen mit dem polnischen Außenminister Beck am 5. und 6.1.1939 betonte Hitler, daß ebenso wie Polen den Zugang zum Meer benötige, auch für Deutschland die Notwendigkeit der Verbindung mit Ostpreußen bestehe. Er versicherte Beck, Deutschland werde in Danzig kein *fait accompli* unternehmen. Kurz vor dem Gegenbesuch v. Ribbentrops in Warschau am 26.1.1939 setzte Bullit in Paris durch, daß die französische Regierung ihr erst im letzten Dezember erklärtes Desinteresse an Osteuropa wieder aufgab. Becks Kenntnis davon hatte zur Folge, daß am 26.1. die in Warschau bereits ausgetauschten freundlichen Reden nicht mehr gehalten wurden.

In den Berichten des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocky, an seine Regierung wurde bereits vor Jahresende 1938 die Einflußnahme Roosevelts auf Polen sichtbar. Am 12.11.1938 sagte Bullit, der Sonderbotschafter Roosevelts, noch ehe er Anfang 1939 seine neuen Instruktionen erhalten hatte, zu Graf Potocky: *„... daß nur Gewalt, schließlich ein Krieg den wahnsinnigen Expansionen Deutschlands in Zukunft ein Ende machen kann"* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 290). In Potockys Bericht vom 12.1.1939 (siehe Kap. 17 und Anhang A7) werden bestimmte Exponenten der hinter Roosevelt stehenden Hintergrundmächte beim Namen genannt, die bewußt auf den Krieg gegen Deutschland hinarbeiteten. Am 16.1.1939 versicherte Bullit Graf Potocky, daß die USA *„ bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen"*. Im Besitz seiner neuen Instruktionen, erläuterte Bullit dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, Anfang Februar das amerikanische Interesse und meinte, wenn Chamberlain ein neues München versuchen sollte, so verfügten die USA über *„ viele verschiedene und sehr mächtige Druckmittel, die das verhindern würden"* (D. Bavendamm 1983, S. 499, siehe Kap. 18). Wiederholt sprach er zu Lukasiewicz offen über die Kriegsabsichten der USA (siehe Kap. 18). Der deutsche Geschäftsträger in Washington, Thomsen, berichtete am 27.3.1939 nach Berlin: *„Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische*

Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten ... ***Roosevelt ist in seinem Inneren davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß"*** (A. v. Ribbentrop 1963, S. 292, siehe Anhang A8).

Am 10.2.1939 schlossen England und Frankreich ein geheimes Militärbündnis ab, und am 15.2. wurde in England das Gesetz zur Einführung der Wehrpflicht eingebracht.

Ganz im Sinne der Einkreisungspolitik hatte die englische Regierung den Vorschlag eines Viererpaktes England-Frankreich-Polen-UdSSR gemacht, auf den Polen am 22.3. dahingehend antwortete, daß es einen Zweierpakt England-Polen vorzöge. Etwa zur gleichen Zeit begann Bullit, energisch auf die englische Garantiepolitik gegenüber Polen hinzuarbeiten, und machte zunächst in einem Gespräch mit Lukasiewicz am 24.3. den Vorschlag einer Allianz Polens mit England und Frankreich. Anschließend wies er seinen Londoner Kollegen Kennedy an, am 26.3. Chamberlain auf seinem Landsitz aufzusuchen und diese Allianz zu fordern. Infolge bereits zugesagter Flugzeuglieferungen, des bereits geschlossenen Flottenabkommens und weiterer Abmachungen war England schon so abhängig von den USA, daß Chamberlain kapitulierte. Am Nachmittag des 26.3. konferierte er mit Halifax über eine Polengarantie. Lukasiewicz erfuhr sofort davon, und noch am selben Tage brachen die Verhandlungen v. Ribbentrops mit Lipski in Berlin zusammen (siehe auch Kap. 12).

Schon kurz vorher, am 23.3.1939, war in Polen eine Teilmobilmachung angeordnet worden, die die polnische Armee auf eine Stärke von 750 000 Mann brachte, und am gleichen Tage hatten die polnischen Befehlshaber den Aufmarschplan für einen Krieg gegen Deutschland erhalten (D. Hoggan 1976, S. 425).

Unmittelbar danach, in einem Gespräch am 25.3.1939, dessen zum Teil gefälschte Niederschrift beim IMT Nürnberg vorgelegt wurde, führte Hitler gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, aus, daß er die polnische Frage vorläufig nicht lösen wolle und daß er nicht beabsichtige, die Danziger Frage gewaltsam zu lösen (D. Bavendamm 1983, S. 539).

Am 29.3. meldete sich Kennedy nochmals bei Halifax mit einer Mitteilung, die der Spitzenagent und Deutschlandkorrespondent des *New Chronicle*, Jan Colvin, vom deutschen Widerstand mitgebracht hatte und die besagte, daß die deutsche Wehrmacht sprungbereit an der polnischen Grenze stünde. Das war eine glatte Lüge, denn erst nach der polnischen Teilmobilisierung wurde die Planung zum *Fall Weiß* am 3.4. von Hitler in Auftrag gegeben. Bis dahin gab es keinerlei deutsche militärische Planungen für einen Krieg gegen Polen. In der Anlage zum Fall Weiß vom 11.4.1939 hieß es: *„Die gegenwärtige Haltung Polens erfordert es, über die bearbeitete Grenzsicherung Ost hinaus militärische Vorbereitungen zu treffen, um nötigenfalls jede Bedrohung von die-*

ser Seite auszuschließen. ***Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden** "* (U. Walendy 1967, S. 336). Am 29.3. wurde Colvin von Chamberlain auf Veranlassung von Churchill empfangen. Er sagte: *„Hitler werde in aller Kürze Polen angreifen ... Es besteht eine gute Chance, daß deutsche Generäle ihn stoppen und revoltieren. Diese Generäle seien Beck und* v. *Witzleben, H.* v. *Bismarck und Major* v. *Kleist-Schmenzin ...".* Chamberlain fragte: *„ Würde es diese Leute beeinflussen, wenn wir Polen eine Garantie geben?"* Colvin darauf: *„Das würde helfen"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 260). Daraufhin entschied sich Chamberlain zur Garantie gegenüber Polen, die die entscheidende Wende zum Kriege war (D. Bavendamm 1983, S. 531 f.). Wie stark Chamberlain von den Falschmeldungen des Widerstandes beeinflußt war, geht aus einem Brief an seine Schwester vom 10.9.1939 hervor: *„ Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg ..., sondern ein Kollaps der deutschen inneren Front"* (K. Feiling, London 1947, S.418).

Am 31.3.1939 erklärte Chamberlain im Unterhaus: *„Um den Standpunkt Seiner Majestät Regierung für die Zeit, bis die Beratungen* [mit anderen Regierungen] *abgeschlossen sind, völlig klarzumachen, habe ich dem Hause jetzt mitzuteilen,* ***falls*** *während dieser Periode* ***die polnische Unabhängigkeit durch irgendeine Aktion eindeutig in Gefahr gerate und die polnische Regierung es als lebenswichtig erachte, mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, so würde sich die Regierung Seiner Majestät sofort verpflichtet sehen, der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren.*** *Sie hat darum der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben"* (D. Hoggan 1976, S. 455).

In später Erkenntnis schrieb Churchill nach dem Krieg: *„Die Polengarantie war ein Markstein zum Verhängnis"* (D. Irving 1990).

In einem Geheimprotokoll, von dem das Unterhaus erst im Oktober 1939 Kenntnis erhielt, wurde festgestellt, daß sich diese Garantie nur auf die Bedrohung Polens durch das Deutsche Reich bezog. Damit hatte England auf Betreiben Roosevelts die Möglichkeit zur Veranlassung des Krieges in die Hand des polnischen Chauvinismus gegeben. Die Garantieerklärung wurde am 25.8.1939 in einem Beistandsvertrag zwischen England und Polen verankert.

Aber selbst, als Rußland nach dem Beginn der Verhandlungen mit England am 15.4. forderte, daß der englische Garantievertrag für Polen nur auf einen Angriff Deutschlands auf Polen beschränkt würde und Rußland zudem Durchmarschrechte durch Polen verlangte - was Warschau ablehnte -, wies Polen jeden deutschen Verständigungsvorschlag zurück.

Am 26.4. wurde in England die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Da die englische Garantie gegenüber Polen, die polnischen Maßnahmen der Teilmobilisierung und die Ablehnung von Verhandlungen im Widerspruch zu den von

Deutschland mit England und Polen abgeschlossenen Abkommen des Flottenvertrages bzw. des Nichtangriffspaktes standen, kündigte Hitler diese Verträge in seiner Rede vor dem Reichstag am 28.4. (siehe Kap. 18), in der er sich vor allem mit Roosevelt auseinandersetzte. Auf der anderen Seite sicherte er Polen seine fortdauernde Verhandlungsbereitschaft zu und wiederholte die Vorschläge v. Ribbentrops vom 24.10.1938 zur Beseitigung der Spannungen mit Polen. Aber Lipski sagte zu v. Ribbentrop am gleichen Tage, jede weitere Verfolgung deutscher Pläne bezüglich Danzigs würde den Krieg mit Polen bedeuten.

Daß die polnische Führung fest zum Kriege entschlossen war, geht aus einer Ansprache des polnischen Oberbefehlshabers, Marschall Rydz-Smigly, im Juni an polnische Offiziere hervor: ***„Polen will den Krieg mit Deutschland und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte"*** (B. v. Richthofen 1975, S. 52).

Nach der Garantie vom 31.3. unternahmen Strang, Leiter der mitteleuropäischen Abteilung des *Foreign Office,* und Jebb, Mitarbeiter derselben Abteilung, in Warschau einen Besuch zur Erkundung der polnischen Haltung. Aus Jebbs Bericht geht hervor, daß die Kriegsabsichten der Polen darauf hinzielten, die Deutschen aus den bis zur Oder zu erobernden Gebieten zu vertreiben. Jebb stellte außerdem fest, daß die Polen ohne die englische Garantie *„ihre gegenwärtige Haltung Deutschland gegenüber ernsthaft revidieren würden "* (M. Klüver 1993, S. 105 f.).

Am 10.7.1939 berichtete der deutsche Botschafter Dircksen aus London: *„Durch eine Reihe von verschiedenen Faktoren sei die für emotionale Reaktionen empfindliche öffentliche Meinung Englands in einen Geisteszustand versetzt worden, der den Begriff 'Krieg' zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche mache. "* Diese Stimmung war durch die Kriegshetze der Presse erzeugt worden, z. B. durch Verbreitung falscher Nachrichten aus Danzig durch *United Press,* die der polnische Außenminister spöttisch als: *„das 49. Putschgerücht aus Danzig"* kommentierte (M. Klüver 1984, S. 232).

Im Mai 1939 bemühte sich Papst Pius Xll.um eine Konferenz von Deutschland, Italien, England, Frankreich und Polen. Während Deutschland und Italien dem Plan zustimmten, wurde er von den anderen Mächten verworfen.

Churchill sagte zu dieser Zeit zu seinem Freund B. Baruch: ***„Der Krieg kommt nun sehr bald. Wir werden hineinsteigen und sie*** [die USA] ***werden es auch tun. Sie*** [Baruch] ***werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen "*** (E. Kern 1988, S. 168).

Ganz im Gegensatz dazu stand die auf Verhandlungen mit Polen eingestellte Reichsregierung. Schon Anfang Juni erläuterte Göring Henderson die Ansicht Hitlers, daß Danzig und der Korridor keine dringende Angelegenheit sei. Diese deutsche Ansicht war in den britischen Kabinettssitzungen vom 19.7. und 26.7. bekannt (M. Klüver 1984, S. 250 f.).

Am 16.6.1939 berichtete Henderson an Sargant im *Foreign Office,* **Hitler habe direkten Befehl gegeben, daß von den Danzigern keine Zwischenfälle geschaffen werden sollten** (M. Klüver 1984, S. 398).

Obwohl von Polen wirtschaftlicher Druck auf Danzig ausgeübt wurde und die polnischen Zollinspektoren widerrechtlich bewaffnet wurden, beauftragte Hitler den Danziger Gauleiter Forster am 19.7.1939, dem Hohen Kommissar des Völkerbundes für Danzig, Burckhardt, vorzutragen, daß die Lösung des Danzigproblems auf Jahre verschoben werden könne: *„Mein Führer ist der Ansicht, alles müsse auf friedliche Weise gelöst werden, es sei nicht der Mühe wert, wegen Danzig einen Konflikt zu provozieren ... Das Danzigproblem kann warten ..., wenn die Polen keine Dummheiten machen "* und am 11.8. erklärte Hitler Burckhardt:

> ***„ Wenn die Polen Danzig in Ruhe lassen ... dann kann ich warten. Aber eine Bedingung ist,*** *DAß* ***die Leiden unserer Minderheiten in Polen aufhören ... Ein für allemal, ich*** *BIN BEREIT ZU VERHANDELN. ICH MÖCHTE MIT ENGLAND IN* ***Frieden leben und einen definitiven Pakt*** *ABSCHLIEßEN, ALLE ENGLISCHEN BESITZUNGEN IN DER WELT GARANTIEREN* ***und zusammenarbeiten"*** (C. Burckhardt 1960, S. 320, M. Klüver 1984, S. 263, 287).

Davon wurde das *Foreign Office* verständigt.

Hitler schlug vor, Burckhardt möge selbst nach London fliegen, um den Wunsch nach Entsendung eines deutschsprachigen Engländers zu übermitteln. *„Die Angelegenheit ist dringend, wenn wir Katastrophen vermeiden wollen "* (M. Klüver 1984, S. 287). Allein fünfmal wurde die englische Regierung von Henderson und Dahlems von diesem Wunsch unterrichtet. Aber es geschah nichts.

In Warschau führte - ebenfalls am 11.8. - der englische General Ironside Gespräche, bei denen er unterstrich, daß jetzt in England *„alle Bedenken beseitigt wären und Chamberlain nicht noch einmal mit den Irrtümern von München beginnen werde ... Danzig ist nichts als der Vorwand des zukünftigen Konflikts ... Die englische Regierung verstehe die Wichtigkeit der Danziger Frage"* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 380). Marschall Rydz-Smigly bekräftigte seinerseits gegenüber General Ironside, daß die deutschen Ziele mit der Existenz des polnischen Staates unvereinbar seien. Deswegen sei der Krieg unvermeidlich.

Nach einer Verschärfung der Lage durch ein polnisches Ultimatum vom 5.8. an Danzig, das von der englischen Regierung gebilligt worden war, erklärte Halifax dem britischen Botschafter in Polen, Polen dürfe in keiner wichtigen Frage zum Nachgeben gedrängt werden. Aber Danzig nahm auf Veranlassung Hitlers das Ultimatum an. Drei Tage nach dem polnischen Ultimatum

begannen die Bemühungen Görings, über seinen schwedischen Bekannten Dahlems Kontakte nach England zu bekommen, die bis 1941 andauerten (siehe Kap. 14).

Am 23.8. beschlossen die Polen, *3/4* ihrer Armee-Einheiten auf Kriegsstärke zu bringen. Am gleichen Tage überbrachte Henderson an Hitler auf dem Obersalzberg ein Schreiben Chamberlains, in dem dieser die englische Entschlossenheit mitteilte, im Falle eines deutsch-polnischen Krieges Polen beizustehen. Gleichzeitig schlug er deutsch-polnische Verhandlungen vor. Er ging jedoch nicht auf den deutschen Vorschlag nach Übersendung eines deutschsprechenden Engländers ein.

Am gleichen Tag ordnete Hitler mündlich vor den Oberbefehlshabern - ein schriftlicher Befehl ist nicht bekannt - die Möglichkeit eines Einmarsches in Polen am 26.8. an. *„Hierbei wurde von Hitler ausdrücklich angeordnet, daß das Anhalten des Heeres durch Gegenbefehl gewährleistet sein müsse. Dieser Gegenbefehl wurde am 25.8. 18.15 Uhr gegeben. "* Soweit Keitel in seinen Niederschriften beim IMT Nürnberg (U. Walendy 1965, S. 379).

Am 25.8. empfing Hitler Henderson und machte Vorschläge zur friedlichen Beilegung des Konflikts und: *„Er* [Hitler] *wünscht... mit England Abmachungen zu treffen ..., die nicht nur die Existenz des britischen Weltreiches unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch ... dem britischen Weltreich die deutsche Hilfe sicherten ..."* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 449 f.).

Diesen Vorschlag kommentierte Henderson gegenüber London: *„ ... ich fasse ihn wenigstens als eine Andeutung auf daß Herr Hitler noch immer wünscht, einen Weltkrieg zu vermeiden"* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 451). Für die polnische Regierung war die sich hier abzeichnende letzte Möglichkeit zum friedlichen Ausgleich Anlaß zur Generalmobilmachung. Anschließend gab Hitler den Befehl, den Termin für den Einmarsch in Polen, den Fall Weiß, auf den 26.8.1939 zu legen. Doch um 18.30 Uhr widerrief er den Einmarschbefehl für den 26.8. Der Befehl zum Einmarsch in Polen wurde unter der Voraussetzung erteilt, daß die Operationen in Polen nicht in einen europäischen Krieg einmünden würden (D. Hoggan 1976, S. 675). Am 27.8. unterrichtete Beck den englischen Botschafter Kennard: *„Die polnische Regierung hat angesichts der Sprache Hitlers in seiner Unterhaltung mit Henderson die totale Mobilmachung beschlossen"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 420). Die polnische Generalmobilmachung wurde am 30.8.1939 verkündet.

Am 25.8. wurde das englisch-polnische Beistandsabkommen vom Unterhaus ratifiziert, das gegenüber der Garantie vom 31.3.1939 für den Fall einer indirekten Bedrohung einen weiteren Blankoscheck für Polen enthielt. Es wurde die völlige militärische Unterstützung gegen *„jede Aktion einer europäi-*

schen Macht" garantiert, *„welche direkt oder indirekt die Unabhängigkeit einer der vertragsschließenden Parteien bedroht und so geartet ist, daß die betreffende Partei den bewaffneten Widerstand als von lebenswichtiger Bedeutung betrachtet"* (D. Hoggan 1976, S. 672). Es enthielt ein geheimes Zusatzabkommen, welches Polen Rechte über Danzig zusicherte und eine Rückkehr Danzigs an das Reich unmöglich machen sollte sowie festlegte, daß sich der Vertrag ausschließlich gegen Deutschland richtete. Die Polen begannen bereits am gleichen Tage, deutsche Verkehrsflugzeuge zu beschießen.

Nach einer Besprechung Mussolinis mit seinem Außenminister Graf Ciano und dem italienischen Botschafter Attolico in Berlin verfaßte Mussolini am 25.8. ein Schreiben an Hitler, in dem er einen militärischen Beistand für Deutschland an unerfüllbare wirtschaftliche Forderungen knüpfte, die allein am fehlenden Transportraum scheitern mußten. Was Hitler nicht wußte, war, daß der italienische Außenminister Graf Ciano dem englischen Botschafter in Rom bereits am 18.8.1939 mitgeteilt hatte, Italien wolle Deutschland im Kriegsfall nicht beistehen. Wie sich später herausstellte, hätte der Beistand Italiens den französischen Oberbefehlshaber bewogen, den Kriegseintritt Frankreichs nicht zu empfehlen.

Außenminister v. Ribbentrop war gerade aus Moskau zurückgekehrt, als die am gleichen Tage vollzogene Ratifizierung des englisch-polnischen Beistandspaktes bekannt wurde. Es gelang ihm, Hitler zur Rücknahme des für den 26.8. gegebenen Einmarschbefehls zu bewegen, denn die Ratifizierung des Vertrages *„ bedeute den Krieg mit England, wenn er gegen Polen vorgehe "*. Hitler widerrief den Befehl, weil *„er Zeit zum Verhandeln brauche"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 396). Am 30.8. notierte Generalstabschef Halder: *„Falls Verhandlungen in London Verschiebungen nötig machen, dann Verschiebung auf den 2.9. Nach* dem *2.9. soll nicht mehr geschlagen werden."*

Damit ist eindeutig, daß die Moskauer Verträge vom 23.8. deutscherseits nicht als Auslöser für einen Krieg gegen Polen gedacht waren oder benutzt wurden, sondern: *„Die Abmachungen* [mit der UdSSR] *waren von uns auf längste Sicht und als dauernder Ausgleich gedacht"* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 409).

Die deutschen Absichten zur Erhaltung des Friedens, auch über den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages vom 23.8. hinaus, werden durch folgende Fakten belegt: Bei den Verhandlungen in Moskau wurde nicht über die Unabwendbarkeit eines Krieges gegen Polen gesprochen; in der Besprechung Hitlers mit den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22.8. war nicht von deutschen Angriffsabsichten die Rede. Vielmehr hoffte Hitler, den Konflikt politisch lösen zu können; im Auftrag Hitlers und v. Ribbentrops machte F. Hesse H. Wilson vom *Foreign Office* am 20.8. ein Bündnisangebot, schlug deutsch-polnische Verhandlungen vor und teilte mit, daß Hitler Vorschläge

für ein *„general settlement"* machen möchte. Ein Memorandum zur Lösung des Konflikts, das von Dahlems und Göring ausgearbeitet und Halifax am 27.8. von Dahlems vorgelegt worden war, wurde von Halifax mit dem Vermerk abgelehnt: *„I don 't think they are worth anything"* (M. Klüver 1984, S. 335), *„Ich glaube nicht, daß sie irgendetwas wert sind. "*

In der Antwort der englischen Regierung auf das deutsche Angebot vom 25.8.1939 teilte diese am 28.8. nur mit, Polen sei zu direkten Verhandlungen mit Deutschland bereit, was überhaupt nicht den Tatsachen entsprach (D. Hoggan 1976, S. 700). Auf das eigentliche Angebot vom 25.8. ging sie nicht ein. Die deutsche Antwortnote vom 29.8. - die Anordnung der polnischen Generalmobilmachung war der deutschen Seite bereits bekannt - schloß: ***„Im übrigen hat die Deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Exporte eines unabhängigen polnischen Staates in Frage zu stellen. Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlichen Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30.8.1939"*** (A. v. Ribbentrop 1967, S. 440) und *„die Deutsche Regierung wird Lösungsvorschläge ausarbeiten und diese vor Ankunft des polnischen Bevollmächtigten der englischen Regierung zur Verfügung stellen. "* Dieses Angebot wurde erst am 31.8. von London nach Warschau weitergegeben, obwohl schon am 30.8. in Berlin ein polnischer Unterhändler erwartet worden war.

Henderson berichtete am 29.8. nach London: *„Ich habe das Wesentliche der deutschen Antwort dem französischen Botschafter mitgeteilt und ihn sehr nachdrücklich gedrängt, der französischen Regierung zu empfehlen, daß sie der polnischen Regierung rate, eine sofortige Reise von Herrn Beck vorzuschlagen, da diese m. E. die einzige Chance darstellt, den Krieg zu verhindern "* (U. Walendy 1965, S. 405). **Aber der englische Botschafter in Warschau, Kennard, teilte Beck mit, die englische Regierung wünsche nicht, daß Lipski die deutschen Vorschläge entgegennähme** (D. Hoggan 1976, S. 747). Am 30.8. wurden die polnischen Mobilmachungsbefehle versandt. Die Verkündung der Generalmobilmachung war gleichbedeutend mit der Kriegserklärung (D. Hoggan 1976, S. 426).

Die deutschen Vorschläge, die der englischen Regierung schon durch Dahlems bekannt gemacht worden waren, wurden am 30.8., 24.00 Uhr Henderson von v. Ribbentrop vorgelesen und erläutert. Henderson gab sie um 2.00 Uhr an Lipski weiter, den er stark drängte, sofort direkte Kontakte zur Reichsregierung aufzunehmen. Die deutschen Vorschläge enthielten folgende Punkte: 1. Die Freie Stadt Danzig kehrt sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des Korridors, von der Ostsee bis Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (im wesentlichen Westpreußen), wird über seine Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland selbst entscheiden.
3. In der dazu vorgesehenen Abstimmung sind alle Deutschen und andere abstimmungsberechtigt, die am 1.1.1918 in diesem Gebiet wohnten. Die Abstimmung wird von einer internationalen Kommission überwacht, in der Italien, die Sowjetunion, Frankreich und England vertreten sein sollen.
4. Von diesem Gebiet bleibt der polnische Hafen Gdingen ausgenommen.
5. Die Abstimmung findet nicht vor 12 Monaten statt.
6. Für diese Zeit werden polnische und deutsche Transitwege durch das Abstimmungsgebiet festgelegt.
7. Über die Gebietszugehörigkeit entscheidet die einfache Mehrheit.
8. Je nach Abstimmungsergebnis wird entweder Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone zur Anlage einer Reichsautobahn und einer viergleisigen Eisenbahn oder Polen eine gleiche exterritoriale Verbindung nach Gdingen zugestanden.
9. Im Falle des Zurückfallens an das Reich erklärt sich dieses zu einem Bevölkerungsaustausch mit Polen bereit.
10. Etwa von Polen für Danzig ausgehandelte Sonderrechte sollen paritätisch auch Deutschland in Gdingen gewährt werden.
11. Danzig und Gdingen sollen unbefestigt und ohne militärische Einrichtungen bleiben.
12. Die Halbinsel Hela ist in jedem Falle zu demilitarisieren.
13. Die Schäden, die die deutsche Minderheit in Polen erlitt, sind durch eine internationale Kommission zu untersuchen und auszugleichen.
14. Die Rechte der Minderheiten in Polen und Deutschland sollen umfassend festgelegt werden.
15. Im Falle einer Vereinbarung auf dieser Grundlage werden Deutschland und Polen sofort ihre Streitkräfte demobilisieren.
16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachung notwendigen Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Diese Vorschläge, die die Provinzen Posen und Oberschlesien ausklammerten, lagen am Morgen des 30.8. sowohl in London als auch in Warschau vor. Sie und damit Verhandlungen überhaupt wurden von den maßgeblichen Beamten des ***Foreign Office*** abgelehnt.

Am selben Morgen wurden der britischen Botschaft in Berlin durch von Kleist-Schmenzin, der dem Widerstand angehörte, deutsche Operationspläne gegen Polen verraten, die sofort nach London und von dort am 31.8. nach Warschau weitergegeben wurden. Die französische und englische Regierung hatten schon in den Tagen davor Informationen des Widerstandes erhalten, wonach Hitler bei Kriegsbeginn gestürzt werden sollte.

Lipski lehnte Hendersons scharfe Vorstellungen, v. Ribbentrop wegen der deutschen Vorschläge aufzusuchen, mit der Begründung ab: *„daß dieser Plan eine Verletzung der polnischen Souveränität und völlig undiskutierbar sei. Er habe lange Jahre der Erfahrung in Deutschland .... daß die deutsche Moral im Zerbrechen sei und das gegenwärtige Regime rasch zusammenstürzen werde ... Sollten die Alliierten Polen im Stich lassen, so sei es bereit, allein zu kämpfen ...* " (A. v. Ribbentrop 1967, S. 499). Von Beck erhielt Lipski die Anweisung, die deutschen Vorschläge nicht entgegenzunehmen. Erst nachdem Lipski bei v. Ribbentrop am 31.8. um 18.30 Uhr die Entgegennahme abgelehnt hatte, befahl Hitler um 18.40 Uhr für den 1.9. den Einmarsch nach Polen mit den Worten: *„Ich kann es nicht zulassen, daß meine Deutschen wie das Vieh abgeschlachtet werden"* (M. Klüver 1984, S. 371; zur Uhrzeit des Angriffsbefehls bei D. Hoggan 1976, S. 742: *12.40 Uhr,* bei A. v. Ribbentrop 1963, S. 499: *16.20 Uhr,* bei U. Walendy 1965, S. 423: *18.40 Uhr.).*

Auf den 31.8.1939 fallen eine Reihe von Ereignissen, die hingereicht hätten, um von einem völkerrechtlich eindeutig durch Polen gegebenen Kriegsgrund zu sprechen, von der Generalmobilmachung gar nicht zu reden, die gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung war (vgl. B. Schaposchnikow ca. 1930, in: W. Post 1995, S. 51) - die Polen planten einen sofortigen „Marsch nach Berlin" (D. Hoggan 1976, S. 426). **So gesehen war der deutsche Einmarsch nicht einmal mehr ein Präventivkrieg, sondern nur noch eine Maßnahme der Selbstverteidigung.**

Am 31.8.1939 wurden der Eisenbahnverkehr nach Ostpreußen durch die Sprengung der Dirschauer Brücke durch Polen unterbrochen, Beuthen von polnischer Artillerie unter Feuer genommen, die *Schleswig-Holstein,* ein deutsches Linienschiff, von der widerrechtlich durch Polen zur Festung ausgebauten Westerplatte am Danziger Hafen aus beschossen und der deutsche Generalkonsul in Krakau ermordet, **was damals allein für sich bereits ein völkerrechtlich anerkannter Kriegsgrund war.**

In der Rede vor dem Reichstag am 1.9.1939 führte Hitler aus: *„Man hat versucht, das Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, daß man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiß nicht, worin die 'Provokationen' der Kinder und Frauen bestehen sollen, die man mißhandelt und verschleppt oder die 'Provokationen' derer, die man in tierischster, sadistischster Weise gequält und schließlich getötet hat. Eines aber weiß ich: daß es keine Großmacht von Ehre gibt, die auf Dauer solchen Zuständen ruhig zusehen würde ... Ich habe trotzdem noch einen letzten Versuch gemacht, ... habe ich einen Vermittlungsvorschlag der englischen Regierung angenommen ... Und ich bin dann mit meiner Regierung volle 2 Tage gesessen und habe gewartet, ob es der polnischen Regierung nun endlich paßt, einen Bevollmächtigten zu schicken ... Damit sind diese Vermittlungsvorschläge geschei-*

tert, denn unterdes war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag 1. die polnische Generalmobilmachung gekommen und 2. neue schwere Greueltaten ... Nachdem neulich in einer Nacht 21 Grenzzwischenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute Nacht 14 gewesen, darunter 3 ganz schwere. Ich habe mich nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet" (M. Domains, Leonberg 1988, S. 1312 f.).

Die Annahme einer deutschen Provokation durch das IMT Nürnberg in dessen Feststellung, daß Deutschland als seinen Anlaß zum Kriege den selbst fingierten Überfall auf den Gleiwitzer Sender gehabt habe, ist falsch. Die dieser Feststellung zugrundeliegende Darstellung, die in Schul- und Geschichtsbücher einging und die Joachim Fest, ehemaliger Chefredakteur der *FAZ,* in seiner Hitler-Biographie noch um einige Tote erhöht hat, Heydrich habe den Überfall inszeniert und in polnische Uniformen gesteckte getötete KZ-Häftlinge als Beweismittel hinterlassen, beruht auf einer eidesstattlichen Falschaussage vor dem IMT Nürnberg. Im Sender zu der betreffenden Zeit Anwesende sagten später aus, daß sich dort keine Zwischenfalle ereignet hätten (H. Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte,* H. 8, Tübingen 1995). Im übrigen hat Hitler in seiner oben auszugsweise zitierten Rede zur Rechtfertigung seines Vorgehens nirgendwo von dem Überfall auf den Sender Gleiwitz gesprochen. Warum sollte er oder Heydrich den Überfall inszenieren, wenn dieser dann anschließend keine Rolle spielt?

Erst kürzlich wurde bekannt, daß im August 1939 durch nächtliche Einfälle polnischer Soldaten allein in den grenznahen Dörfern des Kreises Neidenburg/Ostpreußen etwa 100 Todesopfer unter der deutschen Bevölkerung zu beklagen waren (*Der Schlesier,* 25.6.1990; Anhang A9).

Um 23.00 Uhr des 31.8. meldete der Warschauer Sender: „*... Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern. Deutschland strebt die Herrschaft über Europa an ... Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung gewesen sind"* (Ausw. Amt, *Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise.* 1939 Nr. 1, Dok.-Nr. 16). Es ist bezeichnend, wie hier die maßvollen und durchaus berechtigten Vorschläge der deutschen Regierung zu Beweisen für „die Aggressionspläne der neuen Hunnen", für ein Streben Deutschlands nach der „Herrschaft über Europa" umgedeutet wurden.

Um 24.00 Uhr meldete der polnische Rundfunk: „ ***Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin und werden Ende der Woche in Berlin sein. Die deutschen Truppen gehen an der ganzen Front in Unordnung zurück"*** (E. Löser 1980, S. 15).

In der Proklamation der Reichsregierung am Morgen des 1.9. hieß es dann richtig: ***„Seit 4 Uhr 45 wird zurückgeschossen."***

Chamberlain notierte am 10.9. in sein Tagebuch: ***„Die letzten Tage der hingezogenen Agonien, die der wirklichen Kriegserklärung vorausgingen, waren so unerträglich, wie es nur sein konnte. Es lag uns daran, die Dinge sich zuspitzen zu lassen"*** (H. Feiling 1946, S. 417).

Mussolini machte am 31.8. Vorschläge zu einer Konferenz, die v. Weizsäcker um 11.30 Uhr erreichten, v. Weizsäcker hielt aber jede Information darüber an v. Ribbentrop zurück. Erst am 2.9. erhielt die Reichsregierung von diesen Plänen Kenntnis (U. Walendy 1965, S. 415) und ließ sofort wissen, daß sie mit der Konferenz und einem sofortigen Waffenstillstand einverstanden sei. Der deutsche Widerstand hatte damit eine der letzten wirklichen Friedensinitiativen erfolgreich torpediert. Auch der französische Außenminister Bonnet war damit einverstanden. Nur Halifax bestand auf dem Rückzug der deutschen Truppen und teilte Ciano zudem mit, Frankreich bestünde auf der gleichen Forderung. Ciano ließ sich von dieser bewußten Unwahrheit irreführen, die er nicht nachprüfte, und Mussolini zog daraufhin seinen Konferenzvorschlag am 2.9. gegen 20.00 Uhr zurück. Halifax gelang es, auch Daladier zur Stellung eines Ultimatums umzustimmen (D. Hoggan 1976, S. 771 f.).

Am 1.9. um 21.00 Uhr übergab Henderson eine Note der englischen Regierung mit der Forderung nach sofortigem Rückzug der deutschen Truppen aus Polen. In einem Telegramm wurde Henderson von Halifax beauftragt: ***„Sie brauchen dieses der deutschen Regierung nicht mitzuteilen, aber Sie können es vielleicht für richtig halten, es sofort gewissen Stellen weiterzugeben, damit diese soviel Zeit haben, sich ihre Antwort zu überlegen "*** (A. v. Ribbentrop 1967, S. 562). Damit sollte dem Widerstand das Signal zum versprochenen Umsturz gegeben werden, welcher der englischen Regierung die Kriegserklärung erspart hätte.

Am Abend des 1.9. beauftragte v. Ribbentrop den der deutschen Botschaft in London angehörenden Dr. Fritz Hesse, der englischen Regierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: ***„Bitte gehen Sie sofort zu Ihrem Vertrauensmann ... und erklären Sie ihm folgendes: Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadensersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten, unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt"*** (F. Hesse 1953, S. 210). De facto kam das einer Im-Voraus-Annahme der Forderungen gleich, die das folgende britische Ultimatum enthielt. Aber Wilson, mit dem Hesse im englischen Regierungssitz verhandelte, lehnte ab.

Am 2.9. früh um 9.00 Uhr stellten die Briten das Ultimatum, das um 11.00 Uhr ablief und für den Fall der Nichtannahme die Kriegserklärung Englands an Deutschland bedeutete. Halifax bemerkte dazu: ***„Jetzt haben wir Hitler***

zum Kriege gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann" (U. Walendy 1965, S. 428). Zehn Minuten vor Ablauf der Frist teilte Dahlems dem *Foreign Office* mit, Göring sei im Auftrage Hitlers bereit, sofort nach London zu fliegen. Aber auch das wurde abgelehnt.

11.20 Uhr empfing v. Ribbentrop Henderson und übergab ihm die deutsche Antwort auf das Ultimatum: *„Die Deutsche Regierung und das Deutsche Volk lehnen es ab, Forderungen in Form von Ultimaten von der britischen Regierung entgegenzunehmen, zu akzeptieren, geschweige denn zu erfüllen."* Jedes Wort dieser Erklämng entspricht der historischen Wahrheit (siehe Anhang Al1). Die französische Kriegserklärung erfolgte 17.00 Uhr.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker, der Mitglied des Widerstandes war, kabelte an alle deutschen diplomatischen Missionen: ***„Damit ist die Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren die Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf zeigt klar volle Verantwortung Englands für Kriegsausbruch"*** (H. Splittgerber 1989, S. 49).

Bereits am 29.8.1939 hatte der Präsident des *Jüdischen Weltkongresses* und designierte Staatschef Israels, Chaim Weizmann, in einem Brief an Chamberlain geschrieben: *„Ich wünsche in nachdrücklicher Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle personelle jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."* Diese, von der *Times* am 5.9.1939 veröffentlichte, vor der Kriegserklärung Englands abgegebene Erklämng, wurde von Richter Ha-levy während des Eichmannprozesses in Jerusalem als Kriegserklärung an Deutschland bezeichnet (E. Kern 1988, S. 218). Auf Seiten der Alliierten haben Millionen Juden gekämpft. Der Verteidiger von in Landsberg inhaftierten „Kriegsverbrechern", Rechtsanwalt E. Engelhardt, schrieb am 15.1.1969 an Bundeskanzler Kiesinger zu dieser Kriegserklärung: *„Mit demselben Recht, mit dem die USA die Staatsbürger japanischer Rasse als potentielle Staatsfeinde evakuiert haben, mit demselben Recht konnte das Deutsche Reich die deutschen Staatsbürger jüdischer Rasse als potentielle Staatsfeinde evakuieren "* (G. Müller 1994, S. 202). Als in der Auslandspresse sensationell über die Internierung dänischer Juden 1943 berichtet wurde, hat H. Sündermann als stellvertretender Pressechef der Reichsregiemng beim zuständigen Reichssicherheitshauptamt um grundsätzliche Information dazu ersucht. Er erhielt zur Antwort, *„ daß von den im deutschen Bereich lebenden Juden feindselige Handlungen zu erwarten und Sicherungsmaßnahmen nicht nur nach Kriegsrecht zulässig, sondern auch erforderlich seien. Es wurde auf die in der Tat erstaunliche Erklärung des Zio-*

nistenführers (und späteren Präsidenten von Israel) Dr. Chaim Weizmann verwiesen" (H. Sündermann 1964, S. 198). Dieser hatte als Präsident des *Jüdischen Weltkongresses* in New York am 3.12.1942 erklärt: „ ***Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird... Und wir sind das trojanische Pferd in der Festung des Feindes. Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes ..."*** (H. Bernhardt 1988, S. 308). Da die KZ-Problematik nicht Gegenstand dieses Buches ist, sei auf einschlägige Literatur verwiesen.

Nach Kriegsausbruch bekannte Chamberlain: ***„Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg gezwungen"*** *(Forrestal Diaries* 1951, S. 121, G. Franz-Willing 1979, S. 285). Chamberlain, der selber Großaktionär von Rüstungsfirmen war, die zum Konzern *Imperial Chemical Industries* des Lord Melchett of Langford (al. Alfred Moritz Mond) gehörten, hatte sich wohl auch deshalb in seinem Brief vom 10.9.1939 nicht den militärischen Sieg, sondern den *„Kollaps der deutschen inneren Front"* (K. Feiling, London 1946, S. 418) erhofft.

Der polnische Staatspräsident Moscicki erklärte nach der Niederlage im September 1939, daß Polen schließlich die Bedingungen Deutschlands habe annehmen wollen, von England aber daran gehindert worden sei
(A. v. Ribbentrop 1974, S. 383).

H. Barnes urteilte über die Vorgänge der letzten Zeit vor Kriegsbeginn: ***„Hitler war weit davon entfernt, etwa mit brutalen und unbilligen Forderungen überstürzt einen Angriffskrieg gegen Polen einzuleiten; er bemühte sich während der Augustkrise 1939 weit mehr, den Krieg abzuwenden, als der Kaiser während der Krise im Juli 1914. Und Hitlers Forderungen an Polen waren die angemessensten, die er während seiner ganzen Regierungszeit an irgendein Land richtete. Sie waren weit konzilianter, als Stresemann und die Weimarer Republik es je in Betracht gezogen hätte ... trugen die Engländer sowohl für den Ausbruch des deutsch-polnischen als auch des europäischen Krieges Anfang September 1939 nahezu die Alleinverantwortung. Lord Halifax, der britische Außenminister und Sir Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau, waren weit verantwortlicher für den europäischen Krieg von 1939 als Sasonow, Iswolski und Poincaréfür den von 1914" {***H. Barnes 1961, S. 15/16).

Das langjährige Mitglied des auswärtigen Ausschusses des Senats der USA und der zeitweilige Führer der Opposition im Repräsentantenhaus, H. Fish, urteilte: *„Hätte Roosevelt die Einmischung unterlassen, die darin bestand, England und Frankreich im Glauben zu belassen, Amerika würde ihre Schlachten schlagen, dann wären sie eine friedvolle Übereinkunft im Streit mit Danzig eingegangen ... Die Kriegshysterie wurde zur Raserei angeheizt. Die Haßkampagne ging vom Weißen Haus aus "* (H. Fish 1989, S. 38).

11 Die deutsche Aufrüstung bis Kriegsbeginn

Der britische Historiker A. J. P. Taylor schrieb 1961: ***„Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den entscheidenden Beweis dafür, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg erwogen und wahrscheinlich Krieg überhaupt nicht beabsichtigt hatte ... 1940** waren die deutschen Heerestruppen den Franzosen in allem unterlegen mit Ausnahme der Führerschaft"* (U. Walendy 1965, S. 234).

Zu Kriegsbeginn gab es einen Operationsplan gegen Polen (*Fall Weiß),* mit dessen Ausarbeitung erst am 3.4.1939, also nach der polnischen Teilmobilmachung am 25.3.1939 und nach der englischen Garantieerklärung am 31.3.1939, begonnen worden war. Für einen Krieg im Westen gab es keinerlei Pläne. Es standen dort nur 26 Divisionen, meist Landwehr, gegen 102 französische Divisionen mit 4 000 modernen Panzern, 3 000 schweren Geschützen und 2 000 Flugzeugen (U. Walendy 1965, S. 231 f.). Die Bewaffnung war abgestellt auf die Jahre 1943, 1944. Das OKH hatte 1938 die Anweisung erhalten, sich bis 1945 dem Aufbau und der Ausbildung zu widmen und jede Kriegsvorbereitung einschließlich von Grenzsicherung zu unterlassen. Bei Kriegsausbruch waren nur zwei voll ausgebildete Jahrgänge vorhanden gegenüber allein 4,8 Millionen Ausgebildeter in Frankreich.

An Seestreitkräften waren im September 1939 vorhanden (H. Neukirchen, *Seemacht im Spiegel der Geschichte,* Gondrom Verlag 1988, S. 377):

	Deutschland	England	Frankreich
Schlachtschiffe	2	15	7
Flugzeugträger	-	6	1
Panzerschiffe	3	-	-
Schwere Kreuzer	2	15	7
Kreuzer	6	49	12
Zerstörer/Torpedoboote	34	183	72
U-Boote	57	57	78

Das am 18. Juni 1935 in London unterzeichnete deutsch-britische Flottenabkommen hatte in der Gesamtverdrängung ein Verhältnis von 35 : 100 zur britischen Flotte und bei den U-Booten von 45 : 100 festgelegt gehabt. Es existierte ein auf 6 Jahre, also bis Ende 1944 befristeter Plan für den Aufbau der Kriegsmarine von Ende 1938, der auf eine *„Entwurfsstudie Seekriegsführung gegen England"* vom Sommer 1938 zurückging. In dieser Studie hieß es, *„ 'der Wille zur Ausgestaltung Deutschlands als Weltmacht' ... müsse ...*

'zwangsläufig zur Notwendigkeit entsprechender Kriegsvorbereitungen' führen" (H. Neukirchen, *Seemacht*, 1988, S. 373).

Zur Sicherstellung dieses Planes hatte Hitler am 27. Januar 1939 bestimmt: *„Ich befehle, daß der von mir angeordnete Aufbau der Kriegsmarine allen anderen Aufgaben einschließlich der Aufrüstung der beiden anderen Wehrmachtsteile ... vorgeht"* (H. Neukirchen, *Seemacht*, 1988, S. 375).

Der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine Admiral Raeder schrieb am 3. September 1939 eigenhändig in seiner Lagebeurteilung: *„ Was die Kriegsmarine anbetrifft, so ist sie selbstverständlich im Herbst 1939 noch keinesfalls für den großen Kampf mit England hinreichend gerüstet. Sie hat zwar in der kurzen Zeit seit 1935 (Flottenvertrag) eine gut ausgebildete, zweckmäßig ausgebildete U-Boot-Waffe geschaffen, von der z. Z. 26 Boote atlantikfähig sind, die aber trotzdem noch viel zu schwach ist, um ihrerseits kriegsentscheidend zu wirken. Die Überwasserstreitkräfte sind aber noch so gering an Zahl und Stärke gegenüber der englischen Flotte, daß sie — vollen Einsatz vorausgesetzt - nur zeigen können, daß sie mit Anstand zu sterben verstehen ... "* (H. Neukirchen, *Seemacht*, 1988, S. 376).

Die deutsche Luftwaffe verfugte 1939 über 1 000 2-motorige Bomber und 1 050 Jäger (B. Klein 1959) gegenüber 7 300 Flugzeugen auf Seiten Frankreichs und Englands.

England hatte seit 1934 schwere Langstreckenbomber gebaut, die 1941 für den strategischen Luftkrieg - zur völkerrechtswidrigen Bombardierung deutscher Städte - in genügender Zahl zur Verfügung standen.

Über den Stand der deutschen Aufrüstung vor Kriegsbeginn schreibt B. Klein: *„Bis zur deutschen Wiederbesetzung des Rheinlandes im Frühjahr 1936 war die Wiederbewaffnung hauptsächlich ein Mythos ... Die bewaffneten Streitkräfte hatten noch nicht einmal eine wirtschaftliche Zentralverwaltung, die die verschiedenartigen Anforderungslisten aufstellen konnte ... Die Vorräte an wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Eisenerz, Benzin, Öl und Gummi waren im August 1939 so bemessen, daß sie nur für 3 - 6 Kriegsmonate ausreichten ... 1939 besaß die zivile Wirtschaft noch große Arbeitsreserven ... Es gab keine Konzentration von Investitionen in solchen Wirtschaftsbereichen, die mit wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung zu tun hatten ... Von einem Aufrüstungsprogramm, das so umfangreich wäre, daß es eine grundlegende Wiederbelebung der zivilen Produktion verhindert hätte, kann keine Rede sein ... "* (B. Klein 1959).

Generaloberst Jodl, Chef des Führungsstabes im OKW, erklärte am 4.6.1946 vor dem IMT Nürnberg: *„Als wir im Jahre 1935 36 Divisionen aufstellten, da besaßen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei 90 Friedensdivisionen und 190 im Kriege. Wir hatten kaum schwere Artillerie und die Panzerwaffe war erst in den primitivsten Anfängen ... Die wirkliche Aufrüstung wurde erst*

nach Kriegsbeginn durchgeführt. Wir traten in diesen Weltkrieg mit etwa 75 Divisionen. 60 % der gesamten wehrkräftigen Bevölkerung waren unausgebildet, das Friedensheer war etwa 400 000 Mann stark gegenüber fast 800000 Mann im Jahre 1914. Die Vorräte an Munition und Bomben waren geradezu lächerlich. Für 10 bis 15 Kampftage hatten wir Munition ... " (U. Walendy 1965, S. 235).

Entkleidet man die Fragestellung nach dem Stand der deutschen Kriegsrüstung im Herbst 1939 aller geglaubten oder als erwiesen geglaubten Angriffs- und Eroberungsabsichten eines nach Weltherrschaft strebenden Hitler, so ergibt sich das folgende nüchterne Bild:

Die planmäßige Aufrüstung wurde nicht vor Mitte 1938, also etwa zu einem Zeitpunkt nach der Datierung des Hoßbach-Protokolls, eingeleitet und war auf einen 6-Jahres-Zeitraum, also bis etwa 1944 ausgelegt. Etwa für diesen Zeitpunkt wurde erwartet, daß der Aufbau des Reichs zu einer Stärke geführt haben würde, die die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen hätte abwehren können. Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs im Jahre 1939 war die Aufrüstung in ihrem Beginn begriffen und nicht auf einem Stand, der das Führen eines größeren Krieges zuließ.

Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht im Reichshaushalt[1]

Zeit	Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht	Gesamt-ausgaben	Anteil an den Gesamt-ausgaben	Volks-einkommen	Anteil am Volks-einkommen
	in Mrd. RM		in v. H.	in Mrd. RM	in v. H.
1933/34	1,9	8,1	24	46,5	4
1934/35	1,9	10,4	18	52,8	4
1935/36	4,0	12,8	31	59,1	7
1936/37	5,8	15,8	37	65,8	9
1937/38	8,2	20,1	41	73,8	11
1938/39	18,4	31,8	58	82,1	22

[1] *Statistisches Handbuch von Deutschland,* S. 555, S. 600. Hjalmar Schacht gibt in seinen kürzlich veröffentlichten Lebenserinnerungen für 1938/39 nur 11 Mrd. RM an.

12 Die Mitschuld des Widerstandes

Der Sozialrevolutionär Hitler, den man in gebildeten, der Politik und Wirtschaft nahestehenden Kreisen „ *den böhmischen Gefreiten* " nannte, stieß vor allem bei dem Teil der Elite des Kaiserreiches auf Ablehnung, der verschwommenen internationalistischen und pazifistischen Ideen anhing, dem Marxismus nichts entgegensetzen konnte und sich deshalb am Niedergang der Monarchie in Deutschland und an der Revolution von 1918 mitschuldig gemacht hatte. Zeitlich etwa nachdem Hitler nach dem Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg im Jahre 1934 Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Wehrmacht geworden war, was am 19.8.1934 in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit gebilligt worden war, bildete sich eine Opposition heraus, die man heute unter dem Begriff des *Widerstandes* im engeren Sinne zusammenfaßt.

Im Kriegsursachen-Kriegsschuld-Zusammenhang ist hier nur von diesem Widerstand, der sich vor allem in den politisch-militärischen Strukturen fand und sich nach damaligem Recht des schweren Landesverrates schuldig machte, die Rede; der ungleich härter verfolgte Widerstand anderer, z. T. in die Illegalität abgewanderter Gegner der Nationalsozialisten bleibt hier ohne Erwähnung.

Die führenden Köpfe dieser Opposition saßen im Auswärtigen Amt, im Generalstab und an der Spitze der militärischen Abwehr. Ihre Grundüberzeugung - die sie mit den Kommunisten Thälmanns teilten - war, daß die Politik des Hasardeurs Hitler von vornherein so angelegt sei, daß sie in einen neuen Weltkrieg führen müsse. Die Indoktrination eben dieser Überzeugung war aber von Anfang an das Hauptziel der deutschfeindlichen Propaganda in den Massenmedien, Gremien, Clubs und Logen der Hintergrundmächte, und diese Überzeugung bestimmte schließlich das Handeln der Regierungen von England und Frankreich. Diese Überzeugung ist bis heute grundlegend für die politischen Handlungen aller Regierungen der Bundesrepublik Deutschland geblieben. Sie prägt von Beginn der deutschen Nachkriegszeit an die publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit von Presse, öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Femsehen sowie amtlicher und universitärer Geschichtsschreibung. Prof. B. v. Richthofen und Prof. B. Rubin waren hier einsame Ausnahmen.

In England war man bereits 1935 über eine gegen Hitler gerichtete Verschwörung und über Namen wie Canaris, die Brüder Kordt, v. Weizsäcker u. a. unterrichtet. Falschmeldungen und Desinformationen aus diesem Kreis führten mit der Maikrise 1938 zur ersten emsthaften Kriegspsychose. Major v. Kleist-Schmenzin hatte dem britischen Journalisten und Agenten Jan Colvin diese Informationen gegeben: *„Hitler hat Pläne gegen Frankreich, Holland,*

Belgien, Dänemark, Rußland, gegen England und die Neue Welt. Er will Kanada und Sibirien annektieren ..." (A. v. Ribbentrop 1967, S. 35). Ein deshalb von Henderson mit v. Weizsäcker geführtes Gespräch wurde sofort von Reuter vermarktet. Aus Prag wurden im Mai 1938 Meldungen von angeblichen deutschen Truppenkonzentrationen an der Grenze verbreitet, um die Teilmobilisierung zu begründen. Nach der englischen Mitteilung an den deutschen Botschafter Dircksen *„Frankreich werde gezwungen sein, im Falle eines deutschen Angriffs zu intervenieren und England könnte ... gezwungen sein einzugreifen "* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 237), ließ Henderson seine beiden Militärattaches die Grenzgebiete gegen die Tschechei abfahren. Nachdem sie dort keine deutschen Truppen gefunden hatten, entschuldigte sich Henderson bei Ribbentrop. Doch Chamberlain schrieb noch am 28.5.1938, er selbst zweifle nicht daran, daß *„ die deutsche Regierung alle Vorbereitungen für einen Coup gemacht hatte"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 39).

Ähnliche Krisen aufgrund aus der Luft gegriffener Falschmeldungen des Widerstandes wie die Maikrise wiederholten sich bis zum Kriegsanbruch mehrfach. Die englische Regierung hat sich in hohem Maße von Informationen des deutschen Widerstandes beeinflussen lassen und war vermutlich deshalb noch vor Einsetzen des Einflusses Roosevelts Anfang 1939 auf die Unvermeidlichkeit eines Krieges festgelegt.

Nach dem Beginn verschärfter tschechischer Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen und dem Eintreffen des englischen Sonderbotschafters Lord Runciman in der Tschechoslowakei am 3.8.1938 suchte der Rittmeister a.D. Koerber den englischen Militärattache MacFarlan in Berlin als Abgesandter des Widerstandes auf. Bis zum 17.8. erschien er noch dreimal in der englischen Botschaft, um dort zu erklären, daß der Krieg gegen die Tschechei für den September beschlossen sei. Der Krieg könne nur noch durch den Umsturz des Hitler-Regimes vermieden werden.

Als Henlein bei seinem ersten Gespräch mit Runciman am 18.8. sagte, daß *„ er nicht den Wunsch hat, die Staatsgrenzen der Tschechoslowakei zu zerstören, sondern lieber innerhalb dieser Grenzen eine weitgehende Autonomie erreichen möchte ",* behauptete v. Kleist-Schmenzin am gleichen Tag gegenüber Vansittart in London, daß Hitler fest zum Krieg entschlossen sei. Der Krieg sei nur zu vermeiden, wenn die britische Regierung Hitler stoppe. Man müsse davon ausgehen, daß *„keinerlei Aussicht auf vernünftige Politik in Deutschland bestehe, solange Hitler an der Spitze sei"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 66). Ähnlich waren seine Ausführungen gegenüber Churchill. Das *Foreign Office* verbreitete dann den Inhalt dieser Mitteilungen. Henderson, der die Verhältnisse genauer kannte, berichtete dem *Foreign Office* über Hitler: *„Aber deshalb zu behaupten, er sei bereits zu einem Angriff auf die Tschechoslowakei in diesem Herbst entschlossen, halte ich für unwahr"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 77).

Am 1.9.1938 unterrichtete Staatssekretär v. Weizsäcker den Hohen Kommissar von Danzig, Burckhardt „... *ohne jede Vorsichtsmaßregel, wie weit er selber in die Verschwörung verstrickt war"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 119), daß *„ Canaris wegen Beseitigung Hitlers mit General Halder in reger Verbindung war"*. Burckhardt fuhr noch in der gleichen Nacht nach Bern, um diese Nachricht an den dortigen britischen Gesandten weiterzuleiten. Am 7.9. suchte der deutsche Geschäftsträger in London, Th. Kordt, Sir H. Wilson mit der gleichen Nachricht auf und überbrachte eine Botschaft von v. Weizsäcker: *„Hitler und Ribbentrop werden wahrscheinlich nicht wagen, einen Krieg zu beginnen, wenn eine ojfene britische Erklärung es dem deutschen Volk klar vor Augen führt, daß ein großer Krieg im Falle eines deutschen Angriffs unvermeidlich ist ... Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten "* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 128). Chamberlain sagte noch am 8.9. zum US-Botschafter Kennedy, daß England auch eingreifen werde, wenn Frankreich dies tue und ordnete am 10.9. eine Teilmobilisierung der Marine an. Da Hitler in seiner außenpolitischen Rede auf dem Reichsparteitag in Nürnberg am 12.9. nicht verkündete, in das Sudetengebiet einzumarschieren, unterblieb der für den 13.9. vom Widerstand geplante Sturz Hitlers.

Die Botschaft v. Weizsäckers hatte aber noch andere weitreichende Folgen, da sie natürlich an interessierte europäische Regierungen weitergegeben wurde. So stellte sich der polnische Außenminister auf den angeblich jederzeit zu erwartenden Sturz Hitlers ein und suchte die Verbindung zu England, vermutlich, um sich rechtzeitig rückzuversichern (A. v. Ribbentrop 1963, S. 224). Zu Beginn der deutschen Verhandlungen mit Rußland wurde Th. Kordt wiederum von v. Weizsäcker beauftragt, in London Vansittart darüber zu berichten. In seinen Erinnerungen heißt es dazu: *„denn die Zusammenballung einer Triple-Entente London-Paris-Moskau war für den Frieden immer noch wichtiger als ein Pakt Berlin-Moskau mit dem Hintergedanken einer neuen Teilung Polens."* Vansittart bemerkte dazu 1939 trocken: *„England braucht in Deutschland keinen Secret Service mehr; die Deutschen selbst kommen ja in Scharen zu uns und erzählen uns alles"* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 415).

Am 15.9. besuchte Chamberlain Hitler auf dem Obersalzberg allein ohne seinen Außenminister, um Ribbentrop auszuschalten, dessen Denkschrift vom 28.12.1937 und dessen Abschlußbericht bezüglich seiner Tätigkeit als Botschafter in London vom 2.1.1938 der englischen Regierung von den Brüdern Kordt zugespielt worden waren, allerdings waren beide Berichte teilweise gefälscht und nachträglich mit beleidigenden Anmerkungen wie z. B. daß *ein Tritt hie und da in den Hintern der Engländer keinen Schaden anrichten könne ..."* versehen worden. Ribbentrop hatte geschrieben, für die Engländer

sei die „ balance of power " *maßgebend,* „ heute glaube ich nicht mehr an eine Verständigung" *(A. v. Ribbentrop 1963 und 1975).*

Aber der von Chamberlain erwartete Angriff und der Sturz Hitlers durch den Widerstand blieben aus, weil Hitler seine Zusagen vom 12.9., 15.9., 22.9. und 23.9., militärisch nichts zu unternehmen, einhielt. Damit entfiel für England jede Möglichkeit, gegen Deutschland einzuschreiten. Das englische Kabinett gab am 25.9. seine Kriegsabsichten auf. Nochmals sollte Hitler am 27.9. beseitigt werden. Aber infolge des Telefonates von Mussolini mit der Anregung zur Münchener Konferenz kam auch dieser Plan nicht zur Ausführung.

Am 11.12.1938, wenige Tage vor seiner Abreise nach London und dem Dienstantritt im *Foreign Office,* erhielt der 1. Sekretär der britischen Botschaft in Berlin, Kirkpatrick, von E. Kordt die - völlig frei erfundene und ziemlich absurde - Mitteilung, Hitler plane einen Überraschungs-Luftangriff auf London. Chamberlain ließ diese Meldung nicht nachprüfen, sondern berief zum 16.12. den Reichsverteidigungrat ein, der beschloß, bis zum 31.3.1939 Kriegspläne auszuarbeiten. Zwei Tage vorher hatte Chamberlain von Roosevelt die schriftliche Zusage erhalten, **hinter ihm würden** *„im Falle eines Krieges mit den Diktaturen die industriellen Resourcen der amerikanischen Nation stehen"* (D. Bavendamm 1983, S. 437). Am 10.12.1938 wurden London ein Plan Goerdelers für einen Staatsstreich übermittelt und am 20.1.1939 die Falschmeldung, Hitler wolle demnächst die Schweiz und Holland angreifen.

Obwohl der entscheidende Anstoß von Roosevelt ausging, hatte der Widerstand auch am Zustandekommen der englischen Garantieerklärung für Polen am 31.3.1939 einen wichtigen Anteil. Damit sind nur einige der vielen und insgesamt erfolgreichen Versuche des deutschen Widerstandes erwähnt worden, England gegen das Reich einzunehmen. Ribbentrop schrieb darüber als eine seiner letzten Aufzeichnungen im IMT Nürnberg: *„In London rechnete man mit der Verschwörergruppe von maßgebenden deutschen Militärs und Politikern und hoffte, dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung den Ausschlag gegeben"* (A. v. Ribbentrop 1974, S. 7).

Auf die sich bis zum Kriegsausbruch und dann bis zur Revolte am 20.7.1944 fortsetzende Tätigkeit des Widerstandes wird noch an entsprechender Stelle eingegangen. Vieles aber, wie z. B. die Verhinderung der Sperrung der Straße von Gibraltar durch Canaris, kann hier nicht behandelt werden.

Beim Besuch Molotows Mitte November 1940 in Berlin teilte Goerdeler diesem mit, daß Hitler plane, 1941 die UdSSR anzugreifen (N. v. Below 1990, S. 278). Die Weisung zum Fall *Barbarossa* war noch nicht ergangen!

Der am 18.6.1942 als Abgesandter einer Oppositionsgruppe übergelaufene russische Oberst Kermess gab bei seiner Vernehmung durch Botschaftsrat Hilger am 7.8.1942 - Hilger hatte im April 1941 den Termin des deutschen Angriffs auf die UdSSR vom 22.6.1941 an Dekanosow verraten -, daß eine Opposition zahlreicher bekannter Persönlichkeiten und Mitglieder der Sowjetregierung bestand, die durch den Sturz Stalins hätte an die Macht kommen können und einen Separatfrieden wollte. Zwei darüber von Kermess an Hitler und an v. Ribbentrop gerichtete Schreiben sind jedoch nicht bei den Empfängern angekommen, sondern auf dem Dienstweg bei Angehörigen des Widerstandes „hängen geblieben" (F. Becker 1995, S. 360). Damit trägt der Widerstand ein weiteres Mal die Verantwortung für die Verhinderung einer vielleicht kriegsentscheidenden Möglichkeit, den Krieg im Osten zu beenden.

Der gegen Hitler gerichtete Vernichtungswille der Opposition mußte sich gegen das eigene Land richten. Daß das auch den kirchlichen Angehörigen des Widerstandes bewußt war, sollen hier nur drei Beispiele deutlich machen: Sowohl der Theologe Prof. K. Barth: *„Ein nationalsozialistischer Sieg wäre für uns die denkbar größte Niederlage, dann lieber ein verwüstetes Deutschland"* (H. Grimm 1954, S. 417) wie ein deutscher Pfarrer auf einer Kirchenkonferenz 1941 in Genf: *„Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes. Nur durch die Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben"* (H. Grimm 1954, S. 417) stellen die Vernichtung des Nationalsozialismus höher als den Erhalt des Vaterlandes, und Bonhoeffer sagte in aller Klarheit: *„Aber das Bekenntnis muß gerettet werden, auch wenn ein ganzes Volk dafür zugrunde geht... Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes"* (F. J. Strauß 1984, S. 55).

Weil nur eine deutsche Niederlage dem Widerstand die Möglichkeit gab, den *„Schlag gegen Hitler"* zu führen, konnte er erst 1944 ausgeführt werden. Deutschlands Kriegsgegner hatten aber bereits im Januar 1943 in Casablanca beschlossen, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu erzwingen. Daß der Widerstand daran nichts mehr ändern konnte war klar. **Noch zwei Tage vor dem Attentat am 20.7.1944 betonte Roosevelts Sonderbotschafter Dulles** in Madrid gegenüber Otto John, **daß die Alliierten auch nicht mit einer deutschen Putschregierung verhandeln würden.** John hatte den Attentäter Oberst Graf v. Stauffenberg noch unmittelbar vor dem Attentat darüber informiert (F. Becker 1995, S. 363).

Vor Verlassen des Kartentisches im Führerhauptquartier bat Stauffenberg seinen Kameraden Oberst H. Brandt - Olympia-Goldmedaillen im Reiten 1936 - auf seine Aktentasche zu achten, welche die Bombe enthielt, die ihm den Tod brachte.

Den Attentäter, der nach gelungener Tat eine wichtige Rolle spielen wollte, der das Leben von mitwissenden und nichtmitwissenden Kameraden opfer-

te und sich auf dem Rückflug nach Berlin selbst zum General beförderte, trifft der Makel der Unehrenhaftigkeit, eine Bombe zu zünden und sich dann abzusetzen. [17]

Am Tage des Attentats auf Hitler kommentierte der britische Rundfunk BBC: „ *... daß auch eine neue deutsche Regierung nur einen gemeinsamen Frieden mit Ost und West auf der Grundlage einer bedingungslosen Kapitulation zu erwarten habe"* (U. Walendy 1967, S. 105). Nach dem Attentat erhielt die Gestapo nach einer Sonderanweisung Churchills von einem britischen Abwehroffizier in Bern Listen mit Namen, Stellung und Anschrift der Verschwörer, die mit der britischen Regierung vor dem Kriege in Verbindung standen (G. Douglas 1996).

Generaladmiral Böhm urteilte: *„Ich lehne die Tat des 20. Juli ab, weil sie sachlich betrachtet von völlig falscher Beurteilung der Lage ausgeht, außen- wie innenpolitisch. Außenpolitisch war auch bei geglücktem Attentat keine andere Haltung der Siegermächte zu erwarten .... daß der* [bei Hitlers Tod] *unzweifelhaft eintretende Bürgerkrieg mit schwersten blutigen Opfern den sofortigen Zusammenbruch der Fronten und dadurch die Gefangennahme und Verschleppung von noch mehr Millionen deutscher Soldaten und Zivilisten nach dem Osten verursacht hätte, als dies ohnedies geschah "* (H. Splittgerber 1989, S. 68). In einer Denkschrift für das IMT Nürnberg vom 19.11.1945 schrieben die Generalfeldmarschälle v. Brauchitsch, v. Manstein, Generaloberst Halder und die Generale Warlimont und Westphal: „ *Offiziere, die in christlichem Glauben erzogen waren ...finden in ihrer Lebensauffassung keinen Platz dafür, den Eid, den sie ihrem Oberbefehlshaber geschworen haben, zu brechen, noch gar, ihn zu töten ... Es konnte auch nicht die Aufgabe der führenden Offiziere sein, der Armee das Rückgrat zu brechen ... Mit dem größten Jahrhundertverbrechen, dem Diktat von Versailles, hätten auch die Verschwörer davon ausgehen müssen, daß die Alliierten 1939 zur endgültigen Vernichtung des deutschen Volkes angetreten waren. "* Generaloberst Guderian urteilte: *„Noch niemals hat man sich im preußisch-deutschen Reich eines Staatsoberhauptes durch Mord entledigt. Deshalb und weil es nicht glückte, wird der 20. Juli ein ewiger Schandfleck in unserer Geschichte sein."* Und von Papen: „ *Wer hat das Recht, den Verrat des Vaterlandes von mir zu fordern, wenn die Beseitigung des Staatsoberhauptes mein Land und Volk nur*

---

[17] Anm.: *„Hitler hat durch den Obergruppenführer Dr. Martin, Führer des SS-Oberab- schnittes Mittelfranken, General der Polizei, - der mir dies selbst eingehend im Lager Hersbruck später erzählte - der Witwe oder Mutter des Grafen Staufenberg kondolieren und einen großen Blumenstrauß überreichen lassen ... Und da im Volk eine große Empörung gegen den Grafen Stauffenberg herrschte, hat Hitler die Familie schützen lassen "* (Fr. Chr. Prinz zu Schaumburg-Lippe, *War Hitler ein Diktator?,* Witten 1976,
17 57).

noch tiefer ins Verderben stürzt?" (F. v. Papen 1952, S. 664). Nach dem Attentat wurde durch Kontrolle der Feldpost festgestellt, daß von 20 000 kontrollierten Soldaten das Attentat nur von wenigen gebilligt wurde.

Der Widerstand hatte durch Canaris an der Spitze der deutschen Abwehr zu sämtlichen militärischen und durch Staatssekretär v. Weizsäcker im Auswärtigen Amt zu sämtlichen politischen Informationen Zugang, über die das Deutsche Reich verfügte. Obwohl er damit genau über die politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Hintergründe des Krieges gegen Deutschland wie über die Risiken und möglichen Folgen eines inneren Umsturzes unterrichtet gewesen sein muß, benutzte der Widerstand den Krieg gegen Deutschland als Mittel zur Beseitigung Hitlers. Canaris sagt: *„Ein Unglück, das aber noch viel größer wäre als diese Katastrophe* [der Niederlage Deutschlands], *wäre der Triumph dieses Systems, das mit allen nur irgendwie möglichen Mitteln zu verhindern, der letzte Sinn und Zweck unseres Kampfes sein muß"* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 598).

Der Widerstand schreibt sich selbst einen entscheidenden Anteil an der militärischen Niederlage zu. Der ehemalige Generalstabschef Generaloberst Beck erklärte 1943 gegenüber Goerdeler: ***„Man verfügt jetzt über genug Vertrauensleute in Kommandostellen der Ostfront, so daß man den Krieg bis zum Zusammenbruch regulieren könne. Diese Vertrauensleute arrangieren z. B. Rückzüge ihrer Einheiten, ohne jeweils die Nachbareinheiten zu benachrichtigen"*** (H. Splittgerber 1989, S. 66). Wieviele Hunderttausende deutscher Soldaten im Zuge dieser Regulierung des Zusammenbruchs der Ostfront zusätzlich starben, hat die Zeitgeschichte bisher nicht interessiert. Generalmajor von Tresckow, einer der Hauptakteure der Verschwörung, war Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte. Ähnliches vollzog sich nach der Invasion in Frankreich 1944 und ist z. B. mit dem Namen von General Speidel verknüpft (P. Dehoust 1984, S. 192 f.). Auf Grund von Mitteilungen des Widerstandes konnte Dulles schon im April 1944 nach Washington melden, daß deutsche Generäle an der Westfront bereit seien, die Landung alliierter Truppen zu erleichtern.

Der Zusammenbruch der Ostfront 1944 hatte.das Vordringen der Russen bis über die Elbe zur Folge und endete mit der Vertreibung von 18 Millionen Deutschen, und fast 3 Millionen erlitten dabei den Tod. Am Ausmaß dieser Katastrophe trug der Widerstand einen beträchtlichen Teil der Verantwortung.

Als Gesamtbeurteilung des Widerstandes schrieb A. v. Ribbentrop 1975, S. 406: *„Die verantwortlichen Männer der deutschen Opposition hatten nach Ausbruch des Krieges nicht den Mut, den Umsturz zu versuchen, und brachen somit auch ihr Versprechen, das sie der englischen Regierung gegeben hatten, nachdem sie den Eid, den sie ihrem Volke gegenüber eingegangen waren, in den vorangegangenen Jahren laufend gebrochen hatten ... diese Leute, die als*

höchste Würdenträger des Reiches Landesverrat in unvorstellbarem Ausmaß begehen, die vorgeben, ihrem Gewissen gefolgt zu sein, indem sie einen Weltkrieg provozierten, genau wissend, daß jeder von ihnen das Problem mit einer Pistole und dem persönlichen Einsatz hätte lösen können ... Der Landesverrat, wie er hier betrieben wurde und wie er heute in Deutschland gewürdigt wird, legt die Axt an die Wurzeln der Kräfte, die eine menschliche Gemeinschaft letztlich ermöglicht. Wenn Leute in höchsten politischen und militärischen Positionen des Reiches eine fremde Macht veranlassen, das eigene Land mit einem Krieg zu überziehen und dann das persönliche Risiko scheuen, die Konsequenzen zu ziehen, ehe der alles verheerende Krieg eingesetzt hat, und sich im folgenden darauf beschränken, die Kriegsanstrengungen zu sabotieren, was Hunderttausenden, wenn nicht Millionen deutscher Soldaten das Leben gekostet hat, dann war das zu allen Zeiten, und das wird für immer so bleiben, ein fluchwürdiges Verbrechen."

Der ehemalige Bundestagspräsident Dr. E. Gerstenmeier schrieb in der *FAZ* am 21.3.1975: „ *Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde."*

Eine gründliche Untersuchung des Widerstandes müßte im übrigen herausarbeiten, in welchem Umfang Personen und Gruppen innerhalb des Widerstandes aus patriotischen und antitotalitären Motiven heraus handelten und in welchem Umfang ein deutschfeindliches und bewußt sich mit dem Feind verschwörendes Verhalten vorlag und in Beziehung stand zu einer Mitgliedschaft in freimaurerischen, kirchlichen und anderen imperialistischen und internationalistischen Zirkeln. Dann ließe sich auch klären, inwiefern der Widerstand, wie Weizmann formulierte, das „ *trojanische Pferd in der Festung des Feindes"* war, d. h. der verlängerte Arm des eigentlichen Feindes, nicht irgendwelcher gegen Deutschland in den Krieg geschickter Völker, sondern bestimmter imperialistischer, gegen die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker gerichteter Hintergrundmächte, wie wir sie in freimaurerischen, kirchlichen u. a. Kreisen vorfinden.

13 Der Luftkrieg gegen Deutschland[18]

Die Haager Landkriegsordnung von 1907 spricht mit dem Art. 25 das Verbot aus, unverteidigte Städte, Dörfer oder Gebäude mit welchen Mitteln der Landkriegsführung auch immer anzugreifen und zu zerstören. Dieses auf den Schutz der Zivilbevölkerung abzielende Verbot mußte gleichermaßen in der Ausdehnung auf Luftstreitkräfte gelten, die zweifellos nur deshalb nicht ausdrücklich erwähnt waren, weil sie 1907 noch keine nennenswerten Zerstörungswirkungen erzielen konnten. Die Mächte, die am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, bekannten sich noch einmal ausdrücklich zur Haager Landkriegsordnung von 1907. Aber erst mit dem Genfer Abkommen vom 12.8.1949 wurde präzisiert, daß Angriffe auf zivile Objekte, Kulturgüter und Zivilpersonen durch Flugzeuge zu Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt werden, die nicht verjährbar sind.

Obwohl das Deutsche Reich nach dem Versailler Diktat keine Militärflugzeuge besitzen durfte, die England Anlaß zu Gegenmaßnahmen hätten geben können, wurden dort bereits Mitte der zwanziger Jahre Studien für eine strategische Luftkriegsführung aufgenommen, denen ab 1932 konkrete Planungen folgten. Aus diesen Planungen heraus entstanden ab 1934 Entwicklungen für Langstreckenflugzeuge, die ab 1936 in Serie gingen. Damit stand den Engländern ab 1941 ein ausreichendes Potential für den strategischen Luftkrieg zur Verfügung.

Die Reichsregierung hatte sowohl vor wie nach 1933 bei allen Abrüstungskonferenzen gefordert, den Luftkrieg gegen die wehrlose Bevölkerung grundsätzlich zu verbieten. Keiner dieser Konferenzen gelang es, verbindliche Beschlüsse gegen diese Art der Kriegführung zu fassen, obwohl sie dem Sinn nach eindeutig unter das Verbot nach Art. 25 der Haager Landkriegsordnung fallen mußte und ohne Zweifel völkerrechtswidrig war. Nach der Genfer Abrüstungskonferenz 1937 sagte Baldwin, britischer Lordpräsident des Staatsrates: ***„Die einzige Verteidigung ist der Angriff, d. h. also, man muß mehr Frauen und Kinder töten als der Feind, wenn man sich selber schützen will"*** Churchill sagte während der Sitzung des Verteidigungskomitees am 16.11.1942: *„Es darf keine Anstrengung gescheut werden ..., die Bevölkerung zu terrorisieren und paralysieren"* (Gilbert, *Churchill,* 1966). Chamberlain, der über die laufenden Planungen der *Royal Air Force* hinreichend unterrichtet gewesen sein muß, antwortete am 21.6.1938 auf eine Unterhausanfrage mit der scheinheiligen Versicherung: *„ ... daß wir jede Erklärung ..., wonach es zu einer absichtlichen Politik gehöre, durch Demoralisierung der Zivilbevölkerung mit Bom-*

[18] M. Czesany 1986

benangriffen aus der Luft einen Krieg gewinnen zu wollen, gar nicht scharf genug verurteilen können. Das läuft dem Völkerrecht völlig zuwider. " Am 1.9.1939 forderte Roosevelt in einer Note das gleiche, obwohl auch hier die Aufrüstung auf vollen Touren lief und der Aufbau einer großen Bomberflotte betrieben wurde.

Bei Kriegsbeginn erhielt die deutsche Luftwaffe den Befehl, sich in ihrer Kampfführung auf militärische Objekte zu beschränken; vor den Feindflügen erfolgten kriegsvölkerrechtliche Belehrungen. Der Befehl galt bis Kriegsende, wurde aber begrenzt aufgehoben, nachdem sich Hitler entschloß, auf die zahlreichen britischen Bombenangriffe gegen zivile Ziele in Deutschland, mit Bomben- und später mit Raketenangriffen auf britische Städte zu antworten. In der Luftwaffendienstvorschrift LDV 16 hieß es: *„Der Angriff auf Städte zum Zwekke des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ist grundsätzlich abzulehnen."*

Bereits im September 1939 erfolgten die ersten englischen Luftangriffe auf Wilhelmshaven und Cuxhaven. Das Friedensangebot Hitlers, das er in seiner Rede vom 19.7.1940 machte, wurde mit gezielten englischen Angriffen auf unersetzliche Kulturstätten wie das Goethe-Haus in Weimar und das Bismarck-Mausoleum in Friedrichsruhe beantwortet. Auf der Sitzung des obersten Rates in London am 17.11.1939 wurde bestätigt, daß der Generalstab der britischen Luftwaffe einen Plan zur Zerstörung des Ruhrgebietes ausgearbeitet hatte, der bereits auf dem konzentrierten Einsatz von Langstreckenbombern beruhte. Am 8.7.1940 schrieb Churchill in sein Tagebuch: ***„Es gibt nur ein Mittel, das ihn*** [gemeint ist die deutsche Wehrmacht] ***in die Knie zwingen wird und das ist die totale Verwüstung, eine Ausrottung der Naziheimat durch massive Bombenangriffe ... Einen anderen Weg sehe ich nicht"*** (A. Schimmelpfennig 1994, S. 169).

Am 14.9.1940, vier Monate, nachdem die Engländer ihren Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung mit dem Angriff auf Mönchengladbach begonnen hatten, lehnte Hitler es ab, englische Wohnviertel zur Erzeugung einer Massenpanik zu bombardieren. Und noch im März 1942 verbot er einen Vergeltungsangriff auf London (K. Pingel, 1999).

Nach wiederholten Warnungen durch die Reichsregierung erfolgte der Vergeltungsangriff auf Coventry am 14. und 15.11.1940, der in erster Linie den mitten in der Stadt liegenden Rüstungswerken galt, aber unter der Zivilbevölkerung der Stadt etwa 550 Todesopfer forderte. Anfang 1942 legte Lindemann, der als Lord Cherwell dem Kabinett angehörte, einen Plan für Flächenbombardierungen der Wohngebiete deutscher Städte vor, nach dem dann verfahren wurde. Die wesentlichen Teile dieses Planes waren bereits Jahre vor Kriegsausbruch entwickelt worden (siehe Spaight, *Bombing vindicated*, London 1947). Um herauszufinden, wieviel Brandbomben zur Vernichtung einer Kleinstadt zu planen waren, wurden damals Versuche an materialgetreuen Modell-

bauten unternommen, die deutschen Haustypen nachgebildet waren. Der englische Kommandant der Bomberflotte, Harris, wurde für das Kriegsverbrechen des Luftkrieges geadelt und mit einem Denkmal ausgezeichnet. Er schrieb: ***„Es muß mit Nachdruck gesagt werden, daß von Essen abgesehen, wir niemals ein besonderes Industriewerk als Ziel gewählt hatten ... unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt"*** (E. Kern 1988, S. 281).

Die größten Menschenverluste unter der Zivilbevölkerung forderte der strategisch völlig sinnlose Luftangriff auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 mit vermutlich etwa 300 000 Toten - mehr, als nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gezählt wurden (siehe Anhang A l9). Um die auf besonders hohe Verluste abzielende Vorausplanung hat sich Churchill: *„ Sie sollen im eigenen Fett braten ..."* besonders verdient gemacht. Für seine gesamten „Verdienste" um Europa erhielt er nach 1945 den Karlspreis der Stadt Aachen. Bei der Einsatzbesprechung vor dem Angriff sagte der leitende Nachrichtenoffizier: *„Dies wird eine Nacht des Abschlachtens von Zivilisten sein"* (K. Pingel 1999).

Bei der offiziellen Gedenkfeier in Dresden 1990 nannte David Irving als Redner die annähernd wahren Verlustzahlen. Bei der offiziellen Gedenkfeier in Dresden 1995 nannten deutsche Politiker wahrheitswidrig Zahlen, die nur noch bei etwa einem Zehntel der tatsächlichen Verluste lagen. Dieses widerliche, ehrlose Verschweigen der tatsächlichen Verluste wiederholt sich bis jetzt jedes Jahr.

Die Gesamtzahl der Luftkriegstoten Deutschlands wird vom Statistischen Bundesamt mit 593 000 angegeben. Da im gleichen Zusammenhang für den Luftangriff auf Dresden nur 30 000 Tote genannt werden, ist die amtliche Gesamtzahl anzuzweifeln, sie ist wahrscheinlich weit untertrieben. Czesnany spricht in *Alliierter Bombenterror - der anglo-amerikanische Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung 1940-1945*, Leoni 1986, von einer Gesamtzahl von rund 1 000 000 Luftkriegstoten, die er ermittelt haben will. Mehr als jeweils 50 000 Tote hatten die Städte Berlin, Dresden, Hamburg zu beklagen, mehr als jeweils 10 000 Tote Darmstadt, Duisburg, Düren, Kassel, Köln, Magdeburg, Pforzheim, Wien und mehr als 1 000 Tote 42 weitere Städte (E. Kern 1988, S. 280; siehe auch Anhang B3).

Noch nach Beginn des Kriegsjahres 1945, als der Kriegsausgang bereits entschieden war, wurden planmäßig Städte mit größtem kulturhistorischem Wert zerstört, die Altstädte von Nürnberg, Würzburg, Nordhausen, Bayreuth, Dresden und Potsdam gingen unwiderruflich verloren.

Dieser Zerstörungswille, der ein immenses technisches Potential einsetzte, um sich mit größter Energie allein dem Terror gegen die Zivilbevölkerung und der Vernichtung von Kulturgut hinzugeben, war gegen das deutsche Volk selbst und seine Zivilisation gerichtet und hatte darin in den letzten 2000 Jahren eu-

ropäischer Geschichte nur eine Entsprechung: die asiatischen Einfälle nach Europa um 1240. Die britische und die damit einhergehende US-amerikanische Strategie und Taktik des Bombenterrors ist die *„ unzivilisierteste Art der Kriegführung, die die Welt seit den Verheerungen der Mongolen gesehen hat"*, kommentierte der englische Kriegshistoriker Lidell Hart.

Hier muß auch der Entwicklung - die von A. Einstein bereits vor Kriegsbeginn am 2.8.1939 Roosevelt nahegebracht wurde (Anhang A12) - und des Einsatzes der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki mit ihren fürchterlichen Folgen in der betroffenen Zivilbevölkerung gedacht werden. Kriegsverbrechen ähnlicher Art wiederholten sich mit der Entwicklung der Urankerngeschosse und -bomben durch die USA, die mit ihrer Anwendung im Kriege gegen den Irak 1991 und gegen Serbien 1999 zur radioaktiven Verseuchung und zum Teil auch Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche führten.

14 Deutsche Friedensbemühungen nach Kriegsbeginn und der Krieg bis zum 22.6.1941

Während des Krieges gingen Friedensbemühungen von verschiedenen deutschen Seiten aus. Nimmt man die des deutschen Widerstandes hinzu, so waren es etwa 35 bis 40 Versuche, den Frieden wiederherzustellen oder nach abgeschlossenen Kriegshandlungen zu einem Friedensschluß zu gelangen, die alle an der Gegenseite scheiterten (W. Hackert 1992). Hier wird nur auf die etwa 20 offiziellen Bemühungen der deutschen Regierung eingegangen.

Nach Kriegsbeginn setzte Dahlems seine Friedensbemühungen von Stockholm aus über den dortigen britischen Gesandten fort. Er unterrichtete über die deutsche Haltung, daß die deutsche Luftwaffe nur zu Vergeltungsflügen gegen England eingesetzt würde, und die Bereitschaft Deutschlands, den polnischen Staat wiederherzustellen sowie auch die Diskriminierungen von Juden einzustellen, wenn England zu erkennen geben würde, daß es den Frieden wiederherstellen will. Am 18.9. wiederholte Göring diese Vorschläge auf dem gleichen Wege nochmals und gab die Zusage zur Abrüstung unter internationaler Aufsicht. Über Rosenbergs Verbindung zum baltischen Baron de Repp, der Berater im britischen Luftwaffenministerium war, ließ Hitler am 29.9. den Engländern mitteilen, an der Weichsel solle gegen die Russen eine große Befestigungslinie angelegt werden. Am 29.9. unterbreitete Dahlems Chamberlain und Halifax in London neue Friedensvorschläge Görings, die den endgültigen Verzicht auf Fordemngen nach Rückgabe von Kolonien mit dem Vorschlag einer Welthandelskonferenz verbanden, ein Treffen Görings mit dem englischen Ge-

neralstabschef Ironside zum Zweck von Friedensverhandlungen vorsahen sowie eine deutsche Volksabstimmung darüber in Aussicht stellten. Alle Vorschläge wurden abgelehnt. Dahlems wurde schließlich die Einreise nach England verweigert (W. Hackert 1992).

Nach dem Feldzug gegen Polen appellierte Hitler in einer Rede im Berliner Sportpalast am 6.10.1939 an England und Frankreich: „ *Weshalb soll nun der Krieg im Westen stattfinden? Für die Wiederherstellung Polens? ... Was soll sonst der Grund sein? Hat Deutschland an England irgendeine Forderung gestellt, die etwa das britische Weltreich bedroht oder seine Existenz in Frage stellt? Nein, im Gegenteil, weder an Frankreich noch an England hat Deutschland eine solche Forderung gestellt. Soll dieser Krieg aber wirklich nur geführt werden um das jetzige Reich wieder zu zerschlagen und mithin ein neues Versailles zu schaffen?"* (M. Domarus 1988, S. 1378).

Domarus, übrigens Hitlergegner, gibt außerdem folgende, äußerst wichtige Stelle aus der Rede Hitlers vom 6.10.1939 wieder, in der die ostpolitischen Ziele der Reichsregierung umrissen werden:

„ Welches sind nun die Ziele der Reichsregierung in Bezug auf die Ordnung der Verhältnisse in dem Raum, der westlich der deutsch-sowjetrussischen Demarkationslinie als deutsche Einflußsphäre anerkannt ist?

1. *Die Schaffung einer Reichsgrenze, die - wie schon betont - den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht*
2. *Die Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten, d. h.: eine Lösung jener Minoritätenfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern die darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten betreffen.*
3. *In diesem Zusammenhang: Der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems [!].*
4. *Der Neuaufbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens zum Nutzen aller in diesem Raum lebenden Menschen.*
5. *Die Garantierung der Sicherheit dieses ganzen Gebietes und*

6. die Herstellung eines polnischen Staates, der in seinem Aufbau und in seiner Führung die Garantie bietet, daß weder ein neuer Brandherd gegen das Deutsche Reich entsteht, noch eine Intrigenzentrale gegen Deutschland und Rußland gebildet wird" (M. Domarus 1988, S. 1391). Hitler führte in seiner Rede vom 6.10.1939 weiter aus: *„Man hat seit vielen Jahren der deutschen Außenpolitik Ziele angedichtet, die höchstens der Phantasie eines Gymnasiasten entspringen könnten. In einem Augenblick, da Deutschland um die Konsolidierung seines Lebensraumes ringt, der nur wenige 100 000 Quardratkilometer umfaßt, erklären unverschämte Zeitungsschreiber in den Staaten, die selbst 40 Millionen Quadratkilometer beherrschen, Deutschland strebe seinerseits nach der Weltherrschaft. Die deutsch-*

russischen Abmachungen müßten gerade für die besorgten Advokaten der Weltfreiheit eine ungeheure Beruhigung darstellen, denn sie zeigen ihnen doch wohl in authentischer Weise, daß alle diese Behauptungen eines Strebens Deutschlands nach dem Ural, der Ukraine, Rumänien usw. nur eine Ausgeburt ihrer erkrankten Marsphantasie waren" (M. Domains 1988, S. 1378). Hitler bezieht sich hier direkt auf das seit langem sichtbare Bestreben der alliierten Propaganda, der Politik des Deutschen Reiches als Hauptziel das *„deutsche Streben nach Lebensraum im Osten "* anzulasten. Die generalisierte Unterstellung dieser angeblichen Eroberungsabsichten hatte lange begonnen, bevor die eigentliche deutsche Aufrüstung einsetzte und bevor der Krieg mit Polen ausbrach. Insbesondere aber befand sich diese Unterstellung völlig im Widerspruch zu den deutschen Bemühungen um friedliche Regelungen mit Polen (siehe Kap. 10), um die staatliche Wiederherstellung Polens (siehe Kap. 15) und um Frieden mit Frankreich und England, aber auch im völligen Widerspruch zu dem für die erfolgreiche Führung eines großen Krieges viel zu geringen Militär- und Rohstoffpotential und erst recht im Widerspruch zu den viel zu geringen Aufrüstungsbemühungen der Deutschen zwischen 1933 und 1938. Deutschland war zu Kriegsbeginn nicht kriegsbereit, man sehe sich das Luftwaffen-, das Panzer-, das Flotten-, das Munitions- und Rohstoffpotential an (siehe Kap. 11), man bedenke die Tatsache, daß die Mehrzahl der wehrfähigen Männer nicht ausgebildet war, man bedenke die militärische Stärke der Gegner, die ein Vielfaches der deutschen betrug.

Erst nach Ablehnung des erneuten Friedensangebotes ordnete Hitler die Planung für einen Westfeldzug an.

Nachdem auch Bemühungen, den schwedischen König in Friedensvermittlungen einzuschalten, gescheitert waren, resignierte Dahlerus und legte dem schwedischen Ministerpräsidenten einen Abschlußbericht vor.

Daraufhin unternahm Göring über den Ölmillionär W. R. Davies, der Roosevelts Wahlkampagne mit 300.000 Dollar unterstützt hatte, selbst den Versuch, zu Roosevelt noch vor dessen Wiederwahl Verbindung zu erhalten. Davies sollte dem Präsidenten folgendes mitteilen: ***„Sie können Mr. Roosevelt sagen, daß Deutschland, wenn er vermitteln will, einer Regelung zustimmen wird, durch die ein neuer polnischer Staat und eine unabhängige tschechische Regierung ins Leben träten"*** (W. Hackert 1992). Der Besuch von Davies bei Roosevelt kam nicht zustande - im Gegenteil, Davies mußte sich sogar den Paß abnehmen lassen. Dieselben Vorschläge wurden Roosevelt nochmals über den Präsidenten von General Motors, J. D. Mooney, der gleichzeitig die Opelwerke in Rüsselsheim leitete, gemacht, wobei zusätzlich der Rücktritt der Reichsminister Goebbels und v. Ribbentrop angeboten und die Kündigung der Bündnisse mit Japan und den UdSSR in Aussicht gestellt wurde. Dem folgten weitere vergebliche Bemühungen über Norwegen, und auch Dahlerus machte nach Beginn des

russischen Angriffs auf Finnland im Dezember 1939 über den Unterstaatssekretär Cadogan im *Foreign Office* noch einen letzten Versuch.

Auf die deutschen Friedensangebote gab Churchill im November 1939 die bündige Antwort: ***„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands"*** (U. Walendy, II, 1967, S. 91).

Der US-Gesandte in Oslo berichtete am 22.12.1939 nach Washington von einem deutschen Vorschlag, *„ in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Initiative grundsätzlich von den USA ausgeht"* mit den deutschen Konzessionen, Polen wiederherzustellen und die Tschechei aus dem Protektoratsverhältnis zu entlassen. Zum Zweck der Wiederherstellung Polens sei Deutschland sogar bereit, mit Rußland zu brechen (W. Hackert 1992). Danach folgte ab 25.1.1940 die Europareise des US-Unterstaatssekretärs S. Welles, die ganz im Sinne Roosevelts verlief und keine positiven Ergebnisse brachte. Auf der letzten Station seiner Reise ließ er sich am 11.3. in London von Churchill und Eden im Beisein von Halifax deren feste Absicht zur Vernichtung Deutschlands bestätigen.

Vor allem in der Schweiz nahm Prinz Hohenlohe mit Billigung und Unterstützung des *Auswärtigen Amtes* Kontakt zum dortigen Nuntius, zum ehemaligen Danziger Hochkommissar Burckhardt, zum englischen Unterstaatssekretär des *Foreign Office,* Butler, und zum englischen Botschafter Kelly auf und unterbreitete Friedensangebote der Reichsregierung, die samt und sonders nicht aufgegriffen wurden. Die Gespräche wurden nach einem Machtwort Churchills Ende 1940 abgebrochen. Auch die wiederholten Initiativen von Franz v. Papen, dem deutschen Botschafter in der Türkei bis Kriegsende, scheiterten alle (U. Schlie 1994).

Noch ein Friedensangebot, das von der Schweizer Regierung ausging, soll erwähnt werden. In einer Vorsprache des deutschen Gesandten Köhler beim Chef des Schweizer politischen Departement, Pilot, am 5.2.1943 stellte Köhler die Bedrohung Europas durch die gigantische russische Rüstung dar. Die deutsche Reichsführung rechne nicht mehr mit einem klaren Siege. Nach deutscher Auffassung sollte es möglich sein, sich mit den Angelsachsen zu verständigen, da Deutschland in Westeuropa keine Ambitionen besitze. Daraufhin hat Pilot das dem US-Gesandten mitgeteilt, der es sofort nach Washington weitergab, aber Roosevelt lehnte ab (E. Bonjour, *Geschichte der Schweizer Neutralität, VI,* Basel 1970, S. 116).

Am 9.4.1940 gelang es, den geplanten Landungen britischer Streitkräfte an der norwegischen Küste nur um Stunden zuvorzukommen oder sie beim Landungsversuch zurückzuschlagen. Roosevelt war vor den Landeunternehmen von Churchill konsultiert worden (D. Irving 1990). Da es darum ging, Deutschland von den Eisenerzlieferungen aus Nordschweden abzuschneiden, war es die Absicht der Engländer, den Zugang zu diesen Erzfeldern zu besetzen. Der deutsche Eingriff in Norwegen, den Bundespräsident R. v. Weizsäcker im Aus-

land den *„deutschen Überfall"* auf Norwegen nannte und den englischen vergaß zu erwähnen, stellte wohl ohne Zweifel eine militärische Präventivmaßnahme dar.

Nach vorbereitenden Generalstabsbesprechungen beschrieb das Memorandum des holländischen Oberbefehlshabers General Winkelmann vom 23.3.1940 die Zusammenarbeit der holländischen mit den englischen, französischen und belgischen Streitkräften. Der Beginn dieser Besprechungen bedeutete völkerrechtlich die Preisgabe der Neutralität von Belgien und Holland. Eine französisch-englische Offensive durch Belgien und Holland hindurch war seit September 1939 vorbereitet worden und die Einsatzbefehle befanden sich schon bei den unteren Truppeneinheiten. Bereits am 15.4.1940 waren französische Panzereinheiten in Belgien und Luxemburg und auch schon englische in Belgien (Auswärtiges Amt, *Weißbuch* Nr. 5, 1940).

Nachdem Frankreich fast seine gesamten Panzerkräfte an seiner belgischen Grenze zusammengezogen hatte und Belgiens Truppen entsprechend vorhergegangenen französisch-belgisch-holländischen Generalstabsbesprechungen von der französisch-belgischen an die belgisch-deutsche Grenze verlegt worden waren, wurde die deutsche Westoffensive am 10.5.1940 eingeleitet. Sie kam der feindlichen Offensive nur um Tage zuvor. Die deutsche Offensive, die die heutige deutsche Presse und Politiker den *„verbrecherischen deutschen Überfall auf die nichtsahnenden neutralen Staaten Belgien und Holland"* nennt, war nichts anderes als eine militärische Präventivmaßnahme.

Nach dem Sieg über Frankreich machte Hitler in seiner Reichstagsrede vom 19.7.1940 wieder ein Friedensangebot an England: *„Ich habe in meiner Rede vom 6.10. (1939) ... damals Frankreich und England die Hand zur Verständigung geboten ..., denn meine Absicht war es nicht, Kriege zu führen, sondern einen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen ... Mister Churchill hat soeben wieder erklärt, daß er den Krieg will ...Es wird dadurch ein großes Weltreich zerstört werden. Ein Weltreich, das zu vernichten oder auch nur zu schädigen niemals meine Absicht war ...In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell der Vernunft an England zu richten ... Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte"* (M. Domarus 1988, S. 1557). Auch hier hätte noch die Möglichkeit bestanden, den Krieg zu beenden. Aber wie alle anderen Friedensbemühungen Deutschlands wurde das Friedensangebot vom 19.7.1940 wie schon das vom 6.10.1939 von England abgewiesen. England war in finanzieller Hinsicht seit langem in die völlige Abhängigkeit von den USA geraten und Churchill wußte, daß Roosevelt zum Kriegseintritt der USA entschlossen war.

Schon im Sommer 1939 fand ein Geheimtreffen von Churchill mit Stalin auf der Krim statt. Am 15.10.1939 schlossen diese beiden ein militärisches Geheimabkommen, in dem festgelegt wurde, daß am 15.6.1940 gleichzeitig

englisch-französische Angriffe im Westen durch Belgien und Holland, im Norden auf Skandinavien und im Osten durch die Rote Armee beginnen sollten. Der Reichsregierung war das bekannt und dieser Sachverhalt wurde mit Schreiben vom 7.3.1940 dem Marschall Mannerheim bekannt gemacht (F. Becker, *Huttenbriefe,* 3/1997).

In einer Sitzung des Kabinetts teilte **Churchill am 25.6.1940 mit, er habe aufgrund der von Botschafter Cripps in Moskau geführten Verhandlungen nunmehr die präzise Zusage erhalten, daß die Sowjetunion in den Krieg auf englischer Seite eintreten werde und er habe die uneingeschränkte Zusage des Präsidenten Roosevelt zur Unterstützung der englischen Kriegsführung erhalten** (F. Becker 1995, S. 196).

Inzwischen war Deutschland von Italien zu Unternehmungen veranlaßt worden, die sich politisch wie militärisch nachteilig auswirkten. In den Jahren 1935 bis 1936 hatte Italien Abessinien erobert und im April 1939 Albanien annektiert. Italien hatte ähnlich chauvinistische Ziele wie Polen und träumte von Eroberungen nach dem Vorbild des antiken römischen Weltreiches.

Italien hielt sich bis kurz vor Ende des Frankreichfeldzuges an seine Absicht, nicht in den Krieg einzutreten. Sobald aber die Niederlage deutlich erkennbar war, ließ Mussolini Frankreich angreifen.

Bereits 1940 wurde Jugoslawien ermuntert, zusammen mit Rußland gegen Deutschland Partei zu nehmen, wie aus einem Bericht des jugoslawischen Gesandten Gavrilowic nach seinem Besuch bei Molotow am 19.7.1940 hervorgeht, in dem es heißt: *„Mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland muß man schon jetzt als mit einer Tatsache rechnen "* (F. Becker, *Huttenbriefe,* 3/1997).

Am 28.10.1940 griff Italien Griechenland von Albanien aus an, am 13.9.1940 begann eine italienische Offensive von Lybien aus gegen Ägypten. Diese endete in einer englischen Gegenoffensive mit fast völliger Vernichtung der italienischen Armee. Nach dem Beginn englischer Landungen in Piräus am 4.3.1941 brach eine weitere italienische Offensive nach dem 9.3. schnell zusammen. Alle diese italienischen Abenteuer, die meist ohne vorherige Konsultation Deutschlands begonnen wurden, verursachten nur unnötige Ausweitungen des Krieges nach Afrika, in das Mittelmeer und auf den Balkan. Die italienischen Niederlagen mußten durch deutsche Hilfsmaßnahmen korrigiert werden, banden nur deutsche Kräfte, die in Rußland fehlten, und hatten den verspäteten Beginn des Krieges gegen Rußland zur Folge.

Nach dem Staatsstreich in Belgrad am 27.3. und dem Pakt mit Rußland am 5.4.1941 begann Deutschland eine völlig improvisierte Offensive auf dem Balkan, die die durch Italien verschuldeten Bedrohungen im Südosten ausschaltete. Sie begann am 6.4. und endete mit den Kapitulationen Jugoslawiens und Griechenlands am 17.4. bzw. 21.4.1941. Die Kriegsausweitungen in Nord-

afrika und auf dem Balkan waren von Deutschland weder beabsichtigt noch verursacht.

Nachdem der riesige Aufmarsch der Roten Armee u. a. durch Luft-Fernaufklärung bis jenseits des Dnepr erkannt war - dabei wurde beobachtet, daß die Transportzüge mit Sichtabstand nach Westen fuhren - und der Termin des deutschen Angriffs bereits befohlen war, unterbreitete Rudolf Heß England das letzte und weitgehendste Friedensangebot. Heß flog am 10.5.1941 als Parlamentär mit Vollmachten für Friedensverhandlungen nach England (Völkerrechtsgutachten dazu von Prof. Blumenwitz in: A. Seidl 1985). Er führte ein umfassend ausgearbeitetes Angebot eines Friedensvertrages mit sich (P. Padfield, *The Führers Disciple.* Macmillan, London 1995). Er wurde vom 13. bis 15.5. von Kirkpatrick, dem englischen Bevollmächtigten, und am 10.6. von Lordkanzler Simon empfangen. Als Parlamentär hätte Heß nach der Haager Landkriegsordnung sofort nach der Beendigung seiner Mission - auch nach einem Fehlschlag - nach Deutschland zurückgesandt werden müssen. Seine Gefangennahme, der die Aburteilung durch das IMT Nürnberg folgte, war ein Bruch des Völkerrechts (A. Seidl 1985).

In den Niederschriften Ribbentrops während seiner Gefangenschaft in Nürnberg 1945/46 findet sich die Feststellung: *„Jedenfalls haben alle von mir in den Kriegsjahren ... durchgeführten Sondierungen einwandfrei - und zwar nicht erst seit der Formel der bedingungslosen Kapitulation - ergeben, daß weder mit England noch mit Amerika ein ernstes Friedensgespräch möglich war"* (J. v. Ribbentrop 1953, S. 268).

Während bei den westlichen Feinden alle deutschen Friedensfühler scheiterten und von ihnen kein einziger kam, sind solche von russischer Seite im Herbst 1943 bemerkenswert. Ribbentrop beurteilte sie so: *„Es ist kaum anzunehmen, daß Stalin mit Deutschland ernsthaft Verhandlungen führen will, nachdem die Sowjettruppen über Charkow und Kiew marschieren und bereits vor Smolensk stehen ... Ein Rückzug der deutschen Truppen auf die Interessengrenze von 1939 oder gar auf die Grenze von 1914 würde keinen anderen Zweck haben, als den Bolschewiki kampflos einen entscheidenden strategischen Gewinn in den Rachen zu werfen "* (P. Kleist 1950, S. 273).

15 Die deutsch-russischen Beziehungen von 1939 bis zum 22.6.1941

Daß aus der sozialistisch-marxistischen Ideologie mit ihrer Forderung nach der Diktatur des Proletariats zur Durchsetzung die Forderung nach der Weltrevolution entstand, ist schon oft dargestellt worden. Mit Lenin 1920: *"Der Weg der Weltrevolution führt über Berlin "* wurde der von Stalin konsequent weiterverfolgte gesamtpolitische Weg abgesteckt. Schon mit Stalins Rede am 19.1.1925 vor dem Zentralkomitee der KPdSU: *„ Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten "* wurden seine Pläne für den Zweiten Weltkrieg sichtbar, die er dann mit politischem und taktischem Geschick verfolgte.

Die Beziehungen der von der marxistisch-leninistisch-stalinistisch-bolschewistischen Ideologie gesteuerten Internationalen und der UdSSR zu Deutschland von 1917 bis 1939 finden sich an den betreffenden Stellen einschlägiger Kapitel und sollen nicht noch einmal abgehandelt werden.

Den Todesstoß erhielt diese die UdSSR tragende und aus der Aufklärung herausgewachsene Ideologie durch den persönlichen Besuch des Hauptes der kapitalistischen Hochfinanz, nämlich durch Rockefeller mit Gefolge aus dem *B 'nai B 'rith* und den Bilderbergern, darunter auch Chirac (Zitat a. a. O.), am 18.1.1989 bei Gorbatschow, der dort zur Annahme der Forderungen nach Privatisierung der Staatsbetriebe, Freigabe der Preise und Löhne überredet wurde, was zum Zusammenbruch der UdSSR und der Ostblockstaaten führte.

Nachdem Chamberlain und Halifax mit der Garantieerklärung für Polen vom 31.3. die Lunte am Pulverfaß angezündet hatten, suchten sie bei Rußland um Schützenhilfe für die Einkreisung Deutschlands nach. Sie wünschten am 15.4. von Rußland eine ähnliche Garantieerklärung für jeden Angegriffenen, wie es die Polengarantie war. Aber die Sowjets lehnten ab. Diese wünschten statt dessen, daß die englische Polengarantie nur auf einen Angriff auf Polen durch Deutschland beschränkt würde. Zudem wünschten sie Durchmarschrechte durch Polen (C. Tansill 1957, S. 563). Damit wurden die russischen Pläne eines Angriffs durch Polen auf Deutschland erstmalig angedeutet.

Die Verhandlungen zwischen England, Frankreich und der UdSSR führten am 2.6. zur Vorlage eines Vertragsentwurfes durch Molotow, der die Klausel der indirekten Intervention enthielt. Die Sowjetunion beanspruchte das Recht zur Intervention, wenn sie sich bedroht fühlte. Die *Prawda* verdeutlichte das am 13.6., indem sie schrieb, die gegenwärtige Lage in Europa fordere beson-

dere Maßnahmen zum „ *Schutze* " von Finnland, Estland und Lettland. In der Folge wurden britischer- und französischerseits mit der Anerkennung dieser Formulierung nicht nur russische Interventionen in Finnland, den baltischen Staaten und Polen anerkannt, sondern der UdSSR auch noch Unterstützung bei diesen Interventionen zugesagt. Das heißt: während die Friedensbemühungen Deutschlands sabotiert wurden, wurden die imperialistischen Bestrebungen der Sowjetunion unterstützt. Während der folgenden Generalstabsbesprechungen erfuhren die westlichen Militärs am 21.8. dann aus der russischen Presse, daß ein deutsch-russischer Nichtangriffspakt geplant sei (D. Hoggan 1976, S. 566).

Doch die Verbesserung der russisch-deutschen Beziehungen wurde bereits am 18.3.1939 mit einer Rede Stalins auf dem Kongreß der KPdSU eingeleitet mit: „ *Die Sowjetunion denke nicht daran, den westlichen Demokratien die Kastanien aus dem Feuer zu holen ... Sie sei im Gegenteil einer Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland nicht grundsätzlich abgeneigt"* (P. Kleist 1971, S. 22). Nach fast ablehnender Haltung der Reichsregierung erfolgte am 4.5. die Ablösung des russischen Außenministers Litwinow durch Molotow. Und noch als der russische Geschäftsträger Astachow am 15.6. dem bulgarischen Gesandten Draganoff sagte, „ *wenn Deutschland die Erklärung abgeben wollte, daß es die Sowjetunion nicht angreifen wolle oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschließen würde, so würde die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluß mit England absehen"* (P. Kleist 1971, S. 33), wurde deutscherseits weiter hinhaltend reagiert. Doch als am 25.7. bekannt wurde, daß eine englische und französische Militärmission nach Moskau kommen sollte, führte das zu Aktivitäten Ribbentrops.

Die Verhandlungen Rußlands mit Deutschland begannen bereits nach dem 12.8. und führten zur Anerkennung der russischen Wünsche. Ribbentrop telegraphierte an v. d. Schulenburg am 18.8.: „ ... *In meiner ergänzenden Instruktion sei über diese Mitteilung* [Molotows] *hinaus schon klar gesagt, daß wir mit Gedanken Nichtangriffspakt, Garantierung baltischer Staaten und deutscher Einflußnahme auf Japan völlig einverstanden seien"* (F. Becker 1989, S. 13) und am 20.8.: „... *3. Ich akzeptiere den von Ihrem Außenminister Molotow übergebenen Entwurf des Nichtangriffspaktes ...4. Das von der Regierung der Sowjetunion gewünschte Zusatzprotokoll kann nach meiner Überzeugung in kürzester Zeit geklärt werden ..."* (F. Becker 1989, S. 20). Die Sowjets waren also nur zum Vertragsabschluß bereit, wenn dieses Geheimprotokoll unterzeichnet würde, in dem sich das Reich verpflichtete, die baltischen Staaten - an deren staatlicher Garantie sich nichts änderte -, einen Teil Polens und zusätzlich Bessarabien dem Interessenbereich der UdSSR zu überlassen; England und Frankreich hatten sie bekanntlich bereits vorher an die UdSSR ausgeliefert.

Nachdem die deutsche Zustimmung zu den von der UdSSR gewünschten Verträgen sicher war und Stalin am 19.8. Schukovs Telegramm erhalten hatte, daß die Japaner nichts von Angriffsvorbereitungen ahnten, was später den Blitzsieg über die 6. japanische Armee zur Folge hatte, wurde am gleichen Tage unter Stalins Vorsitz im Politbüro der endgültige Beschluß zur *„Befreiung"* Europas mit Einleitung der militärischen Vorbereitungen gefaßt (V. Suworow 1989, S. 62, V. Suworow 1994; siehe Kap. 16).

Noch am 22.8. wies Halifax den Leiter der britischen Delegation in Moskau an, den Russen zu versichern, er teile ihre Ansicht über die Unerläßlichkeit rassischer militärischer Operationen in Polen und sei bereit, sie bei solchen in vollem Umfang zu unterstützen. Das war die Zusage britischer Unterstützung eines russischen Einfalls in Polen (D. Hoggan 1976, S. 628).

Am 23.8. traf v. Ribbentrop nach 16.00 Uhr in Moskau ein und begab sich gegen 18.00 Uhr in den Kreml. Bereits vor Mittemacht war der Nichtangriffspakt formuliert und zusammen mit dem geheimen Zusatzabkommen unterschrieben. Dieses besagte:

1. *Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ...*
2. *Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.*
3. *Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont"* (F. Becker 1989, S. 25).

In seinen letzten Aufzeichnungen in Nürnberg schrieb v. Ribbentrop: *„Am 24. August flog ich mit unseren Delegierten nach Deutschland zurück in der Überzeugung, daß der Wunsch Stalins und Molotows, zu einer dauernden Verständigung mit Deutschland zu kommen, zu diesem Zeitpunkt aufrichtig war. Auch bei Adolf Hitler hatte ich ... den Eindruck, daß es ihm bei dem Ausgleich mit Rußland unbedingt Ernst war. Die Abmachungen waren von uns auf die längste Dauer und als dauernder Ausgleich gedacht"* (J. v. Ribbentrop 1953, S. 184). Ribbentrop hatte Stalin während der Verhandlungen darauf hingewiesen, daß deutscherseits alles versucht würde, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen (A. v. Ribbentrop 1963, S. 409). Noch am gleichen Tage verriet Herwarth v. Bittenfeld, Angehöriger der deutschen Botschaft in Moskau, den

Inhalt des Geheimen Zusatzabkommens an die Amerikaner Roosevelt hätte den Ausbruch des Krieges verhindern können, wenn die Polen davon Kenntnis erhalten hätten. Er gab dieses Wissen jedoch weder an Polen noch an England oder Frankreich weiter (persönl. Mittig. v. K. O. Braun).

Nach der Unterzeichnung sagte Stalin zu Ribbentrop: *„Die sowjetische Regierung nimmt den neuen Pakt sehr ernst. Er könne sein Ehrenwort verpfänden, daß die Sowjetunion ihren Partner nicht betrügen werde"* (A. J. P. Taylor 1961, S. 337). Aber abends in seiner Datscha sagte er zu seinen engsten Mitarbeitern: *„Ich habe ihn* [Hitler] *überlistet"* (S. Talbott 1971, S. 128). Heute kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Sowjetunion diesen Vertrag mit der Absicht der vorsätzlichen Täuschung Deutschlands abgeschlossen hat. Ganz klar geht dieser Sachverhalt aus einer Instruktion an die Komintern vom 25.11.1939 hervor: *„Die Errichtung des Sowjetregimes in allen kapitalistischen Ländern durch die Weltrevolution bleibt das einzige allgemeine Ziel der Außenpolitik Sowjetrußlands. Der europäische Krieg schafft allein die günstigen Umstände und Bedingungen zur Entfesselung der internationalen Revolution ...*"(G. Brennecke 1970, S. 313). Der Vertrag war von Anfang an nichtig. Er konnte insofern von Deutschland gar nicht gebrochen werden. Aber Gillessen schreibt: *„Als die Wehrmacht am Morgen des 22.6.1941 unter Bruch des Nichtangriffsvertrages vom 18.8.1939* [muß heißen 23.8.] *in die UdSSR einfiel..." (FAZ,* 27.4.1989).

Der Satz des geheimen Zusatzabkommens: *„Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht scheinen lassen und wie dieser abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung gelöst werden "* wurde von der Reichsregierung nur so verstanden, daß Polen als Staat nicht verschwinden sollte. Am 27.9. wurde bei einem nochmaligen Besuch v. Ribbentrops in Moskau die Rückverlagerung der Demarkationslinie von der Weichsel auf die Curzonlinie, die ethnische Vorherrschaften von Polen und Russen sowie Ukrainern trennt, vereinbart. Dieser Linie entsprach der nach 1945 zwischen der UdSSR und Polen festgesetzte Grenzverlauf. In einer militärischen Führerbesprechung bei Hitler am 17.10.1939 wurde notiert: *„Polen soll selbständig gemacht werden. Es wird kein Teil des Deutschen Reiches und auch kein Verwaltungsbezirk des Reiches"* (F. Becker 1989, S. 52). Nachdem Polen vollständig besetzt und die Regierung geflohen war, eröffnete Molotow dem deutschen Botschafter am 20.9.1939, *„daß die bei der Sowjetunion und bei Stalin persönlich ursprünglich vorhandene Neigung, ein restliches Polen bestehen zu lassen, jetzt der Tendenz gewichen ist, Polen entlang der Linie Pissa-Narew-Weichsel-San aufzuteilen. "* **Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins sollten nicht einmal mehr Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben** (J. Hoffmann 1983, S. 85).

Das bekräftigte Molotow in einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 31.10.1939: „ *Von einer Wiederherstellung des alten Polens ... diesem mißgestalteten Geschöpf des Versailler Vertrages, das von der Unterjochung der nichtpolnischen Nationalitäten lebte ... kann, wie jeder begreift, überhaupt keine Rede sein. Deshalb ist die Fortsetzung des gegenwärtigen Krieges unter der Flagge einer Wiederherstellung des früheren polnischen Staates sinnlos ..." (Izvestija,* 1.11.1939).

Die NichtWiederherstellung Polens entsprach der russischen strategischen Forderung, daß für einen Überraschungsangriff gegen den Anzugreifenden - sprich Deutschland - eine gemeinsame Grenze herzustellen sei (V. Suworow 1989). Das und die folgenden Annexionen waren bereits ein Teil der am 19.8.1939 beschlossenen *„Befreiung".* Polen wurde etwa an der Curzonlinie geteilt, welche die ethnische Vorherrschaft von Russen und Ukrainern gegen die von Polen trennte, mit Ausnahme der nach Westen vorspringenden Balkone von Bialystok und Lemberg, in denen dann große russische Angriffsverbände massiert wurden.

Kurz nach Ende des Polenfeldzuges forderte die UdSSR von den baltischen Staaten z. T. ultimativ den Abschluß von Beistandspakten, die am 28.9. von Estland, am 5.10. von Lettland und am 10.10. von Litauen unterzeichnet wurden. Damit wurden der UdSSR Stützpunkte in den baltischen Staaten eingeräumt. Dazu erklärte am 30.10. Molotow für die UdSSR: *„Diese Beistandspakte setzen voraus den gegenseitigen Respekt der vertragsschließenden Staaten ... Wir erklären, daß die Rede von einer Sowjetisierung der baltischen Staaten lediglich als Progaganda ...zu werten ist. "* Nach der Annexion stand in der *Prawda* vom 4.2.1940: *„Die Sowjetregierung hat die baltischen Staaten befreit"* (U. Walendy 1966, S. 161).

Im Juni 1940 besetzten starke Verbände der Roten Armee die baltischen Staaten. Am 2.8.1940 meldete die Prawda: *„Daß die Völker der baltischen Staaten mit Hilfe der sowjetischen Soldaten das alte Regime gestürzt und Sowjetrepubliken gebildet haben "* (U. Walendy 1966, S. 161).

Die *„ Befreiung"* wurde durch Dekanosov mit Hilfe der Deportation von Hunderttausenden und der Ermordung des Großteils der ehemaligen Offiziere und der Intelligenz vollzogen. *„ Von den 1 000 bekannten Persönlichkeiten Estlands ... ist es kaum 50 gelungen, dem bolschewistischen Terror zu entgehen"* (S. Hedin 1992, S. 159 f.).

Bei der Besetzung von Litauen wirkten 20 000 Mann des NKWD nach dem Modell von Katyn mit. [19] Der Einsatzbefehl lautete: *„ ... daß jeder Mann*

19 Anm.: Das geschah wie in Katyn unter der Führung jüdischer Kader, wie mir von vielen Litauern und Esten erzählt wurde. Dekanosow gehörte zu diesem Kader. Der Verleger.

mitsamt seiner Familie zu kassieren sei, der ein Amt in einer demokratischen Partei oder Gewerkschaft bekleidet hatte, einen Universitätsgrad besaß oder einer akademischen Berufsgruppe angehörte. " *Diese Leute wurden entweder erschossen oder nach Sibirien verschickt. Von keinem von ihnen hat man wieder etwas gehört (R. Paget,* Manstein - seine Feldzüge - sein Prozeß. *Wiesbaden 1952, in: H. Splittgerber 1996, S. 53).*

Die Maßnahmen der Besetzung wären zum Zwecke des Aufmarsches gegen Deutschland nötig, erklärten 1940 russische Offiziere in den baltischen Staaten (F. Becker 1991, S. 72). Der Vorwurf, das Reich habe mit dem Geheimprotokoll vom 23.8. die Annexion der baltischen Staaten im voraus gebilligt, ist nicht richtig, denn das geheime Zusatzprotokoll wurde unter der vorausgegangenen Absprache der Garantie der baltischen Staaten unterzeichnet.

Bereits am 21.5.1940, also während des Frankreichfeldzuges, als nur ganze sechs deutsche Divisionen an der Ostgrenze standen, meldete der deutsche Militärattache Köstring aus Moskau größere russische Truppenkonzentrationen von Weißrußland bis Rumänien. Westlich der Linie Archangelsk-Kalinin-Poltawa-Krim standen am 1.9.1939 65 russische Divisionen, am 1.12.1939 106 und während des Frankreichfeldzuges bereits 160 Divisionen (F. Becker 1991, S. 179). Trotzdem wurden am Ende des Frankreichfeldzuges noch 35 deutsche Divisionen demobilisiert. Hitler rechnete nach Ende des Frankreich-Feldzuges damit, daß *„die Aufgabe des Heeres in diesem Kriege im wesentlichen erfüllt"* sei (H. Schustereit 1988, S. 12). Das ist wohl der wichtigste Beweis, daß deutscherseits für einen „rassenideologischen Vernichtungskrieg" mit „Gewinnung von Lebensraum" gegen die UdSSR keine Absichten bestanden. Auf der anderen Seite begannen am 25.6., dem Tage des Waffenstillstandes in Frankreich, Gespräche zwischen Stalin und dem neuen Botschafter Englands in Moskau, Cripps, in denen Stalin Deutschland als die einzige wirkliche Bedrohung Rußlands bezeichnete (W. Post 1995, S. 153).

Halder erteilte am 3.7.1940 den ersten Auftrag an den Generalstab für Studien zu Operationen gegen Rußland. Vorher hatte sich der Generalstab noch nicht mit Rußland befaßt.

Am 21.7. wurden alle drei baltischen Staaten zu Sowjetrepubliken erklärt, obwohl der Vertrag mit der UdSSR vom 28.9.1939 von der Unabhängigkeit der baltischen Staaten ausging und nur über Militärstützpunkte verhandelt worden war. Es wurde bekannt, daß in Litauen 30 russische Divisionen mit großen Mengen von Kriegsmaterial standen. Am 23.6. teilte Molotow dem deutschen Botschafter von der Schulenburg die bevorstehende Annexion von Bessarabien und der Nord-Bukowina mit. Mit diesen zwei Maßnahmen waren sowohl Ostpreußen als auch die rumänischen Ölfelder bedroht. Die Antwort war die Verlegung 24 deutscher Divisionen nach dem Osten und Maßnahmen zum Schutze der Ölfelder.

Die russischen Wünsche für gemeinsame Grenzen und die Annexionen wurden gebilligt, um die Gefahr eines Zweifrontenkrieges möglichst auszuschalten. Nachdem im Wiener Schiedsspruch vom 3.7.1940 Rumänien Nord-Siebenbürgen an Ungarn abgetreten hatte, wurden seine Grenzen von Deutschland und Italien garantiert. Jetzt wurde eine Militärkommission zum Schutze der Ölfelder nach Rumänien entsandt.

Auch aus Finnland kamen Meldungen bedrohlicher Art. Deutschland lieferte Finnland für das kriegsnotwendige Nickelerz von Petsamo Waffen. Deutsche Truppentransporte nach Nord-Norwegen wurden durch Finnland geleitet.

Bei einer Besprechung des Unternehmens „Seelöwe", der Landung in England, wurde am 31.7.1940 von Hitler der Gedanke geäußert, England durch Zerschlagung seines Festlandsdegens Rußland zu bezwingen, aber das sei „ *keine endgültige Entscheidung gewesen"* (Halder im IMT, Klüver 1984, S. 83). Es wurde der Auftrag für Operationspläne gegen die UdSSR erteilt. Das Unternehmen Seelöwe wurde am 12.9.1940 endgültig abgesagt.

Am 27.9.1940 wurde in Berlin der Dreierpakt Deutschland-Italien-Japan abgeschlossen. Um diesen Block als Festlandsblock England gegenüberzustellen, wurde Molotow vom 12.-14.11.1940 in Berlin eingeladen, ihm beizutreten. **Molotow forderte dort die deutsche Zustimmung zur Annexion Finnlands, zur Errichtung militärischer Stützpunkte in Bulgarien, an den Meerengen von Bosperus und den Dardanellen sowie am Belt, Öresund, Kattegatt und Skagerak** (F. Becker 1991, S. 156). Diese Forderungen wurden in der Note vom 25.11. wiederholt. Nach den Erfahrungen mit den baltischen Staaten und Bessarabien waren diese Forderungen im Interesse von ganz Europa undiskutabel und wurden nicht beantwortet. Mit Molotow kam auch Dekanosow nach Berlin, der als Stalins Sonderbeauftragter die Annexion der baltischen Staaten und die Deportationen vollzogen hatte. Er war Mitarbeiter Berijas bei den großen Stalinschen Säuberungen, also Gehilfe der Massenmorde, gewesen.[20] Ende November wurde Dekanosow als Botschafter nach Berlin versetzt, wohl mit ähnlicher Aufgabenstellung wie im Baltikum.

Erst danach, am 18.12.1940, erteilte Hitler die „Weisung 21" für die Planung des Unternehmens *Barbarossa.* Die Weisung sprach nur von Vorsichtsmaßnahmen und legte keinen Termin fest: *„Alle von den Herren Oberbefehlshabern auf Grund dieser Weisung zu treffenden Anordnungen müssen eindeutig dahin abgestimmt sein, daß es sich um Vorsichtsmaßnahmen handelt für den Fall, daß Rußland seine bisherige Haltung gegen uns ändern sollte. "*

Bereits im Sommer 1940 hatte Molotow dem italienischen Botschafter mitgeteilt, Stalin erwarte von Mussolini die Anerkennung der sowjetischen Vorherrschaft im Schwarzen Meer (ADAP, Ser. D, Bd. 10, Nr. 4).

---

[20] Er gehörte zum jüdischen Führungskader in der UdSSR. Der Verleger.

Da der große russische Aufmarsch auf einen Angriff der UdSSR noch im Jahre 1941 hindeutete - Suworow (1989) wies nach, daß dieser Aufmarsch nicht den Winter 1941/42 hätte durchgehalten werden können -, war für einen erfolgreichen deutschen Präventivangriff ein möglichst zeitiger Termin im Jahre 1941 erforderlich. Schon der gescheiterte italienische Angriff auf Griechenland von Albanien aus und ein daraufhin eingerichteter englischer Luftwaffenstützpunkt bei Athen machte deutsche Gegenmaßnahmen nötig.

Der von russischer und amerikanischer Seite angestiftete Militärputsch in Jugoslawien, der als Flankensicherung für die russische Offensive schon lange geplant war, verzögerte zusätzlich (F. Becker 1991, S. 209). Nach der Annexion Albaniens durch Italien 1939 war dem Prinzregenten Paul von Jugoslawien, der eine Neutralitätspolitik verfolgte, von deutscher Seite die Integrität Jugoslawiens zugesichert worden. Nachdem Prinzregent Paul von den Putschabsichten des Generals Simovic erfahren hatte, trat Jugoslawien am 25.3.1940 dem Dreibund bei. Doch schon am 27.3. fand der erwähnte Putsch erfolgreich statt, dem die Generalmobilmachung und am 4.4. ein jugoslawisch-russischer Freundschaftspakt folgten. Das war der Anlaß des deutschen Angriffs auf Jugoslawien am 6.4., der am 17.4. mit dessen Kapitulation endete. Zur Abwehr der britischen Truppenlandungen in Griechenland mußten von Rumänien und von Bulgarien aus, das am 3.3.1941 dem Dreibund beigetreten war, deutsche Verbände eingesetzt werden. Griechenland kapitulierte am 21.4. Erst danach entschloß sich Hitler für den Beginn des Unternehmens *Barbarossa* zum 21.6.1941.

Jodl sagte vor dem IMT Nürnberg aus: „ *Mit einem sicheren neutralen Rußland im Rücken ... konnten wir den Krieg überhaupt nicht mehr verlieren. Eine Invasion, wie am 6. Juni 1944, war völlig ausgeschlossen ... Daß Hitler ohne Not ... eine solche Lage preisgibt ... ist mir auch keinen Augenblick in den Sinn gekommen. Und es ist eine Tatsache, daß er* [Hitler] *auch monatelang innerlich auf das Schwerste mit diesem Entschluß gerungen hat, sicherlich beeinflußt durch die vielen Gegenvorstellungen, die sowohl der Reichsmarschall wie auch der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine als auch der Außenminister gegeben haben" (F.* Becker 1991, S. 181).

Am 11.6.1941 berichtete das OKW an Ribbentrop von dem Aufmarsch der Russen: „ *... doch inzwischen ist klar erwiesen, daß die militärischen Maßnahmen der SU eindeutig auf die Vorbereitung eines Angriffs auf das Deutsche Reich eingestellt sind ... mit einem Großaufmarsch der Roten Armee vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee ... "* Im europäischen Teilgebiet waren 189 russische Divisionen und 32 mot. Brigaden erkannt (W. Post 1995, S. 242).

Der Krieg gegen Rußland wird von deutschen beamteten Zeitgeschichtlern und am bestimmtesten von Hillgruber als *„Hitlers Stufenplan zur Erlangung der Weltherrschaft"* eingeordnet. Er diene *„zur Eroberung von Lebensraum "*

für das deutsche Volk und sei *„ein rassenideologischer Vernichtungskrieg*[21] *gegen den jüdisch-bolschewistischen Todfeind"* (A. Hillgruber 1965). Daß das Wort „Lebensraum" bei den Vorbereitungen zur Abwehr der bolschewistischen „Befreiung" Europas niemals gefallen ist, haben Göring und Jodl vor dem IMT Nürnberg bezeugt. Bei der letzten Generalsbesprechung vor dem Präventivschlag am 14.6.1941 sagte Hitler: ***„Nicht das Land ist es, was wir haben wollen, sondern der Bolschewismus soll zerstört werden"*** (v. Below 1980, S. 277). Besonders von Schustereit (1988) wurden die Darstellungen Hillgrubers in das Reich einer blühenden Phantasie verwiesen. Hillgruber jedoch erhielt den Adenauerpreis noch, nachdem die wichtigsten, Hillgruber widerlegenden Ergebnisse Suworows bereits in einer englischen militärwissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht worden waren.

Am 22.7.1940 notierte der Generalstabschef Generaloberst Halder im Kriegstagebuch: ***„Russisches Problem in Angriff nehmen. Gedankliche Vorbereitungen ... Politisches Ziel: Ukrainisches Reich, Baltischer Staatenbund, Weißrußland-Finnland."*** Als politisches Ziel des geplanten Feldzuges nannte Hitler: die Neubildung eines Ukrainischen Reiches, eines baltischen Staatenbundes und Weißrußlands. Finnland sollte vergrößert werden (Halder, *Kriegstagebuch,* II, 1963, S. 33). Das waren fast die gleichen Kriegsziele wie 1917, die sich jedoch erst nach dem Zerfall der UdSSR 1990 verwirklichen ließen, indem sich die Völker selbst befreiten. In den „Richtlinien auf Sondergebieten" zu der Weisung Nr. 21, Fall *Barbarossa,* März 1941 wurde festgelegt: *„Das im Zuge der Operation zu besetzende russische Gebiet soll, sobald der Ablauf der Kampfhandlungen es erlaubt, nach besonderen Richtlinien in Staaten mit eigenen Regierungen aufgelöst werden"* (P. Kleist, 1950, S. 140). Noch 1941 erließ der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, Grundsätze für die Zivilverwaltung zu errichtender selbständiger Staaten der Völker der UdSSR. Doch kam es nicht zur Errichtung solcher Staaten, sondern zur Aufteilung in Reichskommissariate (P. Kleist 1971, S. 110). Im Kaukasus und im Gebiet der baltischen Staaten wurden Autonomien eingerichtet.

Auf die Anschuldigungen des IMT Nürnberg bezüglich Verschleppung von Zwangsarbeitern - diese wurden nach deutschem Recht dienstverpflichtet und entlohnt - und Ausplünderung vor allem der besetzten Ostgebiete kann hier nicht eingegangen werden. Tatsächlich waren die Investitionen zur Wiederin-

[21] Die Vokabel *„rassenideologischer Vernichtungskrieg"* wurde von Hillgruber geprägt und wird seitdem kritiklos weithin verwendet, z. B. von der Ausstellung über Kriegsverbrechen der Deutschen Wehrmacht von Heer und Reemtsma. Die in den Medien des In- und Auslandes verbreiteten Vokabeln „Hitlers Slawenhaß" und „slawische Untermenschen" (siehe Anhang Al7) sind Erfindungen der psychologischen Kriegführung. Sie werden allein schon dadurch ad absurdum geführt, daß slawische Staaten wie Rumänien, Bulgarien, Kroatien und die Slowakei Verbündete im Kampf gegen die UdSSR waren.

gangsetzung der Wirtschaft im Osten wertmäßig weit größer als die Entnahmen von dort (W. Post in: H. Poeppel u. a. 1999, S. 524 ff.).

Nach der Analyse der deutschen Rüstungswirtschaft schreibt Schustereit: *„Als die Westmächte Hitler am 3.9.1939 den Krieg erklärten, hatte er nichts planen oder gar materiell vorbereiten lassen, was ihm einen erfolgreichen Kampf gegen den Hauptgegner Großbritannien ermöglicht hätte."* Und dann: *„Hitler habe hinsichtlich des Unternehmens Barbarossa den Militärs gegenüber bis zum März 1941 immer nur zweckrational argumentiert"* (S. 126). Er kommt zu dem Schluß: *„Hitler hat aber weder einen politischen noch einen ideologisch motivierten Gesamtplan entwickelt... noch hat er einen Kriegsplan besessen" (H.* Schustereit 1988, S. 119/120).

Die Ergebnisse Helmdachs, Oberst i. G., Ic (Feindsachbearbeiter) der 4. deutschen Armee, sind (E. Helmdach 1979, S. 29, 35, 41, 91): *„Hervorgehoben sei hier, daß vor dem September 1940 noch nicht einmal eine vorbereitende Studie für einen Angriff auf die SU existierte ... Nicht das (etwas sagenhafte) 'Ostprogramm'* [= Eroberung von Lebensraum] *steht an 1. Stelle, ... von 1937 bis 1941 wuchs die Stärke der Roten Armee von 1,4 Millionen auf 4,2 Millionen. Eine solche Verstärkung war auf den Krieg gegen Deutschland berechnet ... In den Grenzbezirken standen bereits im Frühjahr 1941 nach deutschen Unterlagen tiefgestaffelte 170 Divisionen bereit. Es ist demnach festzustellen: Der deutsche Angriff im Juni 1941 war in jedweder Hinsicht kein 'Überfall' auf die (friedliebende, unvorbereitete) Sowjetunion. Diese war auf Krieg und eigenen Angriff mit baldigem Beginn eingestellt... Um diese historische gültige Aussage geht es hier in erster Linie."*

Inhaltlich das gleiche sagte Generaloberst Jodl vor dem IMT Nürnberg 1946 aus: *„Am 1. April und nicht früher stand sein Entschluß fest, den Angriff zu führen. Am 1. April hat er befohlen, ihn etwa für den 22. Juni vorzusehen. Der Angriffsbefehl selbst, also die wirkliche Auslösung des Feldzuges, die wurde erst am 17. Juni befohlen. Es war zweifellos ein reiner Präventivkrieg. Das, was wir nachträglich noch feststellten, war jedenfalls die Gewißheit einer ungeheuren militärischen Vorbereitung gegenüber unseren Grenzen ... Rußland war in vollem Maße kriegsbereit ... Wir waren niemals stark genug, um im Osten uns verteidigen zu können ... um diese Front zu besetzen, brauchte man mindestens 300 Divisionen, und die haben wir nie gehabt"* (H. Grimm 1954, S. 392).

. Noch eingehender begründete Generaloberst Rendulic den Präventivkrieg gegen die UdSSR: *„ ... Tatsächlich hatten sie im Sommer 1941 bereits etwa 250 Divisionen einschließlich der großen Panzerverbände und 6 Millionen ausgebildeter Soldaten. Es war klar, daß dieser Rüstungsstand in personeller und materieller Hinsicht in zwei Jahren verdoppelt sein mußte, wenn die Arbeiten an der Rüstung ungestört hätten weitergehen können. Wir hatten den*

Eindruck und die Überzeugung, in diese Rüstungstätigkeit gerade noch im letzten Moment hineingestoßen zu sein, um den Kampf überhaupt bestehen zu können. In zwei Jahren oder gar noch später wäre dies sicher nicht mehr möglich gewesen ...Es war ferner klar, daß schließlich ein Zustand hätte eintreten müssen, in dem auch ein rein defensiver Kampf gegen eine solche Übermacht nur geringe Aussicht auf Erfolg für Deutschland hätte haben müssen " (L. Rendulic, Heidelberg 1952).

Am 22.6.1941 standen sich gegenüber: deutsche Kräfte: 3 Millionen und 600000 Verbündete, 151 eigene und 30 Divisionen der Verbündeten, 3.712 Panzer, 3 500 Flugzeuge; russische Kräfte: 5 Millionen, 20 000 Panzer, 10 000 Flugzeuge, 30 000 Geschütze (F. Becker 1991, S. 241), insgesamt eine erdrückende Übermacht[22]. Noch nach Einnahme des riesigen Panzerwerks in Dnepropetrowsk konnten die Russen bis Kriegsende 100 000 Panzer herstellen.

In seiner Rede vor dem Reichstag am 11.12.1941 führte Hitler aus: *„ Weil ich Sowjetrußland für die tödliche Gefahr nicht nur des Deutschen Reiches, sondern für ganz Europa hielt, habe ich mich entschlossen, wenn möglich noch wenige Tage vor dem Ausbruch dieser Auseinandersetzung selbst das Zeichen zum Angriff zu geben. Für die Tatsache des russischen Angriffs liegt heute ein wahrhaft erdrückendes und authentisches Material vor. Ebenso sind wir uns im klaren über den Zeitpunkt, an dem dieser Angriff stattfinden sollte ... Denn das darf ich heute aussprechen:*

> ***WENN SICH DIESE WELLE VON ÜBER 20 000 PANZERN, HUNDERTEN VON DIVISIONEN, ZEHNTAUSENDEN AN GESCHÜTZEN, BEGLEITET VON MEHR ALS 10 000 FLUGZEUGEN UNVERSEHENS ÜBER DAS REICH HIN IN BEWEGUNG GESETZT HABEN WÜRDE, WÄRE EUROPA VERLOREN GEWESEN"*** (M. Domarus 1988, S. 1794).

Am 4.6.1942 trafen sich Hitler und der finnische Marschall Mannerheim. Hitler führte dabei u. a. aus, daß das russische Kriegspotential eine Überraschung unangenehmster Art war. Bis zum 4.6.1942 waren 34 000 russische Panzer vernichtet oder erbeutet worden. Auch wenn er über die Rüstung der Russen besser informiert gewesen wäre, hätte er, wenn auch schweren Herzens, an seinem Entschluß [zum Präventivkrieg] festgehalten (F. Becker, *Huttenbriefe* 15, 1997, Nr. 3).

---

[22] Anm.: Am 25.6.1941 schrieb der Verfasser zum 22.6. bei Brest-Litowsk als 19jähriger in sein Tagebuch: *„Aufklärung bringt die Proklamation des Führers. Es gehört wirklich fast unmenschliche Kühnheit dazu, seit dem Westfeldzug mit Feinden im Rücken zu fechten und zu siegen. "* - Nach heutigem Quellenstand braucht nichts zugefügt zu werden.

Am 10.10.1942 schrieb Hitler an Sven Hedin: „ *Wäre Polen zu der von mir angebotenen Verständigung bereit gewesen, dann würde es nicht zum Kriege gekommen sein. In diesem Fall aber hätte Rußland seine Rüstungen in einem Ausmaß vollenden können, das wir erst heute kennen und zu ermessen vermögen. Fünf Jahre noch Friede und Europa wäre von dem Gewicht der bolschewistischen Kriegsmaschine einfach niedergewalzt worden ... Ohne Zweifel ist der Schuldige an diesem Kriege ... ausschließlich der amerikanische Präsident Roosevelt."* (Siehe Anhang Al5.)

Die wahren Ziele Stalins offenbarten sich z. B. in einem 1943 bei einem gefallenen hohen Offizier gefundenen Geheimbefehl: *„Mögen die bürgerlichen Regierungen der westlichen Demokratien, mit denen wir ein Bündnis geschlossen haben, glauben, daß wir unsere einzige Aufgabe darin sehen, die Faschisten aus unserem Lande zu vertreiben ... Unser einziges Ziel ist und bleibt die Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt... Doch unsere Wege trennen sich dort, wo unsere jetzigen Verbündeten der Erreichung unseres Endzieles im Wege stehen werden"* (F. Becker 1991, S. 227).

Hier wird das Urteil des Völkerrechtlers Prof. Berber aus dem Jahre 1942 über die Vorgeschichte des Kriegsbeginns mit Rußland angefügt. Es ist im höchsten Grade erstaunlich, wie objektiv die deutsche Führung und die deutsche Öffentlichkeit damals über das tatsächliche Geschehen und die historische Wahrheit informiert wurde und informiert war. Die folgenden Ausführungen brauchen nach heutigem Stande der Quellenkenntnis nicht verbessert zu werden. Berber schrieb: „ *1938 steifte die Sowjetunion der Tschechoslowakei den Rücken in der Sudetenkrise. Seit Frühjahr 1939 bemühten sich britische Unterhändler, Moskau für den Einkreisungsring gegen Deutschland zu gewinnen. Es war übrigens eine überlegene diplomatische Tat, die Sowjetunion durch den Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes vom 23.8.1939 zu neutralisieren, um die deutscherseits gewünschte Lokalisierung des drohenden Krieges umso leichter erreichen zu können. Obwohl der Pakt den grundsätzlichen weltanschaulichen Gegensatz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bolschewistischen Sowjetunion nicht aufheben konnte noch wollte, war er doch von deutscher Seite als eine Regelung von langer Dauer gemeint, die die beiderseitigen Interessensphären ohne Überschneidungen klar abgenzen sollte. Aber Sowjetrußland hielt sich nicht daran. Nach Besetzung der weiten ihm zugestandenen Gebiete Ostpolens wandte es sich gegen Finnland und raubte diesem nach einem mehrmonatigen blutigen Krieg die östlichen Provinzen. Es wandte sich gegen das Baltikum und verleibte sich die bisher selbständigen Staaten Estland, Litauen und Lettland ein. Es nahm Rumänien unter Kriegsdrohung Bessarabien und die Bukowina fort. Aber damit war es noch keineswegs befriedigt. Es stellte neue Forderungen in Bezug auf Finnland, auf Rumänien, auf Bulgarien und auf die türkischen Meer-*

engen. Es erklärte seine Mißbilligung der bulgarischen und ungarischen Freundschaftspolitik mit Deutschland. Es schloß am 5.4., einen Tag vor dem deutschen Einmarsch, einen Freundschaftspakt mit der jugoslawischen Putschistenregierung. Es intensivierte seine Zersetzungsarbeit in Deutschland selbst wie in den mit Deutschland verbündeten oder befreundeten Staaten Europas. Es ließ seine hochgerüstete Armee auf der langen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aufmarschieren, um Deutschland im gegebenen Augenblick in den Rücken zu fallen. Unter dem Druck dieser bedrohlichen Gesamtlage entschloß sich die deutsche Führung am 22.6., dem drohenden Angriff durch einen Gegenstoß zuvorzukommen" (F. Berber, *Europäische Poltik 1933-1938 im Spiegel der Prager Akten.* Essen 1942, zit. in: B. v. Richthofen 1975, S. 176).

Es muß hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß diese sachliche Beurteilung der Gründe für den deutschen Angriff auf die Sowjetunion auf der einen Seite und die regierungsseitigen Verlautbarungen der Bundesrepublik Deutschland wie die heute vorherrschenden Darstellungen der deutschen Medien und Zeitgeschichte auf der anderen Seite im Widerspruch zueinander stehen. Dieser Widerspruch folgt aus dem Londoner Statut vom 8.8.1945, das die Alleinschuld Deutschlands feststellte. Die Bundesrepublik hat dieses Urteil, zuletzt unterschrieben im Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 bzw. 23.10.1954 sowie nochmals unterschrieben am 27.9.1990, vorbehaltlos anerkannt und, so erstaunlich das auch klingen mag, in den vergangenen 50 Jahren nach dem 22.6.1941 darauf verzichtet, eine objektive historische Aufarbeitung zu betreiben.

Ein anderer Schuldvorwurf betrifft die deutsche Besatzungspolitik in Rußland. Dieser Schuldvorwurf führte selbst durch das Militärtribunal von Nürnberg und die folgenden Kriegsverbrecherprozesse nicht zur Verurteilung der deutschen Wehrmacht als verbrecherische Organisation, wird aber heute durch deutsche Mitläufer, die die Sieger noch an Radikalität übertreffen, groß herausgestellt. Die deutsche Besetzung in Rußland muß aber besser gewesen sein als sie heute dargestellt wird, sonst wäre nicht zu erklären, daß etwa 1 Million Soldaten aus der UdSSR auf deutscher Seite kämpften (siehe Anhang Al 7). Das gehört allerdings nicht zum Thema dieses Buches und kann hier nur angedeutet werden.

Möglichkeiten für politische Initiativen zur Nutzung der antisowjetisch eingestellten Bevölkerung, wie sie etwa Halder am 22.7.1940 notierte (siehe oben), wurden jedoch nicht genutzt. Auch Rosenberg als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, der ähnliche Gedanken, wie von Halder notiert, vertrat, konnte sich nicht durchsetzen. Erst mit der Bekanntmachung von Goebbels und Himmler vom 15.2.1943 (Anhang A17) wurden diese Probleme angesprochen.

Zwei russische Geschichtsprofessoren aus Wolgograd (Stalingrad) schrieben zur deutschen Besatzungspolitik: Zu den ersten deutschen Maßnahmen zählten Abhaltung von Dorfversammlungen, auf denen die Dorfältesten gewählt wurden, die Aufstellung einer russischen Hilfspolizei, die Öffnung der Kirchen. Die Bürgermeister wurden in freier, direkter Wahl von den Dorfbewohnern bestimmt, ohne Einmischung der Wehrmacht, Bauern nahmen die Auflösung der Kolchosen in die eigenen Hände, indem sie den Boden unter sich aufteilten. Parteimitglieder kamen in Selbstverwaltungsorgane (A. Epifanow und V. Lomonow in: H. Mayer, *Die Tragödie der deutschen Kriegsgefangenen in Stalingrad von 1942 bis 1956 nach russischen Dokumenten,* Osnabrück 1996).[23]

Ungeachtet dessen kommt dem deutschen Präventivschlag von 1941 die welthistorische Bedeutung zu, einen langfristig und weitangelegten, über Deutschland hinaus gerichteten Eroberungsplan der Sowjetunion zunichte gemacht und trotz der vollständigen deutschen Niederlage noch das halbe Europa vor der stalinistischen Diktatur bewahrt zu haben. Dabei war der deutschen militärischen Führung von Anfang an klar, daß die zur Verteidigung einer Front von annähernd 2 000 km Länge notwendigen 300 deutschen Divisionen nicht aufzubringen waren. Das deutsche Volk mußte furchtbare Opfer bringen, noch zum Schluß bezahlte es mit der Vertreibung von etwa 18 Millionen Deutschen, von denen rund drei Millionen ums Leben kamen.

Goebbels sah diese Apokalypse, vereinbart auf der Konferenz von Jalta, kommen und schrieb dazu: „ *Wenn das deutsche Volk die Waffen niederlegen sollte, so würde das Abkommen* [von Jalta] *zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin den Sowjets gestatten, ganz Ost- und Südost-Europa zusammen mit dem größten Teil des Reiches zu besetzen. Der eiserne Vorhang würde sofort vor diesem Gebiet herniedergehen. Hinter diesem Vorhang bliebe nur ein Menschentypus im Urzustände, eine stumpfe gärende Masse von Millionen verproletarisierter und verzweifelter Arbeitstiere ... " (Das Reich,* 23.2.1945).

Eine Gesamtbeurteilung des Krieges, wie sie ähnlich in Hitlers Testament enthalten ist, und die an die obige Sicht Berbers anschließt, sind die Worte Hitlers an Remer im Herbst 1944 (E.-O. Remer 1989, S. 163): „ *Glauben Sie mir, Herr Oberst, ich habe alles getan, um diesen mir aufgenötigten Krieg zu*

---

[23] Anm.: Die Beziehungen zwischen den deutschen Soldaten und den Ukrainern beleuchtet folgende Begebenheit. 1996 unternahmen Angehörige der Division Wiking der Waffen-SS, der neben Deutschen vor allem Freiwillige aus den nordischen Staaten angehörten, eine Reise zu ihren ehemaligen Kampfplätzen. Am Ort des Divisionsstabes bei Rostov wurden sie nach Bekanntwerden ihrer Identität von der Bevölkerung in das Kulturhaus des Ortes gebeten und dort stürmisch gefeiert und aufgefordert, noch einmal ihre Lieder, die sie damals gesungen hatten, zu singen - fast 55 Jahre danach! (Persönl. Mitlg. eines Teilnehmers.)

verhindern. Ich konnte alles, nur keinen Krieg gebrauchen. Ich hatte so viel Pläne, die ich mir noch zu Lebzeiten für die Zukunftssicherung des Großdeutschen Reiches und fiir das Glück meiner Volksgenossen zu bewältigen vorgenommen habe ... Jeder Tag, den dieser mörderische Krieg nun länger dauert, nimmt mir eine Möglichkeit mehr, diese meine gewaltigen Vorhaben zu erledigen ... Denn dieser mir von den Heuchlern Roosevelt und Churchill mit ihren jüdischen Hintermännern auferlegte Krieg erfordert nunmehr meine ganze Kraft, um Deutschland und dem Abendland die totale Vernichtung durch das alles vernichtende verbrecherische Sowjetsystem zu ersparen. Ich wollte mit Polen eine friedliche Regelung. Kein deutscher Staatsmann vor mir hätte sich erlauben können, ein so großzügiges Angebot, wie ich es getan habe, zu machen. Er wäre vom deutschen Volk davongejagt worden. Eine friedliche Lösung dieser Frage wäre durchaus möglich gewesen. Aber England wollte keine friedliche Lösung, obwohl ich ernstlich bereit war, sein von mir bewundertes Empire zu garantieren ... Die in ihrer Großmannssucht bar jeder Vernunft handelnden Polen waren lediglich dazu ausersehen, den Krieg unter allen Umständen zu provozieren und mich zu brüskieren, nachdem ihnen die britische Garantie aufgezwungen worden war, die für Polen ein Freibrief wider jegliche Vernunft war. Der Scharfmacher dieses ganzen verbrecherischen Spiels seit München war Herr Roosevelt, der sich von seiner jüdischen Umgebung zum Kreuzfahrer ausrufen und mißbrauchen ließ. Als ich sah, daß England unter Chamberlain, der sicherlich etwas anderes wollte, diesem jüdisch-amerikanischen Druck nicht widerstehen konnte und wollte und im Gegenteil die Polen ... nicht zur Vernunft rief, sondern ungerührt zusah, wie deutsche Volksgenossen zu Zehntausenden vertrieben, verschleppt und brutal ermordet wurden, blieb mir nichts anderes übrig, als diesem verbrecherischen Treiben ein Ende zu setzen. Das habe ich dann auch gründlich und blitzschnell getan. Ich habe dann gleich nach Beendigung der Kampfhandlungen an die Vernunft Englands und Frankreichs appelliert. Doch leider vergeblich. Männer wie Roosevelt und Churchill werden nicht eher zur Vernunft kommen, bis Deutschland und damit Europa ein Scherbenhaufen ist und England unter den Hammer kommt ... Hätte ich 1939 nicht das friedensstörende polnische Krebsgeschwür ausgebrannt, wäre uns sicherlich nach dem erkennbaren Aufmarsch der Verbündeten spätestens 1943 das gleiche Schicksal zuteil geworden, was wir jetzt erleben müssen. Denn die Pläne der Vernichtung Deutschlands waren seit München eine beschlossene Sache. "

16 Die russischen Kriegsvorbereitungen bis zum 22.6.1941

Die russischen Expansionen bis hin zum Krieg waren ideologisch vorprogrammiert. Das Ziel der Weltrevolution war bereits in der Gründungsdeklaration der UdSSR von 1921 festgelegt, und alle russischen Staatsmänner bis auf Gorbatschow hielten sich daran. Stalin verkündete 1925 den Lehrsatz von der Unvermeidbarkeit des Krieges mit dem kapitalistischen Feind in einer Geheimsitzung hoher Komintern-Funktionäre: ***„Europa ist im Verfall; ohne Rote Armee kann die Revolution nirgends siegen ... Wenn der Krieg ausbricht, werden wir nicht untätig zuschauen können. Wir werden eingreifen müssen, aber als die Letzten, so daß wir den Ausschlag geben werden"*** (D. Kunert 1984, S. 18).

Die bis zuletzt beibehaltenen Angriffspläne enthüllten sich in den nach Ende der DDR aufgefundenen Dokumenten. Das strategische Nahziel war, den zentraleuropäischen Bereich der NATO unter reichlicher Verwendung von taktischen Atomwaffen blitzartig zu überrollen, wobei die Westgrenze der Bundesrepublik nach 13 Tagen und die Pyrenäen nach 33 Tagen erreicht sein sollten *(FAZ,* Febr. 1992).

Im Jahre 1928 hatte die Sowjetunion den konzentrierten Aufbau der Schwer- und Rüstungsindustrie mit ihrem ersten Fünfjahresplan in Angriff genommen, der noch finanziell und mit der Planung von Großanlagen von den USA unterstützt wurde. Damit war ein gigantischer Aufrüstungsprozeß in Gang gesetzt worden, der alles bis dahin Bekannte in den Schatten stellte und bis in die achtziger Jahre hinein anhalten sollte. In dem großen Panzerwerk in Dnepropetrowsk wurden beispielsweise bis zum 1.9.1939 bereits mehr Panzer hergestellt, als damals die gesamte restliche Welt besaß. Auch nach dessen Verlust an die Deutschen konnten bis Kriegende noch 100 000 Panzer produziert werden. Bis Kriegsanfang wurde der von einem amerikanischen Konstrukteur entworfene Panzer vom Typ BT gebaut, der nur auf den guten Straßen Westeuropas brauchbar war und nach Abwurf der Ketten bei einem Aktionsradius bis zu 700 km eine maximale Marschgeschwindigkeit von 100 km/h entwikkelte. Bezeichnend ist, daß die damit ausgerüsteten Einheiten nach dem Mobilmachungsplan keine LKW's zum Aufnehmen der abgeworfenen Ketten mit sich führten - ein klares Indiz für die Zielrichtung der beabsichtigten militärischen Operationen. Bereits nach dem zweiten Fünf-Jahresplan waren 21 000 Flugzeuge hergestellt worden (V. Suworow 1989, S. 40). Zeitlich ähnlich wie das Management für die Wahl Roosevelts zum Präsidenten hatte ab 1928 die russische Aufrüstung eingesetzt, lange bevor an Hitler als Reichskanzler zu denken war und dessen NSDAP noch eine unbedeutende Splitterpartei darstellte.

Am 19.8.1939 war in einer Sitzung des Politbüros unter Vorsitz Stalins der Beschluß zur „großen Befreiung Europas" gefaßt worden (V. Suworow 1994, 5. 74 f., 1989, S. 62). An den kriegswirtschaftlichen Kapazitätsdaten, aus denen man die in den Kriegsjahren 1941 bis 1942 zerstörten Kapazitäten nicht ausklammem darf, kann ermessen werden, was über Europa mit der beabsichtigten „Befreiung" hereingebrochen wäre.

Nachdem sich der Sieg Schukovs in der Mandschurei über die japanische 6. Armee abzeichnete, wobei die russische Strategie des Masseneinsatzes von Panzern und Artillerie erprobt wurde, konnte bereits vier Tage nach dem 19.8.1939 das deutsch-russische Abkommen geschlossen werden, das offenbar ebenso als eine Maßnahme der Kriegsvorbereitung angesehen werden muß. Dazu soll Stalin nach Aussage seines gefangengenommenen Sohnes gesagt haben: *„ Wer Berlin hat, hat Deutschland, wer Deutschland hat, hat Europa, wer Europa hat, hat die Welt"* (F. Becker 1995, S. 231).

Die seit dem 18. Parteikongreß 1938 verstärkten Kriegsvorbereitungen zur „Befreiung" Europas mündeten in die Ausarbeitung eines terminlich bis in die Einzelheiten detaillierten Planes zur Mobilmachung von Truppen und Ausrüstungen und deren Aufmarsch an den Westgrenzen der Sowjetunion, an dessen Ende die Grenzüberschreitung zu Kriegsbeginn stehen sollte. **Am 19.8.1939 wurde dieser Plan in Kraft gesetzt mit dem Datum des Kriegsbeginns zum 6.7.1941.** Die so oft gestellte Frage, warum Stalin nichts gegen den ihm mit Datum des 22.6.1941 bekannten deutschen Angriff unternahm, beantwortet sich am wahrscheinlichsten damit, daß er der Gefangene dieses meisterhaften Mobilmachungs- und Aufmarschplanes war, bei dem alles bedacht war, nur eines nicht: Eine rechtzeitige Gegenreaktion. Da *„Hitler nicht die Absicht hatte, einen europäischen, geschweige denn einen Weltkrieg zu beginnen ...,* [und] *daß es weder die Absicht noch Pläne gab, sie* [die deutsche Wirtschaft] *auf Kriegswirtschaft umzustellen ..., deshalb halte ich den 19. August 1939für den Rubikon zum Krieg"* (V. Suworow 1994, S. 219). *„Von diesem Tage an war - wie auch immer die Ereignisse sich entwickeln würden - der Krieg nicht mehr aufzuhalten. Deshalb ist der 19.8.1939 der Tag, an dem Stalin den Zweiten Weltkrieg auslöste"* (V. Suworow 1994, S. 329).

Auf der Sitzung des Politbüros am gleichen Tage, die unter Vorsitz Stalins stattfand und auf der die Beschlüsse zur „Befreiung Europas" gefaßt wurden, hielt Stalin eine Rede, deren Text in Moskauer Archiven gefunden und 1994 veröffentlicht wurde. Stalin sagte: *„ Unsere Wahl ist klar. Wir müssen den deutschen Vorschlag annehmen und die anglo-französische Mission höflich nach Hause schicken. Unser erster Vorteil besteht in der Auslöschung Polens und der Gewinnung eines Teiles von Polen bis nach Warschau einschließlich des ukrainischen Galiziens"* (W. Strauss, *Nation und Europa*, 46, 1996, H. 4, S. 61; siehe Anhang A10).

Am 19.8.1939 wurde beschlossen, die Streitkräfte der UdSSR von 2 Mill. auf 5 Mill. Mann anzuheben (V. Suworow 1994, S. 113), die Zahl der motorisierten Divisionen (je 275 Panzer) um 30 zu erhöhen (S. 172), die Zahl der Schützendivisionen von 100 zu verdoppeln (S. 167), 61 neue Panzerdivisionen aufzustellen (je 375 Panzer) (S. 172), 80 neue Fliegerdivisionen aufzustellen (je 200 - 300 Maschinen) u. a. m. (V. Suworow 1994, S. 173). *„Es war die heimliche Mobilmachung. Die sowjetische Führung bereitete die Rote Armee und das gesamte Land auf die Eroberung Deutschlands und ganz Westeuropas vor. Die Eroberung Westeuropas war das Hauptziel, weshalb die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Der endgültige Entschluß, den Krieg zu beginnen, wurde von Stalin am 19. August 1939 gefaßt"* (V. Suworow 1994, S. 18). Die Rede Stalins im Politbüro am 19.8.1939 wurde im November 1939 bekannt und von verschiedenen Stellen veröffentlicht. Die Reichsregierung war von da ab über die russischen Absichten im Bilde. Daher erklären sich auch die intensiven Friedensbemühungen um England mit dem Flug von Heß.

Die frühzeitigen Angriffsabsichten der Russen gehen auch aus ihrer Forderung im Vertrag vom 29.9.1939 hervor, die Demarkationslinie zwischen den beiderseitigen Interessengebieten so zu legen, daß die Balkone von Lemberg und Bialystock aus der Curzonlinie nach Westen herausragten. Darauf ist bisher noch nicht genügend hingewiesen worden. Bereits damals mußten sie als Aufmarschbasen für Offensivarmeen vorgesehen gewesen sein, es mußten also bereits damals konkrete militärische Offensivpläne bestanden haben, welche die geheimen Grundlagen der Abkommen waren (Stalin am 23.8.1939: *„Ich habe ihn* [Hitler] *überlistet"),* als die Reichsregierung noch hoffte, damit einen Zweifrontenkrieg vermeiden zu können. Die Annahme deutscher, von den russischen unabhängiger Angriffsabsichten durch Topitsch (1990) und Hoffmann (1995) sind auch dadurch widerlegt.

Am Tage des Kriegsbeginns, am 1.9.1939, wurde in der UdSSR die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Für den Beschluß des Gesetzes mußten die Abgeordneten aber schon vor dem 19.8. benachrichtigt worden sein, um nach Moskau zu kommen. Bereits vorher wurde begonnen, die Truppen des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD), dem auch die GPU unterstand, außerordentlich zu verstärken, so daß nach dem 22.6.1941, als sie zunächst nicht mehr benötigt wurden, von ihnen Mannschaften in Stärke von 29 Divisionen (ca. 250 000 Mann) an die Rote Armee abgegeben werden konnten. Die Sperreinheiten des NKWD wurden eingerichtet, deren Aufgabe es war, *„die angreifenden eigenen Truppen durch Maschinengewehrgarben in den Rücken zu ermuntern"* (!) (V. Suworow 1989, S. 83). Und bereits vor dem August 1939 - mit Suworow ein Beweis für die lange Planung dieses Krieges - wurden die OSNAS-Truppen, NKWD-Einheiten zur

besonderen Verwendung (für Aufgaben nach dem Modell von Katyn), aufgestellt.[24]

Die Verbrechen dieser Verbände, denen vor Beginn der Offensive 1941 deutscherseits im Kommissarbefehl der Kombattantenstatus nicht zugebilligt worden war, und die Verbrechen der Roten Armee sind nicht Gegenstand dieses Buches. Sie sind durch hervorragende Werke von Hoffmann und Seidler behandelt. Hier sei nur als Beispiel aus einem im Manstein-Prozeß von Mansteins Verteidiger Paget vorgelegten Dokument zitiert: *„Außerdem legten wir eine Kopie der Operationsbefehle des NKWD für Litauen vor. Darin wurde angeordnet, daß jeder Mann mitsamt seiner Familie zu kassieren sei, der ein Amt in einer demokratischen Partei oder Gewerkschaft bekleidet hatte, einen Universitätsgrad besaß oder einem akademischen Beruf angehörte. Diese Leute wurden entweder erschossen oder nach Sibirien verschickt. Von keinem von ihnen hat man wieder etwas gehört. Das NKWD in Litauen zählte mehr als 20 000 Köpfe, was sehr gut illustriert, wie gering das Personal des SD (Einsatzgruppe) mit 600 Leuten für die ganze Ukraine war"* (R. Paget, *Manstein - seine Feldzüge und sein Prozeß,* Wiesbaden 1952).

Schon am 18.9.1940 legte Marschall Timoschenko Stalin die *„ Grundlagen der strategischen Aufstellung der Streitkräfte der Sowjetunion für die Jahre 1940 und 1941"* vor. Darin heißt es: *„An unseren Westgrenzen wird unser wahrscheinlichster Gegner Deutschland sein "* (V. Suworow 2000). Diese Denkschrift wurde erst kürzlich entdeckt. Der Aufmarschplan wurde von Suworow 1989 dargestellt.

Bereits im Oktober 1939 wurde zwischen der UdSSR, England und Frankreich ein Geheimabkommen zur gemeinsamen Kriegführung gegen Deutschland abgeschlossen. Darin waren für das Frühjahr 1940 etwa gleichzeitige Offensiven an der Nordfront in Skandinavien, in Frankreich mit Belgien und Holland und an der Ostfront von der SU vorgesehen. Doch schon am 30.11.1939 wurde Finnland überfallen. Der Offensive in Skandinavien am 8./9.4.1940 kam die deutsche Gegenoffensive z. T. nur um Stunden zuvor, der Offensive im Westen am 15.5. kam die deutsche am 10.5. zuvor. Infolge von deren

---

[24] Anm.: Wenigstens an dieser Stelle sollten sich den siegerhörigen Politikern und Medienschreibern die Haare sträuben vor dem auch ihnen zugedacht gewesenen Schicksal, durch Genickschuß oder im Gulag zu enden, einer Art von „Befreiung", die nach Überschreiten der deutschen Grenzen durch die Rote Armee tatsächlich stattfand (J. Hoffmann 1995). Die von den Siegern von ihrem Leben „Befreiten" wurden bei den „Befreiungsfeiern" im Mai 1995 völlig vergessen. Jene, die z. B. mit dem Aufruf: „8. Mai - gegen das Vergessen" (*FAZv.* 7.4.1995, Anhang A28) daran zu erinnern wagten, wurden als Rechtsradikale beschimpft. Das zur Schau getragene würdelose Schuld- und Büßerbewußtsein kennzeichnete der estnische Staatspräsident am 3.10.1995 in Berlin mit dem Wort von der *„ Canossarepublik ".*

schnellen Erfolgen wurde die russische Offensive am 15.6. um ein Jahr verschoben (F. Becker 1998 b).

Die in den 30er Jahren gebaute Stalinlinie, eine befestigte Verteidigungszone von 50 km Tiefe, wurde abgebaut, denn *„diese Stalinlinie nützte niemand mehr bei einem Angriffskrieg. Sie hätte auch in einem Verteidigungskrieg Verwendung finden können, aber eine derartige Möglichkeit schloß man nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt aus "* (V. Suworow 1989, S. 117). Auch die hinter einem angreifenden Gegner operierenden Partisaneneinheiten wurden aufgelöst. Die Herstellung typischer zur Verteidigung dienender Waffen wie Panzerabwehrgeschütze, Flugabwehrgeschütze, Landminen usw. wurde zum Teil völlig eingestellt. Es wurden Luftlandetruppen aufgestellt, die mit Artillerie und flugtransportfähigen leichten Panzern bewaffnet waren. Vom Frühjahr 1941 an wurden diesen Luftlandetruppen große Mengen von Lastenseglern zugeteilt, die nur noch im Jahr 1941 einsatzbereit waren, weil sie unter freiem Himmel infolge ihrer leichten Bauart den nächsten Winter nicht überstanden hätten. Von den 28 bis zum Juni 1941 aufgestellten Armeen wurden 23 hinter den Grenzen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bereitgestellt. Jede dieser Stoßarmeen hatte ein Soll von 1 031 Panzern, deren Auslieferung am 22.6.1941 z. T. noch nicht abgeschlossen war. Drei dieser Armeen hatten ein Soll der doppelten Zahl an Panzern (2 350) (V. Suworow 1989, S. 175). Diese wurden in den Frontbaikonen von Bialystok und Lemberg frontnah aufgestellt. Die stärkste Armee war die 9. in Bessarabien mit einem Soll von 3 341 Panzern. Zur ersten strategischen Staffel gehörten 16 Armeen mit insgesamt 170 Divisionen. Zur zweiten strategischen Staffel gehörten sieben Armeen, die jeweils in Gebieten mit Konzentrationslagern aufgestellt wurden. Ihre Angehörigen kamen im Sommer 1941 noch z. T. mit den schwarzen Sträflingsuniformen in den Kampf. Sie sollten im bereits eroberten Feindgebiet ausgeladen werden.

Vor den Absolventen der Frunseakademie und den obersten Befehlshabern hielt Stalin am 5.5.1941 eine Rede, die nie veröffentlicht wurde. Die russische militärhistorische Zeitschrift Nr. 4, 1978 berichtete dazu: *„Der Generalsekretär des ZK KPdSU(B) I. W. Stalin gab in seiner Rede am 5. Mai 1941 anläßlich eines Empfangs von Absolventen der Militärakademien deutlich zu verstehen, daß die deutsche Armee der wahrscheinlichste Gegner sein würde "* (V. Suworow 1989, S. 210). Er führte weiter aus: *„Jetzt, wo wir stark geworden sind",* sei die Zeit gekommen *„ von der Verteidigung zu Angriffsoperationen überzugehen"* (J. Hoffmann, *FAZ,* 13.3.1993) und: *„Der Plan des Krieges ist bei uns fertig. ...Im Lauf der nächsten zwei Monate können wir den Kampf gegen Deutschland beginnen. Es besteht ein Friedensvertrag mit Deutschland, aber das ist nur eine Täuschung oder eher ein Vorhang, hinter dem wir offen arbeiten können"* (H. Diwald, *Deutschland einig Vaterland,* München 1990).

Am gleichen Tage löste Stalin Molotow als Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare ab und übernahm damit neben der Parteiführung auch die Regierungsspitze.

Nach dem 5.5.1941 wurde von Verteidigungskommissar Timoschenko und Generalstabschef Schukov eine Denkschrift ausgearbeitet, die Stalin am 15.5. überreicht wurde. In ihr wurde vorgeschlagen, dem nach dem erkannten deutschen Aufmarsch zu erwartenden Angriff zuvorzukommen (Gillessen in *FAZ,* 4.3.1993, Oberst Danilow in: *Österr. Militär. Zt.,* H. 1, 1993, S. 41), also den Angriffstermin von Anfang Juli noch vorzuverlegen.

Am 13.6.1941 erhielt die erste strategische Staffel den Befehl, feldmarschmäßig und mit operativer Entfaltung gegen die Grenze vorzurükken und diese am 6.7. zu überschreiten (V. Suworow 1989, S. 429). Wahrscheinlich wurde der ursprüngliche Angriffstermin von Ende August infolge des erkannten deutschen Aufmarsches vorverlegt (W. Post 1995, S. 298).

Am 1.3.1941 wurde dem russischen Botschafter in Washington eine Kopie der Weisung 21, Fall *Barbarossa,* übergeben. Aber diese war in Moskau bereits Anfang Januar bekannt (Becker 1992, S. 215). Den Termin des 22.6.1941 erfuhr die sowjetische Führung aus verschiedenen Quellen, z. B. durch den Verrat seitens v. d. Schulenburg in Berlin mit einer Mitteilung an Dekanosov (Becker 1992, S. 270). Stalin war also voll über die deutschen Absichten und Termine im Bilde und gab trotzdem den letzten Einsatzbefehl erst am 13.6.1941 mit dem Angriffstermin vom 6.7., weil sonst der riesige bis in das Letzte terminierte Mobilmachungsplan gestört worden wäre (V. Suworow 1994).

Bereits an diesem 13.6.1941 begannen in London Verhandlungen über ein russisch-englisches Bündnis. An diesem Tage wurde auch befohlen, die militärischen Territorialorganisationen in aktive Armeen umzuwandeln, auch im Militärbezirk Moskau. Nach deren Aufstellung und Abtransport wäre niemand dagewesen, der im Falle eines Aufstandes hätte eingesetzt werden können. Mit den Befehlen vom 13.6. hatte die Rote Armee keinen anderen Handlungsspielraum mehr als die Offensive. *„Nach diesem Tage war der Krieg für die SU unvermeidlich und zwar mußte er im Sommer 1941 beginnen, ganz unabhängig davon, was Hitler unternehmen würde"* (V. Suworow 1989, S. 340).

Anfang Juni 1941 wurde die Regierung in ein getarntes Feldquartier im Raum Wilna-Minsk verlegt, der Feldbefehlsstand des Oberbefehlshabers wurde am 21.6. bezogen und die Aufstellung der operativen Gruppen war vollendet, d. h. die Rote Armee war von der Führungsstruktur her bereits im Krieg. *„Bei keinerlei Truppenübung vor dem Krieg ist das Problem des Gegenstoßes behandelt worden "* (V. Suworow 1989, S. 420).

> *„Aber Hitler hatte Stalin durchschaut und das ist der Grund, weshalb der 2. Weltkrieg ein so nicht erwartetes Ende nahm. Er* [Stalin] *hat nur das halbe Europa bekommen"* (V. Suworow 1989, S. 302).

Die Ergebnisse Suworows, die inzwischen auch von anderer russischer Seite unterstützt werden, sind das Cannae der deutschen Zeitgeschichte und auch des Ergebnisses von Topitsch (1990), von dem dieser Ausdruck stammt, denn selbst er geht vom Abfangen eines deutschen Angriffes und dem darauf folgenden Gegenstoß aus.

17 Die für die Weltkriege verantwortlichen Hintergrundmächte

Außer den im Vordergrund stehenden Verantwortlichen der beiden Weltkriege, den handelnden Staatsmännern, gab und gibt es treibende Kräfte, die mehr im Hintergrund stehen, die aber von den meisten beamteten Historikern gemieden oder wenig beachtet werden. Ihre Bedeutung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Von ihnen werden vor allem Tendenzen im weltanschaulichen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Leben herbeigeführt oder mitbestimmt, die dann oft über lange Zeiten hinweg Medien, Politiker, Parteien und Staaten in ihrem Handeln beeinflussen, und es werden von ihnen lenkbare Personen ausgewählt und in wichtige politische Ämter eingesetzt, die ihre Programme durchführen. Die wichtigsten dieser Personen waren Wilson, Roosevelt, Churchill und Stalin. Auf diese Kräfte machte vor allem Erich Ludendorff aufgrund seiner historischen Studien nach dem Ersten Weltkrieg aufmerksam. Er nannte sie u. a. „überstaatliche Mächte". Dazu gehören insbesondere folgende Gruppen: die Freimaurerei und ihre Hilfsorganisationen, die internationale Hochfinanz, zionistische Weltorganisationen und die römisch-katholische Kirche mit dem Jesuitenorden und anderen Hilfsorganisationen. Zur Umsetzung ihrer Vorhaben dienen vor allem Lenk- und Beratungsgremien, wie der *Council of Foreign Relations,* die *Bilderberger,* die *Trilaterale Kommission,* der *Deutsche Herrenklub* und viele weitere, die Nutzung von Geheimdiensten wie *CIA, Mossad, BND, KGB* u. a., von Instituten, wie z. B. dem Frankfurter *Institut für Sozialforschung* u. a. m.

Den Freimaurern sind zu ihrer Tarnung scheinbar harmlose internationale Vereinigungen wie der *Lions Club* oder der *Rotary Club* angeschlossen. Als Ausführungsorgane bedienen sich diese Gruppen vor allem ihrer Medienkonzerne und der von ihnen durchsetzten marxistisch-sozialistischen wie liberalistischen Parteien. Marxismus, Sozialismus und Kapitalismus sind nur scheinbar Gegensätze. Sie haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung. Dazu schrieb Solschenizyn: „ *Die massengesellschaftlichen Systeme des Kommunismus und des Kapitalismus sind identisch verankert in den*

Dogmen der Aufklärung eines ideologischen Liberalismus, in der Entwurzelung der Völker." Aber auch das Christentum bietet hierzu nur einen scheinbaren Gegensatz.

Die weltweite Einflußnahme durch diese Hintergrundmächte hat wesentlich zur fortschreitenden Auflösung aller gewachsenen Gemeinschaften beigetragen, nachdem die ethische Zersetzung ihrer Kulturen durch die von einem hemmungs- und bindungslosen Individualismus, Hedonismus und Egoismus bestimmten Ideologien des sozialistisch-liberalistischen und christlichen Materialismus die Voraussetzungen dazu geschaffen hat.

In den USA hat die beispiellose Ausbeutung der in erheblichem Umfang auf Kreditkarten lebenden Bevölkerung neben einer immer noch wachsenden Kriminalität mit etwa 30 000 Morden und 70 000 Aidstoten im Jahr zu annähernd 30 Millionen Analphabeten und 30 Millionen Obdachlosen geführt. Schlagworten wie *American way of life* und *One World* steht ein multiethnischer, multikultureller und multikrimineller Sumpf gegenüber, in dem die Völker versinken. Das Abkommen von Maastricht, angeblich bei den *Bilderbergern* ersonnen und vom deutschen Bundeskanzler Kohl durchgepeitscht, ist ein weiterer Schritt auf diesem Wege.

Die konventionelle zeitgeschichtliche Forschung zeigt sich dem Thema der Hintergrundmächte gegenüber wenig aufgeschlossen. Das hat verschiedene naheliegende Ursachen. Zunächst einmal mangelt es hier häufig an dem traditionellen Arbeitsgegenstand der Historiker, an offiziellen Quellenbelegen in der Art von Regierungsprotokollen, internationalen Verträgen, öffentlichen Verlautbarungen, amtlichen Daten, Kriegsberichten usw. - man ist im wesentlichen auf die wenigen Interna angewiesen, die ab und an preisgegeben werden, ansonsten auf die Analyse ideologischer Grundlagen, Herrschaftsstrukturen, Mitgliederzahlen u. ä. Darüber hinaus üben die Hintergrundmächte massiven Druck aus zur Verhinderung jeder gründlichen Aufklärung über sie (siehe Anhang A30).

17.1 Die Freimaurer

Die ersten Freimaurerlogen entstanden angeblich aus den mittelalterlichen Bauhütten nacn 1700 in England, kamen 1737 nach Deutschland und verbanden sich später, um 1782, mit dem Illuminatenorden. Dieser war 1776 von Adam Weishaupt gegründet worden. Weishaupt war vom mosaischen Glauben zum Katholizimus konvertiert, wurde Professor für katholisches Kirchenrecht an der Universität Ingolstadt, Jesuit und Mitglied der Freimaurerei. Den Orden der Illuminaten gründete er, nachdem er aus dem Jesuitenorden ausgetreten war. In Frankreich hatten sich die verschiedenen Freimaurerlogen unter Mit-

hilfe von Illuminaten aus Bayern bereits 1773 zum *Grand Orient de France* zusammengeschlossen, wozu die französischen Aufklärer entscheidend beigetragen hatten. Der Sturm auf die Bastille am 14.7.1789 war maßgeblich von Freimaurern in die Wege geleitet worden, ebenso die Radikalisierung nach der Proklamation der Republik ab 1791 mit etwa 40 000 Opfern auf der Guillotine in Paris und etwa 500 000 getöteten Königstreuen in den Provinzen; blonde Haare und blaue Augen genügten bereits dem Mob für das Schafott. Auch die Revolutionen von 1830 und 1848 in Frankreich und Revolutionen in weiteren Staaten waren vor allem das Werk von Freimaurern (siehe die Werke von Hasselbacher, Heise, Wichtl/Schneider, Schwarz-Bostunitsch, Riegelmann, Rossberg, Gürtler u. v. a.[25]). Als führende Akteure werden u. a. die Brüder Rothschild genannt (F. Hasselbacher, III, 1941, S. 87) 1830 trat den Illuminaten - wie sich die Freimaurer zeitweise nannten - Karl Marx (al. Mordechai Marx Levy) bei, der aus einer alten Rabbinerfamilie stammte. Damals vertraten die Illuminaten schon seit langem nihilistische und atheistische Anschauungen.

In der Entstehungszeit galten die Freimaurerorden als freigeistige Diskussionsklubs mit Mitgliedern wie Friedrich dem Großen, der dann Gegenmaßnahmen ergriff. Goethe schrieb in einem Gutachten 1807 als Staatsminister: *„Die Freimaurerei macht durchaus statum in statu. Wo sie einmal eingefiihrt ist, wird sie das Government zu beherrschen und unschädlich zu machen suchen."* Allmählich entwickelten sie sich aber zu Werkzeugen zur Errichtung der Weltherrschaft der in ihnen sich verpuppenden Hintergrundmächte. Zum Einfangen von Mitgliedern für die unteren Grade dienen angebliche idealistische Zielsetzungen, die aber für bereits Wissende einen anderen Sinn haben. Die Entwicklungen hin zur Eroberung der Weltherrschaft werden zentral und verborgen gesteuert. Es bestehen personelle Querverbindungen sowohl zur Hochfinanz wie zum Sozialismus, Marxismus, Zionismus und Vatikan. Die Wege mit Einflußnahme auf allen Gebieten sind vielfältig, und je nach Notwendigkeit scheinen sie sich z. T. auch zu widersprechen. So bestand einer der Wege zur Zerstörung monarchisch geordneter Staaten vor dem Ersten Weltkrieg in der Agitation für nationale Befreiungen. Mit Morden wurde dazu kräftig nachgeholfen. Der Mord an Erzherzog Ferdinand war der folgenreichste. Heute sind hingegen antinationale Parolen zur Zerstörung von stabilen Völkern zugunsten einer *One World* und *Multikultur* „modern". Aber stets war und ist die ethische Zersetzung und die Auflösung stabiler selbständiger Strukturen ein Hauptanliegen (Beispiele siehe Kap. 5).

Das Symbol für die von den Illuminaten und Freimaurern verkündete *„Neue Weltordnung"* ließ F. D. Roosevelt auf die Ein-Dollar-Noten drucken:

[25] Diese Werke und mehr als 20 weitere wurden von meinem Verlag nachgedruckt. Der Verleger.

eine Pyramide mit einem Strahlen aussendenden Auge auf der Spitze, dem Auge Jahwehs, und der Unterschrift *„Novus ordo seclorum "*, die neue Weltordnung, wie sie dann nicht nur von US-Präsident Bush verkündet wurde. Die Pyramide mit dem Auge auf der Spitze ist das alte Symbol der Illuminaten und Freimaurer, für die übrigens schon 1830 Clinton Roosevelt, ein direkter Vorfahre von F. D. Roosevelt, Spenden gesammelt hatte. Das Staatswappen der USA zeigt zu Häupten des Wappenadlers 13 fünfzackige Sterne (= Pentagramme), geordnet in Form eines Davidsterns, 13 senkrechte Streifen im Wappenschild und in den Krallen des Adlers 13 Pfeile und einen Zweig mit 13 Blättern. Das sind alles zentrale freimaurerische Symbole. Die Flagge der USA zeigt als Symbole für die einzelnen Mitgliedsstaaten ebenso wie die Flagge der EU fünfzackige Sterne, also Pentagramme, dazu 13 waagrechte Streifen. Als die weltumspannende Organisation UNO vor allem auf Betreiben Roosevelts hin gegründet wurde und den Völkerbund ablöste, wählte sie als ihr Symbol die Weltkarte, überlagert von fünf konzentrischen Kreisen, die durch vier Durchmesser in 33 Felder (das Feld im Zentrum mitgezählt) geteilt sind. Flankiert ist dieses Symbol von zwei Palmwedeln mit jeweils 13 Blättern. Das UNO-Zeichen ist also ebenfalls ein Freimaurerzeichen, es zeigt die Grade der Freimaurerordnung mit dem höchsten, dem 33. Grad des Feldes im Zentrum, sowie die heilige Zahl 13.

Von ihrer Struktur her stellen Freimaurerorden als Geheimbünde mit nichtdemokratischen, nach unten verborgenen autoritären Führungen und geheimgehaltenen Zielen autoritär-hierarchische Machtapparate dar (siehe u. a. Wichtl/Schneider/Bohlinger 1999). In Deutschland waren Geheimbünde nach §128 StGB bis 1968 verboten, dann wurde das Verbot ohne besondere Begründung aufgehoben *(Inf. Dienst* 1996, Nr. 11, 0713). Erst die in den Großlogen zum Schottischen Ritus vereinigten 31., 32. und 33. Grade sind die Eingeweihten, Wissenden, die aktiv und nachhaltig auf die Weltpolitik Einfluß nehmen. Die Obersten Räte aller Logen des Schottischen Ritus sind in der Lausanner Konföderation seit 1875 zusammengeschlossen. Die gesamte Freimaurerei der Welt wird noch heute geleitet von dem Rat der 13, dem der Rat der 33 untersteht. Dieser wählt das Weltparlament der Freimaurer, das Komitee der 300, aus und leitet es.

Im Jahre 1843 wurde in New York der Freimaurerorden *B 'nai B 'rith* gegründet. Um 1900 hatte er in den USA bereits 30 000, heute besitzt er weltweit rund 500 000 Mitglieder. Seine Aufgabe ist es, *„die Israeliten in einer Weise zu verbinden, in der die Entwicklung der höchsten Interessen des Judentums am ehesten und allgemeinen ermöglicht wird"* (K. Heise 1920, S. 277). Diesem Orden gehörten die beiden Sekretäre Wilsons, Mandel-House und Itzig Tumultey an, der Vizepräsident Wilsons, Marshall (er besaß den 33. Grad der Freimaurer des Schottischen Ritus), der US-Botschafter Wilsons in

Paris, Morgenthau, maßgebliche Personen der Wallstreet-Hochfinanz, Bernard Baruch (Befehlshaber der US-Kriegswirtschaft unter Wilson und dann Angehöriger des Gremiums, das Roosevelt zum Präsidenten managte), weiter Kuhn, Loeb, Davidson, Paul Warburg (dessen Bruder als Chef der Hamburger Bank Warburg u. Co. Vertrauter des deutschen Kaisers war), sowie George Mandel (al. Jerobeam Rothschild), der Berater von Clemenceau - aber auch die Linksrevolutionäre von 1918 Kurt Eisner, Liebknecht, Bela Kun, Trotzky und L. Nizer (K. Heise 1920, S. 277). Damit deutet sich ein Zusammenhang an zwischen den Kriegsgegnern des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, der internationalen Hochfinanz und den Linksrevolutionären in Deutschland, Ungarn und Rußland.

Ein Mitglied des *B 'nai B 'rith* und Hochgradfreimaurer, Graf Coudenhove-Kalergi, schrieb (*Freimaurerzeitung*, Wien, Nr. 9/10, 1923): *„Wir erstreben ein orientalisches Europa mit einer eurasisch-negroiden Mischrasse der Zukunft. Diese zukünftige Mischrasse wird äußerlich der altägyptischen Rasse ähnlich sein. Führer werden die Juden sein als neuer Adel von Geistes Gnaden. "* Hochgradfreimaurer waren auch F. D. Roosevelt, Truman, der Chef der IMT Jackson sowie aus neuerer Zeit Kissinger und der langjährige Präsident der EU-Kommission Delors. Der US-Präsident Truman wurde nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki in den 33. Grad erhoben.

Der *B 'nai B 'rith* verlieh Willy Brandt vor mehr als 10 Jahren einen goldenen Orden und einen solchen sowohl an Kohl (*Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 7.2.1991) als auch an den ehemaligen Bundespräsidenten R. v. Weizsäcker (*T.Z.*, 5.12.1991) sowie 1996 wieder einen solchen an Kohl *(Münch. Merkur*, 27.1.1996). Kohl war bereits 1976 vom *Council of Foreign Relations* zu Vorträgen über die Vorstellungen der CDU zur deutschen Außen- und Deutschlandpolitik wie alle seine Vorgänger vor ihm eingeladen worden.

Als vor mehr als 20 Jahren einige junge Leutnants der Bundeswehrhochschule Hamburg „nationalsozialistische" Lieder gesungen hatten, entsandte der *B 'nai B 'rith* eine Untersuchungskommission in die Bundesrepublik. Zusammen mit dem *B 'nai B 'rith* besuchte im Januar 1993 eine Delegation der *Anti-Defamations-League* (ADL) die Bundesrepublik, um ein *„Erziehungsprogramm in einem 'unverbesserlichen intoleranten und rassistischen Deutschland'"* zu präsentieren, worum die Bundesregierung gebeten hatte (*Allgemeinejüdische Wochenzeitung*, 17.1.1993).

Die Zusammenarbeit von Freimaurern mit der internationalen marxistischen Arbeiterbewegung zeigte der Kongreß der 2. Arbeiter-Internationale am 1.9.1910 in Kopenhagen. Dort wurde beschlossen, daß bei Kriegsgefahr die 2. Internationale in Deutschland und Österreich-Ungarn den staatlichen Maßnahmen entgegentreten sollte und mit Verschärfung des Klassenkampfes die kapitalistische Klassenherrschaft beseitigen sollte (Ludendorff 1934).

Während des Kongresses fanden Geheimsitzungen im Kopenhagener Logenpalast des *Odd-Fellow-Ordens* statt, dem auch Wilson angehörte, auf denen die Weltrevolution und insbesondere die Vernichtung der Monarchien in Deutschland, Österreich und Rußland, die den Zielen der Freimaurerei und der Hochfinanz im Weg standen, erörtert wurde. Teilnehmer waren u. a. Ebert, Frank, Kautsky, Liebknecht, Luxemburg, Zetkin, Mussolini, Vandervelde, Lenin und Trotzky. Der französische Ministerpräsident Briand sandte eine Zustimmungserklärung (G. Müller 1978). Der letzte Akt der Niederlage von 1918, der als Dolchstoß (siehe Kap. 2) bezeichnet wurde, hat zur Ursache die langjährige Zusammenarbeit der Hintergrundmächte mit den sozialistischen Parteien.

Seit die englischen Hauptakteure des Opiumkrieges 1840-42 gegen China, weil China sich weigerte, sich dem Opiumhandel zu öffnen, geadelt und in die Hocharistokratie aufgestiegen waren, spielten die Freimaurer in England zahlenmäßig und politisch eine herausragende Rolle, gedeckt vor allem durch ihre Mitglieder in der Aristokratie. 1913 gab es in England 152 000 Logenbrüder in 3 100 Logen, im Ersten Weltkrieg wuchs die Zahl auf 250 000 an. Alle Logen hatten als Großprotektor König Eduard VII., den Schmied der Einkreisung Deutschlands. *„König Eduard war der größte Freimaurer der modernen Zeiten"* (K. Heise 1991, S. 116). Er war Großmeister von 33 Weltfreimaurerorganisationen. *„In keinem Land als England* [stehen die Freimaurer] ... *so in allerintensivsten Beziehungen zur Krone. "* Ihre *„Staatsmänner in England: Br. Earl of Reading (Rufus Isaacs), Sir Herbert Samuel ..., Lord Montague (Montag), Lord Robert Cecil..., Br. Lord Lansdown, Lord Sheffield, Br. Lord Northcliffe (Harmsworth-Stern)"* (K. Heise 1991, S. 123).

Auf dem 20. pazifistischen Weltkongreß vom 23.-25.8.1913 sagte der Präsident: *„ Seit 20 Jahren besteht die größte Kriegsgefahr im Gefühl gegenseitiger Entfremdung und des Hasses zwischen Frankreich und Deutschland. Nicht das Frankreich der Revolution, sondern das militärische, von Waffen starrende Deutschland Bismarcks ist das Haupthindernis für die Annäherung beider Völker und damit für den Weltfrieden "* (G. Müller 1994, S. 47).

Im Europa des Ersten Weltkrieges hatten Freimaurer ihre blutigen Spuren gezogen, die alle in einer Logenorganisation zusammenliefen, dem *Grand Orient de France* (Heise 1991, S. 210 u. a.), in dem die führenden Sozialisten Frankreichs, Belgiens, Italiens und Spaniens Mitglieder waren, aber auch Briand, Clemenceau, Poincaré, Lenin, Trotzky und viele andere. Schon am 26.11.1870 war dort beschlossen worden: *„ Wilhelm und seine beiden Genossen Bismarck und Moltke, Geißeln der Menschheit, und durch ihren unersättlichen Ehrgeiz Ursache so vieler Mordtaten, Brandstiftungen und Plünderungen, stehen außerhalb des Gesetzes wie drei tolle Hunde. Allen unseren Brüdern in Deutschland und in der Welt ist die Vollstreckung des gegenwärtigen Urteils aufgetragen. Für jedes der drei verurteilten reißenden Tiere ist eine*

Million Franken bewilligt, zahlbar an die Vollstrecker oder ihre Erben durch 7 Zentrallogen " (F. Hasselbacher, I, 1934, 1992, S. 176). Mit Hilfe dieses Freimaurerordens wurden in Rußland, nachdem der Hochgradfreimaurer Iswolski Ende September 1910 russischer Botschafter in Paris geworden war, verbotene Freimaurerorden aufgebaut, denen vor allem anarchistisch eingestellte Hocharistokraten und Großbürgerliche beitraten. Der russische Minister Stolipin weigerte sich, das Verbot der Freimaurer aufzuheben, und wurde 1911 ermordet. Im gleichen Jahr waren unter dem Schutz der *Grand Orient de France* in Serbien Logen gegründet worden, die bereits 1912 in den *„Höchsten Rat der 33. Grade "* aufgenommen wurden. Sie arbeiteten mit den serbischen Geheimbünden *„Narodna Odbrana"* (Volkswehr) und *„Crna Ruka"* (Die schwarze Hand) zusammen. Der Gründer und Leiter der *Schwarzen Hand* war der Oberst im serbischen Generalsstab Draguin Dimitrijewitsch, mit dem Logennamen Apis, der schon den Mord am serbischen König Alexander I. 1903 geplant und sich der nicht volljährigen Cabrinowitsch und Princip als Mörder zu bedienen gewußt hatte. Princip weilte vor dem Mord sowohl in London wie in Paris. Mitwisser der Attentatspläne waren der serbische Kronprinz Alexander, der serbische Ministerpräsident Pasic, der russische Botschafter Hartwig, der russische Militärattache Artmanov in Belgrad sowie der russische Außenminister Sasonow (K. Heise 1920, S. 74; F. Hasselbacher 1938, S. 22 f.). In Böhmen gehörte dem *Grand Orient de France* Karl Kramarsch an, der seinen Einfluß auf die tschechischen *Sokol-* und *Narodna Odbrana-Ve*rbände während des Ersten Weltkrieges dazu nutzte, 200 000 Tschechen zur Desertation zu den Russen und 20 000 Tschechen zur Desertation zu den Serben zu bewegen. Er wurde dann wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber von Kaiser Karl begnadigt und erlangte auch seine Freiheit wieder.

Der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, der zum Auslöser des Ersten Weltkrieges wurde, war in Planung und Durchführung das Werk von Freimaurern. Der Mord wurde vom *Grand Orient de France* schon vor 1912 beschlossen und die Durchführung organisiert (F. Hasselbacher, II, 1938, S. 22 ff.). In deutschen Freimaurerkreisen war der geplante Mord an Erzherzog Ferdinand bereits sehr früh bekannt. Auch der Erzherzog selbst wußte davon.

Das Attentat wurde am 28. Juni 1914 von der *Schwarzen Hand* ausgeführt. Oberst Dimitrijewitsch wurde später, am 26.6.1917 hinter der Salonikifront erschossen. Er soll aus der Schule geplaudert haben, den Anstoß zu den Morden habe eine Stelle in London gegeben. Besagte Stelle konnte nur das Agitationsamt zur Verwirklichung politischer Ziele unter Major Susley gewesen sein, das vom englischen Außenministerium mit dem beträchtlichen Jahresetat von 5 Mio. Pfund ausgestattet worden war. Diesem Amt wird die Beteiligung an den politischen Morden am portugiesischen Königspaar, an den Kö-

nigen von Bulgarien und Griechenland, an König Alexander von Serbien, am österreichischen Minister Canalejas, am französischen Radikalsozialisten und Kriegsgegner Jaures, am russischen Minister Graf Witte sowie am Anschlag auf Kaiser Franz Josef II. und am Mord von Sarajewo nachgesagt, die alle kurz vor dem Ersten Weltkrieg stattfanden (F. Hasselbacher, II, 1938, S. 37). Als der beste Kenner der Tätigkeit der Geheimgesellschaft *Schwarze Hand*, Bogitschewitsch, 1927 Dokumente zu dem Mord von Sarajewo einem Interessenten übergeben wollte, wurde der Verwahrer der Dokumente ermordet und einige Jahre später starb Bogitschewitsch selbst unter rätselhaften Umständen, als er im Begriff war, in die USA zu reisen, um seine Dokumente zu veröffentlichen (H. Bames 1968, S. 36).

Der Hochgradfreimaurer Iswolski, der seit 1910 russischer Botschafter in Paris war, hat auf Anraten von Poincaré hin, der am 14.1.1912 französischer Staatspräsident geworden war, französische Politiker und die französische Presse, vor allem die Blätter des gegen einen Krieg eingestellten Radikalsozialisten Jaures, 1913 mit mehr als 500 000 Fr. bestochen, um sie auf Kriegskurs zu bringen. Jaures selbst wurde wenige Tage vor Kriegsausbruch ermordet, ehe er in der französischen Kammer eine Rede gegen die drohende Kriegsgefahr und den Zusammenhang des Mordes von Sarajewo mit dem *Grand Orient de France* halten konnte (F. Hasselbacher, II, 1938, S. 36), bei dem Mord soll, wie erwähnt, das Amt von Major Susley die Finger im Spiel gehabt haben.

Poincaré weilte in den kritischen Julitagen vom 20. bis 23.7. zu Besprechungen mit dem russischen Außenminister Sasonow in Petersburg. Bereits am 24.7. wurden die ersten Maßnahmen für die russische Mobilmachung getroffen, und noch vor der Ablehnung des östereichischen Ultimatums durch Serbien am 25.7. war die russische Regierung entschlossen, Serbien im Falle eines militärischen Eingreifens von Österreich kriegsmäßig zu unterstützen, und begann am 29.7. mit der Mobilmachung. Es gab einen Gegenbefehl des Zaren, der aber hintertrieben wurde, und Deutschland erklärte am 1.8. Rußland den Krieg, das die deutsche Forderung nach Abbruch der Mobilmachung vom 31.7. nicht erfüllt hatte.

Im internationalen Zusammenspiel von Freimaurern in höchsten Stellungen wurden z. B. in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn die Friedensbemühungen von Kaiser Wilhelm II. u. a. mit der gefälschten deutschen Mobilmachungsanordnung des *Berliner Lokalanzeigers* vom 31.7.1914 vereitelt. Der Chefredakteur war Hochgradfreimaurer. Ein weiterer Fall von großer Bedeutung muß erwähnt werden. Den Rückzugsbefehl in der Marneschlacht 1914 erteilte ein Oberstleutnant Hentsch aus der Nachrichtenabteilung des Generalstabs und nicht etwa aus der Operationsabteilung, die allein dazu befugt war. Er stammte aus Frankreich und war Mitglied des Freimaurerordens *Grand Orient de France* im 25. Grad.

Alle aktiv an der Einkreisungspolitik vor 1914 beteiligten Politiker der USA, Frankreichs und Englands aber auch Rußlands waren Freimaurer. Der englische König Eduard VII. war Großmeister von 33 Weltorganisationen der Freimaurer. Wilson und Roosevelt waren Freimaurer. Die beiden höchsten französischen Staatsmänner im Jahre 1914, der Staatspräsident Poincaré und der Ministerpräsident Clemenceau, waren Freimaurer. In Frankreich wurden zu erlassende Gesetze in Freimaurerlogen beraten, besonders im *Grand Orient de France*, die dann oft wörtlich von den Regierungen ausgeführt wurden.

Der Großmeister der italienischen Logen, Nathan, betrieb den Abfall Italiens vom Dreibund und die *„ Wiedergewinnung der Irredenta ".* Er reiste bereits am 24.2.1915 in die USA, um dort einschlägige Besprechungen zu führen. Der Abfall Rumäniens vom Dreibund wurde mit dem Mord an König Karl am 10.10.1914 eingeleitet.

Der *Badische Beobachter* schrieb am 1.6.1917: *„Es ergibt sich mit Notwendigkeit, daß das internationale Logentum auch die volle Verantwortung für die Regierungsmaßnahmen der regierenden Logenbrüder auf sich nehmen muß, und es ist ebenso verantwortlich für die Einkreisungspolitik wie für die von der Loge veranlaßte Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares, für Kriegsgrund und Kriegsanlaß..." {Ii.* Heise 1920, S. 90).

Zu dieser Zeit waren auch die künftigen Revolutionäre von 1917 Kerenski, Sinowjeff (al. Apfelbaum), Radek-Sobelson, Lenin und Trotzky Freimaurer.

Auf dem internationalen Freimaurerkongreß vom 28.-30.6.1917 gab der Sekretär des veranstaltenden Ordens *Grand Orient de France* eine grundsätzliche Erklärung ab: *„Es wird für die Welt keine Möglichkeit geben, um zu einem Frieden zu gelangen, solange der germanische Militarismus unbeschädigt auf seinem Felsen in der Zitadelle von Potsdam stehen bleibt...* [allein deshalb vielleicht der Luftangriff zur Vernichtung Potsdams am 14./ 15.2.1945?] ... *Nach dem Zusammenbruch des großen deutschen Unternehmens folgt die Geburt der Vereinigten Staaten von Europa aus Freiheit und Recht"* (F. Hasselbacher, II, 1938, S. 321 f., mit dem großen deutschen Unternehmen ist der Weltkrieg gemeint). Am Schluß des Kongresses sandte dieser eine Botschaft an Wilson: *„Er* [der Kongreß] *erklärt, daß die ewigen Grundsätze der Freimaurerei völlig übereinstimmen mit denen, die durch den Herrn Präsidenten Wilson zur Verteidigung der Zivilisation und der Freiheit der Völker aufgestellt wurden"* (G. Erler 1938, S. 27). Alle Inhalte der 14 Punkte aus der Rede Wilsons vom 8.1.1918 wurden bereits dort formuliert, ebenso der Gedanke der Errichtung einer Weltrepublik über eine *„Föderation der europäischen Staaten"* (G. Erler 1938 S. 22). Dieses Kriegsziel der Freimaurer wurde endgültig erst mit dem *Maastrichtvertrag,* der *Europäischen Union* und der Beseitigung der deutschen Währung ca. 80 Jahre

später durch entscheidende Mithilfe des deutschen Bundeskanzlers Kohl verwirklicht.

Auch der Begriff *„Selbstbestimmungsrecht"* wurde dort formuliert im Hinblick auf die Kriegsziele der Alliierten in der Rede des Präsidenten des *Grand Orient de France*, Francolin: *„Die soziale Revolution ist es, die unseren gemeinsamen Feind zu Fall bringen wird ... Der Tag wird kommen, an welchem bei den Völkern, die weder ein 18. Jahrhundert noch ein 1789 hatten, die Monarchien und die Religionen zusammenstürzen ... An diesem Tage ... werden alle vergewaltigten Provinzen ihr Selbstbestimmungsrecht wieder erhalten "* (F. Hasselbacher, III, 1941, S. 31).

In dieser Zeit gehörten politische Morde und Attentate, ob sie nun von Freimaurern, Anarchisten und Geheimdiensten oder von allen zusammen verübt wurden, zum politischen Alltag. Entscheidend war aber, daß sich hinter dem weltanschaulich drapierten Programm des Sturzes der Monarchien handfeste politische und wirtschaftliche Machtinteressen bündelten, die sich im Kern vor allem gegen Deutschland richteten, der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt.

Im Jahre 1920, als er noch nicht in völlige Abhängigkeit von der finanziellen Unterstützung aus zionistischen Kreisen und den USA geraten war, fand selbst Churchill starke Worte für das Zusammenwirken von Freimaurern, Wallstreet-Hochfinanz und den bolschewistischen Revolutionären: *„Die Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Von den Tagen des Spartacus Weishaupt, bis zu denen des Karl Marx und bis zu Trotzky, Rosa Luxemburg, Bela Kun und Emma Goldmann (USA) ist diese weltweite Verschwörung zur Vernichtung der Zivilisation und für den Umbau der Gesellschaft auf der Basis gehemmter Entwicklung, böswilligen Neides und unmöglicher Gleichheit in ständigem Wachsen begriffen. Sie war die Quelle jeder Wühlarbeit im 19. Jahrhundert. Und nun hat schließlich diese Bande von außergewöhnlichen Personen aus der Unterwelt der großen Städte von Europa und Amerika ... sich tatsächlich zu Meistern dieses gewaltigen Reiches gemacht" (London Sunday Herald*, 8.2.1920).

Das internationale Freimaurertum begann bereits kurz nach dem deutschen Regierungswechsel am 30.1.1933 an allen wichtigen Orten der Politik, die Weichen gegen Deutschland zu stellen und es formulierte die Forderungen, welche dann politisch verwirklicht wurden: *„Am Mittwoch, dem 10. Mai 1933 fand eine außerordentliche Sitzung der Freimaurerloge 'La Fraternité du Peuple ' unter dem Vorsitz von Gaston Bergerie, Mitglied der Abgeordnetenkammer und bekanntes Mitglied der Auswärtigen Kommission statt ... Außerdem war der polnische Botschaftsrat Milstein (...) zugegen, der sich ... mit der Nichte des Pariser Barons Rothschild verheiratet hat ... Die große Loge 'Schottischen Rituals ' begrüßt uns aus England aufs herzlichste und stellt ihre Hilfe unserem 'Großen Orient ' im Kampf gegen den wilden Germanismus und seinen Kultus*

zur Verfügung. Sämtliche Mitglieder der 'Großen Loge', welche Regierungsstellen in England einnehmen, haben zugesagt, mit feindlichen Erklärungen gegen Deutschland aufzutreten, auf keinen Fall die Verwirklichung der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zuzulassen, ja bei dem geringsten Versuch, dieselbe zu erlangen, die Frage der Sanktionsanwendung gegen Deutschland aufzuwerfen, sogar einen Präventivkrieg heraufzubeschwören, wenn die Verhältnisse hierzu günstig liegen. ***Der Germanismus soll für immer niedergerungen werden, das Reich*** *zerstört..."* (F. Hasselbacher, I, 1934, S. 244).

Ein Grundprinzip des Handelns der Freimaurer ist die Ausführung des Holocaustbefehls Jawehs gegenüber den Nichtauserwählten (siehe Altes Testament, 5 Bücher Moses und die diesbezüglichen Veröffentlichungen und Dokumentationen im *Verlag für ganzheitliche Forschung.)*

17.2 Die internationale Hochfinanz

In England begann die Einwanderung von aus Portugal vertriebenen Sepharden mit Cromwell nach 1640, die sich, bald reichgeworden, mit der Gewährung von Staatsanleihen andienten. Dem Herzog von Marlborough, einem Vorfahren W. Churchills, lieferte ein Medina die Verpflegung seines Heeres und teilte den Gewinn dann mit ihm, belieferte aber auch seine Gegner mit militärischen Nachrichten. Rothschild machte 1815 ein Vermögen an der Börse durch Verbreitung der falschen Nachricht von der Niederlage Wellingtons bei Waterloo, was zu erheblichen Kursstürzen führte, die Rothschild zum Kauf von Staatspapieren ausnutzte. 1855 wurde Rothschild als erstes Mitglied mosaischen Glaubens in das Oberhaus aufgenommen. Mit dem Opiumhandel vor und nach dem Opiumkrieg gegen China 1840-42 verdiente die Ostindische Kompanie, in der Hand der Familie Sasson, angeblich rund 300 Millionen Pfund. Der Welt größter Ölkonzern, die *Royal Dutch Shell* gehörte Marcus Samuel (t 1927). Der als Lord Reading geadelte wurde 3 Monate nach dem Spekulationsskandal mit Aktien des Telegraphenmonopols zum Präsidenten des Obersten Gerichtes gemacht. Er verhandelte 1917 mit der US-Hochfinanz über den Kriegseintritt der USA und war 1921-31 Vizekönig von Indien. Der Sohn des englischen Außenministers Halifax war mit einer Rothschild verheiratet.

An diesen Beispielen, die neben unzähligen weiteren stehen, sieht man, wie in England Angehörige bestimmter Kreise nach Aufstieg in die Hochfinanz in die Hocharistokratie aufgenommen wurden, höchste Staatsstellen bekleideten und die Außenpolitik mitbestimmten, dazu gehörten vor allem Angehörige der Familien Goldsmid, Isaacs, Mond, Montefiore, Rothschild, Sasson (W. Meyer-Christian 1942, 1992).

Eine andere Gruppe von Hintergrundmächten hat ihren Hauptsitz in New York, es ist die Wallstreet-Hochfinanz. Einer ihrer z. Z. Wilsons einflußreichsten Angehörigen, der Präsident des Bankhauses Morgan u. Co., J. P. Morgan, der 1913 federführend an der Errichtung der *Federal Reserve Bank* beteiligt war und die großen Tageszeitungen *New York Sun* und *New York Times* besaß, erklärte 1907 auf einer Sitzung in London: *„Der deutsche Wirtschaftskörper kann der internationalen Weltwirtschaft nur eingegliedert werden, wenn man Deutschland durch einen Krieg politisch zerschlägt und das heißt: Wir brauchen einen Weltkrieg"* (G. Franz-Willlling 1975, S. 186).

J. P. Morgan legte im Januar 1915 eine Anleihe von 450 Millionen Dollar für Frankreich auf, mit der Zustimmung von Wilson. Bis zum Kriegseintritt der USA 1917 hatte die Hochfinanz an England und Frankreich bereits 2,3 Milliarden Dollar ausgeliehen (D. Hoggan, I, 1979).

Der katholische Erzbischof von New York, Kardinal Farley, sagte auf dem Eucharistischen Kongreß im Frühjahr 1914: *„Dieser Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und regierenden Dynastien sein, das Kapital wünscht niemand über sich zu haben, kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten wie große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden"* (G. Franz-Willing 1993). Die Hochfinanz verdient an Kriegen doppelt, einmal durch Finanzierung der Herstellung von Waffen und Munition, zum anderen nach den Kriegen durch Finanzierung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete. Morgan verdiente im Ersten Weltkrieg nach Kriegsbeginn 40 Mill. Dollar an Provision allein durch Vermittlung von Munitionslieferungen an England im Werte von 2 Milliarden Dollar (K. Heise 1920, S. 287). Im Jahre 1913 gewann diese Hochfinanz durch das Gesetz zur Errichtung der *Federal Reserve Bank* mit den Funktionen einer Staatsbank der USA, die sich völlig im Privatbesitz der Wallstreet-Banken befindet und z. Z. von Präsident Greenspan geleitet wird, weitreichenden politischen Einfluß. Es besteht der Verdacht, daß der Präsident J. F. Kennedy 1963 ermordet wurde, weil er die *Federal Reserve Bank* entmachten und statt dieser das US-Schatzamt mit der Geldemission betrauen wollte (*Inf. Dienst,* Viöl 1995).

Angehörige dieses Kreises, wie Morgenthau, Baruch, Kuhn und Davidson, wurden Berater von Wilson und später von Roosevelt, ein anderer, Isaac Marcosson, sagte auf einem Bankett am 3.3.1917 in London: *„Der Krieg ist ein riesenhaftes Geschäftsunternehmen. Die Waren, die dort gehandelt werden, sind nicht Sicherheitsrasierapparate, sondern Menschenblut und Menschenleben ... Heldentum war im Krieg die gewöhnlichste Sache der Welt. Das Schönste an diesem Krieg ist vielmehr die Geschäftsorganisation" (Times,*

3.3.1917, zit. in: Hasselbacher, II, 1938, S. 213).

Henry Ford *(Mein Leben und Werk,* Leipzig 1923): *„Eine unvoreingenommene Untersuchung des letzten Krieges, der vorhergehenden Ereignisse und seiner Folgen ergibt den unantastbaren Beweis, daß es in der Welt eine gewaltige Gruppe von Machthabern gibt, die es vorziehen, im Dunklen zu bleiben, die weder Ämter noch äußere Machtinsignien erstreben, die auch keiner bestimmten Nation angehören, sondern international sind. Machthaber, die sich der Regierungen, der weitreichenden Geschäftsorganisationen, der Presseagenturen, sämtlicher Hilfsmittel der Volkspsychologie bedienen, um die Welt in Panik zu versetzen und die Macht, die sie über sie ausüben, noch zu erhöhen ... Wir dürfen nicht vergessen, daß der Krieg ja nur ein künstlich fabriziertes Übel ist, das sich folglich auch nach einer ganz bestimmten Technik herstellen läßt ... Hunderte von amerikanischen Vermögen datieren aus dem amerikanischen Bürgerkrieg, ebenso wie Tausende von neuen Vermögen aus dem Weltkrieg stammen. Niemand kann leugnen, daß Kriege ein gutes Geschäft für diejenigen bedeuten, die diese Art von Geld lieben. "*

Der vom Senat der USA 1934 eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung des Kriegseintrittes der USA 1917 (Nye-Committee, J. Wiltz 1960) untersuchte auch den Einfluß der Hochfinanz. Nye u. a. äußerten, daß *„ the merchants of death ",* die Händler des Todes, die Wallstreetfinanziers, Munitionshersteller und Kriegsgewinnler die eigentlich Schuldigen hinter den Kulissen am Ersten Weltkrieg gewesen seien. Genannt wurden Du Pont und Morgan, und der *New York Daily Worker* kommentierte am 15.1.1936: Wilson hatte Frieden versprochen, aber er befolgte die Weisungen Morgans. In der Folge dieser Untersuchungen wurden die Neutralitätsgesetze 1935/37 beschlossen, die F. D. Roosevelt später mit Hilfe der Meinungsmacher und des von ihm provozierten Überfalls auf Pearl Harbour überspielen mußte, um sein Land in den Krieg führen zu können.

Da die Engländer bereits 1916 *„pleite "* waren, erhielten sie Kredite der Hochfinanz, um den Krieg fortsetzen zu können. Beteiligt waren Lord Rothschild, in den USA Brandeis, Mitglied des obersten Gerichts, Rockefeller und Paul Warburg, dessen Bruder die Hamburger Bank Warburg u. Co. gehörte. Die Gegenleistung war die Balfour-Erklärung. Für diese Bankiers erwies sich der Erste Weltkrieg dann als glänzendes Geschäft. *„Ohne die massenweise Lieferung nordamerikanischen Kriegsmaterials, die in einem gigantischen Geschäft 'Blut gegen Geld' so enorme Gewinne abwarf, daß der Erste Weltkrieg 25 000 neue Millionäre in den USA hervorbrachte, ... hätten England und Frankreich nach eigenem Eingeständnis schon 1915 ihre endgültige Niederlage erlebt"* (D. Hoggan 1984, S. 271).

Während im Westen massiv finanzieller und wirtschaftlicher Einfluß genommen wurde, setzte man im Osten auf eine Revolution, die das Zarentum

hinwegfegen und sich dann gegen Deutschland wenden sollte. Bereits 1915 wurde in New York von der *National City Bank* und anderen Banken eine besondere Gesellschaft zur Unterstützung der Bolschewisten gegründet. Am 14.2.1916 fand in New York eine Konferenz von 62 Linksintellektuellen statt - die meisten davon waren an der Revolution von 1905 in Rußland beteiligt gewesen die die Durchführung der Revolution in Rußland beschlossen. **Der Bankier Jacob Schiff erklärte dort, die Finanzierung sei gesichert. Am 17.3.1917 verließ Trotzky-Bronstein mit einem amerikanischen Paß und großen Geldmitteln (ca. 30 Mio. Dollar) New York, um nach Rußland zurückzukehren.** Seine Frau stammte aus der Bankiersfamilie Warburg. Er winde an der kanadischen Grenze aufgehalten, aber aufgrund von Interventionen Wilsons durchgelassen (A. Sutton, zit. in: P. Bachmaier, *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* 41, 1993, H. 4). Die *American Hebrew* vom 10.9.1920 kommentierte die bolschewistische Revolution in Rußland 1917 u. a. mit folgenden Worten: „ *Was jüdischer Idealismus und jüdische Unzufriedenheit so machtvoll in Rußland vollbracht haben, das streben dieselben historischen Eigenschaften des jüdischen Geistes und Herzens an, auch in anderen Ländern herbeizujühren"* (H. Ford, *Der internationale Jude* 1920, Leipzig 1933, S. 180).

Nachdem Lenin aus dem Schweizer Exil nach St. Petersburg gefahren worden war - arrangiert hatten das der Bankier Max Warburg und der durch Kriegsschiebungen mit Rußland zwischen 1913 bis 1917 schwerreich gewordene russische Revolutionär und deutsche Sozialdemokrat Helphand (Parvus, Israel Lasarewitsch) -, **konnten Lenin und Trotzky ihre Revolution durchführen, die Mittel dazu hatte ihnen die New Yorker Hochfinanz bereitgestellt, in erster Linie die Banken von Morgan, Rockefeller und die der Brüder Warburg und Jacob Schiff. Letzterer allein gab 20 Millionen Dollar** (G. Allen 1971, S. 95 ff.). Die gleichen gründeten die *United European Investors Ltd.*, das wichtigste Spekulationsunternehmen zur Ausbeutung der Inflation in Deutschland. Wieder die gleichen waren an den Reparationsprogrammen beteiligt (G. Franz-Willing 1991, S. 16). Es sind das die gleichen Hintergrundmächte, die 1929 beschlossen, F. D. Roosevelt zum Präsidenten der USA zu machen, und damit die politischen Voraussetzungen für den Zweiten Weltkrieg schufen. Der Präsident des *House Banking Committee* L. McFadden erklärte im Kongreß am 14.6.1933: „ *Die Sowjetregierung erhielt durch den Federal Reserve Ausschuß und die Federal Reserve Bank, unter Zwischenschaltung der Chase Bank und der Guaranty Trust Company in New York, Fonds des Schatzamtes der Vereinigten Staaten ... Sie werden verblüfft sein, wieviel amerikanisches Geld aus der Staatskasse der Vereinigten Staaten zu Gunsten Rußlands entnommen wurde ... "* (G. Allen 1971, S. 137). So ganz haben das die Sowjets nie vergessen.

Von Banken, die dem *Federal Reserve Board* angehörten, wurden 1929 generalstabsmäßig Kursstürze an der New Yorker Börse vorbereitet und am schwarzen Freitag - dem 24.10.1929 - ausgelöst, die noch nicht von ihnen beherrschte Banken und viele Firmen in ihren Besitz bringen sollten. Churchill hatte auf Einladung seines Freundes Baruch hin auf der Zuschauertribüne der Börse Platz nehmen können und sah, wie sich von dieser Katastrophe Betroffene aus den Fenstern stürzten.

Die weitere Folge war der Zusammenbruch der Weltwirtschaft mit allein 6,5 Millionen Arbeitslosen bei 18 Millionen Erwerbsfähigen im Deutschen Reich, die ab 1933 von einem vor allem von H. Schacht gesteuerten Arbeitsbeschaffungsprogramm gegen die andauernde Weltwirtschaftskrise bald wieder in Arbeit gebracht werden konnten[26] - vor Beginn der Aufrüstung und im Gegensatz zur Lage in Mitteldeutschland heute, wo zehn Jahre nach der Ablösung der sozialistischen Planwirtschaft durch die westlich-kapitalistische Wirtschaftsideologie eine in Teilen verdeckte Arbeitslosigkeit herrscht, die größer ist als jene im Deutschen Reich vor dem Regierungsantritt Hitlers. Damals, 1929, wurde vorprogrammiert, was 1945 vollendet wurde. 1929 war Hitler aber noch eine politische Randerscheinung - die NSDAP hatte ganze 12 Reichstagsabgeordnete.

Zur damaligen Strategie dieser Hintergrundmächte schrieb C. Dali: „..., *so besteht wohl kein Zweifel, daß die Weltfinanzmächte in New York, London und Paris, die selbst streng an die Goldwährung gebunden waren, in erster Linie den Zweiten Weltkrieg dazu zu nutzen wünschten, Hitlers schnellwachsendes Tauschhandelssystem für den Welthandel abzudrosseln ...So kam der rechtzeitig geplante Schritt jener Gruppe, die Horden Stalins durch ein großes Kriegsziel quer durch Mitteleuropa zu treiben, um so den stückweisen Zerfall unserer westlichen Kultur und Zivilisation, wie wir sie kennen, zu fördern ..."* (C. Dali 1975, S. 178). Hamilton Fish, der 25 Jahre lang Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Kongresses und von 1933 bis 1943 dessen führendes Mitglied der Opposition war, kennzeichnete die Kriegstreiber und Hintergrundmächte folgendermaßen: *„Es handelt sich um eine kleine, finanziell bestens ausgestattete Gruppe aus Bankiers und der Nordost-Presse wie die New York Times, die New York Herald Tribüne, die Washington Post, die Baltimore Sun, die Boston Globe und die meisten Philadelphia-Zeitungen"* (H. Fish 1982, S. 44).

---

[26] Anm.: Schacht war Hochgradfreimaurer und mit führenden Personen der Hochfinanz bekannt. Die besondere Schwere der Wirtschaftskrise in Deutschland war u. a. sein Werk: er veränderte 1928 den deutschen Goldstandard, das führte zu einer starken Deflation (Geldverknappung) und verstärkte damit die spätere Wirtschaftskrise erheblich. Nach der Machtergreifung machte er das Gegenteil (siehe Mefowechsel u. a.). Er trug also erheblich zu Hitlers Aufstieg und Erfolgen bei. Der Verleger.

Über das Management Roosevelts zum Präsidenten schreibt ausführlich der Schwiegersohn von F. D. Roosevelt, Curtis Dall, der aus einer der sogenannten alten Familien der USA stammte, in der Bankbranche tätig war und die Hintergründe nur allmählich durchschaute: ***„Mitte 1929 hatten die Weltfinanzmächte sich ausgerechnet, daß es an der Zeit wäre, 1932 einen Wechsel in der Regierung vorzunehmen. Sie achteten darauf, daß die Erholung von dem Krach*** [dem 24.10.1929] ***bis nach Amtseinsetzung ihres Kandidaten Präsident Roosevelt 1933 aufgeschoben würde*** (S. 80). ***Augenscheinlich sind die wirklichen Ziele der Führer dieser Eine-Welt-Regierung und der ihnen stets nahestehenden Bankiers sehr abwegig. Dank der Schaffung der Einrichtung der in Privatbesitz befindlichen Federal Reserve Bank haben sie die volle Kontrolle über das Geld- und Kreditwesen der USA erreicht Ihr jüngster Plan ist es, den geistigen Hintergrund aller Völker zu entwurzeln und allmählich zu vernichten*** (S. **86).** ***Ich beschloß, der nächsten Versammlung der Demokraten in Chicago beizuwohnen. Bei meiner Ankunft in Chicago hatte ich das Empfinden, als ob ich an einer Versammlung der Emmissionsbanken teilnähme und nicht an einer politischen Versammlung"*** (C. Dali 1975, S. 89). Das war aber die Tagung der Demokratischen Partei, auf der Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde. In der Folgezeit begannen Baruch, Frankfurter und Morgenthau, die schon Ratgeber Wilsons gewesen waren, immer häufiger und auch unangemeldet bei der Familie Roosevelt zu erscheinen. Baruch hatte bereits im Ersten Weltkrieg den Vorsitz des Ausschusses für die Kriegsindustrie innegehabt. *„ Vor dem 1. Weltkrieg soll Baruch über 1 Mill. wert gewesen sein. Nach Schluß des 1. Weltkrieges sagte man, er sei 200 Mill. wert ... Baruch finanzierte als erster Mann die Propaganda und die Unkosten, während Frankfurter direkt oder auch unter der Hand die wichtigsten Regierungsämter vergab* (S. 104). *Doch wissen in Wirklichkeit nur ganz wenige Mitglieder des Council of Foreign Relations über die weittragenden Pläne der kleinen obersten Führungsgruppe Bescheid. Es ist eine internationale ins Dunkel gehüllte Diktatur* (S. 136). *Ich habe mich oft gefragt, ob Roosevelt als ein Teil eines■ von langer Hand vorbereiteten Planes bewußt die Möglichkeit und die Gefahr eines Angriffes auf Pearl Harbour ... ignoriert hat ... Wer hat ihm diesen Wunsch nahegelegt? ... Wer war es, der Roosevelt erklärt hat, daß ein Pearl Harbour notwendig sei? "* (S. 197) *„Der größte Teil seiner Gedanken, seiner politischen 'Munition' sozusagen, wurde sorgfältig für ihn im voraus von der C.F.R.-One World-Finanzmachtgruppe zurechtgemacht"* (S. 273; C. Dali 1975).

Um 1928 wurde Oberst a. D. House, der schon Wilson gedient hatte, im Auftrag von Rockefeller aktiv, der Roosevelt gemeinsam mit einer Gruppe zumeist jüdischer Intellektueller, die später seinen „Brain Trust" bildeten, Verbindungen verschaffte (D. Bavendamm, 1983, S. 46).

Bei der Einnahme von Warschau fand man in polnischen Archiven den Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocky, an seine Regierung vom 12.1.1939 (siehe Anhang A7). Er berichtete: *„Die Stimmung, die augenblicklich in den USA herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler ... aus. Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört zu 100% das Radio, der Film, die Presse ... Ferner ist* [es] *das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu anschüren ...An dieser Aktion haben ... teilgenommen* z. *B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des obersten Gerichtes Felix Frankfurter, der Staatssekretär Morgenthau u. a., die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind ... Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden ..., um die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, den die Juden mit vollem Bewußtsein anstreben ... " (Deutsches Weißbuch* Nr. 3, 1940, Dok. Nr. 6). Das sind die gleichen Namen, die von C. Dali schon 1929 genannt wurden. Am 6.7.1939 faßte der Staatssekretär im polnischen Außenministerium Graf Szembek Mitteilungen des Grafen Potocky zusammen: *„Beim Vergleich mit der Psychose, die im Westen um sich greift, hat man den Eindruck, daß unser Land ein Erholungsheim ist ...Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Kriege treiben, die Juden, die Großkapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort gefunden, den man in Brand stecken kann: Danzig und eine Nation, die bereit ist zu kämpfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschäfte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen. Im Gegenteil: da später alles wieder aufgebaut werden müßte, würden sie auch daran verdienen. Sie behandeln uns wie Neger, die nur zu arbeiten haben, damit sie ihr Kapital vermehren können" (\J.* Walendy 1965, S. 353).

Bis in die jüngste Zeit hinein veranstalten die gleichen Hintergrundmächte Kriege als gutgehendes Geschäft, wie man am Beispiel des US-Präsidenten Bush sehen kann. Bush, der nach eigenen Worten in Präsident Roosevelt das große Vorbild hat, wurde von Rockefellers *Council of Foreign Relations* als Präsidentschaftskandidat ausgewählt und gemanagt - schließlich sind die Bushs schon in der vierten Generation im hohen Ölgeschäft tätig. Bush erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen und führte den Golfkrieg im Rahmen der Globalstrategie der One-World-Weltherrschaft, wie es den Zielen der Freimaurer entspricht. Der Steuerung der gesamten Weltpresse im Golfkrieg stand ein Leserbrief in der *FAZ* entgegen, der daraufhinwies, daß Saddam Hussein das Selbstbestimmungsrecht auf seiner Seite habe. Den Luftkrieg führten die USA mit der gleichen Brutalität wie im Zweiten Weltkrieg - durch Hintergrundinforma-

tionen erfuhr man von bis zu 300 000 Toten unter der Zivilbevölkerung. Das brutalste Kriegsverbrechen aber war die Verwendung von Urankernmunition und -bomben, deren Uran beim Aufschlag zu Aerosolen von Oxyden verbrennt und ganze Landstriche infolge ihrer Radioaktivität verseucht und teilweise unbewohnbar macht. Die Wirkung für die betroffene Bevölkerung ist vergleichbar mit der Wirkung der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Die Blockade gegen das irakische Volk hatte die gleichen Folgen wie die gegen das deutsche Volk nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Sie dauert noch an und hatte inzwischen mehrere Millionen Tote zur Folge. Die Regierung Kohl, die sich der Aktion 1991 zunächst verweigerte und sofort heftigen Angriffen der Weltpresse ausgesetzt sah, mußte sich dann noch mit 17 Milliarden DM an dem Unternehmen beteiligen. Auch im Somaliaabenteuer der USA waren es die Prospektionstrupps der Erdölgesellschaften, die den US-Truppen auf dem Fuße folgten.

Andererseits deutet sich mit dem Verkauf des Rockefeller-Zentrums in New York für das Spottgeld von nur einer Milliarde Dollar an eine Gruppe Japaner an, daß sich ein allmählicher Wandel zu vollziehen beginnt. Im Februar 1991 - zur Zeit des Golfkrieges - erschienen Berichte in der *FAZ* über Schwierigkeiten der Hausbank der Rockefellers, der *Chase-Manhattan-Bank,* die regierungsseitig gestützt werden mußte. Die *Chase-Manhattan-Bank* ist eine der größten Banken der USA und eine der Banken, in deren Besitz die *Federal Reserve Bank* ist, die immer noch als Staatsbank der USA fungiert. Diese und andere Großbanken der Wallstreet mußten inzwischen Beteiligungen arabischer Ölfürsten eingehen, auf deren Einwirkungen möglicherweise schon die Friedensschlüsse im Vorderen Orient und auf dem Balkan mit zurückzuführen sind.

James Warburg, Hochgradfreimaurer, Wallstreet-Finanzier, Mitglied des *Council of Foreign Relations* vor dem US-Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten am 17.2.1950: *„ Wir werden zu einer Weltregierung kommen, ob Sie es wollen oder nicht - durch Unterwerfung oder Übereinkunft. "* Hier sei nochmals Kardinal Farley zitiert: ***„Das Kapital wünscht niemand über sich zu haben, kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten wie große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden"*** (G. Franz-Willing 1993).

Zur Tarnung der Pläne der Hochfinanz wurden 1919 der *Council of Foreign Relations* gegründet, dann die *Bilderberger* und jüngst die *Trilaterale Commission.* Ihnen gehören auch Gewerkschaftsführer und Sozialisten an und zeigen damit, daß zwischen kapitalistischer Hochfinanz und Marxismus keine weitreichenden Interessengegensätze bestehen.

Weitere Einwirkungen auf die Weltpolitik können hier nur angedeutet werden. Am 18.1.1989 empfing Gorbatschow eine Abordnung der Hochfinanz

und Vertretern des *B 'nai B 'rith*, der *Bilderberger* und der *Trilateralen Commission* u. a. mit D. Rockefeller, H. Kissinger (*L'Humanité*, 19.1.1989), die Gorbatschow zu den „Reformen" überredeten, die den Zusammenbruch der UdSSR als Weltmacht, den sozialen Zusammenbruch, das Diktat aller nur denkbaren Verkommenheiten und die Entstehung der Russenmafia zur Folge hatten, hinter der Bankiers jüdischer Herkunft stehen, die eng mit dem Westen zusammenarbeiten und sich von diesem v. a. über veruntreute staatliche Kredite reich und mächtig machen ließen (ein russischer General: „ *Wir haben einen großen Krieg verloren ohne einen einzigen Schuß ").* Auch die Nato-Osterweiterung, welche eine dritte Einkreisung Deutschlands darstellt, ist das Werk der Hintergrundmächte, ebenso die Waldheimaffäre mit Angriffen auf den damaligen österreichischen Staatspräsidenten Waldheim mit gefälschten Dokumenten und Einreisesperre in die USA, ebenso die kürzliche Hetze gegen die Freiheitliche Partei in Österreich nach ihrem Wahlerfolg. Einer der Hauptakteure der diplomatischen Sanktionen gegen Österreich war der französische Staatspräsident Chirac, der Bilderberger ist.

17.3 Psychologische Kriegführung und Weltpresse

In weitgehender Abhängigkeit von diesen zwei Gruppen von Hintergrundmächten stehen die Medien. Während nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland noch eine teilweise unabhängige Presse existierte, gab es nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch die von den Siegern lizensierte Presse. Selbst die größten Zeitungen fügen sich heute dem gesteuerten Weltmeinungspool ein. Zaghafte Versuche der Bildung unabhängiger Zeitungen sind im Keim erstickt oder als rechtsradikal verleumdet worden, während linksradikale Blätter Destruktions- und Narrenfreiheit genießen. Diese einseitige Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit hat sich durch Druck der Hintergrundmächte seit der kleinstdeutschen Wiedervereinigung zunehmend verstärkt, so daß Zweifel an der Souveränität und freiheitlich-demokratischen Rechtsstaatlichkeit der BRD aufkommen *(Appell der 100, 500, 1000* v. 17.5.1996, siehe Anhang A28).

Deutschfeindliche Tendenzen vieler Medien waren bereits vor der Jahrhundertwende sichtbar geworden. Am 1.2.1896 druckte die englische Wochenzeitung *Saturday Review* einen Aufsatz von Prof. Sir Ch. Mitchell ab, in dem es hieß: „ *... Überall in der Welt ... stoßen Engländer und Deutsche aufeinander ... Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht wüchse* ***... macht Euch fertig zum Kampf gegen Deutschland, denn Germaniam esse delendam"*** (Diwald 1979, S. 270). Den unheilvollsten Einfluß übte im

Ersten Weltkrieg der Pressekonzern des 1917 als Lord Northcliffe geadelten (alias Stern, dann Harmsworth) aus. ***„Lord Northcliffe selbst erklärte, daß 52 englische, russische, französische und italienische Blätter den Krieg gemacht hätten ... Durch die Weltpresse, die seit vielen Jahren im Sinne der allgemeinen Richtlinien des Northcliffschen Programms unter Mitwirkung der Imr*** [Internationale Freimaurerei] ***und Anwendung riesiger Bestechungsgelder der Entente gewonnen war, wurde die öffentliche Meinung der ganzen Welt... vergiftet*** *... In der Imr-Propaganda haben bestimmte ... Schlagworte ... bei der Irreführung des großen Publikums wertvolle Dienste geleistet. So sind ... aus dem Imr-Sprachschatz durch die von der Imr-Loge beherrschte Presse die Schlagworte: Freiheit, Recht, Menschlichkeit, Humanität und Fortschritt, Kampf gegen die Barbarei, Despotismus, Aberglauben, Fanatismus, Obskurantismus zum Gemeingut der öffentlichen Meinung geworden. Das Arbeiten mit diesen Schlagworten gestatten der ... Imrei ... ihre auf Weltrevolution abzielenden Absichten durch Massensuggestion ins Volk zu bringen" (Mecklenburgisches Logenblatt* 48, 1919, Nr. 5/6, zit. in: F. Hasselbacher, II, 1938, S. 165).

Die Feindpropaganda und die psychologische Kriegführung der Entente arbeiteten mit frei erfundenen Greuelmärchen, welche auf Seiten der Mittelmächte niemand geglaubt hätte, wie zum Beispiel, deutsche Soldaten hätten belgischen Kindern die Hände abgehackt - es wird berichtet, daß nach Kriegsende dem ernsthaft nachgeforscht wurde (!) - oder, tote deutsche Soldaten seien zu Seife verarbeitet worden. Darüber wurde im britischen Unterhaus ernsthaft diskutiert (!). Aus gleicher Quelle tauchten im Zweiten Weltkrieg ähnliche Behauptungen auf und blieben jahrzehntelang unwidersprochen, weil sie sich auf Deutsche bezogen.

In den USA wurde schon Jahre vor Beginn des Zweiten Weltkrieges das Portrait des Führers auf Toilettenpapier gedruckt.

Aus der Feder von Northcliffe stammte ein am 4.11.1918 in der *Times,* dem Spitzenblatt Northcliffs, veröffentlichter Artikel, der in der ganzen Welt, auch von deutschen Blättern nachgedruckt wurde und in Deutschland einen großen Einfluß hatte: *„So ist klar, daß Deutschland ... seine hilflose Lage erkennt. Die Bedingungen, unter denen die Feindseligkeiten aufhören können, müssen von den Armee- und Marineführern festgelegt werden und von den Zentralmächten in einer Form angenommen werden, daß keine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten möglich sind."* Das war die Forderung der bedingungslosen Kapitulation (G. Franz-Willing 1991, S. 48). Der englische Premierminister Lloyd George bedankte sich am 12.11.1918 bei Northcliffe. Er sprach von der Wirkung, daß Northcliffs Arbeit *„zu dem dramatischen Zusammenbruch der feindlichen Stärke in Deutschland und Österreich geführt hat" (Süddeutsche Monatsh.,* H. 8, 1924).

Die einflußreichsten Medienbetriebe der USA waren Mitglieder des *Council of Foreign Relations* der Rockefellers und sind es noch heute: *New York Times, New York Post, Washington Post, Los Angeles Times, Denver Post* u. a. sowie die Rundfunkgesellschaften *National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Company* u. a. (G. Allen 1990, S. 121). Von diesen Medien wurden die Vorkriegspressekampagne gegen Deutschland wie die Kriegspropaganda gemacht. Bis heute hält jener Druck auf die Medien mit den gleichen Schlagworten bis hinein in die Bundesrepublik an, der sie seit 80 Jahren das Thema von den Deutschen variieren läßt, deren *„ einziges Ziel Krieg und Eroberung"* sei (Louis Nizer, siehe Anhang Al8), und läßt sie an Geschichtsfälschungen, Verleumdungen und Unwahrheiten festhalten, deren sich die Vordenker der psychologischen Kriegsführung der Alliierten schuldig gemacht haben. Die Einschränkungen der Meinungs- und Forschungsfreiheit bezüglich der Zeit von 1933 bis 1945 in der Bundesrepublik gehören zu diesem Konzept.

Der Einfluß dieser Hintergrundmächte kann besonders gut am Beispiel von Samuel Untermeyer studiert werden, der als Präsident der *World Jewish Economic Federation* bereits 1933 zum Boykott deutscher Waren aufrief und in der *New York Times* vom 7.8.1933 erklärte, Amerika sei verpflichtet, gegen Deutschland den *„Heiligen Krieg"* im Interesse der Menschheit zu führen (O. Braun 1979). Nach dem Machtantritt Hitlers hatte er veranlaßt, daß die damals auflagenstärkste Zeitung der Welt, der *Daily Express*, am 24.3.1933 eine jüdische Kriegserklärung an Deutschland veröffentlichte: *„Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg ... 14 Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen ... in einem heiligen Krieg ... "* (G. Franz-Willing 1991, S. 32; Anhang A4). 1936 gründete er den *„Anti-Nazi-Rat"*, der zu einem der wichtigsten Instrumente der psychologischen Kriegsführung gegen Deutschland wurde. Dem schlossen sich 1937 Churchill und Vansittart aus dem britischen *Foreign Office* an. Er wurde vom geheimen *Jewish Defense Found* finanziert und blieb in England durch ein Gesetz dem Blick der Öffentlichkeit entzogen. Untermeyer stand Roosevelt so nahe, daß ein Neffe Untermeyers, Davies, Botschafter der USA in Moskau wurde. Daraus entstand als Bündelung die zentral gesteuerte Propagandamaschine *Focus*, die vom *Amerikanischen Jüdischen Komitee* (AJC), von der Londoner Rothschildbank, von Frankfurter und als Hauptfinanzier von Sir Robert Waley-Cohen, dem Aufsichtsratsvorsitzenden von *British Shell* unterstützt wurde. Er stiftete als erste Einlage 50 000 Pfund, die dazu verwandt wurden, Leitartikelschreiber zum Beispiel der *Times* zu gewinnen (D. Irving, 1990, S. 55). *Focus* gehörten u. a. englische Gewerkschafter, Politiker der *Labour Party* und Sir Walter Layton mit dem Massenblatt *Daily News* an. *Focus* wurde sogar vom Erzbischof von Canterbury unterstützt (D. Baven-

dämm 1983, S. 282) und zu einem der wichtigsten Gremien, das auf einen Krieg mit Deutschland sowie auf den Sturz von Chamberlain hinarbeitete. *Focus* gewann in Churchill einen seiner einflußreichsten Politiker, und so beglich denn auch 1938 der schwerreiche Goldminenbesitzer Sir Henry Strakosch Churchills immerwährende Schulden. Im gleichen Jahr begannen Baruch und Frankfurter, sich für Churchill zu interessieren. Kurz nach Frankfurters Abreise begann ein Propagandafeldzug für Churchill, der mit 3 Mill. Dollar aus dem Propagandafonds des AJC finanziert wurde: *„Er war selten ein Schöpfer, immer ein Zerstörer ... letztlich auch des Empires seines eigenen Landes* " (D. Irving 1990, S. 11, 89, 144).

Seit dem Regierungsantritt Hitlers hatte sich der Kreuzzug der Presse gegen Deutschland ständig ausgeweitet, und die Regierungen von England und Frankreich standen völlig unter ihrem Einfluß. Die Handlungsweise Chamberlains bis zur Kriegserklärung wie vielleicht auch die des Widerstandes in Deutschland waren die Folgen. Dazu schrieb das *Berliner Tageblatt* am 28.3.1933: *„Mit tiefer Erschütterung beobachtet unser ganzes Volk, daß seit ein paar Wochen draußen in der Welt eine neue Hetzkampagne wütet, die aus den mannigfachsten Motiven, nicht etwa nur humanitärer, sondern auch sehr egoistischer Art, Deutschland verächtlich zu machen sucht. Treffend hat der Reichsminister von Neurathin seinem Interview, das wir gestern veröffentlichten, darauf hingewiesen, daß wir es hier mit einer bewußten und plötzlichen Wiedergeburt der belgischen Greuelmärchen* [der von deutschen Soldaten abgehackten Kinderhände, d. Verf.] *zu tun haben. Gegenüber all den unsinnigen Meldungen, die ein Teil der Weltpresse leider noch immer Tag für Tag verbreitet, stellen wir nachdrücklich fest, daß von Pogromen oder antisemitischen Exzessen in Deutschland nicht die Rede sein kann; wer von draußen her das Gegenteil sagt, lügt bewußt oder ist das unwissende Werkzeug dunkler Gewalten ... "* (Das *Berliner Tageblatt* war in jüdischem Besitz; H. Splittgerber, Recklinghausen 1996, S. 19.)

Diese „dunklen Gewalten" kennzeichnete der Journalist John Swanton von der *New York Times: „Eine freie Presse gibt es nicht... Wir sind Werkzeuge und Hörige der Finanzgewaltigen hinter den Kulissen. Wir sind die Marionetten, die hüpfen und tanzen, wenn sie am Draht ziehen ... Wir sind nichts anderes als intellektuelle Prostituierte" (Der Schlesier,* 31.5.1996).

Im Zuge der Beseitigung unabhängiger und objektiv berichtender Presseorgane wurde ab 1934 der letzte von den Hintergrundmächten der Wallstreet-Hochfinanz unabhängige große Pressekonzern, der des Randolph Hearst vernichtet. Hearst hatte zuletzt eine Unterredung mit Rosenberg abgedruckt und war kurz darauf von Hitler empfangen worden. Aufgeputscht von einem Haß, dem vom Deutschen Reich nichts entgegenzustellen war, erlagen diesem selbst die höchsten alliierten Spitzen, wie z. B. Roosevelt, der im Gespräch mit Mor-

genthau N. Kaufman zitierte: *„Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren oder aber wir müssen es so behandeln, daß es keine Nachkommen mehr zeugen kann "* (Tagebuch von Morgenthau v. 19.8.1944,X). Irving 1996, S. 13). Noch am 6.5.1995 brachte die *FAZ* das Märchen von aus jüdischen Leichen hergestellter RIF(rein jüdisches Fett)-Seife, die durch Ton gestreckte Kriegsseife trug die Bezeichnung RIF (D. Irving 1996, S. 177).

Der deutsche Botschafter in London schrieb an das Auswärtige Amt am 10.2.1939: *„Durch eine Reihe von verschiedenen Faktoren ..., vor allem durch die Flut antideutscher Propaganda in Presse, Kino, Theater und Rundfunk ist die für emotionale Reaktion empfängliche Meinung Englands in einen Geisteszustand versetzt worden, der den Begriff 'Krieg' zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche macht"* (H. Bernhardt 1988, S. 250). Der britische Botschafter Henderson schrieb am 1.8.1939 an seinen Außenminister: *„Ich bin verzweifelt, mitanzusehen, wie die Opposition oder die Presse sowohl zu Hause als auch im Ausland jeden Versuch einer Entspannung ... stigmatisiert. "* und an den Leiter der Europaabteilung im *Foreign Office,* W. Strang, am 16.8.1939: ***„Das Urteil der Geschichte wird dahin gehen, daß die Presse die Hauptursache des Krieges war. Wenn es einen Waffenstillstand geben soll - und das ist die letzte Hoffnung - muß die Mißhandlung der deutschen Minderheit*** [in Polen] ***aufhören. Von allen Deutschen - man glaube es oder nicht - ist Hitler der Gemäßigste, soweit es Danzig und den Korridor betrifft"*** (H. Bernhardt 1988, S. 252).

Demgegenüber übte die deutsche Presse noch in den letzten Friedenstagen vor Ausbruch des Krieges Zurückhaltung. Das machen die folgenden deutschen Presseweisungen deutlich: Am 3.7.1939 mit Bezug auf Reden der schon auf kriegerische Konfliktlösung eingestellten führenden Staatsmänner der Demokratien: *„Es liegt also keinerlei Veranlassung vor, auf diese Reden einzugehen, sondern es genügt vollauf, wenn sie in einer kurzen Meldung ... vermerkt werden. "* Am 14.7.1939: britische Flottenmanöver in der Nordsee sind *„nicht als sensationell zu werten ",* sondern *„höchstens am Rande"* zu vermerken. Am 21.7.1939 über die Schwierigkeiten der polnisch-englischen Anleiheverhandlungen: Es bestehe *„keine Veranlassung über diese Schwierigkeiten Schadenfreude zu empfinden. "* Am 28.7.1939: *„... in eigenen Stellungnahmen äußerst zurückhaltend zu sein. "* Am 1.8.1939: *„ ... den Danzig-polnischen Zollstreit vorerst noch zurückhaltend zu behandeln. "* Am 5.8.1939: *„... daß solche Meldungen ... über Zwischenfälle in Polen, Enteignung deutschen Eigentums usw. ... nur auf der zweiten Seite, d. h. nur im Innenteil der Zeitungen gebracht, also nicht als Aufmachung verwendet werden dürfen."* Am 14.8.1939: *„ ..., daß wir von uns aus führende englische Staatsmänner nicht persönlich angreifen wollen."* Am 24.8.1939: *„ Über die in England und Frankreich zu beobachtenden Kriegsvorbereitungen ist nicht zu berichten."* Am 28.8.1939

zur Veröffentlichung des Briefwechsels Daladier-Hitler: *„ Die Überschriften dürfen keinesfalls eine Polemik gegen Daladier enthalten."* Und am 1.9.1939: *„Der Begriff Krieg ist in den Berichten und Überschriften auf jeden Fall zu vermeiden"* (H. Sündermann 1973, S. 20-40).

1943 setzte Roosevelt ein *Joint Committee* zur „Umerziehung" des deutschen Volkes ein unter Kurt Lewin. Es verkündete *„ Wir werden die gesamte Tradition auslöschen, auf der die deutsche Nation errichtet ist. "* Der US-Anthropologe Prof. Hooton verbreitete 1943 und 1944, z. B. in der *New York Times,* Artikel, in denen er forderte *„Züchtet die kriegerischen Erbanlagen der Deutschen weg",* und zwar durch Ansiedlung von Ausländem in Deutschland und Vermischung mit ihnen. Die deutsche Geburtenrate sollte drastisch gesenkt werden; die Verwirklichung findet heute statt.

Die unmittelbare Handlungsanleitung für Roosevelt, Morgenthau und Eisenhower bildete offenbar das Buch des Mitglieds des *B 'nai-B 'rith*-Ordens Louis Nizer *What to do with Germany* (siehe Anhang A18). Es kennzeichnet den teilweise paranoiden Geisteszustand in führenden Kreisen der USA und deren Politik gegen Deutschland. Roosevelt verteilte das Buch an seine Kabinettsmitglieder, Eisenhower verteilte 100000 Exemplare und ließ alle Offiziere seines Stabes Aufsätze darüber schreiben. Wie so manches, was die alliierte psychologische Kriegführung hervorbrachte, spukt auch Nizer noch heute in vielen, vor allem linksgerichteten deutschen Köpfen.

Ein Höhepunkt dieser Entwicklung läßt sich in dem Buch von Theodore Nathan Kaufman *Germany Must Perish* (New York 1941) nachlesen: ***„Of course, after complete sterilisation, there will cease to be a birth rate in Germany. At the normal death rate of 2% per annum, German life will diminish at the rate of 1 500 000 yearly. Accordingly in the span of two generations that will cost millions of lives and centuries of useless effort, namely, the elimination of Germanism and its carriers, will have been an accomplished fact By virtue of its loss of self-perpetuation Germans will have atrophied and German power reduced to negligible importance"*** (G. Franz-Willing 1979, S. 292, in der wörtlichen Übersetzung: *„Natürlich wird es nach vollständiger Sterilisation in Deutschland keine Geburtenrate mehr geben ... Bei normaler Sterberate von 2 % im Jahr wird sich das deutsche Leben jährlich um 1 500 000 vermindern. Entsprechend wird innerhalb zweier Generationen das, was zuvor Millionen von Menschenleben und Jahrhunderte unnützer Anstrengung gekostet hat, nämlich die Beseitigung des Deutschtums und seiner Träger, eine vollendete Tatsache sein. Mit der Wirksamkeit des Verlustes der Selbstverewigung werden die Deutschen verschwunden sein und die deutsche Macht wird unbedeutend geworden sein.* "). Das Buch, das diese „Hochrechnung eines totalen Holocaustes" am Deutschen Volk enthielt, wurde mit Wissen und Billigung Roosevelts von Theodore Nathan Kaufman ge-

schrieben, der dem inneren Beraterkreis Roosevelts angehörte und Präsident der „Amerikanischen Friedensliga" war. Bei seinem Erscheinen waren die USA noch nicht in den Krieg gegen Deutschland eingetreten. Es wurden rund 40 000 Exemplare des Buches an führende Persönlichkeiten versandt, viele Presseorgane besprachen es positiv.

Die von den Besatzungsmächten mit der Direktive JCS 1067 geforderte und dann durchgeführte „Umerziehung"[27] der Deutschen, wie sie vor allem im Rahmen des Morgenthauplans praktiziert wurde, ist *eine* Ursache des „Wertewandels". Sie konnte schon bald nach 1945 bereitwilligen deutschen Erfüllungsgehilfen überlassen werden, die das Werk besonders in letzter Zeit sich steigernd fortführen. Darüber ist von kompetenter Seite wiederholt geschrieben worden (K. Ziesel 1960, G. Franz-Willing 1991, Schrenk-Notzing 1994 u. a. m.), die Behandlung dieses Themas gehört jedoch nicht zur Aufgabe dieses Buches.

Wie von den gleichen Medien die gleiche Pressehetze gegen die BRD weitergeführt wird, soll nur an folgenden zwei Beispielen vorgeführt werden. *„Deutschland ist einer der reichsten und größten Staaten Europas: Die Flüchtlinge sind weder der Grund für seine gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch für die in Deutschland herrschende Politik des Hassens. Ein starkes Deutschland, welches die Vorherrschaft in Europa und in der Welt sucht, kann es sich nicht erlauben, in die gefährliche Fantasie völkischer Reinheitzurückzugleiten" (New York Times,* 12.11.1992). *„Die Schlüsselfrage ist jedoch, endlich zuzugeben, um was es wirklich geht: Nicht um die Debatte über die Asylanten und nicht um die Sorge mit jugendlichen Übeltätern, sondern um den mörderischen Rassismus und den bösartigen Widerstand von Teilen der Bevölkerung eines seit jeher auf ein Volkstum gegründeten Staates gegen den multikulturellen Pluralismus, der überhaupt nicht mehr zu vermeiden ist" (Washington Post,* 25.11.1992). Der imperialistische Ansatz blieb sich also gleich, unabhängig davon, ob der Kaiser, Hitler oder Kohl regierten: es geht um die Zerstörung des deutschen Volkes.

In den ersten Jahren nach 1945 herrschten fast noch „normale" Zustände, was Ethik, Nationalbewußtsein, Geschichtsbewußtsein anbetrifft, konnten doch noch am Sarge Adenauers 1967 sechs mit Ritterkreuz ausgezeichnete

---

[27] Anm.: Im Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/3844, 1997) wird über den Begriff Umerziehung (reeducation) geschrieben: *„Die Verwendung des Begriffs 'Umerziehung' deutet auf ein Verhalten hin, das gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD gerichtet ist. "* Dieser Begriff wird jedoch im obigen Sinne verwendet in Nizer (Nizer 1943/44, S. 187) und in vielen Verlautbarungen und Anordnungen der Sieger, z. B. *What to do with Germany,* Distributed by Special Service Division, Army Service Forces, U. S. Army. Not for Sale: *„Die Reeducation wird für jung und alt gleichermaßen erzwungen ... " (Nation und Europa* **8,** 1958). Dieser Text der US-Besatzungsmacht stammt wörtlich aus Nizer.

Offiziere der Bundeswehr mit ihren Auszeichnungen Ehrenwache stehen, konnte sogar noch 1976 der Bundespräsident Carstens die deutsche Alleinschuld am Kriege gegen Polen abweisen (siehe Einleitung). In der Zwischenzeit hat sich das damalige Allgemeinbild fast in das Gegenteil gewandelt. Man erinnere sich noch der Büßerreden der auf Carstens folgenden Bundespräsidenten im Ausland mit Selbstbeschuldigungen ähnlich wie in sowjetischen Schauprozessen. Zur Reemtsma-Heerschen Verleumdung deutschen Soldatentums sah Kohl als Bundeskanzler vornehm hinweg.

Man wird an die Antwort von S. Delmer, den Befehlshaber der psychologischen Kriegführung in England, im Mai 1945 an Prof. Fr. Grimm erinnert: ***„Nein, nun fangen wir erst richtig an. Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben ..."*** (Fr. Grimm, *Politische Justiz*, 1953, S. 146).

Inzwischen hat das zu Zuständen geführt, die in bestimmten Bereichen fast an Gestapo- und Stasizeiten erinnern: *„Neueste Nachricht aus den Katakomben der BRD: Letztes Jahr wurden hier sage und schreibe 7.949 Strafverfahren wegen 'Volksverhetzung' abgewickelt... Tausende von Jahren Gefängnis wurden verhängt, Tausende bürgerlicher Existenzen vernichtet. Zur Zeit sitzen wegen sogenannter 'Propagandadelikte'* [Meinungsstraftaten] *in Deutschland mehr Menschen hinter Gittern als jemals in den letzten Jahren der DDR. Erkundigt man sich, was denn die vielen verurteilten Menschen ausgefressen haben, so erfährt man, sie haben irgendwas 'geleugnet', irgendwas 'verharmlost', irgendwelche Zahlen öffentlich 'nicht geglaubt', irgendwelche Vorgänge 'nicht als historische Hauptsache, sondern nur als historisches Detail' bezeichnet ... Und noch ist kein Ende abzusehen. Hunderte von Beobachtungsinstanzen sind installiert, um immer neue 'Volksverhetzer' aufzuspüren und den Behörden zu melden "* (Pankraz, *Junge Freiheit,* 10.4.98). Ob dafür führenden deutschen Politikern goldene Orden von auswärts verliehen wurden?

18 Roosevelt

Die Familie hieß, als sie 1649 aus Holland einwanderte, Rosenvelt. Die Rosenveits waren von der spanischen Inquisition nach Holland vertriebene Juden. In den USA wurden sie eine der ersten Bankiersfamilien.

F. D. Roosevelt, geb. 1882, war im Ersten Weltkrieg stellvertretender Marineminister und Befürworter der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen

Reiches. Unter seiner Mitwisserschaft und wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit dem damaligen Ersten Lord der englischen Admiralität, Winston Churchill, geschah etwas, das große Ähnlichkeit mit Pearl Harbour 1941 hatte: der Untergang der *Lusitania* am 7.5.1915. Beide Ereignisse, das erste Mal mittelbar, das zweite Mal unmittelbar, führten zum Kriegseintritt der USA 1917 bzw. 1941. Die *Lusitania*, ein Fahrgastschiff von 30396 BRT, wurde absichtlich ohne jeden Schutz auf die Reise nach England geschickt, wobei sie deutsche Seesperren passieren mußte. Davor hatte die deutsche Botschaft in Washington gewarnt. Oben war das Schiff beladen mit Passagieren und unten voll mit Munition, doch die Passagiere oben wußten davon nichts. Der Frachtinhalt war sowohl dem englischen König wie Präsident Wilson und den Deutschen vor Reisebeginn bekannt. Ein deutsches U-Boot traf das Schiff mit einem Torpedoschuß, es explodierte der im Bauch des Schiffes wohl vorsätzlich gelagerte Sprengstoff, das Schiff sank und 1 198 Menschen starben, darunter 139 Bürger der Vereinigten Staaten.

Ehe Roosevelt zur Marine ging, war er Anwalt von J. P. Morgan und wurde 1920 Vizepräsident einer Morganschen Zweigbank. Roosevelt nahm als persönlicher Berater Wilsons an der Konferenz von Versailles teil. Sein Onkel Theodore Roosevelt war von 1901 bis 1909 Präsident gewesen. F. D. Roosevelt gründete eine Gesellschaft zur finanziellen Ausbeutung der Inflation in Deutschland (UEI). Beteiligt waren H. Morgenthau, O. Young (Youngplan), J. P. Morgan und Paul Warburg (A. Sutton 1990, W. Hackert 1993 a). 1928 wurde Roosevelt Gouverneur des Staates New York. 1929 wurde er in Albany in der Freimaurerloge des *„Alten und angenommenen Schottischen Ritus"* in den 32. Grad erhoben (A. Sutton 1975, S. 41 f.). Am 25.3.1930 wurde er Mitglied der Hochgradfreimaurer des *Cyprus Shrine Temple* in Albany. Der französische Freimaurerorden *Grand Orient de France* sandte ihm seit 1933 wiederholt Botschaften und bat um seine politische Aktivität im Sinne der Freimaurer (A. Sutton 1975, S. 41 f.). Bei Amtsantritt von Roosevelt gab es in den USA 15 Millionen Arbeitslose und trotz des *New Deal* 1939 noch 10 Millionen.

Die erste außenpolitische Handlung größerer Bedeutung nach seinem Amtsantritt als Präsident im Jahre 1933 war die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion am 16.11.1933. Die Verhandlungen dazu hatte Morgenthau mit dem russischen Außenminister Litwinow (alias Meier-Wallach) geführt. Als ersten Botschafter sandte er Bullit nach Moskau. Am 20.12.1933 gab Stalin Bullit gegenüber seiner Freude Ausdruck, daß die UdSSR und die USA *de facto* Verbündete geworden seien (D. Hoggan, I, 1979, S. 528). Bereits bei diesen Gesprächen, also 1933, wurde Deutschland aufgeteilt. Nach dem nächsten Krieg sollte die eine Hälfte an die UdSSR fallen und die andere Hälfte sollte unter dauernder Besetzung und Kontrolle der USA bleiben (desgl. S. 531). Hier trat zum ersten Mal die sowjetfreundliche Politik Roosevelts offen zutage, die

die Folge einer völligen Fehleinschätzung der marxistisch-bolschewistischen Ideologie war, erklärbar durch die Beeinflussung seitens der Hochfinanz. Roosevelts Schwiegersohn C. Dall beschrieb, wie das vor sich ging (C. Dall 1975). „Bereits 1935 war Roosevelt fest davon überzeugt, daß der nächste Weltkrieg zuerst in Europa, nicht in Ostasien, ausbrechen würde. 1937 hielt er den Krieg gegen Deutschland fiir unvermeidlich ... Die 'Germany first'-Strategie, die die USA im 2. Weltkrieg militärisch anwandten, zeichnete sich also bereits lange vor dem Kriege ab " *(D. Bavendamm 1983, S. 109). Daraus entwickelte sich die Politik, die Jalta zur Folge hatte.*

Die den Hintergrundmächten in den USA gehörenden Medien, Rundfunk und Zeitungen, allen voran die *New York Times*, deren Herausgeber Sulzberger mit Morgenthau befreundet war, das *Gallup Institut* zur Meinungsforschung u. a. m. unterstützten Roosevelt weit über die USA hinaus und beeinflußten in erheblichem Umfang die Weltmeinung gegen die *„ totalitären und aggressiven "* Staaten, aus denen bis zum Tode Roosevelts die Sowjetunion sorgfältig ausgespart wurde (D. Bavendamm 1983, S. 59).

Den Medienkrieg vor Annahme des Pacht- und Leihgesetzes, das am 11.3.1941 in Kraft trat, kommentierte Senator Lodge: *„ Unser Land ist einem Propagandafeldzug ausgesetzt gewesen, der seinesgleichen in der Geschichte nicht hat und dazu bestimmt ist, es in den Krieg zu verwickeln "* (S. Hedin 1942, 1992, S. 103). *„Man sollte sich in Europa davor hüten, den Gesinnungswechsel von Männern wie Hearst, Wheeler und anderen Abgeordneten und Senatoren, die fiir die Kriegserklärung ... stimmten, nachdem sie sich früher gegen den Kriegseintritt ausgesprochen hatten, zu verdammen. Man muß wissen, unter welch unfaßbarem Druck sie in der freiesten Demokratie der Welt' standen. Roosevelt, unterstützt durch die interventionistische Presse, bestimmte Hetzorganisationen, das Federal Bureau of Investigation* (FBI) *und das Dies-Committee des Kongresses taten alles, um diejenigen, die ... anderer Meinung sind, ... als Verräter abzustempeln. In undemokratischer Art und Weise werden alle, die ein gutes Wort für Deutschland ... finden, verleumdet, verfolgt, aus ihren Stellungen entlassen, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, dem Elend preisgegeben "* (S. Hedin 1942, 1992, S. 113). Wissenschaftler wie D. Hoggan, die ihren Protest äußerten, wurden während des Krieges in Konzentrationslagern interniert.

Die Einflußnahme der USA in Europa begann mit der u. a. durch Frankfurter und Morgenthau 1934 erfolgreich hintertriebenen Verlängerung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages und dem Abschluß eines Handelsvertrages mit England am 23.10.1936, der die Zusammenarbeit bei der Aufrüstung Englands einleitete. Damit geriet England in zunehmende Abhängigkeit gegenüber den USA, die nach Erpressungen schließlich zum Kriege 1939 in Europa führten. Im Februar 1937 folgte der von Morgenthau stammende Plan einer Abrü-

stungskonferenz in Washington, den Chamberlain jedoch ablehnte. Im gleichen Jahr begann Roosevelt mit der Aufrüstung. Er hatte dafür die Begründung zur Hand, *„die Sicherheit der USA sei bedroht"* (D. Kunert 1984, S. 192).

Trotz des *New Deal* sank die Industrieproduktion in den USA von August bis Dezember 1937 um 27 % und die Effektenkurse sanken um 37 %. Im November und Dezember 1937 wurden 850 000 Industriearbeiter arbeitslos.

In der sog. *Quarantäne-Rede* vom 5.10.1937 in Chicago enthüllte Roosevelt sein Programm, das bis Kriegsende in gleicher Richtung und immer radikaler vom Medienpool der Hintergrundmächte propagandistisch unterstützt wurde. Besonders bezeichnend ist, daß Roosevelts Ausführungen *vor* allen Gebietsrevisionen Deutschlands - die Rückkehr des Saargebietes ausgenommen - gemacht wurden. Er stellte die *„faschistischen "* Staaten Deutschland, Italien und Japan als gefräßige Länder hin, die, wenn man ihnen nicht entgegenträte, eines Tages die ganze Welt unter sich aufteilen würden. „ ***Unschuldige Völker und Staaten werden grausam in der Gier nach Macht und Herrschaft geopfert... Die friedliebenden Nationen müssen sich gemeinsam gegen jene Vertragsverletzungen und gegen jene Mißachtung menschlicher Instinkte zur Wehr setzen, die heute einen Zustand internationaler Anarchie und Unbeständigkeit schaffen ... Friede, Freiheit und Sicherheit von 90 % der Menschheit werden von den übrigen 10 % gefährdet... Wenn eine Krankheit sich epidemisch ausbreitet, beschließt die Gemeinschaft... die Patienten unter Quarantäne zu legen. Der Krieg ist eine Seuche, ob er nun erklärt ist oder nicht" (D.*** Hoggan 1990, S. 337). Unter die Friedliebenden wurde aber auch die UdSSR gerechnet, obwohl der Holocaust gegen die Bauern und die Ukrainer im Gang war und im spanischen Bürgerkrieg von Stalins Anhängern spanische Nonnen gekreuzigt und zahlreiche andere Untaten begangen wurden (D. Hoggan 1990, S. 187).

Zum Jahresende 1937 wurde erstmalig eine Kriegsplanung für einen Mehrfrontenkrieg im Pazifik und Atlantik erstellt. Seit dieser Zeit galt für die strategische Kriegsplanung *„Germany first"*. Zur gleichen Zeit begann die Zusammenarbeit der amerikanischen und britischen Kriegsflotten als ungeschriebenes Militärbündnis. Ebenfalls zur gleichen Zeit begannen amerikanisch-englische Stabsgespräche (D. Bavendamm 1993, S. 307 f.).

1938 begann Roosevelt, Kongreßmitglieder und Senatoren, von denen er Widerstand gegen seine Kriegspläne erwartete, auszuschalten. Damals kursierte eine *„sudden death list"*, die vermutlich sogar von C. Dall stammte, mit Namen von acht Ermordeten und auf rätselhafte Weise Umgekommenen. Die Liste ist stark erweiterungsfähig, z. B. mit dem bei einem mysteriösen Autounfall im September 1945 umgekommenen US-General Patton - er hatte am 31.8.1945 erklärt: *„In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk"* -, mit Präsident Kennedy, der die *Federal Reserve*

Bank entmachten wollte, mit dem Chef der *Deutschen Bank,* Herrhausen, der eine Morganbank gekauft hatte, und mit dem ersten Chef der *Treuhand,* Rohwedder, der die Hochfinanz bei der Verschleuderung der Betriebe der ehemaligen DDR nicht beteiligen wollte *(SZ,* 25.11.1992).

Am 12.1.1938 wurde Chamberlain mit einem Weltfriedensplan überfallen, den er bis zum 17.1. beantworten sollte. Außenminister Hull kommentierte am 16.1. zurückhaltend, daß *„sich die Regierung seiner Majestät und die Regierung der Vereinigten Staaten, die alle Finanzen, Devisen und Rohstoffe kontrollieren, eng zusammenschließen ... "* (D. Bavendamm 1983, S. 286). Chamberlain lehnte ab und handelte sich in der Weltpresse den Vorwurf *„ appeasement"* (Beruhigung), mit der Bedeutung des *Nachgebens gegenüber faschistischen Diktaturen* ein.

Verschiedene Friedensappelle Roosevelts an die Mächte während der Sudetenkrise bis zum *Münchener Abkommen* lassen sich nach H. Barnes nur so erklären, daß er annahm, ein Angriff auf das Deutsche Reich im September 1938 würde infolge der militärischen Übermacht der europäischen Mächte dazu führen, *„ daß ihm keine Zeit bliebe, sein Land in diesen großen Konflikt hineinzuziehen"* (H. Barnes 1961, S. 128).

Der nächste Versuch der massiven Einmischung seitens der USA erreichte England während der Sudetenkrise am 19.9.1938: der Vorschlag einer Weltkonferenz. Nach deren Ablehnung setzte in den USA eine Pressekampagne gegen Chamberlain wegen *„ Verrats an der Tschechoslowakei"* ein. Aber auch diesmal gelang trotz Teilmobilisierung der englischen Flotte und der tschechischen Generalmobilmachung noch die europäische Vereinbarung der Münchener Konferenz und Chamberlain wurde in Deutschland und England als Friedensfürst gefeiert.

Am 14.12.1938 ließ Roosevelt Chamberlain wissen: ***„England werde im Falle eines großen Krieges gegen die Diktatoren die industriellen Resourcen der amerikanischen Nation hinter sich haben"***(D. Bavendamm 1983, S. 393).

Vor dem Verteidigungsausschuß des Senats erklärte Roosevelt am 31.1.1939: ***„Die Grenzen der USA liegen am Rhein."*** Mit Frankreich wurde wegen der Lieferung von 1 000 Militärflugzeugen verhandelt und mit einer Botschaft an den Kongreß am 4.1.1939 wurde die Entschlossenheit zur Parteinahme am Krieg in Europa öffentlich verkündet.

Der wichtigste Arm Roosevelts in Europa war Bullit, der amerikanische Botschafter in Frankreich. Bereits bevor Bullit die neuen Richtlinien empfing, griff er aktiv in die Politik ein. Zum 2.12.1938 notierte der Völkerbundkommissar Burckhardt in Danzig: ***„Er*** [Bullit] ***erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen ...Im April wird der neue Krieg ausbrechen ... Niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie***

heute. Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg" (C. J. Burckhardt 1960, S. 225). Der polnische Botschafter in Washington, Graf Potocky, berichtete am 12.1.1939 aus den USA an seine Regierung (siehe Kap. 10) über die Kriegshysterie in den USA und deren Hintermänner (siehe Anhang A7). Zwei Tage zuvor, am 10.1.1939 sagten die US-Botschafter in London und Paris, Kennedy und Bullit, im Verteidigungsausschuß, der Krieg in Europa sei im Frühjahr 1939 wahrscheinlich. Bullit wurde Anfang 1939 mit neuen Weisungen nach Europa zurückgesandt:

1. Scharfe, unzweideutige Verurteilung der totalitären Staaten,
2. Bekanntgabe der Beschleunigung der Rüstungen der USA,
3. Ende der Kompromisse gegen die totalitären Staaten, Ende der Gebietsveränderungen,
4. Zusicherung an England und Frankreich, im Falle eines Krieges aktiv auf ihre Seite zu treten.

Dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, sagte Bullit nach seiner Rückkehr nach Paris: ***„Sollte ein Krieg*** [in Europa] ***ausbrechen, so werden wir sicher nicht am Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden"*** (D. Bavendamm 1983, S. 499). Und am 19.3.1939 sagte er zu ihm: ***„Er rechne mit der polnischen Bereitschaft, die Danzigfrage zum Kriegsanlaß zu machen"*** (D. Hoggan 1976, S. 412) und ***„Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten"*** (U. Walendy 1993, S. 349).

Im Februar 1939 gelang es den USA, die Verhandlungen zu einem deutsch-englischen Handelsvertrag zu torpedieren. Der *Hitler-Hacha-Vertrag* wurde von der USA-Regierung *„als die zeitweise Auslöschung der Freiheiten eines freien und unabhängigen Volkes"* kommentiert (D. Bavendamm 1983, S. 513). Der gleiche Wortlaut wird von der Weltpresse und den deutschen Medien noch heute verwendet.

Die Nötigung der Briten zur englischen Garantieerklärung für Polen vom 31.3.1939 wurde durch Bullits Mitteilung an Lukasiewicz angebahnt, er habe seinen Londoner Kollegen Kennedy angewiesen, Chamberlain mitzuteilen, daß die USA für die polnischen Allianzwünsche Verständnis haben. Am 26.3.1939 bedeutete er Kennedy, Chamberlain davon zu unterrichten, die USA wünschten, daß Großbritannien gegen Deutschland Krieg führe, wenn der Streit um Danzig sich zu einer Explosion zwischen Deutschland und Polen entwikkele (D. Hoggan 1976, S. 448). Diese Garantie an Polen vom 31.3.1939 war der Beginn der Einbahnstraße zum Krieg. Chamberlain wurde mit der Drohung unter Druck gesetzt, alle bereits gewährten Zusagen für die Rüstung, für die

Flottenkooperation und für die Revision des Neutralitätsgesetzes zurückzuziehen (siehe Kap. 10).

In einer Rede vor der *Panamerikanischen Union* am 14.4.1939 wiederholte Roosevelt seinen Friedensappell. Er forderte von Hitler eine Erklärung über seine künftige Politik und die Versicherung, 31 namentlich genannte Staaten in den nächsten 25 Jahren weder anzugreifen noch nach Art der Tschechoslowakei zu besetzen.

Hitler antwortete am 28.4.1939 vor dem Reichstag: *„Ich habe keinen Schritt unternommen, der fremde Rechte verletzte, sondern habe vor 20 Jahren verletztes Recht wieder hergestellt. Im Rahmen des heutigen Großdeutschen Reiches befindet sich kein Gebiet, das nicht seit ältesten Zeiten zu ihm gehört hätte oder seiner Souveränität unterstand. Längst ehe ein amerikanischer Kontinent von Weißen entdeckt wurde, hat dieses Reich bestanden ... Herr Präsident Roosevelt glaubt, es liege in der Hand der Führer großer Nationen, ihre Völker vor dem drohenden Unheil des Krieges zu retten. Wenn dies zutrifft, dann ist es strafbarer Leichtsinn, wenn Führer von Völkern, die über eine solche Macht verfügen, es nicht fertig bringen, ihrer zum Kriege hetzenden Presse die Zügel anzulegen ... Herr Präsident Roosevelt, ich verstehe, daß es die Größe ihres Reiches und der ungemessene Reichtum erlauben, sich für die Geschicke der ganzen Welt verantwortlich zu fühlen. Ich, Herr Präsident, bin in einen viel bescheideneren Rahmen gestellt. Ich übernahm diesen Staat, in dem nicht 15, sondern 140 Menschen auf dem Quadratkilometer leben. Die Milliarden deutscher Ersparnisse in Gold und Devisen wurden uns weggenommen. Unsere Kolonien haben wir verloren. 1933 hatten wir sieben Millionen Erwerbslose, einige Millionen Kurzarbeiter und standen vor dem Ruin. Ich habe daher in diesen sechseinhalb Jahren Tag und Nacht stets nur dem einen Gedanken gelebt, die eigenen Kräfte meines Volkes angesichts der Verlassenheit von der ganzen Welt zu wecken, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 148 Artikeln die ärgste Vergewaltigung enthält, die jemals Völkern und Menschen zugemutet worden ist"* (M. Domarus 1988, S. 1148). Hitler kündigte am gleichen Tag das deutsch-englische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt.

Am 11.5.1939 wurde von Roosevelt eine globale Kriegsplanung mit Einschluß der Entsendung einer Expeditionsarmee nach Afrika und Europa (Rainbow 1 bis 5) angeordnet (D. Bavendamm 1993, S. 311).

Als schließlich in der Nacht des 23.8.1939, unmittelbar nach Abschluß des deutsch-russischen Vertrages, Roosevelt durch den Verrat Herwarths vom geheimen Zusatzabkommen Kenntnis erlangt hatte, unterrichtete er weder England noch Frankreich noch Polen davon. Das wäre die letzte Möglichkeit gewesen, Polen von der Generalmobilmachung abzuhalten. Am 31.8. versicher-

te Bullit Lukasiewicz wahrheitswidrig, ein möglicherweise existierendes geheimes Zusatzabkommen betreffe nur die baltischen Staaten.

Am 21.10.1939 überreichte A. Sachs Roosevelt den Brief von Einstein, in welchem dieser auf die Möglichkeit der Entwicklung von Atombomben aufmerksam machte. Roosevelt veranlaßte daraufhin diese Entwicklung, für die schließlich mehr als 100 000 Menschen eingesetzt wurden (D. Hoggan 1977, S. 551).

Nach Ausbruch des Krieges veröffentlichte Roosevelt Neutralitäts-Proklamationen und hielt vom Kamin aus Reden an die amerikanische Nation, in denen er behauptete, die USA aus dem Kriege heraushalten zu wollen, was in krassem Gegensatz zu seinem politischen Handeln stand. Als sich schließlich selbst der Befehl, auf deutsche Schiffe, besonders U-Boote, aus USA-geschützten Geleitzügen mit englischen Schiffen zu schießen, nicht als wirksames Mittel zur Provokation erwies, *„ konzentrierte er sich als letzten kriegsauslösenden Ausweg auf Japan "* (H. Fish 1982, S. 173).

Roosevelts weitere Politik während des Krieges mit der Forderung nach bedingungsloser' Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans auf der *Konferenz von Casablanca* 1943, der vertraglichen Festlegung des Morgenthauplanes in der *Konferenz von Quebec* 1944, der Festlegung der Besatzungspolitik und der nochmaligen Festlegung auf den Morgenthauplan innerhalb der Regierung im März 1945, die zur *Direktive ICS1067* mit der Folge des Todes von mindestens 800 000 deutschen Kriegsgefangenen führte (J. Bacque 1989), muß hier übergangen werden.

Nachdem Präsident Roosevelt als bereits Todkranker auf der *Konferenz von Jalta* vom 4. bis 11.2.1945 Stalin halb Europa überantwortet hatte, starb er am 12.4.1945.

Sven Hedin, der große schwedische Erforscher Zentralasiens, der selber mehrere Jahre in den USA lebte, urteilte über Roosevelt: *„Nun ergriff in Deutschland ein Führer das Staatsruder, der sein Land von diesen Folgen* [des Versailler Diktats] *befreien wollte. Was wäre natürlicher gewesen, als daß Amerika, ... vor allem der Präsident... dem Mann Vertrauen entgegengebracht hätte, der sein Volk retten wollte. Die Aufgaben beider Staatsmänner waren in vielem ähnlich. Zusammen konnten diese beiden Länder, jedes in seinem Weltteil, viel Fruchtbares und Segensreiches schaffen ... Der Führer Deutschlands hat seine Bereitschaft dazu erklärt. Roosevelt entfesselte den Krieg. Roosevelt redete von Demokratie und verriet sie ohne Unterlaß ... Er sprach von Redefreiheit und verbot denen, die nicht seiner Meinung waren, den Mund. Er sprach von Glaubensfreiheit und schloß ein Bündnis mit dem Bolschewismus ... Er sprach von der Freiheit vom leiblichen Mangel und konnte mehr als 10 Millionen keine Arbeit schaffen, kein Brot und kein Obdach. Er sprach von der Freiheit von Furcht vor künftigen Kriegen und*

bereitete den Krieg nicht nur für sein eigenes Volk vor, sondern für die Welt, indem er ... so Millionen in den Tod trieb. Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen als der Krieg des Präsidenten Roosevelt" (S. Hedin 1942, 1992, S. 201).

F. D. Roosevelt setzte die Ziele der Hintergrundmächte, und zwar sowohl die ideologischen der Freimaurer wie die macht- und wirtschaftspolitischen der Wall-street-Hochfinanz als Werkzeug und Medium weitgehend durch. ***„Präsident Roosevelt ist für den liberal-demokratischen Internationalismus das gewesen, was Stalin für den marxistisch-leninistischen Internationalismus gewesen ist: sein Vollstrecker und nicht sein Erfinder"*** (D. Bavendamm 1993, S. 460).

Es besteht der begründete Verdacht, daß die geheim gehaltene Krankheit Roosevelts bereits bei seinem Amtsantritt seine geistigen Fähigkeiten befallen hatte, und daß *„ **das Schicksal der Welt in den Händen zweier*** [Roosevelt und Churchill] ***dem körperlichen Verfall ausgelieferter Geisteskranker gelegen hätte"*** (P. Rassinier 1989, S. 78). Daß sein Weltherrschaftsanspruch unter der Idee der ***One World*** zunächst mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollte, wird an der seit seinem Dienstantritt im Jahre 1933 betriebenen gigantischen Aufrüstung sichtbar, die lange vor der deutschen einsetzte (D. Bavendamm 1983). Er vermochte es bis in den Beginn des zweiten Weltkrieges hinein, seine Kriegsabsichten vor allem vor der eigenen Bevölkerung zu tarnen und bediente sich einer raffinierten Propaganda, die die des Ersten Weltkrieges mit modernen massenpsychologischen Mitteln fortführte und in das Programm der Umerziehung mündete. Der wirtschaftliche Weltherrschaftsanspruch reichte von der Elbe bis China und Australien und fand seinen Ausdruck in den Forderungen nach Freihandel, Marktwirtschaft, Freiheit der Meere und Liberalisierung der Weitfinanzen sowie der Einrichtung der unter US-Kontrolle stehenden ***Weltbank*** und des ***Internationalen Währungsfonds*** (D. Bavendamm 1993).

Am 1.4.1944 sagte Roosevelt zu seinen Stabschefs: ***„Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß ich nicht gewillt bin, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, wir beabsichtigen nicht, die deutsche Nation zu zerstören. Solange es in Deutschland das Wort 'Reich' gibt als Inbegriff der Nationalität, wird es immer mit dem gegenwärtigen Begriff des Nationalgefühls in Verbindung gebracht werden. Wenn wir das einsehen, müssen wir danach streben, eben dieses Wort 'Reich' und alles, wofür es steht, auszumerzen"*** (D. Bavendamm 1993, S. 221). Man vergleiche diese Worte heute, 50 Jahre später, mit Verlautbarungen der etablierten, zu Anfang der Besatzungszeit entstandenen Medien und Parteien, z. B. die Äußerungen von Bundeskanzler Kohl: ***„Einen deutschen Nationalstaat darf es nie wieder geben",*** und ***„Nationalstaat, das ist Krieg"*** (6.7.1997, ***Münch. Merkur,*** 7.7.1997) oder von Bundespräsident Herzog: ***„Da gibt es ein paar Träumer, die Deutschland auf Bismarckkurs bringen wollen ... Ich***

bin davon überzeugt, daß der nationale Gedanke an sich keine Kraft mehr ist ... Nation konstituiert sich durch das Bekenntnis eines Volkes zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (Focus *19/1994), oder mit Parolen der französischen Revolution von 1789 mit 40 000 Ermordeten in Paris und 500 000 in den Provinzen.*

Die Einflüsse der Hintergrundmächte, die nicht nur die Zerstörung des Deutschen Reiches, sondern mit dem Kaufmanplan (siehe Kap. 17.3) auch die Vernichtung des deutschen Volkes beabsichtigten, gehen aus dem Gespräch Roosevelts mit Morgenthau am 19.8.1944 hervor: *„ Wir müssen mit Deutschland hart umspringen, und ich meine damit das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren, oder aber wir müssen es so behandeln, daß es keine Nachkommen mehr zeugen kann "* (D. Irving 1996).

19 Die Vorgeschichte des Kriegseintritts der USA 1941

Die treibende Kraft, die zum Ausbruch des Krieges am 1.9.1939 und zu seiner Ausweitung zum Zweiten Weltkrieg führte, war, wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich ist, F. D. Roosevelt, der von Hintergrundmächten gemanagt und gesteuert wurde. Der Plan dazu wurde spätestens 1929 (siehe Kap. 17), vermutlich aber früher, auf der sog. Friedenskonferenz von Versailles, ersonnen. Der letzte Schritt war die Kriegserklärung Deutschlands, die fälschlich als deutsche Schuld dargestellt wird.

Der deutsche Geschäftsträger in Washington, H. Thomsen, meldete am 27.3.1939 nach Berlin: ***„Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten ... Roosevelt ist in seinem Inneren davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß*** ..."(A. v. Ribbentrop 1963, S. 292, siehe Anhang A8).

Obwohl Roosevelt den Wahlkampf für seine Wiederwahl Ende 1940 mit der heiligen Versprechung führte, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, *„Eure boys werden nicht in ausländische Kriege geschickt werden ",* hatte er bereits drei Wochen vor der Wahl am 8.10.1940 dem Befehlshaber der Pazifikflotte Richardson gesagt: *„Früher oder später können wir in den Krieg eintreten "* (U. Walendy 1966, S. 95). Zwei Monate nach der Wahl berichtete der Sonderge-

sandte Hopkins gegenüber Churchill: „Der Präsident ist entschlossen, den Krieg gemeinsam zu gewinnen" ***(H. Fish 1982, S. 51).***

Der Senator Nye, der Leiter der Senatskommission von 1936 zur Untersuchung des Kriegseintritts der USA im Jahre 1917, urteilte am 27.4.1941: ***„ Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg*** [1914/18] ***zum Narren gehalten haben. Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den zukünftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden: ‚der Krieg des Präsidenten' weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede von Chicago auf den Krieg hinlenkte"*** (G. Franz-Willing 1979, S. 246).

Da in den USA die Mehrheit isolationistisch eingestellt war, wußte Roosevelt, daß der Kongreß nur dann einen Kriegseintritt der USA beschließen würde, wenn eine große äußere Provokation oder ein Angriff vorläge. In der ersten Zeit nach Kriegsbeginn 1939 versuchte Roosevelt vergeblich, Deutschland zu dieser Provokation zu veranlassen. In britisch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen Ende Januar 1941 wurde die Strategie ***„ Germany first"*** beschlossen.

Die Stationen dieser Strategie mit der Steigerung deutsch-feindlicher Provokationen bis zum Schießbefehl kurz vor Kriegseintritt der USA am 11.12.1941 sind:

16.9.1939: Einführung der Wehrdienstpflicht.

1.11.1939: Mit Änderung der Neutralitätsgesetze durch Einführung der Cash-and-Carry-Klausel wurden Waffenlieferungen an Selbstabholer und Sofortbezahler möglich.

Juli 1940: Anwerbung von USA-Staatsangehörigen für die britische Luftwaffe und Ausbildung britischen Flugpersonals in den USA.

September 1940: Übergabe von 50 Zerstörern an England gegen Überlassung von Stützpunkten auf Neufundland und in der Karibik. Der Gesetzesvorschlag dazu stammte von Armand Hammer, Angehöriger der Wallstreet-Hochfinanz und finanzieller Unterstützer des Bolschewismus vor, während und nach der Revolution von 1917.

November 1940: US-Schiffe übernahmen den britischen Patrouillendienst in der Karibik.

Januar 1941: Beginn von britisch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen für eine gemeinsame Kriegsführung. Diese führten zu einem geheimen Beistandsabkommen zwischen den USA, Großbritannien und Niederländisch Indien. Dieses Abkommen sollte z. B. dann in Kraft treten (Fall Rainbow), wenn ein japanischer Flottenverband sich Niederländisch Indien näherte. Dies war am 3.12.1941 der Fall und bereits an diesem Tage befanden sich die USA im Krieg mit Japan, ohne daß der Senat, der Kongreß und die Öffentlichkeit dies wußten (W. Post 1991).

11.3.1941: Das Pacht- und Leihgesetz trat nach der englischen Zahlungsunfähigkeit in Kraft und ermächtigte den Präsidenten zu Kriegslieferungen auch ohne Bezahlung.

30.3.1941: Die USA beschlagnahmten 28 italienische und zwei deutsche, in US-amerikanischen Häfen liegende Handelsschiffe und verhafteten die 873 Besatzungsangehörigen.

9.4.1941: Die USA schlossen mit dem dänischen Gesandten in Washington entgegen den Weisungen der dänischen Regierung ein Abkommen zur Errichtung von US-Stützpunkten auf Grönland.

18.4.1941: Die panamerikanische Sicherheitszone wurde bis auf 30 Grad West ausgedehnt. Hitler erkannte diese am 20.4. an und gab Weisung, Zwischenfälle mit US-Schiffen zu vermeiden. Am 22.5. erklärte Hitler nochmals, er wünsche unter keinen Umständen Zwischenfälle.

27.5.1941: Roosevelt erklärte den unbegrenzten nationalen Notstand. Damit erhielt Roosevelt diktatorische Vollmachten bis zur Einrichtung von KZs.

14.6.1941: Die panamerikanische Sicherheitszone wurde bis auf 26 Grad West erweitert.

17.6.1941: Alle deutschen Guthaben in den USA wurden eingefroren.

18.6.1941: Ausreiseverbot für deutsche Staatsangehörige.

21.6.1941: Hitler verbot den deutschen U-Booten jeden Angriff auf größere Kriegsschiffe, die nicht einwandfrei als feindliche erkannt waren. Angriffe auf US-Schiffe waren auch innerhalb des Operationsgebietes zu unterlassen.

7.7.1941: Landung von US-Truppen auf Island, nachdem zuvor die britischen Truppen dort gelandet waren und eine Ablösung auf britischen Wunsch vereinbart worden war.

17.7.1941: Bekanntgabe einer schwarzen Liste von 800 Firmen und Personen in den lateinamerikanischen Ländern, an die aus den USA nicht mehr geliefert werden durfte.

19.7.1941: Operationsbefehl an die US-Kriegsmarine: Kriegsschiffe der Achsenmächte waren innerhalb von 100 Seemeilen um einen US-gesicherten Konvoi, Achsen-U-Boote waren in Sichtweite davon anzugreifen.

28.7.1941: Von da ab wurden von US-Zerstörern Wasserbomben geworfen, ohne einen deutschen Angriff abzuwarten.

Im August 1941 trafen sich Roosevelt und Churchill vor Neufundland und verlautbarten am 14.8. die *Atlantik-Charta,* die kein rechtsgültiges Abkommen war, sondern ein handschriftlicher *Entwurf,* auf dem *posthum* von Roosevelts Sekretär die Unterschriften beider angebracht worden waren, *„ dieses erbärmlichen Betruges"* (B. v. Richthofen 1975, S. 189). Dort vereinbarten sie Kriegsziele, obwohl die USA noch nicht am Kriege teilnahmen. *„Nach der endgül-*

tigen Vernichtung der Nazityrranei hoffen wir einen Frieden herzustellen ... " Die *Atlantik-Charta,* welche die Garantie des Selbstbestimmungsrechtes vorsah, sollte gemäß geheimer Absprache nicht auf die Gegner angewandt werden. Sie wurde zur Grundlage der Satzungen der UNO mit den Feindstaatenklauseln Art. 53 und 107, die außerhalb des Völkerrechts jederzeit Interventionen ermöglichen.

12.9.1941: Roosevelt erteilte an die Marine und die Luftwaffe Schießbefehl. Damit war der Krieg zwischen den USA und Deutschland faktisch in Gang gekommen.

11.12.1941: In der deutschen Kriegserklärung wurde festgestellt, daß die USA seit dem 11.9.1941 zu offenen militärischen Angriffen übergegangen waren (H. Fish 1982; H. Wellems 1989).

Ehe der japanische Flottenverband am 25.11. gegen Hawaii in Marsch gesetzt wurde, baten die Japaner um Erweiterung des rein defensiven Dreierbündnisses Deutschland-Italien-Japan. Am 28.11.versprach Ribbentrop dem japanischen Botschafter Oshima, im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges sofort einzugreifen. Am 4.12. wurde in Berlin die Erweiterung des Dreierpaktes beschlossen (J. Hoffmann 1991).

Die Vorgeschichte des japanischen Angriffes auf Pearl Harbour auf Hawaii, welcher der offizielle Anlaß zum Kriegseintritt der USA war, war folgende: Nach Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges rief Roosevelt in einer Rede in Chicago am 5.10.1937 dazu auf, *„die Aggressornationen Deutschland, Italien und Japan unter Quarantäne zu stellen."* Im Januar 1941 machte die japanische Regierung neue Verhandlungsvorschläge. Sie erklärte sich bereit, aus dem Dreibund auszutreten und ihre Streitkräfte aus China, außer der Mandschurei, zurückzuziehen. Zu Verhandlungen kam es jedoch nicht. Nachdem japanische Truppen im Einvernehmen mit der französischen Regierung in Vichy im Januar 1941 Indonesien besetzt hatten, verboten die USA die Ölausfuhr nach Japan. Um überhaupt Erdöl erhalten zu können, war Japan gezwungen, Niederländisch-Indien zu besetzen. Vorher schlug Japan ein persönliches Treffen des japanischen Premierministers Konoe mit Roosevelt vor, das abgelehnt wurde. Im Mai machte die japanische Regierung einen Vorschlag zur Wiederherstellung guter Beziehungen mit den USA, aber im Juli verhängte die USA-Regierung ein Ausfuhrverbot für militärische Erzeugnisse nach Japan. Im Sommer verlegte Roosevelt die Pazifikflotte von Kalifornien nach Hawaii. Der US-Kriegsminister Stimson notierte nach einer Besprechung mit Roosevelt am 25.11.: ***„The question was, how we should manoeuvre them into thePosition of firing the first shot..."*** (Die Frage war, wie wir sie in die Lage bringen sollten, den ersten Schuß zu tun ...) (H. Fish 1982, S. 159). Aber Roosevelt ließ die beiden Kommandanten von Pearl Harbour für die Verluste wegen Pflichtverletzung militärgerichtlich verurteilen.

Am 25.11.1941 wurde in Japan ein Flottenverband in Richtung Hawaii in Marsch gesetzt, aber gleichzeitig in Washington ein letztes Verhandlungsangebot gemacht. Für die Ablehnung in Form eines für Japan unannehmbaren Ultimatums, das dem Kongreß bis nach dem 7.12. vorenthalten wurde, war die Entzifferung der Verschlüsselung der japanischen Funksprüche entscheidend und damit die Kenntnis vom Auftrag dieses Flottenverbandes. Noch vor der Dechiffrierung des japanischen Marinecodes erfuhr Roosevelt vom bevorstehenden Angriff auf Pearl Harbour durch ein Telefonat Churchills am 26.11.1941 um 13.35 Uhr deutscher Ortszeit (G. Douglas 1996; siehe Anhang Al4). Das Wissen um den bevorstehenden Angriff wurde aber nicht an die Flotte in Hawaii weitergegeben, über die dann am 7.12. völlig ahnungslos das Verhängnis hereinbrach.

Mit der teilweisen Vernichtung der Pazifikflotte hatte Rooosevelt sein Ziel, den Kriegseintritt der USA, erreicht (H. Fish 1989; W. Post 1991). ***„Man ahnte damals nicht, daß der Kriegseintritt vom Präsidenten gegen die überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung trickreich geplant war"*** (F. Fish 1989, S. 167).

Den Nachweis, die Tragödie von Pearl Harbour beabsichtigt, planmäßig herbeigeführt, zielbewußt verschleiert und als raffinierte Initialzündung für den Kriegseintritt der USA gegen Deutschland benutzt zu haben, führte 1954 auch der US-Admiral Theobald (B. v. Richthoven 1975, S. 188).

20 Die deutschen Kriegsziele im Gegensatz zu denen der Alliierten

Das alliierte Kriegsziel wurde in der Konferenz von Casablanca am 23.1.1943 von Roosevelt mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ausgesprochen, was dann auf der Konferenz von Jalta vom 4.-11.2.1945 wiederholt wurde. Daraus folgten dann alle einseitigen und damit als Verträge zu Lasten Dritter als völkerrechtswidrig einzustufenden Verträge der Sieger unter sich und alle ebenso völkerrechtswidrigen Akte der Besatzungsmächte. Auf der Konferenz von Teheran vom 28.11.-1.12.1943 wurde über die Zerteilung und Besetzung Deutschlands verhandelt und die Erschießung von 50 000 deutschen Offizieren vorgeschlagen. In der Konferenz von Potsdam vom 17.7. -2.8.1945 wurde die Ausdehnung von Sowjetpolen bis an die Oder und die Vertreibung der Deutschen aus dem Balkan, dem Sudetenland und den deutschen Ostgebieten beschlossen.

Demgegenüber bestanden vom Deutschen Reich aus keine auch nur annähernd vergleichbaren Absichten.

Nach dem Sieg über Polen bestand die Absicht der Wiederherstellung eines polnischen Staates. In seiner Reichstagsrede führte Hitler am 6.10.1939 aus: *„Die Ziele und Aufgaben, die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergeben, sind dabei, soweit es sich um die deutsche Interessensphäre handelt, etwa folgende: Die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird .... die Neuordnung, der Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens, des Verkehrs und damit auch der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung. Als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist ... Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums erfüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen ...Es gehört zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen ... Die deutsche Reichsregierung wird es niemals zugeben, daß der entstehende polnische Reststaat irgendein störendes Element für das Reich selbst oder gar eine Quelle von Störungen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland werden könnte"* (M. Domarus 1988, S. 1383).

Die Friedensregelungen mit den einzelnen besiegten Staaten unterblieben zugunsten einer gesamteuropäischen am Ende des Krieges. Doch wurden dazu von verschiedenen Seiten Planungen erstellt.

Auf die Vorwürfe der Kriegspropaganda der Alliierten des deutschen Strebens nach Weltherrschaft, des slawenfeindlichen Rassismus (siehe Anm. 21 auf S. 151) wird an entsprechender Stelle eingegangen. Dagegen wenden sich besonders Goebbels und Himmler (Anhang 17).

„Mit einer großen Denkschrift im Winter 1941/42 habe ich versucht, Hitler für eine europäische Konferenz zu gewinnen, in der die Selbständigkeit und Integrität der europäischen Staaten festgelegt und garantiert werden sollte. Im endgültigen Abschluß eines Friedens mit Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, den Balkanstaaten und einem wiederhergestellten Polen sah ich erste Voraussetzungen für eine später vielleicht doch noch mögliche Verständigung mit England" (J. Ribbentrop 1953, S. 257).

Den deutschen Soldaten wurde in der Schrift des OKW *Wofür kämpfen wir?* vom Januar 1944 als Friedensziele vorgestellt: *„Das Leben auf der Erde drängt zu großräumiger Einigung. Dies aber ist von Anbeginn deutsche Reichskunst gewesen. Völker zu einigen, ohne sie zu vernichten, Völkerschaf-*

ten so zu sammeln und zu fuhren, daß ihre Eigenkraft nicht untergeht, sondern sich im Dienst des Ganzen erhebt. Dies Ganze ist Europa ... Deutsche Führung ist etwas anderes als englischer, französischer oder russischer Imperialismus. Die europäische Neuordnung soll nach dem Baugesetz des alten völkischen Reiches erfolgen, nach dem Grundsatz: leben und leben lassen ... Was erstehen wird, ist eine echte Gemeinschaftsordnung der Völker, innerhalb der jedes Volk nach Leistung und Einsatz für das Ganze und auf Grund der Besonderheit und Eigenart des einzelnen Volkes seinen Platz und seinen Rang einnimmt" (S. 117 f.).

Nach außen wurden diese Absichten vertreten durch Reichsminister Goebbels in einem Interview mit der dänischen Zeitung *Berlinske Tidende* am 13.3.1943: *„Die europäische Neuordnung werde im wesentlichen auf freiwilligem Handeln beruhen und nicht auf Diktatur. Deutschland wünsche, das individuelle Gepräge der europäischen Nationen aufrechtzuerhalten ... Der Nationalsozialismus sei keine Exportware. Jeder Staat könne seine eigene Verfassung aufrechterhalten "* (H. W. Neulen, S. 105).

Diese Gedanken wurden in den Leitsätzen des *Europa-Ausschusses* des *Auswärtigen Amtes* am 9.9.1943 niedergelegt mit:

„3. Deutschland strebt die Einigung Europas auf föderativer Grundlage an: freiwilliger Zusammenschluß aller europäischen Völker, die sich historisch bewährt haben, zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten.

4. Die Gliedstaaten des europäischen Bundes behalten ihre Selbständigkeit und Freiheit, Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten ist nicht beabsichtigt

9. Es wird gemeinsames Anliegen der europäischen Völker sein, Europa gegen äußere Angriffe zu sichern und zu verteidigen.

10. Die Europäische Zusammenarbeit wird die Aufgabe haben, raumfremde Einflüsse abzuwehren.

14. ... Bestehende Zollschranken und andere Schranken sollen fortschreitend beseitigt werden, wobei auf die Schonung und Sicherung der lebensnotwendigen Wirtschaftszweige, insbesondere der kleineren Wirtschaftsgebiete Rücksicht genommen wird" (H. W. Neulen, S. 125 f.).

Im Schlußprotokoll der Tagung der europäischen Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker vom 14.-19.3.1944 in Bad Salzbrunn wurde im von Reichsminister Dr. Lammers unterzeichneten Schlußprotokoll festgelegt: *„... Der Liberalismus hatte zwar dem wirtschaftlichen Fortschritt Bahn geebnet, zugleich aber der sozialen Zerrüttung der Völker Vorschub geleistet... Der soziale Friede kann daher selbst durch großzügigste materielle Verbesserungen allein nicht erzwungen werden, solange sich nicht alle Schichten des Volkes zu ei-*

ner geistigen und seelischen Gemeinschaft bekennen ... Der Dreiklang von Gemeinschaft, Persönlichkeit und Leistung als Grundakkord der von den europäischen Völkern ersehnten Sozialordnung setzt eine Reihe von Ordnungsprinzipien voraus ...:

1. *Ausgangspunkt jeder sozialistischen Ordnung ist die Volksgemeinschaft.*

8. *Jeder persönliche Aufstieg wäre nutzlos, wenn nicht die Familie als Keimzelle des Volkes eine besondere Förderung erführe.*
9. *Jede Persönlichkeit soll ihr Schicksal aus eigener Verantwortung gestalten. Der Volksgemeinschaft aber obliegt die Sorge, daß keines ihrer Glieder unverschuldet in Not gerät.*

16. *Die Volksgemeinschaft schließt jede Art von Standes- und Gruppenegoismen aus. Sie überwindet damit auch alle Ansätze zur Ausbeutung und Proletarisierung der Menschen"* (H. W. Neulen, S. 150 f.).

Diese politische Friedensordnung unterscheidet sich grundlegend von der z. Z. in Europa herrschenden Ordnung ohne Friedensverträge mit den Besiegten von 1945, für die immer noch die Feindstaatenklauseln der UNO gelten, in der mit Maastricht eine Diktatur errichtet wurde, welche die nationalen Parlamente und Regierungen weitgehend ausschaltet, in der es nicht mehr möglich ist, gegen die in Kap. 5 und 17 genannten Zersetzungserscheinungen und ihre Verursacher vorzugehen, in der die Völker durch Fremdeinwanderung und erzwungenen Genozid zugrunde gehen.

21 Das Tribunal der Sieger von Nürnberg und Verbrechen der Siegermächte

Der vorher unbekannte und von L. Oppenheim (Prof. in Cambridge) 1906 in die völkerrechtliche Literatur eingeführte Begriff *„Kriegsverbrechen"* wurde im Ersten Weltkrieg von Northcliffe in der alliierten Propaganda aufgegriffen. Im *Versailler Vertrag* war neben der Alleinschuld am Krieg nach Art. 231 auch die Forderung enthalten, und zwar in Art. 227 - 230, daß zu Kriegsverbrechern erklärte Offiziere und Mannschaften mit Kaiser Wilhelm II. an der Spitze auszuliefern und zu bestrafen seien. Die deutsche und die holländische Regierung verweigerten Auslieferungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden Kriegsverbrecherprozesse einseitig gegen Angehörige des Deutschen Reiches statt, die sich noch heute, über 60 Jahre nach Kriegsbeginn, in der Bundesre-

publik fortsetzen. Gericht über Kriegsverbrechen der Alliierten wurde nicht gehalten.

Im Zweiten Weltkrieg kam der Begriff der „Kollektivschuld" hinzu, die dem deutschen Volk zugewiesen wurde. Beides, die Allein- und die Kollektivschuld, wurde von der Evangelischen Kirche als *Stuttgarter Schuldbekenntnis „vor Gottes Angesicht"* vom 1.9.1945 übernommen.

„Der Kongreß [der Jüdische Weltkongreß] *schuf damals ein Institut für jüdische Fragen, um auch auf diese Weise durch entsprechende Vorarbeiten dafür Sorge zu tragen, daß die Nazi-Verbrecher nicht ungestraft davonkamen und ein Maximum an Wiedergutmachung seitens des besiegten Deutschlands sichergestellt wurde* [bis jetzt wurden von der Bundesrepublik weit über 100 Milliarden DM gezahlt, d. Verf.[28]]. *In diesem Kreis tauchte zuerst der Gedanke an eine Bestrafung der nationalsozialistischen Kriegsverbrecher auf, der dann später von großen amerikanischen Juristen, vor allem vom Mitglied des Obersten Gerichtshofes, Robert H. Jackson, aufgegriffen und in den Nürnberger Prozessen verwirklicht wurde. Die Idee, Politiker und Militärs für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gerichtlich zu belangen und zu verurteilen, war etwas völlig Neues im Gesichtskreis der internationalen Justiz. Viele Juristen, befangen in den Begriffen der alltäglichen Jurisprudenz, hatten ihre Zweifel*

---

[28] Hinweis des Verlegers: Das ist nur ein Teil der von deutscher Seite erbrachten Leistungen. Da waren noch die Beschlagnahme der Auslandsvermögen, der Raub deutscher Patente und Wissenschaftler, der Raub von Kunstschätzen, die Demontage deutscher Fabriken, die Sachleistungen an Israel (Maschinen, Waffen), der Einsatz von deutschen Zwangsarbeitern u. a. m. Im weiteren Sinne gehören dazu: die Rentenzahlungen an Juden, Polen u. a., die nie Beitragszahler in die deutsche Rentenkasse waren, die Zahlungen an Zwangsarbeiter, die Abtretung der deutschen Ostgebiete, die Leistungen der SBZ und der DDR an die Sowjetunion, die verlorenen Kredite an östliche Staaten, die Leistungen an die EU zugunsten anderer Staaten, die Preisgabe der DM, die Auslieferung mitteldeutscher Industriebetriebe an ausländische Betriebe - insbesondere jüdische, wie *Dow Chemical* - für geringste Summen und oft noch verbunden mit riesigen Subventionszahlungen, sodann die weit mehr als 1000 Mrd. DM Ausgaben für aufgezwungene ausländische Immigration, die Unterstützungleistungen für den Golfkrieg und den Kosovokrieg, die hunderte von Milliarden Kosten aufgrund eines falschen, künstlich hoch gehaltenen Dollarkurses u. v. a. m.

Und eigentlich gehören dazu auch die von den Deutschen aufgebrachten Beträge zur Beseitigung von Kriegsschäden, die entstanden sind aufgrund von Kriegsverbrechen, wie die Zerstörung deutscher Städte durch den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, sodann die Kosten der Sozialleistungen für Hinterbliebene von über 1 Million Luftkriegsopfern, von über 3 Millionen Vertreibungsopfern, von etwa 0,3 Millionen beim Einmarsch der Alliierten entstandenen Mordopfern, von nach Kriegsende entstandenen über 6 Millionen Hungermordopfern, von über 1,5 Millionen Todesopfern aufgrund von Inhaftierung, Verschleppung, Zwangsarbeit, Vergewaltigung und die mit allen diesen rund 15 Millionen Verbrechensopfern verbundenen Verluste an Arbeitskraft, Volkskraft und möglicher, uns heute fehlender Nachkommenschaft.

oder waren gar ausgesprochen dagegen. Die Prinzipien, daß man für ein Vergehen nicht bestraft werden kann, das zur Zeit der Tat nicht gesetzlich verboten ist, und daß man Untergebene nicht für die Ausführung der Befehle ihrer Vorgesetzten zur Verantwortung ziehen kann, schienen auch dagegenzusprechen. Aber diese Argumente verloren an Gewicht angesichts der Notwendigkeit, die ungeheuerlichen Verbrechen des Nazi-Regimes gegen Juden und Nichtjuden zu sühnen und für die Zukunft ein Exempel zu statuieren, daß die Souveränität eines Staates nicht als Entschuldigung für Verstöße gegen die elementarsten Grundsätze der Menschlichkeit und der Gehorsam einem Vorgesetzten gegenüber nicht als Deckmantel für regelrechte Massenverbrechen gelten dürfe. Von diesem Gesichtspunkt aus bedeuten die Nürnberger Prozesse eine der größten Taten der Geschichte der internationalen Gerechtigkeit und Moral und haben sich nicht nur in der Bestrafung der führenden Nazi-Verbrecher bewährt, sondern werden sich auch in Zukunft zur Warnung und Abschreckung als sinnvoll erweisen. Der jüdische Weltkongreß unter der Leitung der beiden Brüder Robinson hat große Energien auf die gedankliche und moralische Vorbereitung dieser Prozesse gewandt, und es gehört zu den Ruhmestaten der Roosevelt-Administration, daß sie unbeirrt diese Prinzipien akzeptiert und gegen manche Zweifel unter den Alliierten, vor allem in England, durchgesetzt hat" (N. Goldmann 1970, S. 272).

Dieses *„neue Recht"* setzte elementare Rechtsgrundsätze, die in allen zivilisierten Staaten gelten, außer Kraft, wie z. B. *„nulla poena sine lege",* keine Strafe ohne (vorher bestehendes) Gesetz, Taten unter militärischem Befehl oder Zwang sind straffrei, niemand darf in eigener Sache richten, niemand darf für Taten anderer zur Rechenschaft gezogen werden. *„ Wir hatten große Mühe, die Alliierten zu überzeugen ... Wir hatten endlich Erfolg, weil es Robinson* [Leiter des *Instituts für jüdische Fragen] gelang, den Richter am Obersten amerikanischen Gerichtshof, Robert Jackson, zu überzeugen"* (N. Goldmann 1978, zit. in: G. Franz-Willing 1991, S. 95). Jackson war Berater von Morgenthau und wandte dieses neue Recht dann als oberster Ankläger und Chef des *Internationalen Militärtribunals* von Nürnberg an.

Die Bestrafung der deutschen *„Kriegsverbrecher"* war in der *Viermächtekonferenz* in Moskau am 1.11.1943 und in der *Konferenz von Potsdam* am 2.8.1945 vertraglich festgelegt worden. Mit dem *Londoner Statut* vom 8.8.1945 wurde die Errichtung eines Tribunals gegen die *„Hauptkriegsverbrecher"* beschlossen. Im Londoner Statut hieß es in Art. 19: *„Der Gerichtshof ist an Beweisregeln nicht gebunden"* und in Art. 21: *„Der Gerichtshof soll nicht Beweise für allgemein bekannte Tatsachen fordern, sondern von Amts wegen zur Kenntnis nehmen. "* Nicht nur damit wurde international anerkanntes Recht verlassen und die Grundlage für nachfolgende politische Schau-

prozesse gelegt. Als *„allgemein bekannte Tatsachen"* galten insbesondere die Alleinschuld Deutschlands am Ersten und am Zweiten Weltkrieg. Aus der Sicht unvoreingenommener historischer Forschung handelt es sich, wo derartige Tatsachen nicht der Wahrheit entsprechen, nicht um Justizirrtümer, sondern um einseitige Rachejustiz der Alliierten vor den Kriegsbeendigungserklärungen der westlichen Sieger von 1951 und der UdSSR von 1955, bzw. um *Kriegsverbrechen,* die nach der UNO-Konvention vom 27.11.1968 nicht verjähren. Das Tribunal (IMT) war nicht international, die Sieger waren unter sich und waren alles in einem: die Vertreter von Regierungen und Staaten, die zum Krieg getrieben hatten, sodann die Schöpfer der Gerichtsverfassung, die Schöpfer rückwirkender Strafbestimmungen, die Ankläger, Richter und Henker. Die Urteile sind bereits hinsichtlich ihrer Rechtsgrundlage nicht mit dem Völkerrecht vereinbar. Sie sind deshalb nichtig. Mit dem Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 und 23.10.1954 (siehe Anhang A26), dessen Fortbestand nach dem 3.10.1990 am 27.9.1990 unterschrieben wurde, ist aber die Rechtsgültigkeit aller Setzungen des IMT und seiner Folgerechtsprechung von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht vom Souverän, dem deutschen Volk, in vollem Umfang anerkannt worden.

Der Hauptzweck des Militärtribunals geht eindeutig aus der Erklärung des Hauptanklägers Jackson vom 26.7.1946 hervor: ***„Als Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der Alliierten Nationen dar" (IMT*** Bd. 19, S. 440).

Das Hauptanliegen dieser Prozesse war, die deutsche Kriegsschuld zu *„ beweisen ",* die *„Schuldigen "* zu bestrafen, nach *Vernichtung des deutschen Reiches* die Voraussetzungen zu schaffen für die *Zerstörung der geistigen Identität des deutschen Volkes* und mittels der *Betonung aber auch Erfindung deutscher Kriegsverbrechen* von den eigenen Verbrechen, wie dem Luftkriegsmord an mehr als einer Million Deutscher, der Vertreibung von 18 Millionen Deutschen - von denen dabei etwa drei Millionen den Tod fanden -, dem Hungermord an deutschen Kriegsgefangenen und an der deutschen Zivilbevölkerung (über 6 Millionen) u. a. m. abzulenken.

Zu Beginn des *Nürnberger Prozesses* stellte die deutsche Gesamtverteidigung in einer Erklärung vom 19.11.1945 fest: ***„Der jetzige Prozeß kann sich ... nicht auf geltendes Völkerrecht stützen, sondern ist ein Verfahren aufgrund eines neuen Strafgesetzes ..., das erst nach der Tat geschaffen wurde ... Bestraft werden darf nur, wer gegen ein zur Zeit der Tat bereits bestehendes Gesetz verstoßen hat... Die Verteidiger aller anwesenden Angeklagten würden ihre Pflicht verletzen, wenn sie das Verlassen des geltenden Völkerrechts ... schweigend hinnähmen ... Die Verteidigung ist weiter der Ansicht, daß auch andere Normen strafrechtlichen Inhalts in dem Statut den Rechtsgrundsatz***

'nullapoena sine lege'gegen sich haben ... Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Kriege die eine Partei gewesen sind. Diese eine Streitpartei ist alles in einem: Schöpfer der Gerichtsverfassung und der Strafrechtsnormen, Ankläger und Richter..." (P. Dehoust 1984, S. 265), **und der Henker.**

Der Richter am IMT Nürnberg, Wennerstorm, urteilte: *„Die Mitglieder der Gruppe der öffentlichen Ankläger ... waren nur von ihrem persönlichen Vorteil und ihren Rachegelüsten geleitet. Die Anklage tat ihr Äußerstes, um es in jeder Weise der Verteidigung unmöglich zu machen, ihren Fall vorzubereiten und Beweise herbeizuschaffen ... 90 % des Personals des Nürnberger Gerichtshofes bestand aus voreingenommenen Leuten, die entweder aus poltischen oder rassistischen Gründen die Sache der Anklage unterstützten ... Alle Verwaltungsposten* [waren] *... mit 'Amerikanern' besetzt, deren Einwanderungsbescheinigungen tatsächlich sehr neue waren ... Hätte ich 7 Monate früher gewußt, was in Nürnberg passierte, dann wäre ich niemals dorthin gegangen"* (E. Kern 1988, S. 401). Zu diesen amerikanischen Neubürgern gehörte auch der Ankläger R. Kempner, der bis 1933 im preußischen Innenministerium Leiter des Referats für rechtsradikale Umtriebe gewesen war und sich im Rahmen des Prozesses an Dokumentenfälschungen beteiligte (R. Bohlinger/J. P. Ney 1995). Der Richter am Obersten Gerichtshof der USA, Harlan Fisk Stone: *„Ich möchte auch nicht den Hauch des Eindrucks erwecken, daß der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten das Geringste mit den Nürnberger Verfahren zu tun habe. Was dort geschah, ist ein scheinheiliger Schwindel (sanctimonious fraud). US-Prosecutor Jackson hat dort einen Lynchmob dirigiert"* (Wolfgang Hackert 1995). Die dort vorgenommenen Fälschungen sind bisher nur fallweise ans Licht gekommen und sind noch nicht systematisch untersucht, ebenso auch Fälschungen in erbeuteten Aktenbeständen einschließlich der Einsatzgruppenberichte.

Der Chefankläger der berüchtigten sowjetischen Schauprozesse von 1936, A. Wyschinski, toastete bei einem Besuch des IMT Nürnberg: *„Lassen Sie uns auf die Angeklagten trinken. Möge ihr Weg direkt vom Gericht ins Grab führen"* (D. Irving 1996, S. 252).

Die Behandlung von Angeklagten näherte sich Methoden, wie sie in der Praxis der GPU während der schlimmsten Zeiten stalinistischen Terrors mit Folterungen bis zum dritten Grade in Gebrauch waren, einschließlich des psychischen Terrors, wo dann jede verlangte Selbstbeschuldigung unterschrieben wurde. Beispiele dazu in: D. Irving 1996. Den Angeklagten wurde der nach Kriegsende von US-Soldaten in deutschen Uniformen gespielte KZ-Film *„ Todesmühlen "* vorgeführt mit Leichenbergen, deren Aufnahmen aus dem Dokumentarfilm der Reichsregierung über die Terrorangriffe am 12./ 13.2.1945 auf Dresden herausgeschnitten worden waren (G. Franz-Willing 1991, S. 63).

Die Verteidigung wurde in jeder Weise behindert. Verteidiger, die gegen Rechtsbrüche des IMT protestierten, wurden verhaftet. Verlangte Dokumente wurden nicht vorgelegt oder verschwanden. Die vorgelegten Dokumente hatten Dokumentensammelstellen durchlaufen, in denen Dokumentenfälschungen großen Ausmaßes wahrscheinlich waren. Die dort vorgenommenen Fälschungen sind bisher nur fallweise ans Licht gekommen und sind noch nicht systematisch untersucht, ebenso auch Fälschungen in erbeuteten Aktenbeständen einschließlich der Einsatzgruppenberichte. Am 26.3.1946 beschloß das Gericht, daß *„ der Beweis über die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder ob er unter Zwang abgeschlossen wurde, nicht zulässig ist"* (P. Dehoust 1984, S. 281). Die deutschen Weißbücher, in denen in Paris, Prag und Warschau gefundene Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges dokumentiert sind, wurden vom Gericht als Beweismittel abgelehnt. Das Gericht ließ die Behandlung von Kriegsursachen und von Verbrechen der eigenen Seite, die den angeblichen Verbrechen der deutschen Seite entsprachen, nicht zu. Um Beweisanträge der Verteidigung abschlägig bescheiden zu können, führte das Gericht den Begriff der *„Offenkundigkeit"* ein. Der Begriff besagt, daß offenkundige Fakten nicht bewiesen zu werden brauchen und nicht bezweifelt werden dürfen. Später wurde dieser Begriff aus der Rechtspraxis der Sieger in jene der BRD übernommen, er beherrscht nach dem 3.10.1990, an dem einseitige Verfügungen der Sieger eigentlich hätten obsolet werden müssen, weiterhin die Rechtsprechung in der Bundesrepublik, *„ dem freiesten Rechtsstaat, den es je in Deutschland gab ",* bis zum BVerfG. Nach Wiederherstellung der Souveränität und Rechtsstaatlichkeit des deutschen Staates muß daraus die Wiederaufnahme einschlägiger Verfahren und die Rehabilitation zu Unrecht Verurteilter folgen.

Zeugen der Verteidigung wurden bis hin zu Erpressung, Drohung mit Verhaftung und Auslieferung an die Sowjets unter Druck gesetzt. Offensichtlich unglaubwürdige Aussagen und Meineide von Zeugen der Anklage wurden nicht nachgeprüft: *„ Von Belastungszeugen wurden Meineide geleistet, daß sich die Balken bogen"* (Verteidiger Engelhardt in: P. Dehoust 1984). Ganz nach diesem Modell fanden noch in der Bundesrepublik Prozesse gegen *„Naziverbrecher"* statt. Beeidete Zeugenaussagen der Anklage, deren Fälschlichkeit bereits mit gesundem Menschenverstand erkennbar war, wurden nicht nachgeprüft, widersprüchliche Zeugenaussagen wurden nicht geprüft, bei Zeugen aus dem Ostblock wurden die Aussagen vom sowjetischen Geheimdienst vorher eingeübt und im Prozeß selbst überwacht, Zeugenaussagen zweiter und dritter Hand wurden vom IMT angenommen, aber von der Verteidigung benannte Zeugen und Sachbeweisanträge wurden nicht zugelassen.

Im *Londoner Statut* vom 8.8.1945 wurden als strafwürdig aufgeführt:

1. *Verbrechen gegen den Frieden:* Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Angriffskriegen oder von Kriegen unter Verletzung internationaler Verträge. Eine Definition von Angriffskriegen wurde jedoch damals nicht gegeben und konnte auch bis heute nicht gegeben werden. In den Urteilen wurde der Bruch des Kellogg-Paktes von 1928 aufgeführt, der jedoch keine Strafbestimmungen enthielt. Tatsächlich wurde der *Kellogg-Pakt* 1939 durch Frankreich und England mit ihren Kriegserklärungen gebrochen, denn sie verhinderten die im Pakt geforderten friedlichen Lösungen.
2. *Kriegsverbrechen, Verletzungen der Kriegsgesetze oder Kriegsbräuche.* Weltgeschichtlich maximale (singuläre, das Wort wurde im sog. Historikerstreit verwendet für deutsche „Verbrechen", siehe R. Kosiek 1987) Kriegsverbrechen wurden von den Alliierten noch zwischen Ende des Krieges und den Kriegsbeendigungserklärungen 1951 der Westmächte und 1955 der UdSSR begangen. Die in dieser Zeit entstandenen deutschen Verluste werden heute mit 12,5 Millionen angegeben (siehe Anhang A23), einschließlich der von Bacque (J. Bacque 1989) ermittelten, unter dem Befehl von Eisenhower umgekommenen ca. 800 000 deutschen Kriegsgefangenen, denen auf Grund des Morgenthauplanes mit dem Befehl ICS 1067 vom Mai 1945 der kriegsvölkerrechtliche Status von *„prisoners of war"* aberkannt worden war und die als *„desarmed enemy forces"* in amerikanischen Lagern starben. Kriegsverbrechen verjähren nicht (4. Genfer Konvention, 1949, Art. 8). Das Gericht über Verbrechen der Alliierten steht noch aus.
3. *Verbrechen gegen die Menschlichkeit.* Viele Handlungen der Alliierten fallen auch hierunter, erinnert sei nur an die Folgen des Abwurfs der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sowie die Verwendung von Urankernmunition. Auch diese Verbrechen verjähren nicht.
4. Da in den erbeuteten deutschen Archiven keinerlei Hinweise auf deutsche Kriegsabsichten gefunden werden konnten, wurde die *„ Verschwörung gegen den Frieden "* erfunden. In den Urteilsbegründungen wurden zu ihrem Beweis folgende in kleinsten Kreisen gehaltene und nicht amtlich protokollierte Ansprachen Hitlers genannt:
   am 5.11.1937 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht,

am 10.11.1938 vor deutschen Pressevertretern,
am 23.5.1939 vor höheren Offizieren,
am 22.8. und 23.11.1939 vor den Oberbefehlshabern.
Als Beweise wurden dazu die sog. Schlüsseldokumente vorgelegt, die **alle** keine von den Teilnehmern unterschriebenen Protokolle, sondern posthume Niederschriften sind und schon deshalb nicht authentisch sein können. ***„Bei allen Schlüsseldokumenten des IMT über Hitlers interne Ansprachen sind Herkunft, Echtheit, Inhalt, Datum derart umstritten, daß jeder objektive Gutachter***

diese 'Dokumente' von vorne herein - sofort nach 'Auffinden' im Jahre 1945 - als Fälschung oder Verfälschung hätte zurückweisen müssen" (U. Walendy 1965, S. 113; B. v. Richthofen 1975, S. 201). Vorgelegt wurden *Kopien* von *Vergrößerungen* aus Mikrofilmen von *Abschriften* der Originale. Bei den vom IMT vorgelegten Beweisstücken fehlten alle oder viele zum urkundlichen Nachweis erforderlichen Daten, zudem sind diese vorgelegten *„Dokumente"* und die Originale heute *„ verschollen "*.

Vom Hoßbach-Protokoll (auch einer posthumen Niederschrift) der Ansprache Hitlers am 5.11.1937 urteilte der Historiker: *„Die Hoßbach-Niederschrift liegt weder im Original noch in Abschrift vor. Der von der Abschrift gefertigte Mikrofilm ist nicht auffindbar. Vorhanden ist lediglich eine Fotokopie des Mikrofilms. Von dieser 'Urkunde' sind verschiedene Fassungen veröffentlicht, die mitunter nicht unwesentlich voneinander abweichen. Das im Nürnberger Prozeß vorgelegte Dokument 386-PS ist gefälscht"* (D. Kluge 1980, S. 113).

Zum Inhalt des Hoßbach-Protokolls, das angeblich Hitlers Kriegsabsichten erstmalig (Haffner) offenbart, sagte vor dem IMT Nürnberg Großadmiral Raeder aus: *„ ... Diese drei Tatsachen scheinen dafür zu sprechen, und zwar mit Sicherheit dafür, daß Hitler eine kriegerische Lösung dieser Fragen Österreich und CSSR - es handelte sich damals nur um das Sudetenland - unter gar keinen Umständen erstreben würde, sondern daß er die friedliche Lösung erstreben würde ..."* Die Besprechung vom 23.5.1939 wurde von Oberstleutnant Schmundt nachträglich am 1 l./l2.11.1939 aufgezeichnet (M. Klüver 1984, S. 141). Die Wiedergabe der Ansprache vom 22.8.1939 in der englischen Ausgabe der Akten des Auswärtigen Amtes enthielt u. a. die hineingefälschten Sätze: *„Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Göring stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstiges Versprechen. Er tanzte wie ein Wilder herum. Die wenigen Nachdenklichen schwiegen. "* Sie stammten aus einem Bericht des britischen Geschäftträgers in Berlin an das *Foreign Office* vom 25.8.1939 (M. Klüver 1984, S. 386).

Wie weit die Dokumentenfalschungen an deutschen Aktenbeständen reichten, wo sie vorgenommen wurde (die Orte), von wem sie veranlaßt wurden, ist noch nicht in Ansätzen untersucht worden. Die Dokumentensammelstellen waren Fälschungszentralen. Von den am meisten mit Verbrechen von den Siegern belasteten deutschen Einheiten, den Einsatzgruppen, sollen hier zwei Beispiele angeführt werden aus: Paget, *Manstein - seine Feldzüge und sein Prozeß*, Wiesbaden 1952: *„In einem Fall konnten wir die Zahlen nachprüfen. Der SD behauptete, im November in Sinferopol 10 000 Juden getötet zu haben und meldete die Stadt im Dezember 1942judenfrei. Durch eine Reihe von Gegenproben konnten wir beweisen ..., daß die jüdische Gemeinde Sinferopol in aller Öffentlichkeit weiterbestanden hatte ... und sich keiner besonderen Gefahr bewußt war"* (siehe Anhang A24).

Das Einsatzkommando 4 a soll am 29. und 30.9.1941 in der Schlucht Babi Jar bei Kiew 33 771 Juden erschossen und verschüttet haben. In Kriegsverbrecherprozessen (Fall 9, Rep. 501, 20, E6, S. 30, Staatsarchiv Nürnberg) kam heraus, daß an diesen Tagen von der Einsatzgruppe 4 nur ein Vorkommando von 25 Mann in Kiew war und der Befehlshaber Blobel sich im Lazarett befand, die Gruppe also nicht einsatzfähig war. Durch Luftbildauswertungen konnte festgestellt werden, daß im gesamten Kriege die Schlucht von Babi Jar von keiner Erdbewegung betroffen worden war (J. Ball in: E. Gauss, *Grundlagen der Zeitgeschichte,* Tübingen 1994, S. 239). Es gibt hier also erhebliche Widersprüche und Ungereimtheiten. Über weitere Widersprüche und Ungereimtheiten bzgl. des Falles Babi Jar siehe: Roland Bohlinger (Hg.), *Gescheiterter Verleumdungskrieg,* Viöl 2001, S. 182 f.

Gefälschte Dokumente wurden vom Münchener *Institut für Zeitgeschichte* - und von vielen weiteren Historikern - arglos verwendet. Die weiteren Auswirkungen sind überhaupt nicht abzuschätzen. Die gesamte Umerziehung beruht darauf, die Meinungen aller Politiker, die aller Medien und aller einschlägigen Schulbücher.

Zum Todesurteil für v. Ribbentrop wurden sieben Zeilen seines Abschlußberichtes vom 2.1.1938 über seine Tätigkeit als Botschafter in London benutzt. Das Dokument wurde bereits am 19.5.1945 durch einen Angehörigen des Auswärtigen Amtes den Alliierten übergeben und war gefälscht (A. v. Ribbentrop 1967, S. 103). Wenn, wie es scheint, die Ankläger nichts von den Dokumentenfälschungen wußten, kommt der Vorwurf des Betrugs für die Prozeß **Veranstalter** noch hinzu.

In der Urteilsverkündung am 1.10.1946 sagte der Lord-Richter Lawrence: *„Der Krieg gegen Polen kam nicht plötzlich aus heiterem Himmel; das Beweismaterial hat klar ergeben, daß dieser Angriffskrieg wie auch die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei wohl überlegt und eingehend vorbereitet war, und er wurde erst begonnen, nachdem der geeignete Zeitpunkt gekommen schien, in dem er als bestimmter Teil eines im voraus festgelegten Planes ausgeführt werden konnte"* (H. Bernhardt 1988, S. 342). Dieser Wortlaut findet sich in dem Kreis der siegerkonformen Historiker Broszat, Eschenburg, Hillgruber, Hofer u. a. m. ebenso und ist mit den hier angeführten Dokumenten, die damals auch schon zur Verfügung waren, widerlegt (siehe Kap. 23).

Der Tag der Hinrichtung, der 16.10.1946, wurde auf einen hohen jüdischen Feiertag gelegt, Hoschanna Rabba, den Tag der Urteilsverkündung des jüngsten Gerichtes durch Jahweh. Für den 19.10. hatte der britische Freimaurerorden des Inneren Tempels seine Mitglieder, die dem Gericht als Ankläger und Richter angehörten, zu einem Festessen eingeladen.

Göring entzog sich der Urteilsvollstreckung durch Selbstmord.

Den Hinrichtungen wohnte auf eigenen Wunsch der damalige bayerische Ministerpräsident Hoegner (SPD) bei, der an der Absicht, dabei zu rauchen, gehindert werden mußte.

Im Gegensatz zu der Ächtung der 11 zum Tode verurteilten Deutschen werden die 7 hingerichteten japanischen „Hauptkriegsverbrecher" in den Seelentafeln des Yasukunischreines in Tokio als Märtyrer geehrt, und noch kein japanischer Ministerpräsident hat es versäumt, sie dort zu ehren.

Ähnlich wurde in den mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 veranstalteten Folgeprozessen verfahren.

Wie viele Todesurteile insgesamt vollstreckt wurden, ist unbekannt. Der Militärbefehlshaber der US-Besatzungszone, General Clay, ließ nach seinem Amtsantritt am 26.1.1947 299 Todesurteile vollstrecken. Der britische Henker rühmte sich, 200 Kriegsverbrecher eigenhändig hingerichtet zu haben. *„ Wie viele ... sind als Opfer der damaligen Verhältnisse und durch Meineid von Berufszeugen an den Galgen gekommen?"* (RA Aschenauer in: G. Franz-Willing 1991, S. 143).

„ Während draußen ein ganzes Volk dem Hunger preisgegeben wurde, sprach man im Nürnberger Justizpalast Todesurteile wegen Vergehens gegen die Menschlichkeit. - Während draußen eine Willkürherrschaft Hunderttausende in die Kerker warf sprach man Urteile gegen Willkürherrschaft. - Während draußen in den Wäldern die Schüsse der Mörder an wehrlosen Gefangenen knallten, wurden hier deutsche Offiziere wegen Geiselerschießungen gerichtet. - Während draußen deutsches Privateigentum in riesigem Ausmaß geraubt und 'demontiert' wurde, richtete man Deutsche, weil sie in Frankreich Maschinen nicht nur investiert, sondern auch zu Kriegszwecken entnommen hatten. - Während Millionen von deutschen Gefangenen zur Arbeit von Land zu Land verschachert wurden, richtete man das Verbrechen der Zwangsarbeit. - Während in Ostdeutschland und Sudetenland Hunderttausende Deutscher auf offener Straße ermordet wurden, brach man hier den Stab über das deutsche Volk, dem der Mord an Juden sorgfältig verborgen gehalten worden war. - Während draußen die Straßen noch vom Pesthauch verschütteter Opfer des Bombenkrieges durchweht waren, richtete man deutsche Polizeimaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung besetzter Gebiete. - Während die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, Holland und Belgien sich deutsche Gebiete einverleibten, richtete man das Vergehen des Angriffskrieges. - Während man eigene Soldaten wegen Desertion und Befehlsverweigerung erschoß, richtete man deutsche Soldaten, weil sie gehorcht hatten " (P. Kleist, zit. in: U. Walendy 1966).

Der ev. Bischof von Berlin und Brandenburg, Dr. Dibelius, schrieb in einem Brief, der am 16.5.1946 in *Der Bund*, Bern, veröffentlicht wurde: *„Als Christen weigern wir uns rundum, die Nürnberger Urteile als gerecht anzuer-*

kennen. Diese Urteile sind nichts anderes als eine Vergeltungsmaßnahme, die ein besiegtes Volk gegen seinen Willen über sich ergehen lassen muß, und das Völkerrecht wird ... mit Füßen getreten. Ein neues barbarisches Zeitalter hat begonnen."

Über die Militärjustiz der US-Besatzungmacht urteilte Monsgn. Morgenschweis, der Anstaltsgeistliche des Zuchthauses Landsberg, in das die Verurteilten eingewiesen wurden: *„Das Militärgericht in Dachau hatte zum Vorsitzenden einen Offizier, welcher keine juristischen Kenntnisse gehabt hat. Unter den Beisitzern war einer, der ein wenig juristische Kenntnisse gehabt hat. Und alle anderen, die Ankläger, deren es viele gab, ... hat man damals 39er genannt, weil sie 1939 ausgewandert sind ... Man hat nach Hörensagen geurteilt, es hat genügt, wenn ein Zeuge gesagt hat, er hat das gehört. "* Doch der US-Hochkommissar General L. Clay entschied auf den Brief des Kardinal Frings mit der Eingabe der deutschen Bischöfe: *„Es ist alles in Ordnung ... Die Urteile bestehen zu Recht"* (G. Franz-Willing 1992 b, S. 170 f.). Der Kommandant des Kriegsverbrechergefangnisses Landsberg lud zum Zuschauen bei Hinrichtungen Personen aus bestimmten Kreisen ein (*Nation und Europa* 46, 1996, H. 2, S. 71).

Für die Führungskräfte des Deutschen Reiches aus Staat, Wehrmacht und NSDAP wurde der *automatic arrest,* die Einlieferung in Konzentrationslager, verhängt. In der US-Besatzungszone betraf das allein 300 000 Deutsche. Zur Verhaftung genügte schon ein Titel mit der Schlußsilbe „-rat". Verhaftete, die überlebten, berichteten aus diesen KZs, z. B. aus Dachau, von Zuständen, die sich mit bolschewistischen Greueln dieser Art vergleichen ließen, diese z. T. noch übertrafen. In diesen Lagern in den drei westlichen Besatzungszonen starben sehr viele durch Verhungern. Aber die westlichen Besatzungssoldaten, besonders die Amerikaner, vernichteten den nicht konsumierten Anteil ihrer eigenen Verpflegung. Vor US-Militärgerichten wurden 385 000 Verfahren (nicht Entnazifizierungsverfahren) durchgeführt, einige tausend Todesurteile wurden gefällt, die genaue Zahl ist unbekannt, und 299 wurden vollstreckt (G. Franz-Willing 1991).

Zu den Verbrechen der Sieger gehört auch der Morgenthauplan.

Als Finanzminister ersann Morgenthau, der führend im *B 'nai B 'rith* tätig war, den nach ihm benannten Plan, der nach einem Sieg der Alliierten Deutschland durch gänzliche Zerstörung seiner Industrie in ein Agrarland rückverwandeln sollte. Er hatte ihn intern am 4.9.1944 und am 9.12.1944 auf der Konferenz von Quebec vorgetragen. Kriegsminister Stimson notierte nach der Konferenz von Quebec am 16.9.1944 in sein Tagebuch: *„Das ist vor Rache wild gewordener Semitismus. "* Churchill stimmte ihm dort zu. Etwa zum Zeitpunkt von Roosevelts Tod, am 12.4.1945, wurde der Morgenthauplan teilweise ad acta gelegt. Am 23.6.1945 ergriff Baruch noch einmal zu seiner Unterstützung

in der *New York Times* Partei. Aus dem Geist dieses Planes stammte die am 14.5.1945 von Truman erlassene Direktive ICS 1067 an den Oberbefehlshaber Eisenhower, der ganz in ihrem Sinne zu Marschall Schukov bei ihrem ersten Treffen 1945 vor Torgau sagte: *„ Wenn ich an irgendeinen unter der Folter langsam sterbenden Deutschen denke, sei es Mann, Frau oder Kind, macht mich das froh"* (D. Hoggan 1984, S. 301).

Mit dieser Direktive wurde den deutschen Kriegsgefangenen der völkerrechtliche Status als Kriegsgefangene aberkannt. Sie wurden zu *„disarmed enemy forces "* degradiert, die den völkerrechtlichen Schutz von Kriegsgefangenen nicht mehr besaßen. In der Folge davon starben unter der Verantwortung von Eisenhower in den ersten 8 Monaten nach der Kapitulation auf dem Gebiet der BRD fast 1 Million deutscher Kriegsgefangener. Sie wurden in Lager eingepfercht ohne Zelte, in denen sie sich nicht einmal alle gleichzeitig hinlegen konnten, ohne Wasser und sanitäre Einrichtungen. Das waren reine Vernichtungslager. Das Rote Kreuz, das alles Nötige zur Rettung bereitgestellt hatte, durfte die Lager nicht betreten (J. Bacque 1989). Die Amerikaner führten sich damit brutaler auf als gleichzeitig die Russen.

Die weitergehenden Absichten der Sieger bis zum 2+4-Vertrag 1990[29], dem Maastrichtvertrag 1992 und den „Befreiungsfeiern" 1995 wurden in der Direktive ICS 1067 vom 23.3.1945 bereits angekündigt: *„Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als besetzte Feindnation. Der Zweck ist... die Besetzung Deutschlands zum Zwecke der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele."* Mit der allgemeinen *Erklärung der Menschenrechte* in der UNO-Generalversammlung (217 III) vom 10.12.1948: *„Niemand kann wegen einer Handlung ... verurteilt werden, die zum Zeitpunkt, da sie erfolgte, auf Grund des nationalen oder internationalen Rechts nicht strafbar war"* sind auch die Rechtssetzungen auf Grund des *Londoner Statuts* vom 8.8.1945 ungültig. Es bestehen also Völkerrechtsansprüche auf Revision und Wiedergutmachung dieser Verbrechen.

Der Bundesjustizminister erklärte zu den Kriegsverbrecherprozessen am 14.11.1950: *„Die Bundesrepublik vermag die von den alliierten Kriegsverbrechertribunalen verhängten Urteile nicht anzuerkennen! Das Grundgesetz schließt rückwirkendes Gesetz aus und das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ist da-*

[29] Anm.: Dieser Vertrag mußte unter Zwang geschlossen werden, wie Kohl am 13.6.1990 vor Politikern der CDU/CSU ausführte. Die englische Premierministerin Thatcher schrieb in ihren Erinnerungen *(Downing Street 10,* 1993): *„Meine Politik ... zwang die Regierung der BRD, die Grenzfrage mit ihren östlichen Nachbarn zu klären "* im Sinne des völkerrechtlichen Verzichts auf die deutschen Ostgebiete. Nach der Konvention über das Recht der Verträge von Wien 1969 sind Verträge, die unter Zwang abgeschlossen wurden, ex tunc nichtig. Das betrifft auch die damit erzwungenen Änderungen des Grundgesetzes.

her unvereinbar mit dem anerkannten Grundsatz nulla poena sine lege. " Entgegen dem Überleitungsvertrag erklärte der Bundesjustizminister am 2.1.1961 nochmals: *„Ich darf Sie weiter daraufhinweisen, daß die BRD ... eine ausdrückliche, vertragliche Anerkennung der von den alliierten Militärgerichten in Deutschland gefällten 'Kriegsverbrecherurteilen' ... vermieden hat ... Nach internationalem Recht, d. h. nach Völkerrecht, ist die Rechtslage nicht anders."* Solche Erklärungen sind gegenwärtig nicht vorstellbar. Zum 50sten Jahrestag der Urteilsverkündung heißt es in den *Informationen für die Truppe* des Bundesverteidigungsministeriums: *„ ... daß es vor allem amerikanischen und britischen Juristen gelang, den Grundsatz rechtmäßiger Verfahren zu verwirklichen. " (!)*

Nach den einmaligen (singulären) noch zu den Kriegsverbrechen zählenden Verbrechen der Sowjets, der Vertreibung von 18 Millionen Deutschen mit der unmittelbaren Folge von etwa drei Millionen Toten aus den Ostgebieten, dem Sudetenland, aus SO-Europa und der Vertreibung der Rußlanddeutschen, der größten „ethnischen Säuberung" der Weltgeschichte (der Bundespräsident Herzog bezeichnete diese Kriegsverbrechen in einer Rede am 1.8.1994 in Warschau als *„Selbstzerstörung"),* hatten die Verbrechen beim Einzug der Russen: der Vergewaltigung von Millionen von Frauen, der Ermordung von Frauen, Kindern und Alten, der Verschleppung von 900 000 Deutschen mit der Folge von 235 000 Toten und der Entfernung von 520 000 deutschen Führungskräften aus ihren Positionen in Staat und Industrie fließende Übergänge in die Rachejustiz innerhalb der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR. Die Enteignungen vor der Gründung der DDR, die eine völkerrechtswidrige Maßnahme der Besatzungsmacht darstellen, wurden mit der deshalb Völkerrechts- und verfassungswidrigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.3.1991 posthum als Recht anerkannt. Die damit erfolgte Entmachtung und anschließende Ausrottung der *„Junkerklasse"* als der staatstragenden Schicht Preußens war aber nicht nur marxistisch-kommunistisches Ziel, sondern auch Ziel der Hintergrundmächte in den USA und der Freimaurer und war deshalb schon von Wilson proklamiert worden. In die Konzentrationslager innerhalb der sowjetischen Besatzungszone wurden insgesamt etwa 300 000 Deutsche ohne Verfahren eingeliefert, davon starben etwa 96 000 (G. Franz-Willing 1991, S. 6). Die KZs aus dem Dritten Reich wurden weiterbenutzt. Willy Brandt schrieb dazu: *„Die Sowjets haben von den KZs einen vernünftigen Gebrauch gemacht"* (W. Brandt, *Forbrytere og andere Tyskere*, Oslo 1946). [30] Dazu kamen noch die ungezählten Verbrechen in den sowjetischen

[30] Anm.: Ein naher Verwandter des Verfassers, der als l6jähriger in das KZ Mühlberg kam, war zuletzt im KZ Buchenwald. Dort gab es Gruppen, die nach dem 8.5.1945 gleich wei-

Satellitenstaaten nach dem Waffenstillstand, vor allem in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in Polen.[31]

Alle diese Gewaltmaßnahmen vor den Kriegsbeendigungserklärungen sind nichtverjährbare Kriegsverbrechen maximaler (singulärer) Dimension. Hinzu kommt, daß zwischen Oktober 1946 und September 1950 etwa 5,7 Millionen Deutsche in den 4 Besatzungszonen den Hungertod starben (J. Bacque 1995). Zwischen dem 8.5.1945 und den Daten der Kriegsbeendigungserklärungen starben 12,5 Millionen Deutsche an den Folgen der Gewalt der Sieger (siehe Anhang A23).

Aber alle diese weltgeschichtlich einmaligen Verbrechen der Besatzungsmächte wurden 1995 und 2000 in „Befreiungsfeiern" von Vertretern der deutschen Führungsschicht, die sich unter der Herrschaft der Sieger etablierte, in ihr Gegenteil verkehrt. Der estnische Staatspräsident charakterisierte das am 3.10.1995 in Berlin als *„Canossarepublik"*.

Da gemäß GG Art. 25 das Völkerrecht deutschem und anderem Recht vorgeht, ist es möglich, die Völkerrechtsverbrechen der Sieger als rechtswidrig zu kennzeichnen und irgendwann, nach Wiedererlangung der Souveränität, außer Kraft zu setzen, also auch den Überleitungsvertrag.

22 Schlußworte von Hermann Göring und Rudolf Heß vor dem IMT Nürnberg 1946

Auszug aus dem Schlußwort des Angeklagten Hermann Göring vor den Urteilsprüchen des *Internationalen Militärtribunals* in Nürnberg 1946:

„Ich habe niemals, an keinem Menschen und zu keinem Zeitpunkt einen Mord befohlen und ebensowenig sonstige Grausamkeiten angeordnet oder geduldet, wo ich die Macht und das Wissen gehabt hatte, solche zu verhindern. Für die von Herrn Dodd in seinem Schlußplädoyer neu aufgestellte Behauptung, ich hätte Heydrich befohlen, die Juden zu töten, fehlt es an jedem Beweis; sie ist auch nicht wahr. Es gibt nicht einen einzigen von mir oder in meinem Auftrag unterzeichneten Befehl, daß feindliche Flieger erschossen oder dem SD übergeben werden sollten. Es ist auch kein einziger Fall festgestellt, wo Einheiten der Luftwaffe derartiges ausgeführt hätten ...

---

terbleiben durften. Aus diesen wurde ihm berichtet, *„daß das KZ Buchenwald vor 1945 eine Sommerfrische waren gegen jetzt unter den Russen. "*

[31] Siehe dazu z. B.: Sepp Jendryschik, *Zgoda,* Viöl 2000, 2. verbess. Auflage.

Ich habe keinen Krieg gewollt oder herbeigeführt, ich habe alles getan, ihn durch Verhandlungen zu vermeiden. Als er ausgebrochen war, tat ich alles, um den Sieg zu sichern. Da die drei größten Weltmächte mit vielen anderen Nationen gegen uns kämpften, erlagen wir schließlich der gewaltigen Übermacht. Ich stehe zu dem, was ich getan habe. Ich weise aber auf das Entschiedenste zurück, daß meine Handlungen diktiert waren von dem Willen, fremde Völker durch Kriege zu unterjochen, zu morden, zu rauben oder zu versklaven, Grausamkeiten oder Verbrechen zu begehen! Das einzige Motiv, was mich leitete, war heiße Liebe zu meinem Volk, sein Glück, seine Freiheit und sein Leben. Dafür rufe ich den Allmächtigen und mein deutsches Volk zum Zeugen an" (P. Dehoust 1984).

Schlußworte von Rudolf Heß: *„Ich verteidige mich nicht gegen Ankläger, denen ich das Recht abspreche, gegen mich und meine Volksgenossen Anklage zu erheben. Ich setze mich nicht mit Vorwürfen auseinander, die sich mit Dingen befassen, die innerdeutsche Angelegenheiten sind und daher Ausländer nichts angehen. Ich erhebe keinen Einspruch gegen Äußerungen, die darauf abzielen, mich oder das ganze deutsche Volk in der Ehre zu treffen. Ich betrachte solche Anwürfe von Gegnern als Ehrenerweisungen. Es war mir vergönnt, viele Jahre meines Lebens unter dem größten Sohne zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat. Selbst wenn ich es könnte, wollte ich diese Zeit nicht auslöschen aus meinem Dasein. Ich bin glücklich zu wissen, daß ich meine Pflicht getan habe, meinem Volk gegenüber - meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als treuer Gefolgsmann des Führers. Ich bereue nicht! Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen: Ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, Er spricht mich frei!"* (W. Heß 1989).

Am Abend vor seiner Hinrichtung schrieb der Generaloberst Jodl an seine Frau: *„Bleib Du nur hier in Nürnberg! Grüß die Lieben, die um Dich sind, sie sollen stolz sein wie Du, mich nicht bedauern, sondern sich mit mir freuen. Und wenn am Tage nach meinem Tode sie um Dich sind, dann wird das wie eine Trauerparade sein. - Auf einer Lafette steht mein Sarg, und alle deutschen Soldaten marschieren mit, voraus die Toten, dahinter die Lebenden "* (D. Irving 1979).

23 Einige der heutigen Stimmen

Zu Beginn der Wiedergabe deutscher Stimmen soll eine völlig aus dem Nachkriegsrahmen fallende stehen, die mit Eberts Begrüßungsworten der deutschen Soldaten nach dem Rückmarsch 1918 vergleichbar ist, das Hirtenwort Kardinal Faulhabers vom 10.5.1945: *„Geliebte Diözösanen! Wir werden unsere Soldaten, soweit sie jetzt aus dem Feld heimkehren, mit einem dankbaren Willkommensgruß empfangen. Diese braven Männer haben für die Heimat jahrelang Untragbares durchgemacht"* (F. Seidler 1997, S. 24).

Beschluß der *Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland* vom November 1996: Der zweite Weltkrieg sei ausschließlich ein *„vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen" (Die Welt,* 24.4.1997).

Der *Spiegel* ließ seinen Redakteur W. Malankowski (*Spiegel* Nr. 10, 1989) das Buch von Suworow wahrheitswidrig kommentieren: *„Alle Dokumente bestätigen, daß Hitler den imperialistischen Lebensraum wie den rassisch-ideologisch fixierten 'Vernichtungskrieg' gegen die SU und das 'jüdisch-bolschewistische' System vorbereitete und auslöste, den er schon in* Mein Kampf *angekündigt hatte. "* Augstein am 26.1.1976 im *Spiegel: „Noch einmal und ein letztes Mal soll daran erinnert werden, daß Polen nicht die geringste Handlung begangen hat, die Hitler hätte zum Kriege herausfordern können. "* Augstein nahm an dem ersten Umerziehungslehrgang teil, den die britische Besatzungmacht 1945 abhielt, ehe er eine Lizenz erhielt.

Der Redakteur Gillessen von der *FAZ* (27.4.89) zu Suworows Buch: *„Der Krieg zweier Aggressoren? "* Die ausführliche Besprechung beginnt: *„Als die deutsche Wehrmacht am Morgen des 22.6.1941 unter Bruch des Nichtangriffsvertrages vom 18.8.1939 in die SU einfiel... "* und weiter *„ ... Alles, was er vorbringt ... ist lediglich Material für einen Indizienbeweis ... "* und Gillessen zu Hoffmanns Buch von 1995 *(FAZ,* 10.10.1995): *..........der 2. Weltkrieg als eines von 2 Diktatoren gemeinsam entfesselten Krieges. "*

Prof. Eschenburg (*Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik,* 1961, S. 164): *„Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der BRD. "*

Die *Süddeutsche Zeitung* v. 4./5.10.1997: *„ Was ist deutsch? Deutsch war etwas, das die Deutschen noch erfinden mußten, und am konsequentesten ging dabei Adolf Hitler vor, der alles aussortierte, was auf keinen Fall dazugehören durfte: die Juden und Zigeuner. Womit ihm immerhin eine Definition gelang, die bis dahin die genaueste war: Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört".*

Prof. Mommsen - der auch der deutsch-tschechischen Historikerkonferenz angehört - behauptete: *„ ..., daß die Revisionspolitik nur Fassade gewesen ist, um die deutsche Bevölkerung für die Politik zu gewinnen, die spätestens seit*

1934 zielbewußt auf Auslösung eines europäischen, ja eines Weltkrieges hingearbeitet hat... " (Die Welt, 21.11.88).

Prof. Hillgruber sprach in Hitlers Strategie 1940-1941, Frankfurt 1965, vom *„Stufenplan zur Weltherrschaft"* und vom *„rassenideologischen Vernichtungskrieg".* In Hillgruber *Zur Entstehung des 2. Weltkrieges,* Düsseldorf 1980 heißt es: *„Eine ... Diskussion um die Kriegsschuldfrage ... von 1939 hat es nicht gegeben, konnte es auch nicht geben, da an der Entfesselung des Krieges von 1939 durch Hitler-Deutschland von Anfang an kein ernstzunehmender Zweifel bestand."*

U. Schlie (*Kein Friede mit Deutschland,* 1994): Hitlers *„hemmungslose Eroberungssucht ... Griff nach Weltherrschaft ... der von Hitler ausgelöste Krieg ... die monomanische Fixiertheit auf jenen rassenideologischen Vernichtungskrieg ..."*

Prof. Hornung (CDU; *Mut,* Nr. 265, 1989): *„In einer Mischung aus va-banque und Hybris tappte Hitler in die Falle ... "* und *„ ..., daß der Stalin-Hitler-Pakt diesem die entscheidende Rückendeckung für die Entfesselung des Angriffs auf Polen bot... "*

Prof. K. Hildebrand *(FAZ,* 27.2.1991): Der *„Diktator Adolf Hitler, der den Krieg aus Überzeugung wollte ..."*

Graml, *Institut für Zeitgeschichte* München: *„Für Hitler war Krieg die fast normale Form zwischenstaatlicher Beziehungen. Der Friede war ihm offensichtlich zunächst lediglich in der Theorie ein unbehaglicher Zustand, der sobald wie möglich mit dem Krieg zu vertauschen sei"* (M. Klüver 1984, S. 317).

Michael Leh, Pressereferent der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* (Leserbrief *FAZ,* 29.1.89): *„Richtig ist vielmehr, daß die verbrecherische Politik Hitlers ganz andere Dimensionen hatte und Hitler für seine Kriegspolitik nicht das sudetendeutsche Problem bedurft hätte."*

Georg (*FAZ-Journal,* 9.7.1993, Fragebogen: *Welche militärischen Leistungen bewundern Sie am meisten?): „Den Sieg der Alliierten im 2. Weltkrieg, die Voraussetzung für unser Leben und unsere Demokratie ",* ein Beispiel aus vielen ähnlichen.

J. Fest (*Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli,* 1994, Rezension *Allg. Hochschulanzeiger* 23, 1994, 31): *„Der Kniefall Englands und Frankreichs auf der Münchener Konferenz, wo sie vor den Forderungen der Nationalsozialisten kapitulierten und die sudetendeutschen Gebiete an das Großdeutsche Reich auslieferten ... Erst mit dem Überfall auf die SU änderte sich alles ..."* Fest war Chefredakteur der *FAZ.* Er soll angeblich stolz darauf sein, zu seiner Hitlerbiographie keine einzige Primärquelle gelesen zu haben.

F. J. Strauß (im Bundestag am 30.11.1965): *„... von der moralischen Alleinschuld* [am Zweiten Weltkrieg] *der deutschen Politik, über die es keine Diskussion gibt..."*

Am 8.5.1949 führte Prof. Heuß vor dem Parlamentarischen Rat aus: *„Im Grunde genommen bleibt dieser 8.5.1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind"* (H. Bernhardt 1988, S. 346).

Bundeskanzler K. Adenauer am 28.3.1953 auf dem Parteitag der CDU: *„Das deutsche Volk hat diesen Krieg in Szene gesetzt und der Nationalsozialismus hat die Brandfackel geschwungen und alles in Brand gesetzt"* (H. Bernhardt, 1988, S. 350).

Bundespräsident R. v. Weizsäcker (Ansprache zum 8.5.1945 am 8.5.1985): *„Auf dem Wege ins Unheil war Hitler die treibende Kraft, er wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. "*

Bundeskanzler Kohl (Regierungserklärung 1.9.1989): *„Anders als nach dem 1. Weltkrieg gab es nach 1945 keine Diskussion über die Kriegsschuld. Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab und gibt es nichts zu deuteln."*

Bundespräsident R. Herzog (Rede am 13.2.1995 in Dresden): *„ Wir wollen auch nicht vergessen, daß es* [Dresden] *im Rahmen eines Krieges zerstört wurde, den eine deutsche Regierung vom Zaun gebrochen hatte ... Die Deutschen haben den Krieg begonnen, und es hat sie dafür die gerechte Strafe ereilt."*

Die zweite Verurteilung des Historikers U. Walendy zu seinem Buch *Wahrheit für Deutschland* wurde begründet mit: *„ Verurteilt wird Walendy nicht für das Geschriebene, das ist vom Gericht nicht nachzuprüfen, sondern für das Nichtgeschriebene " (Westfalenblatt,* 8.5.1997).

Der bisherige Gipfel skandalösen Verhaltens stammt von dem ehemaligen DKP-Mitglied Trittin, jetzt Bundesminister: *„Meyer* [der CDU-Generalsekretär L. Meyer] *hat die Mentalität eines Skinhead und nicht nur das Aussehen. Laurenz Meyer hat selbst bekundet, daß er stolz darauf sei, daß er Deutscher ist. Das ist die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger in dieser Republik auszeichnet" (Euro-Kurier,* Tübingen, Heft 2, 2001). Demgegenüber soll der ehemalige Chef der KPD, Ernst Thälmann, mit einer Äußerung, als er schon im KZ saß, zitiert werden: *„Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation " (Nation und Europa,* 51, 1002, H. 5, S. 68).

Schon 1950 schrieb der Dichter Hans Grimm: *„ Wir Deutschen leben immer noch ohne Freiheit der Rede ... Tritt eine solche Freiheit einmal ein, wird manches Urteil über den Nationalsozialismus und selbst über Hitler berichtigt werden müssen ... Und verschwinden wird vor allem der groteske Vorwurf einer geplant gewesenen deutschen staatspolitischen Welteroberung "* (H.Grimm 1950, S. 101).

Der englische Historiker David Irving urteilte über die Zeitgeschichtsschreibung der deutschen Historiker kurz und bündig: *„ Die deutschen Historiker sind Lügner und Feiglinge "* (U. Walendy 1990). Wie diese meist sehr frei und ohne Fühlung mit den Quellen ihre vorgefaßten Meinungen ausbreiten, wurde u. a. von Klüver nachgewiesen (M. Klüver 1984), einige Zitate dazu siehe oben.

Über die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik urteilte K. Ziesel: *„Die öffentliche Meinungsmache und der öffentliche Kunst- und Literaturbetrieb unserer Zeit sind eine Art von Logenbetrieb, nur Eingeweihten zugänglich und begreifbar und jeder Versuch, ihn in breiteren Volksschichten in seiner Gefährlichkeit, Perfidie und seiner ungeheuren Wirkungsmacht deutlich zu machen, gilt als Sakrileg"* (K. Ziesel 1960 a) und: *„In diesem Klima, gemischt aus Erpressung, Heuchelei und Demagogie auf der einen Seite, Feigheit, Opportunismus und Verrat aller politischen Einsichten und Grundsätze auf der anderen Seite, kann natürlich keine wahre und gesunde öffentliche Meinungsbildunggeschehen"* (K. Ziesel 1960 b, S. 60).

Aus der Untersuchung der Steuerung der deutschen Rüstung schloß Schustereit (H. Schustereit 1988): *„Da es* [das Deutsche Reich] *keinen Kriegsplan besaß, verfügte es auch über keinen Rüstungsplan ... Überhaupt läßt sich seit Kriegsbeginn keine in sich geschlossene, durchdachte und durchführbare Gesamtkonzeption auf dem Gebiet der Rüstung erkennen - eine klare Auswirkung dessen, daß Hitler weder ein umfassendes politisches noch militärisches Konzept dafür besaß, wie er den Krieg ...zu seinen Gunsten entscheiden konnte. "* Es ist bezeichnend, daß, obwohl Schustereit Mitglied des *Militärgeschichtlichen Forschungsamtes* in Freiburg ist, dieses Buch nicht in dessen Bändereihe über den Zweiten Weltkrieg aufgenommen wurde.

Prof. Dr. de Zayas, Völkerrechtler bei der UNO, über die angeblichen Verbrechen der Wehrmacht: *„..., daß die Wehrmachtsgerichtsbarkeit vielleicht den höchsten Stand aller kriegführenden Nationen im 2. Weltkrieg hatte ..., daß bekanntgewordene Verstöße gegen die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konvention durch die Wehrmachtsgerichtsbarkeit systematisch untersucht und in vielen Fällen scharf bestraft wurden."* Für viele Aussagen deutscher Generäle nur zwei. Generalmajor v. Gersdorf, Heeresgruppe Mitte: *„... daß die an der Ostfront eingesetzten Kommandobehörden aus keinem Befehl und keiner Besprechung vor Beginn des Feldzuges gegen Rußland entnehmen konnten, daß umfangreiche Vernichtungsaktionen gegen die Bevölkerung oder das Judentum von irgendeiner Stelle beabsichtigt waren, noch daß während meiner Zugehörigkeit zur Heeresgruppe Mitte derartige Befehle erteilt worden sind. "*

General Wöhler, 11. Armee: *„Keiner der Oberbefehlshaber der Armee hat mir oder der Armee etwas bekanntgegeben ... über einen mündlichen oder schriftlichen Befehl Hitlers oder Himmlers betr. Liquidierung der Juden "* (H. Poeppel 1998; siehe Anhang A24).

Über die angebliche „brutale Ausbeutung" der besetzten Gebiete der SU stellte W. Post fest: *„Im Rahmen des Ostackerprogrammes wurden aus dem Reich u. a. mehr als 70 000 Traktoren, 16 000 Holzgasgeneratoren, 306000 Gespannpflüge ... und 3 Millionen Sensen geliefert ... Die deutsche Wirtschaftshilfe für die besetzten Gebiete der SU betrug 3 Milliarden RM"* (heute rund 30 Milliarden DM) (H. Poeppel 1998).

Ch. Weizmann auf dem jüdischen Weltkongreß 1942: *„Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist"* (H. Bernhardt 1988, S. 308).

Sogar der wenig objektive C. Tansill (C. Tansill 1957, S. 550) stellte als unmittelbaren Kriegsgrund die Entscheidung Becks heraus: *„Am entscheidenden Kreuzweg der Weltgeschichte wies er es zurück, in der deutschen Kriegsmaschine eine Fahrt mitzumachen, die Polen als Satellitenstaat Macht und Beute versprach. Statt dessen folgten er und das polnische Kabinett dem Rat Chamberlains und wählten die Straße, die zum Kriege mit Deutschland führte und in der Folge zur Vernichtung des polnischen Staates führte."*

P. H. Nicoll: *„Betrachtet man das nationalsozialistische Regime von 1933 bis 1939 sachlich, so werden alle ehrlichen Forscher einräumen, daß es zwar die bürgerlichen Freiheiten sehr beträchtlich einschränkte und die parlamentarische Demokratie nahezu aufhob ... Aber kein Deutscher vorher, nicht einmal Bismarck, hat in so kurzer Zeit so viel für Deutsche getan, wie Hitler und Göring 1933 bis 1939 erreichten ... Was nun die Schuld an dem Krieg von 1939 angeht, so liegt, wie wir bereits nachgewiesen haben, reichliches und unbestreitbares Beweismaterial dafür vor, daß Hitler alles tat, was in seiner Macht lag, um diesen Krieg abzuwenden und, als das nicht mehr möglich war, ihn wenigstens auf die beiden Partner zu beschränken "* (P. H. Nicoll 1963, S. 460).

Bereits einer der älteren revisionistischen Historiker, A. J. P. Taylor (Taylor 1961, zit. in: U. Walendy 1965, S. 234) urteilte: *„Der Stand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den Beweis dafür, daß Hitler nicht an einen allgemeinen Krieg dachte und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg wollte."*

Prof. H. E. Barnes faßte seine Forschungen zusammen: *„Obwohl unabweisbar dokumentarisch erwiesen wurde, daß Hitler für den Krieg von 1939, wenn überhaupt, nicht verantwortlicher ist als der Kaiser für das Jahr 1914, unterstützt die Bonner Regierung dennoch ein Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der historischen Wahrheit genausoweit entfernt ist wie einst die Kriegsschuldklausel des Versailler Vertrages ... Das Kriegsschuldbewußtsein* [nach 1945] *... stellt... einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne jedenfalls kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk*

diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten einer Schuld auf sich zu nehmen, an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging - es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am 2. Weltkrieg aufzubürden. "

H. Barnes: *„Man hat das deutsche Volk politisch gekreuzigt aufgrund der Legenden, die von der Bonner Regierung auch heute noch aufrecht erhalten werden, wobei sie diejenigen, die über 1939 die Wahrheit veröffentlichen, mit Gefängnisstrafen bedroht „.","„...* ***wieviel Mut und Charakter zu jedem Versuch gehört, Hitlers einmalige Schuld anzuzweifeln. Wenn sich nämlich dieses Grunddogma nicht aufrechterhalten läßt, wird der zweite Weltkrieg zum größten Verbrechen der Geschichte, vergleichbar einem ... Verbrechen, das zur Hauptsache auf England, Frankreich und den Vereinigten Staaten lastet. Je deutlicher die Schrecken und bösen Folgen des Zweiten Weltkrieges hervortreten, desto notwendiger braucht man Hitler als Sündenbock"*** (H. Barnes 1968, S. 17, 61, 124; siehe auch H. Barnes in Kap. 10).

Lidell Hart, der große englische Kriegshistoriker: ***„Nach Kriegsende sind die wesentlichen deutschen Archive in unsere Hand geraten und wir können uns ein präzises Bild machen von dem außerordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen ... Die plötzliche Kehrtwendung Englands im März 1939 machte den Krieg unvermeidlich ... Die deutsche Armee war im Jahr 1939 nicht bereit für den Krieg - einen Krieg, den die Generäle nicht erwarteten ..."*** (Lidell Hart, *Picture Post*, 3.9.1939).

F. Sanborn (in: H. Barnes 1961, S. 120): ***„Tonnen über Tonnen - im wahrsten Sinne des Wortes - an deutschen Archiven mit ihren geheimsten Plänen, Memoranden und Korrespondenzen fielen den Siegern bei Kriegsende in die Hände. Diese Dokumente wurden sorgfältig ... monatelang gesichtet und studiert in peinlich genauer Suche nach jeder Spur eines Beweises, den man dem Nürnberger Tribunal vorlegen könnte. Nach langem und minutiösen Durchstöbern wurde es ruchbar, daß nirgends in diesen Papieren ein Beweis für irgendwelche deutschen Pläne, die Vereinigten Staaten anzugreifen, zu finden war. Ganz im Gegenteil ergab sich die peinliche Tatsache aus diesen Geheimpapieren, daß ... Hitler alles getan hatte, um einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden."***

Der britische Generalankläger des IMT Nürnberg, Sir Hartley Shawcross, schrieb in einem Brief am 16.10.1985: *„Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster sind. Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinem russischen Kollegen verdammte ich die Nazi-Aggression und den Nazi-Terror.* ***Hitler und das deutsche Volk haben den Krieg nicht gewollt! Nach den Prinzipien unserer Politik der Balance of Power haben wir, angespornt durch die 'Amerikaner' um Roosevelt, Deutschland den Krieg erklärt um***

es zu vernichten. Wir haben auf die verschiedenen Beschwörungen Hitlers um Frieden nicht geantwortet. Nun müssen wir feststellen, daß Hitler recht hatte. *Anstelle eines kooperativen Deutschlands, das er uns angeboten hatte, steht die riesige imperialistische Macht der Sowjets. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele, die wir Hitler* ***unterstellt*** *haben, unter einem anderen Namen verfolgt werden und dieselbe Taktik hemmungslose Anwendung findet"* (F. Becker 1991, S. 264).

Beim Vergleich des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges 1999 der USA und der NATO gegen Serbien mit der deutschen „Notwehr in eigener Sache" gegen Polen 1939 schreibt W. Pfitzner (*Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung,* 3, H. 2, S. 129 f.): *„Die polnischen Massenmorde in den ersten Tagen* [mit vermutlich bis zu 58 000 Toten!] *zeigen deutlich ..., was in Polen passiert wäre, wenn sich Hitler in einem Anflug von westlicher 'höherer Moral' entschieden hätte, keine Bodentruppen nach Polen zu senden ... Die Polen hätten über kurz oder lang alle verbliebenen Deutschen - mehr als 1 Million! - auf grausamste Weise massakriert ... Die 'neue Moral' der NATO ist allerdings weit entfernt, sich mit der 'alten Moral' Adolf Hitlers messen zu können, denn Hitlers Feldzüge, die sich allesamt mit gleichen Argumenten rechtfertigen lassen, mit denen die NATO nun ihren 'Balkanfeldzug' rechtfertigt, waren immer darauf angelegt, größere Verluste unter der Zivilbevölkerung und unter den Militärs zu verhindern. Hitlers Taktik der Blitzkriege und sein Verzicht auf Massenvernichtungswaffen - seien es strategische Bomber, A-, B- oder C-Waffen - lassen ihn in Sachen Kriegführung als oberste moralische Instanz der Menschheitsgeschichte erscheinen ..., wenn man bedenkt, daß es die von der Siegerpropaganda nachträglich als Rechtfertigung vorgeschobenen Opferzahlen von ..., Polen u. a. Minderheiten auch nicht annähernd gegeben hat."*

Die hier zitierte moralische Beurteilung von Hitlers Kriegführung ist eine Konterkarierung der moralischen Beurteilung der Kriegführung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und im Serbienkrieg, die ebenfalls in höchsten Tönen gepriesen wurde (Befreiung, Beseitigung von Unrecht und Gewalt, Kampf für die Demokratie und die Rechte von Minderheiten und Unterdrückten usw.). Eine gerechte Beurteilung des Tuns aller Beteiligten ist erst möglich nach Öffnung aller Archive und nach Eröffnung einer freien Diskussion. Vorher ist jedes Werturteil fragwürdig.

Angefügt werden sollen einige Schlaglichter, welche die engen Parallelen des Zweiten Weltkrieges mit dem Ersten zeigen. Damit wird die Rolle der Hintergrundmächte als große Konstante bei der Verursachung des 31jährigen Krieges 1914-1945 gegen Deutschland sichtbar.

„ Es war alles aufs Feinste und Genaueste ausgeklügelt. Jeder hatte seine Rolle, die ihm zudiktiert war ... Die deutschfeindliche Propaganda ... ist groß-

artig organisiert und finanziert und die Rollen sind geschickt verteilt ... In Hunderte von Zeitungen fließt der Strom der Bestechungsgelder ... Morgan und Rockefeiler gaben die Gelder " (H. Herda 1995, S. 52, 56, 57).

Die Kriegspräsidenten der USA hatten ihre gleichartig auf den Krieg zusteuernden grauen Eminenzen, Wilson mit House - Roosevelt mit Baruch, Frankfurter und Morgenthau.

Die englische Regierung im Kabel von US-Botschafter Page aus London an Wilson am 3.9.1916: *„Hier hofft man ..., daß keine US-Regierung den Frieden geschlossen haben will, ehe nicht Deutschland völlig vernichtet ist"* (H. Herda 1995, S. 49). - Churchill im November 1939: *„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands "* (U. Walendy 1967, S. 91).

Grey über den US-Botschafter Page in London: *„Für mich sind Pages Ratschläge immer von größtem Wert"* (H. Herda 1995, S. 51). - Ähnlich der US-Botschafter Bullit u. a. zu Lukasiewicz 1939 (siehe Kap. 10).

Der englische Premierminister Grey am 23.12.1920: *„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg von grundlegender Bedeutung. Sie ist die Grundlage, auf der das Gebäude des Versailler Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkenntnis widerrufen oder preisgegeben wird, wird der Vertrag zunichte gemacht"* (H. Herda 1995, S. 131).

Zur Äußerung der britischen Zeitung *Sunday Correspondent* am 16.9.1989 siehe Kap. 24.1.

Der Kriegsschuldlüge des Art. 231 des Versailler Vertrages entspricht die Grundaussage des Überleitungsvertrages von 1955 (siehe Anhang A26).

Den abgewiesenen deutschen Friedensangeboten vom Mai und vom 12.12.1916 stehen 20 abgewiesene deutsche Friedensangebote von 1939-1941 zur Seite, siehe Kap. 14.

Senator Owen 1926: *„ Wilhelm II. war der einzige nationale Führer, der, als er entdeckte, daß ein europäischer Krieg drohte, die größten Anstrengungen machte, den Krieg zu unterdrücken"* (H. Herda 1995, S. 27). Ähnlich Prof. H. Barnes 1968 über Hitler (siehe oben, Kap. 23).

Der Revolution der Linksradikalen 1918 gegen die Monarchie in Deutschland entspricht im umgekehrten Sinne die Revolte des im wesentlichen aus konservativen Kreisen stammenden Widerstandes im Juli 1944 und dessen Steuerung des folgenden militärischen Zusammenbruchs.

24 Zusammenfassung

24.1 Blick in die weitere Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges

Der Krieg von 1939 bis 1945 wurde im Rückblick auf den ersten Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 ebenso als Dreißigjähriger Krieg bezeichnet (Major, F. J. Strauß) und die Kriege zwischen 1789 bis 1815 als der zweite. Alle drei spielten sich hauptsächlich in Europas Mitte, in Deutschland, ab, mit jeweils Verheerungen größten Ausmaßes, an denen sich jeweils umliegende Großmächte, stets aber Frankreich, beteiligten. Der französische Botschafter in Bonn konnte 1983 sagen: *„ Die ganze französische Geschichte könnte seit Ende des Reiches Karls des Großen sehr gut beschrieben werden als der Kampf, die deutsche Einheit zu verhindern"* (E. Schlee 1998). Daß von Deutschland aus Analoges gegen Frankreich stattfand oder auch nur gedacht wurde, konnte bisher noch nicht ernsthaft behauptet werden.

Mit dem Zerfall des Reiches Karls des Großen in seine zwei ethnischen Bestandteile, das galloromanische Westreich und das germanische Ostreich, begann der französische Chauvinismus und Imperialismus, dem im Westen seit damals der gesamte geschlossen germanisch besiedelt gewesene Teil des Lotharingischen Mittelreiches außer den Niederlanden und Flandern mit dem Elsaß und Lothringen zum Opfer fielen.

Der erste Dreißigjährige Krieg schloß mit der Zerstückelung Deutschlands, mit einem Friedensvertrag und der Folge der Niederhaltung des Reiches. Nach dem zweiten Dreißigjährigen Krieg gelang es 1815 nicht, die deutsche Reichseinheit wieder herzustellen. Doch auch hier gab es einen Friedensvertrag.

Nachdem Bismarck 1871 nur einen Teil des ersten Reiches wieder herstellte - in dem die Rechtsinstitution des Deutschen Königreiches nur germanische Stämme umfaßte - verbanden sich mit dem französischen Revanchismus weitere und ganz anders geartete Kräfte, wie der panslavistisch-russische Imperialismus und die Hintergrundmächte der miteinander verflochtenen Freimaurer und der Hochfinanz und des Vatikan dagegen, welche den ersten Teil des dritten Dreißigjährigen Krieges vorbereiteten, mit den Schüssen von Sarajewo auslösten und mit den Völkerrechtsverbrechen der Pariser Vorortverträge 1919 abschlossen.

Im zweiten Teil dieses dritten Dreißigjährigen Krieges traten die genannten Hintergrundmächte als Auslöser noch stärker hervor, getrieben vor allem von alttestamentarischem Haß gegen alles Deutsche, und verbündet mit dem weltrevolutionären Bolschewismus. Dieser Zweifrontenkrieg wurde trotz allen deutschen Heldentums mit dem Untergang des endlich wieder geeinten Deutschen Reiches beendet, ohne Friedensvertrag, ohne vollständige Wiedererlan-

gung der Souveränität bis heute, 55 Jahre nach Kriegsende, und mit den Folgen endloser Reparationserpressungen, Anerkennung der Kriegsschuldzuweisung, Anerkennung der Völkerrechtsverbrechen der Sieger, Weitergeltung der Feindstaatenklauseln der UNO, ständiger militärischer Besetzung durch die „Befreier", Anerkennung der Geschichtsfälschungen der Sieger und deren juristischer Schutz durch Sondergesetze und Sondergerichtsbarkeit, Zwangsimport ethischer Verkommenheiten, Zerstörung des deutschen Volkes durch Einwanderungen aus aller Welt, wie von Hooton 1943 u. a. vorgeschlagen.

Die von der Weltmacht der Hochfinanz gesteuerte USA, die inzwischen ihren erst mit ihrem Gelde großgezogenen scheinbaren ideologischen Kontrahenten, die UdSSR, am 18.1.1989 mit einem einmaligen Coup zum Zerfall brachten, indem die persönlich nach Moskau geflogenen Spitzen der Wallstreet-Hochfinanz Gorbatschow zu den „Reformen" überredeten (*L'Humanité,* 19.1.1989, ein russischer General: „ *Wir haben einen großen Krieg verloren ohne einen einzigen Schuß "),* ließen einen englischen Journalisten 1989 ganz in ihrem Sinne schreiben: „ *Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen ... sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu einer regionalen Supermacht werden läßt.* ***Wir sind 1939 nicht in den Krieg getreten, um Deutschland vor Hitler und die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können"*** (E. Schlee, 1998). Ähnliche Äußerungen sind auch von Exponenten der Hintergrundmächte, z. B. von Kissinger, bekannt.

24.2 Der Zweite Weltkrieg: Ursachen, Verursacher, Kriegsschuld

Daß eine der Ursachengruppen des Krieges von 1939-1945 in den Verbrechen der Sieger von 1918 liegt, in den Pariser Vorortverträgen von 1919, in der Schaffung des Polnischen Korridors und der Freien Stadt Danzig, in dem Einfall der Sieger in das Ruhrgebiet, in der Nichtausführung der von den Siegern in jenen Verträgen übernommenen Verpflichtungen zur Abrüstung und schließlich in der Ausplünderung und Verelendung des Deutschen Volkes, das alles ist schon oft gezeigt worden. Daß die Verbrechen der völkerrechtswidrigen Friedensdiktate von 1919, die unter Zwang abgeschlossenen wurden, und als Verträge zu Lasten Dritter von Anfang an nichtig sind, zu einem guten Teil nicht kühlen Köpfen entsprangen, sondern daß viele der verantwortlichen Politiker die Gefangenen einer deutschfeindlich aufgeputschten Atmosphäre wa-

ren, ist schon viel seltener gezeigt worden. Die Hintergrundmächte in den Befehlszentralen der Medien wurden nach 1945 kaum und nicht öffentlichkeitswirksam beleuchtet. Sie erfanden im Ersten Weltkrieg u. a. die abgehackten Kinderhändchen, und im Zweiten Weltkrieg mußte es dann erheblich mehr sein, mit schwerwiegenden Folgen bis heute. Unter ihrem Einfluß wiederholen sich nach 1945 auf allen Gebieten die gleichen Verkommenheiten, Verfalls- und Zersetzungserscheinungen, wie sie nach 1918 schließlich zum Zusammenbruch der Weimarer Republik führten.

Selbst heute noch wird die deutschfeindliche Hetzpropaganda aufrecht erhalten, die in England in dem Artikel mit „Macht Euch fertig zum Kampf mit Deutschland", denn „ *Germania esse delendam " (Saturday Review* 1.2.1896), begonnen wurde. Dies wurde gerade wieder im Golfkrieg, im Jahr 1991 - 50 Jahre nach dem „Überfall auf die nichtsahnende und friedliebende Sowjetunion" - und im Mai 1995 deutlich. Unter dem Diktat dieser Medien stehen die nach 1945 aufgrund von Siegerlizenzen gegründeten Parteien, die Grünen und die Nachfolgerin der SED, die PDS. Seit damals planen die hinter den meisten Massenmedien Stehenden die Errichtung einer One-World-Herrschaft durch Kreuzzüge *„ to make the world safe for democracy ".*

Und selbst nach der bei den 2+4-Verhandlungen an das Rumpfdeutschland angeblich zugestandenen Souveränität ist nichts, aber auch gar nichts zu bemerken von Bemühungen um Revision von Geschichtsfälschungen der Sieger, Wiederherstellung des Rechts, Rehabilition jener *„Kriegsverbrecher",* die durch Rechtsbrüche und vermittels gefälschter Dokumente ermordet wurden sowie der Rehabilitation des deutschen Parlamentärs Rudolf Heß, dessen Tod im Gefängnis nach 42jähriger rechtswidriger Gefangenhaltung von der Premierministerin Thatcher zu verantworten ist. Im Gegenteil: Nach der am 27.9.1990 ergangenen *Erklärung zur weiteren Gültigkeit wesentlichen Bestimmungen des Überleitungsvertrages vom 26.5.1952* verfolgt heute der deutsche Staatsanwalt auf der *Grundlage der Festsetzungen der Sieger* diejenigen, welche die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg und viele von den Siegern behauptete, aber nicht als offenkundig anzusehende Verbrechen verneinen. Dafür ist die verfassungsmäßig garantierte Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit beschnitten worden. Zugleich sind noch immer die Feindstaatenklauseln der UNO in Kraft, und immer noch sind erbeutete deutsche Archive nicht zurückgegeben. Daher kann von deutscher Souveränität nach wie vor keine Rede sein.

Die historischen Vorgänge vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg haben z. T. erstaunliche Ähnlichkeiten mit denen des Zweiten Weltkriegs, erklärbar daraus, daß in dieser Zeit fast die gleichen Gegner und Hintergrundmächte und fast die gleiche geopolitische Gesamtlage bestanden. Die beiden langfristig auf einen neuen Krieg hinarbeitenden Mächte waren Sowjetrußland

und die vor allem von der Hochfinanz gesteuerten USA, daneben Polen, Tschechoslowakei und Frankreich, in denen teilweise die gleichen Hintergrundmächte tätig waren wie in den USA. Von der Erklärung Stalins in der Geheimsitzung der Kominternfunktionäre im Jahre 1925 über die Ingangsetzung der Mobilmachung am „Tag M", dem 19.8.1939 (V. Suworow 1994), über seinen Geheimbefehl 1943 bis zu den Vorgängern Gorbatschows war das Ziel die kommunistische Weltrevolution. Die militärischen Zusammenbrüche des Deutschen Reiches und Japans, wie sie 1945 erfolgten, waren die Vorbedingungen zur Ausbreitung der Weltrevolution in Europa und Asien.

In den USA beschloß die Hochfinanz, die mit lang vorgeplanten Manipulationen am 24.10.1929, dem *Schwarzen Freitag,* an der New Yorker Börse in einer Großaktion spekulierte und damit die Weltwirtschaftskrise auslöste, im gleichen Jahr, daß die USA eine andere Außenpolitik zu treiben hätten (C. Dali). Sie wählte ihren passenden Präsidentschaftskandidaten aus, managte ihn, propagierte ihn in ihrer Presse, finanzierte den Wahlkampf und besetzte dann die Regierungsposten mit ihren Leuten. Damals wurde beschlossen, was am 8.5.1945 vollendet wurde: die Vernichtung des Deutschen Reiches, der sich heute, ganz nach dem Muster der multirassischen, multiethnischen und multikulturellen USA, die Auflösung der europäischen Völker und des deutschen Volkes in der EG und in der Euro-Union anschließen soll. Damals, 1929, war Hitler aber noch eine politische Randerscheinung - die NSDAP hatte ganze 12 Sitze im Reichstag - und der Kreuzzug für *„Demokratie, Freiheit, Fortschritt und Humanität"* gegen die *„totalitären "* Staaten und deutschen *„ Welteroberer"* war nur das Vehikel für den Krieg, an dem die Hochfinanz dann großartig verdiente.

Roosevelt erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen glänzend, indem er die Neutralitätsgesetze der USA mit einem Ultimatum an Japan überspielte, dem dann erwartungsgemäß Pearl Harbour folgte, gleich wie er der Kriegs- -partei in England den Rücken stärkte und Chamberlain zur Garantie Polens trieb. Fast zur gleichen Zeit, am 12.1.1939, nannte der polnische Botschafter in Washington in seinem berühmt gewordenen Bericht an seine Regierung als Kriegstreiber die gleichen Namen, die bereits 1929 der-Schwiegersohn Roosevelts, Curtis Dall, im Zusammenhang mit dem Beschluß zur Wahl Roosevelts zum Präsidenten auch schon nannte: Baruch, Frankfurter und Morgenthau.

Die Hintergrundmächte, die diese drei Männer repräsentierten, und die mit ihnen verbündeten Hochfinanzkreise betrieben schon vor 1917 den Kriegseintritt der USA und Lenins Revolution. Die Entstehung von rund 25 000 neuen Millionären in der Zeit des Ersten Weltkrieges deutet an, wie sehr bereits der Erste Weltkrieg ein glänzendes Geschäft gewesen ist. Diese Mächte beherrschen weitgehend die Massenmedien und damit die Meinungsbildung der Mas-

sen. Sie standen zeitlich an erster Stelle der Kausalkette, die zum Zweiten Weltkrieg führte und an bedeutendster Stelle der Kriegsschuldigen neben ihren ideologischen Zwillingen in der Sowjetunion.

Demgegenüber ist es in höchstem Maße erstaunlich, wie objektiv die deutsche Öffentlichkeit informiert war (siehe Kap. 15, Prof. Berber sowie die deutschen Erklärungen, Anhang Al1 und Al3).

Der Reichspräsident von Hindenburg kündigte am 18.9.1927 bei der feierlichen Einweihung des Tannenbergdenkmals die Kriegsschuldlüge des Art. 231 des Versailler Diktats. Die Kriegsschuldlüge für den Zweiten Weltkrieg wurde u. a. im Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 unterschrieben und bisher nicht gekündigt, der Bundespräsident R. v. Weizsäcker vertrat sie im In- und Ausland öffentlich, während er die singulären Kriegs- und Nachkriegsverbrechen der Vertreibung *„ eine erzwungene Wanderung "* und den Tag der Kapitulation eine *„ Befreiung"* nannte, zugleich aber und den durch die US-Besatzungsmacht verschuldeten Tod von einer Million deutscher Kriegsgefangener nach dem 8.5.1945, den Mord an weiteren Millionen in Frankreich, Polen, Tschechoslowakei und Rußland, den Hungermord an etwa 5 Millionen Zivilisten u. a. m. totschwieg.

Die NSDAP entstand aus kleinsten Grüppchen. Von Beginn ab war ihr die Revision der Verbrechen der Sieger das Hauptanliegen. Und Hitler beseitigte, was Scheidemann anklagte: *„ Wir wenden uns schaudernd von jenem Mord: Wir wissen, wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben "* (siehe Anhang Al).

Nach der Regierungsübernahme am 30.1.1933 betrieb Hitler eine Gratwanderung zwischen östlicher Zwangswirtschaft und dem Kapitalismus der US-Hochfinanz und schuf sein Wirtschaftswunder vor Beginn der Aufrüstung gegen die ganze Welt, während der US-Präsident trotz des *New Deal* und einer gigantischen Aufrüstung auf 12 Millionen Arbeitslosen sitzen blieb. Hitler schaltete dabei die US-Hochfinanz aus, die vom Ersten und Zweiten Weltkrieg bis heute Kriege als gutgehendes Geschäft veranstaltet, Profitmaximierung durch Spekulation und einen brutalen Sozialdarwinismus betreibt. Mit einem vorbildlichen, damals einmaligen Sozialprogramm, das sogar von Churchill gelobt wurde, gelang es, ab 1933 die Not und die Verkommenheit im Land zu überwinden und die seit dem Kaiserreich bis heute niedrigsten Kriminalitätsraten zu erreichen.

Sämtliche Abstimmungen zur Billigung von Hitlers Politik, die Saarabstimmung, die Abstimmung über die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten, die Abstimmung über die Rheinlandbesetzung, die Abstimmungen nach den Anschlüssen von Österreich, des Sudetenlandes und von Danzig - eine Art Basisdemokratie - ergaben höchste Zustimmungen von meist weit über 90 %. Sämtliche Einschränkungen der parlamentarischen De-

mokratie wurden 1933 von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt. Das deutsche Volk sah damals das Dritte Reich für sich als die den Zeitumständen entsprechend beste Staatsform an. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfolge ab 1933 wären nach den Rezepten der Weimarer westlichen Demokratie nicht möglich gewesen. Bei andauernder Weltwirtschaftskrise waren die 6,5 Millionen Arbeitslosen vor Einsetzen der Aufrüstung fast alle wieder in Arbeit und Brot gebracht worden.

Das außenpolitische Programm der NSDAP mit Revision der Verbrechen von Versailles fand als Regierungsprogramm anfangs englische Zustimmung und der deutsch-englische Flottenvertrag von 1935 war ein Teilstück der Revision.

Alle folgenden politischen Veränderungen hatten ihre Ursachen nicht in deutschen Maßnahmen. Die Rheinlandbesetzung 1936 wurde durch die neue Einkreisung durch das französisch-russische Bündnis verursacht, der Anschluß Österreichs durch Schuschniggs geplante Volksabstimmung, der Anschluß des Sudetenlandes durch Beneschs Maßnahmen zur Unterdrückung der Sudetendeutschen. Alle diese Veränderungen erreichten unter dem Zwang der Gegenkräfte Eigendynamik mit Versuchen, Lösungen zu vereiteln. In der Sudetenkrise griff erstmalig der deutsche Widerstand verschärfend ein und in der Polenkrise zusätzlich Roosevelt. Bei der Vereinigung Österreichs mit dem Reich spielte bereits die Einkreisung durch die Militärabkommen Frankreichs mit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion eine Rolle, indem die deutschen Truppen den Auftrag erhielten, die österreichische Grenze gegen die hochaufgerüstete Tschechei zu sichern und beim Einmarsch in die Tschechei nach dem *Hitler-Hacha-Vertrag* die Bedrohung des Deutschen Reiches durch die gleichen Militärabkommen und besonders durch die dortigen Luftwaffenbasen der UdSSR auszuschalten.

Das Deutsche Reich hatte bis zum Kriegsausbruch keine britischen Interessengebiete in Westeuropa oder darüberhinaus verletzt - ausgenommen der Verstoß gegen die Crovesche Doktrin der *balance of power*, da es durch Volkszahl und Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts zu mächtig geworden war. Es stellte an Frankreich, Italien, Belgien oder Dänemark keine Forderungen. Auch der *Hitler-Hacha-V ertrag* wurde noch am Tage der Unterzeichnung von der englischen Regierung toleriert, selbst gegenüber Polen bestand bis zum Kriegsausbruch der Wunsch zur freundschaftlichen Verständigung.

Soviel Hitler vom germanischen britischen Brudervolk sprach, unterschätzte er völlig den Einfluß der internationalen Hochfinanz in der englischen Aristokratie und auf die englische Regierung. In der Person von König Eduard VII. war eine Fülle von Aktivitäten der Freimaurer gebündelt.

Für Hitler war die bolschewistische Bedrohung, die er, wie sich dann zeigte, richtig einschätzte, und ihre Abwehr das wichtigste Faktum seiner Politik.

Daraus folgte seine stete Bemühung um Ausgleich und Freundschaft mit England. Die bolschewistische, ideologisch vorgeprägte Weltgefahr war der englischen Regierung wenig bewußt, und Roosevelt paktierte mit ihr. Die US-Hochfinanz hatte mit ca. 30 Millionen Dollar Lenins Revolution 1917 erst ermöglicht (G. Allen 1971, S. 97) und ihren Fortgang später weiter finanziert. Hitler hatte keinen ihm angedichteten Langzeit-Stufenplan zur Weltherrschaft mit dem Ziel eines „ *rasseideologischen Vernichtungskrieges gegen den Todfeind im Osten "* (Hillgruber, Mommsen, Schlie). Er benutzte aber zur Revision jede sich ihm bietende Gelegenheit. Er hatte auch keinen Kriegsplan (Schustereit), selbst nachdem der Krieg durch Roosevelt mittels England und Polen ausgelöst worden war.

Daß es unmittelbar nach Rückkehr vom Abschluß des Moskauer Vertrages Ribbentrop gelang, Hitler zum Widerruf des Einmarschbefehls nach Polen für den 26.8. zu bewegen (A. v. Ribbentrop 1963), beweist, daß der Moskauer Vertrag samt geheimem Zusatzabkommen deutscherseits nicht als Rückendeckung für einen Krieg gegen Polen beabsichtigt war und benutzt wurde, sondern als Beginn einer auf lange Sicht angelegten Zusammenarbeit mit Rußland. Stalin dagegen hatte am 19.8.1939 sämtliche Anordnungen für eine auf etwa 2 Jahre berechnete Mobilmachung (Suworow 1994) für die große „Befreiung" Europas gegeben und hatte am Abend des 23.8. in seiner Datscha gesagt: *„Ich habe ihn* [Hitler] *überlistet"* (S. Talbott 1971, S. 128).

Für Chamberlain gab es nach den beiden Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleichs mit dem Deutschen Reich oder seiner Bekämpfung gemäß der Croveschen Doktrin noch die dritte Möglichkeit, Deutschland mit der vom Widerstand versprochenen Revolution zu schwächen. Aus diesem Grunde billigte Chamberlain in der Sudetenkrise die tschechische Generalmobilmachung. Nach Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren wurde er von Roosevelt durch Bullit am 31.3.1939 zur Polengarantie gedrängt. Im Schutze dieser Garantie wurde die deutsche Volksgruppe in Polen, nachdem seit 1918 schon rund 1,5 Millionen Deutsche vertrieben worden waren, noch schärfer als bisher verfolgt, es kam zu tausenden von Morden, sogar zu Mordaufrufen durch katholische Geistliche, und Zehntausende flohen: es war ein Genozid im Gange, im Sinne der späteren *Konvention gegen Völkermord* von 1948. Im Juli 1939 schlug Hitler vor, die Lösung der Danzigfrage um Jahre zu verschieben, nachdem die polnische Regierung erklärt hatte, auch jede friedliche Veränderung des status quo von Danzig sei der *casus belli.* Am 31.8.1939 erklärte der polnische Botschafter Lipski, man warte auf den Kriegsausbruch, um auf Grund der dann vom Widerstand versprochenen Revolution den Marsch nach Berlin anzutreten. Die polnische Generalmobilmachung, mit welcher der Krieg begann, war von Chamberlain gebilligt, weil ihm der Widerstand bei einem Kriegsausbruch die sofortige Beseitigung Hitlers zugesagt hatte. Aber die Re-

volution blieb aus. So nahm diese Tragödie trotz vielfältiger deutscher Bemühungen der letzten Tage, den Frieden zu retten, die mit den deutschen Angeboten der Mission des Dr. F. Hesse am Abend des 1.9.1939 fast die Annahme des folgenden englischen Ultimatums waren, ihren Lauf.

Dem Widerstand standen durch Canaris an der Spitze der Abwehr alle militärischen Informationen und durch von Weizsäcker im Auswärtigen Amt alle politischen Informationen zur Verfügung, die erkennen lassen mußten, daß es sich um einen lang geplanten Vernichtungskrieg gegen das Deutsche Reich und das Deutsche Volk handelte. Trotzdem übte der Widerstand nach dem damaligen Recht Landes- und Hochverrat, beeinflußte die englische Regierung in ihrer Kriegsentscheidung, arbeitete auf den Zusammenbruch der Ostfront sowie der Westfront im Sommer 1944 hin und war damit mitverantwortlich für den Kriegsausbruch, für das Vordringen der Sowjets bis über die Elbe, den Genozid der Vertreibung an den Ostdeutschen, für die Errichtung des Sowjetsystems in der DDR und die dortigen Vernichtungsaktionen und sonstigen Verbrechen sowie des Systems im Westen mit teilweise ähnlichen oder anderen Verbrechen.

Durch die kriegsähnlichen, von Polen provozierten Zustände an der Grenze mit Einfällen in das Reich (Anhang A9), durch den Genozid an der deutschen Volksgruppe in Polen mit über 1,5 Millionen Vertriebenen zwischen 1919 bis 1939, mit rund 3 500 Ermordeten vor dem 1.9. und etwa 50 000 Toten in den Tagen danach - über beides wurde die englische Regierung von der deutschen auf dem laufenden gehalten -, dann durch die polnische Generalmobilmachung, durch die mit Fälschungen und Lügen hintergangenen deutschen Verhandlungspartner mit ihren konstruktiven Vorschlägen und durch die abgelehnten deutschen Friedensbemühungen der letzten Tage wurde die deutsche Notwehr am 1.9.1939 erzwungen, von der Halifax sagte: *„Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen ...* " Daß die polnische Bitte um militärische Hilfe unbeantwortet blieb, zeigt, daß der polnische Chauvinismus mit seinen völlig irrealen Großmachtträumen nur das planmäßig ausgesuchte Mittel zum Kriege war.

Am 3.9.1939 erklärten England und Frankreich Deutschland mittels Ultimaten den Krieg. Sie weiteten damit ohne Notwendigkeit den Konflikt aus, zugleich unterließen sie aber eine Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, die ja gleichfalls in Polen einmarschierte. Nach Kriegsbeginn 1939 fanden bis zum Kriegsbeginn gegen Rußland noch fast 20 Friedensbemühungen von deutscher Regierungsseite an England und die USA statt, sie scheiterten alle. Angeboten wurden u. a. Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenzen, die staatliche Wiederherstellung von Polen und der Tschechei, Lösung der Bündnisse mit UdSSR und Japan bis zu innenpolitischen Veränderungen in der Reichsregierung (Hackert) - insgesamt kaum mehr zu überbietende Selbstverleugnungen. Von

der Gegenseite kam kein einziger Friedensvorschlag, wohl aber die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation.

Während Roosevelt seinen Krieg gegen Deutschland seit 1933 mit langer Planung konsequent vorbereitete (D. Bavendamm 1993), dienten alle großen deutschen militärischen Unternehmungen der präventiven Abwehr äußerer Bedrohungen: Der Polenfeldzug, nach den vorausgegangenen Genozidmaßnahmen, dann den zahlreichen militärischen Grenzverletzungen der Polen und ihren klar zum Ausdruck gebrachten Kriegs- und Eroberungsabsichten, diente vor allem der Abwehr des Genozids an der deutschen Volksgruppe, der bereits bei staatlich organisierten Massenmorden an Deutschen angelangt war. Der Frankreichfeldzug kam nach den Kriegserklärungen von England und Frankreich einer französischen Offensive durch Belgien und Holland kurz zuvor. Der Feldzug in Norwegen kam der englischen Invasion z. T. nur um Stunden zuvor. Der Balkanfeldzug wehrte nach dem Scheitern italienischer Eroberungen die englische Invasion nach dem Putsch in Jugoslawien ab und kam dem russischen Festsetzen auf dem Balkan zuvor. Der Präventivkrieg in Rußland schließlich kam nach dem größten Aufmarsch, den die Weltgeschichte je sah, der mit mehr als 250 000 Mann bereitgestellten NKWD-Truppen geplanten *„Befreiung"* Europas (d. h. Ausmordung der Eliten und anderer Gruppen) nur um 14 Tage zuvor.

Deutsche Bemühungen um staatliche Wiederherstellung Polens nach dem Ende des Polenfeldzuges im September 1939 scheiterten an der russischen Ablehnung, deren Ursache die russische strategische Forderung war, daß für einen Überraschungsangriff eine gemeinsame Grenze zum Gegner bestehen müßte (Suworow).

Die Kriegsausweitung im Osten am 22.6.1941 wurde am 19.8.1939 mit dem Beschluß des Poltibüros unter Vorsitz Stalins eingeleitet, die große *„Befreiung "* Europas ins Werk zu setzen, nachdem sich der von Roosevelt und Chamberlain angestiftete deutsch-polnische Krieg abzuzeichnen begann. Bereits vier Tage später konnte der deutsch-russische Vertrag geschlossen werden, der infolge vorsätzlicher Täuschung Deutschlands von Anfang an nichtig war, aber den Erfolg des Präventivkrieges gegen Frankreich erst ermöglichte.

Infolge der mit Roosevelts Hilfszusagen vollzogenen Einkreisung, die flankiert wurde von einer von den Hintergrundmächten in den USA gesteuerten Medienhetze ohne Beispiel, war der deutsch-russische Vertrag die einzige verbliebene Möglichkeit, diese Einkreisung aufzuhalten und den drohenden Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Doch Stalin plante, in den sich abzeichnenden Krieg als letzter einzugreifen.

Während im Frühjahr 1940 hinter der Grenze im Osten bereits 150 russische Divisionen nur 6 deutschen gegenüberstanden, wurden noch *nach* Ende des Frankreichfeldzuges 35 deutsche Divisionen demobilisiert. Bereits damit

sind die Ansichten der beamteten Lehrmeinung und der Lizenzmedien, der Rußlandkrieg sei ein rassenideologischer und langgeplanter Vernichtungskrieg[32] gewesen, der aus Hitlers Buch *Mein Kampf* folge, widerlegt. Wenn diesem Buch jedoch die Proklamationen, Programme, Bücher und Reden der deutschfeindlichen Seiten in der gleichen Zeit gegenübergestellt werden [33] - was geflissentlich unterbleibt -, werden Hitlers damalige Gedanken als Gefangener in Landsberg während der Ruhrinvasion Frankreichs, die sich bei damaligen konservativen Autoren ebenso finden, um Größenordnungen übertroffen.

Das Geheimprotokoll zum Vertrag vom 23.8.1939 wurde russischerseits gewünscht und diktiert und enthielt die bereits von England und Frankreich zugestandene Auslieferung der drei baltischen Staaten an das Interessengebiet der Sowjetunion. Die Grenze der in dem Geheimprotokoll festgelegten Interessengebiete war die Curzon-Linie, welche die Gebiete mit polnischer von russischer ethnischer Mehrheit trennte. Rußland hatte also einen Rechtsanspruch auf die ihm nach 1918 von den Polen geraubten Gebiete, ebenso wie ein deutscher auf die ehemals deutsch besiedelten Gebiete, die 1918/19 und 1945 annektiert wurden, besteht.

Während in der Sitzung des Politbüros unter Vorsitz Stalins am 19.8.1939 der Mobilmachungsplan mit sämtlichen Richtlinien für den Aufbau der Angriffsarmeen und deren Aufmarsch in die Bereitstellungsräume in Kraft gesetzt wurde (Suworow 1989, 1994), wurde die Weisung 21 für den Fall *Barbarossa* von Hitler erst erteilt, nachdem der russische Aufmarsch erkannt war und Molotow im November 1940 in Berlin die für ganz Europa unannehmbaren Forderungen gestellt hatte. Mit dieser Weisung 21 war noch kein Angriffstermin festgelegt. Bei der Planung der Abwehr dieser Bedrohung sind inkriminierte Stichworte wie *„ Gewinnung von Lebensraum im Osten "* und *„Judenvernichtung"* nicht gefallen. Erst nachdem die Revolution in Serbien als Mittel des russischen Zugriffs auf den Balkan erkannt und der Balkanfeldzug entschieden war, legte Hitler den 22.6.1941 als Angriffstermin fest, der *„schwerste Entschluß seines Lebens "*.

Der deutsche Angriff stieß in die letzte Phase des russischen Aufmarsches hinein, nachdem Stalin am 13.6.1941 das feldmarschmäßige Vorgehen aus den Bereitstellungsräumen und die Grenzüberschreitung zum 6.7.1941 befohlen hatte. Mit weit unterlegenen deutschen Kräften - es standen 3 700 deutsche gegen 21 000 russische Panzer - gelang es, den Aufmarsch zu zerschlagen und Europa zur Hälfte vor der größten Gefahr, die je in seiner Ge-

---

[32] Anm.: Der Begriff „rassenideologischer Vernichtungskrieg" wurde von Hillgruber erfunden (A. Hillgruber 1965) und spielt auch heute noch in der deutschfeindlichen Agitation eine herausragende Rolle.

[33] Anm.: z. B. die bekannte Äußerung Clemenceaus, es gäbe 25 Millionen Deutsche zuviel.

schichte aus dem Osten drohte, der Bolschewisierung, zu retten. Dieser Einsatz hatte welthistorisch richtungsweisende Bedeutung und steht neben dem Sieg Armins 9 n. d. Ztr., Schlacht an der Nedao 453, Poitiers 732, Riade 933, Lechfeld 955, Liegnitz 1241, Wien 1683, Leipzig 1813 und Tannenberg 1914. Er hatte den Erfolg, daß Stalin trotz der folgenden Niederlage der Deutschen *„nur das halbe Europa erhielt"* (Suworow). Er ermöglichte die weltpolitische Entwicklung bis heute und schließlich den Zusammenbruch des Bolschewismus unter Gorbatschow und die kleinstdeutsche Wiedervereinigung. Da Stalin das bereits nach dem 22.6.1941 erkannt hatte, verzichtete er am 23.6.1945, die Siegesparade in Moskau abzunehmen (Suworow **2000).**

Daß etwa 1 Mill. Soldaten der UdSSR nach ihrer Gefangennahme auf deutscher Seite im Einsatz waren, in Stalingrad allein 20 000, widerlegt die Behauptung der Medien und der Heer-Reemtsma-Ausstellung, die deutsche Besatzungspolitik habe nur aus Verbrechen bestanden (siehe Anhang Al7).

Da sich Hitler auch durch die Steigerung der Provokationen bis zum Schießbefehl auf deutsche Kriegsschiffe nicht von Roosevelt beeinflussen ließ, konnte dieser sein Ziel, den Kriegseintritt, nur mit einem für Japan unerfüllbaren Ultimatum mit den Folgen der Vernichtung von Teilen seiner Pazifikflotte in Pearl Habour erreichen (H. Fish).

Mit einem Heldentum ohnegleichen gelang es der deutschen Wehrmacht bis 1944 der russischen Übermacht standzuhalten, ein beispielloser deutscher Opfergang für Europa. 1943/44 betrug die Überlegenheit der Roten Armee bei der Infanterie 11:1, bei den Panzern 7:1, bei den Geschützen und Granatwerfern 20:1. Noch beim letzten Angriff auf Berlin hatten die eingesetzten 1,6 Millionen Russen 300 000 Mann Verluste. Der Widerstand hingegen arbeitete im Sommer 1944 auf den Einsturz der Ostfront wie der Westfront hin und half damit, dieses größte Nibelungendrama der deutschen Geschichte zu vollenden.

Die Gesamtbeurteilung nach den heute offen liegenden Quellen ergibt, daß unter den leitenden Staatsmännern Chambcrlain, Churchill, Daladier, Roosevelt und Stalin keiner war, der den Krieg vermeiden wollte. Die unmittelbare Verantwortung für den deutsch-polnischen Krieg tragen Halifax und Beck, für den europäischen Krieg Halifax und für die Ausweitung zum Weltkrieg Roosevelt und Stalin. Die Letztvcrantwortlichen für die Entwicklungen zum Zweiten Weltkrieg sind die Träger der zwei, aus der westlichen Aufklärung herausgewachsenen - und auf wissenschaftlich als falsch erkannten Grundlagen beruhenden - Ideologien des Marxismus-Leninismus und des liberalistisch-materialistischcn Kapitalismus und der dahinterstehenden „überstaatlichen Mächte" mit ihren umfassenden bis totalitären Weltherrschaftsansprüchen. Diese Ent-

Wicklungen wurden eingeleitet mit dem 1927 von Stalin verkündeten ersten Fünfjahresplan zur Aufrüstung und Vorbereitung der Weltrevolution, sowie 1929 mit dem Beschluß der Exponenten der kapitalistischen Hochfinanz der Wallstreet, Roosevelt zum Präsident zu machen, zu einer Zeit, als in den beiden deutschen Staaten der Nationalsozialismus noch eine völlig untergeordnete Rolle spielte. Seine erste Amtshandlung war die Anerkennung der UdSSR. Damit wurde die Entwicklung zu dem Deutschland aufgezwungenen Zweifrontenkrieg eingeleitet.

Weil aber ohne das Geld der Hochfinanz die bolschewistische Revolution von 1917 nicht gelungen wäre, sind die Hochfinanz und die von ihr gesteuerten Mächte der letzte Verursacher und Hauptschuldige.

Das Ergebnis der Forschungen führender Historiker aus den USA und England ist, daß Hitler im Gegensatz zu seinen Gegnern keine Weltherrschaftspläne hegte und das Deutsche Reich keine unmittelbare Kriegsschuld trifft. Diese Meinung herrscht jedoch unter den führenden Historikern aus der Bundesrepublik nicht vor.

Es sind zahlreiche Äußerungen von Politikern und Staatsmännern aus der *„westlichen Wertegemeinschaft"* aktenkundig, aus denen eine Art alttestamentarischer Haß auf alles Deutsche spricht, dem die Regierungsform und politische Richtung in Deutschland völlig gleichgültig ist. Es ging diesen Männern um das nach 1918 nicht erreichte Kriegsziel der Vernichtung des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes.

Zwischen der Beendigung der Kampfhandlungen am 8.5.1945 und den Kriegsbeendigungserklärungen der Westmächte 1951 und der Sowjetunion 1955 starben noch ungefähr 12,5 Millionen Deutsche durch völkerrechtlich unverjährbare Kriegsverbrechen der Sieger. Das Gericht darüber steht noch aus.

Da hier die Aufgabe dieses Buches endet, sei der folgende Nachtrag gestattet.

Es ist oft nach den Gründen für die Fortsetzung des Kampfes in aussichtslosen Lagen nachgedacht worden, so auch für die Lage nach der sich abzeichnenden Niederlage ab 1943/44. Doch auch hier hat das Aushalten den nachträglichen Sinn erhalten, daß die treibenden Kräfte in den USA endlich die Gefährlichkeit der mit ihren Dollars 1917 und später großgezogenen Weltrevolutionäre erkannten. Da sie am Brennpunkt des Geschehens deutsche Hilfe brauchten, setzten sie den Morgenthauplan aus, den ersten Glücksfall für das weitere Überleben Deutschlands und des deutschen Volkes. Nach Clausewitz liegt in einem ehrenvollen Untergang die Verheißung der Zukunft beschlossen.

Auch die Ausraubung einer der im Weltmaßstab größten Uranlagerstätten im Erzgebirge durch die Russen, die in ihrem Riesenreich nichts Vergleichba-

res haben, hat den nachträglichen Sinn, daß aufgrund der Existenz der russischen Atommacht durch russischen Einspruch der erste Golfkrieg vorzeitig beendet werden konnte, mit erneutem Einspruch 1998 der zweite verhindert werden konnte und der Krieg gegen Serbien 1999 auch vorzeitig abgebrochen werden mußte.

So steht nun dem Imperialismus der kapitalistischen Hochfinanz mit ihrem Griff nach der absoluten Weltherrschaft die Großmacht Rußland gegenüber, die jetzt - nach Erkenntnis und langsamer Eingliederung ihrer germanischen Frühgeschichte in ihr Weltbild - keine Weltherrschaftsgefahr mehr ist. Die einzige Gefahr ist jetzt diese kapitalistische Hochfinanz, die gemäß alttestamentarischem Gebot die Vernichtung der Völker und ihren Kulturen betreibt.

25 Der Weg zum Frieden

Die westliche Welt und die westlichen Demokratien werden aus dem Hintergrund in erheblichem Maße von der Hochfinanz regiert. Einige ihrer hier genannten bekannten Namen sind Rothschild, Rockefeller, Baruch, M. Schiff, Warburg. Die Roosevelts sind darunter nur kleine Leute. Vom Diktat der von ihr gesteuerten Weltpresse wird die westliche Demokratie als unverzichtbare *Endlösung* hingestellt, mit der jede weitere Entwicklung aufhört, ob sie zu den Völkern paßt oder nicht. Die Stichworte dazu und zur Weltherrschaft der Hochfinanz sind vor allem *Globalisierung* der Wirtschaft und Globalisierung aller mit dem Liberalismus geborenen Verkommenheiten. In den USA gibt es jährlich bereits 30 000 Morde und 70 000 Aidstote. Für uns galt bisher das Wort aus der Proklamation des südtiroler Bauernkriegsführers Michael Gaismair: *Gemeinnutz geht vor Eigennutz.* Im Liberalismus gilt mit Adam Smith die Umkehrung. [34]

Jedes Volk hat seinen eigenen, vor allem genetisch, religiös, kulturell, sprachlich und durch Schicksal bestimmten und weitergegebenen Charakter. Es besitzt damit eine eigene Wertordnung und hat einen naturrechtlichen An-

---

[34] Anm.: Nicht zu verwechseln mit dem Spruch: *„Du bist nichts, Dein Volk ist alles"* oder mit verwandten totalitaristischen Sprüchen von kommunistischer, römisch-katholischer u. a. Seite. Die Betonung liegt auf „Nutz" = „Nutzen". Praktisch vorgelebt und in seinen *Politischen Testamenten* und seinem *Antimacchiavell* thematisiert wurde das von Friedrich dem Großen. Davon unberührt bleiben vor allem die Rechte des Einzelnen, der Gruppe, des Volkes auf Schutz des Lebens, der körperlichen, seelischen und genetischen Unversehrtheit, der Menschenwürde und der Geistesfreiheit.

spruch auf eine eigene Weltanschauung und Kultur, eine eigene Rechtsordnung, eine eigene Staatsordnung, eine eigene Wirtschaftsordnung und somit auf eine eigene Identität bzw. ein eigenes Volksbewußtsein und einen eigenen Volkswillen. Mit dem völkerrechtlich anerkannten Selbstbestimmungsrecht verfügt es über das übergeordnete Recht auf eigene Gestaltung in allen diesen Bereichen, d. h. auf Selbstverwirklichung im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Freiheits- und Friedensordnung innerhalb des eigenen Staates und in bezug auf andere Staaten. Der Begriff *Nation* dagegen wird meist völlig falsch verwendet. Im Vielvölkerstaat der UdSSR gab es den sowjetischen Einheitsmenschen, die *sowjetische Nation* und der US-Präsident redet sein Rassen- und Völkergemisch an als *Amerikanische Nation.* Nation kommt aber von *nasci*, lat. geboren werden, und bedeutet im humanbiologisch richtigen Sinne Volk als Abstammungsgemeinschaft. Mit dem wissenschaftlich, insbesondere humanwissenschaftlich begründeten Weltbild, das die Verschiedenheiten der Völker als Produkte der Evolution anerkennt, sind *One World, Weltregierungen* und *Eurodiktatur* unverträglich.

„Die ethnischen Konflikte sind das Resultat multikultureller Völkergefängnisse. Dort, wo sich Völker kulturell autonom entwickeln können, herrscht ein hohes Maß an innerem Frieden. Der Nationalstaat [im Sinne von Volksstaat, d. Verf.] *ist kein Rückfall in die Vergangenheit. Ganz im Gegenteil: ein Rückfall in die Vergangenheit ist die Utopie eines Europas, bestehend aus Europäern ohne Nationalitäten"* (O. Oesterle, *Junge Freiheit*, 11.10.1996). Die multiethnische Eurodiktatur wird daher genauso untergehen wie die von den Siegern nach 1918 und 1945 zusammengeflickten multiethnischen Staaten und wie die UdSSR.

Das Grundgesetz trägt dem Rechnung, indem der Begriff *Deutsches Volk* auch mit qualifizierter Mehrheit aus dem GG nicht entfernbar ist oder durch modische liberalistische Worthülsen wie Bevölkerung u. a. ersetzt werden kann. Das Bundesverfassungsgericht bestimmte am 21.10.1987 im sog. Teso-Urteil: *„Es besteht die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des Deutschen Staatsvolkes. "* Zur Identität gehören die demographische und ethnische Erhaltung und Entfaltung unseres Volkes, seiner Sprache, seiner Kultur, seines Rechtslebens und seines Staates, aber auch die eigene Verfügung über die Lenkung der Staatsgeschäfte, seine Rohstoffgrundlagen, seine Wirtschaft, seine Finanzen und sein Geld. Damit sind bereits die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in der EU ebenso rechtswidrig wie die Abtretung von Souveränitätsrechten an die Eurodiktatur, die Abschaffung der eigenen Währung, der Zwang zur Aufhebung von Schutzmaßnahmen zugunsten einer eigenständigen Wirtschaft und gesunden Nahrungsversorgung (siehe z. B. den Zwang zur Einfuhr von britischem Rindfleisch und die Aufweichung der deutschen Lebensmittelbestimmungen), sowie alle zur kapitalistischen Pro-

fitmaximierung gesteuerten Einwanderungen, die massenhafte Einbürgerung von nichtdeutschen Ausländern und die von der Eurodiktatur betriebene neomarxistisch-neofaschistische Egalisierung aller Lebensbereiche in allen europäischen Staaten.

Der westliche Liberalismus und der Marxismus haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung. Beide beruhen auf falschen Weltbildern und sind gemeinschaftsfeindlich und inhuman, also gemeingefährlich. Alle heutigen Absichten zur Errichtung von Weltregierungen sowie die Eurodiktatur, die bei den *Bilderbergern* erfunden worden sein soll, sind Produkte des westlichen Liberalismus. Alle unsere Parteien außer den geistesverwandten Grünen und der neomarxistischen PDS sind selbstbestimmungswidrig von den Siegern lizensiert und Produkte dieses Liberalismus und haben wissenschaftlich falsche Weltbilder zur Grundlage.

Nur das Selbstbestimmungsrecht führt aus der Sackgasse heraus. Es heißt nicht Selbstbestimmungsrecht der Nationen, der Bevölkerungen, beliebiger Ansammlungen oder Individuen, sondern Völker. Es wurde bereits im Ersten Weltkrieg vom westlichen Liberalismus - man könnte fast sagen in selbstmörderischer Absicht - erfunden und von Wilson 1917 verkündet, um das österreichische Kaiserreich nach den Forderungen der Freimaurer zu zerstören und im Zweiten Weltkrieg benutzt, um gegen die frei erfundenen deutschen Weltherrschaftspläne vorzugehen. Zur Globalisierung ist es nur hinderlich und es gibt Bestrebungen, es abzuschaffen. Der US-Imperialismus setzt sich immer wieder darüber hinweg. Als Bundespräsident träumte Herr Herzog wohl schon von der Abschaffung des Selbstbestimmungsrechtes, als er kundtat, daß er die Nationen beseitigt sehen will.

Das Selbstbestimmungsrecht ist mit dem Unterfall des Heimatrechtes seit der *Konvention über das Recht der Verträge* von Wien 1969 *ius cogens*, zwingendes Völkerrecht. Es ist den innerstaatlichen Rechten übergeordnet, ebenso wie dem Existenzrecht bestehender Staaten. Es gilt auch für Vertriebene bezüglich ihrer Herkunftsgebiete. Verträge unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, auch wenn das stillschweigend geschieht, und unter Anerkennung von Völkerrechtsverbrechen sind mindestens seitdem ungültig. Darunter fallen nicht nur die Pariser Vorortverträge von 1919, mit denen entgegen dem Selbstbestimmungsrecht die neuen polyethnischen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien unter den neuen Herrenschichten der Polen, Tschechen, Serben und Rumänen errichtet bzw. vergrößert wurden und nach 1945 wiedererrichtet wurden, sondern auch die Verträge der BRD mit Polen und Tschechien sowie der 2+4-Vertrag, der unter Druck abgeschlossen wurde und mit dem ein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich verhindert werden sollte. Nur an Durchsetzungsmöglichkeiten für das Selbstbestimmungsrecht mangelt es.

Diese neuen polyethnischen Staaten sollten 1919 die beiden deutschen Staaten wieder einkreisen, z. T. waren sie bereits für neue Konflikte vorgesehen, wie das Politiker der Alliierten bereits für Polen 1919 aussprachen und wie es sich dann 1939 auch bestätigte.

Die Vertreibungen und die folgenden Genozide an Deutschen begannen bereits nach 1919 in Polen. Dort wurden bis 1939 1,5 Millionen Deutsche zur Auswanderung gezwungen, einige tausend wurden umgebracht. Ab 1945 wurden wieder unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, dem Sudetenland und dem Balkan 18 Millionen Deutsche - angeblich auf „legale" Weise - vertrieben, wobei etwa 3 Millionen zu Tode kamen. Der Hinweis, daß diese Vertreibungen legalisiert worden seien, diente den Serben zur Rechtfertigung der Vertreibung der Kosovo-Albaner und schon vorher im Balkankrieg nach 1990 für die damaligen Vertreibungen, und er dient den Tschechen als Vorwand zur Aufrechterhaltung der Beneschdekrete. Nur Kroatien und Slowenien konnten mit deutscher Hilfe sowie die Slowakei aus eigenen Mitteln, unter Berufung auf ihr Selbstbestimmungsrecht ihre eigenen Staaten errichten. Mit allen Mitteln versuchte der US-Imperialismus Großserbien zu retten und mit dem Geheimvertrag von Ramboillet das gesamte Serbien zu besetzen. In Bosnien wurde die versuchte ethnische Entflechtung von den USA verhindert. Da Verträge auf der Grundlage eindeutiger und schwerer Rechtsbrüche aus sich selbst heraus nichtig sind, fehlt allen derartigen Verträgen die Bindungswirkung aber auch schon vor dem Abschluß der *Konvention über das Recht der Verträge.*

Vor der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes müssen die supranationalen, völkerzerstörenden Beeinflussungen rückgängig gemacht werden. Rückgängig gemacht werden müssen die Identitätszerstörungen durch die Meinungssteuerungen, die Zerstörungen der Wert-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen, vor allem aber die Unterwanderungen, die auch Verbrechen im Sinne der *Konvention gegen Völkermord* von 1947 sind.

Es müssen undemokratisch-autoritäre Gesellschaften mit Weltherrschaftsansprüchen überwunden werden, vor allem solche, die geheimbündlerisch gesteuert sind.

Für ethnisch nicht entmischbare Räume müssen *Konventionen für Volksgruppenrechte* erstellt und in Kraft gesetzt werden, so wie solche bereits ab 1939 für die deutschen Volksgruppen auf dem Balkan durch Verträge mit dem Deutschen Reich geschaffen wurden. Es muß Sorge getragen werden, daß ethnische Säuberungen, wie sie im größten Maßstab am Ende des Zweiten Weltkrieges und bis heute stattfanden, sich nicht wiederholen können. Durch offene oder stillschweigende Anerkennung oder Tolerierung von Kriegsverbrechen, Vertreibungen und Annexionen kann kein neues Recht entstehen und einem neuen Europa zugrunde gelegt werden (H. Übelacker 1992). Es müssen

die völkerrechtlich unverzichtbaren und unverjährbaren Rechtsansprüche der durch ethnische Säuberungen Vertriebenen anerkannt werden und ihren Rechtsansprüchen muß zum Durchbruch verholfen werden. Schließlich müssen alle Weltherrschaftsansprüche, gleich aus welchen Motiven auch immer, seien sie nun religiöser, ideologischer, politischer oder wirtschaftlicher Art, überwunden werden.

Veränderungen positiver Art, d. h. solche, die sich auf den freien nicht manipulierten Willen der Völker gründen, können nur stattfinden, wenn anstatt falscher Ideologien aufgrund von wissenschaftlich falschen Weltbildern künftig ein wissenschaftlich einwandfrei begründetes, ethisches, und darauf fußend ein politisches Umdenken weite Bevölkerungskreise ergreift.

26 Die Rechtslage der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff Deutschland ist nicht staatsrechtlicher Art, sondern bezieht sich auf das Wohngebiet des Deutschen Volkes, das bei Kriegsende die Gebiete der dann folgenden Staaten Bundesrepublik Deutschland, Republik Österreich und Deutsche Demokratische Republik umfaßte, von den vom Reich getrennten Auslandsdeutschen abgesehen. Infolgedessen ist die Behauptung, mit der kleinstdeutschen Wiedervereinigung, der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages am 12.9.1990, sei die Wiedervereinigung vollendet, weil sich das gesamte deutsche Volk in der erweiterten BRD befinde, falsch.

1. Allen Diskussionen um die Rechtslage der BRD ist übergeordnet, daß mit GG Art. 25 das Völkerrecht dem deutschen und anderen Recht vorgeht. Schon aus diesem Grunde sind sämtliche Entscheidungen, Rechtssetzungen und Verträge über Deutschland, welche die Besatzungsmächte trafen und die Befugnisse von Besatzungsmächten überschritten, was insbesondere die Art. 45 bis 47 und 53 der geltenden Haager Landkriegsordnung von 1907 betrifft, völkerrechtswidrig und seit der Konvention über das Recht der Verträge von Wien 1969 ungültig. Das gleiche gilt für Verträge der BRD über Gebiete des Deutschen Reiches.

2. Das Deutsche Reich besteht seit 1945 fort, seit 1949 als Teilnachfolger unter dem Namen »Bundesrepublik Deutschland« (Bundesverfassungsgericht 1973, 1975, 1987). Kein Teilnachfolger ist berechtigt, für das Deutsche Reich zu handeln. Infolgedessen kann die BRD nicht über Gebiete befinden, die zum Deutschen Reich gehörten und gehören und die

niemals Teile der BRD waren.

3. Das Selbstbestimmungsrecht ist seit 1945 zwingendes Völkerrecht (ius cogens) geworden und ist Teil der Wiener Vertragsrechtkonvention vom 23.5.1969. Infolgedessen kann keine deutsche Regierung auf annektierte Reichsgebiete einschließlich des Sudetenlandes ohne Zustimmung der von dort vertriebenen oder noch dort wohnenden Bevölkerung verzichten.

   Jeder Vertrag und jede Erklärung von deutschen oder anderen Regierungen und Parlamenten, die das Selbstbestimmungsrecht der Vertriebenen nicht berücksichtigen, das den Rechtsanspruch auf ihre Länder als Teil des Deutschen Reiches bzw. seines Rechtsnachfolgers enthält, sind nach der Wiener Vertragskonvention vom 23.5.1969 nichtig. Dieser Rechtsanspruch der Vertriebenen ist unverjährbar (UNO-Konvention vom 27.11.1968) und unverzichtbar (4. Konvention von Genf, 1949, Art. 8).

4. Die völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches sind die vom 1.8.1914 plus denen vom 1.9.1939 (die tschechische Republik war als Protektorat nicht Mitglied des Deutschen Reiches),

4.1 da der Versailler Vertrag ohne Mitwirkung des Deutschen Reiches formuliert wurde und infolgedessen als Vertrag zu Lasten Dritter (res inter alios acta) von Anfang an nichtig ist und da die Unterschrift durch verbotenen Zwang zustande kam (Konvention über das Vertragsrecht Wien 1969, Art. 52).

   Für diesen Rahmen besteht das deutsche Staatsbürgerrecht, das durch Reichsgesetz 1913 festgesetzt wurde und bis heute gilt, fort. Insbesondere ist die Masseneinbürgerung nichtdeutscher Ausländer grundgesetzwidrig, weil dieses Staatsbürgerrecht als ius sanguinis der wissenschaftlich richtigen Definition von Völkern als Abstammungsgemeinschaften, also auch der des Deutschen Volkes, entspricht.

4.2 Die angebliche Grenzfestsetzung für das Deutsche Reich zum 31.12.1937 im Potsdamer Protokoll vom 2.8.1945 - sofern als Vertrag zu verstehen - und in anderen Verträgen ist als Vertrag zu Lasten Dritter nichtig (Konvention über das Vertragsrecht Wien 1969, Art. 34).

5. Die oberste Gewalt, die die Besatzungsmächte 1945 übernommen haben wollen, durfte nichts anderes sein als die Befugnisse einer Besatzungsmacht nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907. Infolgedessen sind völkerrechtswidrig:

5.1 Die Verhaftung der Reichsregierung am 23.5.1945.

5.2 Militärtribunale unter Mißachtung primitivster Rechtsgrundsätze, die Todesurteile aufgrund von ihnen gefälschten Dokumenten fällten. Das Lon-

doner Abkommen vom 8.8.1945 ist nichtig, weil bis dahin nicht bestehende Rechtsprinzipien zur Grundlage der Rechtsprechung des IMT-Nürnberg gemacht wurden.

5.3 Eingriffe in innere Reichsangelegenheiten, wie z. B. die Auflösung des Staates Preußen.

5.4 Völkerrechtswidrig ist die Annexion von Reichsgebieten.

5.5 Völkerrechtswidrig ist die Vertreibung der Deutschen aus den besetzten und annektierten Gebieten und die Beschlagnahme ihres Eigentums (4. Genfer Konvention von 1949).

5.6 Die Ansiedlung von Ausländem in besetzten und annektierten Gebieten ist völkerrechtswidrig. Diese haben dort keine völkerrechtlich vertretbaren Heimatrechte (UNO-Beschluß zu den von England in Gibraltar abgehaltenen Wahlen, 4. Genfer Konvention von 1949, Art. 49).

6. Die Ostverträge sind nur gültig, soweit sie Gewaltverzichtserklärungen, nicht aber, wenn sie Gebietsabtretungen sind (Bundesverfassungsgericht vom 17.7.1975). Die von der BRD mit Polen, der damaligen UdSSR, der damaligen Tschechoslowakei und mit Tschechien geschlossenen Verträge mit Abtretungserklärungen für die Ostgebiete und das Sudetenland sind ungültig, da dazu die erst ab 1949 bestehende BRD als Nicht-Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches nicht befugt war.

7. Die Zustimmung der Sieger von 1945 zur kleinstdeutschen Wiedervereinigung von BRD und DDR nur bei Verzicht auf die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße und auf das Sudetenland ist Erpressung. Die Verzichtserklärungen der Regierungen von BRD und DDR, des Bundestages und der Volkskammer sind nach der Konvention über das Recht der Verträge vom 23.5.1969 Art. 52 nichtig (zusätzlich zu 2.).

8. Die Beseitigung des Deutschen Volkes als Staatsvolk in der Bundesrepublik durch massenhafte Einwanderung und Einbürgerung von nichtdeutschen Ausländem aus aller Welt und durch Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in der EG ist verfassungswidrig. Das Deutsche Staatsvolk ist nach Art. 79 GG jeder Disposition entzogen. Das Grundgesetz schreibt die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des Deutschen Staatsvolkes vor (Bundesverfassungsgericht vom 21.10.1987).

9. Auch mit der Erklärung der UNO vom 14.12.1967 hat die Erhaltung der Identität des Deutschen Volkes Vorrang vor Masseneinwanderungen. Es heißt in der *Declaration of territorial asylum* Nr. 2312 (XXII) vom 14.12.1967 Art. 3.2 „*Exception may be to the foregoingprinciple only for overriding reasons of national security or in order to safeguard the population, as in the cases of a mass influx of persons."*

27 Literaturverzeichnis

Hier werden nur Werke genannt, die meist noch greifbar sind und ausfuhrlich aus Quellen zitieren, sowie Quellenwerke.

Abetz, O., *Das offene Problem,* Köln 1951

Allen, G., *Die Insider*, Preußisch Oldendorf, 2. Aufl. 1992

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Berlin 1924 Auswärtiges Amt, Weißbücher Nr. 1 bis 8, Berlin 1939-1941, Viöl 1995

Bacque, J., *Der geplante Tod,* 4. Aufl. Ullstein 1989

Bacque, J., *Verschwiegene Schuld*, Hamburg 1995

Barnes, H., *Entlarvte Heuchelei,* Wiesbaden 1961

Barnes, H., *Die deutsche Kriegsschuldfrage, eine Rechtfertigung David L. Hoggans*, Beih. z. deutsch. Hochschullehrerzeitung, 2. Aufl., Tübingen 1968

Bavendamm, D., *Roosevelts Weg zum Krieg,* München 1983

Bavendamm, D., *Roosevelts Krieg 1937-45,* München 1993

Becker, F., *Feldmarschall Mannerheims Aufklärungsergebnisse.* In: Uhle-Wettler, *Wagnis Wahrheit.* Kiel 1989, S. 125

Becker, F., *Kampf um Europa, Stalins Schachzüge gegen Deutschland und den Westen,* Graz 1991

Becker, F., *Stalins Blutspur durch Europa,* Kiel 1995

Becker, F., *West-östliche Verschwörung gegen das Reich,* Huttenbriefe 2, 1997, 8

Becker, F., *Zur Rechts- und Friedensordnung des Deutschen Reiches im Barbarossagebiet UdSSR,* Huttenbriefe 16, 1998, Heft Juni-Juli

Below, N. v„ *Als Hitlers Adjudant 1937-1945,* Mainz 1980

Bernhardt, H., *Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte,* Preußisch Oldendorf 1988

Beumelburg, W., *Die Novemberrevolution in Berlin.* In Bley, W., *Revolutionen der Weltgeschichte,* 1933, Viöl 1995, S. 607 f.

Bohlinger, R., / J. P. Ney, *Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls und der dazugehörigen Schriftstücke*, Viöl 1994, 2. Aufl.

Braun, O., *Präsident Roosevelts Schuldanteil am 2. Weltkrieg,* Kongr. Ges. f. Freie Publizistik, Coburg 1979

Brockdorff-Rantzau, U. Graf, *Versailles,* 1933, Viöl 1995

Burckhardt, C. J., *Meine Danziger Mission,* München 1960

Cadogan, A., *Tagebücher,* 1964

Czesany, M., *Der Luftkrieg gegen Europas Zivilbevölkerung*, Leoni 1986

Erler, G., *Der Einfluß überstaatlicher Mächte auf die Kriegs- und Völkerbundspolitik Woodrow Wilsons,* Deutsches Recht 8, 1938, H. 718, Viöl 1996

Evert, H.-J., *Jenseits von Elbe und Oder,* Berg am See 1975

Dali, C., *Amerikas Kriegspolitik, Roosevelt und seine Hintermänner,* Tübingen 1975

Dehoust, P., *Die Niederwerfung des Reiches,* Coburg 1984

Diwald, H„ *Deutsche Geschichte,* Popyläen, 1979

Domarus, M., *Hitlers Reden 1932-1945,* 3 Bde., Leonberg 1988

Douglas, G., *Geheimakte Gestapo-Müller,* Berg am See, I, 1996.

Feiling, H., *The Life ofN. Chamberlain,* London 1946

Fiedler, W., *Die Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands und die Einigung Europas,* Juristenzt. 46, 1991, 685 f.

Fillippow, A. *Kriegsbereitschaft der Roten Armee im Juni 1941.*
Aus Voennyi Vestnik-Militärbulletin Nr. 9 (135), 1992, 5, *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* 40, 1992, Nr. 3, 16

Fish, H., *Der zerbrochene Mythos, Roosevelts Kriegspolitik 1933-1945,* Tübingen 1982

Franz-Willing, G., *Ursprung der Hitlerbewegung,* Preußisch Oldendorf, Bd. I, 1974, Bd. II, 1975, Bd. III, 1977

Franz-Willing, G., *Der zweite Weltkrieg, Ursachen und Anlaß,* Leoni 1979

Franz-Willing, G., *Umerziehung,* Coburg 1991

Franz-Willing, G., *Kriegsschuldfrage der beiden Weltkriege,* Rosenheim 1992

Franz-Willing, G., *Vergangenheitsbewältigung,* Coburg 1992

Franz-Willing, G., *Nationalsozialismus,* Rosenheim 1993

Franz-Willing, G. *Die Finanzierung der Novemberrevolution 1918,* Preußisch Oldendorf 1999

Gerlach, A., *Über den Einfluß jüdischer Kreise in der österreichischen Sozialdemokratie,*
Wien 1939, Viöl 1998

Goldmann, N„ *Der Geist des Militarismus,* Stuttgart 1915

Goldmann, N., *Staatsmann ohne Staat,* Köln 1970

Goldmann, N., *Mein Leben als Jude,* München 1980

Gordon, H., *Zions Griff zur Weltherrschaft,* Leoni 1985

Grimm, F., *Frankreich am Rhein,* 1931, Viöl 1997

Grimm, H., *Die Erzbischofschrift,* Göttingen 1950

Grimm, H., *Warum - woher - aber wohin,* Lippoldsberg 1954

Hackert, W., *Die Friedensbemühungen der Reichsregierung, ein langer Katalog zur Vermeidung des 2. Weltkrieges.* In: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* 40, 1992, H. 1,26

Hackert, W., *FDR - auch ein Kriminalitätsfall?* In: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* 41, 1993 a, H. 1, 17

Hackert, W., *Zur Vorgeschichte der Wiederbewaffnung von 1935.* In: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* 41, 1993 b, H. 3, 18

Hackert, W., *Das Holocaustthema 1945/46.* In: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart 43,* 1995, H. 1,27

Hart, L., *Geschichte des 2. Weltkrieges,* 1979

Hasselbacher, F. *Entlarvte Freimaurerei,* 3 Bde. 1934-1941, Bd.I und III Viöl 1992, Bd.II Viöl 1993

Haverbeck, W., *Rudolf Steiner, Anwalt für Deutschland,* München 1989

Hedin, S„ *Amerika im Kampf der Kontinente,* 1942, Kiel 1991

Heise, K., *Entente - Freimaurerei und Weltkrieg,* 3. Aufl. 1920, Viöl 1991

Helmdach, E., *Überfall?,* 5. Aufl., Berg am See 1979

Herda, H„ *Die Schuld der Anderen,* Viöl 1995

Hess, W„ *Mord an Rudolf Heß?,* Leoni 1989
Hesse, F., *Das Vorspiel zum Kriege, Englandberichte und Erlebnisse eines Zeitzeugen 1939-1945,* Leoni 1979
Heuß, Th., *Hitlers Weg,* Leipzig 1932
Hillgruber, A„ *Hitlers Strategie,* Frankfurt 1965
Hoffmann, J., *Der Angriff auf die Sowjetunion.* In: *Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg,* Bd. 4, Stuttgart 1983
Hoffmann, J., *Hitlers Kriegserklärung an die USA, Criticon* Nr. 128, 1991, 281
Hoffmann, J„ *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,* München 1995
Hoggan, D., *Der erzwungene Krieg,* 10. Aufl., Tübingen 1976
Hoggan, D., *Das blinde Jahrhundert /.,* 1979, *II. Europa,* Tübingen 1984
Hoggan, D., *Meine Anmerkungen zu Deutschland,* Tübingen 1990
Irving, D., *Churchill,* München 1990
Irving, D., *Nürnberg, die letzte Schlacht,* Tübingen 1996
Kern, E., *Verheimlichte Dokumente,* München 1988
Klein, B., *Germanys Economic Preparation for War,* Cambridge/Mass. 1959
Kleist, P., *Zwischen Hitler und Stalin. 1939-1945,* Bonn 1950
Kleist, P., *Die europäische Tragödie,* Preußisch Oldendorf 1971
Kluge, D., *Das Hoßbachprotokoll, die Zerstörung einer Legende,* Leoni 1980
Klüver, M„ *War es Hitlers Krieg?,* Leoni 1984
Klüver, M., *Präventivschlag 1941,* Leoni 1986
Klüver, M., *Es war nicht Hitlers Krieg,* Essen 1993
Klüver, M., *Die Kriegstreiber,* Berg am See 1997
Knütter, H., *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik,* Düsseldorf, 1971
Kosiek, R., *Historikerstreit und Geschichtsrevision,* Tübingen 1987
Krogmann, C. V., *Es ging um Deutschlands Zukunft 1932-1939,* Leoni 1976
Kunert, D., *Ein Weltkrieg wird programmiert,* Kiel 1984
Lidell Hart, *Geschichte des 2. Weltkrieges,* 1985, Bergisch-Gladbach 1980
Löser, E., *Polen - Deutschland 1939,* Selbstverl. Kaiserslautern, o. Datum, ca. 1980
Ludendorff, E., *Die Revolution von oben,* Lorch 1926
Ludendorff, E., *Wie der Weltkrieg gemacht wurde,* München 1934
Ludendorff, E., *Auf dem Weg zur Feldherrnhalle,* 1937, Viöl 1996
Maier-Dorn, E., *Anmerkungen zu Haffner,* Großaitingen 1986
Marx, K., *Manifest der kommunistischen Partei,* München 1969
Meissner, O., *Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler,* Hamburg 1950
Meyer-Christian, W., *Die englisch-jüdische Allianz,* 3. Aufl. 1942, Viöl 1992
Miller, A., *Demokratie und Korruption,* Leipzig 1928
Müller, G., *Dolchstoß oder Dolchstoßlegende?,* Pähl 1978
Müller, G., *Überstaatliche Machtpolitik im 20. Jahrhundert,* Pähl 1982
Nawratil, H., *Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten,* München 1986
Nawratil, H., *Vertreibungsverbrechen an Deutschen,* München 1982

Neulen, H. W., *Europa und das 3. Reich,* Universitas, München, 1988

Nicoll, P. H., *Englands Krieg gegen Deutschland,* Tübingen 1963

Nimtz, W., *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland,* Berlin (Ost) 1965

Pätzold, K., *Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet.* In: *Politik und Zeitgeschichte,* 3.1.1992, 14

Papen, F. v., *Der Wahrheit eine Gasse,* München 1952

Pietsch, H., *Europa und der Panslawismus.* In: Eibicht, *Helmut Diwald,* Tübingen 1994, 451

Pingel, K., *Der Luftkrieg im 2. Weltkrieg,* in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* 47, 1999, 15

Poeppel, H. u. a., *Die Soldaten der Wehrmacht,* München 1999

Post, W„ *Pearl Habour 1941, Criticon* Nr. 128, 1991,276

Post, W., *Unternehmen Barbarossa,* Hamburg 1995

Preradovich, R. v., *Deutsch-englische Geheimverbindungen. Britische Dokumente der Jahre 1938-1939 im Lichte der Kriegsschuldfrage,* Tübingen 1967

Preradovich, R. v., *Deutschland und Polen 1919-1939,* Berg am See 1989

Rassinier, P., *Die Jahrhundertprovokation,* Tübingen 1990

Remer, E.-O., *Kriegshetze gegen Deutschland,* Bad Kissingen 1989

Rendulic, L., *Gekämpft, gesiegt, geschlagen,* Heidelberg 1952

Ribbentrop, A. v., *Verschwörung gegen den Frieden,* Leoni 1963

Ribbentrop, A. v., *Deutsch-englische Geheimverbindungen,* Tübingen 1967

Ribbentrop, A. v., *Die Kriegsschuld des Widerstandes,* Leoni 1974

Ribbentrop, J. v., *Zwischen London und Moskau,* Leoni 1953

Richthofen, B. v., *Kriegsschuld 1933-1941, der Schuldanteil der anderen,* Freiburg, 1979

Rönnefarth, H. u. H. Euler, *Konferenzen u. Verträge,* Vertrags-Ploetz II 4A. Freiburg, 1979

Schickel, A., *Deutsche und Polen,* Bergisch-Gladbach 1984

Schickel, A., *Vergessene Zeitgeschichte,* München 1985

Schimmelpfeng, A„ *Der zweite Weltkrieg,* Passau 1994

Schlee, E., *Wessen Krieg war es denn nun eigentlich?* In: Uhle-Wettler, R., *Wagnis Wahrheit.* Kiel 1998

Schlie, U., *Kein Friede mit Deutschland,* München 1994

Schrenck-Notzing, C. v., *Charakterwäsche,* Frankfurt 1994

Schröcke, H., *Die Rechtslage Deutschlands, des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes,* in: Bohlinger, R., *Die deutschen Ostgebiete,* 25884 Viöl 2000, 7. Aufl.

Schröcke, H., *Germanen / Slawen. Vor- und Frühgeschichte des ostgermanischen Raumes,* 2. Aufl., Viöl 2000

Schustereit, H., *Vabanque,* Herford 1988

Scrinzi, O., *Südtirol, ein zweites Elsaß?,* Wien 1994

Seidl, A., *Der verweigerte Frieden,* München 1985

Seidler, F., *Verbrechen an der Wehrmacht,* Selent 1997

Splittgerber, H„ *Mißhandelte Zeitgeschichte,* Gladbach 1989

Splittgerber, H., *Zeitgeschichtliche Anmerkungen,* Recklinghausen 1996

Steidle, B., *Verheimlichte Dokumente*, 2, 1995, München

Strauß, F. J., *Der Mensch und der Staatsmann*, München 1984

Strauss, W., *Der Zweite Weltkrieg begann am 19. August*, Staatsbriefe 2-3, 1995

Sündermann, H., *Das Dritte Reich*, Leoni 1964

Sündermann, H., *Wie deutsch bleibt Österreich. Antwort an Schuschnigg*, Leoni 1970

Sündermann, H., *Tagesparolen, deutsche Presseanweisungen 1939-1945*, Leoni 1973

Sutton, A., *Roosevelt und die internationale Hochfinanz*, Tübingen 1990

Suworow, V., *Der Eisbrecher, Hitler in Stalins Kalkül*, Stuttgart 1989

Suworow, V., *Der Tag M*, Stuttgart 1994

Suworow, V., *Stalins verhinderter Erstschlag*, Selent 2000

Talbott, St., *Chruschtschow erinnert sich*, Reinbeck b. Hamburg 1992

Tansill, C., *Die Hintertür zum Kriege*, 3. Aufl., Düsseldorf 1957

Taylor, A. J. P., *The Origins of the Second World War*, London 1961

Taylor, *]., Der 20. Juli 1944*, Bremen 1968

Thadden, A. v., *Josef Stalin*, Rosenheim 1991

Topitsch, E., *Stalins Krieg*, Herford 1990

Trenkel, R., *Ursachen und Ausbruch des 2. Weltkrieges*, Coburg 1975

Übelacker, H., *Die Zukunft Europas und des Sudetenlandes*, Tübingen 1992

Übelacker, H., *Die sudetendeutsche Frage unter dem Blickwinkel der deutsch-tschechischen „Erklärung" von 1997*, Sehr.-Reihe des Witikobundes 48, 1997

Ulsamer, L., *Zersetzen, zersetzen, zersetzen. Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiterfiir Anarchie und Gewalt*, Esslingen 1987

Walendy, U., *Wahrheit fiir Deutschland*, Vlotho 1965

Walendy, U„ *Europa in Flammen 1939-1945*, Bd. I u. II, Vlotho 1966 u. 1967

Walendy, U., *Historische Tatsachen*. Nr. 39, 42 u. 57, Vlotho 1989, 1990 u. 1993

Weckert, I., *Feuerzeichen*, Tübingen 1981

Wellems, H., *Das Jahrhundert der Lüge*, Kiel 1989

Wichtl, Schneider, Bohlinger, *Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik*, Viöl 2000, 17. Aufl.

Wiltz, J., *The Nye Committee Revisited*, The Historian 23, 1960, 211

Woche, K.-R., *Deutschland und die Kriegsursachen*, Leoni 1990

Zarnow, G., *Gefesselte Justiz*, 1. Bd., München 1930

Zarnow, G., *Der 9. November 1918*, 3. Aufl., Hamburg 1933

Zarnow, G., *Verbündet - Verraten. Habsburgs Weg von Berlin nach Paris*, 1936, Viöl 2000.

Ziesel, K, *Das verlorene Gewissen*, München 1960 a

Ziesel, K, *Die verratene Demokratie*, München 1960 b

28 Personenverzeichnis

Abetz, Otto	1940 deutscher Botschafter in Frankreich
Attolico, Bernardo	1935-1940 italienischer Botschafter in Berlin
Baden, Max Prinz von	bis 9.11.1918 letzter kaiserlicher Reichskanzler
Balfour, Arthur	1916-1919 britischer Außenminister
Baruch, Bernard	Exponent der Wallstreet-Hochfinanz, Berater von Wilson und Roosevelt
Bauer, Gustav	1919-1920 Reichskanzler, SPD-Politiker, t 1944
Beck, Josef	1932-1939 polnischer Außenminister
Beck, Ludwig	Generaloberst, 1935-1938 Chef des deutschen Generalstabs
Benesch, Eduard	1935 - 5.10.1938 tschechischer Staatspräsident
Biddle, Drexel	1937-1939 US-Botschafter in Warschau
Blomberg, Werner von	Generalfeldmarschall, 1935-1938 Reichsminister
Blum, Leon	1936-1938 französischer Ministerpräsident
Bonnet, Georges	April 1938 - Sept. 1939 französischer Außenminister
Brauchitsch, Walter von	1939 Generaloberst, 1938-1941 Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von	1918-1919 Reichsaußenminister, 1922-1928 Botschafter in Moskau, t 1928
Brüning, Heinrich	1930-1932 Reichskanzler
Bullit, William	1933-1936 US-Botschafter in Moskau, 1936-1940 Botschafter in Paris
Burckhardt, Carl J.	Prof. für Geschichte, Universität Basel, 1937-1939 Völkerbundshochkommissar in Danzig
Cadogan, Sir Alexander	1938 Unterstaatssekretär im *Foreign Office*
Canaris, Wilhelm, Admiral	1938 Leiter im Amt Abwehr des Oberkomman dos Wehrmacht (OKW), 9.4.1945 hingerichtet
Chamberlain, Neville	1937 - 10.5.1940 Britischer Premierminister
Churchill, Sir Winston	1924-1929 Schatzkanzler, 1939 Erster Lord der Admiralität, 10.5.1940-1945 Premierminister
Ciano, Galeazzo, Graf	1936-1944 italienischer Außenminister
Dahlems, Birger	schwedischer Industrieller, 1939-1940 Vermittler zwischen Berlin und London
Daladier, Edouard	1938-1939 französischer Ministerpräsident
Dieckhoff, Hans	deutscher Botschafter in den USA

Dollfuß, Engelbert	1932-1934 österreichischer Bundeskanzler, 1934 erschossen
Ebert, Friedrich	1913-1919 Vorsitzender der SPD, 1919 bis zum Tode am 30.6.1925 Reichspräsident
Eden, Anthony	Lordsiegelbewahrer, 1935-1938 und 1940-1945 britischer Außenminister
Eisenhower, Dwight D.	US-General, 1942 - Nov. 1945 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, 1952-1961 Präsident der US A
Eisner, Kurt	marxistischer Intellektueller, 7.11.1918 bayerischer Ministerpräsident, 21.2.1919 von Graf Arco erschossen
Erzberger, Matthias	Unterzeichner des Waffenstillstandes am 11.11.1918 in Compiegne, Zentrumspolitiker, 26.8.1921 erschossen
Forster, Albert	Gauleiter der NSDAP in Danzig
Francois-Poncet, André	1931-1938 französischer Botschafter in Berlin
Frankfurter, Felix	US-Bundesrichter, Berater von Roosevelt
Fritsch, Werner Freiherr von	Generaloberst, Oberbefehlshaber des Heeres bis 1938
Grafencu, Grigore	1938-1940 rumänischer Außenminister
Gamelin, Maurice	französischer Generalstabschef, Vizepräsident des obersten Kriegsrates
Goebbels, Josef, Dr.	Gauleiter von Berlin, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Goerdeler, Carl	bis 1937 Oberbürgermeister von Leipzig, Kandidat für den Reichskanzler des Widerstandes, 1944 hingerichtet
Göring, Hermann	ab 1932 Reichstagspräsident, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall, 1940 Reichsmarschall, 1946 Selbstmord im IMT Nürnberg
Goldmann, Nahum	1932 Präsident des Jüdischen Weltkongresses, 1956 Präsident des Zionistischen Weltbundes
Greiser, Arthur	Senatspräsident von Danzig bis 1939
Groener, Wilhelm	1928-1932 Reichswehrminister
Hacha, Emil	1932-1945 tschechischer Staatspräsident
Halifax, Lord Irwin	1938-1940 britischer Außenminister, Lordsiegelbewahrer
Henderson, Neville	1937-1939 britischer Botschafter in Berlin
Henlein, Konrad	Führer der Sudetendeutschen Partei bis 1938, 1938 Reichsstatthalter

Heß, Rudolf	Stellvertreter des Führers, 1941 deutscher Parlamentär, im Kriegsverbrechergefängnis Spandau t 1987
Hesse, Fritz	Pressebeirat der deutschen Botschaft in London
Heuß, Theodor	Prof., Reichstagsabgeordneter (DDP), 1949-1959 Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Hindenburg, Paul von	Generalfeldmarschall, 1925 bis zum Tode am 2.8.1934 Reichspräsident
Hopkins, Harry	Berater von Roosevelt
Hull, Cordeil	1933-1944 Außenminister der USA
Ironside, Sir Edmund	General, Leiter des Empire-Generalstabes
Jackson, Robert	Hauptankläger der USA im IMT Nürnberg
Jodl, Alfred	Generaloberst, Chef des Wehrmachtsführungsstabes im Oberkommando Wehrmacht (OKW), im IMT Nürnberg 1946 hingerichtet
Kaltenbrunner, Ernst	1943 Chef des Reichssicherheitshauptamtes, 1946 im IMT Nürnberg hingerichtet
Keitel, Wilhelm	Generalfeldmarschall, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, 1946 im IMT Nürnberg hingerichtet
Kennedy, Joseph	1937-1940 Botschafter der USA in London
Kirkpatrick, Sir Ivone	1933-1938 Erster Sekretär der brit. Botschaft in Berlin
Kordt, Erich	Legationsrat im Reichsaußenministerium
Kordt, Theo	Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in London
Lenin, Wladimir	Führer der Oktoberrevolution in St. Petersburg 1917, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare bis zum Tode 1924
Liebknecht, Karl	1917 Gründer des Spartakusbundes, 1919 im kommunistischen Aufstand in Berlin gefan- gengenommen und erschossen
Lipski, Joseph	1934-1939 polnischer Botschafter in Berlin
Litwinow, Maksim	1930-1939 sowjetischer Volkskommissar des Äuße- ren, 1941-1943 Botschafter in Washington
Lloyd, George David	1916-1920 britischer Premierminister
Ludendorff, Erich, General	1914 Generalstabschef, Oberste Heeresleitung, 26.10.1918 entlassen, t 1937
Lukasiewicz, Juliusz	polnischer Botschafter in Paris bis 1939
Luxemburg, Rosa	1917 Gründerin des Spartakusbundes, 1919 im kommunistischen Aufstand in Berlin gefan- gengenommen und erschossen
Maisky, Iwan	1932-1943 sowjetischer Botschafter in London
Marx, Karl	Begründer des Marxismus, t 1883

MacDonald, James	1931-1937 britischer Premierminister
Miklas, Wilhelm	1928-1938 österreichischer Bundespräsident
Moltke, Hans-Adolf von	1934-1939 deutscher Botschafter in Warschau
Morgenthau, Henry	1934-1945 Finanzminister der USA
Molotow, Wjatscheslaw	1939-1949 sowjetischer Außenminister
Moscicki, Ignaz	1926-1939 polnischer Staatspräsident
Mussolini, Benito	1922-1945 Staatschef Italiens, 1945 von Partisanen ermordet
Neurath, Konstantin Freiherr von	1932-1938 Reichsaußenminister, 1939-1941 Reichsprotektor in Böhmen und Mähren
Papen, Franz von	Juli-Nov. 1932 Reichskanzler, 1933-1934 Vizekanzler, März 1938 Botschafter in Wien, 1939-1944 Botschafter in Ankara
Pilsudski, Joseph	Marschall, 1926 - zum Tode 1935 polnischer Staatschef
Poincaré, Raymond	1914-1920 französischer Präsident, 1922-1924 und 1926-1929 Ministerpräsident
Potocky, Jerzy, Graf	bis 1939 polnischer Botschafter in Washington
Raczynski, Edward, Graf	1934-1945 polnischer Botschafter in London
Rathenau, Walter	1922 Reichsaußenminister, 1922 ermordet
Ribbentrop, Joachim von	1936-1938 Botschafter in London, 1938-1945 Reichsaußenminister, 1946 im IMT Nürnberg hingerichtet
Roosevelt, Franklin Delano	1933 bis zum Tode 1945 Präsident der USA
Runciman, Lord Walter	1938 britischer Sonderbotschafter in der Tschechoslowakei
Rydz-Smigly, Edward	Marschall, Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte
Scheidemann, Philipp	rief am 9.11.1918 die Republik aus, Reichskanzler 1919, t 1939
Schleicher, Kurt von, General	1932 Reichskanzler, beim sog. Röhmputsch 1934 erschossen
Schuschnigg, Kurt von	Bundeskanzler Österreichs 1934-1938
Seyß-Inquart, Arthur	wenige Tage 1938 österreichischer Bundeskanzler, dann Reichsstatthalter, 1940-1945 Reichskommissar in den Niederlanden, 1946 im IMT Nürnberg hingerichtet
Seeckt, Hans von	Generaloberst, 1920-1926 Oberbefehlshaber der Reichswehr
Stalin, Josef	1924 bis zum Tode 1953 Generalsekretär der KPdSU, ab 19.8.1939 Staatspräsident

Stresemann, Gustav	1923 Reichskanzler, 1923-1929 Reichsaußenminister, t 1929
Szembek, Jan, Graf	Staatssekretär im polnischen Außenministerium bis 1939
Thälmann, Ernst	Führer der KPD, 1944 im KZ Buchenwald bei Bombenangriff getötet
Trotzky, Lew	1917 Durchführung der Oktoberrevolution in Leningrad, Volkskommissar, 1929 verbannt, 1940 im Auftrag Stalins ermordet
Vansittart, Robert, Lord	1929-1937 Unterstaatssekretär im *Foreign Office,* 1938-1941 erster diplomatischer Berater der Regierung
Weizmann, Chaim	1920-1948 Führer des Zionistischen Weltbundes
Weizsäcker, Ernst Freiherr von	1938-1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, + 1951
Welles, Sumner	1937-1943 Unterstaatssekretär im Außenamt der USA
Wilson, Woodrow	1913 bis zum Tode 1921 Präsident der USA

A

B

C

D

E

F

G

H

I

J

K

30 Anhang

A Dokumente

Fettdruck in den im Anhang wiedergegebenen Dokumenten vom Verfasser.

Al Rede des Reichskanzlers Scheidemann vor der Nationalversammlung
in der Aula der Berliner Universität am 12.5.1919

Aus: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, 1994, Heft 3

Die deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkt im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen. In fremden Räumen, in einem Notquartier hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, und wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und von Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten Orte die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die - wenn der Wille unserer Gegner durchgesetzt wird - zum letzten Mal als Deutsche unter den Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen einig mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes!

Unser Volk am Leben zu erhalten: das und nichts anderes ist unsere Pflicht. Wir jagen keinen nationalen Traumbildern nach, keine Prestigefragen und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte arme Leben müssen wir für Land und Volk retten.

Heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt, lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: Was unseren Beratungen zugrunde liegt, ist dies dicke Buch, in dem hundert Absätze beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet! **Dieser schauerliche und mörderische Hexenham-**

mer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, **die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung** abgepreßt werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden.

Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilsonprogramm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstandvertrages, mit Ihnen auch nur vergleichen zu wollen. Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: Die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. Die Völker haben in dieser, an Idealen armen Zeit, wieder einmal den Glauben verloren. Welcher Name ist auf Tausenden von blutigen Schlachtfeldern, in Tausenden von Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden, als der Name Wilson? Heute erbleicht das Bild des Friedenbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsteren Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden, man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere Brüder in der Gefangenschaft werktätige Hilfe wachrufen will. Traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern! Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag! Das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! **Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern! Sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!** Ich kann Ihnen das aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfangt, die sich in die Freiheit hinausstrecken soll. **Sie haben** nichts vergessen, aber **alles dazugelernt, was Vernichtung und Zerstörung heißt.**

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen. Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden, alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, alles verschwindet! Deutschland hat aufgehört zu existieren! Das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm genommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrags dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Verbündeten! Also Herauswurf aus der Außenwelt und Abschneiden von der Außenwelt, denn was für Geschäfte zu machen sind unter Kontrolle der Kon-

kurrenten und des Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden. Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmt der Paragraph 4: *»Verträge mit den Feinden gelten als nichtig. ..., ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monate verlangt.«* Wie sagt Wilson so treffend? *»Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamen Vorteilen.«* Ein Grundsatz, den der Verband bis ins kleinste verwirklicht sehen will, denn der Schlußpunkt, unter die ihm genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzurasieren, setzt er durch die Bestimmung: *»Alle Maßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wieder gutzumachen.«* Hingegen behalten sich die verbündeten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alle Eigentumsrechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger in ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite. Dem Ausland zu ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände des Verbandes über -, ohne Kabel, ohne Auslandsniederlassungen, ohne Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kali, pharmazeutische Artikel usw.

Ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt? Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital schieben, Frondienste für die ganze Welt leisten! Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht ihn unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Posens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, aus denen wir keinen höheren Zollschutz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung. Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte in erster Reihe für Zahlungen für die Verzollung zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für die Kriegsbeschädigten und Kriegswirtschaft, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden, wie, das hat Frankreich Ihnen gezeigt, das uns die im Saarbecken geforderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne bezahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz für 100 Franken verkauft hat. Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte des Feindes: *» Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wie-*

der Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden.« Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: *»Sein Land ist für alle Verluste, Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten haben, verantwortlich.«* Was soll ein Volk machen, das bei der Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man *»billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde«,* auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit einer Handbewegung wegstreicht und das man verpflichtet, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderungen für irgendwelches Ereignis, das vor Inkrafttreten des Vertrages fällt, vorzulegen.

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und von Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich uns endlich den Fuß in den Nacken zu setzen und den Daumen aufs Auge zu drücken, offen die erbärmliche Versklavung für Kinder und Kindeskinder: *»Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zuzusagen.«* Genug! Übergenug!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung Herr Clemenceau gestern unserer Delegation sagte, daß der Verband sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind.

Meine Damen und Herren! Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Meine Damen und Herren! Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. **Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar.** Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: ***»Weg mit diesem Mordplan!«***

Da und dort meldet sich schon die Einsicht um die gemeinsamen Menschheitsverpflichtungen. In den neutralen Ländern und Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in dieser letzten furchtbar auflodernden chauvinistischen Gewaltpolitik - vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen der Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen wird. Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz spricht. Ich danke vor allem und erwidere in unwandelbarer Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns her-

überschallt. **Brüder in Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch!** - Ich rechne nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in den das *»deutsche Tier«* gesperrt werden soll. Wir kennen unseren Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen. Es hieße nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern, wenn wir anders denken und fühlen wollten.

Stehen Sie uns bei, denn die Annahme lasse niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder. Ein einiges Volk erträgt viel, ganz besonders wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß nicht verjährt, daß Fluch für immer verankert werde! Von den Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung gilt heute das Wort: *»Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!«*

Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegen bleibt, dabei werden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner der Verband zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! **Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe ohnegleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der** wieder - wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger - die Nation das mörderische Opfer der Nationen, **der Mensch des Menschen Wolf wäre.**

Wir wissen es und wollen es ehrlich sagen, daß dieser kommende Friede für uns eine Marter sein wird. Wir weichen nicht um Fadenbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, der uns am Leben hält, der uns das Leben als einziges Kapital zur Arbeit und Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann Deutschland wieder aufbauen. Nicht der Krieg, sondern der verhaßte kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung! Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch können wir unser Volk wieder zur völligen Gesundung führen.

Wir müssen von unseren Niederlagen und Krankheiten gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges. Heute sieht es fast so aus,

als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur schweizerischen Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden. Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden!

Wir wenden uns schaudernd von jenem Mord: wir wissen, wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben!

Aber dreimal wehe denen, welche heute den wahrhaftigen Frieden verzögern um nur einen Tag!

A2 Mantelnote der Alliierten vom 16.6.1919, Auszug

Aus: *Deutsche Geschichte,* 14, 1994, S. 21.

Infolgedessen halten es die alliierten und assoziierten Mächte für erforderlich, ihre Antwort mit einer scharf umrissenen Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen, ein Urteil, welches tatsächlich und letzten Endes dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist. **Nach der Anschauung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat.** Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt, nach welchem zu streben Deutschland berechtigt war, und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben getrachtet, sich fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten.

Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihren Untertanen die Lehre eingeschärft, in internationalen Angelegenheiten sei Gewalt Recht. Niemals haben sie davon abgelassen, die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande auszudehnen und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei nötig, weil Deutschlands Nachbarn auf sein Gedeihen und seine Macht eifersüchtig seien. Sie sind bestrebt gewesen, zwischen den Nationen anstelle der Freundschaft Feindschaft und Argwohn zu säen. Sie haben ein System der Spionage und der Intrigen

entwickelt, welches es ihnen gestattet hat, auf dem Gebiete ihrer Nachbarn Unruhen und innere Revolten zu erregen und sogar geheime Offensivvorbereitungen zu treffen, um sie im gegebenen Augenblick mit größter Sicherheit und Leichtigkeit zerschmettern zu können. Sie haben durch Gewaltandrohungen Europa in einem Zustande der Gärung erhalten, und als sie festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, da haben sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen.

Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege, dessen Spieleinsatz die Kontrolle über den Balkan war, wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Versöhnung und der Beratung entzogen, bis es jetzt zu spät war und der Weltkrieg unvermeidlich geworden war, jener Weltkrieg, den sie angezettelt hatten, und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ausgerüstet und vorbereitet war. Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als 20 Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.

Die alliierten und assoziierten Mächte halten dafür, daß sie denen, die ihr alles dahingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, nicht gerecht werden würden, wenn sie sich damit abfinden würden, in diesem Kriege kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen das Recht zu erblicken.

A3 Das *Berliner Tageblatt* vom 1.4.1933

Aus H. Splittgerber, *Zeitgeschichtliche Anmerkungen,* Recklinghausen 1996

Deutschland wird von einer ungeheuren Schmutzwelle umbrandet. Alle Nutznießer des Versailler Diktates, die schon den Zusammenbruch der Gewaltpolitik gegen Deutschland unwillig anerkennen mußten, schöpfen neue Hoffnung. Als Antwort auf die Dokumentation des Freiheitswillens des deutschen Vol-

kes entfachten sie die Greuelpropaganda, die nur wenig hinter den Lügenberichten in der Kriegszeit zurücksteht. Wieder wollen sie der Welt jetzt einreden, daß das deutsche Volk sich nicht selbst regieren könne, daß im Interesse der Menschlichkeit und des Weltfriedens immer ein bewaffneter Gendarm jenseits unserer Grenzen stehen müsse, um uns mit der ständigen Bedrohung brutaler Gewalt in Ordnung zu halten. Es ist nicht nur das gute Recht, sondern die Pflicht des deutschen Volkes, wenn es sich mit allen erfolgversprechenden Maßnahmen gegen ein derartiges Verbrechen wendet.

Die Greuelpropaganda im Auslande besudelt das ganze deutsche Volk. Jeder Deutsche, ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit, seinen Beruf und seine religiöse Überzeugung, wird unter den Folgen dieser Propaganda leiden, wenn ihr ein längerer Erfolg beschieden sein sollte. Deshalb ist es auch die Pflicht des ganzen deutschen Volkes und jedes einzelnen, sich in den Dienst des deutschen Abwehrkampfes mit allen seinen Kräften zu stellen ...

Es kann nicht bestritten werden, daß sich an der Greuelhetze im Ausland auch deutsche Juden mit weithin bekannten Namen führend beteiligt haben. Niemand kann über das Verhalten dieser Menschen, die ihre Bildung und ihr Vermögen, ihre ganzen Fähigkeiten, die es ihnen ermöglicht haben, das Ohr der Welt für sich zu gewinnen, Deutschland zu verdanken haben und es dafür jetzt schmähen, stärker empört sein als die nationalen Kreise der deutschen Judenschaft. Diese haben deshalb auch, sobald die Nachrichten darüber nach Deutschland gekommen waren, sofort die Konsequenzen gezogen und diese Menschen als verderbliche Schädlinge aus ihren Reihen ausgestoßen. In aller Öffentlichkeit haben sie immer wieder im In- und Auslande darauf hingewiesen, daß sie mit ihnen nichts zu tun hätten und daß sie deren Behauptungen als infame Lügen weit von sich wiesen. Sie haben es selbst am meisten bedauert, daß man ihren Worten im Auslande keinen Glauben schenken wollte, weil man dort annahm, daß sie nur auf behördlichen Druck hin und unter Androhung von Gewaltmaßnahmen derartige Proteste unterschrieben hätten. Wir betonen hiermit nochmals und weisen die verantwortlichen Kreise des Auslandes, denen an der Aufrechterhaltung des Friedens wirklich gelegen ist, mit allem Nachdruck darauf hin, daß diese Proteste der deutschen Judenschaft ohne jeden Druck von irgendeiner Stelle verfaßt worden sind und daß sie der Ausdruck der Empörung der deutschen Juden gegen ihre Glaubensgenossen sind, die in einer unverantwortlichen Weise das deutsche Volk zu diffamieren suchen.

A4 Die jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933

Daily Express, 24.3.1933, aus: H. Stern, *Jüdische Kriegserklärungen gegen Deutschland*, München 1999



Daily Express

BUY BRITISH ballito STOCKINGS

To-day's Weather: Fair; Mild.

NO. 10,258. FRIDAY, MARCH 24, 1933. 1. Auflage ONE PENNY.

St. IVEL CHEESE Aids digestion 2d., 6d. & 8½d. each.

JUDEA DECLARES WAR ON GERMANY

Jews Of All The World Unite In Action

BOYCOTT OF GERMAN GOODS

MASS DEMONSTRATIONS IN MANY DISTRICTS

DRAMATIC ACTION

"Daily Express" Special Political Correspondent.

ALL Israel is uniting in wrath against the Nazi onslaught on the Jews in Germany.

Adolf Hitler, swept into power by an appeal to elemental patriotism, is making history of a kind he least expected. Thinking to unite only the German nation to race consciousness he has roused the whole Jewish people to a national renaissance.

The appearance of the swastika symbol of a new Germany has called forth the Lion of Judah, the old battle symbol of Jewish defiance.

Fourteen million Jews dispersed throughout the world have banded together as one man to declare war on the German persecutors of their co-religionists. Sectional differences and antagonisms have been submerged in one common aim—to stand by the 600,000 Jews of Germany who are terrorised by Hitlerist anti-semitism, and to compel Fascist Germany to end its campaign of violence and suppression directed against its Jewish minority.

World Jewry has made up its mind not to rest quiescent in face ...

... appealing for an end of the Hitler "terror."

Every Rabbi in the City of New York has been placed under a sacred obligation by Rabbinical decree to devote Saturday's sermon to the plight of the Jews in Germany.

The "New York Times" this morning says a list of a thousand German immigrants who have come to the United States during recent years has been compiled by an overseas Nazi organisation, the object being to use these people for Nazi propaganda in the United States.

SPECIAL SESSION

The organisation of Jewish youth in Britain is organising demonstrations in London and the provinces during the week end.

The Board of Deputies of British Jews, representing the entire Jewish community in Great Britain, is meeting in special session on Sunday to discuss the ...

THE BIRTH OF AN IDEA

DENNIS CLENNY, the young British dress designer, finds inspiration for his fashions by draping living models. Every man to his own trade!

OFFICER'S DAYS

HIGHER WAGES FOR STEEL WORKERS

AN INCREASE OF THREE SHILLINGS A WEEK

BRIGHT SPOT IN A BLACK TOWN

THE "Daily Express" has sent a special representative on an unusual mission. He is touring the north in search of high wages. In his tour he is going to tell the facts about all classes of wages, high and low. He is going to show how low wages reduce the morale of the community. He is going to show how courageous spending reacts favourably throughout the community.

In his first dispatch it is revealed that the steel masters of Middlesbrough have been able to make a gesture in the cause of high wages.

Fitters in steel works have recently received an increase of 3s. a week. Their wages are not high, but this is a step in the right direction. It is a bright spot in an otherwise black town—brought low by wage cuts and false economy.

CUTS THAT KILL

The Powell Duffryn Steam Coal Company of South Wales increased its profits by £100,000 last year.

Mr. E. L. Hann, the chairman and managing director, told shareholders at yesterday's annual meeting that this had not been achieved by a policy of wage reductions.

In fact he revealed that the earnings of their employees were higher than the average of the coal-field.

New "Sweep" Bill In The Dail

MR. DE VALERA AND STATE CONTROL

SECRET MEASURE

"Daily Express" Special Correspondent.

DUBLIN, Thursday.

WHILE Mr. Jack O'Sheehan, the official announcer of the Irish sweepstake draw, was dividing the remnants of the latest Irish lottery prize fund between lucky ticket-holders in the Plaza Ballroom to-day I was listening to an Under-Secretary of the Free State Government introducing a Bill which may change the whole future, scope, and purpose of these Irish hospitals lotteries.

NO CLUE

A mysterious measure entitled "The Public Hospitals Bill, 1933," appeared on the agenda for this afternoon's meeting of the Dail.

The Bill was set down for formal introduction, and a motion to this effect was moved in a six or seven- ...

MR. MacDONALD EXPLAINS HIS TOUR

"PEACE CAN BE KEPT IN EUROPE"

MR. RAMSAY MACDONALD faced a crowded House of Commons yesterday afternoon when he spoke about his visits to Paris, Geneva, and Rome, and his talks with Signor Mussolini.

The German, French, Italian, Polish, and Belgian Ambassadors were among a crowd of diplomatic representatives in their special gallery, and Mr. Bruce, of Australia, and other representatives of the Dominions also listened.

Mr. MacDonald, who was greeted with cheers, said:—

"I take the earliest available opportunity to inform the House regarding what happened while the Foreign Secretary and myself were at Geneva and Rome.

"We were asked by our colleagues here to go to Geneva, first because every report showed that there was a grave danger of immediate collapse of the Disarmament Conference, and we felt strongly that it might be possible to avert such a collapse, because we were not at all convinced that it was necessary that it should take place.

Mr. MacDonald.

"Therefore, the Foreign Secretary and I went to Geneva. Our first business was to discover how matters exactly stood, and for that purpose we interviewed for some two or three days the leading delegates from various nations.

"It is perfectly plain that the con- ...

LATE NEWS

LABOUR LEADER BEREAVED

Broadcasting Programmes on Page Fifteen.

Daily Express, 24.3.1933: *Judäa erklärt Deutschland den Krieg*
Nach: E. Kern, *Verheimlichte Dokumente,* München 1988, S. 136.

Judäa erklärt Deutschland den Krieg
Die Juden in aller Welt vereinigen sich zur Tat - Boykott deutscher Waren - Massendemonstrationen an vielen Orten - Dramatische Aktion

Politischer Spezial-Korrespondent von Daily Express

Ganz Israel vereinigt sich im Zorn gegen das Nazi-Gemetzel an Juden in Deutschland. Adolf Hitler, der durch den Appell an den Patriotismus zur Macht gekommen ist, macht Geschichte auf eine Weise, die er am wenigsten erwartet hat. Er gedachte, nur die deutsche Nation im Rassenbewußtsein zu einigen, hat aber dem gesamten jüdischen Volk zur nationalen Wiedergeburt verholfen.

Das Erscheinen des Hakenkreuzes als Zeichen eines neuen Deutschland rief den Löwen von Juda, das alte Kampfsymbol der Juden, auf den Plan. Vierzehn Millionen Juden, die über alle Welt verstreut sind, haben sich wie ein Mann zusammengeschlossen, um den deutschen Verfolgern ihrer Glaubensgenossen den Krieg zu erklären.

Alle Verschiedenheiten und Gegensätze sind überwunden angesichts des einen gemeinsamen Zieles - den 600 000 Juden Deutschlands, die durch den hitlerischen Antisemitismus terrorisiert werden, Beistand zu leisten und das faschistische Deutschland zur Beendigung seines Gewalt- und Terrorfeldzuges gegen die jüdische Minderheit zu zwingen. Pläne für eine Aktion reifen in Europa und Amerika.

Das Weltjudentum hat sich entschlossen, nicht stillzuhalten angesichts dieses Wiederauflebens der mittelalterlichen Judenverfolgung. Deutschland wird einen hohen Preis für Hitlers Judengegnerschaft zu zahlen haben. Das Reich steht vor einem totalen Boykott in Handel, Finanz und Industrie. In Europa und Amerika sind Pläne zu einem Gegenschlag gegen das hitlerische Deutschland gereift. Entschließungen in der gesamten jüdischen Handelswelt zielen auf einen Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Deutschland ist auf dem internationalen Geldmarkt, wo der jüdische Einfluß beträchtlich ist, hoch verschuldet. Druckmaßnahmen jüdischer Bankiers sind eingeleitet worden.

Ein zusammengefaßter Boykott jüdischer Käufer wird voraussichtlich dem deutschen Ausfuhrhandel einen schweren Schlag versetzen. Jüdische Kaufleute in aller Welt waren Großabnehmer deutscher Waren. In Polen ist die Handelssperre gegen Deutschland bereits in Kraft.

Die bedeutendsten jüdischen Organisationen in den Hauptstädten Europas haben beschlossen, bei den Regierungen ihrer Länder vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß diese der Unterdrückung der deutschen Juden Einhalt gebieten. Das alte und nun wieder geeinte Volk von Israel erhebt sich, um mit neuen und modernen Waffen den uralten Kampf gegen seine Unterdrücker aufzunehmen.

A5 Rede des Reichsministers Rudolf Hess am 14.5.1935 vor der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft in Stockholm

Nach: H. Bernhard, *Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte*, Preußisch Oldendorf 1988

Königliche Hoheiten, Exzellenzen,
meine Damen und Herren!

Ich glaube nicht, daß Ihnen im Ausland ganz zum Bewußtsein kommen konnte, welche Folgen die sogenannte „Revolution" von 1918 in Deutschland hatte. Wie auf dem Gebiet der Moral Schwarz in Weiß, Weiß in Schwarz verwandelt wurde - bewußt verwandelt wurde seitens derjenigen, die nach der Revolte Einfluß auf das Volk nahmen! Wie die staatserhaltenden Tugenden verhöhnt wurden - Feigheit als Mut, Mut als Dummheit, heldische Gesinnung als „reaktionär" gekennzeichnet wurde. Wie Opferbereitschaft lächerlich gemacht, der krasseste Egoismus als erstrebenswertes Ziel des einzelnen hingestellt wurde

Schlaglichter auf die wirtschaftliche Demoralisation der damaligen Zeit warfen die Riesenskandale der Barmats, Kutisker, Sklarek und wie sie alle hießen [die Barmats waren zwei Brüder, Julius und Henry, die als Staatenlose aus der Ukraine Lebensmittelgroßhandel betrieben und öffentliche Kreditanstalten in Deutschland um 34,6 Millionen GM betrogen; der Prozeß endete am 30. März 1928, d. Hrsg.], die jedoch nur Spitzenleistungen der Demoralisation waren ...

Es bleibt unbestreitbare Tatsache, daß an vielen maßgebenden Stellen im Staat und in der Wirtschaft des Deutschlands nach 1918 sich Juden befanden - zum Teil kurz vorher erst eingewanderte Juden, die kaum der Landessprache mächtig waren.

Die nationalsozialistische Gesetzgebung hat gegen die Überfremdung korrigierend eingegriffen. Ich sage korrigierend, denn daß im nationalsozialistischen Deutschland das Judentum nicht etwa rücksichtslos ausgerottet wurde, beweist die Tatsache, daß heute in Industrie und Handwerk 33 500, in Handel und Verkehr 89 800 Juden allein in Preußen tätig sind - beweist weiter die Tatsache, daß bei einem Anteil der Juden an der Bevölkerung Deutschlands von 1 Prozent noch immer 17,5 Prozent aller Rechtsanwälte Juden sind und zum Beispiel in Berlin noch immer fast 50 Prozent Nichtarier zur ärztlichen Kassenpraxis zugelassen sind. Die Entwicklung hätte, wenn der Nationalsozialismus nicht im letzten Augenblick Einhalt geboten hätte, wirtschaftlich im Kampf aller gegen alle, kulturell im Nihilismus, staatspolitisch in der Anarchie, kurz in einem Zustand enden müssen, den wir alle als Bolschewismus bezeichnen.

Dieser Zustand mußte um so sicherer erreicht werden, als immer größere Teile des deutschen Volkes sich bewußt zur Weltanschauung des Bolschewismus bekannten und sich mit geistiger und materieller Unterstützung Moskaus organisatorisch darauf vorbereiteten, den Umsturz nach russischem Muster herbeizuführen, um die Fahne der bolschewistischen Weltrevolution auch in Deutschland aufzupflanzen.

Deutschland war näher am Bolschewismus, als die übrige Welt es ahnt oder wahrhaben will. Auch hier mögen Zahlen den Beweis meiner Behauptungen liefern:

Es ist nur zu wenig bekannt, daß in Preußen allein nicht weniger als 640 Mann Polizei im Kampf gegen Spartakismus und Bolschewismus fielen.

Die Menschen, welche bei den Wahlen für die kommunistisch-bolschewistische Weltordnung stimmten, beliefen sich 1920 auf 589 000, das waren 2,1 Prozent aller wählenden Deutschen. Zehn Jahre später, 1930, bekannten sich bereits 4,6 Millionen, das waren 13,1 Prozent der Wählenden, dazu. Bei der Wahl vom Juli 1932 war die Zahl wiederum um fast eine Million gestiegen, und zwar auf 5,4 Millionen oder 14,3 Prozent, und bei der letzten Wahl vor der nationalsozialistischen Machtergreifung gesellte sich innerhalb von drei Monaten neuerdings über eine halbe Million hinzu, **so daß wir fast 6 Millionen kommunistische Wähler, das ist rund 17 Prozent der Wählenden, hatten.**

... Obige Zahlen finden ihre Ergänzung durch das **Material, welches im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus in geheimen Kellern und Gängen vorgefunden wurde. Ein Propagandamaterial** ungeheuerlichster Art, **bereits in mehrere Sprachen übersetzt,** um sofort nach Aufrichtung des bolschewistischen Staates in Deutschland die intensive Bearbeitung anderer Staaten Europas von Deutsch-

land aus vornehmen zu können. Neben den Flugblättern fanden sich detaillierte Anweisungen vor, wie die letzten Widerstände in Deutschland durch rücksichtslosen Terror gebrochen werden müßten, antibolschewistische Dörfer niederzubrennen und nichtgefügige Städte auszuhungern seien. Zeugen für das, was im Karl-Liebknecht-Haus zu Berlin zum Angriff gegen die europäische Kultur angehäuft lag, sind Fachdezernenten der politischen Polizei fremder Staaten, welche dieses Material in Augenschein nahmen und seine Gefährlichkeit bestätigten. Und wäre Deutschland das zweite Land der Weltrevolution geworden - glauben Sie, daß der Bolschewismus an den deutschen Grenzen hätte aufgehalten werden können?!

Hitler stellte ihnen [den Weltanschauungen der zerstrittenen Parteien, d. Hrsg.] eine Weltanschauung entgegen, deren Mittelpunkt das eigene Volk ist. Er stellte dem Materialismus der Zeit einen neuen Idealismus entgegen. Er stellte dem Egoismus des einzelnen die Forderung entgegen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Der gleichmachenden Tendenz der Demokratie und des Marxismus stellte er entgegen den Glauben an die schöpferische Kraft der Persönlichkeit. Der Tendenz der 'Internationale' zur Gleichmacherei der Völker stellte er entgegen die Lehre von der Eigenpersönlichkeit der Völker, vom Wert der Rasse, vom Wert der Nation. Während die andere Seite alle nationalen Eigenarten auszumerzen suchte, förderte der Nationalsozialismus Volksbrauch und Volkssitte. Der Gottesleugnung stellte er entgegen den Begriff der Allmacht, der Lehre des Pazifismus den Glauben an die kämpferischen Tugenden.

Den Anhängern des Nationalismus und des Sozialismus, die eine Welt zu trennen schien, die scheinbar unversöhnlich gegeneinander standen, gab Adolf Hitler eine neue gemeinsame Plattform, indem er den Begriff des 'Nationalsozialismus' schuf...

A6 Rassenpolitik im Dritten Reich

Dr. Ludwig Ferdinand Clauß
Rasse und Seele. Eine Einführung in den Sinn der leiblichen Gestalt', J. F. Lehmanns Verlag, München/Berlin 1943, 18. Aufl., S. 117 f.

Einleitung: Die Wertfrage

Wir wurden beschuldigt, die nordische Rasse für die allein wertvolle, alle anderen aber für minderwertig zu halten. Drei Irrtümer sind es, die deutsche Rassenwissenschaft gebe jeder Rasse eine bestimmte Bewertung; sie reihe also die Rassen gleichsam in eine Platzordnung ein, wobei den ersten Platz die nordische Hasse erhalte.

Das ist grundfalsch. Jede Rasse stellt in sich selbst einen Höchstwert dar. Jede Rasse trägt ihre Wertordnung und ihren Wertmaßstab in sich selbst und darf nicht mit dem Maßstab irgendeiner anderen Rasse gemessen werden. Vielleicht kennt Gott eine Rangordnung der Rassen, wir nicht. Das ist die Überzeugung der deutschen Rassenpsychologie, die ich vertrete; und diese Überzeugung hat sich auch die deutsche Rassenpolitik zu eigen gemacht. Das Rassenpolitische Amt der NSDAP hat Bildtafeln gedruckt und in deutschen Schulen verbreitet, auf denen in großen Lettern der Satz zu lesen ist:
Jede Rasse stellt in sich selbst einen Höchstwert dar.

A7 Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Jerzy Potocky, vom 12. Januar 1939

Aus: *Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges,* 1. Folge, Nr. 3, Berlin 1940, Dok. 6

Deutsche Übersetzung

Botschaft	
der Republik Polen	Washington, den 12. Januar 1939
in Washington	
Nr. 3/SZ-tjn-3.	GEHEIM

Betr.: Innerpolitische Lage in USA. (Die Stimmung gegen Deutschland, Judenfrage)

An den
Herrn Außenminister
in Warschau

Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer mehr zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler und überhaupt gegen alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100 Prozent das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. Obgleich diese Propaganda sehr grob gehandhabt wird und Deutschland so schlecht wie möglich hinstellt - man nutzt vor allem die religiösen Verfolgungen und die Konzentrationslager aus - wirkt sie doch so gründlich, da das hiesige Publikum vollständig unwissend ist und keine Ahnung hat von der Lage in Europa. Augenblicklich halten die meisten Amerikaner den Kanzler Hitler und den Nationalsozialismus für das größte Übel und die größte Gefahr, die über der Welt schwebt.

Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. Sie preisen die amerikanische Freiheit an, im Gegensatz zu den totalen Staaten. Es ist sehr interessant, daß **in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist.** Wenn es

überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenginge. Dank seiner geschickten Propaganda ist die Sympathie des amerikanischen Publikums ganz auf Seiten des Roten Spaniens.

Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volke unzweideutig klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen.

Der Präsident Roosevelt war der erste, der den Haß gegen den Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte dabei einen doppelten Zweck: 1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innenpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte einer Europa drohender Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zu dem ersten Punkt muß man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, **die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen.** Die Ausgaben der Staatsverwaltung nehmen täglich größere Ausmaße an. Nur die großen Milliardensummen, die der Staatsschatz für die Notstandsarbeiten ausgibt, erhalten noch eine gewisse Ruhe im Lande. Bisher kam es nur zu den üblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatliche Beihilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empörung der öffentlichen Meinung und die schweren Konflikte zwischen den Privatunternehmungen und enormen Trusts einerseits und der Arbeiterschaft andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Nächte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf

die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen.

Ferner ist das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z. B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Gerichtes, Felix Frankfurter, der Schatzsekretär Morgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des *„wahren Amerikanismus"* und als *„ Verteidiger der Demokratie "* hinstellen möchten, sind im Grunde doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen „idealsten" Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das Ganze ist als meisterhafte Arbeit aufgemacht worden: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewußtsein zustreben. Innerpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer mehr zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen.

Jerzy Potocky

der Botschafter der Republik Polen

A8 Bericht des deutschen Geschäftsträgers Thomson in Washington an seine Regierung vom 27.3.1939

Aus: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik,* Bd. VI, Dok. 107, Baden-Baden 1956

Der Geschäftsträger in Washington an das Auswärtige Amt

Nr. 556 Washington, D.C., den 27. März 1939
Eingegangen: 5. April
Pol. IX 602

Inhalt: Amerikanische Außenpolitik; ihre Ziele und Grenzen

Die Kundgebungen und Maßnahmen der Amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten und damit die neue Ordnung in Europa wieder rückgängig zu machen.

Der Präsident hat zwar, um das Gesicht zu wahren, in seiner Kongreßbotschaft angekündigt, daß Amerika in seinem Kampf gegen „Rechtlosigkeit und Erpressung" keine kriegerischen Mittel, sondern nur *measures short of wäre* anwenden werde; aber niemand kann verkennen, daß sich Amerika auf einem Weg bereits gefährlich weit vorgewagt hat, der dazu führen muß, dem Kriegswillen im eigenen Lande sowie in anderen Ländern Vorschub zu leisten.

Gegen Deutschland ist mit fadenscheinigen Argumenten ein Wirtschaftskrieg vom Zaun gebrochen worden. Das eigene wirtschaftliche Interesse ist dabei bewußt unberücksichtigt geblieben. Den westlichen „Demokratien" ist weitgehende Unterstützung gegen Deutschland teils zugesagt, teils schon gewährt worden. Das Neutralitätsgesetz soll entweder ganz fallen oder zugunsten Frankreichs und Englands abgeändert werden ...

Man muß von der Annahme ausgehen, daß Roosevelt Realpolitiker genug ist, um die Gefahren eines neuen Weltkrieges zu erkennen, und daß seine aufreizende Haltung, seine den Demokratien gewährte Hilfestellung und seine absichtliche Beleidigung der totalitären Mächte nicht allein auf die scheinheiligen demokratischen Grundsätze zurückzuführen ist, die er bei jeder Gelegenheit im Munde führt.

Roosevelt ist in seinem Innern davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß, weil er das Gleichgewicht der Kräfte

und den *status quo* derart empfindlich gestört hat, daß auch Amerika die Folgen zu spüren haben wird, wenn es nicht gelingt, das *Praevenire* zu spielen. Wenn die totalitären Mächte ihre Hegemonie in Europa aufrichten und konsolidieren, so wird nach Roosevelts Ansicht Amerika früher oder später in eine Situation hineinmanövriert werden, die nur mit Demütigung und Erniedrigung enden kann. Um diese Aussicht schon jetzt illusorisch zu machen, ist Roosevelt jedes Mittel recht. Er glaubt nicht an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens und rechnet mit einer Auseinandersetzung zwischen den totalitären Mächten und den Demokratien. Diese sind Amerikas erste Verteidigungslinie; sollte sie wegfallen, ist Amerikas Rolle als Großmacht nach Ansicht Roosevelts ausgespielt.

Um diese Politik zu fördern, bedient sich Roosevelt der rücksichtslosesten Propaganda, wobei ihm die Kräfte zu Hülfe kommen, die in der Vernichtung Deutschlands sowohl ihren Triumph wie ihr Geschäft sehen. Der englischen, jüdischen und kommunistischen Propaganda ist es in brüderlichem Verein gelungen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Presse, Radio und Kino das amerikanische Volk in einem Grade zu verhetzen, der nicht einmal mit der Psychose der Weltkriegsjahre verglichen werden kann, vielmehr diese bei weitem übertrifft. Die leichtgläubige und leicht zu lenkende Mehrheit des geistig dumpfen amerikanischen Volkes ist der hinterlistigen Propaganda völlig erlegen, daß Deutschland der „Feind Nr. 1" Amerikas sei, daß Deutschland beabsichtige, Amerika anzugreifen, ihm sein System aufzunötigen, zu diesem Zweck das Land mit einem Spionage- und Agenten-Netz überzogen habe, Sabotage im Kriegsfall vorbereite, kurz diejenige *Aggressor-Nation* sei, gegen die sich die ganze Welt, einschließlich Rußland, verteidigen müsse.

An diesem Feuer der Propaganda gegen Deutschland kochen auch andere Kreise ihre Suppe, solche, die die Kriegspsychose gern in ihre Berechnungen einkalkulieren, weil es ihren politischen und sonstigen Geschäften nützen würde, wenn Amerika sich mit möglichst aktivem Einsatz am Krieg beteiligt, die aber bei der Betreibung dieser Geschäfte selbst eiskalt und nüchtern rechnen. Es sind dies die Politiker, denen die verworrene innerpolitische Lage des Landes Sorge macht und die die Arbeitslosigkeit mit all ihren Gefahren mit einem Schlage beseitigen möchten; es sind ferner die Rüstungs-Industriellen, die große Geschäfte wittern, und vor allem sind es die Kommunisten, die ihr Ziel, aus Amerika einen Sowjetstaat zu machen, nähergerückt sehen, wenn die ganze Welt - mit Ausnahme Rußlands - in einen Krieg auf Leben oder Tod verwickelt ist...

A9 Polnische militärische Einfälle in das Reich vor Kriegsbeginn

Nach: *Der Schlesier,* 25.6.1990

Ostpreußen, die Tage vor dem 2. Weltkrieg

Das Heeres-Artillerie Regiment 57 aus Königsberg/Preußen wurde Mitte August 1939 an die von Polen gefährdete Grenze gelegt. Wir bezogen die Bereitstellung bei Garnsee, Kreis Neidenburg/Ostpr. Die Stellung meiner Batterie lag in einem Maisfeld. In diesem Raum war bereits seit Wochen die Arbeit auf den Feldern zum Lebensrisiko geworden. Bis in 7 km Tiefe in ostpreußisches Reichsgebiet fielen aus Polen sengende und mordende Kavallerietrupps ein. Dieses begann bereits seit Juli 1939. Soweit das Auge reichte, konnte man in den Abendstunden Rauch und Feuer sehen. Die brennenden Häuser und Dörfer wurden von polnischen Kavallerietrupps provokatorisch angesteckt. Wer sich von der Bevölkerung aus den brennenden Häusern ins Freie rettete oder das Feuer löschen wollte, wurde niedergemacht. Die deutschen Männer wurden nicht nur mit dem Säbel zerteilt oder erschossen, sondern mit dem Lasso eingefangen und in Richtung polnische Grenze zu Tode geschleift.

Um diesen Umtrieben Einhalt zu gebieten, erhielt meine Batterie am 23.8.39 den Befehl, ein Jagdkommando aufzustellen. Als Wachtmeister bekam ich das Kommando unterstellt und auch den Einsatzbefehl. Am ersten Tage des Einsatzes war unser motorisierter Stoßtrupp 1/2 Stunde zu spät in den Einsatz gekommen. Eine mordende polnische Schwadron raste bereits in Richtung der schützenden Grenze. Die Spuren waren grausam. In den Feldwegen und auf Feldern fanden wir Leichen von deutschen Bauern. Diese waren mit Säbeln zerfetzt oder erschossen worden.

Diese Einfälle polnischer Kavallerie-Einheiten erfolgten in den Augusttagen von 1939, jede Nacht. Die leidtragenden Dörfer Ostpreußens, an der Grenze zu Polen, wurden *alle* in diesen Wochen schwer geprüft. Die polnischen Überfallkommandos wechselten ständig die Orte. Doch bereits am 26.8.39 stellte unser Kommando einen polnischen Reitertrupp in einem Zuckerrübenfeld unweit von Garnsee. In unseren MG-Garben wurde die polnische Kavallerie aufgerieben, 47 polnische Reiter waren auf reichsdeutschem Boden gefallen.

Die Hilferufe aus den gepeinigten deutschen Dörfern an der Grenze gellten trotz polnischer Gefallener durch jede Nacht, hervorgerufen durch provozierende wilde Brände und Schießerei polnischer Kavallerietrupps. In den Grenzdörfern beweinte und beklagte man täglich Freunde und Bekannte. Die Angst ging um. Die Schrecken waren entsetzlich. Von der deutschen Grenz-

bevölkerung erging die Frage, wie lange wird man diesen Mordbanden ausgesetzt sein? Fast 100 Tote, reichsdeutsche Menschen, waren in diesem Raum zu beklagen.

Als unsere Einheit am 1. September 39 um 5 Uhr zum Sturmangriff überging, fanden wir jenseits der polnischen Grenze frische Gräber von deutschen Zivilisten. Auch blutige und zerfetzte Kleidungsstücke von Zivilisten lagen auf Wegen und Straßenrändern herum. Auch von polnischen Kriegsgefangenen bekamen wir die Bestätigung, daß provokatorische Angriffe auf die Zivilbevölkerung auf deutschem Reichsgebiet vor dem 1. September 39 befohlen worden sind. Die polnische Kavallerie hatte diese mordende Aufgabe für einen Weltbrand eingeleitet.

Nach diesem Tatsachenbericht kann man der Welt wohl noch schwer Glauben machen, daß den Sender Gleiwitz deutsche Menschen in polnischen Uniformen überfallen haben.

Heinrich-Julius Rotzoll, Königsberg-Preußen
Ervelenweg 127, 4180 Goch 3, Tel. 02837/8364

Für die Richtigkeit:
Horst Bartz
Winnekendonkerstraße 43
4178 Kevelaer 2
Telefon 0825/6571

Anmerkung des Verlegers:

Es gibt noch zahlreiche weiterer solcher Berichte, s. dazu u. a. Roland Bohlinger, *Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht,* Viöl 2000, 9. Aufl., S. 87 ff.; Auswärtiges Amt, 1939, Nr. 1, *Urkunden der letzten Phase der deutsch-polnischen Krise,* Nachdruck Viöl 1995; s. a. Werner Fuchs: *Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens,* Struckum 1988 (Behandelt die äußerst zahlreichen Dokumente über polnische Bestrebungen zur Eroberung Ostpreußens, Danzigs, Pommerns, Schlesiens und Teilen von Brandenburg, stammend aus der Zeit von 1918-1929. Mir liegt außerdem zahlreiches noch unveröffentlichtes Beweismaterial aus der Zeit nach 1929 bis 1939 vor.).

A10 Rede Stalins vor dem Politkongreß am 19.8.1939

in der Fassung der Veröffentlichung der Universität Nowosibirsk

Aus: A. v. Thadden, *Vier Reden Stalins*, Rosenheim 1996

Die Frage nach Krieg oder Frieden tritt in eine für uns kritische Phase. Wenn wir den Vertrag über gegenseitige Hilfe mit Frankreich und Großbritannien abschließen, wird Deutschland auf Polen verzichten und einen „Modus vivendi" mit den Westmächten suchen. Der Krieg wird abgewendet, aber im weiteren können die Ereignisse einen für die UdSSR gefährlichen Charakter annehmen. Wenn wir den Vorschlag Deutschlands über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit ihnen annehmen, werden sie natürlich Polen überfallen und der Eintritt Frankreichs und Englands in diesen Krieg wird unvermeidlich. Westeuropa wird von ernsthaften Unruhen und Unordnung ergriffen werden. Unter diesen Bedingungen werden wir große Chancen haben, außerhalb des Konfliktes zu verbleiben und wir können auf unseren vorteilhaften Kriegseintritt hoffen.

Die Erfahrung der letzten 20 Jahre zeigt, daß in Friedenszeiten eine kommunistische Bewegung in Europa keine Chancen hat, die stark genug wären, die Macht zu ergreifen. Die Diktatur einer solchen Partei wird nur als Resultat eines großen Krieges möglich. **Wir werden unsere Wahl treffen, und die ist eindeutig. Wir müssen den deutschen Vorschlag annehmen und die anglo-französische Mission höflich zurückschicken. Der erste Vorteil, den wir uns zunutze machen, wird die Einnahme Polens bis zu den Toren Warschaus sein, das ukrainische Galizien mit eingeschlossen.**

Deutschland behält uns die volle Handlungsfreiheit in den baltischen Staaten vor und erhebt keinen Einspruch in Sachen Rückkehr Bessarabiens in die UdSSR. Sie sind bereit, uns Rumänien, Bulgarien und Ungarn in der Eigenschaft als Einflußsphären abzutreten. Als offen verbleibt die Frage in Verbindung mit Jugoslawien. ... Gleichzeitig müssen wir die Folgen in Betracht ziehen, die sich sowohl aus einer Niederlage wie auch aus einem Sieg Deutschlands ergeben werden. Im Falle einer Niederlage Deutschlands folgt unausweichlich die Sowjetisierung Deutschlands und die Schaffung einer kommunistischen Regierung. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß ein sowjetisiertes Deutschland sich vor einer großen Gefahr befindet, falls diese Sowjetisierung sich als Folge einer Niederlage in einem Blitzkrieg erweist. England und Frankreich werden noch über ausreichend Stärke verfügen, um Berlin einzunehmen und ein sowjetisches Deutschland zu verhindern. Und wir werden nicht in der Lage sein, unseren bolschewistischen Genossen in Berlin zu Hilfe zu kommen.

Auf diese Weise besteht unsere Aufgabe darin, daß Deutschland einen möglichst längeren Krieg fuhren sollte, mit dem Ziel, daß England und Frankreich ermüdet und bis zu einem Grade geschwächt sind, daß sie nicht mehr in der Lage wären, eine Bedrohung für ein sowjetisches Deutschland darzustellen. Während wir eine Position der Neutralität beibehalten und unsere Stunde abwarten, wird die UdSSR dem jetzigen Deutschland Hilfe erweisen, indem wir es mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen. Es versteht sich aber von selbst, daß unsere Hilfe bestimmte Größenordnungen nicht dahingehend übersteigen soll, die unsere eigene Wirtschaft aushöhlen und die Schlagkraft unserer Armee schwächen könnten.

Gleichzeitig müssen wir eine aktive kommunistische Propaganda, besonders im anglo-französischen Block - und hier vorrangig in Frankreich - führen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß die Partei in diesen Ländern während des Krieges gezwungen sein wird, sich von ihrer legalen Tätigkeit zu verabschieden und in den Untergrund zu gehen. Wir sind uns im klaren darüber, daß diese Arbeit viele Opfer fordern wird, aber unsere französischen Genossen werden keine Bedenken hegen. Zu ihren Aufgaben werden in erster Linie die Zersetzung und Demoralisierung von Armee und Militär gehören. Wenn diese vorbereitende Tätigkeit in der gebührenden Form ausgeführt wird, ist die Sicherheit von Sowjetdeutschland gewährleistet, und das wiederum wird einer Sowjetisierung Frankreichs forderlich sein.

Für die Realisierung dieser Pläne ist es unumgänglich, daß der Krieg so lange wie möglich ausgedehnt wird, und genau in diese Richtung müssen alle Kräfte gerichtet werden, mit denen wir in Westeuropa und auf dem Balkan aktiv werden.

Betrachten wir nun eine zweite Annahme, d. h., einen Sieg Deutschlands. Einige haben sich die Ansicht zueigen gemacht, daß diese Möglichkeit uns vor eine große Gefahr stellt. Ein Quäntchen Wahrheit liegt in dieser Behauptung, aber es wäre ein Fehler zu denken, daß diese Gefahr so nahe und groß werden wird, wie sie sich von einigen vorgestellt wird. Wenn Deutschland den Sieg davonträgt, geht es aus dem Krieg zu entkräftet hervor, als daß es in einen militärischen Konflikt eintritt, der wenigstens 10 Jahre dauert.

Deutschlands Hauptsorge wird die Beobachtung der besiegten Staaten England und Frankreich sein, um dort Widerstandsbewegungen niederzuhalten. Andererseits wird ein siegreiches Deutschland riesige Territorien einnehmen und somit im Verlaufe vieler Jahrzehnte mit „deren Nutzbarmachung" und der Herstellung der deutschen Ordnung beschäftigt sein. Es ist offensichtlich, daß Deutschland an anderem Platz zu sehr beschäftigt ist, als sich gegen uns zu wenden. Es gibt noch eine Sache, die unserer Sicherheit dient. In einem besiegten Frankreich wird die FKP sehr stark sein. Die kommunistische Revolution

wird unausweichlich stattfinden und wir können diesen Umstand dahingehend ausnutzen, Frankreich zu Hilfe zu kommen und es zu unserem Verbündeten zu machen. Im weiteren werden alle Völker, die unter den „Schutz" des siegreichen Deutschlands gefallen sind, ebenso zu unseren Verbündeten werden. Vor uns liegt ein weites Tätigkeitsfeld zur Entwicklung der Weltrevolution.

Genossen! Im Interesse der UdSSR - der Heimat der Werktätigen - auf, daß der Krieg ausbricht zwischen dem Reich und dem kapitalistischen anglo-französischen Block. Man muß alles tun, damit dieser solange wie möglich ausgedehnt wird mit dem Ziel der Schwächung beider Seiten. Vorrangig aus diesem Grunde müssen wir dem Abschluß des von Deutschland vorgeschlagenen Paktes zustimmen und daran arbeiten, daß dieser Krieg, der eines Tages erklärt werden wird, in die maximal mögliche zeitliche Ausdehnung geführt wird. Es wird notwendig, in den eingetretenen Ländern die propagandistische Arbeit dahingehend zu verstärken, daß sie vorbereitet sind für die Zeit nach dem Krieg ...

All Deutsche Antwort auf das englische Ultimatum vom 3.9.1939

Aus: E. Kern, *Verheimlichte Dokumente*, 1988, S. 207

Berlin, den 3. September 1939.

Die deutsche Regierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.

2. **Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges.** Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. **Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre**
- dessen sind sich die Deutsche Regierung und das deutsche Volk bewußt
- zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtsvollen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der Abfassung dieses Diktates als für eine große Nation sowohl als für die gesamte politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren. Auch britische Staatsmänner erklärten die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen Nationalsozialistischen Volksregierung. **Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettspolitik.**

3. **Die Britische Regierung hat** - ein einmaliger Vorgang in der Geschichte
- dem Polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der Polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendei-

ne Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu. **Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen.** Die Freie Stadt Danzig wurde gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verstöße gegen das Gesetz des Danziger Status wurden gebilligt und durch ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt. Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich behandelten deutschen Bevölkerung, dennoch fünf Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen ähnlich aggressive Handlungen zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden, und daß sie entschlossen sei für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe zuteil würde, zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau aufzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Die Britische Regierung hat aus diesem Geist heraus den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch die Intransigenz der von England gedeckten Polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, **nachdem die schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reiches,** ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, **sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verstärkten, hat** sich **die Deutsche Regierung** entschlossen, dieser fortdauernden und für eine Großmacht unerträglichen Bedrohung des erst äußeren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten, mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch sabotiert hatten,

allein noch übrig blieb, um die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reiches zu verteidigen. Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischen Absichten oder Verpflichtungen im Osten Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter dem britischen Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk ist vor allem nicht gewillt, sich von den Polen mißhandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutze des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Krieg zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine Verständigung, ja eine engste Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts, bzw. jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes predigen. Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen. Die im Auftrag der Britischen Regierung von Herrn King Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshaltung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

A12 Brief A. Einsteins an Roosevelt vom 2.8.1939

Nach: *Welt am Sonntag* vom 13.7.1986

»2. *August 1939*

Mein Herr:

Eine neue Arbeit von E. Fermi und L Szi-Urd, die mir im Manuskript zugeschickt wurde, erweckt in mir die Hoffnung, daß der Grundstoff Uran in unmittelbarer Zukunft in eine neue, bedeutsame Energiequelle umgesetzt werden könnte. Bestimmte Gesichtspunkte der entstandenen Lage scheinen mir die Wachsamkeit und nötigenfalls rasches Handeln der Regierung zu erfordern. Deshalb halte ich es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Tatsachen und Empfehlungen zu lenken:

Im Laufe der letzten vier Monate hat die A rbeit Joliots in Frankreich wie auch Fermis und Szilards in Amerika es wahrscheinlich möglich gemacht, eine nukleare Kettenreaktion in einer großen Menge Uran hervorzurufen, die gewaltige Energien und große Mengen neuer radiumähnlicher Elemente erzeugen würde. Es scheint nun beinahe gewiß, daß dies in naher Zukunft erreicht werden kann.

Dieses neue Phänomen kann auch zum Bau von Bomben führen, und es ist denkbar, wenn auch durchaus nicht sicher, daß äußerst wirksame Bomben eines neuen Typs gebaut werden können. Eine einzige Bombe dieses Typs, die zu Schiff in eine Hafen befördert und dort zur Explosion gebracht würde, könnte gut den ganzen Hafen sowie einen Ted der benachbarten Gebiete vernichten. Indessen könnten sich solche Bomben für den Lufttransport ab zu schwer erweisen.

Die Vereinigten Staaten besitzen nur mäßige Mengen sehr wenig ergiebiger Uranerze. Ziemlich viel gutes Erz gibt es in Kanada und in der früheren Tscbechodowakei, doch liegen die wichtigsten Uranvorkommen in Belgisch-Kongo.

Bei dieser Lage werden Sie es vielleicht für wünschenswert halten, eine ständige Verbindung zwischen der Regierung und der Gruppe von Physikern aufrecht zu erhalten, die in Amerika an Kettenreaktionen arbeitet. Sie hätten die Möglichkeit dies zu erreichen, wenn Sie diese Aufgabe jemandem übertragen würden, der Ihr Vertrauen bat und der die Aufgabe vielleicht in nicht amtlicber Eigenschaft dienen könnte. Seine Aufgabe hätte folgende Punkte zu umfassen

a) Er müßte an die Ministerien herantreten, sie über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten und Empfehlungen für die Regierungsmaßnahmen ausarbeiten, wobei er seine besondere Aufmerksamkeit auf das Problem zu richten hätte, wie eine Versorgung der Vereinigten Staaten mit Uranerz sichergestellt werden kann.

b) Er müßte Versuchsarbeiten beschleunigen, die gegenwärtig im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel von Universitätslaboratorien durchgeführt werden, und zwar dadurch, daß erforderlichenfalls durch seine Beziehungen zu Privatpersonen, die willens sind, zu dieser Sache beizutragen, Kapital beschafft und vielleicht auch dadurch, daß er Laboratorien zur Mitarbeit gewinnt, die hierfür die nötige Ausrüstung haben.

Wie ich höre hat Deutschland jetzt den Verkauf von Uran aus den von ihm übernommenen tschechoslowakischen Minen eingestellt Daß es diesen Schritt so früh unternommen hat, erklärt sich vielleicht daraus, daß der Sohn des deutschen Unterstaatssekretärs v. Weizsäcker dem Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin angehört, wo einige der amerikanischen Versuche mit Uran zur Zeit gerade wiederholt werden.

Ihr sehr ergebener A. Einstein •

A13 Proklamation Hitlers am 22.6.1941

Aus: M. Domarus, *Hitlers Reden 1932-1945,* 1988, S. 1726 f.

Deutsches Volk! Nationalsozialisten!

...So gelang es England, vom Mai bis August 1939 in die Welt die Behauptung zu lancieren, daß Litauen, Estland, Lettland, Finnland, Bessarabien sowohl als die Ukraine von Deutschland direkt bedroht seien. Ein Teil der Staaten ließ sich dadurch verleiten, das mit diesen Behauptungen angebotene Garantieversprechen anzunehmen und ging damit in eine Einkreisungsfront gegen Deutschland über.

Unter diesen Umständen glaubte ich es vor meinem Gewissen und vor der Geschichte des deutschen Volkes verantworten zu können, nicht nur diesen Ländern bzw. ihren Regierungen die Unwahrheit der vorgebrachten britischen Behauptungen zu versichern, sondern darüber hinaus die stärkste Macht des Ostens noch besonders durch feierliche Erklärungen über die Grenzen unserer Interessen zu beruhigen.

... Niemals hat das deutsche Volk gegen die Völkerschaften Rußlands feindselige Gefühle gehegt. Allein seit zwei Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken. Nicht Deutschland hat seine nationalsozialistische Weltanschauung jemals versucht, nach Rußland zu tragen, sondern die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternommen, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren, und dies nicht nur geistig, sondern vor allem auch militärisch-machtmäßig. Die Folgen der Tätigkeit dieses Regimes aber waren in allen Ländern nur das Chaos, Elend und Hungersnot ...

... Es war daher im August 1939 für mich eine schwere Überwindung, meinen Minister nach Moskau zu schicken, um dort zu versuchen, der britischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland entgegenzuarbeiten ...

... Indem nun Deutschland in Moskau feierlich die angeführten Gebiete und Länder - ausgenommen Litauen - als außerhalb aller deutschen Interessen liegend versicherte, **wurde noch eine besondere Vereinbarung getroffen für den Fall, daß es England gelingen sollte, Polen tatsächlich in den Krieg gegen Deutschland zu hetzen ...**

... Die Folgen dieses von mir selbst gewünschten und im Interesse des deutschen Volkes abgeschlossenen Vertrages waren besonders für die in den betroffenen Ländern lebenden Deutschen sehr schwer.

Weit mehr als eine halbe Million deutscher Volksgenossen - alles Kleinbauern, Handwerker und Arbeiter - wurden fast über Nacht gezwungen, ihre frühere Heimat zu verlassen, um einem neuen Regime zu entgehen, das ihnen zunächst mit grenzenlosem Elend, früher oder später aber mit der völligen Ausrottung drohte.

Trotzdem sind tausende Deutsche verschwunden! Es war unmöglich, jemals ihr Schicksal oder gar ihren Aufenthalt zu ermitteln. Unter ihnen befanden sich allein 160 Männer deutscher Reichsangehörigkeit.

Ich habe zu dem allen geschwiegen, weil ich schweigen mußte! Denn es war ja mein Wunsch, eine endgültige Entspannung und wenn möglich einen dauernden Ausgleich mit diesem Staate herbeizuführen.

Schon während unseres Vormarsches in Polen aber beanspruchten die sowjetischen Machthaber plötzlich entgegen dem Vertrag auch Litauen. Das deutsche Reich hat nie die Absicht gehabt, Litauen zu besetzen und hat auch nicht nur kein derartiges Ansinnen an die Litauische Regierung gestellt, sondern im Gegenteil das Ersuchen der damaligen Litauischen Regierung, nach Litauen in diesem Sinne deutsche Truppen zu schicken, als nicht nach den Zielen der deutschen Politik entsprechend abgelehnt.

Trotzdem fügte ich mich auch in diese neue russische Forderung. **Es war aber nur der Beginn fortgesetzter Erpressungen,** die sich seitdem immer wiederholen.

Während Rußland sich anschickte, nicht nur Finnland, sondern auch die baltischen Staaten militärisch zu unterjochen, motivierte es diesen Vorgang plötzlich mit der ebenso verlogenen wie lächerlichen Behauptung, diese Länder vor einer fremden Bedrohung schützen bzw. ihr zuvorkommen zu müssen. Damit sollte aber nur Deutschland gemeint sein. Denn eine andere Macht konnte überhaupt in die Ostseegebiete weder eindringen noch dort einen Krieg führen.

... Nach einer damals persönlich abgegebenen Erklärung **Molotows befanden sich schon im Frühjahr 1940 zweiundzwanzig russische Divisionen allein in den baltischen Staaten.**

Da die russische Regierung immer behauptete, sie sei von der dortigen Bevölkerung gerufen worden, konnte der Zweck ihres Dortseins mithin nur eine Demonstration gegen Deutschland sein.

... Um aber diese Probleme endgültig zu lösen und über die russische Einstellung dem Reiche gegenüber ebenfalls Klarheit zu erhalten, sowie unter dem Druck der sich stetig verstärkenden Mobilisierung an unserer Ostgrenze, habe ich Herrn Molotow eingeladen nach Berlin zu kommen [Nov. 1940, d. Verf.], Der sowjetische Außenminister verlangte nur die Klärung bzw. Zustimmung Deutschlands in folgenden vier Fragen:

1. Frage Molotows:
Sollte sich die deutsche Garantie für Rumänien im Falle eines Angriffs Sowjetrußlands gegen Rumänien auch gegen Sowjetrußland richten?
Meine Antwort:
Die deutsche Garantie ist eine allgemeine und uns unbedingt verpflichtend. Rußland habe uns aber nie erklärt, daß es außer Bessarabien überhaupt noch in Rumänien Interessen besitze. Schon die Besetzung der Nord-Bukowina war ein Verstoß gegen diese Versicherung. Ich glaube daher nicht, daß Rußland jetzt plötzlich noch weitergehende Absichten gegen Rumänien haben könnte.
2. Frage Molotows:
Rußland fühle sich erneut von Finnland bedroht. Rußland sei entschlossen, dies nicht zu dulden. Sei Deutschland bereit, Finnland keinerlei Beistand zu geben und vor allem die nach Kirkenes zur Ablösung durchmarschierenden deutschen Truppen sofort zurückzuziehen?
Meine Antwort:
Deutschland habe nach wie vor in Finnland keine politischen Interessen. **Ein neuer Krieg Rußlands gegen das kleine finnische Volk aber könne von der deutschen Reichsregierung als nicht mehr tragbar angesehen werden,** um so mehr, als wir an eine Bedrohung Rußlands durch Finnland niemals glauben könnten. Wir wollten aber überhaupt nicht, daß in der Ostsee nochmals ein Kriegsgebiet entstehe.
3. Frage Molotows:
Sei Deutschland bereit einzuwilligen, daß Sowjetrußland seinerseits an Bulgarien eine Garantie gebe und sowjetische Truppen zu diesem Zwecke nach Bulgarien schicke, wobei er - Molotow - erklären wolle, daß sie nicht die Absicht hätten, aus diesem Anlaß z. B. den König zu beseitigen.
Meine Antwort:
Bulgarien sei ein souveräner Staat und ich wüßte nicht, daß ähnlich wie Rumänien Deutschland, Bulgarien überhaupt Sowjetrußland um eine Garantie gebeten hätte. Außerdem müßte ich mich darüber mit meinen Verbündeten besprechen.
4. Frage Molotows:
Sowjetrußland benötige unter allen Umständen einen freien Durchgang durch die Dardanellen und fordere auch zu seinem Schutze die Besetzung einiger wichtiger Stützpunkte an den Dardanellen bzw. am Bosperus. Sei Deutschland damit einverstanden oder nicht?
Meine Antwort:
Deutschland sei bereit, jederzeit seine Zustimmung zu geben zu einer Änderung des Status von Montreux zugunsten der Schwarzmeer-Staaten. **Deutschland sei nicht bereit einzuwilligen in die Besitznahme russischer Stütz-**

punkte an den Meerengen. ... Ich habe hier jene Haltung eingenommen, die ich als verantwortlicher Führer des Deutschen Reiches, aber auch als verantwortungsbewußter Vertreter der europäischen Kultur und Zivilisation allein einnehmen konnte ... **Heute stehen rund 160 russische Divisionen an unserer Grenze** ... Damit aber ist nunmehr die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.

Deutsches Volk! In diesem Augenblick vollzieht sich ein Aufmarsch, der in Ausdehnung und Umfang der größte ist, den die Welt bisher gesehen hat. Im Verein mit finnischen Kameraden stehen die Kämpfer des Sieges von Narvik am Nördlichen Eismeer. Deutsche Divisionen unter dem Befehl des Eroberers von Norwegen schützen gemeinsam mit den finnischen Freiheitshelden unter ihrem Marschall den finnischen Boden. Von Ostpreußen bis zu den Karpaten reichen die Formationen der deutschen Ostfront. An den Ufern des Pruth, am Unterlauf der Donau bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres vereinen sich unter dem Staatschef Antonescu deutsche und rumänische Soldaten.

Die Aufgabe dieser Front ist daher nicht mehr der Schutz einzelner Länder, sondern die Sicherheit Europas und damit die Rettung aller.

Ich habe mich deshalb entschlossen, das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches und unseres Volkes wieder in die Hand unserer Soldaten zu legen.

Möge uns der Herrgott gerade in diesem Kampfe helfen!

Berlin, den 22. Juni 1941

Adolf Hitler

A14 Auszug aus dem Telefonat Churchills mit Roosevelt am 26.11.1941

Nach: G. Douglas, *Geheimakte Gestapo-Müller,* I, Berg am See 1996, S. 320.

Noch vor Dechiffrierung des japanischen Marinecodes erfuhr Roosevelt vom bevorstehenden Angriff auf Hawaii durch ein Telefonat von Churchill am 26.11.1941, 13.35 Uhr deutscher Ortszeit, was von deutschen Geheimdiensten mitgehört wurde.

Churchill: *„Ich habe Berichte unserer Agenten in Japan ... ich kann Ihnen versichern, daß ihr Ziel [der japanischen Flotteneinheit] die Flotte in Hawaii ist, in Pearl Harbour ..."*

Roosevelt: *„Die Japs versuchen bei Pearl Harbour ein Port Arthur ... Das würde sicherlich diesem Arsch von Kongreß etwas Dampf machen " ...*

Churchill: *„Das genaue Angriffsdatum ist der 8. Dezember" ...*

Roosevelt: *„Ein japanischer Angriff... würde sicherlich zwei der wichtigsten Erfordernisse unserer Politik erfüllen " ...*

Churchill: *„Laß zu, daß die Japs Euch angreifen, dann können Sie schließlich ihre Kriegserklärung vom Kongreß bekommen. "*

Roosevelt: *„ Was wird hier dann andererseits geschehen, wenn einer unserer Abwehrleute in der Lage ist, die gleiche Nachricht mitzuschneiden, sie zu entschlüsseln ... Ich glaube, ich kann vielleicht einen Grund finden, daß ich von Washington weg bin, während sich die Krise entwickelt."*

A15 Brief Hitlers an Sven Hedin vom 30.10.1942

Aus: Sven Hedin, *Ohne Auftrag in Berlin,* Arndt-Verlag, Kiel 1991, S. 278.

Am 27.10.1942 erschien das Buch von Sven Hedin *Amerika im Kampf der Kontinente.* Es schließt mit dem Satz: *„Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen als der Krieg des Präsidenten Roosevelt. "* Nachdem Hitler das Buch gelesen hatte, schrieb er am 30.10.1942 an Sven Hedin folgenden Brief:

Sehr verehrter Herr Doktor Sven Hedin!

Sie hatten die Freundlichkeit, mir Ihr im Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig, neuerschienenes Buch 'Amerika im Kampf der Kontinente' mit einer persönlichen Widmung zu übersenden. Ich danke Ihnen herzlich für die mir damit erwiesene Aufmerksamkeit.

Ich habe das Buch bereits durchgelesen und begrüße es ganz besonders, daß Sie so ausführlich auf die von mir bei Beginn des Krieges in Polen gemachten Angebote eingegangen sind. Wenn ich heute an die Zeit zurückdenke, dann liegt das alles so ferne und es erscheint mir so unwirklich, daß ich mich gerade selbst anklage, mit meinen Vorschlägen soweit gegangen zu sein. Denn in diesem Falle haben wieder einmal jenen Menschen, die es böse zu

machen gedachten, Gutes getan. **Wäre Polen zu der von mir angebotenen Verständigung bereit gewesen, dann würde es nicht zum Kriege gekommen sein. In diesem Fall aber hätte Rußland seine Rüstungen in einem Ausmaß vollenden können, das wir erst heute kennen und zu ermessen vermögen. Fünf Jahre noch Friede und Europa wäre von dem Gewicht der bolschewistischen Kriegsmaschine einfach niedergewalzt worden.** Dann ist es ja klar, daß nach der Erledigung der deutsch-polnischen Zwistigkeiten das Reich und vor allem die nationalsozialistische Bewegung sich in erster Linie der Kultur und vor allem den sozialen Fragen zugewandt haben würden. Wenn wir auch nicht die Rüstung direkt vernachlässigt hätten, so wäre sie doch in Grenzen geblieben, die wenige Jahre später zu einer hilflosen Unterlegenheit gegenüber diesem asiatischen Koloß hätte führen müssen. Das Schicksal Europas und damit einer mehrtausendjährigen Kultur würde unter diesen Umständen wohl ihr Ende gefunden haben. Denn wenn auch der Mann, d. h. der Soldat, in erster Linie den Krieg führt, so sind doch die ihm gegebenen Waffen nicht weniger entscheidend. Dem Bolschewismus wäre es gelungen, eine Synthese von Millionen ebenso fanatisierter wie brutaler Kämpfer mit einer unvorstellbaren Rüstung über das harmlose Europa sich hinwälzen zu lassen.

Ohne Zweifel ist der Schuldige an diesem Kriege, wie Sie sehr richtig zu Ende des Buches aussprechen, **ausschließlich der amerikanische Präsident Roosevelt.** Allein, indem er und seine Helfershelfer diesen Krieg anzettelten, haben sie sicherlich ungewollt, aber trotzdem den Kontinent der schönsten menschlichen Kultur gerade noch in letzter Minute aufgeweckt und mit offenen Augen einer Gefahr entgegen treten lassen, die wenige Jahre später wahrscheinlich nicht mehr zu bannen gewesen wäre. Ich zweifle nun keine Sekunde, daß wir mit unseren Verbündeten diesen Koloß so lange schlagen werden, bis er endgültig zerbricht.

Es ist jedenfalls mein unerschütterlicher Entschluß, die Waffen nicht eher niederzulegen, als nicht Europa sowohl vom Westen als auch vom Osten als endgültig gesichert und damit als gerettet angesehen werden kann.

Indem ich die Gelegenheit benutze, Ihnen, verehrter Herr Sven von Hedin, meine besten Wünsche für Ihre Gesundheit und Ihr weiteres Wohlergehen zu übermitteln, bin ich mit freundschaftlichem Gruß

Ihr ergebener

Adolf Hitler

A16 Geheimbefehl Stalins vom 16.2.1943

Aus: F. Becker, *Kampf um Europa,* 1991, S. 227.

Mögen die bürgerlichen Regierungen der westlichen Demokratien, mit denen wir ein Bündnis geschlossen haben, glauben, daß wir unsre einzige Aufgabe darin sehen, die Faschisten aus unserem Land zu vertreiben. Wir Bolschewiken wissen, und mit uns wissen es alle Bolschewisten der ganzen Welt, daß unsere eigentliche Aufgabe erst beginnen wird, sobald die zweite Etappe dieses Krieges zum Abschluß gelangt ist. Dann wird für uns die dritte, die Etappe der Vernichtung des Kapitals beginnen.

Wir müssen diese dritte Etappe bereits sichern und müssen schon jetzt Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß das Weltkapital dieses unser Endziel vorzeitig erkennt. Diese taktischen Maßnahmen werden wir auch dann treffen müssen, wenn sich wider Erwarten die Abwicklung der zweiten Etappe verzögern sollte. Dann nämlich werden wir die Unterstützung unserer jetzigen Verbündeten, insbesondere durch Errichtung der zweiten Front, benötigen. Jedes Mißtrauen bei ihnen gegen unsere endgültigen Ziele würde diese Hilfeleistung gefährden. Laßt Euch durch diese Maßnahmen nicht beirren, die sowohl bei den breiten Massen der Sowjetunion als auch des Auslandes den Eindruck erwecken könnten, als seien wir unseren Grundsätzen untreu geworden. Nein, wir sind ihnen nicht untreu und werden niemals untreu werden. Dessen sollt Ihr eingedenk sein, und in diesem Sinne sollt Ihr die Eurer Führung Anvertrauten lenken.

Unser einziges Ziel ist und bleibt die Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt, und wie ich meines Schwurs, den ich am Sarge unseres Lehrers Lenin geleistet habe, immer eingedenk sein werde, so dürft auch Ihr diesen Schwur nicht vergessen. Denkt immer an die dritte Etappe, die vor uns liegt, und die allein für uns entscheidend sein wird. **Wir haben Bündnisse geschlossen, weil dies nötig war, um zur dritten Etappe zu gelangen. Doch unsere Wege trennen sich dort, wo unsere jetzigen Verbündeten der Erreichung unseres Endzieles im Wege stehen werden.** Seid immer dessen eingedenk, daß unser Wahlspruch ist: 'Proletarier aller Länder vereinigt Euch!' und unser einziges Ziel: 'Die Weltrevolution des Proletariats'.

A17 Bekanntmachung des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels und der Befehl des Reichsführers der SS Himmler betr. Behandlung der europäischen Völker von Februar 1943

Aus: Th. Oberländer, *Der Osten und die Deutsche Wehrmacht,* Asendorf 1987, S. 135.

Reichspropagandaleiter Berlin W 8, den 15. Februar 1943
NSDAP Wilhelmplatz 8-9.
An alle Geheim!
Reichsleiter, Gauleiter, Gaupropagandaleiter.

Betrifft: Behandlung der europäischen Völker.

Der Führer hat in seiner Proklamation zum 30.Januar 1943 in eindeutiger Weise auf die Bedeutung des nationalsozialistischen Kampfes in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nicht nur für Deutschland, sondern darüber hinaus für ganz Europa hingewiesen.

„Heute ... erkennen wir aber erst ganz, was aus Deutschland und aus ganz Europa geworden wäre, wenn am 30. Januar 1933 die Vorsehung durch den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg dem Nationalsozialismus die Macht nicht übertragen haben würde. "

„ Was wäre aus dem deutschen Volk und aus Europa geworden, wenn am 22. Juni 1941 nicht in letzter Minute die neue deutsche Wehrmacht ihren Schild vor den Kontinent gehalten hätte? Wer will glauben, daß die lächerlichen Garantien und ebenso belanglosen papiernen Erklärungen angelsächsischer Staatsmänner die Welt gerettet hätten vor dem Überfall durch eine Macht, die, wie es heute amerikanische Korrespondenten ruhig aussprechen, seit zwanzig Jahren nur ein Ziel hatte ... Europa zu überfallen und seine Kultur zu vernichten. "

„... So gibt es auch heute nur diese beiden Alternativen: Entweder es siegen Deutschland, die deutsche Wehrmacht und die mit uns verbündeten Länder und damit Europa, oder es bricht von Osten her die innerasiatisch-bolschewistische Welle über den ältesten Kulturkontinent herein, genau so zerstörend und vernichtend, wie dies in Rußland selbst schon der Fall war. "

Hieraus ergeben sich für die Behandlung der außerhalb Deutschland lebenden europäischen Völker einschließlich der Ostvölker sowie für die Behandlung von Plänen des Reiches im Osten in Reden, Aufsätzen und sonstigen Veröffentlichungen folgende klare Forderungen:

1. Es müssen für den Sieg nicht nur alle noch irgendwie vorhandenen und verfügbaren Kräfte des deutschen Volkes mobilisiert werden, sondern die je-

ner Völker, welche die bisher im Verlauf des Krieges von uns besetzten oder eroberten Länder bewohnen. Jede Kraft des europäischen Kontinents, also auch vor allem der Ostvölker, muß in dem Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus eingesetzt werden.

2. Die gesamte Propagandaarbeit der NSDAP und des nationalsozialistischen Staates muß darauf ausgerichtet werden, nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch den übrigen europäischen Völkern einschließlich der Völker in den besetzten Ostgebieten und den noch bolschewistischer Herrschaft unterstehenden Ländern den Sieg Adolf Hitlers und der deutschen Waffen als in ihrem ureigensten Interesse liegend klarzumachen.
3. **Es verträgt sich hiermit nicht, diese Völker, insbesondere die Angehörigen der Ostvölker direkt oder indirekt, vor allem in öffentlichen Reden oder Aufsätzen herabzusetzen und in ihrem inneren Wertbewußtsein zu kränken.**

   Man kann diese Menschen der Ostvölker, die von uns ihre Befreiung erhoffen, nicht als Bestien, Barbaren usw. bezeichnen und dann von ihnen Interesse am deutschen Sieg erwarten. Wie wir in der Kampfzeit in Deutschland zwischen dem System der demokratisch-marxistischen Parteien einerseits und den von ihnen irregeführten deutschen Menschen andererseits unterschieden haben, so muß auch jetzt immer nur die Bestie Stalin und die Bestialität des bolschewistischen Systems angegriffen werden, nicht aber die Völker, die von ihm unterworfen wurden.
4. **Ebenso unangebracht ist eine Darstellung der künftigen Neuordnung Europas, aus der die Angehörigen fremder Völker den Eindruck gewinnen könnten, als ob die deutsche Führung sie in einem dauernden Unterwerfungsverhältnis zu halten beabsichtige.**

   Äußerungen, daß Deutschland im Osten Kolonien errichten und Kolonialpolitik treiben werde, das Land und seine Bewohner als Ausbeutungsobjekt betrachte, sind völlig verfehlt. Sie würden der Sowjetpropaganda nur eine willkommene Gelegenheit zu der Behauptung bieten, daß Deutschland die Völker des Ostens auf eine Stufe mit den Negern stelle. Dies würde bei der Bevölkerung wie bei den Sowjettruppen nur eine Stärkung des Widerstandswillens gegen die deutsche Wehrmacht und das Deutsche Reich zur Folge haben.
5. **Ebenso abwegig ist es, von neuen deutschen Siedlungen oder gar Großsiedlungen und Landenteignung zu sprechen oder theoretische Aufsätze über die Frage zu verfassen, ob man die Völker oder den Boden germanisieren müsse.** Gerade der nationalsozialistische Grundsatz, daß nur der Boden germanisiert werden kann, wird ohnehin von feindlicher Seite dahin ausgewertet, daß eine riesige Aussiedlung der Völker als Plan

des Reiches verkündet werde. Der feindlichen, insbesondere der Sowjetpropaganda darf hierzu keine Handhabe geboten werden, da auch hier das Ergebnis eine Stärkung des Widerstandswillens der Ostvölker wäre.

Erst recht kann eine Verschickung der alteingesessenen Bevölkerung nicht erörtert werden.

6. Demgegenüber ist bei allen sich bietenden Gelegenheiten der Freiheitswille, der Kampfwille gegen das bolschewistische Terrorregiment, wie er die von den Sowjets unterdrückten Völker beseelt, ihr Soldatentum sowie ihre Arbeitswilligkeit hervorzuheben. Als Beweis ist der Einsatz der Ostvölker in landeseigenen Truppenkontingenten, wie ihn der Wehrmachtsbericht bereits hervorhob, der Einsatz der Ostarbeiter im Reichsgebiet und die Arbeit anzuführen, durch die die Ostvölker in industriellen oder landwirtschaftlichen Betrieben ihrer Heimat unter deutscher Führung das Ihre für den Sieg, für die deutsche Rüstung und die Sicherung des Ernteertrages leisten.
7. Die besetzten Ostgebiete werden nach ihrer planmäßigen Zerstörung durch den Bolschewismus (entsprechend Stalins Befehl der verbrannten Erde) unter deutscher Führung wieder aufgebaut. Dies sichert mit den Reichtümern des Bodens Deutschland, ganz Europa und damit auch den im Osten lebenden Völkern die Nahrungs- und Rohstoffrciheit und den sozialen Aufstieg für alle Zukunft.

   Alles, was die notwendige Mitarbeit aller europäischen Völker, insonderheit der Ostvölker für den Sieg gefährdet, muß also unterlassen werden. Jede Entgleisung würde nur der Sowjetpropaganda die Handhabe geben, womöglich auf das Zeugnis führender Persönlichkeiten des Reiches hinzuweisen, welche die Knechtung der Völker des Ostens zum Ziele hätten. Jede Vorsicht in Äußerungen hilft dagegen deutsches Blut sparen und den Sieg erringen.

Im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei[35] bitte ich um strengste Beachtung aller dieser Folgerungen aus den Richtlinien des Führers im Gesamtbereich der Parteiarbeit und insonderheit der Propaganda.

Die die Ostvölker betreffenden Ausführungen entsprechen den an die Obersten Reichsbehörden ergangenen Richtlinien des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete[36] über das Verhalten aller verantwortlichen Stellen zum Problem der Ostpolitik, insbesondere zur Frage der Behandlung der Ostvölker.
Heil Hitler!
gez. Dr. Goebbels
Reichspropagandaleiter der NSDAP

[35] gemeint ist: Reichsminister Bormann

[36] gemeint ist: Reichsminister Rosenberg

Der Reichsführer-SS
Persönlicher Stab — Feld-Kommandostelle, 20. Febr. 1943
Tgb.Nr.:36/62/43 g.
Bra/Dr.

Betr.: Behandlung der europäischen Völker — Geheim!

SS-Gruppenfuhrer Berger
SS-Hauptamt
Berlin

Lieber Gruppenführer!

In der Anlage übersende ich ein Schreiben des Reichspropagandaleiters der NSDAP. Der Reichsführer-SS wünscht folgende Verteilung:

An alle
1.) Hauptämter
2.) Höheren SS- und Polizeiführer
3.) SS- und Polizeiführer
4.) Befehlshaber der Ordnungspolizei
5.) Befehlshaber der Sicherheitspolizei

Das Begleitschreiben dazu soll den nachstehend aufgeführten Text haben:

„Anliegend überreiche ich eine Bekanntmachung des Reichspropagandaleiters der NSDAP, die ich gerade im heutigen Zeitpunkt des Krieges für sehr wichtig halte. Sie ist von allen unseren Stellen strengstens zu befolgen. Im Vordergrund steht, daß der Krieg gewonnen wird,
gez.: H. Himmler"

Heil Hitler!
(Unterschrift)
SS-Obersturmbannführer

Anlage

A18 L. Nizer, *What to do with Germany?*

Chicago 1943/44, Übersetzung S. Symanek, *Deutschland muß vernichtet werden,* Bingen 1997.

Obwohl die einseitigen Verträge der Sieger unter sich während und nach dem Krieg und die Behandlung Deutschlands nicht zum Thema dieses Buches gehören, soll Nizer zitiert werden, da hier das Streben des Freimaurertums nach Weltherrschaft und dessen Erfolg bis zur Abschaffung der deutschen Währungshoheit z. Z. in allen Einzelheiten sichtbar wird.

Ja, es gibt sie wirklich, die deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und gegen die freie Menschheit in sämtlichen Ländern ... Das ist dem Volk in die Seele gebrannt (S. 45). Die Nazikampagne gegen die Juden offenbarte sich zuletzt gleichsam als ein Angriff gegen die gesamte Christenheit. Die Identität der jüdisch-christlichen Ethik wurde ausgeschlachtet (S. 58). **Es ist nicht der jeweilige Staatslenker,** sei es Karl der Große, Kaiser Friedrich Barbarossa, Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, König Friedrich der Große, Reichskanzler Otto von Bismarck, Wilhelm II. oder Hitler, **der den Krieg gegen die Menschheit geführt hat. Es ist das deutsche Volk** (S. 66). **Das Volk als Ganzes muß in Schutzhaft genommen werden** ... Ihre nationale Einheit haben sie so lange verwirkt, bis sie durch Annahme zivilisierter Lebensregeln bewiesen haben, daß sie sich geändert haben (S. 108). Zu den im Waffenstillstandsvertrag namentlich anzuführenden Persönlichkeiten gehören der „Führer", die Mitglieder seiner Regierung, die Gauleiter und die Mitglieder des Oberkommandos, Statthalter in den besetzten Gebieten und die leitenden Verwaltungsbeamten des Staates, der Gemeinden und der Naziorganisationen. Das ergibt annähernd 5 000 Mann. **Todesstrafen sollten verhängt werden. Das würde die wichtigsten Gestalten der Partei und der Regierung vernichten.** Die Vereinten Nationen könnten sich dann um die weniger belasteten Verbrecher kümmern. **Als nächste sollten die Leiter der deutschen Massenorganisationen angeklagt und verurteilt werden:** Gestapo und Arbeitsfront haben etwa 75 000 Beamte und Angestellte. Außerdem sind da noch etwa 75 000 niedere Dienstgrade, die die SS aufgebaut und unterwiesen hat; die Landfront und andere derartige Organisationen. Das wäre dann die ganze Gruppe von rund 150 000 100%igen fanatischen Nazis, auf die sich das Regime stützte. **Die Todesstrafe sollte für alle diese Leute gefordert werden (S.** 113). Ausschüsse der Vereinten Nationen sollten ein internationales Militärtribunal bilden (S. 118). Um seine Militärclique mit der Wurzel auszurotten, werden wir für die gewissenlosesten Mörder der Geschichte die Todesstrafe

verhängen (S. 124). Deutschland erklärte der Welt den Krieg während seiner republikanischen Zeit [der Weimarer Republik], Es handelte sich dabei um einen Wirtschaftskrieg (S. 125). Anfang 1920 und wahrscheinlich schon vorher planten die führenden deutschen Chemiker und Industriellen den zweiten Weltkrieg (S. 126). Dabei war an Hitler als Führer noch nicht einmal im Traum gedacht (S. 127). Der deutsche Unternehmer ... betrachtete sich als verantwortlich für das deutsche Schicksal (S. 145). Also müssen alle mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigten Betriebe abgetakelt und die Fabrikanlagen vernichtet werden (S. 150). Aber was noch viel wichtiger ist: die Werkzeugmaschinen-, Eisen-, Stahl-, Aluminium-, Chemie- u. a. Industrien ... dürfen nicht unter deutscher Leitung stehen (S. 151). Schließlich und endlich muß die Abrüstung auch eine Landwirtschaftsreform umfassen. Das bedeutet zugleich ein Aufbrechen des preußischen Feudalsystems ... Diese landbesitzende Klasse, die fanatischen Geburtshelfer eines Supernationalismus, muß zerschmettert werden (S. 153). Deutschland muß seelisch abgerüstet werden. Sein Schulsystem muß abgetakelt und vernichtet werden, genau wie die Munitionsfabriken. Eine neue Erziehungsmaschinerie muß aufgebaut werden, deren Ergebnis eine friedliche Natur offenbart, in Übereinstimmung mit normalen Auffassungen über Ethik [wie in den USA, wo sittlich Abnorme wie Clinton Präsident werden können, d. Verf.] (S. 177). Nichtdeutsche Lehrer werden aus allen Völkern der Welt ausgesucht (S. 183). Wir müssen allen Scharfsinn und alle geistige Wendigkeit einsetzen, bei Radio, Film und für geschickte Erziehungspropaganda (S. 185). **Wir werden für Alt wie auch für Jung einen Zwangsunterricht einführen** (S. 186). **Bürgerrechte dürften nur zuerkannt werden, wenn Erziehungsbescheinigungen vorgewiesen werden können, die von anderen Umerziehungseinrichtungen ausgestellt worden sind** (S. 187). Die Hoffnung dabei ist, nach und nach einen Weltstaat zu erreichen ... Die meisten Befugnisse sollen den Nationen vorbehalten bleiben, aber das Recht zur Verleihung der Staatsbürgerschaft, die Verteidigung, der internationale Handel, die Regelung von Währungsfragen und das Nachrichtenwesen würden durch die Weltunion kontrolliert (S. 195).

Die Strafe. **Erstens sprechen wir Deutschland die staatlichen Hoheitsrechte ab. Zweitens, nachdem wir die Nation als solche gestraft haben, bestrafen wir die einzelnen Kriegsverbrecher. Zu diesem Zweck errichten wir zwei Arten von Gerichtshöfen.** Solche, ... in denen die Verbrecher aufgespürt sein mögen ... Die zweite Art ist der internationale Gerichtshof ... Sie handeln als Instanzen ohne Berufungsmöglichkeiten und sollen Regierungsmitglieder und andere Hauptkriegsverbrecher aburteilen. Viertens nehmen wir die Gruppe der Verfechter des großdeutschen Gedankens in Listen auf... Sie müssen als erste der unerbittlichen Rachejustiz ins Auge sehen (S. 203 f.).

A19 Die Toten des Angriffs auf Dresden am 13./14.2.1945

Der höhere Polizei- und SS-Führer
Der Befehlshaber der Ordnungjpolizei

Dresden, den 22.3.1945

Tagesbefehl Nr. 47

1) Luftangriff auf Dresden
Um den wilden Gerüchten entgegentreten zu können, folgt nachstehender kurzer Auszug der Schlußaufxtellung des Polizeipräsidenten von Dresden Ober die 4 Angriffe am 13.. 14.. 15.2.1945 auf Dresden.

1. Angriff am 13. 2. 1945 von 22.09 bis 22.35 etwa 3000 Spreng- und 400.000 **SLB.**
2. Angriff am 14.2. 1945 von 1.22 bis 1.54 etwa 4500 Spreng- und 170.000 SLB.
3. Angriff am 14. 2. 1945 von 12.15 bis 12.25 etwa 1500 Spreng- und 50.000 SLB.
4. Angriff am 15. 2. 1945 von 12.10 bis 12.50 etwa 900 Spreng- und 50.000 SLB.

Total vernichtet bzw. schwer beschädigt wurden 13.441 Wohngebäude, das sind 36% aller Wohngebäude in Dresden.

Weiter wurden total vernichtet bzw. schwer beschädigt, daß sie nicht mehr benutzt werden können:

30 Banken
31 Waren- und Kaufhäuser
36 Versicberungsgebäude
32 größere Hotels
25 größere Gaststätten
75 Verwaltungsgebäude
6 Theaicr
18 Lichtspielhäuser
2 Museen
19 Kirchen
6 Kapellen
22 Krankenanstalten
72 Schulen
5 Konsulate, darunter das spanische und Schweizer Konsulat

Im KQhlluus wurden nur 180 Faß (zu je 50 kg) vemichteL Alle anderen Bestände wurden gerettet

Bis zum 20. 3. 1945 abends wurden 202.040 Tote, Oberwiegend Frauen und Kinder, geborgen.

Es ist damit zu reclinen. daß die £ald auf 250.000 Tote ansteigen wird. Von den Toten konnten nur annähernd 30V» identifiziert werden.

Die Ordnungspolizei Dresden (Schulzpolizei) hat 75 Tote. 276 Vermißte, die zum großen Teil zu den Toten gerechnet werden müssen, zu verzeichnen

Da der Abtransport der Toten nicht rechtzeitig und rasch vonstallen gehen konnte, wurden 68.650 Gefallene eingeäschert, die Asche auf einem Friedhof beigesetzt

Da die Gerüchte die Wirklichkeit weil übertreffen, kann von den tatsächlichen Zahlen offen Gebrauch gemacht werden

Die Verluste und Schäden lind schwer genug. Die ganze Schwere des Angriffs liegt darin, daß dieser Umfang der Schäden in wenigen Stunden hervorgerufen wurde.

Für den Befehlshaber
der Ordnungspolizei
Der Chefd. Stabes, gez. Grosse
Oberst der Schutzpolizei

Erklärung von Oberstlt. E. Matthes

Aus: *Askania Studiensammlung,* H. 7, 1990.

„Von Januar bis 8. Mai 1945 war ich Korps-Ia im Verteidigungsbereich Dresden ... Schon am 14.2.1945 mußte ich einen Sonderstab ... zusammenstellen, der ... vorrangig die Bergung der Toten zu bewerkstelligen hatte ... Es waren 35 000 voll identifizierte Opfer mit Namensangabe, 50 000 waren teilidentifiziert ... 168 000 Opfer, an denen es nichts mehr zu identifizieren gab."

Die Bilanz: nach *Huttenbriefe,* 16, 1988.

Einwohnerzahl Dresdens 1941 (lt. Neuer Brockhaus)	**630.300**	
Flüchtlinge aus Schlesien (lt. Irving)	**600.000**	
Identifizierte Tote		**3 5.000**
Gezählte, nicht identifizierte Tote		**220.000**
Total zerstörtes Stadtgebiet		**14** km^2
Trümmerschutt		**22.000.000** m^3
Total zerstörte Wohnungen		**75.000**
Total zerstörte Krankenhäuser (Dresden war Lazarettstadt), Kulturstätten und Schulen		**143**
Die Vernichtung millionenfacher Schätze von unwiederbringlichem Kultur- und Kunstwert		
Menschen in Dresden zur Zeit des Luftangriffes	**1.230.300**	
Identifizierte und gezählte Tote		**255.000**
[Zusätzlich] in den Kellern der Häuser und an anderen Orten der Stadt unter unermeßlichen Qualen Umgekommene, nach zahlreichen Zeugen- und Augenzeugenberichten mindestens		**200.000 ***
Todesopfer in Dresden mindestens		**455.000**

*Anmerkung des Verlegers: Ein großer Teil der Toten konnte gar nicht geborgen werden, da er völlig zugeschüttet unter den Trümmern lag. Die Zahl 200 000 dürfte aber zu hoch gegriffen sein. Siehe dazu meine Ausführungen im ID, Band 7/1995, Nr. 558 sowie die dort abgedruckten Ausführungen von E. Matthes.

A20 Das Ende - Der Kampf an der Heerstraße

Aus: H. Taege, *Über die Zeiten fort, das Gesicht einer Jugend im Aufgang und Untergang,* Askania-Verlag 1978, S. 119.

„ Von Ost und West stürmen im Frühjahr 1945 die alliierten Armeen auf Berlin. In den Trümmern der Reichshauptstadt wird gekämpft. Im Regierungsviertel steht eine letzte Kampfgruppe der Waffen-SS, französische, dänische und norwegische Freiwillige, die Reste eines vergeblichen Aufbruchs Europas, gegen die rote Flut aus dem Osten. Noch hofft man auf Entsatz durch die Armee Wenck. So ergibt sich als letzte strategische Aufgabe des untergehenden Reiches, den Abschnitt Heerstraße und die Pichelsdorfer Brücken für die sich mühsam herankämpfende Entsatzarmee offen zu halten.

Hier an der Heerstraße und an den Brücken erfüllt die deutsche Jugend ihren letzten Auftrag, ist ihr Kampf die letzte Hoffnung eines Mannes, dessen Namen sie trägt, und der jetzt in der Not nicht mehr götterfern ist, sondern nun wieder menschlicher und damit näherstehend erscheint. Es war zugleich die letzte Lebensäußerung dieser Jugend, die kein politisches System mehr, sondern nur noch ihr Land und die Idee deutscher Brüderlichkeit, die sie in ihrem Namensgeber verkörpert sieht, zu verteidigen meint:

Sechzehnjährige Hitlerjungen aus den Wehrertüchtigungslagern - Drittes Aufgebot des Volkssturms - verteidigen mit vielen Panzerfäusten, wenigen Karabinern und nur einzelnen Maschinenpistolen unter Führung eines Hauptamts-Chefs der Reichsjugendführung, Obergebietsführer Dr. Ernst Schlünder, der selbst als Kriegsfreiwilliger des Ersten Weltkrieges mit 16 Jahren an der Front gekämpft hatte, den letzten Frontabschnitt der Reichshauptstadt.

An noch jüngeren Freiwilligen, Knaben, die mitkämpfen wollen, die in bereits eroberten Vierteln der Stadt Zeugen geworden waren, wie ihre Mütter und Schwestern von barbarischen Horden vergewaltigt wurden, fehlt es nicht. Sie werden abgewiesen. Nur Jungen des letzten, volkssturmpflichtigen HJ-Jahrgangs, die an der Waffe ausgebildet sind, dürfen eingesetzt werden. Sich freiwillig meldende Jüngere, Knaben mit Tränen ohnmächtigen Zorns in den Augen, müssen überredet werden, dem Befehl zu folgen, zu ihren Müttern zurückzukehren, die ihre Söhne jetzt brauchen da drüben in den Häuserblocks, aus denen nächstens die Schreie der Frauen und Mädchen zu hören sind.

Mädel, der fremden Soldateska nach erniedrigenden Qualen entronnen, melden sich beim Kampfkommandanten der HJ und bitten um Waffen, nur um Waffen ... Sie dürfen bleiben; aber ohne Waffen: es gibt keine deutschen Flintenweiber. Die Mädel und Führerinnen helfen in den Verwundeten-Nestern und improvisieren die Versorgung. Versprengte Soldaten, wenige, die den

Kampf nicht aufgeben wollen, schlagen sich zu den Hitlerjungen in den Dekkungslöchern zum letzten Gefecht.

Eine Ärztin aus der Mädelführung der Reichsjugendführung, eine Volksdeutsche aus Rußland, leitet den improvisierten Verbandsplatz im Gebäude der RJV. Beim Bergen von Verwundeten reißt ihr eine russische Sprenggranate aus einem Panzer beide Beine ab. Sie wählt den Freitod aus der Hand eines Kameraden. ...

So kämpft die letzte geschlossene Einheit dieser Jugend an der Heerstraße ihren aussichtslosen Kampf: Ohne Eid und nur noch aus der Liebe und Pflicht für Deutschland. Über 140 russische Panzer bleiben abgeschossen im Vorfeld oder spätestens in der Tiefenzone des dünn von Jungen gehaltenen Abschnitts liegen. Und der Gegner gibt auf!

Die über sich hinausgewachsenen Jünglinge bleiben unbesiegt.

Ohne Fanfaren, ohne Fahnen, ohne Pathos besiegeln sie das Ende der Hitler-Jugend mit einer wahrhaft mannhaften, symbolträchtigen Tat: In der Nacht, da alles verloren und Hitler tot ist, lösen sie sich mit ihren Führern aus ihren Stellungen, scharen sie sich um die Mädchen, nehmen sie in ihre Mitte, immer ein Mädchen zwischen zwei Jungen - mehr Geste als Schutz - und folgen den ausgesonderten Erkundungs- und Sicherungstrupps in nächtelangem, lautlosem Marsch durch die russischen Linien und das feindbesetzte Hinterland, bis sie die Kameradinnen außer Reichweite der entfesselten Soldateska in Sicherheit wissen. Dann erst verliert sich ihre Spur im märkischen Sand.

Ihre an der Heerstraße gefallenen Kameraden blieben auf dem verlorenen Posten, das Warten auf den Entsatz in den gebrochenen Augen. Dort warten sie ...

Die Generation der Hitler-Jugend hat millionenfachen Blutzoll geleistet. Ihre Toten sind nicht freudig gestorben, sondern in tiefem Ernst, glaubend und wollend, daß ihr Sterben schließlich der Freiheit dienen werde. "

A21 Der letzte Wehrmachtsbericht

Aus: E. Kern, *Verheimlichte Dokumente,* 1988, S. 364.

Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen.

Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast sechsjährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.

Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk, für immer Unvergeßliches geleistet.

Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.

Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Jeder Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.

Die Wehrmacht gedenkt in dieser Stunde ihrer vor dem Feind gebliebenen Kameraden.

Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.

A22 Mondorfer Erklärung von Großadmiral Dönitz

Aus: W. Lüdde-Neurath, *Regierung Dönitz, die letzten Tage des Dritten Reiches,* Leoni 1980, S. 166.

Großadmiral Dönitz Bad Mondorf, Juli 1945

Der Kommandant des Lagers, in dem ich mich als Kriegsgefangener befinde, verlas am 7. Juli eine aus 3 Paragraphen bestehende Anordnung, die in § 2 unter anderem die Feststellung enthielt, der Deutsche Staat habe aufgehört zu bestehen. Der Satz wurde auf meine Einwendung nachträglich dahin berichtigt, daß es heißen sollte, die Deutsche Regierung habe aufgehört zu bestehen.

Um Mißverständnissen über meinen Standpunkt vorzubeugen, treffe ich folgende Klarstellung:

1. Die Kapitulation ist von meinen Beauftragten auf Grund einer schriftlichen Vollmacht geschlossen worden, die ich als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und damit Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ausgestellt habe, und die in dieser Form von den bevollmächtigten Vertretern der Alliierten Streitkräfte verlangt war und anerkannt wurde. Die Alliierten haben mich dadurch selbst als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches anerkannt.
2. **Durch die mit meiner Vollmacht am 9. Mai 1945 abgeschlossene bedingungslose Kapitulation der 3 Deutschen Wehrmachtsteile hat weder das Deutsche Reich aufgehört zu bestehen, noch ist dadurch mein Amt als Staatsoberhaupt beendet worden. Auch die von mir berufene geschäftsführende Regierung ist im Amt geblieben;** mit ihr hat die alliierte Überwachungskommission in Flensburg bis zum **23.** Mai im Geschäftsverkehr gestanden.
3. **Die im Anschluß an die Kapitulation erfolgende vollständige Besetzung des Deutschen Reichsgebiets hat an dieser Rechtslage nichts geändert. Sie hat nur mich und meine Regierung tatsächlich behindert, in Deutschland Regierungshandlungen zu vollziehen.**
4. Ebensowenig konnte meine und meiner Regierung Gefangennahme auf die dargelegte Rechtslage Einfluß haben. Sie hatte nur zur Folge, daß jede tatsächliche Amtstätigkeit für mich und meine Regierung vollständig aufhörte.
5. Mit dieser Auffassung über die Rechtsfolgen der erwähnten militärischen Vorgänge befinde ich mich in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts.

Dönitz

A23a Die Verluste des Deutschen Volkes während und nach dem Zweiten Weltkrieg

Sonderdruck *Huttenbriefe* 1996, ergänzt.

Aus:
1. Ahrens, W., *Verbrechen an Deutschen,* Dokumente der Vertreibung, Ahrens-Verlag 1983
2. Bacque, J., *Der geplante Tod,* Ullstein-Verlag 1989
3. Nawratil, H., *Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten,* Herbig-Verlag 1986
4. Nawratil, H., *Das Schwarzbuch der Vertreibung,* Universitas 1999
5. Sack, J., *Auge um Auge,* Hamburg 1995
6. Sander, H. und Johr, B., *Befreier und Befreite,* Kunstmann-Verlag 1992
7. *Völkermord der Tito-Partisanen,* Historiker-Arbeitsgemeinschaft Steiermark-Kärnten

Es starben insgesamt über 17 Millionen Deutsche, davon über 11,6 Millionen Deutsche bei der Vertreibung, durch Ermordung beim Einmarsch und nach der Beendigung des Krieges:

3 250 000	Deutsche Soldaten
1 000 000	Frauen, Kinder und Greise als Opfer des völkerrechtswidrigen Bombenterrors
3 242 000	Deutsche Soldaten in alliierter Kriegsgefangenschaft davon 2 000 000 in sowjetischen Lagern 1 000 000 in amerikanischen Lagern[2]) 120 000 in französischen Lagern 100 000 in jugoslawischen Lagern 22 000 in Polen und der CSSR
3 000 000	Frauen, Kinder und Greise bei der Vertreibung aus der Heimat
500 000	Ermordete beim Einmarsch der Sowjets in Ost- und Mittel-deutschland
60 000	Ermordete beim Einmarsch in Österreich
120 000	Deutsche sind in sowjetischen KZ-Lagern zu Tode gekommen
5 700 000	Hungerpolitik in den Westzonen[3])
100 000	von jüdischen Kommandos in Polen umgebracht[5])
3 50 000	Rußlanddeutsche bei der Deportation[4])

Diese Aufstellung ist noch keineswegs vollständig.

A23b Die Vertreibung in Zahlen

Aus: Nawratil, Heinz, *Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948,* München 1999. Unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Deutsche Bevölkerung in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten in Ostdeutschland, Ost- und Südosteuropa

Vertrieben wurden:

16,5 Millionen	einheimische Deutsche in allen Vertreibungsgebieten
2,0 Millionen	zugezogene Deutsche aus den westlichen und mittleren Landesteilen (Mindestschätzung)
1,5 Millionen	Rußlanddeutsche (Mindestschätzung)
20,0 Millionen	deutsche Aufenthaltsbevölkerung in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten gegen Ende des Krieges

Die deutschen Vertreibungsverluste

	Absolute Zahlen (gerundet)	In Prozent der deutschen Einwohner
Ostpreußen	299 000	14
Ostpommern	364 000	20
Ostbrandenburg	207 000	35
Schlesien	466 000	10
Danzig	83 000	20
Baltische Staaten einschl. Memelland	51 000	21
Tschechoslowakei einschl. Sudetenland	272 000	8
Polen	185 000	14
Ungarn	57 000	15
Jugoslawien	135 000	25
Rumänien	101 000	12
Summe (exakte Zahlen)	**2 230 000**	**12**
Zugezogene Bevölkerung	220 000	
Rußlanddeutsche	350 000	
Verluste insgesamt	**2 800 000**	

Die Schätzungen wurden mit größter Vorsicht vorgenommen und stellen Mindestzahlen dar. Nicht eingerechnet sind alle Kriegsverluste (gefallene Soldaten, Opfer des Bombenkrieges usw.)

A24 Affidavit von Generalfeldmarschall von Weichs betr. Judenverfolgung

Internationales Militärtribunal Nürnberg, Gen. u. OKW (A) - 1630

Nach: H. Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte,* Heft 11, 1998 Grabert-Verlag, Tübingen

9.7.1946

»Ich, Maximilian Freiherr von Weichs, geb. 12.11.1881 in Dessau, versichere an Eidesstatt.

Ich war vom 1.10.1937-0ktober 39 Kommandierender General XIII. A. K., vom Oktober 39 bis 15.7.42 Oberbefehlshaber der 2. Armee, vom 15.7.42 bis 10.6.43 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, vom Aug. 43 bis 26.3.45 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe F/OB Südost. Meine Angaben beziehen sich auf diesen Zeitabschnitt.

Mir ist weder vor dem Kriege noch während desselben bekannt geworden, daß die Absicht bestand oder daß Weisungen von irgendeiner Stelle ausgegeben worden sind, daß die Juden in irgendwelchen Gebietsteilen ausgerottet werden sollten. Daß solche Absichten vorhanden gewesen, sog. Vernichtungslager bestanden haben sollen, habe ich erst in der Gefangenschaft erfahren. Während des Krieges gingen gelegentlich Gerüchte, daß im Reichskommissariat Ukraine/Kiew einzelne Juden getötet worden sein sollten. Beweise dafür konnte mir aber niemand erbringen. Es war nicht klar, ob es sich bei diesen Nachrichten um Ausstreuungen der feindlichen Kriegspropaganda, um wilde Gerüchte, wie sie im Kriege häufig umlaufen, oder um Wahrheit handelte. Auf eine allgemeine Ausrottungsabsicht konnte man daraus keinesfalls schließen. Ich bin auch gar nicht auf diesen Gedanken gekommen.

Sicher ist, daß die in meinen Befehlsbereichen eingesetzten Truppen der 3 Wehrmachtsteile sich an derartigen Ausrottungsmaßnahmen nicht beteiligt haben. Denn die Truppe lehnte von sich aus schon den Kampf gegen wehrlose Menschen ab. Zudem war sie auch immer belehrt worden, daß wir den Krieg gegen die bewaffneten Streitkräfte des Feindes führen und nicht gegen die Bevölkerung, gleichgültig welcher Rassen, Partei usw. sie angehört. Die mir unterstellten Pfarrer haben auf meine Weisung wiederholt in ihren Predigten darauf hingewiesen, daß die christliche Nächstenliebe auch auf Juden anzuwenden sei.

Mir ist daher auch nur ein einziger Fall von Judentötung erinnerlich, der in meinem Befehlsbereich vorgekommen ist. Ein Leutnant der Feldgendarmerie

(aus der SS hervorgegangen) hatte ohne verständlichen Grund einen Juden erschossen. Ich stellte ihn vor ein Kriegsgericht, da ich durch Aburteilung wegen Mordes ein Exempel statuieren wollte. Auf höhere Weisung mußte der Angeschuldigte aber zur Aburteilung in die Heimat abtransportiert werden. Es ist mir nicht mehr erinnerlich, welche Stelle dies befohlen hat. Daß ich jede ungerechte Verfolgung von Juden innerlich ablehnte, beweist die Tatsache, daß ich mich zweimal durch Privatbriefe bei Himmler für Juden verwendete.

In einem Fall handelte es sich um den jüdischen Prof. Dr. Meyerstein (Mediziner), der mit meiner Familie in Verkehr stand und mich gelegentlich einer schweren Erkrankung behandelt hatte. Er war verhaftet worden. Ich bat, ihm die gewünschte Ausreise nach England zu bewilligen. Die Ausreise ist erfolgt.

Auf Bitten einer Freundin meiner Frau bemühte ich mich in gleicher Weise um die Ausreise von 2 älteren, mir persönlich nicht bekannten jüdischen Damen nach Amerika. Die Ausreise wurde genehmigt, konnte aber infolge des inzwischen eintretenden Kriegszustandes mit den USA nicht mehr ausgeführt werden.

Die Antwortschreiben, die ich in beiden Fällen von Himmler selbst und einer der ihm unterstellten Dienststellen erhielt, waren in durchaus entgegenkommender Form gehalten und ließen nicht darauf schließen, daß man die Juden restlos ausrotten wollte. Frh. v. Weichs«

A25 Ehrenerklärung Adenauers für die deutschen Soldaten

Aus: E. Kern, *Verheimlichte Dokumente,* München 1/1988, S. 369.

Bundesrepublik Deutschland-
Der Bundeskanzler

Bonn, den 17. 12. 1952

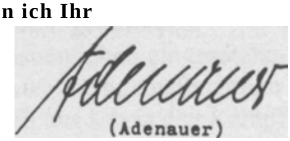


Herrn
Generaloberst a.D. H a u s e r
Ludwigsburg / Wttbg.
Asperger Str. 48

Sehr geehrter Herr Generaloberst!

Einer Anregung nachkommend teile Ich mit, daß die von sir in meiner Hede TOB **3. Dezember 1952 vor den Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschlleßlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.**

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
bin ich Ihr



A26 Der Überleitungsvertrag vom 23.10.1954 - Auszug

BGBL, 1955 **II,** S. 405 ff., Auszug.

Die Bundesrepublik Deutschland,
die Vereinigten Staaten von Amerika,
das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland
und

die Französische Republik

sind wie folgt übereingekommen:

Erster Teil

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern, sofern im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder in den von dessen Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträgen nichts anderes bestimmt ist. Bis zu einer solchen Aufhebung oder Änderung bleiben von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften in Kraft. **Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden. Rechtsvorschriften, durch welche die vorläufigen Grenzen der Bundesrepublik festgelegt worden sind,** oder die nach anderen Bestimmungen des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge in Kraft bleiben, **dürfen nur mit Zustimmung der Drei Mächte geändert oder aufgehoben werden.**

(2) **Die Drei Mächte übertragen hiermit auf die Bundesrepublik** das Recht, nach jeweiliger Konsultation mit den Drei Mächten **die Rechtsvorschriften des Kontrollrates** innerhalb des Bundesgebietes außer Wirksamkeit zu setzen, die nicht nach anderen Bestimmungen des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge oder auf Verlangen der Drei Mächte **in Ausübung ihrer Rechte hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands** und einer Friedensregelung, auf die im Vertrage über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und den Drei Mächten Bezug genommen ist, **in Kraft bleiben,** und die in einer Mitteilung im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages aufgeführt sind.

Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet bleiben oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschen Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

(2) Alle Rechte und Verpflichtungen, die aus den Verträgen und internationalen Abkommen herrühren, die von den Besatzungsbehörden oder von einer oder mehreren der Regierungen der Drei Mächte vor Inkrafttreten dieses Vertrages für eine oder mehrere der drei westlichen Besatzungszonen abgeschlossen wurden und die in der Anlage zu der Mitteilung der Alliierten Hohen Kommissare im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages aufgeführt sind, **sind und bleiben in Kraft,** als ob sie aus gültigen, von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen und internationalen Abkommen herrührten.

Artikel 3

(1) Niemand darf allein deswegen unter Anklage gestellt werden oder durch Maßnahmen deutscher Gerichte oder Behörden in seinen Bürgerrechten ... nur deswegen beeinträchtigt werden, weil er vor Inkrafttreten dieses Vertrages mit der Sache der Drei Mächte sympathisiert, sie ... unterstützt... hat**... sind deutsche Gerichte** und Behörden **nicht zuständig in strafrechtlichen** oder nichtstrafrechtlichen **Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrages begangene Handlung** oder Unterlassung **beziehen,** wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrages die deutschen Gerichte ... nicht zuständig waren ...

(2) ... sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten

dieses Vertrages begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrages die deutschen Gerichte und Behörden ... nicht zuständig waren ...

Artikel 5

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten, die von einem Gericht oder von einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam ...

Artikel 7

(1) Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam ...

Sechster Teil

Artikel 13

(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen ...

(3) Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben sowie ... gegen internationale Organisationen, ausländischen Regierungen oder Personen ... werden nicht zugelassen.

A27 Der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland v. 12.9.1990 (2+4-Vertrag) - Auszug

Artikel 1

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des In-

krafttretens dieses Vertrages endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen der Bundesrepublik Deutschlands ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) **Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.**

(4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, **daß die Verfassung des vereinten Deutschlands keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln** 23 **Satz** 2 **und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.**

(5) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschlands bestätigt wird.

A28 Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr

Appell der 100. *FAZ,* 17.5.1996

Appell der 500. *Stuttgarter Ztg., Stuttgarter Nachr.,* 19.7.1996
Appell der 1000. *Westfalenblatt,* 13.9.1996

Wir, die Unterzeichneten, haben in letzter Zeit mit Besorgnis zur Kenntnis nehmen müssen, daß in Deutschland in zunehmendem Maße Sondergesetze und strafrechtliche Verfolgung gegen Verleger, Redakteure und Autoren - auch gegen Wissenschaftler - wegen deren begründeter Äußerungen zu bestimmten Fragen der Zeitgeschichte eingesetzt werden. Insbesondere grenzt die seit einigen Jahren geübte juristische Praxis, mit dem Prinzip der Offenkundigkeit

alle seitens der Verteidigung vorgetragenen neuen Beweise für solche Äußerungen ohne Behandlung abzulehnen, an Rechtsbeugung, verstößt gegen die Menschenrechte und ist eines freiheitlichen demokratischen Staates unwürdig. Dadurch werden die wissenschaftliche Forschung und die öffentliche Diskussion dieser gerade für Deutschland wichtigen Fragen unerträglich eingeengt, und der notwendige Prozeß der Wahrheitsfindung wird verzögert oder ganz verhindert. Ohne zum Inhalt der strittigen Fragen Stellung nehmen zu wollen, weisen wir als verantwortungsbewußte Staatsbürger in großer Sorge um die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Meinungsäußerung wie die der Forschung und Lehre auf diese gefährlichen Zustände hin und wenden uns an alle Verantwortlichen und an die Öffentlichkeit im In- und Ausland, dafür einzutreten, daß derartige Verletzungen sowohl der Menschenrechte als auch der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Zukunft unterbleiben.

A29 Entscheidung des BVerfG zur Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit

vom 11.1.1994 (Az 1 BvR 434/87)

Art. 5, Absatz 1, Satz 1 GG

„Dieser (Schutzbereich) gewährleistet jedermann das Recht, seine Meinung frei zu äußern: Jeder soll frei sagen können, was er denkt, auch wenn er keine nachprüfbaren Gründe für sein Urteil angibt oder angeben kann ... Werturteile sind danach geschützt, ohne daß es darauf ankäme, ob die Äußerung wertvoll oder wertlos, richtig oder falsch, emotional oder rational ist ... daß Äußerungen zur Geschichtsinterpretation, insbesondere solche, die sich auf die jüngere deutsche Geschichte beziehen ... in den Kernbereich des Schutzes fallen, den Art. 5 Absatz 1 Satz 1 GG gewährleistet ... Das gilt unabhängig davon, ob sie im Spektrum gängiger Lehrmeinungen oder weit außerhalb davon liegen, ob sie gut begründet erscheinen oder ob es sich [- wie hier bei der zentralen Frage des Buches nach der Kriegsschuld -, d. Verf.] *um anfechtbare Darstellungen handelt."*

Art. 5, Absatz 3, Satz 1 GG

„schützt... nicht eine bestimmte Auffassung von Wissenschaft oder eine bestimmte Wissenstheorie. Das wäre mit der prinzipiellen Unvollständigkeit und Unabgeschlossenheit unvereinbar, die die Wissenschaft trotz des für sie konstitutiven Wahrheitsbezuges einengt."

A30 Weiterführende Literatur zu den Hintergrundmächten

Bohlinger, Roland, *Ist die Freimaurerei eine nach Art. 9 II GG verbotene Vereinigung?,* Viöl 1995 (2. Aufl.)

Hasselbacher, Friedrich, *Verrat der Feldlogen im Weltkrieg,* Viöl 1997

Heise, Karl, *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg,* 1920, Nachdruck Struckum 1991 (3. Aufl.)

Lützeler, Felix F. F., *Hinter den Kulissen der Weltgeschichte*, Bd. 1-3, 1929, Nachdruck Struckum 1989

Ehlers, Erich, *Freimaurer arbeiten fiir Roosevelt,* 1943, Nachdruck Viöl 1992

Riegelmann, Hans, *Die europäischen Dynastien in ihrem Verhältnis zur Freimaurerei,* 1943, Nachdruck Viöl 1985

Pauler, Ludwig, *Geheimschlüssel zur Weltpolitik,* 1943, Nachdruck Viöl 1992

Hasselbacher, Friedrich, *Entlarvte Freimaurerei,* Band 1-3, 1934-38, Nachdruck Viöl 1992-1993

Simanowitsch, Aron, *Der Zar, der Zauberer und die Juden,* 1943, Nachdruck Viöl 1994

Hasselbacher, Friedrich, *Frankreichs Totentanz um die Menschenrechte,* 1940, Nachdruck Viöl 1999

Mullins, Eustace/Roland Bohlinger, *Die Bankierverschwörung,* Struckum 1983 (4. Aufl.)

Gürtler, Heinz, *Deutsche Freimaurer im Dienste napoleonischer Politik,* Struckum 1988

Löhde, Walter, *Ein Kaiserschwindel der 'hohen' Politik,* Struckum 1988

Löhde, Walter, *Das päpstliche Rom und das Deutsche Reich,* Struckum 1991

Ballensiefen, Heinz, *Juden in Frankreich,* 1939, Nachdruck Struckum 1990

Aldag, Peter, *Der Jahwismus erobert England*, 1940, Nachdruck Struckum 1989

Aldag, Peter, *Der Jahwismus beherrscht England,* 1940, Nachdruck Struckum 1989

Freund, Walter, *B'nai B'rith-Judentum und Weltpolitik,* 1942, Nachdruck Viöl 1998 (3. Aufl.)

Ludendorff, Erich, *Die überstaatlichen Mächte im letzten Jahre des Weltkrieges,* 1927, Nachdruck Viöl 1999

Ludendorff, Erich, *Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse,* Aufl. 1933, Nachdruck Viöl 1998

Erler, Georg H. J., *Der Einfluß überstaatlicher Mächte auf die Kriegs- und Völkerbundpolitik W. Wilsons,* 1938, Nachdruck Viöl 1996

Besser, Klaus, *Forschungen über die geheime Leitung der Revolution von 1848,* Nachdruck Viöl 1997

Ludendorff, Erich, *Wie der Weltkrieg 1914 gemacht wurde,* Nachdruck 1999 (3. Aufl.)

Frank, Herbert, *Forschungen über das Judentum,* 8 Bde., 1936-43, Nachdruck Viöl 1996-97

Komoss, Rudolf, *Juden hinter Stalin,* 1943, Nachdruck Viöl 1999 (5. Aufl.)

Gieren, Gerhard, *Der freimaurerische Kriegsverrat 1806,* Nachdruck Viöl 1997

Wichtl/Schneider/Bohlinger, *Weltfreimaurerei - Weltrevolution - Weltrepublik,* Viöl 2000 (17. Aufl.)

Argile u. a., *Geheimnisse um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges,* Nachdruck Viöl 1983

Rossberg. Adolf, *Freimaurerei und Politik im Zeitalter der französischen Revolution,* 1942. Nachdruck Viöl 1998 (2. Aufl.)

Schick, Hans, *Das ältere Rosenkreuzertum,* 1942, Nachdruck Viöl 1999 (5. Aufl.)

Gerlach, Aurelia, *Über den Einfluß jüdischer Kreise in der österreichischen Sozialdemokratie,* 1939, Nachdruck Viöl 1998

Müller, Gerhard, *Angeklagt - das deutsche Volk,* Viöl 1999 (2. Aufl.)

Schneider, Robert, *Wesen und Wirken der Freimaurerei,* 1932, Nachdruck Viöl 1999 (3. Aufl.)

Vierteljahresschrift *Weltkampf - Die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart,* 1942-44, Nachdruck Viöl 1999

Ludendorff, Mathilde, *Der ungesühnte Frevel an Luther, Lessing, Mozart und Schiller,* 1928, Nachdruck Viöl 1998

Ludendorff; E. u. M., *Die Judenmacht, ihr Wesen und Ende,* 1939, Nachdruck Viöl 1999

Ludendorff, Mathilde, *Hinter den Kulissen des Bismarckreiches,* 1931, Nachdruck Viöl 1999

Bohlinger, R., *Vom warmen Holocaust-Plätzchen,* Viöl 1999 (2. Aufl.)

Ludendorff, Erich, *Kriegshetze und Völkermorden in den letzten 150 Jahren,* 1935, Nachdruck Viöl 1999

Ludendorff, Mathilde, *Mozarts Leben und gewaltsamer Tod,* 1936, Nachdruck Viöl 1999

Rehwaldt, Hermann, *Die Kriegshetzer von heute,* 1938, Nachdruck Viöl 2000

Frank, Herbert, *Geheimnisvolle Querverbindungen über Deutschland* ..., Nachdruck Viöl 2000

_ Kernholt, Otto, *Vom Ghetto zur Macht,* Viöl 2000

Papst Leo XIII., *Brief über die Freimaurerei und ihr Treiben,* Viöl 2000

Schneider, Robert, *Das politische Wirken der Freimaurerei von 1870 bis heute,* Nachdruck Viöl 2000

Kopperschmidt, Enno, *Jesuiten arbeiten, aus der Geschichte des Jesuitenordens in Deutschland,* Nachdruck Viöl 2000

Schwarz-Bostunitsch, Gregor, *Die Freimaurerei, Ihr Ursprung, Ihre Geheimnisse, Ihr Wirken,* Nachdruck Viöl 2000

Ludendorff, Erich u. Mathilde, *Das Geheimnis der Jesuitenmacht* ..., Nachdruck Viöl 1998

B Karten

B1 Deutschlands Verstümmelung

Aus: E. Kern, *Verheimlichte Dokumente*, 1988, S. 122.

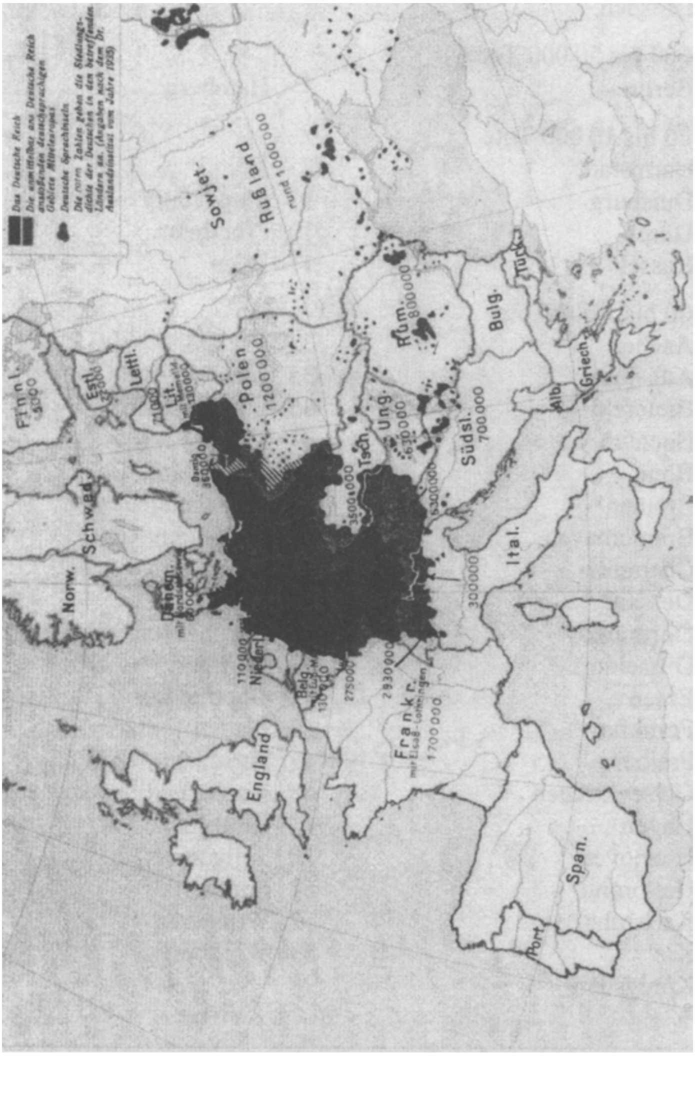


Diese Karte wurde 1928 im Auftrage der Reichsregierung für den Gebrauch an deutschen Schulen herausgegeben. Die Umschließende aller Teilgebiete außer Nordschleswig ist die völkerrechtlich gültige Grenze des Deutschen Reiches.
Die Gebietsrevisionen des Versailler Diktates:

1 Rückgliederung des Saargebietes nach der Volksabstimmung am 13.1.1935
1 Angliederung Österreichs mit Gesetz vom 13.3. und der Volksabstimmung vom 10.4.1938
1 Angliederung des Sudetenlandes nach der Münchener Konferenz vom 29.9.1938
1 Freiwillige Rückgabe des von Litauen im Januar 1923 widerrechtlich besetzten Memelgebietes am 22.3.1939
1 Rückgliederung von Danzig, der Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien nach dem Sieg über Polen im September 1939
1 Rückgliederung von Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmedy nach dem Sieg über Frankreich und Belgien im Juni 1940.

B2 Die Deutschen 1935 außerhalb des Deutschen Reiches
von Luxemburg, der Schweiz **und** Österreich **sowie** die **Volksdeutschen** Siedlungen in Italien und in Osteuropa.

Aus: F. Eberhardt, *Neuer Deutscher Geschichts- und Kulturatlas*, Leipzig 1937.



B3 Das Deutsche Reich in den Grenzen bei Kriegsbeginn und die Toten des Luftkrieges

Zahlen nach Czesany, *Alliierter Bombenterror,* Leoni 1986

A. Ca. 300 000 Tote

1 Dresden

B. 100 000 bis 50 000 Tote

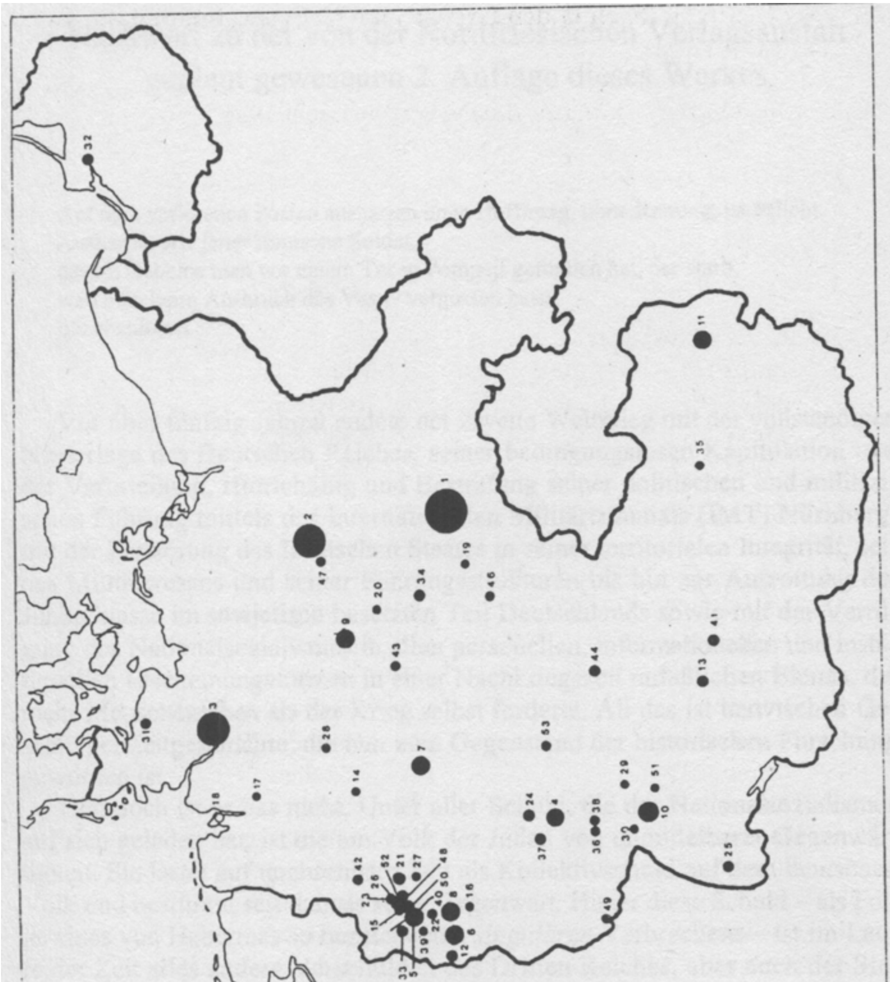
2 Berlin
3 Hamburg

C. 50 000 bis 10 000 Tote

4 Darmstadt
5 Duisburg
6 Düren
7 Kassel
8 Köln
9 Magdeburg
10 Pforzheim
11 Wien

D. 10 000 bis 1 000 Tote

12 Aachen
13 Augsburg
14 Bielefeld
15 Bochum
16 Bonn
17 Bremen
18 Bremerhaven
19 Chemnitz
20 Dessau
21 Dortmund
22 Düsseldorf
23 Essen
24 Frankfurt
25 Freiburg
26 Gelsenkirchen
27 Hagen
28 Hannover
29 Heilbronn
30 Karlsruhe
31 Kiel
32 Königsberg
33 Krefeld
35 Linz
36 Ludwigshafen
37 Mainz
38 Mannheim
39 Mönchengladbach
40 Mühlheim/Ruhr
41 München
42 Münster
43 Nordhausen
44 Nürnberg
45 Oberhausen
46 Plauen
47 Potsdam
48 Remscheid
49 Saarbrücken
50 Soligen
51 Stuttgart
52 Wuppertal
53 Würzburg


32
11
35
1
2
19
47
34
46
20
9
41
43
44
13
3
31
28
53
7
29
51
17
14
18
24
4
38
10
37
36
32
25
42
52
21
27
48
26
50
40
23
8
16
49
15
22
39
6
12
33
5
A
B
C
D

Nachwort *zu* der von der Nordfriesischen Verlagsanstalt geplant gewesenen 2. Auflage dieses Werkes

> Auf dem verlorenen Posten ausharren ohne Hoffnung, ohne Rettung, ist Pflicht.
> Ausharren wie jener römische Soldat,
> dessen Gebeine man vor einem Tor in Pompeji gefunden hat, der starb,
> weil man beim Ausbruch des Vesuv vergessen hatte,
> ihn abzulösen.- [37]

Vor über fünfzig Jahren endete der Zweite Weltkrieg mit der vollständigen Niederlage des Deutschen Reiches, seiner bedingungslosen Kapitulation und der Verurteilung, Hinrichtung und Bestrafung seiner politischen und militärischen Führung mittels des Internationalen Militärtribunals (IMT) Nürnberg, mit der Zerstörung des Deutschen Staates in seiner territorialen Integrität, seines Militärwesens und seiner Führungsstrukturen bis hin zur Ausrottung der Junkerklasse im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands sowie mit der Vertilgung des Nationalsozialismus in allen personellen, informationellen und instutionellen Erscheinungsformen in einer Nachkriegszeit unfaßlichen Elends, die mehr Menschenleben als der Krieg selbst forderte. All das ist inzwischen Geschichte, Zeitgeschichte, die nun zum Gegenstand der historischen Forschung geworden ist.

Und doch ist es das nicht. Unter aller Schuld, die der Nationalsozialismus auf sich geladen hat, ist die am Volk der Juden von unmittelbarer Gegenwärtigkeit. Sie lastet auf unabsehbare Zeit als Kollektivschuld auf dem deutschen Volk und bestimmt seit damals seine Gegenwart. Hinter diese Schuld - als Folge eines von Habermas so bezeichneten *singulären* Verbrechens - ist im Laufe der Zeit alles andere Verschulden des Dritten Reiches, aber auch der Siegermächte, immer weiter zurückgetreten und erscheint heute in dem scheinbar untrennbaren, eben diese *Singularität* ausmachenden Zusammenhang, daß alle Handlungen eines seit je „nach Weltherrschaft strebenden" Deutschland spätestens seit dem Vertrag von Versailles notwendig verbrecherisch sein müssen, indem sie ein rassenideologisch motiviertes Vernichtungsziel verfolgten, indessen alle Handlungen der Alliierten vor und nach Kriegsende allein deshalb gerechtfertigt sind, als sie auf die Abwehr und die Verhinderung der Wiederholung dieses deutschen Anschlages auf die Zivilisation gerichtet waren.

---

[37] Spengler, O., *Der Mensch und die Technik*, C. H. Beck, München 1932, S. 89

Unmittelbar nach Kriegsende wurde die *Schriften-Prüfstelle bei der Deutschen Bücherei*[38] eingerichtet, die die von 1933-1945 erschienene deutsche Literatur, etwa eine Million Bücher, auf die Aussonderung von Schriften zu prüfen hatte, *„ die faschistischen oder militaristischen Inhalt haben, politische Expansionsgedanken enthalten, die nationalsozialistische Rassenlehre vertreten oder sich gegen die Alliierten wenden. "* Im I. Nachtrag wurde festgestellt: *„ ... sämtliche politische Parteien in den verschiedenen Zonen ... urteilten einmütig, daß ...* [dieser Weg] *... den Interessen der demokratischen Erneuerung des deutschen Geisteslebens ... Rechnung getragen habe. "* Mit dem II. Nachtrag wurden die von 1914—1933 erschienenen rund eine Million Bücher in die Prüfung einbezogen: *„ die militärische und militaristische Literatur spielte in den verschiedensten Formen schon seit Jahrzehnten in der Literatur eine wesentliche Rolle, so daß bei Prüfung des Schrifttums, wenn man sich nicht von vornherein mit einem fragmentarischen Charakter der Arbeit begnügen wollte, wenigstens auch die Erscheinungen seit dem ersten Weltkrieg berücksichtigt werden mußten. "* Die Aussonderung stützte sich auf den *Befehl Nr. 4 des Kontrollrats vom 13. Mai 1946, die Einziehung von Literatur und Werken* ***nationalsozialistischen und militaristischen Charakters*** *betreffend (Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland Nr. 7)* sowie die *Abänderung vom 10. August 1946 des Befehls Nr. 4 des Kontrollrats (Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland Nr. 10).* Die Selektion betraf generell neben den Dienstvorschriften des Heeres, der Luftwaffe und der Marine u. a. alle *„ seit dem Weltkrieg 1914-1918 erschienenen Geschichten und Gelegenheitsschriften deutscher Regimenter ...* " und schloß selbst das 1915 vom Inselverlag herausgebrachte Büchlein *Der alte deutsche Kriegsgesang in Worten und Weisen* ein. Mit dem III. und letzten Nachtrag waren nach gründlicher Arbeit etwa 28.700 Titel ausgesondert, also knapp 1,5 % der von 1914 bis 1945 erschienenen Bücher, die Aussonderung einer weiteren *„ umfangreichen Gattung von Schriften, die zwar nicht unter die genannten Befehle und Gesetze fallen, die aber aus volksbildnerischen Gründen unerwünscht sind",* hatten *„verantwortungsbewußte Buchhändler und Bibliothekare ... schon aus eigenem Ermessen "* fortzuführen.

Die abwägende Betrachtung allein dieser Selektionsprinzipien des deutschen Schriftgutes in der vom alliierten Kontrollrat beachteten Rangfolge und Ausdehnung erweist hingegen, daß das Hauptziel der Alliierten - vom Nationalsozialismus selbst abgesehen - zu diesem Zeitpunkt die Ausrottung des

[38] Toppenstedter Reihe Bd. 1,2,3 u.8, *Liste der auszusondernden Literatur* und *I. bis III. Nachtrag,* Nachdrucke d. Ausg. von 1946, 1947, 1948 und 1953, Uwe Berg-Verlag, Toppenstedt 1983-84

„Militarismus" ist. Im Begriff des „Militarismus" eint sich das Bestreben der Siegermächte, die Deutschen zu „entnationalisieren", oder, in der Sprache der re-education, ihre „denationalization" zu betreiben. Nach der Herkunft dieses Begriffs und seiner theoretischen Fundierung wird noch zu fragen sein. Dieser „Militarismus" ist in keinen ursächlichen Zusammenhang mit dem rassenideologischen, in den Holocaust mündenden Vernichtungswillen der nationalsozialistischen Ideologie gestellt, wird aber bis in seine vor dem Ersten Weltkrieg wurzelnde Tradition hinein verfolgt. Von ihr, von dieser Ausrottung nimmt die „demokratische Erneuerung" - sei es dann auf dem Wege der „re-education" oder parallel dazu auf dem der kommunistischen Indoktrination - ihren Ausgang. Schröcke enthält sich nicht ohne Grund jeder Betrachtung der inneren Verhältnisse des Dritten Reiches in allem, was sowohl die Interessen im Hintergrund als die Auswirkungen der nationalsozialistischen Diktatur auf Kommunisten, Juden und andere verfolgte Gruppen und deren spezifisch nazistisch-ideologische Verursachung anbelangt, bezieht aber den in den militärischen und staatlichen Führungsstrukturen etablierten Widerstand in seine Untersuchung ein, stellt diese von vornherein in eben diesen Zusammenhang des Ersten Weltkrieges - zu dem Egon Fridell bemerkte: *„Die Lage des deutschen Volkes gemahnte in der Tat an das dunkle Schicksal der Nibelungen, die, rings von Feinden umstellt, in tiefster Bedrängnis zu scheinbaren Friedensbrechern •werden"* [39] - mit dem Zweiten, und führt sie bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und zum Angriff der Wehrmacht auf die UdSSR fort, den er nach neuen, hauptsächlich von Suworow nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion veröffentlichten Erkenntnissen als Präventivschlag wertet. Die Verluste des Deutschen Volkes aus Luftkrieg, Kriegsgefangenschaft, Vertreibung und Verfolgung stehen so bei Schröcke nicht als Aufrechnung gegen die Verluste der anderen. Sie erscheinen als das furchtbare Maß für den Willen der Sieger, die selbst Verbrechen gegen das Völkerrecht auf sich zu nehmen gewillt waren, um nur das deutsche Volk vollständig niederzuwerfen und ihm ein Wiedererstehen in seiner erst Mitte des vorigen Jahrhunderts gewonnenen eigenen Nationalstaatlichkeit auf Dauer zu versagen.

Habermas, der von sich sagt, *„ ich bin ein Produkt der re-education "*, drückte das geschichtliche Verhältnis der Deutschen zum unveränderten Wüllen der Sieger im sogenannten „Historikerstreit" der Jahre 1986/87 in einem einzigen Satz klar aus: „ ***Wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzige verläßliche***

[39] Friedell, E., *Kulturgeschichte der Neuzeit. Die Krisis der europäischen Seele von der schwarzen Pest bis zum Ersten Weltkrieg,* München 1931, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1976, Bd. 2, S. 1490

Basis unserer Bindungen an den Westen ",[40] und nicht anders ist wohl auch jene politische Aussage: *„Einen deutschen Nationalstaat darf es nie wieder geben "* zu verstehen, die unlängst vom deutschen Bundeskanzler Kohl gemacht wurde.

Die Rede, mit der einst Friedrich Schiller seine historischen Vorlesungen in Jena eröffnete, leitete er ein mit dem Satz:

> ***„… was hat der Mensch dem Menschen Größeres zu geben als Wahrheit?*** [41]

Im Sinne dieser Wahrheit erweist sich die quellengestützte Untersuchung der Kriegsursachen des Weltkrieges, deren historische Aufklärung unbefriedigend ist, als unerläßlich. Von vornherein scheint dabei jene „konventionelle Form" deutscher Nationalstaatlichkeit eine besondere Rolle zu spielen. Dabei ist zu fragen, was diesen „Militarismus" ausmacht, an dessen Ausrottung den Siegern so gelegen war. In der späten Folge jener von den Siegermächten ins Werk gesetzten „demokratischen Erneuerung", die sich als Befreiung vom faschistischen Ungeist gab, aber von vornherein auf die Umorientierung der alten, im Volk noch lebendigen konservativen staatsbürgerlichen Werte abzielte, sind ja in der Tat nicht nur diese schöne Rede und andere Schriften Schillers, sondern überhaupt Wichtiges und Wesentliches des klassischen deutschen Bildungsgutes aus dem Lehrprogramm unserer höheren Schulen und dem lebendigen Bewußtsein der Menschen nach und nach verdrängt worden. Ebenso der Vergessenheit anheimgegeben wurde jene deutsche Dichtung, die wie die märkisch-preußischen oder englisch-schottischen Balladen Theodor Fontanes der Liebe zum eigenen oder der anderen Vaterland volkstümlichen Ausdruck verleiht. Fontane hat in einem seiner Gedichte - es heißt *Fester Befehl* - den geistigen, bis in unsere Gegenwart hineinreichenden Konflikt der Zeit in einfache Verse gefaßt: [42]

In Arkadien wurd' auch ich geboren.
Auch ich habe mal auf Freiheit geschworen.
Ich haßte Schranzen und Fürstenschmeichler,
Glaubte beinah an Held und Eichler,

---

[40] Kosiek, R.: *Historikerstreit und Geschichtsrevision,* Tübingen, 1987, S. 69 u. 73

[41] Schiller, F., *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte. (Eine akademische Antrittsrede.),* in: Schillers sämtl. Werke, Achter Band, Leipzig, Verl. Th. Knaur, S. 260. Mit dieser Rede eröffnete Schiller seine historischen Vorlesungen in Jena. Sie erschien zuerst im deutschen Mercur 1789, im November, zur Zeit der Französischen Revolution.

[42] Fontane, T., *Gedichte.* Stuttgart u. Berlin 1902, J. G. Cotta'sche Buchh. Nachf., S. 38

Und Herwegh, Karl Beck und Dingelsteten
Erhob ich zu meinen Leibpoeten.
„... Auf dem offenen Meer der Freiheit schwimmen ...
Ein Volk muß immer sich selbst bestimmen,
Ein Volk geht immer die rechten Wege,
Nieder die Polizeigehege,
Nieder die possidentes beati -"
So dacht auch ich. Oh, tempi passati!
Freiheit freilich. Aber zum Schlimmen
Führt der Masse sich selbst bestimmen,
Und das Klügste, das Beste, Bequemste,
Das auch freien Seelen weitaus Genehmste,
Heißt doch schließlich, ich hab's nicht Hehl:
Festes Gesetz und fester Befehl.

Fontane, der eingangs auf die frühbürgerliche, in der Nachfolge der Französischen von 1789 stehende Revolution von 1848 anspielt, wendet sich hier vom Freiheitsbegriff des aufkommenden Materialismus ab. Er, der weder zu übertriebenem Nationalismus neigte noch dem Kriege oder gar der Unterwerfung anderer Völker das Wort redete, sieht letztendlich das Klügste und Beste im festen Gesetz, sprich, im damaligen preußischen Staatswesen. Aufklärerisches Denken hatte hier im empirischen Realismus und moralischen Rigorismus Immanuel Kant's seine ideale Formung erfahren. Carl von Clausewitz - einstmals von Scharnhorst an das Gedankengut von Kant herangeführt - bejahte das Eigengesetzliche jeder Nation und deren unabdingbares Recht auf freie Entfaltung; Wahrung der nationalen und geistigen Freiheit aller bestimmte das Denken bis hin zur Geschichtsschreibung Leopold von Ranke's, die die großen Entwicklungslinien in Europa liebevoll nachzeichnete. Im deutschen Heer hatte Graf Helmuth von Moltke - „erst wägen, dann wagen" - das Prinzip vom „denkenden Gehorsam" zum Ideal erhoben, das Ludendorff auf das Volk hin zu erweitern trachtete: *„Ich hatte selbst den einzelnen Soldaten selbständig auf das Gefechtsfeld gestellt. "*[43]
Der preußisch-deutsche Staat mit seinem wohlgeordneten Beamtentum, der

[43] Ludendorff, E., *Auf dem Weg zur Feldherrnhalle,* Archiv-Edition, 1996, S. 16
Die nationalsozialistische Ideologie bedeutet die völlige Umkehr dieses Geistes und in der Tat einen Rückfall in den Despotismus, die „selbstherrliche, willkürliche, gewalttätige Alleinherrschaft"; siehe Adolf Hitler *Mein Kampf,* II, S. 96f: *„Es liegt im Wesen einer Organisation, daß sie nur bestehen kann, wenn einer höchsten geistigen Führung eine breite, mehr gefühlsmäßig eingestellte Masse dient. Die Stärke liegt ... keineswegs in einer möglichst großen und selbständigen Geistigkeit der einzelnen Mitglieder, als vielmehr im disziplinierten Gehorsam, mit dem ihre Mitglieder der geistigen Führung Gefolgschaft leisten."*

sich auf jene, von den Siegern des Zweiten Weltkrieges eliminierte Junkerklasse als staatstragende Schicht stützte, trug Sorge für das soziale Wohl und die Sicherheit seiner Bürger, baute auf die Loyalität seiner Diener im Civil- wie im Militärdienst, denen man noch heute die preußischen Tugenden nachsagt, und beging im Ersten Weltkrieg den verzeihlichen Fehler, das gleiche Vertrauen in die Politiker seiner Parteien zu setzen.

Der Sieg Deutschland-Preußens im dynastischen Krieg von 1870/71, dem sich die anderen Mächte wirtschaftlich wie militärisch weit überlegen gefühlt hatten, machte diese Stärken mit einem Male deutlich und verletzte das Selbstgefühl Frankreichs zutiefst. Friedrich Nietzsche (in *Unzeitgemäße Betrachtungen)* sagte treffend: *„Strenge Kriegszucht, natürliche Tapferkeit und Ausdauer, Überlegenheit der Führer, Einheit und Gehorsam unter den Geführten, kurz Elemente, die nichts mit der Kultur zu tun haben, verhalfen uns zum Siege über Gegner, denen die wichtigsten dieser Elemente fehlten."* Der „preußische" Geist, der Ordnungssinn und Wehrhaftigkeit mit Toleranz und Verantwortungsbewußtsein zu verbinden und sich mit dem Gemeinsinn des aufstrebenden deutschen Bürgers zu treffen wußte, ist aber im Eigentlichen das, was als „deutscher Militarismus" zum Ausrottungsziel der Sieger wurde. Das Wort „Militarismus" kam zwar Mitte des vorigen Jahrhunderts in Frankreich auf, ist aber dem „verpreußten" Deutschland nicht etwa von seinen Gegnern aufgeprägt worden. In der Nachfolge von Karl Marx waren es vielmehr die Theoretiker der deutschen Linken und hier vor allem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (dieser insbesondere mit seiner Schrift *Militarismus und Antimilitarismus),* die die Tugenden des Staates, den sie zu zerstören trachteten, in ihr Gegenteil verkehrten und die Ideologie lieferten, die diesen Staat als reaktionär und nach außen hin völlig zu Unrecht als besonders aggressiv zu brandmarken half. [44]

Tatsächlich ist es die brandenburgisch-preußisch geprägte Staatsidee des bürgerlichen „Deutschen Nationalstaates", die unter dem irreführenden Begriff des „Militarismus" verfolgt wird. Sie mit der Regierungsform der konstitutionellen Monarchie gleichzusetzen, wäre durchaus falsch, und die Siegermächte haben das auch nie getan. Entscheidend für das Bild von dieser Staatsidee scheint zu sein, daß sich ihr Verständnis von Volkssouveränität von vornherein auf eine Werteordnung gründet, die scheinbar nicht mit den Ideologien der massengesellschaftlichen Systeme des modernen Imperialismus zu vereinbaren ist. Ohne diese im Volk verwurzelte Idee wäre das Bismarckreich nicht

[44] *Bekannt ist eine auf Prof. Wright zurückgehende Aufstellung: Von 287 Kriegen der Jahre 1800-1940 entfallen auf England 28 % und auf Deutschland Preußen 8 %. Nur Dänemark führte in diesem Zeitraum noch weniger Kriege, nämlich 7 %.*

denkbar gewesen. Ohne die Furcht vor der Kraft dieser Idee wäre Deutschland nicht in so ungeheuerlicher Art behandelt worden, wie es nach Ende der Weltkriege geschah. Diese Idee scheint noch heute lebendig zu sein. *„Da gibt es ein paar Träumer, "* sagte Bundespräsident Roman Herzog vor kurzem, *„ die Deutschland auf Bismarck-Kurs bringen wollen",* und hält entgegen: *„Ich bin allerdings davon überzeugt, daß der nationale Gedanke an sich keine Kraft mehr ist."* Im Verwerfen des nationalen Gedankens geht Herzog[45] wesentlich weiter als die ehemalige Deutsche Demokratische Republik, die sich bis zum Ende als sozialistischen Staat deutscher Nation begreifen wollte und die Tradition ihrer Armee bis hin zum militärischen Zeremoniell vor der Schinkel-Wache in Berlin auf die Befreiungskriege Preußens zurückzuführen suchte, so wie dort selbst den Sorben größerer Respekt gezollt wurde als hier den Friesen im Norden, denen das Führen ihrer Ortsnamen auf den Ortsschildern verwehrt wird. Mit der Verbindung zum Bismarckreich verweist Herzog auf den Kern der „re-education", den Präsident Roosevelt am 1.4.1944 in einer Erklärung vor seinen Stabschefs präzise formuliert hatte: ***„Solange es in Deutschland das Wort 'Reich' gibt als Inbegriff der Nationalität, wird es immer mit dem gegenwärtigen Begriff des Nationalgefühls in Verbindung gebracht werden. Wenn wir das einsehen, müssen wir danach streben, eben dieses Wort 'Reich' und alles, wofür es steht, auszumerzen."***[46]

Schröcke setzt mit seiner Untersuchung bei der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und dem Vertrag von Versailles an, der den Frieden bringen sollte, aber Deutschland die Alleinschuld am Kriege zuwies und bereits damals die weit über die Aufhebung der überlebten Donaumonarchie hinausgehende Absicht der Siegermächte erkennen ließ, vor allem jene staatstragende Schicht vermittels sowohl der Abtrennung weiter Gebiete des Deutschen Reiches als der Verfolgung seines Obersten Kriegsherren und seiner militärischen Führung als Kriegsverbrecher existentiell und ideell zu zerstören.

Nach außen war Deutschland wohl von Stolz auf seine gerade gewonnene Weltgeltung beseelt, aber weit davon entfernt, etwa womöglich auf dem Wege großer Kriege nach Weltherrschaft zu streben. „*Nur verbohrte Parteigegner* [können] *den prinzipiellen Friedenswillen des Kaisers wie des Kanzlers in Frage stellen.* "[47] Wie im Zweiten Weltkrieg wurde die Alleinschuld letztlich von den Siegern mit dem ersten Angriffsschlag begründet. *„Daß die Zentralmächte den Krieg begonnen haben, nicht bloß formell durch ihre Kriegserklärungen, sondern auch tatsächlich durch das von Österreich ausgesonne-*

---

45 *Focus* 19/1994

46 Bavendamm, D.: *Roosevelts Weg zum Krieg,* München, 1983, S. 221

47 Fridell, E„ a. a. 0., S. 1487

ne, von Deutschland nicht desavouierte unannehmbare Ultimatum *[an Serbien vom 23. Juli 1914]* kann ... *[nicht]* geleugnet werden. Damit ist aber über die Kriegsschuld noch gar nichts ausgesagt, denn die Weltgeschichte ist reich an Beispielen für Angriffskriege, die in Wirklichkeit aufgezwungene Verteidigungskriege waren ..."[48]

Nach innen hatte das kaiserliche Deutschland zu keiner der Formen staatlich-autoritären Zwanges gegriffen, die allein geeignet gewesen wären, seine gesamten geistigen und wirtschaftlichen Kräfte ausschließlich auf die Ausbildung einer derartigen militärischen Macht zu richten, wie sie zur Niederwerfung seiner Nachbarn oder gar zur Erringung irgendeiner Form von Weltherrschaft erforderlich gewesen wäre. Bereits in den Weltkrieg verwickelt ist die Führung des Reiches den Forderungen der Obersten Heeresleitung und hier vor allem Ludendorffs nach Ausschöpfung aller volkswirtschaftlichen Mittel nur halbherzig nachgekommen, und ebensowenig konnte sie sich entschließen, die offenen Vorbereitungen zu Landesverrat, Aufruhr und Revolte im Keime zu ersticken, was jede gegnerische Macht auf der Stelle getan hätte.

Im Gegenteil, das Deutschland der Kaiserzeit hat doch, auch wenn es nach außen hin nicht immer besonders klug operierte, seine Staatsgewalt im Inneren stets höchst maßvoll ausgeübt, und das wirkte anfangs bis in die Weimarer Republik hinein fort.

Gewiß, es *„ herrschte unter Wilhelm II. offiziell noch absolutistische und moralische Strenge",* erinnert sich Victor Klemperer. *„In der unbefangenen Hingabe an jede aus dem Ausland kommende geistige Strömung, und ebenso im Experimentieren auf literarischem, philosophischem, künstlerischem Gebiet, war man ... unter Wilhelm II. unbehindert. ... Nur in den allerletzten Jahren des Kaisertums zwang die Notwendigkeit des Krieges zur Zensur. ... Mit welcher Weitherzigkeit wurde hier verfahren, wie selten wurde selbst hier ein Verbot ausgesprochen!"* Das setzte sich in der Anfangszeit der Weimarer Republik fort: ***„Die Republik gab Wort und Schrift geradezu selbstmörderisch frei*** *... Auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, der Ästhetik und der Philosophie gab es keinerlei Beschränkung. Niemand war an ein bestimmtes Dogma des Sittlichen ... gebunden.* "[49] Diese Freiheit wurde schon während des Krieges von den extremen linken Gruppierungen und später von den Nationalsozialisten (in Berlin waren Mitte der zwanziger Jahre 38 von 40 Theatern in kommunistischer Hand) hemmungslos ausgenutzt.[50]

---

[48] Fridell, E„ a. a. O., S. 1489

[49] Klemperer, V., *LTI, Notizbuch eines Philologen,* Philipp Reclam jun., Leipzig 1975, S. 26/27

[50] Senger, A. v., *Mord an Apollo,* Kultur-Verlag, Viöl 1992, S. 29

Den alten Staatsbau nutzte fortan die Republik - daß er dem volkswirtschaftlichen Druck nicht standhielt, kann man ihm nicht vorwerfen. Der Ausbau einst von Staat und Industrie entwickelter Wohlfahrtsmodelle war kaum möglich. Das Volk, das, geschützt von einem gemeinsinnigen Staatswesen, ordentlich seinem Broterwerb nachgehen wollte, sah sich der schamlosen Ausbeutung durch scheinbar unkontrollierbare Finanzmächte der Siegerdemokratien, „Kriegsgewinnler" und „Neureiche" ausgesetzt - von hier her rührt das gefährlich irrationale Wort: „Brechung der Zinsknechtschaft". Nicht der national-konservative, aber jener materialistische Liberalismus mußte verantwortlich sein, dessen unsittlichen Individualismus - was immer das auch sein mochte - man in Kunstentartung, Verbrechen und allen anderen Übeln zu erkennen glaubte. Der Austritt aus der europäischen Zivilisation heraus wurde vollzogen, als der künftige Reichsminister Goebbels all diesen Begriffen, die reale Ängste, Ablehnungen und Abwehrwillen des mißhandelten Volkes ausdrückten, ein Wort vorsetzte: das Wort .jüdisch-". Eine neue Sprache einte das Volk in furchtbarer Weise.

Daneben wuchs die Gefahr der endgültigen Zerstörung des Staates durch die bolschewistischen Revolutionäre, die dem kommunistischen Materialismus huldigten - was immer dieser denn sein mochte. Die Frage nach den Wurzeln des Materialismus der neuen Zeit führte zurück in die französische Aufklärung - jene Zeit der Vereinigung der französischen Freimaurerei zu einer staatenübergreifenden Kraft und des Entstehens der Vereinigten Staaten von Amerika - aber auch die Zeit höchster geistiger Blüte in Deutschland.

Damit wird auf einen geistes- und kulturgeschichtlichen Zusammenhang verwiesen, der in das *ancien régime* und die Zeit der Großen Revolution von 1789 in Frankreich zurückverweist, auf die sich neuestens Herzog beruft: *„Nation konstituiert sich durch das Bekenntnis eines Volkes zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. "* [51]

---

[51] *Focus* 19/1994, dieser Bezug Herzogs, der in gerader Linie auf ein Europa Napoleons I. fuhrt, ist in der Tat nicht glücklich, wie die Bemerkung von Fridell a. a. O., S. 844 zeigt:

Die Gleichheit hat die Französische Revolution nicht gebracht, sie hat nur zu einer anderen, noch viel verwerflicheren Form der Ungleichheit geführt: der kapitalistischen. Die Freiheit hat die Französische Revolution nicht gebracht ... Sie antwortete ... mit der Guillotine ... Niemals vorher ... hat es eine solche Unfreiheit gegeben wie unter der „ Verfassung der Freiheitsfreunde ", denn niemals vorher stand die Todesstrafe auf eine Reihe ganz passiver Eigenschaften wie Bildung, Reinlichkeit, Toleranz, Schweigsamkeit, ja auf die bloße Existenz.

Von ihren drei Leitvokabeln: fraternité, liberté *und* egalité *war die erste eine leere Opernphrase, mit der sich in der politischen Praxis nicht das geringste anfangen läßt: und die beiden anderen sind unvereinbare Gegensätze. Denn die Gleichheit vernichtet die*

Wenn Fridell über das deutsche Heer des Ersten Weltkrieges meinte: *„Dieses Volksheer besaß auch im* [Ersten] *Weltkrieg noch dieselbe Disziplin und Exaktheit, Intelligenz und Belehrtheit, aber, seither vom Materialismus des Westens infiziert, nicht mehr den Geist; andernfalls wäre es unbesieglich gewesen ",*[52] so verstand er unter dem *Materialismus des Westens* ohne Zweifel eben jenen liberalistisch-materialistischen Geist, der sich mit dem aufblühenden Kapitalismus ausbreitete, und über dessen Freiheitsbegriff der alte Fontane letztlich doch das „feste Gesetz" gestellt haben wollte. José Ortega y Gasset[53] hingegen hatte einen Gedanken von Leopold von Ranke fortgeführt und mit Blick auf das *ancien régime* Ludwig XVI. bemerkt, *„daß der Absolutismus, daß jene Aristokraten den Staat nicht stärken wollten auf Kosten der Gesellschaft Entgegen der gewöhnlichen Meinung respektierte der absolute Staat die Gesellschaft instinktiv viel mehr als unser demokratischer, der klüger ist, aber weniger Verständnis für historische Verantwortung hat. "* Bei dem deutschen Professor der Philologie Klemperer wird dieser Zusammenhang auf noch andere Art deutlich. *„Bei meinen Studien",* so schreibt er, *„ist mir oft eine entschiedene Verwandtschaft zwischen den letzten Jahrzehnten des* ancien régime *und der Epoche Wilhelms II. aufgefallen. "* [54]

Man kann den Gedanken Ortegas in diesem Sinn durchaus auf das Verhältnis Deutschlands zu seinen Gegnern ausdehnen und feststellen, daß dessen Handeln von der gleichen aristokratischen, nur eben aufgeklärten Gesinnung bestimmt war. So wie der 3 Jahre nach Tannenberg geschlossene Friede im Osten das - damals noch nicht unter den Mächten formal vereinbarte, aber in der klassischen deutschen Philosophie längst vorweggenommene - Selbstbestimmungsrecht der Völker respektierte, hatte sich schon der Friedensschluß nach dem Krieg von 1870/71 selbst unter Berücksichtigung der Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich [55] durch maßvolle Bedingungen ausgezeich-

Freiheit und die Freiheit vernichtet die Gleichheit. Wenn alle Menschen als identisch angesehen und infolgedessen denselben Rechten, Pflichten und Lebensformen unterworfen werden, so sind sie nicht mehr frei; und wenn alle sich ungehemmt nach ihren verschiedenen Individualitäten entfalten dürfen, so sind sie nicht mehr gleich.
Hingegen historisch gleichzeitig Immanuel Kant in Theorie und Praxis, a. a. O., S. 87: *R e c h t ist die Einschränkung der Freiheit eines jeden auf die Bedingung ihrer Zusammenstimmung mit der Freiheit von jedermann*

[52] Fridell, E„ a. a. O., S. 1271

[53] Ortega y Gasset, J., *Der Aufstand der Massen,* Rowohlt, Hamburg 1984, S. 88 ff.

[54] Klemperer, V., a. a. 0., S. 26

net. Der Friede hingegen, der Deutschland in Versailles aufgezwungen wurde, bescheinigt der westlichen, tatsächlich aber der amerikanischen Demokratie nichts weniger als den völligen Mangel an Verständnis für historische Verantwortung.

Der „Illusionismus" des wilhelminischen Deutschland, *„ dem wutschnaubenden Raubtier .... das mit Keulenschlägen in seinen Schlupfwinkel zurückgetrieben und dort in Stücke gehauen werden müsse",*[56] war dem „Realismus" der neuen Zeit zum Opfer gefallen und zum Sündenbock gemacht worden. Thomas Mann hatte 1918 in den *Betrachtungen eines Unpolitischen* geschrieben: *„ Die Geschichtsforschung wird lehren, welche Rolle das internationale Illuminatentum, die Freimaurerweltloge, unter Ausschluß der ahnungslosen deutschen natürlich, bei der geistigen Vorbereitung und wirklichen Entfesselung des Weltkrieges der 'Zivilisation' gegen Deutschland gespielt hat. "* Ludendorff[57] hatte einerseits die Aufmerksamkeit auf die gegensätzlichen „überstaatlichen Mächte" gelenkt und andererseits auf die wachsende Macht und den weltpolitischen Einfluß der Hochfinanz aufmerksam gemacht, die mit Gründung der Banken-Allianz 1913 in Paris erklärt hatte: *„Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten, mit einer Autorität, die sich ... über den ganzen Erdball erstreckt. "* Sie brachte das Konzept der „One World" hervor. Bernard Manasse Baruch, Sohn eines armen Einwanderers aus dem damaligen Preußisch-Polen,[58] einer der fähigsten Köpfe der Vereinigten Staaten und Präsidentenberater seit der Zeit des Ersten Weltkrieges, schrieb Ende der fünfziger Jahre in seinem wirtschaftlichen Testament: *„Die Politik war nie entscheidend für das Weltgeschehen. Sie war im-*

---

dem Deutschen Reich angeschlossen. Der Historiker und erste Präsident Frankreichs A.Thiers billigte die 1871 „für immer" vereinbarte Rückgabe an Deutschland. Die Nationalisten Elsaß-Lothringens, die 1911 zur Landtagswahl und Volksabstimmung über eine Verfassung für den Anschluß an Frankreich eintraten, erhielten gerade 6,42 % der abgegebenen Stimmen; 87,2 % der Bevölkerung waren deutschsprachig. Nach dem Weltkrieg gehorchte die Annektion Elsaß-Lothringens durch das nach Revanche trachtende Frankreich völlig den politischen Prinzipien Ludwig XIV. und Ludwig XV., die auch nach der Französischen Revolution von 1789, vom Direktorium feierlich bestätigt, die Eroberungspolitik Frankreichs gegenüber Deutschland bis in die Neuzeit bestimmten (s. *Mensch und Maß,* 1969, S. 817 ff.). Anzumerken ist, daß Elsaß und Lothringen etwa 200 bzw. 100 Jahre im Besitz Frankreichs waren; Bismarck hatte übrigens die Abtrennung für staatspolitisch unklug befunden und nicht befürwortet.

[56] Heise, K., *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg,* 3. Aufl. 1920, S. 281; *Wutschnaubendes Raubtier* wurde Deutschland 1918 in dem internationalen Freimaurerblatt für 33.ste Grade des Schottischen Ritus *New Age* genannt.

[57] Ludendorff, E., *Die Schuld am Verderben,* in: *Ludendorjfs Volkswarte,* 1931, Folge 31

[58] *Berliner Tageblatt,* 22.12.1932

mer nur Faktor, Ergebnis der Wirtschaftsmächte. Dieses Grundgesetz zwingt uns ... zur Abänderung unserer Spielregeln."

Schröcke widmet diesem bedeutsamen Moment das Kapitel über eine Gruppe von Hintergrundmächten, in dem er sowohl die Verflechtung von Hochfinanz, Freimaurerei und der monopolisierten Presse, die bereits im Ersten Weltkrieg eine für Deutschland verhängnisvolle Bedeutung gewonnen hatte, als auch die Einflußnahme in erster Linie auf die Politik der Vereinigten Staaten und hier vor allem auf die des Präsidenten Roosevelt an Quellenbelegen aufzeigt. In Nordamerika hatte sich einst die republikanische Richtung der Freimaurerei frühzeitig zum Zentrum der Unabhängigkeitsbewegung der englisch-amerikanischen Kolonien gemacht. Benjamin Franklin, ihr hervorragendster Führer, konnte sich seit 1776 ständig in Paris aufhalten und war 1778 - unmittelbar vor Ausbruch der Französischen Revolution -, als Ludwig XVI. die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkannt hatte, zum bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten in Paris ernannt worden - zur gleichen Zeit übrigens (1777) trat Friedrich Wilhelm August von Steuben, vormals Flügeladjutant Friedrich's d. Gr., als Generalmajor und Generalinspector in die Dienste der Vereinigten Staaten, deren militärische Tradition ihm die preußische Haltung verdankt. Heute setzt sich die Entwicklung über den *New Deal* Roosevelts als Ausdruck der von den Freimaurern verkündeten *„Neuen Weltordnung"* bis in den *„Nation Europa"-Ge*danken hinein fort.

Wenn er die Quellenbelege über die Entwicklung in Europa seit Ende der Weimarer Republik von der Revision der Gebietsabtretungen des Deutschen Reiches über den Anschluß Deutsch-Österreichs bis zum Polen- und Frankreichfeldzug der Wehrmacht sichtet, so stellt sich ihm ein zwangsläufiger, vom Handeln Roosevelts und Churchills bestimmter historischer Verlauf vor, für die *„ the question was, how we should manoeuvre them* [uns, die Hunnen, d. Verf.] *into theposition ofßring thefirstshot"*, um den Krieg, wenn sie ihn endlich hatten, gewaltsam festzuhalten und zum Zweiten Weltkrieg auszuweiten, der die endgültige Vernichtung Deutschlands nach sich ziehen sollte. Den Krieg gegen die Sowjetunion sieht Schröcke nach neuer Quellenlage als Präventivkrieg an, der einem unmittelbar bevorstehenden, auf Europa gerichteten sowjetischen Angriff zuvorkam. Das historische Material erweist ihm die Nichtigkeit der Alleinschuldzuweisungen an Deutschland, die die Grundlage der Gebietsabtrennungen waren. Nach eindeutiger heutiger Rechtslage hat die Bundesrepublik die Grenzregelungen endgültig anerkannt.[59]

[59] Bundeskanzler Erhard stellte noch in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 einen völkerrechtlichen Status *„Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in den Grenzen vom 31. Dezember 1937fortbesteht"* fest.

Mit seiner historischen Erörterung, die Schröcke beendet, wo er an die Grenze der zu achtenden heutigen deutschen Rechtsauffassung stößt, muß er sich in Widerspruch zu der beamteten wie publizistischen Zeitgeschichtsschreibung setzen und den Zorn vor allem jener *„Brotgelehrten"* [Schiller] auf sich ziehen, denen es *„ einzig und allein darum zu tun ist, die Bedingungen zu erfüllen, unter denen* [sie] *zu einem Amte fähig und der Vorteile desselben teilhaftig werden "* können. Jede historische Sicht ist, soweit sie Fakten beibringt, notwendig, und es ist zu hoffen, daß sich im Fortgange der Forschungen würdigerere wissenschaftliche Gegner treffen, als sie Schiller zeichnete: *„ Wer hat über Reformatoren mehr geschrieen als der Haufe der Brotgelehrten? Wer hält den Fortgang nützlicher Revolutionen im Reich des Wissens mehr auf als eben diese? ... sie fechten mit Erbitterung, mit Heimtücke, mit Verzweiflung, weil sie bei dem Schulsystem, das sie verteidigen, zugleich für ihr ganzes Dasein fechten. Darum kein unversöhnlicherer Feind, kein neidischerer Amtsgehilfe, kein bereitwilligerer Ketzermacher als der Brotgelehrte."* [60]

Die historische Frage nach Kriegsursachen und Kriegsschuld bedarf unbedingter Wahrhaftigkeit verpflichteter Aufklärung. Daran läßt Schröckes Arbeit nicht den geringsten Zweifel. Sie schärft das Bewußtsein dafür, daß sich die moralische Frage nach der eigenen Schuld und dem eigenen Verdienst, die sich der Unterlegene wie die Sieger stellen, nicht nach dem Prinzip volenti non fit iniuria - dem, der es annimmt, geschieht kein Unrecht - erledigen läßt. Vielmehr zeigt sie, daß das Problem, je weiter die historische Forschung vordringt und je mehr Geglaubtes gesicherten Fakten weicht, nur umso vielschichtiger und schwieriger wird.

Als sich der „Jud' Klemperer", strammstehend, den Mythos Rosenbergs vom Spucker auf den Kopf schlagen lassen mußte, quälte er sich mit der Frage nach der Wurzel und fand die mögliche Erklärung in jener „Entgrenzung",[61]die sich auf die Romantik zurückfuhrt. Bismarck, der dem Reichstag schon im Januar 1887 vorhielt: Ein Krieg *„kann in zehn Tagen oder in zehn Jahren ausbrechen; sicher sind wir davor niemals "*, mahnte: *„Der Krieg der Zukunft ist der wirtschaftliche Krieg, der Kampf ums Dasein im Großen. Mögen meine Nachfolger das immer im Auge behalten ... ";* in seinem Geist warnte Moltke - *es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden* [62] - wie denn auch bei Schröcke von einem 31jährigen Krieg gegen Deutschland die Rede ist -, und es warnten Schlieffen und danach Ludendorff: *„Nach zehn*

---

60 *Schiller, F.,* Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte, *a. a. O., S. 262*

61 Klemperer, V., a. a. O., S.140 ff.

62 Ludendorff, E., *Kriegführung und Politik,* in: *Ludendorff Volkswarte,* 1933, Folge 21

bis zwölf Jahren wird das deutsche Volk erkennen, daß die [nationalsozialistische] *Revolution von 1932/33 ein Volksbetrug war, nur noch ein viel größerer* [als die Revolution von 1918/19]. *Die Revolution von 1918/19 schloß eine kriegerische Periode ab, die neue* [nationalsozialistische] *Revolution wird sie einleiten. "*[63]

Diese Warner waren sich in der Sorge um das deutsche Volk darin einig, daß es not tat, den erstarkenden deutschen Nationalstaat der eigenen Werteordnung gemäß gemeinsinnig zu ordnen, seines Schutzes halber wehrhaft zu machen und jedem machtbesessenen Streben überstaatlicher Mächte - zeige das sich nun im Schüren innerer Konflikte oder in offener und verdeckter Einflußnahme auf seine äußere Politik - zu entziehen.

Die Freiheit ihres Volkes wollten sie im Recht auf Selbstbestimmung gewahrt wissen, und darin waren sie national gesinnt.

Dieses Recht auf Selbstbestimmung beanspruchten sie für alle Deutschen, die ein einiges, wirtschaftlich selbständiges Vaterland wollten.

Die Gefahr aber, vor der sie warnten, war, das Volk in einen kriegerischen Konflikt hineinziehen zu lassen, durch den es schwersten Schaden nehmen mußte. Hier beginnt die strikte Scheidung des mutigen alten Staatsgeistes, des Geistes des kategorischen Imperativs und der Vernunft, vom Geist der Entgrenzung, der in die Herausforderung der ganzen Welt münden sollte.

Leidtragender war am Ende die Bevölkerung, die aus den Verhältnissen der Weimarer Republik heraus wieder zu Ordnung und Wohlstand gelangen wollte, an Volksgemeinschaft glaubte und zum großen Teil darauf vertraute, daß die Überwindung des Deutschland in Versailles angetanen Unrechts auf dem Wege der Nationalsozialistischen Revolution möglich sei. Verloren ging das Maß der Klassik für die Würde des Menschen: *„... weder seine Kraft noch seine Geschicklichkeit kann ihn gegen die Tücke der Verhängnisse sicherstellen. Wohl ihm also, wenn er gelernt hat, zu ertragen, was er nicht ändern kann, und preiszugeben mit Würde, was er nicht retten kann!"* [64]

In den ersten Jahren nach der Machtergreifung Hitlers hat es nicht an Bewunderung des Auslandes für den Aufstieg des Dritten Reichs und die Triumphe des Führers gefehlt. Die Zerfalls- und Zersetzungserscheinungen der Republik - für die von vielen bereits damals ein hemmungsloser Individualismus verantwortlich gemacht wurde - schienen überwunden, das Volk fand den ihm wichtigsten Grundsatz seiner Werteordnung - Gemeinnutz vor Eigennutz -

---

[63] Ludendorff, E., *Mitten in der Revolution von 1932/1933,* in: *Ludendorff Volkswarte,* 1932, Folge 26

[64] Schiller, F., *Über das Erhabene,* Samml. kl. prosaischer Schriften III, Leipzig bei Crusius 1801, in: Schillers sämtl. Werke, Zehnter Band, Leipzig, Verl. Th. Knaur, S. 218

als einen der zwei Eckpfeiler im Programm der NSDAP verankert.[65] Der Gedanke „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" - gerade bezieht sich Ulrich Wickert mit der These von einer „Balance zwischen Gemeinnutz und Eigennutz" [66]auf ihn - ist dem einfachen Volk nie verlorengegangen. Zeitungen wie das *Berliner Tageblatt,* die nationalgesinnte jüdische Kreise repräsentierten, stellten sich noch vor ein Deutschland, wo in der Abstimmung zum Reichstag November 1933 selbst in den Konzentrationslagern nach den Einheitslisten überwiegend mit Ja gestimmt worden war.[67]

Ab dem 19. September 1941 mußte der Judenstern getragen werden.

Schließlich stand die Todesstrafe auf die bloße Existenz.

Jener einstige Feldherr des alten Heeres Ludendorff hatte den Nationalsozialismus Hitler's als Volksbewegung spätestens in dem Moment rigoros verneint, als dessen Entschlossenheit zum Bruch jeden Rechts und Abmachung trotz aller Erklärungen der Führung offen zutage trat, so wie es hier dem *Völkischen Beobachter* unterlief: *„Es muß einmal festgestellt werden, daß es ein Unterschied ist, ob sich Waffen in nationalsozialistischen Händen befinden, oder in den Händen marxistischer Verbrecher.* ***Es kommt auf die Gesinnung an, nicht auf den Tatbestand.*** "[68] Allein die von der sich als Hilfspolizei aufspielenden SA [69] gegen Recht und Gesetz erschlagenen deutschen Arbeiter

---

[65] Siehe Pkt. 24 des *Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* vom 24. Februar 1920, als unabänderlich am 22. Mai 1926 beschlossen, Heft 1 d. Nationalsoz. Bibliothek, Herausg. Feder, G., 1932; darin Pkt. 4: *Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.* Pkt. 23: ... *daß: a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen ... Volksgenossen sein müssen.*

[66] Wickert, U., *Der Ehrliche ist der Dumme. Über den Verlust der Werte,* Heyne 1996

[67] Klemperer, V., a. a. O., S. 45

[68] *Völkischer Beobachter,* 6.8.1932

[69] Schröcke gibt (ohne Quelle) in Kap. 4 im Zusammenhang des Kampfes gegen die Kommunisten Thälmanns 400 Tote der SA an und stellt deren Opfer beim „Blutsonntag von Altona" vom 17.7.1932 heraus. Die *Volkswarte* vom 17.7.1932 kommentiert die ihr von diesem Tag vorliegenden Nachrichten über „ungeheure Provokationen und von Gewalttätigkeiten seitens der SA und SS in verschiedenen Städten Deutschlands" mit Hinweis auf die NSDAP, *„deren Methoden erst die ungeheure Verschärfung in dem politischen Kampf herbeigeführt haben ";* übrigens hatte die SA keineswegs nur Verluste durch die Kommunisten, die allein im Sommer 1932 in wenigen Wochen auf 104 Tote kamen, sondern auch aus Auseinandersetzungen mit alten Soldaten und der Polizei. Amtliche Erhebungen gab es nicht. Die Kampfesweise der SA zeitigte Pressemeldungen wie die im *Volksgericht* v. 17.7.1932: Am 7. Juli 1932 wurde in Segeberg/Holstein wegen einer Tat, die der Staatsanwalt „viehisch" und der Richter „unglaublich verroht" nannte, verhandelt. In eine geschlossene konservative Veranstaltung waren über 60 Nationalsozia-

sprechen ihm eine andere Sprache. Diese Gesinnung, die *„planmäßige Erziehung zu rohester Gewaltanwendung"* [70] zeitigt in seinen Augen einen *„Blutrausch, der sich naturgemäß nach der Machtergreifung in das furchtbarste steigern und bahnbrechen muß* "; [71] und er sagt voraus: die kommende *„Diktatur ... vernichtet unter der Vorgabe, das Volk zu retten, die Lebens- und Freiheitrechte des Einzelnen und des Volkes ",* und sie weckt „ *bei den Machthabern und bei ihren Vollzugsorganen die niedrigsten Instinkte, oder brutalisiert sie".* Es wird zu einem *„Entrechten ... des Volkes"* kommen. „ *Wir haben in der französischen Revolution die erschütterndsten und furchtbarsten Beispiele ",* schreibt er.

Dem Ende wird mit den Schlußworten von Göring und Heß vor dem Internationalen Militärtribunal - sie schließen mit dem Anruf des Allmächtigen und Ewigen Gottes der Kirche, den sie auf ihrer Seite wissen - ein eigenes Kapitel gewidmet. Darin wird die Essenz dessen sichtbar, was die scheidende Führung zu hinterlassen hat. Improvisation hatte verhindert, daß das Schicksal des Führers in mystisches Dunkel gehüllt bleibt - die Sieger fanden Überreste. Göring weist auf sein eigenes untadeliges Verhalten hin - er, der alles tat, um den Krieg zu vermeiden, erlag einer gewaltigen Übermacht. Juden ließ er nicht töten, [72] fremden Völkern hatte er nie schaden wollen. Heß spricht den Siegern das Recht ab, anzuklagen - er habe unter dem größten Sohn gewirkt, den sein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat. Er wahrt seine Ehre und täte seine Pflicht wieder, selbst wenn ihm der Flammentod auf dem Scheiterhaufen drohte. Noch im Abgang fühlen sich die Führer

listen eingedrungen und hatten zwei Herren, den Vorsitzenden und den Redner Fritz von Bodungen, bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeschlagen und schwer verletzt liegengelassen. Die einschlägig vorbestraften, unmittelbar zuvor amnestierten Haupttäter wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, die anderen drohten: *„Im Dritten Reich kommen solche Leute an den höchsten Galgen. "*

---

[70] Ludendorff, E., *Gewalttätige Unterführer,* in: *Ludendorffs Volkswarte,* 1931, Folge 49

[71] Ludendorff, E., *Das Morden in Deutschland,* in: *Ludendorffs Volkswarte,* 1932, Folge 33

[72] *Göring schrieb im Juli 1941 an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenfuhrer Heidrich:* Ich beauftrage Sie, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage in deutschem Einßußgebiet in Europa. Sofern hierbei die Zuständigkeit anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen. Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen *(aus:* Allgemeine Jüdische Wochenzeitung *v. 23. Januar 1997). Anmerkung des Verlegers: Dieses Schreiben ist als Fälschung anzusehen. Siehe dazu mein unter Mitarbeit von J. P. Ney verfaßtes Gutachten über das Wannseeprotokoll (1994, 2. Auflage).*

eins mit ihrem Volk, das, ihnen folgend, der Welt die Stirn zu bieten hat. Der Irrationalismus, der sich Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der Endstimmung des Kaiserreichs anzudeuten begann, findet hier seine höchstmögliche Steigerung überhaupt.

Lange vor dem Entstehen des nationalsozialistischen Staates ist mit dem Satz, daß es auf die eigene Gesinnung ankommt, und nicht auf den Tatbestand, alles entschieden. Die Abkehr von der Vernunft ist vollzogen. Nur in diesem Satz begründet sich zum Schluß die Gewißheit der vor der Hinrichtung stehenden Führer von der Wahrung der eigenen Ehre und dem Alleinverschulden der Anderen.

Die Sieger von 1945 hatten sich über die Zerschlagung des Nationalsozialismus hinaus die Ausrottung des Militarismus zum Ziel gesetzt, mit der im Kern die alte Reichsidee getroffen war. Es mag zur Tragik des deutschen Widerstandes gehören, daß er das nicht erkannt hat. Die Diktatur hatte den späteren Siegern das geliefert, was zu verhindern Bismarcks bereits im Kaiserreich veruntreutes Vermächtnis gewesen war: die letzte Handhabe.

Seit Ende des Krieges ist die Frage, was soll mit diesem Volke werden. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten unverschuldete Not und Elend (siehe Kasten auf Seite 346) auf einen Weg geführt, der in brutaler Gewalt endete. Heute hat es den äußeren Anschein, als seien die Sieger mehr mit dieser Frage beschäftigt gewesen wie die deutsche Bevölkerung in allen ihren Schichten selbst. Nachdem die unblutige Revolution in der DDR gemacht worden war, schien die Frage nach der „nationalen Identität" der Deutschen neue Bedeutung zu gewinnen. Der Streit ist, worin sie sich begründet; die entscheidende Frage bleibt unverändert, wie das Volk der Deutschen von der einst im Reich gefaßten eigenen Nationalstaatlichkeit zu dem totalitären Staat hat fortschreiten können, der zu seiner Vernichtung aufstieg und die alte Idee mit ins Grab zu nehmen schien - ganz im Sinne Ranke's sollte eine unvoreingenommene historische Forschung die Darstellung des Wechselspiels aller innen und außen wirkenden Kräfte zum endgültigen Ziele haben.

Schröcke weitet die Frage auf die nach der Möglichkeit einer europäischen Nationalstaatlichkeit hin aus, die er von vornherein verneint. So wie er einerseits das Problem der Kriegsschuld als auch das Problem der territorialen Substanz Deutschlands auf den Boden des Völkerrechts zurückzuführen bemüht ist, sieht Schröcke andererseits den Maastricht-Vertrag als Gefahr für die Fortexistenz der „großen historischen Konstante Deutsches Volk" an. Darin liegt aber ein Widerspruch an sich. Die Politik der „balance of power" [73] hatte sich

[73] Wider die Kriege sei kein anderes Mittel als ein Völkerrecht, sagte bereits Kant in *Theorie und Praxis,* a. a. O., S. 112, und fügt hinzu: *„denn ein dauernder, allgemeiner Frie*

Noch über 10 Jahre nach Kriegsende herrscht ringsum große Not. Ein 60jähriger erwerbsloser Kaufmann, immer in leitender Stellung, das Vermögen in der Inflation verloren, erhält 39,60 M. gekürzte Unterstützung und 14,50 M. Wohngeld pro Monat. Davon gehen ab 30 M. Miete (möbliert), es bleiben 5,33 M. pro Woche, die sich aufteilen:

Wäsche waschen usw.	85 Pf.	1 Brot	57 Pf.
Wäsche ausbessern	15 Pf.	1/2 Pfund Margarine	28 Pf.
Schweißsocken	13 Pf.	1/4 Pfund Wurstfett	13 Pf.
Rasieren	10 Pf.	1/4 Pfund Pferdewurst	15 Pf.
Haarschneiden	15 Pf.	1/4 Pfund Speckecken	18 Pf.
Schuhe und Kleidung	25 Pf.	1/2 Pfund Käseabfall	18 Pf.
Zwirn und Stopfgarn	05 Pf.	1 Pfund Schweineschwarte	15 Pf.
1 Papierstoffkragen	10 Pf.	1/4 Pfund Kakao	20 Pf.
Körperpflege usw., Seife	15 Pf.	Kräutertee	10 Pf.
Schreibmaterial, Porto	18 Pf.	Salz, Pfeffer, Senf	10 Pf.
Neuanschaffung für Verbrauchtes	15 Pf.	Essig	16 Pf.
Licht, 1 Kerze	05 Pf.	Spiritus zum Kochen	21 Pf.
		1/2 Pfund Zucker	20 Pf.
	2,31 Mark		2,61 Mark
	gcs.		ges.

Ausgaben insgesamt 4,92 M., es bleiben 41 Pf. gleich zweimal Volksspeisung für 20 Pf., und das auch nicht immer (zit. nach: *Vossische Zeitung* v. 18.9.1931). Auch der lt. Haush. d. preuß. Kultusmin., Kap. 10, Titel 81 von 1928 vom Staat gezahlte Unterhalt des Bischofs von Köln beträgt nur 3000,00 Mark im Monat.

als untauglich erwiesen. Wenn nun auch die Idee des Nationalstaates vornehmlich auf die Romantik des vorigen Jahrhunderts zurückgeht, so läßt sie doch in ihrer völkerrechtlichen, bereits auf den Humanisten Hugo de Groot *(De jure belli et pacis,* Paris 1625) zurückweisenden, von Joh. Jak. Moser (f 1785) als europ. positives Völkerrecht in systematische Form gebrachten Seite von Anfang an dem Gedanken Raum, daß sich in einem Nationalstaat mehrere Völker im engeren ethnischen Sinne vereinen. Um noch in der Zeit der Aufklärung zu bleiben - bereits Kant setzt dem durch einen *„großen Staat"*, einer totalen Macht herbeigeführten *„Zustand eines allgemeinen Friedens"*, der *„der Freiheit noch gefährlicher* [ist], *indem er den schrecklichsten Despotismus herbeiführt"*, den *„rechtlichen Zustand der Förderation nach einem gemeinschaftlich verabredeten Völkerrecht"* entgegen. Über die moralische Bestimmung des Menschen entgegengesetzter Meinung wie der würdige Moses Mendels-

de durch die sogenannte Balance der Mächte in Europa ist, wie Swifts Haus, welches von einem Baumeister so vollkommen nach allen Gesetzen des Gleichgewichts erbaut war, daß, als sich ein Sperling darauf setzte, es sofort einfiel, ein bloßes Hirngespinst. "

sohn, nimmt Kant[74] an, daß *„das menschliche Geschlecht beständig ... im Fortschreiten zum Besseren ... begriffen sei, und daß dieses zwar bisweilen unterbrochen,aber nie abgebrochen sein werde. "* Recht gründet sich ihm auf jene vornehmsten Prinzipien, nach denen die Freiheit des einzelnen die sein muß, *„die mit der Freiheit von jedermann nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann. "* Im Vertrauen auf ein solches Recht, das, indem es das Verhältnis der Völker wie der Menschen zwangsläufig dahin bestimmt, *„ daß ein solcher allgemeiner Völkerstaat dadurch eingeleitet werde ",* diesen Völkerstaat möglich macht, und zum anderen im Vertrauen *„ auf die Natur der Dinge, welche dahin zwingt, wohin man nicht gerne will (fata volentem ducunt, nolentem trahunt [75])",* nimmt Kant gedanklich einen europäischen Staat als Gemeinschaft der Vaterländer voraus und begreift ihn bereits damals als ihr Schicksal. Die europäische Idee des Völkerrechts ist nie etwas anderes gewesen als die Idee von einem Europa der Völker.

Zu denen, die diesen Geist der Vernunft bewahrt hatten, gehörte Max Planck. Die Ethik, sagte er in einem seiner philosophischen Vorträge, hebt sich über das einzelne Volk und damit über dessen eigene Werteordnung hinaus: *„ Wie wäre auch sonst ein gesitteter Verkehr zwischen Angehörigen verschiedener Völker möglich? "* Diese Ethik ist für den Umgang mit Geschichte nötig, denn: *„ Von der Wahrhaftigkeit unzertrennlich ist die Gerechtigkeit, die ja nichts weiter bedeutet, als die widerspruchsfreie praktische Durchfuhrung der sittlichen Beurteilung von Gesinnungen und Handlungen. "*[76]

Ortega y Gasset[77] gab den Hinweis, daß das Meiste unseres geistigen Besitzes dem gemeinsamen europäischen Fundus entstammt. *„ Gemeinsame Triumphe in der Vergangenheit und ein gemeinsamer Wille in der Gegenwart, die Erinnerung an große Taten und die Bereitschaft zu weiteren, das sind die wesentlichen Bedingungen für das Dasein eines Volkes ... In der Vergangenheit ein Erbe an Ruhm und Reue, in der Zukunft das gleiche Ziel für alle "* sagt Ernest Renan: *„Die Nation ist ein tägliches Plebiszit. "* An dieses kleine Postskript anknüpfend sieht Ortega, *„ was in RENANS Satz aufleuchtet: die Nation als mitreißendes Zukunftsprogramm ".* Er schreibt 1930: *„Für die Eu-*

---

[74] Kant, I., *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (Theorie und Praxis),* unter *Kl. Schriften z. Geschichtsphilos., Ethik u. Politik.* Taschenausg. d. „Phil. Bibl." 8, Verl. Felix Meiner, Leipzig, S. 88, 107, 110

[75] Kant, I., a. a. O., S. 113: Schicksale fuhren den Willigen, ziehen den Widerspenstigen mit sich fort (Seneca).

[76] Planck, M.: *Die Physik im Kampf* um die Weltanschauung, Vortrag, gehalten am 6. März 1935 im Harnack-Haus Berlin-Dahlem, Johann Ambrosius Barth Verlag, Leipzig 1937, S. 27 f.

[77] Ortega y Gasset, *]., Der Aufstand der Massen,* Rowohlt, Hamburg 1984, S. 128 ff.

.

ropäer bricht jetzt die Zeit an, da Europa zu einer Nationalidee werden kann ", und sieht den Ausweg aus der Krise der massengesellschaftlichen Systeme in dem freien Entschluß der Völker, eine große Nation [78] zu errichten: *„Die Europäer können nur leben, wenn sie in eine große gemeinsame Aufgabe hineingestellt sind ... Unser Kontinent würde den Glauben an sich selbst zurückgewinnen und ...* ***wieder Großes von sich fordern, sich in Zucht nehmen."*** Nicht anders haben das unsere großen Unternehmer schon vor der Jahrhundertwende empfunden, und mancher konnte sich eine führende Rolle Deutschlands vorstellen. Werner von Siemens, der wie Fontane mit der 48er Revolution sympathisiert hatte und zum Bismarckfreund geworden war, meinte: *„ Wenn Europa seine dominierende Stellung in der Welt behaupten oder doch wenigstens Amerika ebenbürtig bleiben will, so wird es sich beizeiten auf diesen Kampf vorbereiten müssen. Es kann dies nur durch möglichste Wegräumung aller innereuropäischen Zollschranken geschehen, die das Absatzgebiet einschränken, die Fabrikation verteuern und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verringern."* [79]

Die Visionen einer rastlos tätigen Industrie hatten einst die pazifistische Monarchie in den unbegründeten Verdacht gebracht, Vorrangstellung militärisch erzwingen zu wollen.

Heute ist es anders. Nach ihrem revolutionären Aufbruch zu den Küsten Mallorcas konnten die neuen Mitbürger bereits die Schwellen der Arbeitsämter überschreiten, und immer mehr Länder bauen die Automobile, die die deutschen Ingenieure entwickeln. Wenn auch immer häufiger Angehörige der produzierenden Klasse Neigung zeigen, sich dem Wertschöpfungsprozeß als Arbeitslose zu entziehen, so steht doch das universitäre Wesen in höchster Blüte und gewährleistet Ausbildungszeiten, die prinzipiell das Studium bis zur Altersgrenze ermöglichen. Als Raum eines circensischen Dialoges zwischen Politik und Medien überstrahlt die neue Hauptstadt das kaiserliche Berlin zwar nicht an Geist, wohl aber an Prachtbaumasse und Delikten. Das Wesen der

---

[78] Im *Kleineren Brockhaus 'schen Conversations-Lexikon fiir den Handgebrauch in vier Bänden* von 1863 findet man die klassische, offene Definition, die bis in die Bismarckzeit das Denken bestimmte: Nation ist eine durch gemeinsame Abstammung und Sprache und gemeinsames Vaterland, mehr jedoch noch durch gemeinschaftliche Entwikkelung und Bildung, durch gemeinschaftliche geschichtliche Erinnerungen und Erlebnisse, durch gemeinsame Verfassungen, Gesetze und Religion, wie durch verwandtschaftliche Beziehungen zur Gemeinsamkeit des Charakters herangebildete Gesammtheit von Menschen ... Hat eine N. das Bewußtsein großer gemeinschaftlich vollbrachter Thaten und vorzüglicher Errungenschaften und eines höheren Grades von Bildung, so schreibt man ihr Nationalstolz zu.

[79] Feldenkirchen, W., *Werner von Siemens. Erfinder und internationaler Unternehmer,* Piper, München Zürich 1996, S. 224

Hunnen erweist sich somit als geläutert. Noch ist zwar fraglich, ob das zeugungsbereinigte Familienmodell der Nordelbischen Kirche die Römer zur Besinnung bringen wird; das stete Bemühen der deutschen Politik aber, die nordfriesischen Krabbenfischer aus den Wattenmeeren zu vertreiben, zeigt nicht nur den Briten, wo der Hebel anzusetzen ist.

Sie sind bereit. Wenn die Oberen von der Senkung der Steuern sprechen, weiß der kleine Mann, um mit Bertolt Brecht zu sprechen, daß es ernst wird.

An der Theorie Europa muß sich heute die Praxis Europa im souveränen Umgang mit der Geschichte, im Grade der freien Entfaltung der Menschen und Völker und im Sichtbarwerden dessen, worin die Aufgabe für die Zukunft liegen soll, messen lassen. *„Der, welcher einem Schmerz zum Raube wird, ist bloß ein gequältes Tier, kein leidender Mensch mehr; denn* ***von dem Menschen wird schlechterdings ein moralischer Widerstand gegen das Leiden gefordert, durch den allein sich das Prinzip der Freiheit in ihm, die Intelligenz, kenntlich machen kann. "***[80]

Dr. Allmers

[80] Schiller, F., *Über das Pathetische,* Neue Thalia, Jahrg. 1793/III, in: Schillers sämtl. Werke, Neunter Band, Leipzig, Verl. Th. Knaur, S. 217



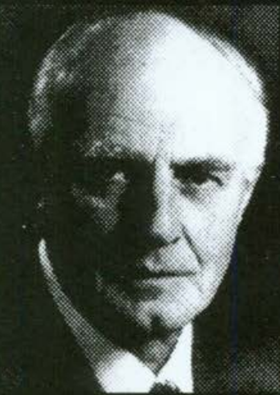
Europa vor dem Ersten Weltkrieg (1914)



Europa vor dem Zweiten Weltkrieg (1937)



Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (1948)



Heinrich Helmut Schröcke, geboren 1922 in Zwickau in Sachsen als erstes von vier Kindern, Realgymnasium, 1939-45 Luftnachrichtentruppe, im Mai 1945 Kriegsgefangener. Studium der Geologie und Mineralogie an der Bergakademie Freiberg sowie in Göttingen. Diplomprüfung 1950 und Promotion 1951 in Freiberg, dort bis 1954 Forschungsauftrag. Bis 1961 Assistent am Mineralogischen Institut in Heidelberg und zugleich Zweitstudium der Physikalischen Chemie. 1958 *Venia Legendi* von der Universität Heidelberg. 1964 Konservator, dann Wissenschaftlicher Rat und seit 1967 Professor in München.

Verheiratet, vier Kinder. – 63 fachwissenschaftliche Veröffentlichungen, fünf fachwissenschaftliche Bücher, 24 allgemeinwissenschaftliche Veröffentlichungen, ein Buch über Siebenbürgen. 1996 erschien in der *Nordfriesischen Verlagsanstalt* sein Buch *Germanen–Slawen – zur Vor- und Frühgeschichte des ostgermanischen Raumes,* die zweite und dritte verbesserte und stark erweiterte Auflage erschien im *Verlag für ganzheitliche Forschung.* Seit 1991 im *Who is Who in the World.*

Die Frage nach den Kriegsursachen und nach der Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges wird heute meistens mit der Behauptung der Alleinschuld Deutschlands beantwortet, ähnlich wie das nach 1918 in Bezug auf den Ersten Weltkrieg geschah, wo die damaligen Siegermächte Deutschland zum vollen, am 18. September 1927 vom Reichspräsidenten von Hindenburg widerrufenen Schuldanerkenntnis mit allen seinen verhängnisvollen wirtschaftlichen, territorialen und politischen Folgen gezwungen hatten. Das Kriegsziel der Alliierten beider Weltkriege hat Henry Kissinger in seinem Artikel in der *Welt am Sonntag* vom 23. Oktober 1994 klar umrissen: *„...letztendlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eben das, eine dominante Rolle Deutschlands, zu verhindern.“*
Der Autor stützt sich bei seiner mit der Vorurteilslosigkeit des Naturwissenschaftlers geführten Untersuchung auf eine Fülle von Quellenmaterial, das auch neueste, nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums zugängig gewordene Fakten einbezieht. Die Untersuchung bietet im wesentlichen den neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis. Dabei werden auch beteiligte Hintergrundmächte behandelt. Dem Autor geht es im übrigen nicht um eine Behandlung des Nationalsozialismus an sich, sondern ausschließlich um die Frage nach der Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg. Und er hält sich an das, was Leopold von Ranke in seiner Vorrede zur *Deutschen Geschichte* 1839 sagt:

„Denn die Wahrheit kann nur eine sein.“